QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

DRITTE REIHE

BAND 7

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

DRITTE REIHE DIE WEIMARER REPUBLIK

IM AUFTRAGE DER KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON KARL DIETRICH BRACHER UND RUDOLF MORSEY

BAND 7

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

DIE SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG 1919–1920

EINGELEITET VON HEINRICH POTTHOFF

BEARBEITET VON
HEINRICH POTTHOFF
UND
HERMANN WEBER

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien / im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien. - Düsseldorf: Droste

Reihe 3, Die Weimarer Republik /

hrsg. von Karl Dietrich Bracher ...

NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]

Bd. 7. Deutschland (Deutsches Reich) / Verfassunggebende Nationalversammlung / Sozialdemokratische Fraktion: Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919-1920. - 1986

Deutschland (Deutsches Reich) / Verfassunggebende Nationalversammlung / Sozialdemokratische Fraktion:

Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919-1920 /

im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien. - Eingeleitet von Heinrich Potthoff Bearb, von Heinrich Potthoff u. Hermann Weber.

> Düsseldorf: Droste, 1986 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus

und der politischen Parteien: Reihe 3,

Die Weimarer Republik; Bd. 7)

ISBN 3-7700-5136-X

NE: Potthoff, Heinrich [Bearb.]; Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung neunzehnhundertneunzehn bis 1920

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

© 1986

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V., Bonn

Verlag:

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1986

Satz:

Computersatz Bonn GmbH, Bonn

Papier:

Alterungsbeständiges Nordland Naturpapier gemäß DIN 6723, frei von Aluminiumsulfat und säurebildenden Verbindungen

Druck und Einband:

Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, Neustadt/Aisch

VORWORT

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien stellt mit der Herausgabe der von Heinrich Potthoff und Hermann Weber bearbeiteten Sitzungsprotokolle der SPD-Fraktion in der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung der historischen Forschung eine zentrale Quelle zur innenpolitischen Entwicklung am Beginn der Weimarer Republik zur Verfügung. Die Kommission erfüllt mit dieser Edition auch ein Vermächtnis ihres langjährigen Mitglieds Erich Matthias. Als Mitherausgeber dieser Quellenreihe hatte er bereits im Vorwort der zweibändigen Edition "Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918", die 1966 erschienen ist, eine Publikation auch der Fraktionsprotokolle aus der Zeit der Weimarer Nationalversammlung 1919/20 in Aussicht gestellt. Das Erscheinen dieser im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, überlieferten Quelle hat Erich Matthias, der am 23. März 1983 tödlich verunglückt ist, nicht mehr erlebt.

Dankbar erwähnt sei die stets gute Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, die mit diesem Band erneut Ausdruck gefunden hat.

Bonn, im Juni 1986

Prof. Dr. Rudolf MORSEY Präsident Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Inhalt

| Einleitung | |
|--|--------------|
| 1. Zum Sozialprofil der Fraktion | \mathbf{X} |
| 2. Organe und Geschäftsgewohnheiten | XXI |
| 3. Zur Stellung der Fraktion zwischen Regierung und Partei | XXXII |
| Anlage: Mitglieder der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung | XXXIX |
| Zur Edition | |
| 1. Die Protokollkladden | LIII |
| 2. Einrichtung der Edition | LV |
| 3. Verzeichnis der Archivalien | LVIII |
| 4. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | LIX |
| 5. Verzeichnis der Dokumente | LXIV |
| Dokumente | 1 |
| Register | 233 |

DIE SPD-FRAKTION IN DER NATIONALVERSAMMLUNG 1919–1920

EINLEITUNG von Heinrich Potthoff

EINLEITUNG

1. Zum Sozialprofil der Fraktion

Schon in seinem ersten programmatischen Aufruf vom 12. November 1918 hatte sich der "Rat der Volksbeauftragten" als die "aus der Revolution hervorgegangene" Reichsregierung auf die Wahl einer "Konstituierenden Versammlung" festgelegt.¹ Die Regierung der Volksbeauftragten stellte mit ihrer Entscheidung für eine Nationalversammlung in zweifacher Hinsicht die Weichen: 1. gegen die Rückkehr zu den verfassungspolitischen Zuständen vor dem 9. November 1918 und gegen die Reaktivierung des Reichstages, wie sie von dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach und der OHL ins Auge gefaßt wurde², und 2. für ein baldiges Ende des revolutionären "Provisoriums" und den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie. Nachdem der Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin tagte, diesen Schritt gebilligt und ihn damit "wenn auch auf unzulängliche Weise [...] gegenüber der Revolution" legitimiert hatte³, war die Bahn für die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung in verfassungspolitischer Hinsicht frei.

Die Wahlen am 19. Januar 1919 erfolgten nach dem System der Verhältniswahl. Wahlberechtigt waren alle Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten.⁴ Die Grundsatzentscheidung beim Wahlrecht hatte die Regierung der Volksbeauftragten schon am 12. November 1918 getroffen, als sie das "proportionale Wahlsystem" und das Frauenwahlrecht für alle "öffentlichen Körperschaften" verordnete und ausdrücklich auch die künftige Nationalversammlung einbezog.⁵ Sie trug damit den alten Forderungen der Sozialdemokratie Rechnung, wie sie u. a. im Erfurter Parteiprogramm von 1891 erhoben worden waren. Die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen und die Abkehr vom Mehrheitswahlrecht, wie es für den Reichstag galt, waren Maßnahmen mit tendenziell weitreichenden Konsequenzen, auch wenn damit die Nationalversammlung in ihrer Entscheidung über das künftige Wahlsystem noch nicht festgelegt war. In diesem Zusammenhang interessieren freilich die Wahlrechtsbestimmungen nur in ihren Konsequenzen für die Zusammensetzung der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 errang die SPD 37,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Auf die

^{1 &}quot;Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk. Vom 12. November 1918"; Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1303 f.; abgedr. u. a. auch in: Huber, Dokumente III, S. 6 f.; Ritter/Miller, S. 103 f.; Regierung der Volksbeauftragten I, S. 37 f. – Zur Entstehung und Legitimation der Regierung der Volksbeauftragten vgl. ebd., S. XX ff., zur wechselnden Bezeichnung S. XLVIII f.

² Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, S. 819 ff.; Regierung der Volksbeauftragten I, S. 381 ff.

³ Regierung der Volksbeauftragten I, S. CX.

^{4 &}quot;Verordnung über die Wahlen zur Verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz). Vom 30. November 1918"; Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1345 ff. In der Wahlordnung vom 30. 11. und in mehreren Ergänzungsverordnungen wurden weitere Einzelheiten geregelt, abgedr. u. a. in: Handbuch Nationalversammlung, S. 19 ff. Am 2. 2. 1919 wählten die "im Osten stehenden Truppenverbände" gemäß Ergänzungsverordnung vom 21. 1. 1919, ebd., S. 27, zwei eigene Abgeordnete; beide Mandate fielen an die SPD.

⁵ Siehe Anm. 1.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), die sich im April 1917 von der SPD abgespalten hatte, entfielen nur 7,6 %. Im Vergleich zu den 34,8 %, die bei den Reichstagswahlen von 1912 von der SPD unter dem Mehrheitswahlsystem errungen wurden, erzielte das sozialdemokratische Parteienlager zwar einen Zuwachs von über 10 %. Für sich allein verbuchte die SPD allerdings nur einen wenige Prozentpunkte höheren Stimmenanteil. Sie erhielt dafür 163 Mandate. Dazu kamen noch 2 weitere Sitze (für Paul Rodemann und Peter Kronen), die sie bei den am 2. Februar durchgeführten Wahlen unter den Truppen im Osten gewann. Mit ihren 165 Abgeordneten verfügte sie über 39,0 % der Sitze (bei 423 Abgeordneten insgesamt) und stellte die mit Abstand stärkste Fraktion.

Erstmals zogen mit der Nationalversammlung Frauen in ein deutsches Zentralparlament ein. Beim Zusammentritt des Parlaments gehörten von den 36 weiblichen Abgeordneten 19 der SPD an. Das entsprach einem Frauenanteil von 11,5 % in der Fraktion. Er lag zwar deutlich höher als der Durchschnitt des Parlaments, in dem die Frauen nur 8,5 % der Abgeordneten stellten, wirkte aber niedrig für die Sozialdemokratie, die seit Jahrzehnten für das Frauenwahlrecht gekämpft und es sofort nach der Revolution - am 12. November 1918 - durchgesetzt hatte. Auch die SPD präsentierte sich - ungeachtet ihrer emanzipatorischen Grundsätze und formeller Gleichberechtigung - als eine Partei, in der die Männer dominierten und nur wenige Frauen Positionen in der Spitze erlangt hatten.⁷ Doch diese selbst empfanden als größtes Manko "nicht die mangelnde Anerkennung durch die Genossen", sondern das fehlende Selbstbewußtsein der Frauen.8 Für die Arbeit im Parlament stand nur ein kleiner Kreis von profilierten Sozialdemokratinnen zur Verfügung, die schon voll mit Frauen- und Sozialarbeit befaßt waren und vom parlamentarischen Betrieb eher enttäuscht wurden. 9 In der Fraktion traten die Frauen am ehesten durch Gemeinschaftsaktionen mit Parlamentarierinnen anderer Parteien und als Sprecherinnen für Frauenfragen, Sozialfürsorge und Bildung hervor. Aber keine von ihnen galt auf anderen Gebieten als so ausgewiesen, daß sie auch dort für die parlamentarischen Debatten nominiert wurde.

Als Angehörige einer Gruppe, der bis 1918 das aktive und passive Wahlrecht verwehrt war, verfügten die Frauen über keinerlei parlamentarische Erfahrungen. Von den 86 Abgeordneten, die der SPD nach der Abspaltung der USPD (1917) aus dem letzten Reichstag verblieben waren, kehrten 59, also über zwei Drittel, in die Nationalversammlung zurück. Bezogen auf die Gesamtzahl der Fraktionsmitglieder war das nur eine Minorität von 35,8 %. Statistisch gesehen lag die Quote geringfügig höher als im Durchschnitt der Abgeordneten aller Parteien (138 absolut entsprechend 32,8 %), so daß sich insofern das personelle Profil der SPD-Fraktion nicht auffällig von dem anderer Fraktionen abhob. Unter Einbeziehung der Tatsache, daß

⁶ Vgl. Anm. 4.

⁷ Vgl. dazu auch das Referat von Marie *Juchacz* auf der Frauenkonferenz der SPD vom 15./16. 6. 1919 in Weimar, in: SPD-Parteitag 1919, S. 459 ff., bes. S. 461.

⁸ So Antonie Pfülfs mit "lebhafter Zustimmung" bedachte Ausführungen auf der Frauenkonferenz, siehe vorige Anm.

⁹ Frauenkonferenz ebd. S. 465.

durch die Spaltung der Partei im 1. Weltkrieg ehemalige SPD-Abgeordnete nun bei der USPD zu finden waren, und der Mandatsgewinne, die die Partei gegenüber ihrem Anteil im letzten Reichstag erzielte, sprach daraus jedoch eher ein Moment der Kontinuität. Vier weitere Abgeordnete – Kuntze, Hue, Lesche, Severing – die vor 1912 schon ein Reichstagsmandat innegehabt hatten, kehrten mit der Nationalversammlung in das zentrale Reichsparlament zurück.

Die überwiegende Mehrheit – 102 Abgeordnete – war neu im Reichsparlament. Davon verfügten 15 allerdings über parlamentarische Erfahrungen in Landtagen, darunter so profilierte Politiker wie Otto Braun, Erhard Auer und Hugo Heimann. 10 Zwei weitere waren als Abgeordnete in preußischen Provinziallandtagen mit der parlamentarischen Tätigkeit vertraut. 11 Darunter befand sich auch der zum Fraktionsvorsitzenden gewählte Paul Löbe; ein Zeichen, daß für den Aufstieg auf der parlamentarischen Karriereleiter nicht unbedingt eine längere Zugehörigkeit zum Reichstag Voraussetzung war. Die Bewährung in anderen Ämtern und Positionen zählte in der revolutionären Umbruchsperiode zumindest als gleichwertiger Befähigungsnachweis.

Die restlichen 67 männlichen, erstmals in ein Reichsparlament gewählten Abgeordneten kannten die Arbeit in den Parlamenten aus eigener Erfahrung, wenn überhaupt, nur aus der kommunalen Praxis. 12 Zu diesem Kreis rechneten auch so profilierte Persönlichkeiten wie Simon Katzenstein (Stadtverordneter in Charlottenburg), der Kölner Stadtverordnete (seit 1918) Wilhelm Sollmann und das Magdeburger Magistratsmitglied (seit 1917) Hermann Beims. Für den Aufstieg in den Kreis der Mitglieder des Reichsparlaments spielten kommunalpolitische Erfahrungen aber ganz offenkundig nur eine nebensächliche Rolle. So fielen bei Beims sicherlich seine Eigenschaft als Bezirksparteisekretär, bei Sollmann der Vorsitz in der SPD Köln und sein geschicktes Agieren als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates, bei Katzenstein seine intensive publizistische Tätigkeit und vielfältigen Aktivitäten und Funktionen in der Arbeiterbewegung stärker ins Gewicht. Die Einflußmöglichkeiten lokaler Organisationen auf die Kandidatenaufstellung, wie sie unter dem Mehrheitswahlrecht bestanden, gingen mit dem Listenwahlrecht in der Weimarer Republik zurück, denn das maßgebende Wort für die Plazierung auf den Wahlkreislisten sprachen die Bezirksorganisationen. 13

¹⁰ Der von Paul Löbe als Berichterstatter über die "Parlamentarische Tätigkeit" dem Parteitag vermittelte Eindruck von "108 parlamentarischen Neulingen" verzeichnete das Bild. Er zählt nur 57 Mitglieder des letzten Reichstages als Parlamentarier und bezog weder frühere Reichstagsabgeordnete noch Landtagsabgeordnete ein; SPD-Parteitag 1919, S. 456.

¹¹ Neben Löbe noch Willy Steinkopf, Mitglied des ostpreußischen Provinziallandtages 1912-1915.

¹² U. a. Beims, Budde, Jäcker, Jungnickel, Katzenstein, Liebig, Lübbring, Lüttich, Obermeyer, Panzer, Reek, Schumann, Sollmann, Trinks.

¹³ Informationen über die Kandidatenaufstellung für die Nationalversammlungswahlen stehen kaum zur Verfügung; aus den Debatten im Vorfeld der Reichstagswahlen 1920, bei denen zusätzlich das System einer ergänzenden Reichsliste zur Anwendung kam, geht jedoch eindeutig das bei der Kandidatenauslese praktizierte Verfahren hervor; vgl. Parteiausschuß 30./31. 3. 1920, Reprint S. [833, 835] f.; 4. 5. 1920, Reprint S. [841] ff.; Parteikonferenz 5./6. 5. 1920, Reprint S. [888 f., 892, 907, 931].

Dieses System begünstigte im Endeffekt "Funktionäre", die ohnehin schon bei den ersten Nachkriegswahlen bessere Startbedingungen besaßen. Sie hatten während des 1. Weltkrieges weit stärker als in der Vorkriegszeit das Parteileben bestimmt und verkörperten mit ihren Aktivitäten weitgehend die Partei. 14 Die Bewährung und Profilierung in der revolutionären Umsturzsituation konnten die Aufstiegschancen ins Parlament verbessern; für sich allein reichten sie aber nur in den seltensten Fällen aus. Von den Abgeordneten der Nationalversammlung ist nur bei 33 eine Mitgliedschaft in Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten vermerkt, davon bei 27 von der SPD und bei je zwei von der USPD und DNVP. Es ist zu vermuten, daß noch weitere Abgeordnete zumindest zeitweise Räten angehört hatten, mittlerweile aber ausgeschieden waren oder diese Tatsache nur nicht angaben. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem öffentlichen Hervortreten über die Tätigkeit in den Räten und dem Sprung in die Nationalversammlung läßt sich nur selten konstatieren, so bei Paul Rodemann (SPD), der am 2. Februar von den Osttruppen als Abgeordneter gewählt worden war¹⁵, und wohl auch bei Roman Becker, dem Vorsitzenden des Arbeiterrates Gleiwitz. 16 Im Regelfall aber war die Rätezugehörigkeit dieser SPD-Abgeordneten nur ein Ausfluß ihrer Position im Partei- und Gewerkschaftsappa-

Der Aufstieg ins Zentralparlament führte zumeist über die Bewährung in Ämtern und Funktionen der Arbeiterbewegung. Auch die erstmals zu Abgeordneten der Nationalversammlung Gewählten repräsentierten im Kern die Vorkriegssozialdemokratie mit ihrem Vertrauen auf die Organisation und der Scheu, schwer kalkulierbare Risiken einzugehen. Insofern verkörperten sie ein Element der Kontinuität vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die revolutionäre Umbruchperiode brachte für die SPD-Fraktion, obwohl sich ihr Sozialprofil durchaus veränderte, in personeller Hinsicht keinen innovativen Wandel.

In der Altersstruktur unterschied sich die SPD-Fraktion nur in Nuancen vom Durchschnitt des Gesamtparlaments. Der Anteil der unter 40jährigen war mit 11,0 bzw. 11,4 % praktisch gleich, derjenige der 40jährigen bei der SPD deutlich höher (42,9 % gegen 37,5 %), unter den über 60jährigen erheblich niedriger (9,2 gegen 15,9 %).¹⁷

Die Nationalversammlungsfraktion war im Vergleich zu den späteren Reichstagsfraktionen eher jung, lag aber mit der Fraktion von 1912 praktisch gleichauf. Der Trend zu einem kontinuierlichen Anstieg des Durchschnittsalters sowohl der Gesamtfraktion wie der erstmalig Gewählten, der sich in der Vorkriegszeit abzeichnete¹⁸, wurde vorübergehend gestoppt. Das lag wohl in erster Linie an der erheblich

¹⁴ Vgl. Miller, Bürde, S. 316, die darauf hinweist, daß die Funktionäre häufig "reklamiert", d. h. vom Frontdienst befreit wurden und so ihre Posten behielten.

¹⁵ Rodemann war seit dem 10. 11. 1918 Vorsitzender des Soldatenrates im Gouvernement Libau; vgl. Handbuch Nat. Vers., S. 244.

¹⁶ Becker gibt im Handbuch, S. 129 an, er habe am 10. 11. 1918 "die Geschicke von Gleiwitz, Stadt und Land, in die Hand genommen".

¹⁷ Vgl. Hillgers, S. 38.

¹⁸ Reichstagsfraktion der SPD I, S. LIV, bes. Anm. 23.

gestiegenen Zahl der Mandate, wodurch im großen Umfang auch Sozialdemokraten ins Parlament einzogen, die aus der mittleren Funktionärsschicht kamen. Unter den erstmals in ein Reichsparlament Gewählten fanden sich viele, die über ihre Region hinaus kaum im politischen und öffentlichen Leben hervorgetreten waren.

Von den prominenten Persönlichkeiten unter den Neulingen der Nationalversammlungsfraktion, so Erhard Auer, Adolf und Otto Braun, Heimann, Katzenstein, Schlicke, Sinzheimer und Winnig – gehörten vier schon der 50er Generation¹⁹, fünf der 40er an, darunter auch der Fraktionsvorsitzende Löbe.²⁰ Auf der anderen Seite fanden sich unter den Abgeordneten aus dem letzten Reichstag, die nicht in die Nationalversammlung zurückkehrten, keineswegs nur ältere. Selbst bei den 60jährigen – Antrick (60), Blos (69), Dietz (75), Segitz (65) und Vollmar (68) – gaben Altersgründe wohl nur bei Dietz, gesundheitliche bei Vollmar²¹ den Ausschlag. Die Mehrheit der Ausgeschiedenen gehörte zur mittleren Generation; Hermann Wendel war sogar erst Mitte dreißig. Insgesamt brachte die Nichtwiederkehr ehemaliger Reichstagsabgeordneter so nur einen ganz unbedeutenden Verjüngungseffekt.

Bei der überwiegenden Mehrheit handelte es sich ganz offenkundig um einen Rückzug aus eigenem Entschluß.²² Die revolutionäre Umwälzung machte sich dabei insofern bemerkbar, als viele dieser ehemaligen Reichstagsabgeordneten Regierungsämter in den Ländern übernommen hatten (u. a. Blos in Württemberg, Südekum und Göhre in Preußen, Antrick in Braunschweig, Segitz in Sachsen) und den Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit dorthin verlagerten. Von ihrem persönlichen und politischen Werdegang her glich dieser Personenkreis fast einem Querschnitt der ehemaligen Reichstagsfraktion. Insofern hat ihr Ausscheiden das Sozialprofil der Fraktion nicht verändert.

Die Schwierigkeiten, die Sozialstrukturen der Parlamentarier aus deren eigenen Angaben in den Parlamentshandbüchern zu erschließen, sind bekannt. Dennoch liefern diese Kurzbiographien zumindest einen Vergleichsmaßstab mit den vorhergehenden Parlamenten, in diesem Fall dem letzten Reichstag. Während sich bei dem 1912 gewählten Reichstag 23,9 % der Abgeordneten (95 von 397 insgesamt) als Arbeiter und gelernte Handwerker einstuften, zählten sich in der Nationalversammlung gleich 42,3 %, also 178 von 421 Abgeordneten, zu dieser Kategorie. Als Zeugnis für eine starke parlamentarische Repräsentation der "Handarbeit" sind diese Angaben jedoch nur bedingt zu gebrauchen. Denn von diesen 178 Arbeitern und Handwerkern waren tatsächlich nur mehr 11 in ihrem Beruf tätig²³, während die übrigen schon einen sozialen Aufstieg vollzogen hatten, als sie den Sprung ins Parlament schafften.

In der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung kamen ca. drei Viertel der Abgeordneten ursprünglich aus der Arbeiterschaft und handwerklichen

¹⁹ Adolf Braun 56, Heimann 59, Katzenstein 51, Schlicke 55.

²⁰ Erhard Auer 44, Otto Braun 47, Löbe 43, Sinzheimer 43, Winnig 40.

²¹ Vgl. Nr. 10, Anm. 1.

²² Vgl. weiter unten, S. XXI. Äußere Umstände waren es dagegen bei Joseph *Emmel* aus Elsaß-Lothringen, dessen Heimatgebiet durch den Ausgang des Krieges an Frankreich fiel.

²³ Vgl. die Aufstellungen von Hillgers, S. 32.

Arbeitnehmerberufen. Abweichungen bei den absoluten Zahlen von Fraktionsmitgliedern, die unter diese Kategorie fielen – bei Hillgers 124, bei Miller 118 = 71,5 %²⁴ – erklären sich aus den Grenzfällen. Nach den sorgfältigen Aufschlüsselungen bei Miller stellten die Metallarbeiter mit 29 das stärkste Kontingent unter den 118 aus handwerklichen und industriellen Arbeitnehmerberufen kommenden Abgeordneten. Auf die Berufsgruppen der Holz- und Bauarbeiter entfielen jeweils 18 Abgeordnete. 14 hatten ursprünglich einen Beruf im graphischen Gewerbe ausgeübt. 11 SPD-Abgeordnete kamen aus Angestelltenberufen, d. h. zumeist aus der Schicht der unteren Angestellten. Die große Mehrheit war also durchaus proletarischer Herkunft. Diese Abgeordneten hatten noch durch Handarbeit ihren Lebensunterhalt verdient und das Arbeitermilieu in Handwerks- und Industrieunternehmen und im Bergbau kennengelernt. Aber fast ohne Ausnahme übten sie ihre ursprüngliche Erwerbstätigkeit nicht mehr aus, als sie in die Nationalversammlung eintraten.

Eine akademische Ausbildung hatten 18 Fraktionsmitglieder absolviert; davon waren allerdings 5 ohne Abschluß geblieben. Ein traditionell starkes Kontingent unter der Minorität der Akademiker stellten die Juristen (Heine, Jasper, Landsberg, Quarck, Saenger und Sinzheimer). Davon waren zwei (Landsberg und Heine) zu Ministern im Reich und Preußen, einer (Saenger) zum Staatssekretär in Bayern avanciert. Quarck betätigte sich neben seiner politisch-parlamentarischen Arbeit als freier Publizist und Schriftsteller. Als Rechtsanwalt war neben Jasper auch der renommierte Arbeitsrechtler Sinzheimer tätig. Von den insgesamt 7 Lehrern, darunter 5 Volksschullehrern und 1 Gymnasiallehrer mit akademischer Ausbildung und Doktorgrad, übte offenkundig nur einer noch seinen Beruf aus.

Im Vergleich zur 1912 gewählten Reichstagsfraktion, in der die Akademiker und Volksschullehrer rund ein Viertel der Abgeordneten stellten, sank ihr Anteil in der Nationalversammlungsfraktion rapide ab: er betrug nur noch gerade etwas mehr als ein Zehntel. Gerade unter den akademisch gebildeten Altparlamentariern der SPD hatten sich überdurchschnittlich viele der USPD zugewandt. Unter den Neuparlamentariern aber waren Akademiker eine Ausnahme: neben Sinzheimer nur noch Jasper.

In Bezug auf soziale Herkunft, Bildungsweg und Berufsqualifikation wies die Nationalversammlungsfraktion zwar ähnliche Züge wie die Fraktion der SPD in den Reichstagen des Kaiserreichs auf, aber doch mit charakteristischen Verschiebungen. Eine akademisch gebildete schwächer gewordene Minderheit und die große noch stärker dominierende Gruppe von zumeist fachlich qualifizierten Handarbeitern bestimmten ihr Sozialprofil, soweit es die ursprüngliche Schichtzugehörigkeit betraf.

Mit Blick auf die tatsächlich von den sozialdemokratischen Parlamentariern ausgeübten Berufe und Tätigkeiten zeigten sich ebenfalls deutliche Veränderungen. Durch

²⁴ Miller, Bürde, Anhang II, S. 317, 460; Hillgers, S. 32, kommt dagegen auf 124 "Arbeiter und gelernte Handwerker". Für ihre Fraktion im letzten Reichstag des Kaiserreiches gibt er die Zahl von 84 an.

²⁵ Miller, ebd., S. 459 f. rechnet Saenger noch zu den praktizierenden Rechtsanwälten, während er schon seit dem 1. 11. 1918 Staatssekretär im bayerischen Unterrichtsministerium war.

²⁶ Miller, Bürde, S. 317 kommt auf eine Akademikerquote von 14 %, da sie von 23 Akademikern ausgeht. Ihre Tabelle auf S. 460 weist dagegen nur 18 Akademiker aus.

den Wandel der Sozialdemokratie zur Massenpartei und den Aufstieg der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung entstand schon im Kaiserreich ein wachsender Bedarf nach festangestellten Funktionären. Mit dem Ausbau ihres Apparates "produzierte" die Arbeiterbewegung eine aus ihr selbst hervorgehende Führungsschicht, die zunehmend auch das Gesicht ihrer Parlamentsfraktion bestimmte.²⁷

Die politisch-gesellschaftliche Isolierung der Sozialdemokratie, die bis zur Vorkriegszeit praktisch nur den sozialen Aufstieg innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung zuließ, wurde im Grundsatz zwar schon im Weltkrieg gelockert und mit der Revolution gebrochen. Als Rekrutierungsfeld für politisch-parlamentarische Karrieren spielte der öffentliche Dienst unter den SPD-Abgeordneten der Nationalversammlung noch keine Rolle. Bis zur Novemberrevolution 1918 war dieser den Sozialdemokraten praktisch völlig versperrt. ²⁸ Da die staatliche Bürokratie in der Revolution weitgehend unangetastet blieb und kaum ein personeller Neuerungsschub stattfand, hielt sich die Öffnung in engen Grenzen.²⁹ Angesichts der kurzen Zeitspanne, die zwischen dem Ausbruch der Revolution und der Wahl zur Nationalversammlung lag, waren Auswirkungen auf das Sozialprofil der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung erst recht kaum zu erwarten. Von den 11 Abgeordneten, die von Miller dem öffentlichen Dienst zugerechnet wurden, waren drei, davon zwei Fürsorgerinnen, bei Kommunen beschäftigt. Auch unter Einschluß eines beim Militär dienenden "Feldeisenbahnunterassistenten" lassen sich bestenfalls sieben als zum öffentlichen Dienst gehörig einstufen.³⁰ Denn bei den übrigen vier handelte es sich im Grundsatz um Inhaber von politischen "Beamten- und Angestelltenämtern": einen kommunalen Wahlbeamten in Ludwigshafen, Jakob Binder, den Berliner Polizeipräsidenten Eugen Ernst, den württembergischen Gesandten in Berlin Karl Hildenbrand und die Referentin im Reichswirtschaftsministerium Wilhelmine Kähler. Abgesehen von Binder, der schon 1905 in dieses Amt berufen wurde, verdankten die übrigen drei ihre Posten dem neuen republikanischen System. Über die politische Schiene wechselten sie von Ämtern in der Arbeiterbewegung in hauptamtliche öffentliche Positionen über.

Im Blick auf die tatsächlich ausgeübten Berufe und Tätigkeiten ergab sich für die Nationalversammlungsfraktion ein Bild, das sich erheblich von den früheren Reichstagsfraktionen unterschied. Auf den ersten Anschein hin wurde der Siegeszug der Partei- und Gewerkschaftsangestellten gestoppt. Sie bildeten zwar erneut das Rückgrat der Fraktion, aber ihr Anteil war gegenüber dem von Matthias und Pikart für die letzte Reichstagsfraktion errechneten Wert von 62 % (= 68 Abgeordnete)³¹ offenkundig nicht weiter gestiegen. Unter den 165 Fraktionsmitgliedern befanden sich

²⁷ Reichstagsfraktion der SPD I, S. LV ff., bes. S. LXIII f.

²⁸ Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des 1. Weltkrieges, Frankfurt/M.-Berlin 1973 und Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976.

²⁹ U. a. beispielhaft Elben; Matthias in Einleitung Regierung der Volksbeauftragten I, S. IL ff., CXX f.

^{30 1} Volksschullehrer, 1 Postsekretär, 1 städtischer Obersekretär, 1 Kreisarzt, 2 städtische Fürsorgerinnen, 1 Feldeisenbahnunterassistent.

³¹ Reichstagsfraktion der SPD I, S. LVI ff., bes. S. LIX.

45 Parteiangestellte, 37 besoldete Gewerkschaftsfunktionäre – unter Einschluß von Redakteuren der Gewerkschaftspresse – und 12 Arbeitersekretäre. Zusammen stellten diese 94 Partei- und Gewerkschaftsangestellten 57 % der Fraktionsmitglieder. Bezieht man noch die Angestellten und Geschäftsführer aus anderen Einrichtungen der Arbeiterbewegung (Genossenschaften, Selbsthilfekassen etc.) – insgesamt 9 – ein, so entsprach die Quote dieser von Matthias und Pikart als "Arbeiterbeamten" gekennzeichneten Abgeordneten mit 61,8 % fast exakt derjenigen der 1912 gewählten Reichstagsfraktion. Innerhalb dieser Gruppe hatten sich allerdings die Relationen stark verschoben. Die Zahl der besoldeten Gewerkschaftsfunktionäre einschließlich der Arbeiterfunktionäre war 1919 im Vergleich zu 1912 nicht nur absolut von 23 auf 49 (davon 12 Arbeitersekretäre)³² gewachsen, sondern auch prozentual von 21 auf fast 30 % der Gesamtfraktion angestiegen. Unter den Neulingen im Reichsparlament verkörperten sie das stärkste Kontingent. Die Vergewerkschaftung der Fraktion erreichte mit der Nationalversammlung ihren Höhepunkt, sackte aber schon nach der Reichstagswahl von 1920 wieder rapide ab.

Demgegenüber war die Zahl der Parteiangestellten in der Nationalversammlung im Vergleich zur Fraktion von 1912 nur wenig gestiegen, obwohl sie dicht hinter den Gewerkschaften die zweitgrößte Gruppe der Neuparlamentarier stellten. Statt 22 Parteiredakteuren (1912) gehörten nun 24 der Nationalversammlungsfraktion an; prozentual fiel ihr Anteil dagegen von 20 auf 14,5 %. Die 21 besoldeten Parteisekretäre bildeten mit 12,7 % einen fast gleichstarken Block. Ihre Zahl hatte sich gegenüber 1912 nicht nur absolut (von 12 auf 21), sondern auch prozentual, allerdings nur geringfügig erhöht (1912: 10,9 %).³³

Diese auf formale Kategorien gestützten Vergleiche besagen jedoch kaum etwas über die tatsächliche Durchdringung der Parlamentsfraktion mit hauptamtlichen Parteifunktionären. Denn gerade aus ihren Reihen rekrutierte sich ganz überwiegend der Stamm von sozialdemokratischen Regierungschefs und Ministern, die in Reich und Ländern die Verantwortung für die Exekutive übernommen hatten. Bei der Konstituierung der Nationalversammlung übten insgesamt 29 Abgeordnete der SPD gleichzeitig ein Amt in der staatlichen Exekutive aus. Als Regierungschefs, Minister und Volksbeauftragte in einer ministerähnlichen Stellung im Reich und in den Ländern fungierten davon allein 19. Es entfielen auf das

Reich 5: die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Wissell, Preußen 2: Landwirtschaftsminister Otto Braun und Justiz-, später Innenminister Heine,

³² Auf die Zahl von 49 aus eigenen Auswertungen – vgl. Potthoff, Gewerkschaften, S. 397 – kommt auch das Correspondenzblatt Nr. 8 vom 22. Febr. 1919, S. 63. Der USPD-Fraktion gehörten 2 höhere Gewerkschaftsfunktionäre an: Joseph Simon, der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes und Wilhelm Bock, der Redakteur des Verbandsblattes der Schuhmacher.

³³ Errechnet aus den absoluten Zahlen in Reichstagsfraktion der SPD I, S. LVI und Miller, Bürde, Anhang II, S. 458 f.

³⁴ Vgl. die Übersicht bei Hillgers, S. 29 f., dessen Überschrift "Minister und Volksbeauftragte" allerdings irreführend ist. Hillgers rechnet auch noch Otto Wels als "Polizeipräsident a. D." unter die Inhaber von Ministerämtern, so daß er auf die Zahl von 30 kommt.

Bayern 2: Innenminister Erhard Auer und Unterrichtsminister Johannes Hoffmann,

Sachsen 3: Ministerpräsident *Gradnauer*, Kultusminister *Buck*, Volkskommissar *Haack*,

Württemberg 1: Arbeitsminister Schlicke,

Baden 1: Verkehrsminister Rückert, Hessen 1: Ministerpräsident Ulrich,

Mecklenburg-Schwerin 1: Staatsminister Starosson, Mecklenburg-Strelitz 1: Staatsminister Hans Krüger, Sachsen-Weimar-Eisenach 1: Staatskommissar Baudert,

Anhalt 1: Staatsratsvorsitzender Heine, der zugleich preußischer Minister war,

Oldenburg 1: Mitglied des Direktoriums Hug.

Gustav Bauer hatte als Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes eine Funktion inne, die in etwa dem Rang eines Ministers entsprach. Als Unterstaatssekretäre im Reich wiesen die biographischen Angaben zu den Abgeordneten der Nationalversammlung Robert Schmidt und Eduard David aus, als Beigeordnete in Reichsämtern Quarck und Schumann, in Preußen Hue und als Reichsbevollmächtigten Winnig. Einer, Hildenbrand, war Gesandter (von Württemberg) und zwei Polizeipräsidenten (Ernst in Berlin und Sinzheimer in Frankfurt).

Bis auf Sinzheimer handelte es sich bei dieser Gruppe von Inhabern von Exekutivämtern ausnahmslos um sogenannte "Arbeiterbeamte". Davon rechnete nur der geringere Teil zu den Gewerkschaftsfunktionären (Bauer, Wissell, Schumann, Hue, Schlicke, Haack), von denen überdies Hue und Schumann ihre Beigeordnetenämter eindeutig nur als eine vorübergehende Nebentätigkeit begriffen; die weit überwiegende Mehrheit rekrutierte sich dagegen aus hauptamtlichen Parteifunktionären.

Diese ehemaligen Führungskräfte der Arbeiterbewegung, die bis auf wenige Ausnahmen erst durch die Revolution an die Spitze der Exekutive gelangten, bildeten den Stamm, aus dem sich nach Ablauf der revolutionären Provisorien die parlamentarisch legitimierten Regierungsmannschaften der Sozialdemokratie rekrutierten. In Umrissen schälte sich hier eine neue "ministrable" Parteielite heraus, die sich von dem Typus der "Arbeiterbeamten" abzulösen begann und eine eigene Kategorie sozialdemokratischer "Minister" bildete. Nach einem Ausscheiden aus dem Regierungsamt kehrten sie nur in den seltensten Fällen in ihre frühere Wirkungsstätte zurück - so wie Rudolf Wissell, der wieder beim Bundesvorstand des ADGB angestellt wurde – oder übernahmen einen anderen staatlichen Posten, wie Noske nach seinem erzwungenen Rücktritt mit der Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover. In der überwiegenden Mehrzahl aber bildeten sie eine politischparlamentarische Elite von Anwärtern auf Regierungsämter, die von der Sozialdemokratie ggf. wieder zu besetzen waren. Ihr Kreis war weitgehend geschlossen, da mit dem Ausklingen der revolutionären Übergangszeit und der Bildung parlamentarischer Regierungen die Zahl der von der SPD zu besetzenden Regierungsämter zurückging.

Die Verselbständigung und Verfestigung dieser ministeriellen und ministrablen Führungselite erschien in mehrfacher Hinsicht problematisch. Sie zeigte Tendenzen zu einer gesonderten "Ministergesellschaft", die sich von Partei und Fraktion ablöste und sich ihr entfremdete. Potentiellen Nachwuchskräften unter den SPD-Abgeord-

neten wurde so der Aufstieg in die Exekutive weitgehend verbaut bzw. zumindest sehr erschwert. Die politisch ehrgeizigen und tatkräftigen unter ihnen mußten sich beinahe zwangsläufig anderen Feldern zuwenden, auf denen sie sich profilieren konnten. Aus ihren Reihen rekrutierte sich ein politisch-parlamentarischer Kreis, der seine Legitimation ganz in der Partei- und Fraktionsarbeit suchte und in einer eigenständigen Rolle gegenüber den Regierungsmitgliedern der SPD für sich und die Partei eine Wurzel der Kraft und des Selbstbewußtseins fand. Hermann Müllers Argument vom Sommer 1919, es sei besser, wenn der Parteivorsitzende "sich jetzt der Regierung fernhält"35, ebenso wie Otto Wels' Weigerung, 1920 als Nachfolger Noskes ins Kabinett einzutreten, und Carl Legiens Zurückschrecken vor dem Reichskanzleramt³⁶ kennzeichneten einen Trend, den eigenen Organisationen den Vorrang zu geben. Was für diese galt, traf für andere Fraktionsmitglieder der zweiten Garnitur erst recht zu. Häufig enttäuscht von dem parlamentarischen Betrieb, wandten sie sich schon in der Nationalversammlungszeit wieder stärker der Parteiund Organisationsarbeit zu und kehrten der Tätigkeit im Parlament den Rücken.³⁷ Schon in der revolutionären Umbruchszeit kristallisierte sich so eine Auffächerung der Eliten der sozialistischen Arbeiterbewegung in eine abgelöste "Ministergesellschaft", die sich im Kontakt mit der Partei schwertat, und dem Kreis der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre heraus, die vorrangig in ihren Organisationen ruhten und dort die Prioritäten setzten.

Das alte Problem der Doppelmandate in Reichstag und Landesparlamenten, das wie in der Kaiserzeit die Partei auch noch in Weimar auf den Parteitagen beschäftigte³⁸, verlor allein schon durch den Übergang vom Mehrheits- zum Verhältniswahlrecht mit seinem Listensystem viel an Brisanz. Überdies war die Zahl derjenigen, die als Neuparlamentarier gleichzeitig noch ein Landtagsmandat innehatten, nicht besonders hoch. Darunter befanden sich sowohl Hinterbänkler der Nationalversammlungsfraktion – wie Karl Bethke (MdL Sachsen), Karl Hense (Hamburger Bürgerschaft), Fritz Endres (MdL Bayern) – als auch herausragende Köpfe wie Carl Severing (MdL Preußen) und Wilhelm Keil, der über 22 Jahre (1910–1932) gleichzeitig im Reichsparlament und im Landtag seiner Heimat Württemberg saß. ³⁹ Die Intensität, mit der sich Keil, der als Steuerexperte fast unentbehrlich schien, der Fraktionsarbeit widmete, zeugte davon, daß zumindest er dieser Doppelbelastung gewachsen war.

³⁵ Vgl. Nr. 53 (21. 6.).

³⁶ Vgl. Potthoff, Gewerkschaften, S. 276 ff.

³⁷ Die mangelhafte Präsenz in der Nationalversammlung ist dafür ein Indiz; vgl. SPD-Parteitag 1919, S. 346 f. und 1920, S. 169 f.; Parteikonferenz 22./23. 3.1919, Reprint, S. [625] und [641]; Parteiausschuß 28./29. 8. 1919, Reprint, S. [676].

³⁸ Vgl. die Bewertung in Löbes Fraktionsbericht, SPD-Parteitag 1919, S. 346. Auf dem Parteitag von 1920 wurden zwar noch Anträge (Nr. 177 und 178) gestellt, Doppelmandate zu untersagen, aber ohne Aussprache auf Vorschlag des Referenten Hildenbrand abgelehnt; SPD-Parteitag 1920, S. 170, 174, 293.

³⁹ Endres gehörte vom 1.3. 1919 der bayerischen Regierung als Minister für Justiz an, Anfang Juli 1919 wechselte er ins Innenressort.

Im Kern waren es weniger die bloßen Doppelmandate, die problematisch schienen, sondern die Verbindung von Exekutivämtern in den Ländern mit der Abgeordnetentätigkeit in der Nationalversammlung. Von den betreffenden Abgeordneten gab vor der Konstituierung der Nationalversammlung nur Alwin Saenger, der seit dem 1. November 1918 Staatssekretär im bayerischen Unterrichtsministerium war, sein Mandat zurück. 40 Von den Volksbeauftragten und Ministern in den Ländern entschloß sich Georg Gradnauer zu diesem Schritt, nachdem er am 20. März vom sächsischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt worden war. Mit ihm legte auch sein Kultus- und Unterrichtsminister Wilhelm Buck das Mandat nieder. 41 Die von ihnen angeführten Gründe der Überlastung dürften auch bei Johann Peter Paul Hug, Mitglied des Direktoriums des Landes Oldenburg, der im Juni 1919 aus der Nationalversammlung ausschied, und bei Magnus Robert Haack, seit dem 22. November 1918 Volkskommissar für wirtschaftliche Demobilisation in Sachsen und überdies noch Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), der im August 1919 auf seinen Abgeordnetensitz verzichtete, mitgespielt haben. 42 Es fällt ins Auge, daß diese Mandatsniederlegungen erst erfolgten, nachdem die revolutionären Provisorien in den Ländern von parlamentarisch legitimierten Regierungen abgelöst waren und die Fortexistenz der Einzelstaaten gesichert schien.

Nicht minder auffällig war, daß Minister aus anderen Ländern ihren Abgeordnetensitz nicht aufgaben. Darunter auch - trotz der Erschwernisse durch die räumliche Trennung Berlin-Weimar - die beiden preußischen Minister Heine und Otto Braun. Wolfgang Heine, ab 15. November 1918 Vorsitzender des Staatsrates von Anhalt und seit dem 27. November Justiz-, vom 25. März 1919 bis 30. März 1920 Innenminister in Preußen, gehörte der Fraktion de facto nur nominell an und ließ deutlich spüren, daß er ihre Entscheidungen für sich persönlich nicht gelten ließ. 43 Die eigentlich naheliegenden Konsequenzen, entweder sein Mandat in der Nationalversammlung niederzulegen oder die an seiner Politik und Person geübte Kritik durch Kontakte zur Fraktion aufzufangen, hat Heine nicht gezogen. Die Chancen zu einer Verklammerung von Reich und Preußen, die sich über die "Ämterkombination" boten, wurden von ihm verpaßt, während sie sein preußischer Kollege, Landwirtschaftsminister Braun, zu nutzen suchte. Da in der Ernährungspolitik die maßgeblichen Kompetenzen beim Reich lagen, bot sich Otto Braun über die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung eine Plattform, auf der er für seine von der Linie Robert Schmidts abweichenden Auffassungen eintreten und auf die Reichsregierung einwirken konnte.44 Sicherlich lag es daneben auch noch an Brauns ganz anderem

⁴⁰ Bei Walter Stoessel, der ebenfalls schon vor der Eröffnung der Nationalversammlung verzichtete, lagen die Gründe wohl darin, daß sich sein Abgeordnetenmandat kaum mit seiner Tätigkeit als Agitationssekretär der Freien Gewerkschaften im Posener Gebiet vereinbaren ließ, wo er für den Tag der endgültigen Abtretung die Gründung eines eigenständigen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Polen vorbereitete. Vgl. Potthoff, Gewerkschaften, S. 245 f.

⁴¹ Vgl. Nr. 36.

⁴² Vgl. Nr. 44, Anm. 1; zu Franz Starosson, Staatsminister in Mecklenburg-Schwerin, vgl. Nr. 63, bes. Anm. 1.

⁴³ So bei den Beschlüssen zur Abstimmung über den Versailler Friedensvertrag; vgl. Nr. 54.

⁴⁴ Zum Zusammenhang vgl. Schulze, Braun, S. 273 ff.

Naturell und seiner Tatkraft, daß er neben der schwierigen Aufgabe in Preußen so kräftigen Anteil an der Arbeit in der Fraktion nahm.

Die Ämterhäufung hatte, wie schon die angeführten Fälle erkennen lassen, verschiedenartige Aspekte: persönliche, innerparteiliche und staatspolitische. Im Sinne einer besseren Koordination der Politik der Sozialdemokratie in Reich und Ländern sprach zumindest im Falle Preußen vieles für eine aktive Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats in der Nationalversammlung. Gesichtspunkte der Arbeitsüberlastung und der schon traditionellen Vorbehalte aus der Partei gegen Ämterkumulationen ließen sich dagegen ins Feld führen. Doch letztere waren in der Partei, wenn es konkret wurde, gar nicht so stark, wie sich am Beispiel von Adolf Brauns und Hans (Johann) Vogel zeigte. Als diese wegen ihrer vielfältigen anderweitigen Belastungen ihre Mandate in der Nationalversammlung zur Verfügung stellen wollten, wurden sie von ihren baverischen Parteigenossen gebeten, sie weiter wahrzunehmen. 45 So trug letztlich auch die Parteibasis dazu bei, personelle Neuerungsschübe zu blockieren, indem sie sich an die bekannten und bewährten Parlamentarier und Parteifunktionäre klammerte. Selbst dann, wenn nach Mandatsniederlegungen⁴⁶ neue Abgeordnete nachrückten, veränderte sich kaum etwas am Sozialprofil der Fraktion, weil auch sie wieder aus der Schicht der "Arbeiterbeamten" kamen. Eine wirkliche personelle Erneuerung der Parlamentsfraktion fand in der Republik nicht statt, sondern nur die Ablösung einer Schicht von "Ministrablen" aus dem Kreis der Funktionäre

2. Organe und Geschäftsgewohnheiten

Die Klagen über die schlechte Präsenz und die dringlichen Mahnungen, zu den Sitzungen zu erscheinen, gehörten beinahe zum festen Ritual der Nationalversammlungsfraktion.⁴⁷ Selbst als sich die Fraktion im Februar konstituierte, fanden sich nur 117 Mitglieder ein, wovon 12 noch verspätet eintrafen. Im Durchschnitt waren "selten mehr als 86 bis 96" ihrer Abgeordneten anwesend, wenn die Nationalversammlung tagte.⁴⁸ Ein Teil der Fraktionsmitglieder fiel fast völlig für die Parlamentsarbeit aus, da andere Verpflichtungen in Regierungsämtern eindeutig dominierten.⁴⁹ Andere, die in Führungspositionen der Gewerkschaften tätig waren, wie etwa *Legien* und die Verbandsvorsitzenden *Brey* (Fabrikarbeiter), *Sachse* (Bergarbeiter), *Schumann* (Transportarbeiter) sowie *Schlicke* (Metallarbeiter) standen nur partiell zur Verfü-

⁴⁵ Vgl. SPD-Parteitag 1919 (Fraktionsbericht), S. 347.

⁴⁶ Neben den oben erwähnten u. a. noch *Ebert* wegen seiner Wahl zum Reichspräsidenten, Heinrich Kürbis, der am 14. Mai 1919 zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein gewählt worden war und sein Mandat am 2. Dezember 1919 niederlegte und August Winnig, der im Januar 1920 seinen Abgeordnetensitz aufgab; vgl. Zentralrat, S. XLII; Sten.Ber., Bd. 331, S. 4195, Sitzung vom 13. 1. 1920.

⁴⁷ Vgl. Nr. 11.

⁴⁸ So Löbe im Parteiausschuß 28./29. 8. 1919, Reprint, S. [676].

⁴⁹ Vgl. u. a. die oben in Abschn. I angeführten Beispiele von Heine, Gradnauer, Buck etc.

gung, zumeist wenn unmittelbar ihre Branchen tangierende Themen auf der Tagesordnung standen.

Beeinträchtigt wurde die aktive Teilnahme an der Nationalversammlung und der Fraktion noch durch die vielfach herrschenden Wirren im Reich und die Behinderungen, die Abgeordnete aus den besetzten Gebieten durch alliierte Besatzungsbehörden erfuhren. Zum Teil waren es nur technische Schwierigkeiten, wie die Unterbrechung von Reiseverbindungen, zum Teil aber auch sachliche Gründe, die Abgeordnete an dem Weg nach Weimar bzw. Berlin hinderten und sie vor Ort festhielten. So stand insgesamt für die Arbeit in Parlament und Fraktion nur ein eingegrenzter Personenkreis zur Verfügung.

Wie schon zu Zeiten der Reichstage tagte die Fraktion in der Regel nur dann, wenn auch Sitzungen der Nationalversammlung stattfanden. Die dichte Tagungsfolge des Parlaments, das neben den beiden zentralen Fragen, Verfassung und Friedensvertrag, eine Fülle gesetzgeberischer Vorhaben zu bewältigen hatte, schlug sich entsprechend auch in der Häufigkeit von Fraktionssitzungen nieder. Bis zur Erledigung des Verfassungswerkes tagte die Fraktion während dieser Zeit beinahe täglich.

Der Beschluß vom 3. Oktober 1919, in Zukunft Fraktionssitzungen regelmäßig dienstags und freitags "nach dem Plenum, sonst nur nach Bedarf" abzuhalten⁵⁰, signalisierte einen Trend zur parlamentarischen Normalität. Einhalten ließ sich dieser Turnus nach den Protokollen fast nur beim Dienstagstermin, während die turnusmäßige zweite wöchentliche Sitzung häufig auf donnerstags vorgezogen wurde. Durch unerwartet auftretende Komplikationen bei den Steuergesetzen und der Betriebsrätefrage wurden immer wieder besondere Sitzungen erforderlich. Die Einladungen zu den Sitzungen erfolgten sowohl durch mündliche Mitteilungen in der vorhergehenden Sitzung als auch durch Aushang im Tagungsgebäude der Nationalversammlung. An die abwesenden Fraktionsmitglieder ergingen daneben noch schriftliche – und in dringenden Fällen – telegrafische Einladungen.⁵¹ Nur in dem Fall der plötzlich zum 25. September 1919 anberaumten Sondersitzung ließ sich das übliche Procedere nicht einhalten.⁵²

In den Reichstagsfraktionen der SPD übten Bebel und Singer über Jahrzehnte die Führung aus, ohne daß eine formelle Wahl von "Fraktionsvorsitzenden" stattfand. Als Singer 1911 starb, bestimmte die Fraktion erstmals in einem förmlichen Wahlakt Hermann Molkenbuhr als Nachfolger.⁵³ Zu Beginn der XIII. Legislaturperiode 1912 wurde dann der Kreis der Fraktionsvorsitzenden auf drei (Bebel, Haase, Molkenbuhr) erweitert.⁵⁴ Für den 1913 verstorbenen Bebel rückte Scheidemann, für den im Dezember 1915 zurückgetretenen Haase im Januar 1916 Ebert nach, der für die alte Fraktionsleitung auch die erste Sitzung der Nationalversammlungsfraktion am 4. Februar 1919 eröffnete.⁵⁵ Die Wahl des neuen Fraktionsvorstandes fand in der zweiten

⁵⁰ Vgl. Nr. 88.

⁵¹ Vgl. Nr. 81, 82. - Zur Praxis bis 1918 vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXX f.

⁵² Vgl. Nr. 86.

⁵³ Vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXIII und CXV.

⁵⁴ Ebd. I, S. 306 f. und II, S. 102, 104, 132 und 152.

⁵⁵ Vgl. Nr. 1.

Sitzung am gleichen Tage statt. Ohne ausdrückliche Begründung entschied sich die Fraktion dabei mit "David, Löbe, Molkenbuhr und [Hermann] Müller-Breslau" für die ungewöhnliche Zahl von vier Fraktionsvorsitzenden.⁵⁶

Formal waren die Fraktionsvorsitzenden gleichberechtigt. In der Praxis aber zeichnete sich eine deutliche Rangfolge ab, deren Ursachen sowohl in der Aufgabenverteilung wie im politischen Gewicht und dem persönlichen Status der Einzelnen zu suchen sind. Paul Löbe übte von Anfang an die Rolle einer Art von "geschäftsführenden" Fraktionsvorsitzenden aus. Er regelte die praktischen Angelegenheiten der Fraktionsführung, präsidierte den Sitzungen und galt innerhalb der Fraktion als der Vorsitzende. In seiner Abwesenheit leitete zunächst Eduard David die Sitzungen. Als er sein Amt wegen der bevorstehenden Berufung zum Präsidenten der Nationalversammlung zur Verfügung stellte, rückte das Mitglied des Fraktionsvorstandes Hoch ab 7. Februar 1919 in den Kreis der Fraktionsvorsitzenden auf und fungierte als Präsident. Fraktionsvorsitzenden auf und fungierte als Präsident. Auf wird Hochs Aufstieg, der zu den Kritikern der Kriegspolitik der SPD gehört hatte, aber in der Partei verblieb, wohl auch unter dem Aspekt einer Integration des linken Flügels und als Belohnung für die von ihm bewiesene Loyalität zu sehen haben.

Hermann Müller gehörte als einziger der vier Fraktionsvorsitzenden dem Parteivorstand an. Nachdem Ebert und Scheidemann infolge ihrer Wahl in die Staatsämter als Parteivorsitzende ausschieden, war Müller zunächst "provisorisch mit der Leitung der Parteigeschäfte" betraut worden. Am 11. Juni wählte ihn der Parteitag auch formell zum Vorsitzenden.⁵⁹ Nur 10 Tage später gab er das Amt des Fraktionsvorsitzenden wegen seiner Berufung zum Außenminister auf.⁶⁰ Hermann Müller hatte zwar bis dahin gelegentlich auch Fraktionssitzungen präsidiert.⁶¹ Seine eigentlich gewichtige Funktion für die Fraktion lag jedoch nicht in der Wahrnehmung von Geschäftsvorgängen, sondern in der Ämterverbindung mit dem Parteivorsitz. Sie verlieh ihm die Autorität, die politischen Konturen der Fraktion zu prägen und nach außen zu vertreten. Nach seinem Ausscheiden gewann die Position Löbes, der sich mit seiner geschickten Amtsführung die Anerkennung der Fraktion erwarb, an zusätzlichem Gewicht.

Hermann Molkenbuhr war als Fraktionsvorsitzender praktisch nicht präsent. Schon für die Vorkriegszeit haben Matthias und Pikart konstatiert, daß sein "Vorsitz ein Papiertitel blieb". Seine Wiederwahl durch die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung glich einer ehrenden Geste für einen alten, verdienten Parlamentarier.

⁵⁶ Vgl. Nr. 2.

⁵⁷ Vgl. Nr. 5.

⁵⁸ Irrtümlich heißt es bei Osterroth, S. 135, *Hoch* habe sich im Krieg der USPD angeschlossen und sei 1919 als Vertreter dieser Partei in die Nationalversammlung gewählt worden.

⁵⁹ SPD-Parteitag 1919, S. 46 und 405.

⁶⁰ In den Fraktionsprotokollen wird sein Ausscheiden direkt nicht vermerkt; es läßt sich aber mittelbar belegen.

⁶¹ Vgl. Nr. 22, 24, 25, 27, 31.

Ausgeübt hat er diese Funktion offensichtlich nicht⁶², so daß sie allmählich sogar in Vergessenheit zu geraten schien. Als die Fraktion am 30. September auf Vorschlag ihres Vorstandes den Vorsitz neu regelte, war von ihm überhaupt nicht die Rede. Den äußeren Anlaß bot die Tatsache, daß sich Scheidemann der Fraktion wieder voll zur Verfügung stellte. Erstmals wurde jetzt eine formelle Rangfolge bestimmt und Scheidemann nun das Amt eines "Ersten Fraktionsvorsitzenden" übertragen. Zusammen mit ihm bildeten Löbe, der ins zweite Glied zurücktrat, und Hoch einen "engeren Vorstand".⁶³ Obwohl Molkenbuhr nach wie vor nominell einer der Mitvorsitzenden war, wurde er völlig übergangen. Er gehörte zwar formal noch zu den Repräsentanten, die die Fraktion nach außen vertraten, doch offenkundig nur mehr als Ersatzmann.⁶⁴

Mit der Amtsübernahme durch Scheidemann erhielten die Fraktionssitzungen ein neues Profil. Sie wurden zu einer Tribüne, auf der von den Regierungsgenossen Rechenschaft gefordert und von Scheidemann aufgegriffene Mißstände angeprangert wurden. Offensichtlich sah Scheidemann seine Aufgabe als politischer Führer der Fraktion in den Grundsatzfragen, während Löbe seine Rolle mehr in den geschäftlich-parlamentarischen Angelegenheiten ausübte. Wohl nicht zuletzt bedingt durch Scheidemanns Doppelbelastung – Ende 1919 war er zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt worden – und seine Persönlichkeitsstruktur rückte Löbe nach kurzer Frist wieder stärker in den Vordergrund. 65

Der Fraktionsvorstand, der in der Vorkriegszeit in Etappen auf 7 Mitglieder erweitert worden war, wurde von der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung zunächst auf 13 Köpfe aufgestockt. Neben den vier Fraktionsvorsitzenden gehörten ihm nach der Wahl vom 4. Februar 1919 noch Erhard Auer, Friedrich Ebert, Richard Fischer, Gustav Hoch, Hermann Krätzig, Philipp Scheidemann, Carl Severing, Otto Stolten und als einzige Frau Marie Juchacz an. Entgegen der früheren Praxis, bei der eine Funktionszuweisung nach "Schriftführern" und "Kassierern" erfolgte⁶⁶, wurde jetzt nicht nach verschiedenen Kategorien unterschieden. Die aus den Anfängen einer kleinen Fraktion herrührende Praxis, den politischen Führungspositionen jeweils besondere geschäftstechnische Aufgaben zuzuordnen, wie sie vom Fraktionsvorstand wahrgenommen wurden, entsprach nicht mehr Stil und Bedürfnissen einer 165köpfigen Großfraktion. Die am 19. Februar erfolgte Ernennung eines speziellen "Fraktionskassierers" (Brühne), der nicht dem Fraktionsvorstand angehörte⁶⁷, unterstreicht die Ablösung der Verwaltungsgeschäfte von dem politischen Mandat der Vorstandsmitglieder.

⁶² In einem Fall übernahm mit Stolten auch ein normales Vorstandsmitglied den Vorsitz, weil offenkundig die Fraktionsvorsitzenden nicht anwesend waren, ob Molkenbuhr allerdings auch, muß offen bleiben; vgl. Nr. 16, vorletzter Absatz.

⁶³ Vgl. Nr. 87.

⁶⁴ So beschloß die Fraktion am 3. 10. 1919, ihre 4 Vorsitzenden in den wieder auflebenden "Interfraktionellen Ausschuß" zu delegieren, " von denen einer als Ersatzmann" gelten sollte.

⁶⁵ Vgl. dazu die Sitzung vom 19. 3. 1920 - unten Nr. 108 - insbesondere Anm. 1.

⁶⁶ Vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXIII.

⁶⁷ Vgl. Nr. 12.

Aus dem am 4. Februar gewählten Vorstand schieden *David* und *Ebert* schon wenige Tage später wegen ihrer Berufung zum Parlaments- bzw. Reichspräsidenten aus. ⁶⁸ Mit der Übernahme des Amtes des Regierungschefs im Reich am 13. Februar fiel auch *Scheidemann* für den Fraktionsvorstand aus. Über den genauen Zeitpunkt und die Form seines Verzichts sagen allerdings weder die Fraktionsprotokolle noch *Scheidemanns* Memoiren etwas aus. Bis zum Juni 1919 muß noch ein weiteres Mitglied auf seinen Sitz im Fraktionsvorstand verzichtet haben. Zu denken wäre dabei an den durch ein Attentat am 21. Februar 1919 schwer verletzten bayerischen Innenminister Erhard *Auer* oder auch an Carl *Severing*, der durch seine Ernennung zum Reichs- und Staatskommissar für das Ruhrrevier voll im Westen eingespannt war. ⁶⁹ Als schließlich aus dem so auf 9 Personen reduzierten Vorstand im Juni 1919 noch Hermann *Müller* ausschied, beschloß die Fraktion, ihn wieder aufzustocken. Nach der Zuwahl von *Scheidemann*, *Wels* und Adolf *Braun* zählte er 11 Personen. ⁷⁰ *Braun* legte jedoch seinen Posten schon zwei Monate später (am 19. oder 20. August) nieder, weil er "sich von der Fraktion desavouiert fühlte". ⁷¹

Der Fraktionsvorstand war das Organ der Fraktion, das formal das eigentliche Führungsgremium bildete. Er bereitete die Sitzungen der Fraktion vor, unterbreitete Vorschläge und Empfehlungen für Beschlüsse und verfügte über das Mandat, Verhandlungen mit anderen Fraktionsführern bis hin zu Koalitionsbesprechungen zu führen.⁷² Als Institution verkörperte er gegenüber der Fraktion eine große Autorität. Aber um sie zur Geltung zu bringen, mußte er selbst möglichst geschlossen in Erscheinung treten und sich des Rückhalts des Großteils seiner Mitglieder sicher sein. Entscheidungen, die nur von 5 Teilnehmern mit 3 zu 2 Stimmen getroffen worden waren, erachtete er selbst nicht als zureichend, um sie der Fraktion als s e i n e n Vorschlag zu unterbreiten.⁷³

Die Vergrößerung des Vorstandes brachte es mit sich, daß er für rasche Entscheidungen zu schwerfällig wurde. In einer Kontroverse zwischen David und Hoch vom 5. Februar deutete sich ein Konflikt über die Rollenverteilung zwischen Fraktionsvorstand und Fraktionsvorsitzenden an.⁷⁴ Diese begannen sich offenkundig als Gruppe zu verselbständigen, die nun für ihren Kreis eine Legitimation zur Erledigung von Geschäften beanspruchte, die ursprünglich dem Gesamtvorstand oblagen. Die schließlich im Oktober 1919 beschlossene Regelung eines "engeren Vorstandes" besiegelte die Zweispaltung des Vorstandes in eine abgelöste Führungsgruppe, die wirklich Leitungsfunktionen ausübte und so etwas wie ein "geschäftsführendes Prä-

⁶⁸ Vgl. Nr. 5 und 8.

⁶⁹ Severing erwähnt allerdings weder in seinen Memoiren noch in Im Wetter- und Watterwinkel etwas von seinem Ausscheiden.

⁷⁰ Vgl. Nr. 59.

⁷¹ Vgl. Nr. 85.

⁷² Vgl. bes. Nr. 1 und 6.

⁷³ Vgl. Nr. 3.

⁷⁴ Vgl. Nr. 6.

sidium" darstellte⁷⁵, und die sonstigen Mitglieder, die praktisch nur den Status von Beisitzern innehatten.

Für die Erledigung der technischen Arbeit konnte sich der Fraktionsvorstand auf den Fraktionssekretär *Reimes* stützen.⁷⁶ Dieser Posten war ein rein technisches Hilfsorgan und nicht der eines Fraktionsgeschäftsführers im heutigen Sinne. Wohl deshalb auch lag das Amt nicht in den Händen eines Abgeordneten, sondern bei einem Angestellten der Fraktion. Als Protokollführer bei den Fraktionssitzungen besaß *Reimes* eine große Vertrauensstellung. Allgemein war in der Fraktion die Überzeugung verbreitet, daß der technische Apparat des Sekretariats ausgebaut werden sollte.⁷⁷ Die Ausführung überließ sie dem Fraktionsvorstand. Möglicherweise hat dieser eine weitere Hilfskraft eingestellt.⁷⁸

Die Fraktion tagte in der Regel unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur wenn sie es ausdrücklich so beschlossen hatte, durften Berichte über ihre Sitzungen und Entscheidungen erscheinen.⁷⁹ Zwar wurden im Einzelfall auch Außenstehende zu den Fraktionssitzungen geladen; doch an den eigentlichen Fraktionsverhandlungen nahmen sie nicht teil. Ihre Zuziehung glich vielmehr einer Anhörung, bei der sie ihre Auffassungen vortrugen und die Abgeordneten Informationsfragen stellten. Mit der Sachdebatte über den anstehenden Komplex begann die Fraktion erst, nachdem die Gäste die Sitzung verlassen hatten.⁸⁰

Schon vor dem Ersten Weltkrieg war es üblich geworden, fraktionsinterne ständige Ausschüsse einzurichten. Solche, zumeist als Kommissionen oder Ausschüsse bezeichneten Arbeitskreise der neuen Fraktion konstituierten sich zwischen dem 12. und 15. Februar 1919. Zu den Ausschüssen für Sozialpolitik, Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Wohnungswesen, Ernährung und Landwirtschaft kam noch eine Kommission für Wirtschaft. Offensichtlich ist das 1907 beschlossene Verfahren, die Mitglieder nicht zu wählen, sondern die Beteiligung dem freien Ermessen zu überlassen auch in der SPD-Fraktion der Nationalversammlung praktiziert worden. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise wurden jedenfalls von deren Mitgliedern gewählt. Tätig wurde von diesen fraktionsinternen Ausschüssen nach Ausweis der

⁷⁵ Vgl. Nr. 87.

⁷⁶ Zur Einrichtung dieser Stelle und zu ihrer früheren Besetzung vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXVII.

⁷⁷ Vgl. Nr. 79 (Sitzung vom 8. 8. 1919).

⁷⁸ Als Protokollant ist sie allerdings nicht in Erscheinung getreten; vgl. Zur Edition, 1.

⁷⁹ Vgl. Nr. 3; ein ausführlicher Bericht des *Vorwärts* erschien nur über die erste Sitzung vom 4. 2. 1919, vorm.; vgl. Nr. 1.

⁸⁰ Vgl. Nr. 94.

⁸¹ Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXXI.

⁸² Vgl. Nr. 9 und Nr. 12.

⁸³ Vgl. Nr. 14.

⁸⁴ Reichstagsfraktion der SPD I, S. 180 f.

⁸⁵ Vgl. Nr. 14; die Ernährungskommission teilte mit, daß Feldmann zum Vorsitzenden ernannt sei.

Protokolle die Kommission für das Wohnungswesen. 86 Das gleiche dürfte für den sozialpolitischen Ausschuß gelten, der schon in früheren Reichstagen Aktivitäten entwickelte. 87 Wieweit das auch für die anderen Arbeitskreise zutraf, muß offen bleiben.

Neben den ständigen wurden von der Fraktion auch wieder ad hoc-Ausschüsse eingesetzt. Die wohl wichtigsten darunter waren die in der Sitzung vom 8. Juli gebildeten beiden Steuerkommissionen, bei denen, abweichend von der bei den ständigen Ausschüssen geltenden Regel, die Mitglieder "hineingewählt" wurden. 88 Die Aufgabenstellung für die beiden Ausschußvarianten — ständige wie ad hoc — war vom Grundsatz her gleich. Sie bereiteten im Expertenkreis Stellungnahmen und Beschlußvorlagen der Fraktion vor. 89

Eine ähnliche Funktion übten auch die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Ausschüssen der Nationalversammlung aus, die wieder für sich eine Art Arbeitskreis bildeten. Die von der Fraktion in die Parlamentsausschüsse entsandten Vertreter wurden jeweils in förmlichen Wahlakten bestimmt. Das entsprach formal dem schon in den früheren Reichstagen praktizierten Verfahren. Do dabei eine echte Auswahl unter den Kandidaten stattfand, ist allerdings nicht nachweisbar. In der SPD-Fraktion der Nationalversammlung gab es – mit Ausnahme des Haushaltsausschusses – jedenfalls wesentlich mehr Bewerber, als Ausschußsitze zu vergeben waren. Das darf wohl als Indiz dafür genommen werden, daß sich die Abgeordneten des Wertes der Ausschußarbeit für das parlamentarische Geschehen bewußt waren.

Die Ausschußmitglieder der SPD bestimmten aus ihren Reihen jeweils einen Obmann. Pro Die Bedeutung dieses Postens ging weit über die bloß geschäftliche Koordinierung der Ausschußtätigkeit hinaus. In den der Fraktion über die Ausschußarbeit erstatteten Berichten spiegelt sich deutlich wider, wie sehr die führenden Ausschußsprecher über ihre Arbeit die Sachpositionen der Fraktion mitbestimmten und welches Maß an politischer Verantwortung bei ihnen lag.

Für das Auftreten der SPD-Fraktion im Plenum hatten sich in der langjährigen Praxis im Reichstag feste Regeln entwickelt, die allerdings nur im Grenzfall – dem Fraktionszwang – durch förmliche Beschlüsse schriftlich fixiert wurden. Die Auswahl der Redner für die Plenardebatten oblag der Fraktion, die gleichzeitig zumindest die große Linie vorgab. Bei wichtigeren Gegenständen wurden die Rededispositionen zunächst der Fraktion vorgetragen, um sie von ihr billigen zu lassen. Ergab sich im Plenum plötzlich die Notwendigkeit zu einer Intervention der Führungsspit-

⁸⁶ Vgl. Nr. 21.

⁸⁷ Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXXIII.

⁸⁸ Vgl. Nr. 65.

⁸⁹ Vgl. Nr. 21.

⁹⁰ Vgl. dazu bes. Nr. 9. Eine Ausnahme bildete der Haushaltsausschuß.

⁹¹ Vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. 3, 47, 110, 147, 180, 221, 265, II, S. 44 f.

⁹² Vgl. Nr. 3.

ze, so ersuchte der Redner, zumeist der Fraktionsvorsitzende *Löbe*, nachträglich um Indemnität.⁹³

Im Plenum des Parlaments vertraten die Redner der SPD die von der Fraktion festgelegte offizielle Linie, selbst wenn diese nicht voll mit ihrer eigenen Auffassung übereinstimmte. Das schloß umgekehrt allerdings auch ein, daß die Fraktion zu der vom Redner eingenommenen Position stand. Diese wechselseitige Solidarität gehörte zum festen Bestandteil der Verfahrensgewohnheiten. Als die Fraktion dennoch einmal ihren Redner desavouierte, empfand dieser das als einen solchen Verstoß gegen die gewohnte Solidarität, daß er aus Protest sein Mandat als Mitglied des Fraktionsvorstandes niederlegte.⁹⁴

Die in langwieriger, parlamentarischer Übung gewachsenen und verfestigten Geschäftsgewohnheiten brachten es mit sich, daß die SPD-Fraktion der Nationalversammlung nur über ihre Beachtung zu wachen brauchte, aber in diesem Punkt kaum Anpassungen an neuartige Verhältnisse vorzunehmen hatte. Selbst bei der Vorabklärung ihrer parlamentarischen Aktivitäten mit der Regierung betrat sie kein völliges Neuland. Die Notwendigkeit dazu hatte sich schon während der Kriegszeit ergeben. Allerdings verstärkte sich mit ihrer Stellung als "Regierungsfraktion" verständlicherweise das Bestreben nach einer Absprache mit den von ihr gestellten Kabinettsmitgliedern, den sog. Regierungsgenossen. Gerade vor parlamentarischen Initiativen war es Usus, zunächst Informationen und Ansichten von den zuständigen Regierungsvertretern aus der eigenen Partei einzuholen. Das galt insbesondere bei Anfragen, Initiativanträgen und Interpellationen, diesen klassischen Mitteln der Parlamentsfraktionen, um Auskünfte von der Regierung zu erhalten und die Regierung zu Maßnahmen anzustoßen. Deren andere Funktion, dadurch politische Debatten im Parlament zu erzwingen, trat bei der Sozialdemokratie jetzt, wo sie selbst in der Regierung vertreten war, in den Hintergrund.

Der Beschluß vom 24. März 1919, Initiativanträge und Interpellationen künftig nicht mehr mit von der Fraktion angehörenden Ministern unterzeichnen zu lassen⁹⁵, entsprang offenkundig einer interfraktionellen Absprache. Im wesentlichen ging es dabei wohl nur um die Optik und praktische Gründe, denn am grundsätzlichen Verhältnis von Fraktion und "Regierungsvertretern" änderte sich dadurch nichts. Entscheidender war vielmehr, daß sich mit der Bildung der Regierung Scheidemann die Gesetzesinitiativen weitgehend auf die "Regierungsgenossen" verlagert hatten. Nicht selten fühlte sich die Fraktion durch Regierungsvorlagen vor vollendete Tatsachen gestellt. Nur in Ausnahmefällen ergriff sie, wie bei den Sozialisierungsgesetzen im Frühjahr 1919 von sich aus die Gesetzesinitiative⁹⁷ oder trug im Wege der Absprache mit dem bzw. den Koalitionspartnern – z. B. beim Schulkompromiß der Ver-

⁹³ Vgl. Nr. 78.

⁹⁴ Es handelte sich um Adolf Braun. Vgl. Nr. 85.

⁹⁵ Vgl. Nr. 24.

⁹⁶ Vgl. bes. Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [621] und Parteiausschuß 28./29. 8. 1919, Reprint, S. [675] und [678].

⁹⁷ Vgl. Nr. 21.

fassung⁹⁸ – dazu bei, eine konsens- und mehrheitsfähige Vorlage zu erstellen. Die Ausarbeitung bzw. Aushandlung der betreffenden Vorschläge wurde zumeist einem kleinen Kreis von Führungskräften und Spezialisten übertragen. Dessen Ausarbeitungen und Voten wurden anschließend in der Fraktion debattiert, gegebenenfalls modifiziert und schließlich sanktioniert.

Es war das traditionelle Prinzip der parlamentarischen Vertretungen der deutschen Sozialdemokratie, bei Abstimmungen im Parlament geschlossen aufzutreten. Diese vielzitierte Fraktionsdisziplin, die im Weltkrieg nach dem Urteil der Forschung⁹⁹ mit dazu beigetragen hatte, daß der Riß in der Reichstagsfraktion und der Partei sich verschärfte und schließlich zur Spaltung führte, galt im Grundsatz auch uneingeschränkt für die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung. Mehrfach wurde vom Fraktionsvorstand an die dazu gefaßten Beschlüsse erinnert. 100 In der Praxis allerdings war die Handhabung nicht mehr so scharf wie im 1. Weltkrieg. Bei den Ausschußberatungen kam es häufiger zu abweichenden Stellungnahmen von SPD-Mitgliedern. Obwohl die Ausschüsse der Nationalversammlung in der Regel nicht öffentlich tagten, wurden die Meinungsverschiedenheiten damit den anderen Parteien bekannt. Das Prinzip des geschlossenen Auftretens nach außen wurde bei der Ausschußarbeit insofern durchbrochen. Weit schwerer fiel das der Fraktion bei den Auftritten im Plenum. Zumindest in einer strittigen, allerdings wohl kaum ins Grundsätzliche gehenden Frage wie der Einführung der Sommerzeit, rang sich die Fraktion im Frühjahr 1919 dazu durch, die Abstimmung freizugeben. 101

Die wirkliche Nagelprobe für die Handhabung der Fraktionsdisziplin kam mit der Entscheidung über den Friedensvertrag. In der entscheidenden Frage, annehmen oder ablehnen, war die Fraktion gespalten. Der Vorschlag der Minderheit, den Fraktionszwang so zu modifizieren, daß sie sich der Stimme enthalten könne¹⁰², lief auf eine Abkehr von der bisherigen starren Praxis hinaus. Als sie dann noch beanspruchte, ihre abweichende Haltung öffentlich zu begründen¹⁰³, rührte sie an den Kern der traditionellen Fraktionsdisziplin. Die Mehrheit der Befürworter operierte unter der geschickten Führung von *Löbe* wesentlich elastischer, als das im Ersten Weltkrieg beim Streit um die Kriegskredite geschehen war. Sie handelte nicht als ein Prinzipienreiter, sondern sie gab zu verstehen, daß sie nur dann auf dem geschlossenen Auftreten beharren würde, wenn anders keine Mehrheit für die Vertragsunterzeichnung zu erhalten war.¹⁰⁴

⁹⁸ Vgl. bes. Nr. 48 und Nr. 60 bis 63.

⁹⁹ So vor allem bei Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

¹⁰⁰ Richard Fischers Auslegung – vgl. Nr. 5 –, er schließe auch ein, daß Fraktionsangehörige Anträge anderer Parteien nur nach vorheriger Zustimmung der Fraktion unterschreiben bzw. unterstützen dürften, war nicht förmlich in den Beschlüssen der Reichstagsfraktion über den Fraktionszwang erwähnt.

¹⁰¹ Vgl. Nr. 30.

¹⁰² Vgl. Nr. 50, 51, 52.

¹⁰³ Vgl. Nr. 54, 55.

¹⁰⁴ Vgl. Nr. 50, 52.

Zwar bemühten sich die Befürworter, die Minderheit von einer Erklärung abzuhalten und baten sie, sich "mit dem alten modus der unauffälligen Entfernung von der Abstimmung zufrieden zu geben". 105 Parallel dazu bekräftigte die Fraktion mit dem "gegen wenige Stimmen" verabschiedeten Antrag Hildenbrand im Grundsatz noch ihre früheren Beschlüsse zum Fraktionszwang. Indem sie aber gleichzeitig beschloß, der Minderheit zu gestatten, ihr abweichendes Votum in die Öffentlichkeit zu bringen 106, erfuhr die Fraktionsdisziplin eine entscheidende Modifizierung. Die getroffene Regelung ging in die Richtung, die Eduard Bernstein schon 1915 mit seinem Vorschlag gewiesen hatte, die Abstimmung "in der Regel" freizugeben, "wenn Mitglieder der Fraktion darlegen, daß ihre innerste Überzeugung eine gegenteilige Abstimmung zu einer Gewissenssache für sie macht". 107 Was im Februar 1915 damals mit Blick auf Karl Liebknecht und sein Votum gegen die Bewilligung der Kriegskredite "mit allen gegen 10 Stimmen" verworfen wurde, gestand die Mehrheit nun sogar in erweiterter Form denen zu, die nicht für die Annahme des Versailler Vertrages stimmen mochten.

Man wird die Gründe für die Flexibilität sicher auf mehreren Ebenen zu suchen haben. So befanden sich unter den Abweichlern gerade eine Reihe von Genossen der Führungsgarnitur. Zudem war sich eine Mehrheit in der Fraktion wohl mehr oder weniger bewußt, daß die starre Handhabung der Fraktionsdisziplin im Weltkrieg die Gräben vertieft hatte und sie zu einer gefährlichen Zuspitzung des Konflikts führen konnte. So schlug auch die Führungsspitze der Freien Gewerkschaften, die im Krieg zu den energischsten Verfechtern eines harten Kurses gegenüber den "Disziplinbrechern" zählte, gegenüber der eigenen Opposition nun eine weichere Gangart ein. 108 Letztlich entscheidend war aber wohl vor allem, daß es für die Fraktionsmehrheit zu allererst darauf ankam, eine parlamentarische Mehrheit für die Unterzeichnung zu gewinnen. Sie konnte es sich in dieser Situation nicht leisten, Minderheitsmeinungen durch ein Beharren auf formalen Bestimmungen zu brüskieren, sondern mußte alles tun, um ihr goldene Brücken zu bauen.

Dieses elastische, auf Überzeugen und weniger auf Zwang bauende Vorgehen zahlte sich aus. Bei der entscheidenden Abstimmung in der Nationalversammlung votierten 131 Abgeordnete der SPD für die Annahme des Vertrages, einer dagegen¹⁰⁹; 29 waren nicht anwesend, davon ca. 20, die nicht zustimmen mochten.¹¹⁰ Das alte Prinzip der Fraktionsdisziplin hatte die Belastungsprobe des Friedensvertrages ausgehalten, weil es bei einer Entscheidung gelockert worden war, die für den einzelnen Abgeordneten eine Gewissensfrage war und bei der es für sie alle um eine Lebensfrage der Nation ging.

¹⁰⁵ Vgl. Nr. 54.

¹⁰⁶ Vgl. Nr. 54.

¹⁰⁷ Reichstagsfraktion der SPD II, S. 28.

¹⁰⁸ Vgl. Potthoff, Gewerkschaften und Politik, S. 82 f.

¹⁰⁹ Siehe Nr. 55, Anm. 4.

¹¹⁰ Vgl. Keil II, S. 184.

3. Zur Stellung der Fraktion zwischen Regierung und Partei

Seitdem mit der Parlamentarisierung der Reichsregierung im Oktober 1918 auch Sozialdemokraten ins Kabinett einzogen, stand die Fraktion der SPD vor der Frage, wie sie ihr Verhältnis zu den "Regierungsgenossen" und der von ihnen mitrepräsentierten Reichsregierung gestalten sollte. Aber in diesem semiparlamentarischen System übernahm zunächst nur ein Sozialdemokrat in einem eng eingegrenzten Raum ein eigenes Exekutivamt¹¹¹, während Scheidemanns Rolle im Kabinett eher der eines Regierungsbeauftragten der größten Parlamentsfraktion glich, der zu den Kabinettssitzungen zugezogen wurde. Auch wenn sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer Verantwortung für die Regierungshandlungen bekannte, so war das noch keine echte parlamentarische Verantwortlichkeit für die Regierung. Von 1919 her gesehen, war die Zeit der Regierung des Prinzen Max eine Vorstufe, in der sich die Sozialdemokratie auf eine wirkliche Regierungstätigkeit einstellen und erste Erfahrungen sammeln konnte. Das kam zweifellos der Arbeit ihrer Fraktion in der Nationalversammlung zugute.

Auch die Zusammenarbeit in einer Koalition war für die SPD nicht neu, sondern in Vorformen schon seit 1917 im Interfraktionellen Ausschuß praktiziert worden. Der Weg zu der Weimarer Koalition schien weitgehend vorgezeichnet, nachdem die USPD Ende Dezember 1918 aus der Regierung der Volksbeauftragten ausgeschieden war und sich auf die Oppositionsrolle fixiert hatte. So konnte schon bei der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung kaum ein Zweifel an der von der SPD einzuschlagenden Richtung bestehen. Die Kandidaten, die von der Parteiorganisation für die Nationalversammlung nominiert wurden, waren von daher schon mit dem Gedanken einer möglichen "Weimarer Koalition" vertraut. Beim Zusammentritt der Fraktion in der Nationalversammlung stand das Votum für eine Regierung der Weimarer Koalition im Grundsatz fest; das Angebot an die USPD war ein nur taktisches Manöver, mit dem die SPD-Fraktion Stimmungen in der Partei und in der Arbeiterschaft Rechnung trug. 112 Die Weichen für die Entscheidungen wurden von der Spitzengarnitur der Partei gefällt, aber von der Fraktion loyal mitgetragen und gestützt. Diese wirkte im Vergleich zu der 1912 gewählten Reichstagsfraktion, für die ein Eintritt in eine Regierungskoalition noch etwas Fernliegendes war, ungleich homogener, soweit es die Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung anbetraf.

Durch den Eintritt ihrer Führungspersönlichkeiten in Staatsämter erfuhr die SPD-Fraktion zwar einen schmerzhaften personellen Aderlaß; doch für das Verhältnis von Fraktion und Regierung wirkte das mittelbar als ein Element der Stabilität. Der Schwerpunkt des politischen Entscheidungsprozesses lag bei den Sozialdemokraten in der Regierung, und deren Autorität wirkte noch so stark, daß sich die Fraktion in der Rolle einer treuen Gefolgschaft sah. Die neuen Kräfte, die nun an die Fraktionsspitze rückten, verfügten nicht über ein ihren profilierten, erfahrenen Vorgängern vergleichbares Gewicht. Sie waren eher die charakteristischen Vertreter der zweiten Garnitur, die nicht eigene Akzente setzten, sondern loyal die erste stützten. So übte

¹¹¹ Gustav Bauer als Staatssekretär des neugeschaffenen Reichsarbeitsamtes. Vgl. Miller, Bürde, S. 45 ff.

¹¹² Vgl. Nr. 1a und b, 2 und 3; SPD-Parteitag 1919, S. 54 f. und 348; Miller, Bürde, S. 244 ff.

auch der im Reichsparlament zum Fraktionsvorsitzenden avancierte Paul Löbe sein Amt in einer Weise aus, die vor allem den "Regierungsgenossen" den Rücken freihalten sollte.

Die vielen Neulinge unter den Abgeordneten, die sich mit der parlamentarischen Praxis erst noch vertraut machen mußten, erwiesen sich im Sinne der Kooperation von Regierung und Fraktion als unproblematisch. Mit ihnen zogen durchaus traditionell geprägte Sozialdemokraten in die Nationalversammlung ein, die ihre Sozialisation in der disziplinierten Welt ihrer Partei erfahren hatten. Das galt insbesondere für die bisher hauptamtlich in der Arbeiterbewegung tätigen Funktionäre, die als Angestellte von Partei und Gewerkschaften gewöhnt waren, von übergeordneten Stellen vorgegebene Weisungen und Aufgaben auszuführen. 113 Sie bildeten von Haus aus eine verläßliche Stütze jeder autorisierten Führung und verkörperten so auch in der Fraktion ein stabilisierendes Element. Die eher zur kritischen Distanz tendierende Minderheitsgruppe der akademisch Gebildeten, die ohnedies in der SPD-Fraktion der Nationalversammlung nur schwach vertreten war¹¹⁴, wurde dadurch noch stärker eingebunden. Als sachkundige Experten konnten sie sich ziemlich frei entfalten - wie etwa Quarck bei den Verfassungsberatungen. Sobald sie sich aber zum Anwalt einer generellen Kritik aufwarfen, wie Georg Davidsohn¹¹⁵, gerieten sie ins Abseits. Selbst der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Carl Legien, stieß noch im Frühjahr 1919 ins Leere, als er sein Unbehagen an der Kompromißpolitik der Koalitionsregierung artikulierte und eine schärfere Akzentuierung sozialdemokratischer Positionen propagierte. 116 Mit seinem Vorschlag, so bald wie möglich einen Parteitag einzuberufen, drang er bei der Tagung von Parteiausschuß und Nationalversammlungsfraktion nicht durch.

Probleme, die im Verhältnis von Fraktion und Regierung auftauchten, waren nicht von grundsätzlicher Art, sondern betrafen praktische Fragen der Zusammenarbeit. Die Fraktion beklagte einen mangelnden Kontakt mit der Regierung und sah sich in eine Rolle versetzt, in der ihr von der Regierung selbst "die wichtigsten Gesetze ohne Fühlungnahme und ohne Begründung" vorgesetzt wurden und sie die Regierungsmaßnahmen nur mehr hinzunehmen hatte.¹¹⁷ Aber sie begegnete der Regierung nicht mit Mißtrauen und noch nicht einmal mit Kritik, sondern sie war vielmehr von sich aus bestrebt, die Mängel in der Kooperation abzubauen und eine engere Verbindung mit ihren "sozialistischen Ministern", der "Koalitionsregierung" und den anderen Koalitionsparteien zu suchen.¹¹⁸

¹¹³ Vgl. oben Abschn. 1.

¹¹⁴ Vgl. Abschn. 1.

¹¹⁵ Beispielhaft zeigte sich das bei seinem Verhalten in der "Sklarz-Affäre" vgl. Nr. 98a und b.

¹¹⁶ Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [637]f.; vgl. auch Hermann Müllers Stellungnahme ebd., S. [645].

¹¹⁷ Ebd., S. [621] (Ausführungen Hermann Müllers).

¹¹⁸ Miller, Bürde, S. 306 (Anm. 43) hat schon darauf verwiesen, daß Gerhard A. Ritters Urteil, nicht "enge Zusammenarbeit von Regierung, Parlamentsmehrheit, von Ministern und Fraktionen", sondern Mißtrauen wie im konstitutionellen System "das gegenseitige Verhältnis" bestimmte, modifiziert werden muß. Gerhard A. Ritter, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920, in: ders. (Hrsg.) Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft, Berlin 1970, S. 352.

Eine durchgreifende Besserung zeichnete sich jedoch nicht ab. Das lag allerdings kaum an der Fraktion, die sich die Kooperation zur Richtschnur ihres Handelns genommen hatte, sondern vielmehr an der Regierungsseite. Unter Berufung auf ihre Arbeitsüberlastung ließen die "Regierungsgenossen" ihrer Fraktion weder die notwendigen Informationen zukommen, noch hielten sie es überhaupt für angezeigt, von sich aus den Kontakt zur Fraktion zu suchen, so daß diese nicht selten erst aus den Reichstagsdrucksachen etwas über die Absichten der Regierung erfuhr.¹¹⁹ Otto Wels referierte die unzuträgliche Situation aus der Sicht der Fraktion im Dezember 1919 so: "Mir ist aus Kreisen des Fraktionsvorstandes gesagt worden, daß die Verbindung des Fraktionsvorstandes und der Regierung nicht mehr lose genannt werden kann, sondern daß sie überhaupt nicht besteht. Gelegenheit zur Besprechung wäre, wenn man im Vorbeigehen im Korridor einen Minister beim Rockschoß festhält. Sonst sei aber die notwendige Gelegenheit zum Verkehr nicht vorhanden."120

Solange die Regierung zum geschlossenen Handeln fähig war, übergingen die "Regierungsgenossen" die Fraktion. Nur wenn unter ihnen keine Einigkeit zu erzielen war, wie in der Friedensfrage und beim Konflikt mit Wissell, wandten sie sich an ihre Fraktionskollegen.¹²¹ Bei der sträflichen Vernachlässigung der Kontakte zur Fraktion war es erstaunlich, wie loyal diese die Politik der Reichsregierung abdeckte und sich auch der schweren Verantwortung gewachsen zeigte, die ihr bei der Verabschiedung des Friedensvertrages von der entscheidungsunfähigen Regierung zugeschoben wurde. Obwohl im Streit zwischen Wissell und seinen Ministerkollegen die Sympathien eher dem Reichswirtschaftsminister galten¹²², überließ sie nach dem Fehlschlag ihrer Vermittlungsbemühungen die Entscheidung Reichskanzler Bauer und dem Kabinett.

Die Komplikationen erwuchsen nicht aus einem gespannten Verhältnis von Fraktion und Regierung. Dafür sorgten vielmehr die Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern, die in die Fraktion und die Partei hineingetragen wurden. In der Wirtschaftspolitik befehdeten sich auf dem Weimarer Parteitag 1919 die Minister untereinander und diskreditierten dadurch selbst ihre Regierungspolitik. Dagegen verbuchte sogar der in der Partei angegriffene Noske, indem er seine Position offensiv und energisch vertrat, Sympathiebekundungen der Delegierten, die ihn mit "stürmischem, anhaltendem Beifall und Händeklatschen" feierten. 124

¹¹⁹ Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [733]ff.

¹²⁰ Ebd., S. [734]f.

¹²¹ Vgl. die Ausführungen Bauers auf dem SPD-Parteitag 1920, S. 155, im Regelfall habe er sich im Rahmen der "Körperschaft zu bewegen", in der er tätig sei, d. h. der Regierung. "Wenn ich mit meinem Kollegen nicht einig werde, gehe ich an die Fraktion und dann hat schließlich erst der Parteitag zu sprechen."

¹²² Vgl. Nr. 67.

¹²³ SPD-Parteitag 1919, S. 363 ff. (Wissell), S. 374 ff. (David), S. 383 ff. (Robert Schmidt) und S. 402 ff. (persönliche Erklärungen).

¹²⁴ Ebd. S. 200 f.

Die Arbeit der Fraktion stand auf diesem Parteitag, der dem in der Mitgliedschaft aufkommenden Unmut an der Regierungstätigkeit Artikulationsmöglichkeiten verschaffen sollte¹²⁵, weniger im Blickfeld. Eigentliche Fraktionsspezifika betrafen nur die Schelte über eine ungenügende Präsenz im Parlament. Alle anderen Kritikpunkte waren untrennbar mit der Regierungspolitik verknüpft. Ganz offensichtlich stellte sich für die Parteiöffentlichkeit, wie sie durch Delegierte und Parteipresse verkörpert wurde, die Situation so dar, daß die Fraktion weitgehend mit der Regierung und ihrer Politik identifiziert wurde. Dementsprechend wurde sie auch für deren tatsächliche oder vermeintliche Unterlassungen mit verantwortlich gemacht. Das vorhandene Unbehagen brachte Adolph Schönfelder als Parteitagsdelegierter auf den allgemeinen Nenner, "daß große Teile unserer Mitgliedschaft mit der Arbeit unserer Fraktion in der Nationalversammlung außerordentlich unzufrieden, zum Teil recht verdrossen sind, weil ihnen die Resultate dieser Arbeit nicht genügen, weil sie der Meinung sind, daß auf manchen Gebieten schon etwas mehr hätte geleistet werden können, auf denen noch nichts geleistet ist, und auf manchen Gebieten die Fraktion und die Regierung allzu zaghaft an die Dinge herangegangen sind." Schönfelder sah die Gefahr, daß die Partei durch die "Konzessionen" an die Koalitionsparteien im Begriff stand, "das Vertrauen der großen Masse unserer Anhänger zu verlieren". 126 Er plädierte, wie andere Kritiker auch, nicht für eine Aufkündigung der Koalition, sondern dafür, ihr ein stärker sozialdemokratisches Profil zu geben. Weil auch die bürgerlichen Koalitionspartner ein Interesse an der Weiterführung der Zusammenarbeit hätten, schien es danach für die Sozialdemokraten möglich, "manches Mal doch etwas kühner an diese Parteien" heranzugehen, ihnen "etwas energischer auf den Leib" zu rücken und ihnen eine Aussage abzuringen, "ob die Koalition unter allen Umständen bestehen bleiben soll". 127 Soweit in Anträgen von Parteigliederungen konkrete Forderungen an die Fraktion gestellt wurden, betrafen sie gar nicht die Grundsatzfragen einer Koalitionspolitik, sondern konzentrierten sich auf Sachfragen. Die Mehrzahl befaßte sich mit der Ernährung und Nahrungsmittelversorgung im weitesten Sinne; die anderen gruppierten sich um Sozialisierungsforderungen, Fragen der Sozialpolitik, die Gestaltung des Beamten- und Verwaltungswesens, die Militärpolitik, die Verwirklichung der Einheitsrepublik und das alte Thema der Doppelmandate. 128 Von diesen Anträgen wurden überdies nur wenige angenommen, eine Reihe anderer für erledigt erklärt, Anträge zur sozialen Gesetzgebung zur Erledigung der Fraktion überwiesen und weitere ihr nur "zur Berücksichtigung" übergeben. Eine konkrete Bindung ergab sich für die Fraktion aus den Aufträgen des Parteitages nicht. Sie behielt in der Ausgestaltung ihrer parlamentarisch-politischen Tätigkeit freie Hand.

Im Kern sprach die sich artikulierende Kritik an der Fraktion für die emotionalen Schwierigkeiten, die für die Partei mit der ungewohnten Stellung als Regierungspartei verbunden waren. Die Umstellung von der vertrauten Rolle der kritischen Oppo-

¹²⁵ Miller, Bürde, S. 303.

¹²⁶ SPD-Parteitag 1919, S. 357 f.

¹²⁷ Ebd., S. 358; vgl. auch den Beitrag von Eggerstedt, ebd., S. 373.

¹²⁸ Ebd., S. 84 bis 91, 357, 400 und 404 f.

sition zur Mitübernahme von Verantwortung, die von den Führungsgremien schon während des Krieges vorvollzogen worden war, fiel vielen Parteimitgliedern schwer. Darauf hoben bei der Verteidigung der Fraktionspolitik sowohl *Vogel*, Abgeordneter der Nationalversammlung, wie der Fraktionsvorsitzende *Löbe* ab, der die Parteitagsdelegierten mahnte: "Denken Sie daran, daß wir 50 Jahre in der Opposition gestanden haben, 50 Jahre uneingeschränkte Kritik üben konnten, 50 Jahre hindurch so gut wie gar keine Verantwortung für die Regierung zu tragen hatten, nun aber als Regierungspartei alle Dinge von der anderen Seite ansehen müssen."¹²⁹

Mit diesem Bekenntnis bestimmte Löbe die Rolle der Fraktion vorrangig unter dem Aspekt, die Koalitionspolitik mitzutragen, die Regierung zu stützen und auch unpopuläre, aber in der Sache als notwendig erachtete politische Maßnahmen mitzuverantworten. Der Parteitag von 1919 legte ihr dafür keine Steine in den Weg. Er bestätigte sich selbst und der Partei, daß sie kein "Annex" der Regierung, sondern selbständig seien, und sicherte der Regierung zugleich die "kräftigste Unterstützung" der Partei zu. 130 Die Fraktion war damit einbegriffen, weil sie im Prinzip mit der Regierungslinie identifiziert wurde. Wie die Fraktion in ihrer Rolle als tragende Regierungsfraktion, so zeigte sich auch die Partei ihrer Funktion als Regierungspartei gewachsen. Mit dem Weimarer Schulkompromiß und der Verabschiedung des Friedensvertrages dokumentierten Sozialdemokratie und Zentrum ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur staatspolitischen Verantwortung in schwieriger Zeit.

Nachdem mit dem Verfassungswerk und dem Versailler Friedensvertrag die beiden schweren großen Aufgaben von der Nationalversammlung bewältigt waren, verlagerte sich das politische Geschehen. Der Druck, der bisher auf den Regierungsfraktionen gelastet hatte, war von ihnen genommen, aber damit auch ein Zwang zur Einigkeit. Die beiden hervorstechendsten innenpolitischen Reformvorhaben, die Steuergesetze und das Betriebsrätegesetz, bargen in der Sache genügend Konfliktstoffe, die jedoch in der SPD-Zentrums-Koalition noch aufgefangen wurden. Mit dem Wiedereintritt der DDP in die Regierung und der damit verbundenen Stärkung der "bürgerlichen" Komponente vergrößerten sich die Reibungsflächen, und die Differenzen gewannen an Schärfe und Brisanz. Indem die Koalitionspartner, vorrangig die DDP, die Kompromißfähigkeit der SPD-Fraktion zusehends strapazierten, wurde das Koalitionsklima belastet, und weil die Fraktion den Eindruck gewann, daß ihre Minister es an dem notwendigen Einsatz für die sozialdemokratischen Positionen fehlen ließen, litt darunter auch das Verhältnis von Fraktion und "Regierungsgenossen". 131 Deren Argumente, Zugeständnisse mit Koalitionszwängen zu begründen und die Gefahr einer Rechtskoalition zu beschwören, nutzten sich allmählich ab.

Zweifellos hätten sich die Vorgänge um das Betriebsrätegesetz allein nicht zu einer Belastung ausgewachsen, wäre nicht die Vertrauensbasis durch die Militär- und

¹²⁹ Ebd., S. 350 f. (Löbe) und 371 (Vogel).

¹³⁰ Entschließung *Thiele*, die mit großer Mehrheit angenommen wurde. SPD-Parteitag 1919, S. 116, 300 (Abstimmung) und 511 f. (Text).

¹³¹ Vgl. dazu die Debatten in Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, bes. S. [719] f., [723], [734] f., [737].

Ordnungspolitik *Noskes* gestört gewesen. *Noske*, der alle das Militär betreffenden Beanstandungen als Fehlinformationen und das Werk von Querulanten qualifizierte und sich selbst als einen verantwortungsvollen, selbstlosen Politiker darzustellen wußte, der sich für unpopuläre, aber notwendige Sicherheitspolitik nach innen und außen aufopferte, wies zwar mehrfach die Kritiker in die Schranken; aber mit jedem neuen Vorfall verlor sein beharrliches Insistieren auf der Richtigkeit seiner Politik etwas an Überzeugungskraft. Indem er alle Einwände vom Tisch wischte und auch fundierte Warnungen negierte, schuf er ein Klima, in dem Animositäten gedeihen konnten. ¹³² Auch gegenüber der Fraktion verhielt er sich so, als ob diese überhaupt nicht mitzureden hätte. Die Bindungen zur Fraktion bröckelten ab.

Der schleichende Erosionsprozeß trat mit dem Wechsel im Fraktionsvorsitz offen zutage. Während Löbe bis dahin ausgleichend und vermittelnd gewirkt hatte, stellte Scheidemann die Weichen auf kritische Kontrolle und Distanz. Neben persönlichen Ressentiments, die bei ihm zweifellos im Spiele waren¹³³, zeichnete sich darin ein anderes Rollenverständnis ab. Die Richtung Scheidemann begriff Fraktion und Partei nicht vorrangig als Stütze der Regierung, sondern setzte unter dem Eindruck von Basisstimmungen auf eine bewußt eigenständige regierungskritische Parteilinie und in ihrem Gefolge ein entsprechendes Verhalten der Fraktion. Diese "Linie Scheidemann" markierte fortan einen Strang der Fraktions- und Parteipolitik. Sie scheute nicht den Konflikt mit den "Regierungsgenossen" und kam vor allem gegenüber Ministern zum Tragen, gegen deren Politik und Amtsführung sich der Unmut in der Partei angestaut hatte. In der nicht so spektakulären Alltagsarbeit einer Koalitionsfraktion aber dominierten weiterhin die Strömungen, die ihre Aufgabe in einer lovalen Kooperation mit der Regierung sahen. Auf das Hinaustragen der Kritik an die Öffentlichkeit, wie es Scheidemann mit seiner Parlamentsrede am 18. März 1920 nach dem Kapp-Putsch tat, reagierten sie offenkundig allergisch. 134 Der Mentalität der vielen Partei- und Gewerkschaftsangestellten in der Fraktion entsprach es nicht, Streitigkeiten an die große Glocke zu hängen und den in die Schußlinie geratenen Genossen öffentlich die Solidarität aufzukündigen. Aus ihrer tief verwurzelten Disziplin resultierte eine Gefolgschaftstreue, die auch harten Belastungsproben standhielt und sie zu einem Garanten von Stabilität in der Koalition werden ließ.

Über eine schärfere Akzentuierung sozialdemokratischer Positionen in der Koalition bestand unter der übergroßen Mehrheit der Fraktion sicherlich ein Konsens. Die Acht-Punkte-Vereinbarung mit den Gewerkschaften wie das neue Kabinett Müller begriffen sie als eine Chance, Versäumnisse nachzuholen, durch eine verantwortungsvolle Staatspolitik bisher kritisch eingestellte Bürger zu gewinnen und durch eine Fortführung der Koalition mit Zentrum und DDP über den Wahltag vom 20. Juni 1920 hinaus für stabile politisch-parlamentarische Verhältnisse zu sor-

¹³² Das Verhalten des preußischen Innenministers Wolfgang Heine und die an ihm geübte Kritik ließen schon erkennen, wie psychologisch ungünstig sich ein solches Gebaren auswirkte.

¹³³ Sie betrafen vor allem sein Verhältnis zu *Ebert*; vgl. dazu Scheidemanns Memoiren, in denen dies an vielen Stellen u. a. Bd. II, S. 312 ff. und 325 ff. zum Ausdruck kommt; ferner Miller, Bürde, S. 46, 84. Eine wissenschaftliche Biographie *Scheidemanns* liegt bisher nicht vor.

¹³⁴ Vgl. dazu Nr. 108. Aus diesem von Scheidemann selbst konzipierten Text ist an mehreren Stellen herauszulesen, daß er sich wegen seiner Rede vor der Fraktion zu rechtfertigen suchte.

gen. Diese nach dem Kapp-Putsch-Geschehen vom März 1920 eigentlich überraschend positive Haltung zur Regierungsverantwortung beruhte mit auf einer Verkennung der politischen Kräfteverhältnisse und der Fehleinschätzung des Wählerverhaltens. Fast durchgängig schienen Spitzenfunktionäre und Parlamentarier der SPD davon überzeugt zu sein, daß sich ihre Partei wieder gefestigt hätte, die USPD, abgesehen von dem linken Flügel, sich den eigenen Positionen annäherte und die Weimarer Koalition, insbesondere die DDP, sich bei den Wahlen behaupten würde. Sie sahen ihre Mehrheitssozialdemokratie als "Staatspartei" der Weimarer Republik, der für ihren konsequenten Kurs im Dienste des arbeitenden Volkes die Anerkennung nicht versagt werden könnte. Der verheerende Rückschlag bei den Wahlen traf infolgedessen den Nerv. Die gleichzeitig loyale und selbstbewußte Stützung der Regierung, wie sie die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung auszeichnete, basierte auf der Kombination von Parteitradition, Sendungsbewußtsein und dem staatspolitischen Verantwortungsgefühl in schwerer Zeit.

¹³⁵ Vgl. dazu Parteiausschuß 4. 5. 1920, Reprint S. [839 ff.]; Parteikonferenz 5. 6. 1920, Reprint, S. [898], [901], [904].

ANLAGE Mitglieder der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung

MdNV = Mitglied der Nationalversammlung; 1919/20 MdNV durchgängig, sonst Angabe des Datums des Eintritts bzw. Ausscheidens; Md = Mitglied des/der; MdR = Mitglied des Reichstages, MdL = Mitglied des Landtages, MdB = Mitglied des Bundestages; > = seit, < = bis; * = geboren, † = gestorben.

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|---|---------------------------------------|--|
| Auer, Erhard *22. 12. 1874 †20. 3. 1945 | 1919/20 | MdL Bayern 1907-1918 |
| Bader, Paul *13. 2. 1865 | 1919/20 1924–1932 | |
| † 4. 4. 1945 Baudert, Friedrich August *16. 6. 1860 †12. 4. 1942 | 1919/20 1898-1907, 1912-1918 | MdL Sachsen 1894-1918 |
| Bauer, Gustav * 6. 1.1870 †16. 9.1944 | 1919/20 1912-1918 1920-1925 | |
| Becker, Roman * 4. 2. 1879 †27. 9. 1949 | 1919/20 1920-1922 | |
| Behncke, Marie Helene *21. 2.1880 †16. 8.1944 | >7. 8. 1919 | |
| Beims, Hermann *26. 4.1863 †20.12.1931 | 1919/20 1920—1931 | Stadtverordneter Magde- burg 1905–1917, Stadtrat >1917 |
| Bender, Ferdinand *24. 10. 1870 † 1936 | 1919/20 1912-1918 1920-1932 | |
| Bethke, Karl * 4. 11. 1878 †13. 6. 1929 | >12. 5. 1919 | MdL Sachsen 1919 |
| Bias, Anton *23. 9. 1876 †18. 5. 1945 | 1919/20 1920—1922 | |
| Billian, Albert * 4. 10. 1876 † 9. 6. 1954 | >13. 1. 1920 1920–1921 | Stadtverordneter Kiel 192 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|--|---|
| Binder, Jakob *19. 11. 1866 † 6. 3. 1932 | 1919/20 1908—1918 | Stadtrat Ludwigshafen >1900 |
| Blos, Anna * 4. 8. 1866 †27. 4. 1933 | 1919/20 | |
| Boerschmann, Friedrich | 1919/20 | |
| * 9. 6.1870 | 1920-1921 | |
| (Bohm)-Schuch, Clara * 5. 12. 1879 | 1919/20 | |
| † 6. 5. 1936 | 1920-1933 | |
| Bollmann, Minna *31. 1.1876 †28.12.1935 | 1919/20 | |
| Braun, Adolf *20. 3. 1862 | 1919/20 | |
| †13. 5. 1929 | 1920-1928 | |
| Braun, Otto *28. 1.1872 | 1919/20 | Stadtverordneter Königsberg 1902–1912, Md |
| †15. 12. 1955 | 1920-1933 | Preußischen Abgeordne- tenhauses >1913 |
| Brey, August * 1. 8. 1864 | 1919/20 1906—1918 | |
| †10. 2. 1940 | 1920-1932 | |
| Brühne, Friedrich *20. 8. 1855 †17. 5. 1928 | 1919/20 1893-1898, 1907-1918 | Stadtverordneter Frank- furt/M. >1899 |
| Buck, Johann Wilhelm *12. 11. 1869 † 2. 12. 1945 | <11. 4. 1919 1913-1918 1920-1924 | Stadtverordneter Dresden >1908, Stadtrat 1918 |
| Budde, Ewald * 18. 4. 1873 †(nach 1965) | 1919/20 | Stadtverordneter Lüden- scheid >1911 |
| Burgau, Michael *25. 3.1878 † 7. 1.1949 | 1919/20 | MdGemeinderats Regens- burg >1914 |
| David, Eduard *11. 6.1863 †24.12.1930 | 1919/20 1903—1918 1920—1930 | MdL Hessen 1896-1908 |
| Davidsohn, Georg *20. 8. 1872 †15. 7. 1942 | 1919/20 1912—1918 | |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|---|--|---|
| Deichmann, Karl * 5. 10. 1863 †21. 2. 1940 | 1919/20 1912—1918 | |
| Dietrich, Carl *10. 12. 1873 | 1919/20 | |
| Dröner, Ernst * 9. 1.1871 †15. 8.1951 | 1919/20 | |
| Ebert, Friedrich 4. 2. 1871 †28. 2. 1925 | <13. 2. 1919 1912–1918 | Md Bremischen Bürger- schaft 1900–1905 |
| Eichler, Wilhelmine * 5. 4. 1872 | 1919/20 | |
| †27. 11. 1937 | 1921-1924 | |
| Endres, Fritz *15. 10. 1877 † 2. 5. 1963 | 1919/20 | MdGemeinderats Würz- burg >1911, MdL Bayern 1912-1919 |
| Ernst, Eugen *20. 9. 1864 †11. 8. 1954 | 1919/20 | |
| Feldmann, Theodor Friedrich Franz *30. 1.1868 †15. 8.1937 | 1919/20 1912-1918 1920-1930 | MdGemeinderats Langen- bielau >1906 |
| Fischer, Gustav Adolf * 9. 12. 1866 †18. 7. 1925 | 1919/20 1912-1918 1920-1924 | |
| Fischer, Richard 3. 4. 1855 †21. 9. 1926 | 1919/20 1893–1898, 1899–1918 1920–1926 | |
| Frohme, Karl Franz Egon 4. 2. 1850 9. 2. 1933 | 1919/20 1881 – 1918 1920 – 1924 | |
| Geck, Oscar * 8. 8. 1867 †28. 5. 1928 | 1919/20 1914—1918 1920—1928 | Stadtverordneter Mann- heim >1905 |
| Gehl, Julius * 4. 7. 1869 † 1932 | 1919/20 | |
| Giebel, Carl August *26. 5. 1878 † 2. 11. 1930 | 1919/20 1912-1918 1920-1928 | |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|---|--|
| Girbig, Emil | 1919/20 | |
| *11. 6. 1866 † Jan. 1932 | 1920-1930 | |
| Gölzer, Heinrich * 3. 1.1868 †29. 1.1942 | 1919/20 | MdGemeinderats Kempten >1905, MdL Bayern >1912 |
| Gradnauer, Georg *16. 11. 1866 †18. 11. 1946 | <10. 4. 1919 1898-1906, 1912-1918 1920-1924 | |
| Gruber, Martin *28. 5. 1866 | 1919/20 | MdGemeinderats München >1911 |
| †18. 10. 1936 | 1920-1924 | |
| Haack, Magnus Robert *20. 10. 1869 †24. 11. 1931 | <20. 8. 1919 | |
| Hansmann, Heinrich Wilhelm * 8. 2.1861 | 1919/20 | MdGemeinderats Eich- linghoven >1890 |
| †16. 5. 1932 | 1920-1924 | Ü |
| Hasenzahl, Ludwig *13. 6. 1876 †11. 4. 1950 | 1919/20 1912 – 1918 | MdStadtrats Erbach >1908 |
| Hauke, Frieda * 6. 4. 1890 | 1919/20 | |
| †16. 8. 1972 | 1920-1922 | |
| Heimann, Hugo *15. 4. 1859 | 1919/20 | Stadtverordneter Berlin >1900, Md Preußischen |
| †23. 2. 1950 | 1920-1932 | Abgeordnetenhauses |
| Heine, Wolfgang * 3. 5. 1861 | 1919/20 | |
| † 9. 5. 1944 | 1898-1918 | |
| Hellmann, Carl August * 5. 6. 1870 | 1919/20 | |
| † 7. 8. 1939 | 1920-1923 | |
| Hense, Karl Adam * 8. 1. 1878 † 3. 2. 1946 | 1919/20 | Md Hamburger Bürger- schaft 1909–1919 |
| Hierl, Michael *25. 9. 1868 †30. 7. 1933 | 1919/20 1912—1918 | MdL Bayern 1908-1918 |
| Hildenbrand, Karl *30. 1.1864 † 4. 9.1936 | 1919/20 1903—1918 1920—1932 | MdL Württemberg 1900–1913 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|--|---|
| Hoch, Gustav *10. 1.1862 † 4.10.1942 | 1919/20 1898-1903, 1907-1918 1920-1928 | Stadtverordneter Hanau 1902–1908, 1910–1919 |
| Höfs, Else * 2. 9. 1876 | 1919/20 | MdL Preußen 1920-1925 |
| Hörsing, Otto Friedrich *18. 7.1874 | 1919/20 | MdL Preußen 1925-1933 |
| †23. 8. 1937 | 1920-1922 | |
| Hoffmann, Johannes * 3. 7.1867 †15.12.1930 | 1919/20 1912-1918 1920-1930 | MdL Bayern 1908-1918, MdStadtrats Kaiserslau- tern 1910-1919 |
| Hofmann, Arthur *19. 4. 1863 † 3. 4. 1944 | 1919/20 1903-1907, 1912-1918 1920-1924 | Stadtverordneter Saalfeld >1892, MdL Sachsen- Meiningen 1900–1922 |
| Holl, Peter *18. 9. 1860 †22. 2. 1925 | 1919/20 | |
| Holzapfel, Friedrich * 1. 2. 1872 | >30. 9. 1919 | |
| Hue, Otto *2. 11. 1868 †18. 4. 1922 | 1919/20 1903—1912 1920—1922 | Md Preußischen Abge- ordnetenhauses 1913–1918 |
| Hug, Johann Peter Paul *24. 6. 1857 †10. 2. 1934 | <22. 6. 1919 | MdL Oldenburg >1899, Ratsherr Rüstringen 1919 |
| Jäcker, Heinrich *23. 9. 1869 | 1919/20 | Stadtverordneter Düssel- dorf >1918 |
| † 8. 1.1949 | 1920-1924 | |
| Janschek, Alfred *15. 1.1874 | 1919/20 | |
| †27. 12. 1955 | 1920-1933 | |
| Jantzen, Viktor *17. 10. 1875 †18. 5. 1956 | 1919/20 | |
| Jasper, Heinrich *21. 8. 1875 †19. 2. 1945 | 1919/20 | Stadtverordneter Braun- schweig >1903, MdL Braunschweig >1918 |
| Jordan, August *17. 7. 1872 † 4. 5. 1935 | 22.65. 7. 1919 | |
| Juchacz, Marie *15. 3. 1879 | 1919/20 | |
| †28. 1. 1956 | 1920-1933 | |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|---|--|--|
| Jungnickel, Max *24. 3. 1868 † 1932 | 1919/20 | Stadtverordneter Anna- berg 1919 |
| Kähler, Wilhelmine * 3. 4. 1864 | 1919/20 | MdL Preußen 1921-1933 |
| | 1920-1921 | |
| Käppler, Hermann *26. 10. 1863 †16. 12. 1926 | 1919/20 1912-1918 1920-1924 | MdL Sachsen-Altenburg 1895–1910, Stadtverord- neter Köpenick 1919/20 |
| Kahmann, Gottfried Hermann *29. 11. 1881 †28. 1. 1943 | 1919/20 1920—1924 | MdGemeinderats Potschappel 1912–1917 |
| Katzenstein, Simon * 1. 1.1868 †28. 3.1945 | 1919/20 | Stadtverordneter Charlot- tenburg >1915 |
| Keil, Wilhelm *24. 7. 1870 † 5. 4. 1968 | 1919/20 1910—1918 1920—1932 | MdL Württemberg 1900–1933 |
| Kenngott, Gottlieb *18. 11. 1862 †10. 11. 1945 | 1919/20 | MdGemeinderats Eßlingen >1907, MdL Württemberg 1908–1918 |
| König, Max August 3. 5. 1868 †31. 1. 1941 | 1919/20 1912—1918 1920—1928 | Stadtverordneter Dort- mund 1909–1918, Stadtrat 1918/19 |
| Körsten, Alwin *29. 9. 1856 †10. 3. 1924 | 1919/20 1903–1907, 1912–1918 1920–1924 | |
| Kotzur, Theodor *20. 1.1883 | 1919/20 1920—1921 | |
| Krätzig, Hermann * 3. 4. 1871 | 1919/20 1912—1918 1920—1933 | |
| Kröger, Wilhelm *23. 1.1873 | >25. 7. 1919 | Stadtverordneter Rostock >1911, MdL Mecklen- |
| †14. 10. 1932 | 1920-1932 | burg-Schwerin 1919 |
| Kronen, Peter * 2. 7. 1881 †28. 1. 1960 | 1919/20 | |
| Krüger, Franz * 1. 1.1887 † 5. 2.1924 | 1919/20 | Stadtverordneter Königs- berg 1912-1914 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|---|---|
| Krüger, Hans *10. 12. 1884 | 1919/20 | MdL Mecklenburg-Strelitz 1919 |
| Kürbis, Heinrich * 9. 1. 1873 †25. 8. 1951 | <2. 12. 1919 | Stadtverordneter Altona >1909 |
| Kuntze, Alexander Adalbert * 3. 7. 1861 | 1919/20 1910—1912 1920—1924 | Stadtverordneter Stettin 1900–1906 |
| Kurt, Hedwig *15. 11.1877 | >10. 4. 1919 | |
| Landsberg, Otto * 4. 12. 1869 † 9. 12. 1957 | 1919/20 1912—1918 1924—1933 | Stadtverordneter Magde- burg 1903-1909 |
| Legien, Carl * 1. 12. 1861 †26. 12. 1920 | 1919/20 1893-1898, 1903-1918 1920 | |
| Lesche, Friedrich **30. 6. 1863 †19. 7. 1933 | 1919/20 1903—1906 1920—1924 | Md Hamburger Bürger- schaft >1910 |
| Liebig, Hans *27. 10. 1878 | 1919/20 | Stadtverordneter Haspe >1916 |
| Lodahl, Gertrud *28. 1.1878 | >12. 2. 1919 | |
| Löbe, Paul *14. 12. 1875 † 3. 8. 1967 | 1919/20 1920–1933 MdB 1949–1953 | Stadtverordneter Breslau >1905, MdProvinzialland- tages Schlesien 1915–1919 |
| Löffler, Heinrich *14. 8. 1879 †30. 12. 1949 | 1919/20 1920-1922 | Stadtrat Kattowitz 1918–1920 |
| Lübbring, Josef *26. 7. 1876 | 1919/20 | Stadtverordneter Königs- berg 1919/20 |
| † 9. 11. 1931 | 1920-1930 | 8 |
| Lührs, Frida * 1. 7. 1869 †17. 8. 1941 | 1919/20 | |
| Lüttich, August *21. 7. 1873 | 1919/20 | Stadtverordneter Leipzig >1905 |
| Mauerer, Georg *26. 11. 1868 †21. 1. 1957 | >11. 2. 1919 | Magistratsrat München >1914 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|---|--|
| Meerfeld, Johannes (Jean) *16. 10. 1871 †20. 6. 1956 | 1919/20 5. 1. 1917 – 1918 1920 – 1924 | Beigeordneter Köln >1920 |
| Meier, Richard *23. 11. 1878 †25. 1. 1933 | 1919/20 >13. 5. 1918 1920-1924, 1932-1933 | |
| Michelsen, Peter Claus *12. 12. 1866 †11. 11. 1936 | 1919/20 1920—1921 | Stadtverordneter Flens- burg >1912 |
| Molkenbuhr, Hermann *11. 9. 1851 †22. 12. 1927 | 1919/20 1890-1918 1920-1924 | Stadtverordneter Berlin- Schöneberg 1907–1915, >1915 Stadtrat, MdPro- vinziallandtages Branden- burg >1912 |
| Müller, Hermann (Breslau) *18. 5.1876 †20. 3.1931 | 1919/20 1916-1918 1920-1931 | Stadtverordneter Görlitz 1903–1906 |
| Müller, Hermann (Potsdam) *10. 2.1868 †13.11.1932 | 1919/20 1928-1932 | Stadtrat Berlin-Lichten- berg >1917 |
| Noske, Gustav * 9. 7. 1868 †30. 11. 1946 | 1919/20 1906—1918 | Stadtverordneter Königsberg 1897–1902, danach in Chemnitz |
| Obermeyer, Karl *16. 3. 1874 †15. 5. 1955 | 1919/20 1920—1924 | Stadtverordneter Essen >1914 |
| Okonsky, Karl *12. 10. 1880 | >21. 7. 1919 1920–1924 | |
| Osterroth, Nikolaus *16. 2.1875 †19. 9.1933 | 1919/20 | MdL Preußen 1920-1933 |
| Panzer, Johann * 4. 4. 1875 † 6. 3. 1950 | 1919/20 | MdGemeinderats Bay- reuth >1908, Stadtma- gistrat >1914 |
| Partzsch, Richard *15. 11. 1881 † 6. 11. 1953 | >26. 2. 1920 1932–1933 | |
| Pfannkuch, Wilhelm *28. 11. 1841 †14. 9. 1923 | 1919/20 1884-1887, 1898-1907, 1912-1918 | Stadtverordneter Berlin >1900 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|--|--|
| Pfülf, Antonie *14, 12, 1877 | 1919/20 | |
| † 8. 6. 1933 | 1920-1933 | |
| Pinkau, Karl Johann * 1. 6. 1859 †24. 8. 1922 | 1919/20 1906-1907, 1912-1918 | Stadtverordneter Leipzig 1894–1898, 1902–1908, MdL Sachsen 1894–1896 |
| Pokorny, Franz *21. 3. 1874 †17. 4. 1923 | 1919/20 | |
| Quarck, Max * 9. 4. 1860 †21. 1. 1930 | 1919/20 1912—1918 | Stadtverordneter Frankfurt/M. >1901 |
| Quessel, Ludwig * 1. 7. 1872 †14. 2. 1931 | 1919/20 1912-1918 1920-1930 | |
| Rauch, Friedrich *18. 11. 1859 † 6. 2. 1948 | 1919/20 1912-1918 | MdGemeindeausschusses Linden-Limmer vor 1919 |
| Reek, Arthur Walter *26. 1. 1878 †12. 5. 1933 | 1919/20 | Stadtverordneter Danzig >1918 |
| Reißhaus, Hermann Paul *29. 9. 1855 † 5. 9. 1921 | 1919/20 1893-1907, 1912-1918 1920-1921 | Stadtverordneter Erfurt 1920 |
| Reitze, Johanne *16. 1. 1878 | 1919/20 | Md Hamburger Bürger- schaft 1919/20 |
| †22. 2. 1949 | 1920-1932 | |
| Riedmiller, Lorenz *19. 10. 1880 | 1919/20 | Stadtverordneter Freiburg/ Br. 1911–1912 |
| † 5. 7.1960 | 1920-1924 | |
| Rodemann, Paul *22. 4. 1887 †22. 2. 1963 | 1919/20 | |
| Röhl, Elisabeth *22. 8. 1888 †21. 9. 1930 | 1919/20 | |
| Röhle, Paul *29. 4. 1885 †16. 1. 1958 | 1919/20 | |
| Rückert, Leopold Ferd. Rob. *20. 5. 1881 †11. 11. 1942 | 1919/20 | Stadtverordneter Karls- ruhe >1909, MdL Baden >1919 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|---|--|
| Ryneck, Elfriede *14. 12. 1872 | 1919/20 | |
| †19. 1. 1951 | 1920-1924 | |
| Sachse, Hermann *29. 1.1862 †13.10.1942 | 1919/20 1898-1918 | MdGemeinderats Nieder- planitz 1900–1902 |
| [Saenger, Alwin] *20. 7.1881 †18. 2.1929 | Mandat am 2. 2. 1919 niedergelegt 1924–1929 | MdL Bayern 1918-1924 |
| Salm, Albert * 8. 1.1882 †18. 7.1950 | 1919/20 | |
| Schädlich, Ernst Arno *30. 6. 1884 †15. 1. 1949 | 1919/20 | |
| Schäfer, Valentin *28. 5. 1882 †20. 2. 1938 | 1919/20 | |
| Scheidemann, Philipp *26. 7. 1865 †29. 11. 1939 | 1919/20 1903-1918 1920-1933 | Stadtverordneter Kassel 1907–1911, Oberbürger- meister > Januar 1920 |
| Schilling, Minna Martha *29. 5. 1877 † 1943 | 1919/20 | |
| · | 1920-1928 | |
| Schlicke, Alexander *26. 3. 1863 | 1919/20 | |
| † 6. 2. 1940 | 1920-1930 | |
| Schlüter, Wilhelm *28. 8. 1871 | 1919/20 | Stadtverordneter Herford >1916 |
| † 8. 11. 1930 | 1924-1930 | |
| Schmidt, Franz Richard (Sachsen) * 4. 5. 1871 †13./14. 2. 1945 | 1919/20 1912—1918 1920—1930 | Stadtverordneter Meißen >1907 |
| Schmidt, Richard (Frankfurt) *18. 10. 1864 † 4. 11. 1948 | 1919/20 | |
| Schmidt, Robert *15. 5. 1864 †16. 9. 1943 | 1919/20 1893-1898, 1903-1918 1920-1930 | |
| Schöpflin, Georg Johann * 5. 4. 1869 †24. 11. 1954 | 1919/20 1903-1907, 1909-1918 1920-1932 | MdL (SED) Brandenburg 1947 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|---------------------------------------|--|
| Schreck, Carl | 1919/20 | MdL Preußen 1919-1921 |
| * 6. 9.1873 †14. 4.1956 | 1920-1933 | |
| Schroeder, Louise * 2. 4. 1887 | 1919/20 | |
| † 4. 6. 1957 | 1920–1933, MdB 1949–1957 | |
| Schulz, Heinrich *12. 9. 1872 † 4. 9. 1932 | 1919/20 1912-1918 1920-1930 | |
| Schulz, Hermann *24. 8. 1872 | 1919/20 | Stadtverordneter Elbing 1914 |
| †20. 8. 1929 | 1923-1929 | |
| Schulz, Wilhelm *27. 8. 1870 | 1919/20 | MdL Preußen 1919-1920 |
| Schumann, Oswald *11. 12. 1865 † 9. 6. 1939 | 1919/20 1912-1918 1920-1932 | |
| Severing, Carl * 1. 6. 1875 †23. 7. 1952 | 1919/20 1907—1912 1920—1933 | Stadtverordneter Bielefeld >1905, MdL Preußen 1919–1933, MdL Nord- rhein-Westfalen 1946 |
| Sidow, Otto * 1. 5. 1857 | 1919/20 | Stadtverordneter Bran- denburg >1898 |
| † 6. 9. 1927 | 1920-1924 | 7410 : 1 |
| Silberschmidt, Ernst Hermann * 9. 10. 1866 † 3. 12. 1927 | 1919/20 1912—1918 1920—1927 | MdGemeinderats Köpe- nick >1914 |
| Simon, Anna * 6. 1.1862 | 1919/20 | |
| Simon, Georg *25. 1. 1872 | 1919/20 | Gemeindebevollmächtigter Augsburg 1908–1912, |
| †25. 6. 1944 | 1920-1932 | Magistratsrat >1912 |
| Sinzheimer, Hugo *12. 4. 1875 †16. 9. 1945 | 1919/20 | Stadtverordneter Frankfurt/M. >1917 |
| Sollmann, Wilhelm * 1. 4. 1881 | 1919/20 | Stadtverordneter Köln >1918 |
| † 6. 1. 1951 | 1920-1933 | |
| Stahl, Emil *17. 11. 1879 †25. 4. 1956 | 1919/20 1917—1918 | Stadtverordneter Spandau >1918 |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|--|---------------------------------------|--|
| Starosson, Franz * 3. 5. 1874 † 4. 7. 1919 | <4. 7. 1919 | MdGemeinderats Rostock >1904 |
| Steinkopf, Willy * 3. 3. 1885 † 6. 7. 1953 | 1919/20 1912-1915 | 1920–1930 MdProvinzi- allandtages Ostpreußen |
| Steinmayer, Otto * 1. 8. 1876 †17. 3. 1960 | 1919/20 | MdL Württemberg-Baden 1947 |
| Stelling, Johannes *12. 5. 1877 †22. 6. 1933 | 1919/20 1920—1933 | Md Lübecker Bürger- schaft 1907–1919 |
| Stock, Christian *28. 8. 1884 †13. 4. 1967 | 1919/20 | Md Hessischen Landesver- sammlung 1946 |
| [Stoessel, Walther] *14. 3. 1871 | Mandat am 2. 2. 1919 niedergelegt | |
| Stolten, Joh. Ernst Otto * 4. 4. 1853 † 8. 1. 1928 | 1919/20 1913—1918 1920—1924 | Md Hamburger Bürger- schaft 1901–1918 |
| Stücklen, Daniel *30. 4. 1869 †13. 3. 1945 | 1919/20 1903-1918 1920-1924 | |
| Taubadel, Paul *29. 1. 1875 | 1919/20 1912 — 1918 1920 — 1932 | Stadtverordneter Görlitz >1916 |
| Tesch, Johanna *24. 3. 1875 | 1919/20 | |
| †13. 3. 1945 | 1920-1924 | |
| Thabor, Johannes * 3. 10. 1878 | 1919/20 | MdL Nordrhein-Westfa- len 1947 |
| †27. 8. 1949 | 1920, 1924-1932 | len 1947 |
| Thiele, Friedrich Adolf *26. 9. 1853 † Jan. 1925 | 1919/20 1898-1907, 1912-1918 | Stadtverordneter Wurzen 1888–1892, Halle 1903–1912 |
| Thöne, Georg * 5. 1. 1867 † 4. 5. 1945 | 1919/20 1912-1918 1920-1924 | Stadtverordneter Kassel >1908 |
| Thurow, Franz *15. 6. 1867 † 1. 6. 1958 | >13. 2. 1919 | |

| Name | MdNV MdR vor 1918 MdR nach 1920 | Landtagsmandate und kommunale Ämter |
|---|--|--|
| Trinks, Oskar *26. 1.1873 † 8. 1.1952 | 1919/20 | Stadtverordneter Karls- ruhe >1911 |
| Ulrich, Carl *28. 1.1853 †12. 4.1933 | 1919/20 1890-1903, 1907-1918 1920-1930 | Stadtverordneter Offen- bach >1896, MdL Hessen 1895-1928 |
| Vesper, Otto *15. 5. 1875 †28. 7. 1923 | 1919/20 | Stadtverordneter Osna- brück 1912–1918, Magi- stratsrat 1918 |
| Vogel, Hans (Johann) *16. 2. 1881 † 6. 10. 1945 | 1919/20 1920-1933 | MdL Bayern 1912-1918 |
| Voigt, Friedrich *18. 11. 1882 † 1. 3. 1945 | 1919/20 | |
| Wels, Otto *15. 9. 1873 †16. 9. 1939 | 1919/20 1912-1918 1920-1933 | |
| Winkelmann, Carl *14. 12. 1865 †28. 9. 1924 | 1919/20 | |
| Winnig, August *31. 3.1878 † 3.11.1956 | <3. 1. 1920 | Md Hamburger Bürger- schaft 1913–1919 |
| Wissell, Rudolf * 8. 3. 1869 †13. 12. 1962 | 1919/20 >26. 3. 1918 1920-1933 | Md Lübecker Bürger- schaft 1905–1908 |
| Wolff, Theodor *31. 1.1875 | 1919/20 1920—1921 | |

169

Weimar.

Tifung v. Ginstag der 4. Lebrias 1919 vormittags 10% Ul.

Work without fir die alle Kalkion liking die Ring wind bruit worling discher Belie all Topiffitzer.
Word brieffed dawn, in mely- What faitant der jopigen Ragining die Gotflewing der Raficeal-Verelg. mit die Africa Mittingen gedauft freim. Der Montag die fin die beredeing der Robertaffing beginnen und in 2-3 Tagan broudt frin, dann felt die Rouft bening der Machen-brieffing erfolgen und die nochwardige Radiherbage (25 Millions) ringsbraft warden.

The her tistingion, on Son Hoch, Schopflin, Albrich, Heil, sich bekiligten, unich suitgeforegin, & sight miff hi fait gien Redenten, foreben gine faustlu gekommen für. Hoch meint, her berhisosphent folle allat him, inn die faitent der Reginning brabfiffigh Varlaging und Samit die gelitigh Valath, bit his Moffitblikhing erfolgt für. Die haktion seen sing dain, die Nobserfessing und Proststootlage moig = lift ofen dutffijhlersting vafessent zu arletigen.

West besight über At Softrafungen und der deright verscheiten.

ZUR EDITION

1. Die Protokollkladden

Die vorliegende Quellenveröffentlichung schließt an das von Erich *Matthias* und Eberhard *Pikart* bearbeitete Werk "Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918" an, in dem die Protokolle der Fraktionssitzungen bis zum Weltkriegsende ediert wurden. Die 3. Kladde dieser Fraktionsprotokolle, die am 24. 8. 1917 einsetzt, enthält neben den Protokollen aus der Weltkriegszeit auch Protokolle über die Sitzungen der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung.¹ Die Eintragungen brechen am 20. 8. 1919 ab.

Die in der hier vorgelegten Edition abgedruckten Protokolle der Sitzungen vom 4. 2. 1919 bis 20. 8. 1919 – Dokumente Nr. 1a bis 85 – entstammen diesem 3. Protokollheft. Eine weitere, erst später entdeckte 4. Protokollkladde mit der Deckelbeschriftung "Fraktionsprotokolle SPD 25. IX. 1919/9. II. 1920 – 4." schließt unmittelbar an – Dokumente 86 bis 107. Ein nachfolgendes 5. Protokollheft über die Sitzungen der Fraktion nach dem 9. 2. 1920 bis zum Schluß der Tagungen der Nationalversammlung am 21. Mai 1920 konnte bisher ebenso wenig aufgefunden werden wie Protokolle der Reichstagsfraktion der SPD in der Weimarer Republik.²

In die Edition wurde ferner der Bericht des Vorwärts über die erste Fraktionssitzung vom 4. 2. 1919, vorm. (Nr. 1b), sowie das Protokoll einer Sitzung "Am 19. März 1920. Nachmittags" aufgenommen, das von Scheidemann verfaßt und in einer maschinenschriftlichen Abschrift von dem Fraktionsvorsitzenden Löbe den offiziellen Fraktionsprotokollen, also dem verschollenen Protokollheft 5, beigefügt wurde.³ Das als Nr. 108 abgedruckte Protokoll entstammt dem Nachlaß Grzesinski im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Internationaal Institut voor Sociale Geschiedenis) in Amsterdam.

Die Protokollkladden 3 und 4 gehören heute ebenso wie die Hefte 1 und 2 zu den Beständen dieses Instituts, das sie 1937 vom Exilparteivorstand der SPD zusammen mit anderen Akten und Nachlässen aus dem SPD-Parteiarchiv erwarb. Eine Filmkopie der Protokollbücher wird im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn verwahrt. Die handschriftlich geführten Protokolle wurden nach den Fraktionssitzungen verfaßt und ins Protokollbuch eingetragen. Der Protokollant stützte sich dabei vermutlich auf Notizen, die während der Fraktionsberatungen niedergeschrieben wurden. ⁴ Für die Sitzung vom 3. Dezember 1919, nachmittags 4 Uhr, sind solche Notizblätter erhalten und dem offiziellen Protokoll beigelegt worden. Unter Nr. 98 kommen beide Fassungen unter a und b zum Abdruck. Sie ermöglichen einen Vergleich zwischen der unmittelbaren Mitschrift in der Sitzung und dem üblichen ausformulierten Standardprotokoll. Die ausführlichen Stichwortnotizen wurden nicht nur stilistisch redigiert, sondern für die endgültige Fassung auch stark gestrafft.

¹ Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXCV.

² Eine Protokollkladde der Sitzungen der Reichstagsfraktion der USPD ist im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam vorhanden. Sie enthält die offiziellen Protokolle der Sitzungen von 1920 bis 1922.

³ Vgl. Nr. 108, Anm. 1; Scheidemann, Memoiren II, S. 405 ff.

⁴ Vgl. dazu die Bemerkungen von Matthias und Pikart in Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXCVI.

Wie schon bei den Protokollen der Reichstagsfraktion ab 1906 fehlt auch bei den Protokollen der Nationalversammlungsfraktion die Unterschrift des Protokollführers. Die bis 1915 übliche Praxis der Unterzeichnung durch den Fraktionsvorsitzenden⁵ nahm *Löbe* wieder auf. Die Protokolle vom 5. 2. 1919 bis zum 4. 3. 1919 (Nr. 3 bis 51) sind durchgängig von ihm unterschrieben. Danach fehlt jede Unterschrift.

Die Person des Protokollanten läßt sich nur über das Schriftbild und den Stil erschließen. Von dem Fraktionssekretär Reimes, der seit dem 12. 3. 1916 schon die Protokolle der SPD-Reichstagsfraktion geführt hatte⁶, stammen die Protokolle der Sitzungen vom 4. 2. 1919 bis zum 9. 5. 1919 (Dokumente 1 bis 41), während der letzte Teil des Sitzungsprotokolls vom 9. 5. (Nr. 41) von einem anderen, nicht zu identifizierenden Verfasser niedergeschrieben wurde. Reimes fungierte ebenfalls als Schriftführer der Sitzungen vom 10. 5. bis 3. 6. 1919 (Nr. 42 bis 45), 18. 6. bis 3. 12. 1919 (Nr. 47 bis 98a), 5. 12. 1919 bis 5. 2. 1920 (Nr. 99 bis 107). Auch die Stichwortnotizen von Nr. 98b weisen mit ihrem zwar abweichenden Schriftbild, das jedoch allein durch die Art der eiligen Mitschrift bedingt sein dürfte, auf Reimes als Verfasser hin. Das Protokoll der Sitzung vom 18. 6. 1919, vorm. (Nr. 46) deutet nach Ausweis der Schrift auf den Verfasser des Schlußteils von Nr. 41 hin. Schließlich wurde, wie schon erwähnt, die Niederschrift zur Sitzung vom 19. 3. 1920 von Scheidemann konzipiert und dann maschinenschriftlich abgeschrieben.

Obwohl also, bis auf wenige Ausnahmen, der Fraktionssekretär Reimes die Protokolle verfaßt hatte, ist deren Form nicht ganz einheitlich. Besonders der jeweilige Protokollkopf enthält Varianten. Bei den Datumsangaben sind die Monate zum Teil ausgeschrieben (bis Mai/Juni 1919), zum Teil mit römischen, gelegentlich auch mit arabischen Ziffern gekennzeichnet. Die Wochentage wurden eher selten notiert. Bei der Tageszeit ist der Beginn der Sitzung in den meisten Fällen, dagegen nie die Sitzungsdauer vermerkt. Über den Ort der Fraktionstagungen (Weimar oder Berlin) finden sich nur selten Angaben; zumeist nur dann, wenn ein Ortswechsel stattgefunden hatte wie im Mai 1919.⁷

Aufbau, Anlage und Stil des Protokolltextes sind weitgehend ähnlich.⁸ Reimes hielt sich in der Nationalversammlung an die seit 1916 eingebürgerte Praxis, nicht nur die Beschlüsse und eventuellen Abstimmungsergebnisse wiederzugeben, sondern auch die Begründung von Anträgen und den Gang der Diskussion in den Grundzügen zu referieren. Die in der Sitzung behandelten Materien hatten auf die äußere Gestaltung der Protokolle in der Regel keinen erkennbaren Einfluß.⁹

In einer Reihe von Fällen wurden Zeitungsausschnitte (Nr. 1, 29, 45, 51, 56, 60, 88, 102, 106, 107) in die Protokollniederschriften eingeklebt, in denen Beschlüsse der

⁵ Das letzte von Haase unterzeichnete Protokoll war von der Sitzung vom 20. 3. 1915. Seit der Sitzung vom 16. 10. 1918 wurden die Protokolle dann zeitweise wieder von Ebert als Fraktionsvorsitzenden unterschrieben. – Vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXCVI.

⁶ Vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXCV.

⁷ Vgl. Nr. 1, 41-48.

⁸ Ausnahmen bilden Nr. 98a (Mitschrift in der Sitzung) und 108 (Scheidemann).

⁹ Etwas aus dem Rahmen fiel am ehesten noch das Protokoll der Sitzung vom 28. 10. 1919 (Nr. 94), bei dem eine Aussprache mit Leutnant Müller vom Republikanischen Führerbund eingeschoben wurde.

Fraktion wiedergegeben wurden bzw. Berichte über die Fraktionssitzung standen. Bis auf zwei Ausnahmen (Nr. 51 und 60) wurden sie sämtlich dem *Vorwärts* entnommen. Einen Sonderfall bildet die Sitzung vom 3. Dezember 1919 mit dem eingefügten Schreiben *Eberts*, den beiliegenden Notizblättern der Sitzungsmitschrift und zwei weiteren Zetteln in einer nicht zu identifizierenden Handschrift.¹⁰

Die Protokollniederschriften weisen häufige Unterstreichungen auf, mit denen Textpassagen, einzelne Wörter und Namen vom Protokollanten hervorgehoben wurden. Eine durchgängige, systematische Normierung dieser Unterstreichungen ließ sich jedoch nicht feststellen. In der Regel, aber nicht immer, wurden die Namen der Sprecher, Berichterstatter und der vorgesehenen Plenarredner unterstrichen, gelegentlich auch die für Ausschüsse und Gremien bestimmten Delegierten. Zusätzlich finden sich bei einigen Protokollen noch Markierungen am Rande, die vermutlich nicht vom Protokollführer, sondern von einem Benutzer der Protokolle stammen dürften.

Wie schon die Protokolle der Reichstagsfraktion der SPD enthalten auch die der Nationalversammlungsfraktion eine Fülle von zumeist damals gängigen Abkürzungen und eine große Zahl von Überschreibungen und Korrekturen, die jedoch überwiegend nur stilistischer Art sind. Sie sind ein Indiz für die Einstufung der Protokolle als einer nur für den eigenen Bedarf bestimmten Quelle. Man darf wohl annehmen, daß sie nur dem Führungskreis der Fraktion, also ihren Vorsitzenden und dem Vorstand zur Verfügung standen. Nichts weist darauf hin, daß die Protokolle jemals von der Fraktion genehmigt oder sogar verlesen wurden. Gerade in diesem Bestimmungszweck für die nur interne Registrierung der Beratungen der Fraktion liegt der historische Wert dieser Protokolle, die damit ein zwar knappes, aber ungeschminktes Bild ihrer Verhandlungen liefern.

2. Einrichtung der Edition

Die vorliegende Quellenpublikation orientiert sich in ihrer editorischen Einrichtung an den bisher erschienenen Bänden der "Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien". Die in chronologischer Abfolge gedruckten Sitzungsprotokolle wurden durchlaufend numeriert. Parallelfassungen sind unter derselben Ziffer zusammengefaßt und durch Kleinbuchstaben a und b bezeichnet.

Jedem Sitzungsdokument sind zwei Kopfregesten vorangestellt. Das erste enthält im Einklang mit der Edition "Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1889 bis 1918" nur das Datum und die Bezeichnung der Sitzung. Das zweite Kopfregest vermerkt die Quelle, ihre Beschaffenheit sowie den Protokollanten und führt die Originalüberschriften auf. Bei der Wiedergabe der Überschriften wurden bewußt keine Abkürzungen aufgelöst und keine Normalisierungen vorgenommen, um so die Variationsbreite der Protokollkennzeichnungen in einem einheitlichen Quellenbestand zu dokumentieren. Nur die Wochentage wurden in den Fällen, in denen sie nicht Bestandteil der Originalüberschriften waren, in eckigen Klammern ergänzt. Die Protokolle der sozialdemokratischen Fraktion in der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung werden ungekürzt abgedruckt. Rechtschreibung und Zeichensetzung wurden durchgehend normalisiert, fehlerhafte Schreibweisen stillschweigend korrigiert. Allgemein gebräuchliche Abkürzungen, die soweit notwendig im Abkürzungsverzeichnis nachgewiesen sind, werden beibehalten, ungebräuchliche wurden aufgelöst oder in die heute übliche Form gebracht.

Hervorhebungen in den Originalvorlagen durch Unterstreichungen und besonderen Schriftgrad sind einheitlich durch S p e r r u n g gekennzeichnet. Anträge und Beschlüsse, eingeklebte Zeitungsausschnitte und die wenigen bereits an anderer Stelle ganz oder teilweise veröffentlichten Dokumente werden in kleineren Drucktypen wiedergegeben. Familiennamen sind grundsätzlich in Kursivdruck gesetzt; die Namen von Sprechern werden besonders durch Fettdruck hervorgehoben. In Kursiv erscheinen durchgängig auch Zeitungs- und Zeitschriftentitel. Textergänzungen und Korrekturen im Original, die über bloße orthographische Berichtigungen hinausgehen, werden in den Anmerkungen vermerkt; ebenso unleserliche Stellen in der Vorlage.

Biographische Angaben zu Personen finden sich im Register; sie konzentrieren sich auf die für den Gegenstand und den Zeitraum der Edition relevanten Funktionen und Ämter. Informationen über die Mitgliedschaft der Abgeordneten der SPD in Parlamenten sind in der Anlage: "Mitglieder der SPD-Fraktion in der Nationalversammlung" aufgeführt.

Die Kommentierung in den Anmerkungen sucht der Eigenart der Quellen wie den Benutzerinteressen Rechnung zu tragen. Dort finden neben Angaben zu Textveränderungen und Querverweisen erläuternde Erklärungen und Nachweise ihren Platz. Die kommentierenden Anmerkungen wollen den Zugang zu dem meist eher spröden Text der Protokolle erschließen, über den Vor- und Nachlauf von Beschlüssen und Vorgängen knapp informieren und für das Verständnis notwendige Zusammenhänge aufzeigen, die aus der Quelle selbst nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Bei der Bearbeitung wurde ein Mittelweg zwischen dem Erfordernis detaillierter Aus-

künfte und dem Gebot möglichster Kürze gesucht und gleichzeitig auf die Zugänglichkeit der herangezogenen Quellen und Literatur Rücksicht genommen.

Allen Personen, Archiven, Bibliotheken und sonstigen Institutionen, die diese Edition gefördert haben, danken Herausgeber und Bearbeiter vielmals für zuteil gewordene Hilfe. Das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam hat in großzügiger Weise die Protokollkladden der SPD-Fraktion für diese Edition zur Verfügung gestellt und auch sonst vielfältige Unterstützung gewährt. Dafür gebührt dem Institut, seinen Leitern und Mitarbeitern, ein besonderer Dank. In den verschiedenen Bearbeitungsstadien haben in bewährter Art das Bundesarchiv (Koblenz), das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) und das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes (Bonn) die Benutzung ihrer Bestände ermöglicht. Wesentlich gefördert wurde die Arbeit durch die Einsicht in Nachlässe, die sich zum Teil noch in privatem Besitz befanden. Die Universitätsbibliothek Mannheim, die Bibliothek des Deutschen Bundestages und die Universitätsbibliothek Bonn besorgten stets zuvorkommend die Beschaffung von Büchern und Materialien.

Die vorliegende Edition wurde von Prof. Erich Matthias angeregt und zur Betreuung von Prof. Hermann Weber übernommen. In einer ersten Bearbeitungsphase erledigte Dr. Klaus Burkhardt umfängliche Vorarbeiten. In weiteren Arbeitsschritten waren bei der Sichtung, Ergänzung und Überprüfung von Text und Anmerkungen zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Weber beteiligt. Den Damen Jenny Bernack, Andrea Hoffend, Petra Huber, Gabriele Pessel, Kathrin Senger und den Herren Patrik Baab und Bernd Oehler gilt ein ganz besonderer Dank. Die intensive Vorarbeit, die von den Mannheimer Mitarbeitern geleistet worden ist, hat die abschließende Kommentierung sehr erleichtert. Die Verantwortung für die Edition und die Kommentierung tragen Heinrich Potthoff und Hermann Weber gemeinsam. Für die Einleitung zeichnet Heinrich Potthoff als Alleinverfasser.

Bei der Erledigung der technischen Arbeiten haben Frau Ilse Wolf, Frau Irmgard Mattern, Frau Linda Mattern und Frau Jutta Schäfer mitgewirkt, die bei der Reinschrift besondere satztechnische Anweisungen mit Umsicht erledigte. Beim Register arbeitete Herr Joachim Petzold mit. Ihnen sei ebenfalls sehr herzlich gedankt.

Die Herausgeber dieser Reihe erfüllen mit der Edition ein Vermächtnis von Prof. Dr. Erich *Matthias*, der schon in dem Werk über "Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918", das er noch selbst mitbearbeitete, "eine Ausgabe der Sitzungsprotokolle der sozialdemokratischen Nationalversammlungsfraktion" angekündigt hatte.

Bonn, Oktober 1985

Heinrich Potthoff

3. Verzeichnis der Archivalien

a) Amtliche Überlieferungen, Partei- und Verbandsakten

BA Koblenz Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei

Protokollbuch III und IV Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam,

Fraktionsprotokolle SPD 24. III. 1917/20. VIII. 1919 -

3 und 25, IX, 1919/9, II, 1920 - 4

Restakten des ADGB Archiv des August-Bebel-Instituts, Berlin, z.Zt. verwahrt

bei der Historischen Kommission Berlin

b) Nachlässe

Dittmann, Erinnerungen Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam,

Nachlaß Wilhelm Dittmann (Manuskript)

NL Giebel Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Nachlaß Carl Gie-

NI. Groener Bundesarchiv - Militärarchiv, Freiburg i. B., Nachlaß

Wilhelm Groener

NI. Grzesinski Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam,

Nachlaß Albert Grzesinski

NL Haußmann Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Nachlaß Conrad Haußmann NL Hörsing Historische Kommission zu Berlin, Nachlaß Otto Hörsing NL Keil Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Nachlaß Wilhelm

Keil

NL Koch-Weser Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Erich Koch-Weser NL Osterroth Privatbesitz Franz Osterroth, Lübeck, Nachlaß Nikolaus

Osterroth

NL Payer Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich von Payer

NL Petersen Staatsarchiv Hamburg, Nachlaß Carl Petersen NL Südekum Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Albert Südekum NL Wissell Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Rudolf Wissell

c) Periodika

Correspondenzblatt Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerk-

schaften Deutschlands

Freiheit Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemo-

kratie Deutschlands

Reichsanzeiger

Sozialistische Monatshefte

Vorwärts

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Sozialistische Monatshefte, Berlin, einzelne Nummern

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozial-

demokratischen Partei Deutschlands

4. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Albertin, Liberalismus

Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Albertin, Linksliberalismus

Albertin, Lothar: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, eingel. von Lothar Albertin, bearb. von Konstanze Wegner, Düsseldorf 1980.

Bernstein, Revolution

Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin-Fichtenau 1921.

Calkins Calkins, Kenneth R.: Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin

Carstens Carstens, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918-1933, Köln-Berlin 1964.

Dokumente und Materialien

Epstein

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Januar 1919-Mai 1919, Reihe III, Bd. 3, Berlin (O) 1958.

Eimers, Enno: Das Verhältnis von Preußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918–1923), Berlin 1969.

Elben, Wolfgang: Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung von November 1918 bis Februar 1919. Düsseldorf 1965.

Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin-Frankfurt/M. 1962.

Erger Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch 1919/20, Düsseldorf 1967.

Erzberger Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart-Köln 1920.

Giesecke Giesecke, Hermann: Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: VfZG 1965, H. 2, S. 162-177.

Grünthal Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.

Gumbel Gumbel, Emil J.: Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922 (Neuauflage Heidelberg 1980).

Handbuch Nationalversammlung. Weimar 1919. Biographische Notizen und Bilder, hrsg. vom Bureau des Reichstages, Berlin o. J.

Hartwich Hartwich, Hans-Hermann: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918-1933, Berlin 1967.

Hillgers Hillgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919, Berlin-Leipzig o. J. Hirsch Hirsch, Paul: Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929. Horkenbach Horkenbach, Cuno (Hrsg.): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930. Huber, Doku-Huber, Ernst Rudolf: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, mente III Bd. 3, Stuttgart u. a. 1966. Huber, Verfas-Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. V: sungsgeschichte. Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u. a. V und VI 1978, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u. a. 1981. Hürten Hürten, Heinz: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920, Düsseldorf 1977. Illustrierte Ge-Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929 (Neudruck schichte Frankfurt 1968). Kabinett Bauer (Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik) Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearbeitet von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1980. Kabinett Müller (Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik) Das Kabinett Müller I. 27. März bis 21. Juni 1920, bearbeitet von Martin Vogt, Boppard am Rhein 1971. Kabinett Schei-(Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik) Das Kabinett Scheidedemann mann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearbeitet von Hagen Schulze, Boppard am Rhein 1971. Keil II Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948. Kluge Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975. Knoop Knoop, Guido: Einigungsdebatte und Einigungsaktion in der SPD und USPD 1917-1920 unter besonderer Berücksichtigung der "Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie", Phil. Diss. (Masch.) Würzburg 1975. Landsberg, Otto: Die Entscheidung im Kabinett, in: Victor Schiff, So war Landsberg

Löbe Löbe, Paul: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Neuausgabe Berlin 1954.

Friedrich Stampfer, Berlin 1929.

es in Versailles. Mit Beiträgen von Otto Landsberg, Hermann Müller,

Maercker, Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1934.

Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie Miller, Bürde

1918-1920, Düsseldorf 1978.

Mitchell, Allan: Revolution in Bavaria 1918-1919. The Eisner-Regime Mitchell

and the Soviet Republic, Princeton 1965.

Morsey Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf

1966.

Müller, Richard: Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Repu-Müller

blik, Berlin 1925.

Noske, Erlebtes Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie,

Offenbach/M. 1947.

Noske, Kiel Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revo-

lution, Berlin 1920.

Oehme, Walter: Die Weimarer Nationalversammlung. Erinnerungen, Oehme

Berlin 1962.

Osterroth Osterroth, Franz: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. 1, Han-

nover 1960.

Parteiausschuß Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921. Inkl.

> Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Nachdrucke hrsg. von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Friedhelm Boll sowie einem Personen- und Ortsregister von Horst-Peter Schulz,

Berlin-Bonn 1980

Parteikonferenz. Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912-1921. Inkl.

> Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919, Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Nachdrucke hrsg. von Dieter Dowe mit einer Einleitung von Friedhelm Boll sowie einem Personen- und Ortsregister von Horst-Peter Schulz,

Berlin-Bonn 1980.

Potthoff, Ge-Potthoff, Heinrich: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution werkschaften

und Inflation, Düsseldorf 1979.

Potthoff, Ver-Potthoff, Heinrich: Das Weimarer Verfassungswerk und die deutsche fassungswerk

Linke, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII, 1972, S. 433-483.

Regierung der Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Pot-Volksbeauftrag-

thoff, 2 Bde., Düsseldorf 1969. ten

Reichs-Gesetz-Reichs-Gesetzblatt 1918, 1919, 1920.

blatt

| Reichstagsfrak- tion der SPD I/II | Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898-1918, 2 Teilbände, bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966. |
|---|--|
| Ribhegge | Ribhegge, Wilhelm: August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn-Bad Godesberg 1973. |
| Ritter/Miller | Ritter, Gerhard A./Miller, Susanne: Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg, 2. erw. und überarb. Aufl. 1975. |
| Scharlau/Zeman | Scharlau, Winfried B./Zeman, Zbynek A.: Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964. |
| Scheidemann, Memoiren II | Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928. |
| Scheidemann, Zusammen- bruch | Scheidemann, Philipp: Der Zusammenbruch, Berlin 1921. |
| Schieck | Schieck, Hans: Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Phil. Diss. (Masch.), Heidelberg 1958. |
| Schulthess 1919/1920 I und II | Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Wilh. Stahl. Neue Folge 35./36. Jg. 1919, München 1923/24, Teil I und II. |
| Schulz, Demo- kratie | Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur, Bd. 1, Berlin 1963. |
| Schulz, Lei- densweg | Schulz, Heinrich: Der Leidensweg der Reichsschulgesetze, Berlin 1926. |
| Schulze, Braun | Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/MBerlin-Wien 1977. |
| Severing, Lebensweg I | Severing, Carl: Mein Lebensweg, Bd. 1 Köln 1950. |
| SPD-Parteitag 1919 | Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919. Bericht über die 7. Frauenkonferenz, abgehalten in Weimar am 15. und 16. Juni 1919, Berlin 1919, Nachdruck Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1973. |
| SPD-Parteitag 1920 | Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920. Bericht über die Frauenkonferenz, abgehalten in Kassel am 9. und 10. Oktober 1920, Berlin 1920. |
| Stein | Stein, ("A"): Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung 1919-Februar/August 1919, Berlin 1919. |

Sten. Ber. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversamm-

lung. Stenographische Berichte und Anlagen, Berlin 1919/1920.

Ströbel Ströbel, Heinrich: Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Ret-

tung, Berlin, 2. Aufl. 1922.

Technische Nothilfe Die Tätigkeit der Technischen Nothilfe während des Kapp-Putsches und unsere dazu getroffenen Maßnahmen. Bearbeitet von der Reichssektionsleitung der Elektrizitätswerke. Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie verwandter Berufsgenossen Deutschlands, Berlin 1920.

Triepel Triepel, Heinrich: Quellensammlung zum deutschen Reichsstaatsrecht, 3.

völlig neubearb. Aufl. Tübingen 1922.

Ursachen und Folgen III Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 3: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin 1958.

USPD-Parteitag 1919 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der USPD vom 2.-6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J.

Winkler

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin-Bonn 1984.

Winnig, Ausgang

Winnig, August: Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, Berlin 1921.

Winnig, Heim-

Winnig, August: Heimkehr, Hamburg 1955.

Zentralrat

Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19. 12. 1918–8. 4. 1919, bearb. von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968.

Ziegler

Ziegler, Wilhelm: Die deutsche Nationalversammlung 1919-20 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932.

Die II. Internationale, Bd. I/

Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen. Hrsg., eingel. und kommentiert von Gerhard A. Ritter. Kommentierung unter Mitwirkung von Konrad von Zwehl, 2 Bde.,

Bonn 1980.

5. Verzeichnis der Dokumente

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Quelle | Seite |
|----------|----------------------|---------------------------------------|-------|
| 1a | 4. 2. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | |
| _ | | Protokollbuch III | 3 |
| 1b | 4. 2. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | |
| | | Vorwärts Nr. 65 vom 5. 2. 1919 | 3 |
| 2 | 4. 2. 1919, nachm. | Fraktionssitzung | _ |
| | F 0 4040 | Protokollbuch III | 7 |
| 3 | 5. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| 4 | (1 1010 | Protokollbuch III | 8 |
| 4 | 6. 2. 1919 | Fraktionssitzung | 0 |
| _ | 7 2 1010 | Protokollbuch III | 9 |
| 5 | 7. 2. 1919 | Fraktionssitzung | 1.5 |
| 6 | 10 2 1010 | Protokollbuch III | 15 |
| O | 10. 2. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 15 |
| 7 | 11. 2. 1919 | Fraktionssitzung | 13 |
| / | 11. 2. 1717 | Protokollbuch III | 17 |
| 8 | 12. 2. 1919 | Fraktionssitzung | 17 |
| 8 | 12. 2.1/1/ | Protokollbuch III | 19 |
| 9 | 13. 2. 1919 | Fraktionssitzung | 17 |
| | 13. 2. 1717 | Protokollbuch III | 22 |
| 10 | 14. 2. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | 22 |
| 10 | 17. 2. 1717, 101111. | Protokollbuch III | · 24 |
| 11 | 14. 2. 1919, abends | Fraktionssitzung | 21 |
| | | Protokollbuch III | 25 |
| 12 | 15. 2. 1919 | Fraktionssitzung | 23 |
| | | Protokollbuch III | 27 |
| 13 | 17. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 28 |
| 14 | 18. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 32 |
| 15 | 19. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 34 |
| 16 | 20. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 36 |
| 17 | 21. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 37 |
| 18 | 24. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 40 |
| 19 | 25. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 42 |
| 20 | 26. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 46 |
| 21 | 28. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 48 |
| 22 | 3. 3. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 50 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Quelle | Seite |
|----------|---------------------|---------------------------------------|-------|
| 23 | 4. 3. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 52 |
| 24 | 4. 3. 1919, abends | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 55 |
| 25 | 6. 3. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 56 |
| 26 | 12. 3. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 57 |
| 27 | 12. 3. 1919, abends | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 59 |
| 28 | 13. 3. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 60 |
| 29 | 22./23. 3. 1919 | Gemeinsame Sitzung | |
| | | von Fraktion und Parteiausschuß | |
| | | Protokollbuch III | 61 |
| 30 | 24. 3. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 64 |
| 31 | 25. 3. 1919 | Fraktionssitzung | - |
| 31 | 23. 3. 1717 | Protokollbuch III | 67 |
| 22 | 2(2 1010 | Fraktionssitzung | 07 |
| 32 | 26. 3. 1919 | Protokollbuch III | 68 |
| 22 | 20 2 1010 | | 00 |
| 33 | 29. 3. 1919 | Fraktionssitzung | 71 |
| | 0 4 4040 | Protokollbuch III | 71 |
| 34 | 8. 4. 1919 | Fraktionssitzung | 7.1 |
| | | Protokollbuch III | 71 |
| 35 | 9. 4. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 72 |
| 36 | 11. 4. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 74 |
| 37 | 11. 4. 1919, abends | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 75 |
| 38 | 12. 4. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 76 |
| 39 | 14. 4. 1919, nachm. | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 77 |
| 40 | 14. 4. 1919, abends | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 78 |
| 41 | 9. 5. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 79 |
| 42 | 10. 5. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 81 |
| 43 | 12. 5. 1919 | Fraktionssitzung | |
| ,,, | 121 07 17 17 | Protokollbuch III | 83 |
| 44 | 2. 6. 1919 | Fraktionssitzung | |
| ſΤ | 2. 0. 1/1/ | Protokollbuch III | 84 |
| 45 | 3. 6. 1919 | Fraktionssitzung | 07 |
| Ų | J. U. 1717 | Protokollbuch III | 0E |
| 47 | 10 (1010 | | 85 |
| 46 | 18. 6. 1919, vorm. | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 0.0 |
| | | rrotokolibuch III | 88 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Quelle | Seite |
|----------|----------------------|---|------------|
| 47 | 18. 6. 1919, nachm. | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 89 |
| 48 | 19. 6. 1919, vorm. | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 91 |
| 49 | 19. 6. 1919, abends | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 93 |
| 50 | 20. 6. 1919, vorm. | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 94 |
| 51 | 20. 6. 1919, mittags | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 95 |
| 52 | 20. 6. 1919, abends | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 97 |
| 53 | 21. 6. 1919, vorm. | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 102 |
| 54 | 21. 6. 1919, nachm. | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 104 |
| 55 | 21. 6. 1919, nachm. | Besprechung der Fraktions- mitglieder aus den Grenzgebieten Protokollbuch III | 107 |
| 56 | 22. 6. 1919 | Fraktionssitzung | 107 |
| 57 | 23. 6. 1919, vorm. | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 108 |
| 58 | 23. 6. 1919, nachm. | Protokollbuch III Fraktionssitzung Protokollbuch III | 110 115 |
| 59 | 24. 6. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 116 |
| 60 | 2. 7. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 117 |
| 61 | 3. 7. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 121 |
| 62 | 4. 7. 1919 | Fraktionssitzung | |
| 63 | 5. 7. 1919 | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 123 |
| 64 | 7. 7. 1919 | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 125 |
| 65 | 8. 7. 1919 | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 127 |
| 66 | 9. 7. 1919 | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 129 |
| 67 | 10. 7. 1919 | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 131 |
| 68 | 11. 7. 1919, vorm. | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 133 |
| 69 | 11. 7. 1919, abends | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 134 |
| | | Protokollbuch III | 137 |
| 70 | 14. 7. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 139 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Quelle | Seite |
|----------|---------------------|---------------------------------------|--------|
| 71 | 15. 7. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 140 |
| 72 | 18. 7. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 142 |
| 73 | 22. 7. 1919 | Fraktionssitzung | 1.11 |
| | ar = 4040 | Protokollbuch III | 144 |
| 74 | 25. 7. 1919 | Fraktionssitzung | 145 |
| 75 | 20 7 1010 | Protokollbuch III Fraktionssitzung | 143 |
| 75 | 28. 7. 1919 | Protokollbuch III | 146 |
| 76 | 30. 7. 1919, vorm. | Fraktionssitzung | 110 |
| 70 | 50. 7. 1717, voini. | Protokollbuch III | 148 |
| 77 | 30. 7. 1919, nachm. | Fraktionssitzung | |
| , , | 56. 7. 1717, macmin | Protokollbuch III | 150 |
| 78 | 31. 7. 1919 | Fraktionssitzung | |
| , 0 | | Protokollbuch III | 150 |
| 79 | 8. 8. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 152 |
| 80 | 9. 8. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 154 |
| 81 | 12. 8. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 155 |
| 82 | 14. 8. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch III | 157 |
| 83 | 15. 8. 1919 | Fraktionssitzung | 1/0 |
| | 10 0 1010 | Protokollbuch III | 160 |
| 84 | 18. 8. 1919 | Fraktionssitzung | 160 |
| 0.5 | 20 0 1010 | Protokollbuch III | 100 |
| 85 | 20. 8. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch III | 163 |
| 0.4 | 25 0 1010 | Fraktionssitzung | 103 |
| 86 | 25. 9. 1919 | Protokollbuch IV | 164 |
| | 22 2 4040 | | 104 |
| 87 | 30. 9. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch IV | 167 |
| | | | 107 |
| 88 | 3. 10. 1919 | Fraktionssitzung Protokollbuch IV | 170 |
| | | | 1, 0 |
| 89 | 7. 10. 1919 | Fraktionssitzung | 177 |
| | | Protokollbuch IV | 172 |
| 90 | 10. 10. 1919 | Fraktionssitzung | 4 -7.0 |
| | | Protokollbuch IV | 172 |
| 91 | 14. 10. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 175 |
| 92 . | 21. 10. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 178 |
| 93 | 24. 10. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 179 |
| 94 | 28. 10. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 180 |

| Lfd. Nr. | Datum | Überschrift und Quelle | Seite |
|----------|--------------|------------------------------|-------|
| 95 | 21. 11. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 189 |
| 96 | 25. 11. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 191 |
| 97 | 26. 11. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 194 |
| 98a | 3. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 196 |
| 98b | 3. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV, eingelegte | |
| | | Zettel | 196 |
| 99 | 5. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 213 |
| 100 | 9. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 214 |
| 101 | 12. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 216 |
| 102 | 15. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 217 |
| 103 | 16. 12. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 219 |
| 104 | 13. 1. 1920 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 220 |
| 105 | 15. 1. 1920 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 221 |
| 106 | 18. 1. 1920 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 223 |
| 107 | 9. 2. 1920 | Fraktionssitzung | |
| | | Protokollbuch IV | 224 |
| 108 | 19. 2. 1919 | Fraktionssitzung | |
| | | Nachlaß Grzesinski | 225 |
| | | | |

DOKUMENTE

1.

4.2.1919, vorm.: Fraktionssitzung

1a: Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Weimar. Sitzung v. Dienstag, den 4. Februar 1919, vormittags 10 ½ Uhr."

Ebert eröffnet für die alte Fraktionsleitung die Sitzung¹ und beruft vorläufig Fischer-Berlin als Schriftführer. Ebert berichtet dann, in welcher Weise seitens der jetzigen Regierung die Eröffnung der Nationalversammlung und die ersten Sitzungen gedacht seien. Am Montag dürfte die Beratung der Notverfassung beginnen und in 2 bis 3 Tagen beendet sein², dann soll die Konstituierung des Staatenausschusses erfolgen³ und die notwendige Kreditvorlage (25 Milliarden) eingebracht werden.⁴

1b: Vorwärts Nr. 65 vom 5. 2. 1919. Überschrift: "Vor der Eröffnung der Nationalversammlung. Erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion. (Weimar, 4. Februar. Eig. Drahtber. des Vorwärts)."

Die sozialdemokratische Fraktion trat heute vormittag 10 Uhr im Volkshaus zu Weimar zu ihrer ersten Fraktionssitzung zusammen.1 Den Vorsitz führte provisorisch Genosse Ebert als Vorsitzender der Partei und Vorsitzender der alten Reichstagsfraktion. Er sprach in den Begrüßungsworten seine Freude darüber aus, daß die Sozialdemokratie als weitaus stärkste Fraktion in die Nationalversammlung einzieht. "Die Revolution", so führte er weiter aus, "hat uns vor eine Riesenaufgabe gestellt. Deutschland war vollständig zusammengebrochen, militärisch, politisch und wirtschaftlich ein Trümmerhaufen, als die Macht in unsere Hände kam. Der Versuch, diese Riesenaufgabe gemeinsam mit den Unabhängigen zu lösen, mußte scheitern.

¹ Über die Zusammensetzung der Fraktion und des Fraktionsvorstandes vgl. Einleitung 1; ferner Löbe, S. 59 f.; Keil II, S. 168 f.; SPD-Parteitag 1919, S. 346; Oehme, S. 49 f.; zur Rede Eberts ders., S. 5.

² Die Beratung der sog. Notverfassung, des "Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt", begann am 8. 2. 1919. Der im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf war nach Beratungen zwischen der Regierung und Vertretern der Einzelstaaten am 25. 2. im Staatenausschuß und nach Besprechungen mit dem Zentralrat mehrfach abgeändert, am 28. 2. den Regierungen und Bundesbevollmächtigten der Einzelstaaten zugeleitet und am 29. 1. 1919 in der Presse veröffentlicht worden; vgl. Regierung der Volksbeauftragten II, S. 149, 323–341 und 354–357, mit Abdruck der Entwürfe. Die am 1. 2. der Nationalversammlung vorgelegte Fassung des Entwurfs (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 3) wurde von der Nationalversammlung am 10. 2. fast unverändert einstimmig angenommen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 12 ff.; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 169 ff., abgedr. u. a. bei Triepel, S. 17 f.; Huber, Dokumente III, S. 69 f.

³ Der Staatenausschuß der "deutschen Freistaaten" wurde durch das "Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt" vom 10. 2. errichtet. Seine erste Sitzung fand am 11. 2. statt. Ein sog. Vorläufiger Staatenausschuß, der von der Konferenz der Reichsregierung mit den Vertretern der Einzelstaaten am 25. 1. zur Beratung des "vorläufigen Reichsgrundgesetzes" und des Verfassungsentwurfs eingerichtet worden war, hat bereits vom 26.–30. 1. 1919 in Berlin und vom 5.–8. 2. 1919 in Weimar getagt; siehe Schulz, Demokratie, S. 112 f., 149 ff.; Willibalt Apelt, Jurist im Wandel der Staatsformen, Tübingen 1965, S. 89 ff.; Schulthess 1919 I, S. 20 f., 40 f.; Regierung der Volksbeauftragten II, S. 323 f.

⁴ Vgl. den am 11.2. der Nationalversammlung vorgelegten Gesetzentwurf "betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918", der am 20.2. verabschiedet wurde; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 165, Bd. 326, S. 248 f.

In der Diskussion, an der Hoch, Schöpflin, Ulrich, Keil sich beteiligten, wurde ausgesprochen, daß jetzt nicht die Zeit zum Redehalten, sondern zum Denn, wäre es nach ihrem Willen gegangen, wären wir hoffnungslos und widerstandslos in vollständige Anarchie hineingeraten. Das Ziel unserer Tätigkeit in diesen Monaten läßt sich leicht beschreiben: Wir haben versucht, die politischen Errungenschaften der Revolution, den Sieg der Demokratie, sicherzustellen. Wir haben versucht, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen und die notwendigsten sozialpolitischen Aufgaben zu erfüllen. Wir haben hingearbeitet auf einen möglichst raschen Friedensschluß und möglichst ausreichende Lebensmittelversorgung. Ein großer Teil dieses Weges ist noch zurückzulegen; ihn wird die Nationalversammlung zu beschreiten haben, in der unserer Fraktion als der weitaus stärksten die Führung zufallen wird." Genosse Ebert teilte weiter mit, daß unmittelbar nach dem 16. Februar, sobald die Volkswahlen in Deutsch-Österreich vollzogen sein werden⁵, eine Delegation der österreichischen Fraktion sich zur Teilnahme an den Fraktionsverhandlungen einfinden wird. Zur vorläufigen Fühlungnahme hat die deutschösterreichische Sozialdemokratie den Genossen Schaefer delegiert.6 Der Arbeitsplan für die Nationalversammlung sieht die Eröffnung für Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vor. Die Eröffnungsansprache hält Genosse Ebert. Dann übernimmt der Alterspräsident, Genosse Pfannkuch, den Vorsitz. Es wird vorgeschlagen werden, daß das Haus vorläufig die Geschäftsordnung des Reichstages übernimmt⁷ und sich dementsprechend am Freitag durch die Wahl des Präsidiums konstituiert. Den Präsidenten hat nach parlamentarischem Brauch die Sozialdemokratie zu stellen.8 Ein Ausschuß für die

⁵ Gemeint sind die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung vom 16. 2. 1919; Schulthess 1919 I, S. 515.

⁶ Über diesen Kontaktmann ließ sich nichts ermitteln.

⁷ Die Nationalversammlung nahm in der 1. Sitzung am 6. 2. 1919 die "Geschäftsordnung für den Reichstag. Vom 31. Dezember 1918" mit Ausnahme der Bestimmungen über die Abteilungen als "provisorische Geschäftsordnung" an; Sten. Ber., Bd. 326, S. 4; Handbuch Nationalversammlung, S. 72 ff. – Sie übernahm zunächst auch noch der 1920 gewählte Reichstag; erst am 12. 12. 1922 gab er sich eine neue Geschäftsordnung. Reichs-Gesetzblatt 1923 II, S. 101 ff.; Huber, Verfassungsgeschichte VI, S. 357.

⁸ Zur Praxis der Besetzung des Präsidentenamtes im Reichstag bis 1918 vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXXXV-CXLIV.

Handeln gekommen sei. Hoch meint, der Parteivorstand solle alles tun, um die seitens der Regierung beabsichtigte Darlegung und damit die politische Debatte zurückzustellen, bis die Mehrheitsbildung erfolgt sei. Die Fraktion war einig darin, die Notverfassung und Kreditvorlage möglichst ohne Ausschußberatung raschestens zu erledigen.

Ebert berichtet über Besprechungen mit der demokratischen Volkspartei, die auf deren Veranlassung zwischen Fischbeck, Naumann und Schiffer und Ebert, Scheidemann und David stattgefunden haben, über die Frage der Mehrheitsbildung in Nationalversammlung und Regierung. Dabei äußerten die Demokraten auch ihre Neigung zu der eventuellen Zuziehung der Zentrumspartei.¹¹

Als grundsätzliche Voraussetzung wurde unsererseits die rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform, einer Finanzpolitik mit scharfer Heranziehung von Vermögen und Besitz und tiefgreifende Sozialpolitik und Sozialisierung der hierzu geeigneten Betriebe aufgestellt.

Revision der Geschäftsordnung wird sofort die Arbeiten beginnen.9 Die dringendsten und unaufschiebbarsten Vorlagen sind ein Finanzgesetz für die Regierung, das ihr einen vorläufigen Kredit einräumt und für die seit dem 9. November erforderlich gewesenen außerordentlichen Ausgaben Indemnität erteilt⁴, sodann die Notverfassung², deren Beratungen Scheidemann mit einem politischen Exposé einleiten wird, während Preuß den Entwurf selbst begründet. 10 In der Fraktion trat die Auffassung zutage, daß es nicht wünschenswert sei, sofort in große politische Debatten einzutreten, sondern daß zuerst so schnell wie möglich der Kredit und die Notverfassung geschaffen werden müßten.

⁹ Vgl. Anm. 7.

¹⁰ Bei der 1. Lesung am 8. 2. 1919 sprach nur Preuß; Sten. Ber., Bd. 326, S. 12 ff.

¹¹ Diese Unterredung wurde auf der Sitzung des Vorstandes und der Fraktion der DDP am 4. 2. 1919 in Erfurt zur Sprache gebracht: "Fischbeck berichtet, daß zwischen den Volksbeauftragten und Naumann und ihm Besprechungen in Berlin stattgefunden hätten; danach sei die Sozialdemokratie bereit, mit den Demokraten und dem Zentrum zusammen die Regierung zu bilden." (NL Petersen, Fasz. 18, S. 4). Herr Fischbeck: "Auch bei der Sozialdemokratie ist unter allen Umständen der Wunsch vorhanden, mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Gewisse Vorbesprechungen haben schon stattgefunden und zwar am vergangenen Sonnabend (1. 2. 1919) zwischen Ebert, Scheidemann und David einerseits und Schiffer, Naumann und Fischbeck andererseits. Die Herren waren durchaus bereit, auf unsere Forderungen einzugehen, und auch das Zentrum zur Regierung zuzuziehen." (Sitzung des Hauptvorstandes der DDP am 4. 2. 1919 in Erfurt, BA Koblenz R 45/III, 6). Schon am 29. 1. 1919 hatte Landsberg in einer Kabinettssitzung erklärt: "Schiffer hat mir gesagt, wir müssen uns mit den Demokraten zusammentun"; Regierung der Volksbeauftragten II, S. 348; vgl. auch SPD-Parteitag 1919, S. 56.

1. 4. 2. 1919 Fraktionssitzung

Eine eingehende Debatte (Redner Schulz, Davidsohn, Hoch, Keil, Ulrich, Schumann, David, Auer, Meerfeld, Bohm-Schuch, Heine, Vogel, Rückert, R. Fischer, Auer, Blos, Pokorny, Ulrich, Landsberg, Ad[olf] Braun) endete mit der Wahl einer zehngliederigen Kommission, bestehend aus Auer, Blos, Ad[olf] Braun, David, Geck, Hoch, Keil, Krätzig, Meerfeld, Ulrich, zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms Grundlage der Besprechung mit den Demokraten und eventuell mit dem Zentrum zwecks Mehrheitsbildung, wofür dem Fraktionsvorstand spruchslos freie Hand gelassen wurde. 12 Eine Anregung Ad[olf] Brauns, auch mit der U.S.P. solche Besprechungen zu pflegen, soll in der Nachmittagssitzung weiter besprochen werden.¹³ Vom Sozialdemokratischen Volksverein Weimar ging nachstehende Resolution ein:

"Die am 3. Februar tagende Versammlung der S.P.D. spricht ihre schärfste Mißbilligung über die Sicherung der Nationalversammlung durch landesfremde Truppen aus, obwohl die Thüringer Truppen sich zur Verfügung gestellt haben.

Sie protestiert gegen die Verhandlungsweise des Genossen *Noske* und seine eingeleitete Militärdiktatur. Die Versammelten ersuchen die sozialdemokratische Fraktion, unverzügliche Schritte zur Beseitigung dieses aufreizenden Zustandes zu tun."¹⁴ Es entwickelt sich eine Aussprache über die Mehrheitsbildung in der Nationalversammlung. Zur Ausarbeitung des sozialdemokratischen Programms für die nächsten Aufgaben wird ein Ausschuß berufen sein, dem u. a. angehören: Auer-München, Anna Blos, Ulrich-Darmstadt, Cohen, Geck-Mannheim, Hoch-Hanau, Krätzig und Otto Braun.

¹² Das von der Kommission ausgearbeitete Aktionsprogramm (vgl. Nr. 4, Anm. 7) bildete später die Grundlage der Regierungserklärung *Scheidemann*; SPD-Parteitag 1919, S. 57; Sten. Ber. Bd. 326, S. 44 ff.; vgl. auch unten Nr. 6, Anm. 1 und *Vorwärts* Nr. 82 vom 14. 2. 1919.

¹³ Siehe Nr. 2.

¹⁴ Vgl. Scheidemann, Memoiren II, S. 357; Noske, Kiel, S. 86; Oehme, S. 14.

2.

4.2.1919, nachm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "[Dienstag] Nachmittagssitzung 4 Uhr."

Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 105 Fraktionsgenossen; 58 fehlten, von denen 12 noch im Laufe des Nachmittags eintrafen.

Die Wahl des Fraktionsvorstandes ergab:

David, Löbe, Molkenbuhr und [Hermann] Müller-Breslau als Vorsitzende, weiter Auer, Ebert, Richard Fischer, Hoch, Juchacz, Krätzig, Scheidemann, Severing und Stolten.

Adolf Braun faßte seine Anregung betreffend Verhandlungen mit der Unabhängigen-Fraktion in folgendem Antrag zusammen, den Vogel, Endres, Gölzer, Holl¹, Simon², und Sinzheimer unterstützten.

Die Unterfertigten beantragen, daß der U.S.P. das Angebot gemacht werden soll, in die Regierungsmehrheit einzutreten.

Als Vorbedingung ist von der U.S.P. die Erklärung zu fordern, daß sie sich von der putschistischen Taktik lossagt und die Solidarität mit den Kommunisten aufgibt.

Davidsohn stellte dazu den Antrag:

Ich beantrage, den Unabhängigen unser Arbeitsprogramm vorzulegen und sie zu befragen, ob sie gewillt sind, auf dieser Grundlage sich den Mehrheitsparteien anzuschließen.

Landsberg stellte den Antrag:

Ich beantrage, bei der Fraktion der Unabhängigen anzufragen, ob sie bereit ist, in die Reichsregierung einzutreten auf der Grundlage des Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie, d. h. zu einer Staatsform, die in jeder Beziehung durch den Willen der Mehrheit des Volkes bestimmt wird.

Hierzu beantragte Katzenstein, dem Schlußsatz noch folgende Ergänzung hinzuzufügen:

mithin unter grundsätzlicher Ablehnung jeder Putschtaktik.

Im Laufe der langen Diskussion (Redner: David, Braun, Krüger, Starosson, Ulrich, Silberschmidt, Schöpflin, Heine, Schmidt-Meißen, Schulz, Heinrich, Stelling, Richard Fischer, Kürbis, Landsberg, Blos, Auer, Schumann, Vogel, Obermeyer) wurden die Anträge Davidsohn und Hoch zugunsten des Antrages Landsberg zurückgezogen und ein Antrag Auer folgenden Inhalts eingebracht:

Die Fraktion ist damit einverstanden, daß Genossen in unverbindlicher Form mit Mitgliedern der unabhängigen Fraktion Fühlung nehmen, ob dort Bereitschaft ist, in eine Regierungsmehrheit einzutreten unter folgenden Bedingungen:

2.

¹ Möglicherweise ist nicht Holl, sondern Hoch gemeint, da später von einem Antrag Hoch die Rede

² Es ließ sich nicht feststellen, ob es sich um Georg Simon (Schwaben) oder um Anna Simon (Westpreußen) handelte.

Ist die unabhängige Fraktion bereit, sich jeder putschistischen Taktik und Gewaltanwendung loszusagen, sich von den Kommunisten (Spartakisten) im ganzen Reich zu trennen und sich zu dem Grundsatz parlamentarischer Demokratie als den unbedingt anzuerkennenden Ausdruck des Mehrheitswillens des Volkes zu bekennen?³

Ein Schlußantrag fand die große Mehrheit.

Der Antrag Landsberg mit dem Amendement Katzenstein wurde mit Mehrheit angenommen.

David erklärte, er könne dem Antrag Landsberg nicht beitreten und müsse daher für seine Stellung als Fraktionsvorsitzender die Konsequenzen ziehen.⁴

Die nächste Sitzung wird auf Mittwoch, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, anberaumt.

3.

5.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom Mittwoch, den 5. Febr., vormittags, 10 Uhr."

David eröffnet die Sitzung mit der Erklärung, daß er, wie bereits gestern dargelegt, nicht in der Lage sei, den Beschluß betreffend die Anfrage bei der Fraktion der U.S.P. zur Ausführung zu bringen, ein anderer Vorsitzender sei zur Zeit nicht da, er bitte also, eine Kommission mit der Ausführung des Beschlusses zu beauftragen.

Dem widersprachen Landsberg und Heine. Letzterer meinte, da über die Art der Ausführung nichts beschlossen sei, so solle man erst die Festlegung des Aktionsprogrammes abwarten, während Hoch darauf hinweist, die Ausführung des Beschlusses sei Sache des Vorst an des, nicht die des Vorsitzenden. Nach Erscheinen Löbes wird dieser mit der Ausführung beauftragt.

Eine Veröffentlich ung des Beschlusses soll vorläufig nicht erfolgen, wie überhaupt Veröffentlichung[en] von Fraktionsbeschlüssen und Verhandlungen nur dann erfolgen sollen, wenn dies ausdrücklich beschlossen wird.¹

³ Die USPD antwortete ablehnend: "Auf Ihr Schreiben vom 5. Februar erwidern wir folgendes: für die Fraktion der USPD kommt der Eintritt in die Regierung solange nicht in Frage, bis die gegenwärtige Gewaltherrschaft beseitigt ist und bis die sämtlichen Mitglieder der Regierung nicht nur das Bekenntnis ablegen, sondern auch den entschlossenen Willen betätigen, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften der Revolution gegen die Bourgeoisie und die Militärautokratie sicherzustellen. Die Fraktion der USPD. Fritz Geyer." Text u. a. in Vorwärts Nr. 69 vom 7. 2. 1919; Schulthess 1919 I, S. 34. Über die Haltung der USPD vgl. auch: Protokoll des USPD-Parteitags März 1919, S. 270; Wilhelm Dittmann, Erinnerungen. Masch. Ms. im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, S. XVII/4.

⁴ Vgl. Nr. 3. - Gestrichen: "Nächste Sitzung".

¹ Der Vorwärts brachte nur von der ersten Sitzung der SPD-Fraktion am 9. 2. 1919 einen ausführlichen Bericht; siehe Nr. 1b. In der Folgezeit erschienen lediglich, wenn überhaupt, nur kurze Notizen zu Fraktionssitzungen.

Landsberg referiert über die Notverfassung.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, dieser Vorlage ohne Debatte zuzustimmen, aber dazu eine Erklärung der Fraktion über die Stellung abzugeben, deren Wortlaut *Landsberg* entwerfen soll.²

Löbe

2 Vgl. Nr. 1, Anm. 2 und Nr. 6.

4.

6.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Donnerstag, den 6. Febr., abends, 6 1/4 Uhr."

Der Vorsitzende Löbe teilte mit, daß Hildenbrand¹ es definitiv abgelehnt habe, das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung anzunehmen. Der Fraktionsvorstand schlage an seiner Stelle den Kollegen (Bauer) vor.

Keil erhebt Bedenken, ob die beiden wichtigen Ämter Arbeitsamt² und Präsidium in einer Hand vereinigt werden könnten, zumal man gar nicht wisse, ob die eventuelle Koalition der Forderung zustimme, die drei Ämter des Präsidiums der National versammlung, der Reichsregierung und des Reichesderung und des Reichesderung zustimme, die Fraktion nicht vorher Gelegenheit habe, sich über die Besetzung solch wichtiger Posten unter sich zu beraten, sondern stets mit fertigen Vorschlägen des Vorstandes überrascht und zur sofortigen Wahl gezwungen werde. König wendet sich gleichfalls gegen die augenblickliche Entscheidung. Winnig schlägt vor, auf die Besetzung des Präsidentenpostens zu verzichten. Braun³ schlägt vor, den Gegenstand bis 8 Uhr von der Tagesordnung abzusetzen, damit die Fraktion Gelegenheit habe, unter sich über eventuelle weitere Vorschläge zu sprechen.

Das wird beschlossen.

Ein Antrag Binder zur Einreichung an das Plenum betreffend den freien Ein- und Austritt der Abgeordneten aus den besetzten Gebieten und ebenso ein Antrag Löbe betreffend Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen findet einstimmige Annahme.⁴

¹ Karl Hildenbrand war von 1918-1924 Gesandter Württembergs in Berlin. Vgl. auch Nr. 4, Anm. 5.

² Gustav Bauer war seit dem 4. 10. 1918 Staatssekretär des neugeschaffenen Reichsarbeitsamtes; dem Kabinett Scheidemann, das am 13. 2. 1919 berufen wurde, gehörte er als Reichsarbeitsminister an.

³ Es ließ sich nicht ermitteln, ob es sich um Dr. Adolf Braun oder um Otto Braun handelte.

⁴ Zum Wortlaut vgl. Vorwärts Nr. 69 vom 7. 2. 1919. – Ein interfraktioneller Antrag zu den Kriegsgefangenen wurde am 8. 2. 1919 eingebracht; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 5.

In die Geschäftsordnungskommission sollen von der Fraktion entsandt werden: David, Geck, Landsberg, Keil, Löbe, Frau Lodahl;

in die Wahlprüfungskommission Bohm-Schuch, Reißhaus, Schmidt-Meißen, Stücklen, Endres, Fischer-Berlin;

in den Seniorenkonvent David, Fischer-Berlin, Löbe, Molkenbuhr, Müller-Breslau, Severing.

Die Diskussion über das Aktionsprogramm wird von den Referenten Keil (Steuerfragen), Auer (Heerwesen), Hoch (Wirtschaftsfragen), Braun (Landwirtschaft), Krätzig (Sozialpolitik) eingeleitet und um 8 Uhr unterbrochen.⁵

Bauer läßt die Erklärung abgeben, daß er nur gezwungen für die Übergangszeit sich zur Übernahme der Präsidentschaftskandidatur bereit erklärt habe und nur unter Beibehaltung seines Amtes.

Geck schlägt David für den Posten des Präsidenten der Nationalversammlung vor.⁶ Ihm schließen sich Heinrich Schulz und Richard Fischer an, letzterer besonders auf die politische Unmöglichkeit hinweisend, ein Mitglied der Reichsregierung auf den Posten des Präsidiums der Nationalversammlung zu stellen, der in erster Linie die Kontrolle der Regierung obliege. Man dürfe sich nicht einer Ablehnung solcher Kandidatur durch die bürgerlichen Parteien aussetzen.

Trotz der Ablehnung seitens *Davids* beschloß die Fraktion e i n s t i m m i g, ihn um Annahme der Kandidatur zu ersuchen.

Die wiederaufgenommene Besprechung des Aktionsprogramms wird nach kurzer Zeit durch Debattenschluß zum Abschluß gebracht.

Löbe

Vgl. auch Vorwärts Nr. 70 vom 7. 2. 1919 und Oehme, S. 88 f.

⁵ Siehe den als Anhang abgedruckten Text.

⁶ Vgl. dagegen Keil II, S. 170: "Man hielt Umschau und nannte Hildenbrand, mit dessen Gesandtenstellung jedoch das Präsidentenamt nicht vereinbar war. Zu meinem Erstaunen verfiel man auch auf mich. Ich lehnte sofort unmißverständlich ab. Man drang, da sich die Präsidentenwahl verzögerte, tagelang in mich, und suchte meinen Einwand, daß ich das nötige Format nicht habe, zu widerlegen. Besonders war es der mir immer wohlgesinnte Dr. Eduard David, der mit all seiner Dialektik mir den "Minderwertigkeitskomplex" auszureden versuchte. Er kenne mich besser als ich selbst, behauptete er. Der Erfolg blieb ihm versagt. Ich drehte den Spieß um und schlug Dr. David vor, einer der letzten noch nicht vergebenen Männer von geistigem Format aus unseren Reihen. Er suchte sich, da er nicht gerne auf dem Präsentierteller saß, der Nominierung zu entziehen. Da indessen meine Ablehnungsgründe bei ihm nicht in Frage kamen, setzte ich durch, daß die Fraktion ihn auf den Schild erhob. Am nächsten Tag war Dr. David zum Präsidenten gewählt [...]."

Anhang

Entwurf für ein Aktionsprogramm

NL Payer Nr. 12, Bl. 154-158, Maschinenschrift mit handschriftl. Überschrift (Payer): "Socialdemokr[atischer] Entwurf des Arbeitsprogramms der Reichsregierung 11. 2. [19]19."

Arbeitsplan.

Für die politische, wirtschaftliche und geistige Neugestaltung des Deutschen Reiches stellt die Sozialdemokratische Partei folgende Richtlinien auf⁸:

Das Deutsche Reich und alle seine Einzelstaaten haben die demokratische⁹ Staatsform mit souveräner Volksvertretung. Die Gesetzgebungs- und Selbstverwaltungskörperschaften im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden gehen aus allgemeinen, gleichen, geheimen, unmittelbaren Wahlen nach dem Verhältniswahlverfahren¹⁰ hervor. Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen über 20 Jahre.

Demokratisierung der Verwaltung. Aufhebung aller Vorrechte für die Besetzung von Beamtenstellen.

Die Einheit des Reiches ist durch eine starke Zentralgewalt und weitgehende Vereinheitlichung, namentlich auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Verkehrs¹¹, zu festigen. Dagegen ist auf dem Gebiet der lokalen Kulturpflege weitgehende Selbstverwaltung in Gemeinde, Provinz und Einzelstaat zu gewähren.

Die persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte der Einzelnen¹², religiöse Freiheit, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, Freiheit der Versammlung und Vereinigung sind sicherzustellen.

Volle körperliche und geistige Ausbildung des gesamten Volkes durch ein einheitliches und demokratisch aufgebautes Schulwesen¹³, in dem jedem Volksgenossen das unbeschränkte Recht auf Bildung und Erziehung nach seinen Fähigkeiten ohne Rücksicht auf Vermögen und Stand der Eltern gesichert ist. Aufnahme dieses Grundsatzes in die Verfassung des Reiches. Durchführung durch die Einzelstaaten und Gemeinden.

⁷ Die SPD brachte einen "Entwurf" dieses Programms wahrscheinlich schon am 7. 2. – vgl. Nr. 6, Anm. 1 – in die Koalitionsverhandlungen ein; Masch. Exemplar mit der handschriftl. Überschrift (Payer): "Sozialdemokratischer Entwurf eines Regierungsprogramms 10. Febr. [19]19" in NL Payer Nr. 12, Bl. 150–153. Dieser Entwurf wurde dann überarbeitet und erweitert und am 11. 2. 1919 als Vorlage für das "Arbeitsprogramm der Reichsregierung" eingebracht. Zur Reaktion von Zentrum und DDP vgl. Nr. 6, bes. Anm. 1 und Nr. 8, bes. Anm. 6.

⁸ Der vorstehende Satz fehlte im 1. Entwurf.

⁹ Im 1. Entwurf "demokratisch-republikanische".

¹⁰ Im 1. Entwurf ab hier bis Absatzende: "nach dem Verhältniswahlverfahren für Männer und Frauen über 20 Jahren hervor".

¹¹ Der vorstehende Satzteil wurde eingefügt.

¹² Ergänzt: "der Einzelnen".

¹³ Das Nachfolgende bis Absatzende wurde ergänzt.

Auf¹⁴ wirtschaftlichem Gebiet ist es dringendste Aufgabe: für das ganze Volk die unentbehrlichen Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände, für Landwirtschaft und Industrie Rohstoffe, Hilfsstoffe und Geräte, für den Handel Bewegungsfreiheit auf dem Weltmarkt, für die Arbeiter und Angestellten angemessene Arbeitsgelegenheit zu sichern. Damit dies in der zweckmäßigsten Weise geschieht und sich unser Wirtschaftsleben zum Wohle des ganzen Volkes entwickelt, hat das Reich in engster Führung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen. Das Reich hat insbesondere das Recht zur Kontrolle der Preise und der Verteilung der Produkte.

Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif sind, sind auf Reich, Staat oder Gemeinde zu übernehmen, soweit¹⁵ nicht genossenschaftliche Besitz- und Verwaltungsformen zweckmäßiger sind. Insbesondere sind die Bergwerke und die Erzeugung von Licht und Kraft auf das Reich zu übernehmen. Diese Maßnahmen sind so durchzuführen, daß dadurch die Gütererzeugung gesteigert und der Wohlstand des arbeitenden Volkes gehoben wird.¹⁶

Die¹⁷ Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Betriebsgruppen sind mit den Organisationen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren

¹⁴ Im 1. Entwurf lautete der diesem Absatz vergleichbare Passus: "Auf wirtschaftlichem Gebiet ist für die unentbehrlichsten Lebensmittel und sonstigen Gebrauchsgegenstände, für Rohstoffe und ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Wo es die Rücksicht auf das Wohl des gesamten Volkes erfordert, hat das Reich in das Wirtschaftsleben regelnd und ausgleichend einzugreifen.

Die Rationierung und die Höchstpreise werden für diejenigen Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, aufrechterhalten. Die Freigabe in der Verteilung der Lebensmittel und die uneingeschränkte Beteiligung des Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sicher gestellt ist, daß Angebot und Nachfrage allein Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur soweit beschränkt, wie dies mit Rücksicht auf unsere Valuta notwendig ist.

Die Organisation der Einfuhr der rationierten Lebensmittel ist unter Hinzuziehung der Interessenten des Handels von den Reichsstellen zu leiten."

¹⁵ Von "soweit" bis Satzende eingefügt.

¹⁶ Der vorstehende Satz wurde ergänzt.

¹⁷ Die den folgenden Abschnitten bis zum Absatz "Steuergesetzgebung" entsprechenden Passagen lauteten im 1. Entwurf: "Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind mit den Organisationen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren; ihre Durchführung ist durch Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse oder Arbeiterräte zu überwachen. Das Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

Auf sozialpolitischem Gebiete sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungs- und Arbeitslosen-Fürsorge, der Ausbau des Mutterschutzes und der Säuglings- und Jugend-Fürsorge.

Den Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten sind die staatsbürgerlichen und die beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechts zu sichern und eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensions-Verhältnisse durchzuführen.

Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hat das Reich für umfassende Bodenverbesserung einzutreten, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts, der Enteignung oder Aufteilung.

Zur Sicherung des Landes und der öffentlichen Ordnung wird auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und eines demokratischen Aufbaues eine Volkswehr geschaffen. Jeder Truppenteil wählt aus seinen Reihen einen Rat zur Kontrolle und zur Prüfung und Vertretung von Beschwerden.

und ihre Durchführung durch Arbeiterausschüsse oder Arbeiterräte zu überwachen. Die Rechte der Arbeiterausschüsse sind zu erweitern.

Das Arbeiterrecht ist durch ein Gesetz, das alle Gruppen der Arbeiter und Angestellten umfaßt, vollständig zu regeln. Zur Aufsicht über die Durchführung der Gesetze sind die Arbeiter und Angestellten und ihre Verbände heranzuziehen. Die Arbeiter- und Angestelltenversicherung ist gleichfalls zu vereinheitlichen, ihre Leistungen sind zu erhöhen, die Lasten gerechter zu verteilen, die Leitung ist auf der Selbstverwaltung der Versicherten und unter Mitwirkung der anderen beteiligten Kreise aufzubauen.

Auf dem sozialpolitischen Gebiet sind zunächst in Angriff zu nehmen: die planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, einheitliche Bekämpfung der Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten usw., die Wohnungsfürsorge, die Arbeitslosenversicherung, der Ausbau des Mutterschutzes und der Säuglingsfürsorge, eine durchgreifende Änderung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes, planmäßiger Ausbau des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, sowie die allgemeine Wohlfahrtspflege.

Für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten: Sicherung ihrer staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte, einschließlich des Koalitionsrechtes, zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse, einheitliches Beamtenrecht mit Anerkennung der Beamtenausschüsse, Neugestaltung der Disziplinarbestimmungen, Offenlegung der Personalakten.

Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion muß gefordert werden: Umfassende Bodenverbesserung durch Bodenkulturarbeiten aller Art, sowie Aufschließung aller zur landwirtschaftlichen Nutzung geeigneten Moor- und Ödlandflächen, Umgestaltung der Besitz- und Betriebsverhältnisse, die den höchsten Ertrag gewährleisten; erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts, der Enteignung oder Aufteilung.

Planmäßige Siedlung zur Besserung der Wirtschafts- und Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter und Kleinbauern, Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, Vermehrung der Versuchs- und Musterwirtschaften. Ausbau des Genossenschaftswesens und der gemeinwirtschaftlich zu betreibenden Brand-, Hagel- und Viehversicherung. Ausdehnung der Staatsaufsichten auf alle Forsten und Nutzbarmachung aller Wälder für die Allgemeinheit. Aufhebung der Fideikommisse und aller Vorrechte in der Fischerei und Jagd.

Zur Sicherung des Landes und der öffentlichen Ordnung wird auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und einer demokratischen Verfassung eine Volkswehr geschaffen. Die militärische Dienstzeit ist möglichst kurz zu bemessen. Daneben ist für eine zweckmäßige, körperliche und geistige Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit zu sorgen. Das Gerichtsverfahren ist öffentlich. Jeder Truppenteil wählt aus seinen Reihen einen Rat zur Kontrolle und zur Prüfung und Vertretung von

Eine ausreichende Versorgung der Kriegsverletzten und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer hat sofort zu erfolgen.

Für die Steuergesetzgebung werden die bekanntgegebenen Gesetzesvorschläge der bisherigen Reichsleitung über die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und die wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer grundsätzlich gebilligt."

Beschwerden. Die ausreichende Versorgung der Kriegsverletzten und der Hinterbliebenen hat sofort zu erfolgen.

Steuergesetzgebung: Die bekanntgegebenen Gesetzesvorschläge der Reichsleitung über die verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und die wiederholte Erhebung einer Mehreinkommenssteuer sind grundsätzlich zu billigen.

Die Schuldenlast des Reiches ist nach Möglichkeit abzubauen durch eine große, allgemeine, nach oben scharf steigende Vermögensabgabe, von der die kleinsten Vermögen freizulassen sind.

Die Einkommens- und Vermögensbesteuerung ist durch Reichsgesetz auf eine einheitliche Grundlage zu stellen und nach sozialen und bevölkerungspolitischen Rücksichten¹⁸ auszugestalten. Den Einzelstaaten und Gemeinden ist ein Anteil an den Quellen dieser Besteuerung zu belassen, der¹⁹ zur Deckung ihres Einnahmebedarfs ausreicht. Ein Lastenausgleich zwischen den Gemeinden ist anzustreben.

Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der scharfen Erfassung allen großen Besitzes auszubauen.

Einen alsbaldigen Friedensbeschluß herbeizuführen, ist die dringendste Aufgabe unserer auswärtigen Politik.²⁰ Dabei ist an den vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsätzen festzuhalten und jeder Versuch zurückzuweisen, die Zusicherung eines Friedens des Rechtes und der Menschlichkeit zu mißachten. Insbesondere ist das Recht der Selbstbestimmung auch für die Bevölkerung Elsaß-Lothringens sowie der Provinzen Posen und Schleswig zur Geltung zu bringen. Eine Mißachtung des Rechtes auf Selbstbestimmung würde es auch sein, wenn die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem Deutschen Reich von den Gegnern angefeindet würde. Mit den Grundsätzen eines Rechtsfriedens würde ebenso die Verweigerung der Rückgabe unserer Kolonien unvereinbar sein. Die Absichten französischer Imperialisten auf das Saargebiet, die Pfalz und das linke Rheinufer sind zurückzuweisen. Die Kriegsgefangenen sind sofort heimzusenden. Die Folgen aller solcher Vergewaltigungen des Rechtes müßte die Verewigung der Feindschaft zwischen den Völkern sein. Das große Ziel eines dauernden Friedens würde zunichte gemacht.

Wir erklären uns bereit, mit allen Kräften an der Schaffung eines Völkerbundes mitzuarbeiten, der eine weitgehende Abrüstung ermöglicht und den durch den Krieg erschöpften und gequälten Völkern den Segen eines friedlichen, gegen jede neue Kriegsgefahr gesicherten Kulturdaseins in Aussicht stellt.

¹⁸ Im 1. Entwurf: "Grundsätzen".

¹⁹ Von "der" bis Satzende eingefügt.

²⁰ Die nachfolgenden Sätze bis zum Ende des Absatzes wurden gegenüber der 1. Fassung ergänzt.

5.

7.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom Freitag, den 7. Febr., vorm., 11 Uhr."

Hoch teilt mit, daß Genosse David sich bereit erklärt hat, den Präsidentenposten zur Nationalversammlung anzunehmen; die Fraktion nimmt den Entschluß des Genossen David mit Dank entgegen.¹

Bei Mitteilung des Antrages der U.S.P. betreffend Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin² wird von Fischer-Berlin darauf hingewiesen, daß der Fraktionszwang auch in sich schließe, daß Anträge von anderen Parteien von Fraktionsgenossen erst nach Zustimmung der Fraktion unterschrieben, beziehungsweise unterstützt werden dürfen.

Bezüglich des Handbuches des Reichstags und der offiziellen Mitgliederverzeichnisse soll der Fraktionsvorsitzende beim Direktor des Reichstags eventuell beim Reichstagspräsidenten Widerspruch dagegen erheben, daß noch jetzt die Konservativen an erster Stelle und die Sozialdemokraten an letzter Stelle stehen; die Fraktion verlange Einreihung nach Stärke der Fraktionen.³

Löbe

6.

10.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Montag] 10. Februar, vormittags, 10 Uhr."

Löbe berichtet über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Vertretern des Zentrums und der Demokraten¹ und teilt mit, daß die letzten Besprechungen als ergeb-

¹ Die Wahl *Davids* erfolgte am 7. 2. 1919; er erhielt 374 von 399 Stimmen der Nationalversammlung (*Vorwärts* Nr. 71 vom 8. 2. 1919; Sten. Ber., Bd. 326, S. 8). Nach dem Zeugnis von Karl *Hildenbrand*, Eduard *David*, in: *Sozialistische Monatshefte*, 37. Jg., I, S. 30 (10. 1. 1931) hat *David* das Amt als "die Krönung seiner politischen Arbeit" empfunden.

² Vgl. Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 4, S. 26. Der Antrag war nur von den USPD-Abgeordneten unterschrieben. Er verlangte die sofortige Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin. Vgl. auch Stein, S. 22 und *Vorwärts* Nr. 72 vom 8. 2. 1919.

³ Die Abfolge in der amtlichen Ausgabe "Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Weimar 1919. Biographische Notizen und Bilder. Herausgegeben vom Bureau des Reichstages, Berlin o. J. [1919]", S. 295–366, erfolgte nach den Fraktionsstärken.

¹ Vgl. Severing, Lebensweg I, S. 237 ff. In der Fraktionssitzung der Demokraten am 7. 2. berichtete *Payer* "über die Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien. Alle Parteien, auch das Zentrum, haben sich

6. 10. 2. 1919 Fraktionssitzung

nislos abgebrochen wurden, weil die Vertreter der bürgerlichen Parteien ihren Anspruch auf einen der Präsidentenposten nicht aufgeben wollten, die Unterhändler der Fraktion sich aber in der neuen Situation nicht für befugt halten, ohne Zustimmung der Fraktion einen der Präsidentenposten abzutreten.² Nach Besprechungen mit den beteiligten Genossen *Ebert, Scheidemann* und *David* sei ein Abkommen dahingehend erzielt worden, daß Genosse *David* sich bereit erklärt, auf den Präsidentenposten zu verzichten. Dafür solle er gebeten werden, im kommenden Ministerium ein Amt als Minister ohne Portefeuille zu übernehmen. Dem Amt soll eine besondere Mission übertragen werden. Der Fraktionsvorstand, der sich nur in einer Stärke von 5 Personen versammeln konnte, habe einen formellen Beschluß nicht gefaßt, trete aber mit 3 gegen 2 Stimmen diesem Abkommen bei.

auf den Boden der Republik gestellt. Die Unabhängigen haben ein Zusammengehen mit der Mehrheitssozialdemokratie und eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt. Was die Frage der Bildung einer Armee betrifft, so ist die Sozialdemokratie bereit, eine einheitliche Ertüchtigung der Jugend, allgemeine Wehrpflicht, demokratische Verfassung in der Armee zu bewilligen. Was das letztere bedeuten soll, ist auf Anfrage unklar beantwortet. Die Soldatenräte sollen abgeschafft werden als Träger einer politischen Macht, sie sollen bestehenbleiben als Beschwerdekommission, ohne Kontrollorgan zu werden. Wir haben demgegenüber vorgeschlagen, daß sie berechtigt sein sollen, persönliche Beschwerden und solche allgemeiner Art aufzunehmen und zu prüfen.

Auer [Sozialdemokrat] fordert ein gut demokratisches und etwas sozialistisches Regierungsprogramm. Im gleichen Sinne legt die Sozialdemokratie den Entwurf eines Regierungsprogramms vor; er bietet nach oberflächlicher Prüfung keine Grundlage. Er muß kürzer und weniger detailliert sein. Das Zentrum hat sich bereit erklärt, in die Regierung einzutreten." Aufzeichnung NL Petersen, Fasz. 18, S. 18 f. Vgl. auch Nr. 4.

2 Gemeint sind die Ämter des vorläufigen Reichspräsidenten, des Präsidenten des Reichsministeriums (erst mit der Weimarer Verfassung wurde die Bezeichnung Reichskanzler wieder eingeführt) und des Präsidenten der Nationalversammlung. – Die DDP-Fraktion hatte am 8. 2. einstimmig beschlossen, über die Besetzung der Ämter des Reichspräsidenten und des Ministerpräsidenten solle "eine Verständigung der drei Mehrheitsfraktionen stattfinden". Sie sprach sich gegen drei Stimmen "für die Annahme des Ministerpräsidentenpostens durch die Sozialdemokratie" aus und lehnte gegen 14 Stimmen "die Wahl eines Sozialdemokraten zum Reichspräsidenten" ab. Aufzeichnung Bruckhoff, I. Schriftführer, NL Payer, Nr. 12, Bl. 140. In einer weiteren, "Fraktionsbeschluß" überschriebenen Notiz o. D. – ebd., Bl. 141 – heißt es: "1. Beschluß: Mit 40 gegen 2 Stimmen. Wir nehmen den Ministerpräsidenten nicht. 2. Beschluß: Wir fordern den Reichspräsidenten nicht – wenige Stimmen dafür. 3. Beschluß: Reichspräsident kein Sozialdemokrat – 19 gegen 18. 4. Beschluß: Wenn Reichs- u[nd] Ministerpr[äsident] Sozialdem[okrat], dann Parlamentspräsident wir."

In dem in Anm. 1 zitierten Bericht *Payers* heißt es: "Die Sozialdemokratie fordert alle drei Präsidenten. Sie begründet das damit, daß sie keine gemeinsame Regierung bilden könne, wenn nicht nach außen der Regierung der sozialistische Stempel aufgedrückt würde. Wir haben das grundsätzlich anerkannt, haben aber die Berechtigung bestritten, das in dem vorgeschlagenen Ausmaß zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie hat sich aber lange gewehrt. Immerhin ist eine Verständigung dahin zu erwarten, daß das Zentrum den Reichstagspräsidenten erhält. Unter allen Umständen fordert die Sozialdemokratie den Reichspräsidenten. Man müsse davon ausgehen, daß die Sozialdemokratie so stark ist, wie die beiden anderen Parteien zusammen. Gegen den Zentrumsmann als Reichstagspräsidenten haben wir nichts eingewendet. Es verlautet aber, daß die Sozialdemokratie lieber den Ministerpräsidenten abgeben will, für den Fall haben wir unseren Anspruch vorbehalten." Über die Beratung der DDP am 9. 2. heißt es in NL Petersen, Fasz. 18, S. 28: "*Payer* berichtet dann über die Regierungsbildung. Keiner wollte mit der Sprache heraus. Die Sozialdemokratie habe auf Anfrage erklärt, sie könne keinen von den drei Präsidenten abgeben. Wir haben erwidert, daß wir dann nicht mitmachen könnten. Die Sozialdemokratie darauf: sie wolle noch einmal Fraktionssitzung abhalten." Vgl. auch *Vorwärts* Nr. 75 vom 10. 2. 1919.

Nach längerer Debatte, an der sich die Genossen Hoch, Keil, Meerfeld, Robert Schmidt, Sachse, Severing, Krüger, Katzenstein, Ebert, Bauer, Blos, Bader und Scheidemann beteiligten, wurde mit 45 gegen 29 Stimmen beschlossen, den Anspruch auf Besetzung der drei Präsidentenposten aufrecht zu erhalten. Sollte auf dieser Basis eine Einigung nicht zu erzielen sein, dann soll nach dem Vorschlage der Unterhändler den bürgerlichen Vertretern der Posten des Parlamentspräsidenten angeboten werden.³

Dem letzten Vorschlag stimmte die Fraktion mit allen gegen 5 Stimmen bei.

Zu der Beratung der Notverfassung wird beschlossen, den Abänderungsanträgen der interfraktionellen Kommission zuzustimmen.⁴

Eine von Landsberg verfaßte Erklärung findet die Billigung der Fraktion. Sie soll vom Fraktionsvorsitzenden *Löbe* im Plenum abgegeben werden.⁵

Löbe

- 3 Wegen der Haltung von Demokraten und Zentrum wurde der letzte Teil des Beschlusses verwirklicht. David trat mit Schreiben vom 13. 2. 1919 als Präsident der Nationalversammlung zurück: "Infolge meiner Berufung in die Reichsregierung sehe ich mich genötigt, das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung niederzulegen." Sten. Ber., Bd. 326, S. 43; vgl. auch Vorwärts Nr. 32 vom 14. 2. 1919 und Löbe, S. 90 f.; Scheidemann, Memoiren II, S. 360; Oehme, S. 135. Zum neuen Präsidenten der Nationalversammlung wurde am 14. 2. 1919 Gustav Febrenbach (Zentrum) gewählt.
- 4 Vgl. dazu die Berichte von Waldstein und Schiffer in den Fraktionssitzungen der DDP vom 9. 2. und 10. 2. 1919 zum Kompromiß über die vorläufige Verfassung; NL Petersen, Fasz. 18, S. 24.
- 5 Löbe gab die zustimmende Erklärung der Fraktion am gleichen Tage in der Nationalversammlung ab; Sten. Ber., Bd. 326, S. 20; vgl. Vorwärts Nr. 72 vom 3. 2. 1919.

7.

11.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Dienstag, 11. Febr., nachm., 4 1/2 Uhr."

Fischer eröffnet die Sitzung mit den Mitteilungen aus dem Seniorenkonvent. Danach erhalten wir den Vorsitz im Haushaltsausschuß und in der Rechnungskommission. Da letztere seitens unserer Senioren nicht als vollwichtige Kommission anerkannt wurde, haben wir außer der Reihe auch den stellvertretenden¹ Vorsitz in der Verfassungskommission erhalten.²

^{1 &}quot;stellvertretenden" mit Bleistift eingesetzt und doppelt unterstrichen. – Auf gleicher Höhe am Rand Vermerk: "Wels [?]" und doppelt unterstrichen.

² Vorsitzender des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde Hermann Müller, des Ausschusses für die Rechnungen Friedrich Rauch, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses zur Vorberatung einer Verfassung des Deutschen Reiches Max Quarck; Sten. Ber., Bd. 326, S. 319 "Verzeichnis der Fachausschüsse" und S. 503.

Die Besetzung der Kommission erfolgt auf folgender Grundlage: Bei den Kommissionen erhalten die einzelnen Parteien Mitglieder:

| | 14er | 21er | 28er Kommissionen |
|--------------------------------|-------|------|-------------------|
| Sozialdemokraten | 5-6 | 8 | 11 |
| Unabhängige | 1 | 1 | 2-1 |
| Demokraten | 3 - 2 | 4 | 5 |
| Zentrum | 3 | 5 | 6 |
| D[eutsche] Volkspartei | 1-0 | 1 | 1 - 2 |
| D[eutsch]nationale Volkspartei | 1 - 2 | 2 | 3 |

Die elsässische Deputation, bestehend aus Steuerdirektor Golz-Straßburg, Lehrer Gilg-Colmar, Fräulein Kaußler, Lehrerin in Gebweiler, Ex-Kriegsminister Scheüch, Professor Aurich, Kaufmann Donneweert und Vikar Scheerer, läßt durch die drei Erstaufgeführten ihren Wunsch nach Teilnahme einer eigenen elsässischen Vertretung in der Nationalversammlung, die aus Mitgliedern aller im früheren Reichstag vertretenen Parteien bestehen, eingehend begründen.³

Nach Darlegung ihrer Forderungen, die auf Protest gegen die Vergewaltigung seitens der französischen Besatzung und auf Anerkennung des Rechts auf Selbstentscheidung des elsässischen Volkes über ihre Autonomie gehen, werden von den Genossen Schöpflin und Fischer Fragen gestellt. Nach deren Beantwortung verläßt die Delegation, der Fischer die wohlwollendste Prüfung durch die Fraktion zusagte, die Fraktionssitzung.

Die Fraktion beschließt, sich in erster Linie über die Stellung der Regierung zu dieser elsässischen Frage zu erkundigen und dann wegen der bevorstehenden Waffenstillstandsverlängerung am 16. [Februar]⁴ die Entscheidung möglichst über diesen Zeitpunkt hinaus zu vertagen.

Als erster Redner für die politische Debatte am Donnerstag wird Keil bestimmt⁵, die Bestimmung der anderen Redner, ebenso die Besetzung der Kommissionen für den Haushaltsausschuß, für Handel und Gewerbe, des Ausschusses für Sozialpolitik und des Verfassungsausschusses wird für die morgige Fraktionssitzung vertagt.

³ Vgl. Schulthess 1919 I, S. 38 f. wo sich folgende Namen in z. T. abweichender Schreibweise finden: Götz, Gilg, Fräulein Kraußner, Scheüch, Anrich, Donneevert; vgl. auch Regierung der Volksbeauftragten II, S. 362; ferner unten Nr. 11.

⁴ Im Original irrtümlich "Januar". Die Unterzeichnung des Abkommens über die Verlängerung des Waffenstillstandes erfolgte am 16. 2. 1919 in Trier; Schulthess 1919 II, S. 498 ff. Da für die Anfangszeit des Kabinetts *Scheidemann* Akten fehlen (vgl. Kabinett Scheidemann, S. XIX und L), lassen sich Kontakte aus den Reichskanzleiakten nicht belegen.

⁵ Keil sprach am 14. 2.; Sten. Ber., Bd. 326, S. 72 ff.; vgl. auch Keil II, S. 173 sowie Stein, S. 41, der auf das leere Plenum verweist.

Fraktionssitzung 12. 2. 1919 8.

Eine Anfrage, ob die weiblichen Mitglieder der Fraktion an einer gemeinsamen Sitzung mit den bürgerlichen Frauen zwecks Erlaß eines gemeinsamen Aufrufes gegen die Blockade teilnehmen sollen, wird bejaht, die endgültige Stellungnahme zu den Beschlüssen der Fraktion vorbehalten.⁶

Löbe

6 Eine entsprechende Vereinbarung kam erst später zustande. Am 1, 3, 1919 wurde eine von allen weiblichen Abgeordneten am 13, 2, eingebrachte Erklärung gegen die Fortsetzung der Blockade und für die Rückführung der Kriegsgefangenen einstimmig von der Nationalversammlung angenommen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 410 f. und Bd. 335, Anlagen Nr. 30.

8.

12.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Mittwoch, den 12. Febr., vormitt., 10 1/2 Uhr."

Keil berichtet über eine Vorberatung mit den bürgerlichen Parteien über das vorzulegende D i ät en geset z. Die Fraktion will gegen die einzelnen Bestimmungen keinen Widerspruch erheben, wünscht aber, daß der Abzug von Anwesenheitsgeldern nicht erfolgen soll bei der Erkrankung von Abgeordneten am Ort der Tagung der Nationalversammlung.

Als Vizepräsident wird von der Fraktion Heinrich Schulz vorgeschlagen.²

Als Redner für die politische Debatte, die am Donnerstag beginnt, werden Keil, Hoch und Fischer-Berlin vorgeschlagen; nach Ablehnung seitens Fischer wird Meerfeld bestimmt.³

Mit den bürgerlichen Parteien soll ein Abkommen dahin getroffen werden, daß am Donnerstag, vor Eintritt in die Tagesordnung, den weiblichen Abgeordneten der verschiedenen Parteien Gelegenheit gegeben werde zur Abgabe einer grundsätzlichen Erklärung.

¹ Das "Gesetz über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Nationalversammlung. Vom 22. 2. 1919" wurde am 21. 2. 1919 verabschiedet; siehe Sten. Ber., Bd. 326, S. 252 f. und Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 241 f.

² Die Nationalversammlung wählte Heinrich Schulz am 14. 2. mit 279 von 317 Stimmen zum Vizepräsidenten; Sten. Ber., Bd. 326, S. 65.

³ Der Vorwärts (Nr. 30 vom 13. 2. 1919) berichtete über diese Sitzung: "Die sozialdemokratische Fraktion bestellt zu ihren Wortführern in der politischen Zentraldebatte die Abg. Keil, Hoch und Meerfeld." Keils Rede vgl. unter Nr. 7, Anm. 5. Meerfeld sprach am 21. 2., Hoch ergriff in der Debatte nicht das Wort; Sten. Ber., Bd. 326, S. 258 ff.; vgl. auch SPD-Parteitag 1919, S. 59.

Frau Bohm-Schuch berichtet über das Ergebnis der Besprechung mit den weiblichen Vertretern der bürgerlichen Parteien betr. Abgabe einer Erklärung gegen die Blockade. Es soll eine gemeinsame Erklärung für alle Parteien erfolgen.⁴

Ebert ersucht um Zustimmung für seinen Verzicht auf das Mandat als Abgeordneter; die Fraktion stimmt zu.⁵

Hoch berichtet über das mit Zentrum und Demokraten vereinbarte Arbeitsprogramm.⁶

- 5 Ebert war am 11.2. mit 277 von 379 Stimmen zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt worden, daraufhin legte er sein Mandat in der Nationalversammlung nieder; Sten. Ber., Bd. 326, S. 40 und 43; vgl. Vorwärts Nr. 78 vom 12. 2. 1919; Oehme, S. 127. Zur Nominierung Eberts durch die Fraktion vgl. Vorwärts Nr. 70 vom 7. 2. 1919: "Die sozialdemokratische Fraktion schlug einstimmig Genossen Ebert zum Reichspräsidenten und Genossen David zum Präsidenten der Nationalversammlung vor." Scheidemann (Memoiren II, S. 357) berichtet: "Peinliche Stockungen gab es erst, als in der Fraktion die Forderung erhoben wurde, Vorschläge für die Regierungsbildung zu machen. Da zur großen Überraschung der Fraktion keiner der Volksbeauftragten ein Wort sagte, wurde beschlossen, daß der Fraktionsvorstand in Gemeinschaft mit den Volksbeauftragten beraten und dann der Fraktion entsprechende Vorschläge machen sollte. Diese gemeinsame Sitzung fand im Garderobenzimmer eines Weimarer Künstlers statt. Ich berichtete nach den damals gemachten Aufzeichnungen: ,Auf die Frage Löbes, was für Vorschläge der Fraktion gemacht werden sollten, gab es auch hier zunächst eine Pause. Dann nahm Dr. David das Wort: "Wir wollen Ebert als Reichspräsident und Scheidemann als Ministerpräsident vorschlagen.' Darauf E. Auer-München: "Der Vorschlag Davids überrascht mich; in der Fraktion ... 'Ebert machte jede weitere Erörterung überflüssig, indem er sagte: "Ich bitte, es bei dem Vorschlag Davids zu belassen, er entspricht einer in Berlin getroffenen
- 6 Vgl. SPD-Parteitag 1919, S. 57 ff. Zu den Überlegungen der DDP für ein Regierungsprogramm vgl. Albertin, Linksliberalismus, S. 28–34; ferner oben Nr. 6, Anm. 1 und 2 sowie die Aufzeichnung von Koch-Weser von "Febr. [19]19" über die "Bedingungen für den Eintritt in die Regierung, deren Aufgabe es ist, die Ordnung zu sichern und die Beratung der Verfassung zu schützen"; NL Payer Nr. 12, Bl. 122. Neben den SPD-Entwürfen vgl. Nr. 4 hatte auch das Zentrum einen eigenen Programmvorschlag vorgelegt; Masch. Exemplar mit handschriftl. Überschrift: "Zentrumsentwurf 10. Febr.1919" sowie handschriftl. Bemerkungen und Korrekturen (Payer) in NL Payer Nr. 12, Bl. 148/149.

Abmachung." Vgl. auch Keil II, S. 170 f.; Noske, Erlebtes, S. 90; Miller, Bürde, S. 243 f.

- "Arbeitsprogramm.
- I. Innenpolitik.
- 1. Sofortige Verabschiedung der Notverfassung, mit sofort anschließender Wahl des Reichspräsidenten.
- 2. Bildung des Koalitionskabinetts.
- 3. Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt.
- 4. Demokratisierung der Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugung[en] bei der Besetzung von Beamtenstellen. Verjüngung des Beamtenkörpers. Stärkere Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben.
- 5. Schaffung eines auf der allgemeinen Wehrpflicht und auf demokratischen Grundsätzen aufgebauten Volksheeres zum Schutz gegen Angriffe auf das deutsche Gebiet. Zweckentsprechende Vorbildung der Jugend. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei der Verpflegung und Unterbringung sowie bei Erledigung von Beschwerden. Sofortige Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten; Entlassung auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren. Auflösung auch der heute als überflüssig zu erachtenden militärischen Friedensbehörden der großen Stäbe mit den zahlreichen Offizieren. Überführung der technischen Institute und Bekleidungsämter in den Zivilbetrieb. Rückführung der militärischen Behörden auf den Friedensetat. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. Für die Übergangszeit: Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben.

⁴ Siehe oben Nr. 7, Anm. 6

Fraktionssitzung 12. 2. 1919 8.

Die Diskussion über das Programm eröffnet⁷ Meerfeld; ihm folgen Steinkopf, Riedmiller⁸, Katzenstein, Noske, Hellmann, Simon, Davidsohn, Stelling, Sinzheimer, Schumann.

Für die Stelle als Unterstaatssekretär im Postamt wird von der Regierung Taubadel in Aussicht genommen; die Fraktion erhebt keinen Widerspruch. Für den weiteren noch freien Posten eines Unterstaatssekretärs wird von der Regierung ein Österreich er in Aussicht genommen, dem stimmt die Fraktion zu, nachdem sich verschiedene Redner gegen das Verbleiben Bernsteins auf seinem bisherigen Posten erklärt hatten.⁹

- 6. Schaffung einer Sicherheitspolizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung insbesondere aus den Stämmen der aktiven Regimenter.
- 7. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.
- 8. Das Reich hat in engster Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohl des ganzen Volkes entwickelt.
- 9. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte der Einzelnen, der religiösen Freiheit und freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, der Freiheit der Presse und Kunst, der Wissenschaft und des Unterrichts, der Versammlung und der Vereinigung.
- II. Außenpolitik.
- 1. Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses. Festhalten an den Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jedes Gewaltfriedens.
- 2. Wiederherstellung des deutschen Kolonialgebiets.
- 3. Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.
- 4. Schaffung eines Völkerbundes mit Abrüstung und obligatorischem Schiedsgericht zur Verhinderung der Kriege."

Vgl. zur Haltung des Zentrums auch Morsey, S. 166 ff.

Die endgültige Fassung des Regierungsprogramms war ein Kompromiß; vgl. dazu Scheidemanns Rede in der Nationalversammlung (Sten. Ber., Bd. 326, S. 44 ff. und Vorwärts Nr. 82 vom 14. 2. 1919). Über die Auffassung des Zentrums vgl. die Rede Gröbers am 13. 2. in der Nationalversammlung, in der er sich von Äußerungen Eberts und Scheidemanns distanzierte: "Aber am wichtigsten ist uns das Arbeitsprogramm das uns verlesen worden ist und das auf einer Vereinbarung der drei Parteien beruht. Dieses Arbeitsprogramm ist eben ein Koalitionsprogramm, es ist nicht ein sozialistisches Programm. (Hört! hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) – Jawohl, das stelle ich ausdrücklich fest. Es ist ein demokratisches Durchschnittsprogramm der drei Parteien, aber kein sozialistisches Programm. Wenn in den letzten Tagen hier im Hohen Hause der Ausdruck von der sozialistischen Republik gefallen ist, so wird er in Zukunft nicht mehr gebraucht werden dürfen." Sten. Ber., Bd. 326, S. 52. Vgl. auch Naumanns Rede für die DDP-Fraktion, ebd., S. 55 ff.

- 7 Gestrichen: "Stein".
- 8 Im Original irrtümlich: "Riedmüller".
- 9 Der Vorwärts Nr. 80 vom 13. 2. 1919 berichtete über diesen Teil der Fraktionssitzung: "Als Unterstaatssekretär für das Reichspostamt wird von der sozialdemokratischen Fraktion der bisherige Referent für Beamtenfragen, Taubadel, in Aussicht genommen. Den Posten eines Unterstaatssekretärs im Reichsschatzamt will man Dr. Renner oder Dr. Bauer in Wien anbieten. Durch die Übernahme eines deutschen Staatsamtes würden die österreichischen Genossen ohne weiteres deutsche Reichsangehörige." Vgl. unten Nr. 12.

Eduard Bernstein hatte nach dem Austritt der USPD-Volksbeauftragten aus dem Kabinett (in der Nacht vom 28.–29. 12. 1918) sein Amt als Beigeordneter im Reichsschatzamt zur Verfügung gestellt, es auf Beschluß der Regierung der Volksbeauftragten vom 31. 12. aber weitergeführt. Mit dieser Entscheidung erklärte sich der "Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik" in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kabinett vom 3. 1. 1919 einverstanden. Bernstein blieb bis Ende Februar im Amt; Regierung der Volksbeauftragten II, S. 151 und Bernstein, Revolution, S. 130. Bernstein war damals

9. 13. 2. 1919 Fraktionssitzung

Die geplante Abgabe einer Erklärung der Frauen-Abgeordneten aller Parteien in der Donnerstagsitzung scheitert an dem Widerspruch des Zentrums. Die Fraktion ermächtigt die Kollegin *Juchacz* ihre Erklärung in der Reihenfolge der Fraktionsredner abzugeben. ¹⁰

Für den Wortlaut der gemeinsamen Frauenerklärung gegen die Blockadefort dauer ist eine Einigung erzielt worden; dem Wortlaut wird von der Fraktion nicht widersprochen.¹¹

Löhe¹²

sowohl Mitglied der USPD wie auch der SPD. Er trat im März 1919 aus der USPD aus, nachdem deren Parteitag beschlossen hatte, ein USPD-Mitglied könne nicht gleichzeitig einer anderen Partei angehören. Vgl. dazu Bernsteins Leitartikel "Auf Wiedersehen" im *Vorwärts* Nr. 148 und 149 vom 21. bzw. 22. 3. 1919; ferner Knoop, S. 247 ff., 277 und 280; siehe auch Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951, S. 220 f.

- 10 Frau Juchacz sprach am 19. 2.; Sten. Ber., Bd. 326, S. 177 ff.
- 11 Vgl. Nr. 7, Anm. 6.
- 12 Dahinter folgt im Original der wieder gestrichene Eintrag: "Sitzung v. Freitag, d. 14. Februar, morgens 10 1/2 Uhr. Löbe verliest ein Begrüßungsschreiben des Gen[ossen] Vollmar, gibt eine Reihe an die Fraktion gelangter Eingaben."

9.

13.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Donnerstag] 13. Febr., 11 Uhr vormittags."

Vorsitzender Löbe macht zunächst Mitteilung von den wichtigsten Eingängen, dann über die Beratungen betreffend die Besetzung des Kabinetts, die jedoch noch nicht endgültig abgeschlossen seien. Weitere Mitteilungen betreffen die Änderung in den Dispositionen für die Plenarsitzung und die Änderungen am Arbeitsprogramm.

Genosse Simon berichtet über das Abstimmungsergebnis für die Ausschußbesetzung.

Per Akklamation wählt die Fraktion folgende Mitglieder in den Haushaltsausschuß²:

¹ In der Sitzung der Nationalversammlung vom gleichen Tag, die um 15. 15 Uhr begann, verlas Vizepräsident Haußmann ein Schreiben Eberts, in dem er gemäß § 8 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt die Berufung des Reichsministeriums mitteilte; Sten. Ber., Bd. 326, S. 43; zur Zusammensetzung des Kabinetts vgl. Kabinett Scheidemann, S. XXV ff.

² Für die Ausschußbesetzungen vgl. Sten. Ber., Bd. 326, S. 319 f. "Verzeichnis der Fachausschüsse".

Beims, Frau Blos (Vertreterin Frau Röhl), Adolf Braun, Heimann, Hoch, Hug, Löbe, Müller (Breslau), Heinrich Schulz, Stücklen, Vogel.

In den Ausschuß für Handel und Gewerbe sind mit den beigefügten Stimmenzahlen gewählt worden: *Molkenbuhr* (90), Fräulein *Schroeder* (90), *Silberschmidt* (87), *Krätzig* (86), *Schumann* (82), *Lesche* (77), *Käppler* (66), *Körsten* (66), *Meier-Sachsen* (63), *Dietrich* (53), *Rückert* (40).

Es erhielten ferner Stelling 39, Reißhaus 38, Osterroth 34, Dröner 32, Stahl 31, Gölzer 24 Stimmen.

Sie sollen als eventuelle Ersatzmänner in Funktion treten.

In den Verfassungsausschuß wurden gewählt:

Frau Juchacz (90), Geck (89), Meerfeld (86), Keil (85), Hildenbrand (84), Richard Fischer (82), Dr. Gradnauer (82), Auer (71), Hofmann (70), Dr. Quarck (69) und Bader (59).

Ferner erhielten Dr. Sinzheimer 57, Katzenstein 43, Brey 42, Heinrich Schulz 18 Stimmen. Die Genannten sollen ebenfalls als Ersatzmänner gelten.

Für den Ausschuß für Sozialpolitik erhielten Stimmen:

Severing (93), Dr. Boerschmann (90), Legien (90), Sachse (90), Müller-Potsdam (87), Frau Bohm-Schuch (86), Girbig (77), Brey (71), Endres (70), Steinkopf (70), Lüttich (62).

Als Ersatzleute gelten für Frau Reitze mit 59, Krüger-Potsdam mit 53, Stock mit 35 Stimmen.

Hoch machte Mitteilung über die einzelnen am Arbeitsprogramm vorgenommenen Änderungen, daran schloß sich eine längere Debatte [an] mit dem Ergebnis, daß die Unterhändler den Auftrag erhielten, den erneuten Versuch zu machen, noch für eine Reihe geäußerter Wünsche Berücksichtigung zu finden.³

Zum Schluß berichtet Hoch über die Bildung der Fraktionsausschüsse.4

Löbe

³ Vgl. unter Nr. 4, Anm. 5, Nr. 6, Anm. 1 und Nr. 8, Anm. 6.

⁴ Vgl. unter Nr. 12 (bes. Anm. 6). Zur Praxis in der Reichstagsfraktion der SPD bis 1918 vgl. Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXXI ff.

10. 14. 2. 1919 Fraktionssitzung

10.

14.2.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Freitag, den 14. Febr., 10 1/2 Uhr vorm."

Löbe verliest Begrüßungszeilen des Genossen Vollmar¹, gibt eine Reihe an die Fraktion gelangter Eingaben, die Dispositionen zur heutigen Plenarsitzung, Weisungen zur Konstituierung der einzelnen Kommissionen und ferner einen Vorschlag des Fraktionsvorstandes bekannt, die Eröffnungsreden der Nationalversammlung als Agitations-Broschüre drucken zu lassen.

Die Fraktion stimmt ohne Widerspruch zu.

Geck-Mannheim nimmt das im Leben einer Fraktion so außergewöhnliche Ereignis der² Erwählung ihres Vorsitzenden zum Reichspräsidenten zum Anlaß, eine besondere Ehrung des Genossen *Ebert* zu empfehlen durch die Entsendung einer Abordnung von Fraktionskollegen und die Darbringung eines künstlerisch ausgeführten Andenkens auf Kosten der Fraktion.

Nachdem die Fraktion sich allgemein zustimmend dazu geäußert [hat], wird der Fraktionsvorstand unter Zuziehung von *Geck* und Frau *Blos* beauftragt, der Fraktion in den nächsten Tagen über die Auswahl eines geeigneten Geschenkes Vorschläge zu machen.

Keil gibt einen gedrängten Abriß seiner Ausführungen, die er heute nachmittag als Fraktionsredner im Plenum zu machen gedenkt.³

Es ergibt sich eine Meinungsverschiedenheit über eine Auffassung Keils, die nicht der strengen⁴ Vereinheitlichung des Reichs Rechnung trägt, sondern gewissen, von Keil als berechtigt und notwendig bezeichneten Bestrebungen der süddeutschen und der Donaustaaten in den Fragen der inneren Organisation Spielraum lassen will.⁵ Über diese Frage äußerten Schöpflin, Davidsohn, Dr. Quarck, Katzenstein, Hildenbrand, Giebel, Robert Schmidt, Heinrich Schulz ihre Meinung. Das Diskussionsergebnis lief darauf hinaus, Keil möge, da bisher in der Fraktion über die strittige Frage noch keine Einigung herbeigeführt ist, in seiner Rede sich sehr zurückhaltend äußern.⁶ Er möge die Formulierung unter Berücksichtigung der gehörten Be-

¹ Der schwerbehinderte Georg von Vollmar, von 1881–1918 mit nur einer Unterbrechung (1887–1890) Reichstagsabgeordneter, hatte Ende August 1918 seine sämtlichen politischen Mandate niedergelegt und kandidierte nicht für die Nationalversammlung; vgl. Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958, S. 119.

² Im Original gestrichen "Wahl".

³ Keils Rede in der Nationalversammlung, vgl. Sten. Ber., Bd. 326, S. 72 ff.

⁴ Im Original gestrichen "Zentralisation".

⁵ Vgl. auch Keil II, S. 178 f.

⁶ Zu diesem Thema sagte Keil dann in der Nationalversammlung: "Wie bei dieser notwendigen Zusammenfassung der Kräfte die Eigenart der einzelnen deutschen Stämme, ihrer eigenen Geschichte, ihrem

Fraktionssitzung 14. 2. 1919 11.

denken noch vorsichtiger fassen und im übrigen solle die Frage Föderalismus oder Zentralismus sobald wie möglich in der Fraktion noch näher geklärt werden.

Winnig verbreitet sich dann in längeren Ausführungen über Darlegungen, die laut Presseberichten der estnische Delegierte *Martna*⁷ auf der internationalen Sozialistischen Konferenz in Bern über die Tätigkeit *Winnigs* im Osten gemacht hat.⁸

Martnas⁷ Darlegungen werden von Winnig als nicht zutreffend bezeichnet und richtiggestellt.

Winnig will seine Richtigstellungen durch die Vermittlung einer Korrespondenz auch an das Ausland gelangen lassen.

Löbe

Volkscharakter auch künftig Rechnung getragen werden kann, bedarf sorgsamster Prüfung; denn auch die Stimmungen und Gefühle sind Realitäten, die im Staaten- und Völkerleben Beachtung verdienen." Sten. Ber., Bd. 326, S. 73.

7 Im Original zunächst "Magna", mit Bleistift darüber "Martra".

8 Mihkel Martna (1860–1934) warf als Delegierter der Estnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf der Internationalen Sozialistenkonferenz Winnig u. a. vor, dieser habe während seiner Tätigkeit im Baltikum "auf Schritt und Tritt" die Demokratie "verleugnet" und gegen die Interessen der estnischen Bevölkerung gewirkt. Ähnliche Vorwürfe enthielt der Bericht der Partei an den Berner Kongreß. – August Winnig (1878–1956) war seit dem 14. 11. 1918 Generalbevollmächtigter des Reiches für die baltischen Lande und seit dem 30. 12. 1918 außerordentlicher Gesandter bei den Republiken Estland und Lettland. Im Januar 1919 wurde er zum Reichskommissar für Ost- und Westpreußen ernannt; siehe: Die II. Internationale, Bd. I, S. 267 f. und Bd. II, S. 794; zu Martnas Lebenslauf ebd., Bd. II, S. 910 f. Zu den Vorwürfen gegen Winnig vgl. ferner Ribhegge, S. 148, zu seiner Tätigkeit im Baltikum Winnig, Ausgang, S. 36 ff.

11.

14.2.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Freitag, den 14. Febr., 8 1/2 Uhr abends."

Löbe berichtet über schwebende Bemühungen, die Zahl der Unterstaatssekretäre auf 4 zu vermehren, wobei gedacht ist das Unterstaatssekretariat des Auswärtigen mit einem Österreicher, das des Innern mit Dr. Quarck, das der Reichsfinanzen mit Keil, das des Reichspostamtes mit Taubadel, zu besetzen.¹

Die notwendige Fraktionsbesprechung darüber soll morgen erfolgen.

Geck-Mannheim bringt das Fehlen vieler Fraktionsmitglieder während der heutigen Plenarrede Keils zur Sprache² und betont die Verpflichtung der Fraktion, durch

¹ Vgl. oben Nr. 8 und unten Nr. 12.

² Siehe Nr. 7, Anm. 5; vgl. auch Einleitung, S. XXII f. und Stein, S. 41.

11. 14. 2. 1919 Fraktionssitzung

möglichst vollzählige Anwesenheit den Ausführungen ihres Redners den nötigen Resonanzboden zu schaffen.

Den Ausführungen wird grundsätzlich zu gestimmt, die schwache Vertretung der Fraktion aber auf das gleichzeitige Tagen verschiedener Ausschüsse mit zurückgeführt.

Heinrich Schulz bringt zur Sprache, daß nach der Beseitigung der I. und II. Vizepräsidentenstellen die Geschäftsordnung es dem Präsidenten überläßt, die Reihen folge seiner Vertreter zu bestimmen.³ Es frage sich, ob die Fraktion dem Präsidenten hierin unbeeinflußt freie Hand lassen wolle.

Die Fraktion hält es für selbst ver ständlich, daß wir, gemäß unserer Stärke, beanspruchen, als er ste Vertretung in Betracht zu kommen.⁴

Hierauf bespricht Genosse Emmel, der auf Einladung des Vorstandes erschienen ist, die Bestrebungen der Elsässer auf eine eigene Vertretung in der Nationalversammlung und zwar durch 12 Leute, die sich auf die früher im Reichstag vertretenen Parteien der Elsässer verteilen. Emmel hält es für dringend notwendig, in irgendeiner Weise eine besondere Interessenvertretung der aus Elsaß Vertriebenen zu schaffen.

Die Fraktion erkennt die Berechtigung dieses Verlangens an; es wird aber zugleich betont, daß dies durch eine Vertretung der gedachten Art in der Nationalversammlung nicht geschehen könne, da man keinen Präzedenzfall für das Verlassen des Prinzips des freien Wahlrechts schaffen dürfe. Es soll infolgedessen die Regierung gebeten werden, eine Instanz zu schaffen zur Wahrnehmung der Interessen der aus Elsaß geflüchteten Landsleute.⁵

Es wird sodann die Aussprache über die Besetzung der Unterstaatssekretärposten auf die morgige Sitzung und eine Anregung der Genossin Blos auf Schaffung eines Frauenreferats beim Arbeitsministerium auf eine der nächsten Sitzungen vertagt.⁶

Lobe

³ Nach § 13 der von der Nationalversammlung übernommenen "Geschäftsordnung für den Reichstag. Vom 31. Dezember 1918", Handbuch Nationalversammlung, S. 76. – Im Juni 1918 war durch eine Änderung der Geschäftsordnung eine dritte Vizepräsidentenstelle geschaffen und die Rangordnung unter den Vizepräsidenten aufgehoben worden; Sten. Ber., Bd. 324, Anlagen Nr. 1624 und Bd. 312, S. 5290 f. Die Wahl der Vizepräsidenten der Nationalversammlung war am 7. 2. 1919 in einem Wahlgang erfolgt; Sten. Ber., Bd. 326, S. 10. Zur Wahl von Heinrich Schulz (SPD) zum Vizepräsidenten am 14. 2. 1919, siehe Nr. 8, Anm. 2.

⁴ Im Handbuch Nationalversammlung, S. 113 wird Schulz bei den Vizepräsidenten als erster aufgeführt.

^{.5} Vgl. Winnig, Heimkehr, S. 137 f. Die zwölfköpfige Delegation hatte dem Seniorenkonvent der Nationalversammlung eine entsprechende Petition vorgelegt, der aber keinen Beschluß faßte. Durch eine als offiziös gekennzeichnete Mitteilung des WTB wurde das Verlangen zurückgewiesen. – Für die Angelegenheiten der Elsaß-Lothringer wurde im Reichsinnenministerium eine besondere Abteilung eingerichtet und ein Beirat aus Elsaß-Lothringern vorgesehen. Vgl. auch das am 27. 2. 1919 von der Nationalversammlung verabschiedete "Notgesetz für elsaß-lothringische Angelegenheiten"; Schulthess 1919 I, S. 38 f.; Sten. Ber., Bd. 326, S. 343 f., Bd. 335, Anlagen Nr. 60; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 257.

⁶ Vgl. Nr. 12.

Fraktionssitzung 15. 2. 1919 12.

12.

15.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Samstag] 15. II., 10 1/2 Uhr, vormittags."

Nachdem Löbe die wichtigsten Eingänge bekannt gegeben [hat], befaßt sich die Fraktion mit der Personenfrage zur Besetzung der Unterstaatssekretärsposten.

Eine etwas längere Diskussion entspinnt sich über den Sekretärsposten beim Reichspostamt, da die Frage gestellt wird, ob man den Genossen *Dittmer*¹, der sich als Beigeordneter² im Postwesen bewährt habe, als Regierungsbeamten behalten werde oder nicht.

Löbe beantwortet diese Frage dahin, daß vorgesehen sei, daß mit der Einsetzung der Unterstaatssekretäre die Beigeordnetenposten aufgehoben werden. Ob im Falle Dittmer eine Ausnahme gemacht würde, wisse er nicht.

In der weiteren Diskussion wird außer Taubadel und Dittmer auch noch Giebel als Kandidat für diesen Posten genannt. Doch wird Taubadel mit großer Mehrheit gewählt. Sodann wird mit großer Mehrheit Dr. Quarck als Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern bestimmt. Der Unterstaatssekretärsposten im Reichsamt des Äußeren wird einmütig einem Österreicher vorbehalten. Die Entscheidung über die Besetzung des Unterstaatssekretärspostens im Finanzministerium wird, da der hierzu vorgeschlagene Genosse Keil verzichtet, vertagt.³

Durch eine kurze Diskussion über die offizielle Ehrung Eberts einigt man sich dahin, in nächster Woche durch einen Bierabend eine kollegiale Zusammenkunft mit Ebert zu feiern. Bei der Auswahl des Geschenkes soll unter Berücksichtigung der geäußerten Fraktionswünsche dem Komitee freie Hand belassen werden.

Es erfolgt sodann die Wahl eines Fraktionskassierers, die auf den Genossen Brühne entfiel.

¹ Emil *Dittmer*, geb. am 10. 10.1873, Redakteur beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter seit 1904, war erst am 22. 1. 1919 von der Regierung der Volksbeauftragten zum "nebenamtlichen Beigeordneten zum Reichspostamt" ernannt worden; er schied im Februar 1919 wieder aus; Regierung der Volksbeauftragten II, S. 302.

² Zur Einrichtung und Funktion der Beigeordneten vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. LXI ff.

³ Vgl. Keil II, S. 173 f. Der Vorwärts Nr. 86 vom 16. 2. meldete, daß Dr. Quarck Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern und Taubadel Unterstaatssekretär im Reichspostamt werde. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichsschatzamtes sei noch nicht entschieden. – Unterstaatssekretär im Reichspostamt war bis zum 10. 3. 1919 Kobelt; Nachfolger wurde der bisherige Direktor im Reichspostamt Teucke; Kabinett Scheidemann, S. 9. Quarck wurde nicht formell zum Unterstaatssekretär ernannt, sondern firmierte nur während seiner Zeit als "Beigeordneter" oft unter der Bezeichnung "Unterstaatssekretär". Vgl. das Urteil Davidsohns (Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [636]): "In der Angelegenheit Taubadel-Quarck ist die Fraktion geradezu blamiert worden."

13. 17. 2. 1919 Fraktionssitzung

Löbe ersucht die Fraktionskollegen, den Weimarer Genossen zur Unterstützung bei der Landtagswahl⁴ die Bitte auf Übernahme von Referaten nicht abzuschlagen.

Hoch gibt sodann⁵ Informationen, die der Konstituierung und Arbeitsregelung der Ausschüsse für das Verkehrswesen, die Sozialpolitik, das Gesundheitswesen, das Wohnungswesen, das Ernährungswesen und die Landwirtschaft dienen.⁶

Einer Anregung Mauerers folgend ist die Fraktion damit einverstanden, sich gemeinsam mit der Regierung über die Form der Behandlung der Frage zu einigen, ob die Regierung willens ist, den Gemeinden baldigst die gemachten Aufwendungen zu Zwecken der Familienunterstützung zu ersetzen.⁷

Ebenfalls soll mit der Regierung verhandelt werden über die Schaffung eines Frauenreferats beim Arbeitsministerium.⁸

Die nächste Fraktionssitzung soll voraussichtlich am Montag nach dem Plenum stattfinden.

Löbe

- 4 Die Landtagswahlen in Sachsen-Weimar fanden am 9. 3. 1919 statt; die SPD erhielt 18, die USPD 3, die Listenverbindung von DDP-Christlicher Volkspartei (Zentrum) 10 und die gemeinsame Liste von DVP und DNVP 11 Sitze; Liste von Schulthess 1919 I, S. 115.
- 5 Gestrichen "eine Reihe".
- 6 Dürfte sich auf die Fraktionsausschüsse beziehen, da sich die Bezeichnungen und Arbeitsgebiete nicht mit den Parlamentsausschüssen decken.
- 7 Bezog sich auf die von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Kriege ausgezahlten Familienunterstützungen. Das Reich hatte nach Kriegsausbruch die dafür zuständigen Gemeinden angewiesen, die Sätze zu erhöhen, was jedoch nur teilweise erfolgte. Siehe Hans-Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920, Hamburg 1981, Teil I, S. 91 und 97 f. – Eine Regelung ist offenkundig nicht erfolgt, wie die an die Nationalversammlung gerichteten Petitionen belegen.
- 8 In der Plenarsitzung vom 21. 2. 1919 forderte Gertrud Bäumer (DDP) unter Beifall der DDP und der "Sozialdemokraten" die Schaffung eines besonderen Referats im Reichsarbeitsministerium für "das Problem" der Frauenarbeit. Sten. Ber., Bd. 326, S. 275. Die Forderung blieb unerfüllt. Die im Krieg bei den Kriegsamtsstellen eingerichteten sog. Frauenreferate wurden abgebaut und im Reichsarbeitsministerium war im August 1919 nur eine Frau als Referentin für die Kriegshinterbliebenen angestellt. Sten. Ber., Bd. 329, S. 2711 f. Vgl. auch Nr. 35.

13.

17.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom Montag, den 17. Febr., 3 1/4 Uhr, nachm."

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Löbe die wichtigsten Eingänge bekannt. Sodann verliest Frohme eine Protesterklärung, die in einer Zusammenkunft sämtlicher schleswig-holsteinischer Mitglieder der Nationalversammlung zustande gekommen und sich gegen das auch von Brockdorff-Rantzau verkündete Vorhaben wen-

Fraktionssitzung 17.2.1919 13.

det, der nordschleswigschen Bevölkerung das Abstimmungsrecht über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland einzuräumen.¹ Die Erklärung legt Protest gegen jede Absicht der Zerreißung der Einheit des Landes ein und *Frohme* bittet die Fraktion, ihre Zustimmung zu dieser Erklärung zu geben.

Die schleswig-holsteinischen Vertreter Kürbis und Michelsen ersuchen die Fraktion, diese Zustimmung n i c h t zu geben. Die Partei könne nicht das Selbstbestimmungsrecht allgemein verlangen, es aber den Nordschleswigern verwehren.

Die Partei könne sich durchaus auf den Standpunkt der Rede des Grafen [Brock-dorff-]Rantzau stellen.

In der gleichen Richtung äußern sich Hoch, Molkenbuhr und Müller-Breslau.

Müller und Molkenbuhr führen aus, das, was Graf [Brockdorff-]Rantzau in der Freitag-Sitzung erklärt hat, stehe in Übereinstimmung mit dem Wilsonschen Programm, ferner mit dem, worüber die dänischen und die deutschen Delegierten auf dem Berner Kongreß² sich einig geworden, und auch die dänische Regierung sei damit einverstanden.³

Frohme erklärt, soweit es sich nur um solche dänischen Strömungen handelt, wie Müller sie gezeichnet [habe], sei auch er damit einverstanden; denn er wolle nicht das Selbstbestimmungsrecht verneinen. Aber es machen sich Strömungen bemerkbar, die deutsches Land bis weit über die Eider annektieren wollen. Dagegen halte er zu protestieren für notwendig. Selbstverständlich aber füge er sich jedem Fraktionsbeschluß.

Molkenbuhr führt aus, daß die Strömungen, deutsches Land bis über die Eider zu annektieren und den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu neutralisieren, n i c h t d ä n i s c h e sind, sondern von der Entente ausgehen. Die dänischen Genossen wie die dänische Regierung machen nur Anspruch auf Gebiete mit ü b e r w i e g e n d dänischer Bevölkerung.⁴

¹ Brockdorff-Rantzau hatte am 14.2. in der Nationalversammlung gesagt: "Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig und die deutsche Regierung faßt es als ihre Pflicht auf, das Selbstbestimmungsrecht den Dänen zu gewähren, das sie für die Deutschen verlangt. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß an unserer Nordgrenze ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung, in redlichem Ausgleich ein langjähriger Völkerzwist zu aufrichtiger und dauernder Völkerversöhnung geführt wird."; Sten. Ber., Bd. 326, S. 69. – Am 28.2. 1919 brachten Heinrich Runkel (DVP) und Ernst Oberfohren (DNVP) eine Anfrage wegen Brockdorff-Rantzaus Äußerungen ein; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 91, S. 70.

² Vom 3.–10. 2. 1919 tagte in Bern eine internationale Sozialistenkonferenz, an der für die SPD Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller und Otto Wels (für die USPD Kurt Eisner, Hugo Haase und Karl Kautsky) teilnahmen. Die deutschen und dänischen Delegierten verständigten sich auf eine gemeinsame "Erklärung" zur Schleswigschen Frage, wonach die Grenzfrage nach dem Recht der Selbstbestimmung der von der Änderung betroffenen Bevölkerung zu lösen ist, also durch eine Volksabstimmung; Die II. Internationale, Bd. I, S. 374 und 481.

³ Zum Zusammenhang vgl. Gerd Callessen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924. Ein Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus, Apenrade 1970, S. 71 ff. und 90 ff.

⁴ Siehe Anm. 2 und 3.

13. 17. 2. 1919 Fraktionssitzung

Die Fraktion stimmt ein mütig dem Vorschlag Löbes zu, daß unsere Genossen unter allen Umständen sich gegen die von *Frohme* verlesene bürgerliche Erklärung wenden.⁵ Sollte für uns eine Erklärung notwendig werden, so kann sie nur darin bestehen, daß wir uns die Abmachungen uns erer und der dänischen Genossen in Bern zu eigen machen, die auch den Standpunkt der dänischen Regierung darstellen. –

Die Fraktion geht zu ihrem Hauptpunkt, zur Besprechung der auf morgen angesetzten Plenarversammlung über, in der Erzberger einen ausführlichen Bericht über sämtliche bis jetzt gepflogenen Waffenstillstandsverhandlungen geben⁶ und die damit in Zusammenhang stehende Interpellation Heinze behandelt wird, die von einem starken Mißtrauen gegen die Waffenstillstandskommission und insbesondere gegen Erzberger getragen ist.⁷

Einleitend schildert Löbe, welche Erwägungen am gestrigen Tage maßgebend waren, die Unterzeichnung der rigorosen Ententebedingungen durch die deutsche Regierung herbeizuführen. Die Regierung, die nicht vollzählig beisammen war, habe ihre schwerwiegende Entscheidung getroffen unter Z u z i e h u n g der Parteivertreter, und sie alle, schließlich auch Heinze, haben ausgesprochen, daß ein N e in den Zumutungen der Entente nicht entgegengestellt werden könne.⁸

⁵ Vgl. Anm. 1.

⁶ Erzberger gab der Nationalversammlung am 17. 2. einen Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen in Trier; Sten. Ber., Bd. 326, S. 127 ff.; über die Verhandlungen und Bedingungen vgl. Waffenstillstand I, S. 204 ff.; Schulthess 1919 II, S. 496 ff. und Vorwärts Nr. 85 vom 15. 2. 1919 und Nr. 87 vom 17. 2. 1919.

⁷ Die DVP brachte am 12. 2. eine Interpellation ein, in der "Vorkehrungen" gefordert wurden, damit "in Zukunft weitere Zugeständnisse in wesentlichen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht ohne Hinzuziehung von Sachverständigen gemacht werden"; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 21, S. 33. – Die Diskussion über die Interpellation führte am 18. 2. zu scharfen Auseinandersetzungen, als der Abgeordnete Vögler massive Beschuldigungen gegen Erzberger und die Regierung erhob: "Wir haben den Frieden verloren, und gegen Sie, Herr Erzberger, erheben wir schweren Vorwurf. Wir werfen Ihnen vor, daß Sie in wichtigen Lebensfragen unseres Volkes allein verhandelt haben. Wir werfen Ihnen vor, daß Sie niemals Sachverständige zur rechten Zeit in den so wichtigen Erz- und Kohlenfragen aus den Kreisen der Interessen zu den Waffenstillstandsverhandlungen hinzugezogen haben." Nach stürmischen Zurufen gegen Vögler verteidigte sich Erzberger: "Ich kann als Sachverständigen nicht einen Herrn verwenden, der an der Ausräumung Belgiens so hervorragend beteiligt ist, wie Herr Hugo Stinnes [...]." Bei dieser Gelegenheit gab Erzberger erstmals Kenntnis vom Funkspruch Hindenburgs an die deutsche Waffenstillstandskommission vom 10. 11. 1918, den Waffenstillstand unter allen Umständen abzuschließen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 90, 136 ff.; vgl. auch Vorwärts Nr. 91 vom 19. 2. 1919 und Oehme, S. 172 ff.

⁸ Über diese Kabinettssitzung vom 16. 2. 1918 und die Entscheidung der Regierung siehe Kabinett Scheidemann, S. 5 ff. (Aufzeichnung Simons). Darin heißt es u. a., "daß sich unter den Parteiführern die schwersten Bedenken" gegen eine Ablehnung erhoben und sich die Minister mit Ausnahme von Brockdorff-Rantzau und Preuß "ihnen anschlossen". – Über die Entscheidung der Regierung vgl. Friedrich von Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, Frankfurt/M. 1923, S. 293 ff.; auch Oehme, S. 170; der Wortlaut des Abkommens u. a. in Sten. Ber., Bd. 326, S. 127.

Bei den Demokraten wurde am 17. 2. über die Regierungsentscheidung berichtet: "Es erscheint Payer und berichtet von der Beschlußfassung über die Waffenstillstandsbedingungen. Das Kabinett habe zunächst ablehnen wollen, sei dann bei den Besprechungen mit den Parteiführern zu dem Beschluß gekommen, die Bedingungen anzunehmen; Naumann und er hätten zunächst einen ablehnenden Standpunkt angenommen, hätten sich aber überzeugen lassen [...]"; NL Petersen, Fasz. 18, S. 38.

Fraktionssitzung 17. 2. 1919 13.

An der nun einsetzenden ausführlichen Fraktionsbesprechung beteiligten sich Binder, Müller-Breslau, Krüger-Potsdam, Schumann, Meerfeld, Wels, Schreck, Hoch und Löbe.

Alle, mit Ausnahme von Schumann, vertraten den Standpunkt, daß nichts anderes als die Unterzeich nung des Waffenstillstandes übriggeblieben und alle, mit Ausnahme von Krüger-Potsdam, waren auch der Meinung, daß wir aus parteitaktischen Gründen keinen Anlaß haben, eine Aktion gegen Erzberger zu unterstützen. Sachlich stände es zudem so, daß selbst ein Eisner keine besseren Bedingungen von der Entente erhalten hätte.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen [worden war], wird Müller-Breslau für die morgige Debatte als Redner nominiert.⁹

Hoch, der ebenfalls genannt worden [war], hatte abgelehnt.

Einer Anregung, die morgige Debatte in eine gemeinsame Erklärung der Mehrheitsparteien ausklingen zu lassen, trat man dahingehend bei, daß man erst den Verlauf der Debatte abwarten wolle.

Die gestrige Z u s t i m m u n g der Fraktionsvertreter zur Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen wurde 10 g e g e n e i n e Stimme gebilligt. 11

Löbe berichtet dann über den vom Seniorenkonvent in Aussicht genommenen Arbeitsgang der nächsten Zeit. In einer Aussprache einigt man sich dahin, im Seniorenkonvent dahin zu wirken, daß am kommenden Freitagmorgen Fraktionssitzungen zur Besprechung der Verfassungsvorlage stattfinden können und darauf ein paar Tage Pause erfolgen.

Bezüglich eines Antrages Schäfer-Pokorny, die Regierung möge veranlassen, daß vor allem an das S a a r g e b i e t Kartoffeln geliefert werden, wird den Antragstellern aufgegeben¹², mit dem Ernährungsminister über ein geeignetes Vorgehen Rücksprache zu nehmen.

Heinrich Schulz berichtet dann, daß die in Aussicht genommene kleine Festlichkeit zu Ehren Eberts für den kommenden Mittwochabend im Erfrischungssaal des Theaters geplant sei, aber angesichts der niederdrückenden Nachrichten aus Trier¹³ frage es sich, ob die Sache augenblicklich angängig sei.

Koch-Weser schrieb in sein Tagebuch: "Gothein ist als Minister für den Abbruch gewesen. Das Kabinett war einstimmig. Es war allerdings die Hälfte des Kabinetts in Berlin [...]. In der Sitzung der Fraktionsführer habe zuerst Hoch seine schweren Bedenken geäußert, dann sei Payer, der erst anders gedacht habe, ihm beigetreten. Auch Heinze habe sich Payer voll angeschlossen." NL Koch-Weser Nr. 16.

⁹ Müller sprach am 18. 2. zur Interpellation Heinze und zum Waffenstillstand. Auch die sozialdemokratischen Minister Scheidemann und David ergriffen in dieser Sitzung gegen Heinze das Wort; Sten. Ber., Bd. 326, S. 145 ff., 151 ff., 165 f.; vgl. Vorwärts Nr. 91 vom 19. 2. 1919.

¹⁰ Gestrichen: "mit".

¹¹ Vgl. Anm. 8.

¹² Gestrichen: "zunächst".

¹³ Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Trier; vgl. Schulthess 1919 II, S. 496 ff. sowie Anm. 6.

14. 18. 2. 1919 Fraktionssitzung

Nach kurzer Diskussion wird V ert ag ung der geselligen Veranstaltung beschlossen.

Die nächste Sitzung wird auf morgen vormittag 10 1/2 Uhr anberaumt.

Löbe

14.

18.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Dienstag, 18.II., 10 1/2 Uhr, vorm."

Die Ernährungskommission¹ läßt mitteilen, daß der Genosse Feldmann als ihr Vorsitzender erwählt ist.

Löbe gibt die Eingänge bekannt.

Molkenbuhr begründet einen Antrag der Wirtschaftskom mission², die Genossen Hue und Cunow und die Minister Bauer und Wissell einzuladen, die ersteren zur Berichterstattung über die Tätigkeit der aufgelösten Sozialisierung skom mission³, die letzteren, damit sie Aufschluß geben über die Absichten der Regierung auf dem Gebiete der Sozialisierung.⁴

¹ D. h. ein Ausschuß der Fraktion, vgl. Nr. 12.

² Es dürfte sich ebenfalls um einen Fraktionsausschuß handeln.

³ Die am 4. 12. 1918 von der Regierung der Volksbeauftragten berufene Sozialisierungskommission, der u. a. Otto Hue und Heinrich Cunow (beide MSPD) angehörten, wurde formal nicht aufgelöst. Wegen fehlender "Unterstützung der Regierung" und der Behinderung ihrer Arbeiten durch Behörden stellte sie der Regierung in einem Schreiben vom 3. 2. 1919 ihr Mandat zur Verfügung. In einem von Wissell unterzeichneten Brief vom 9. 2. 1919 bat das Kabinett wegen der "Rückwirkung auf die Öffentlichkeit, die der Rücktritt der Sozialisierungskommission zur Folge haben wird", um eine Abänderung dieses Beschlusses. Am 15. 3. 1919 zog die Kommission ihre Demission zurück. Vgl. u. a. Miller, Bürde, S. 144–148; Ritter/Miller, S. 271–275; zur Arbeit der Sozialisierungskommission am ausführlichsten aber parteilich-tendenziös Heinz Habedank, Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919, Berlin (O) [1967], S. 115–139, 160–164, 171–175, 182–194, 219–223, 254–256, 265, 272, 276–280; unentbehrlich ferner Kurt Trüschler, Die Sozialisierungspolitik in der Weimarer Republik (1918–1920), Phil. Diss., Marburg 1968, S. 19–66; Schieck, S. 93–109.

⁴ Das von Scheidemann am 13. 2. 1919 in der Nationalversammlung vorgetragene Regierungsprogramm äußerte sich nur vage zur Sozialisierungsfrage: "Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, und dadurch zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder nichtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reich, Staat oder Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen." Sten. Ber., Bd. 326, S. 44.

Beschlossen wird, zu versuchen, den Genossen Cunow für nächsten Donnerstag zu gewinnen⁵, eventuell ihn für einen Tag in der nächsten Woche zu verpflichten.

Obermeyer begründet einen Antrag der Vereinigung zum Schutze der Kriegsgefangenen, die Fraktion wolle bei der Nationalversammlung den Antrag stellen, daß die Waffenstillstandskommission beauftragt wird, zu vertreten, daß die Kriegsgefangen en in die Heimat entlassen und an ihre Stelle freiwillige Arbeiter in die zerstörten Gebiete⁷ eingestellt werden.⁸

Nachdem Wels aufgrund seiner Berner Erfahrungen⁹ die internationale Auffassung über diese Frage klargelegt [hat], beschließt die Fraktion e i n m ü t i g, aus Zweckmäßigkeitsgründen alle solche Anträge der n e u g e b i l d e t e n z u s t ä n d i g e n R e i c h s z e n t r a l e zu überweisen.¹⁰

Die dann erfolgende Behandlung des Hauptpunktes der heutigen Tagesordnung: Kommandogewalt und Soldatenräte¹¹ wird durch längere Ausführungen der Genossen Davidsohn und Noske eingeleitet.

Davidsohn hebt besonders das Gute, das die Soldatenräte¹² geleistet, hervor, er will¹³ ihnen auch im Rahmen der jetzigen und der zukünftigen Heeresverfassung bestimm-

⁵ Gestrichenes Wort unleserlich.

⁶ Gemeint sein dürfte der "Volksbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener".

⁷ Gestrichen: "einzustellen".

⁸ Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier hatte Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Frankreich, nur schriftlich mitgeteilt, daß eine Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen derzeitig nicht in Frage komme. Hermann Müller (SPD) ging in seiner Rede vor der Nationalversammlung auch auf die Frage der Kriegsgefangenen ein; vgl. Sten. Ber., Bd. 326, S. 129 und 147; Schulthess 1919 II, S. 500.

⁹ Vgl. unter Nr. 13, Anm. 2.

¹⁰ Die Errichtung einer "Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene" wurde am 2. 1. 1919 bekanntgegeben; vgl. Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 2. Vorsitzender wurde Daniel Stücklen (MSPD). Als ihre Aufgaben wurden u. a. bezeichnet: "Der Reichszentralstelle obliegt in Verbindung mit den bisher dafür zuständigen Stellen die Fürsorge für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in feindlicher Gewalt und für die Internierten in neutralen Ländern."

¹¹ Schon am 19. 1. 1919 war durch eine von der Reichsregierung, dem "Kriegsminister" und dem Zentralrat unterzeichnete Verordnung eine "vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer" erfolgt, mit der die Befugnisse der Soldatenräte beschnitten wurden; abgedr. u. a. bei Huber, Dokumente III, S. 56 ff.; Ursachen und Folgen III, S. 518. Durch Erlaß der Reichsregierung vom 23. 1. 1919 wurden diese Bestimmungen sinngemäß auf die Marine ausgedehnt. Bei der Abfassung der in der Verordnung vom 19. 1. 1919 vorgesehenen Ausführungsbestimmungen sollte eine von den Vertretern der Korpssoldatenräte am 5. 2. 1919 gewählte Neunerkommission beteiligt werden; vgl. Zentralrat, S. 441 ff., 572 f., 604, 788 f.; Kluge, S. 273 ff. und 282. Die Debatte in der Fraktion hing offenkundig mit der Einbringung des Gesetzentwurfes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr – vgl. Nr. 16, bes. Anm. 6 – und den entsprechenden Ankündigungen des preußischen Kriegsministers Reinbardt in seiner Plenarrede vom 19. 2. 1919 zusammen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 177.

¹² Gestrichen: "hervor".

¹³ Streichung unleserlich.

15. 19. 2. 1919 Fraktionssitzung

te Aufgaben zugewiesen sehen und hält eine eventuelle restlose Abschaffung der Soldatenräte für verhängnisvoll.

Noske beurteilt das verflossene Wirken der Soldatenräte auch nicht all gemein absprechend, aber daß jetzt mit ihnen aufgeräumt wird, hält er doch für eine zwingende Notwendigkeit.¹⁴

Er äußert sich dann zu dem in der Öffentlichkeit viel angegriffenen Schießerlaß, für den er die Verantwortung als für eine unter den aufgenommenen Verhältnissen unumgängliche Maßnahme übernimmt.¹⁵

Die Diskussion wird auf die nächste Sitzung verschoben, die heute nach dem Plenum oder morgen vormittag um 9 Uhr stattfinden soll.

Löbe

15.

19.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Mittwoch, den 19. Febr., vormittags, 9 Uhr."

Ehe die gestern ausgesetzte Diskussion beginnt, weist Löbe auf einen Antrag der Demokraten und einen Antrag Krüger-Mecklenburg hin, die beide in Verbindung stehen mit dem Thema "Kommandogewalt", und von denen der Krügersche als künftige Aufgaben der Soldatenräte die folgenden fünf hinstellt:

- 1. Mitbestimmung bei Disziplinarstrafen,
- 2. " " Urlaubserteilung,
- 3. Mitkontrolle "Verpflegungsangelegenheiten,
- 4. Mitkontrolle bei Kantinen- und sonstigen Kassenangelegenheiten,
- 5. Beratende Stimme bei der Diensteinteilung, vor allem bei Arbeitsdienst und Verwaltung.¹

¹⁴ Noske begründete seine Ablehnung von Soldatenräten in der neuzuschaffenden Reichswehr in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 25. 2. 1919; Sten. Ber., Bd. 326, S. 309; auch Oehme, S. 234.

¹⁵ Mit dem "Schießerlaß" ist hier die von *Noske* am 20. 1. 1919 erlassene Anordnung über den Waffengebrauch gemeint (Korpsverordnungsblatt Nr. 21 vom 27. 1. 1919). Sie ist abgedr. bei Müller, S. 237 f. und Oehme, S. 386 ff. Der betreffende Passus lautet: "Zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze ist das Militär auch ohne Aufforderung der Zivilbehörde selbstverständlich einzuschreiten befugt [...]. Über den Zeitpunkt des Einschreitens und den Waffengebrauch hat der Militärbefehlshaber nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden."

¹ Entsprechende Anträge lassen sich aus den Sten. Ber. nicht nachweisen. Gemeint sind wahrscheinlich Vorschläge zu dem Initiativantrag zur Bildung der vorläufigen Reichswehr; vgl. Nr. 16, Anm. 6.

Fraktionssitzung 19. 2. 1919 15.

An der über zweistündigen Debatte beteiligen sich Thöne, Krüger-Mecklenburg, Holl, Davidsohn, Wels, Giebel, Hasenzahl, Hoch, Katzenstein, Göhre, Endres. Dann wurde ein Schlußantrag angenommen.

Das Ergebnis der Aussprache war, daß² Genosse Göhre gebeten wurde, seine heutige ausführliche Interpretation der Verordnung vom 19. Januar d. J. über die Kommandogewalt, sowie diese Verordnung selbst, in der Presse und eventuell durch ein Flugblatt zur Veröffentlichung zu bringen.³

Die Hauptbedeutung dieser Verordnung liegt darin, daß sie das Soldatenratswesen nicht beseitigt, sondern es erhält und legalisiert. Göhre will, daß es auch im neuen Heere erhalten bleibt, und zwar in seinem Namen und in seinen gut en Seiten. Zu dem Zweck müsse es seiner politische n Absichten entkleidet und beschränkt werden auf rein praktische soziale militärische Funktionen.⁴

Die nächste Sitzung wird auf morgen vormittag 10 Uhr anberaumt.

Löbe

² Streichung unleserlich.

³ Göhre veröffentlichte später (Vorwärts Nr. 143 vom 19. 3. 1919) einen Leitartikel "Soldatenräte und der Erlaß des Kriegsministeriums über die Kommandogewalt". Er schrieb, der Erlaß solle die Soldatenräte nicht auflösen; er "will vielmehr die in den Novembertagen spontan entstandenen Soldatenräte legalisieren und in den Organismus des noch bestehenden Friedensheeres einordnen". Da die Räte Einspruchsrecht bei Ernennungen besitzen sollten, sprach Göhre von einer "indirekten Wahl der Führer durch die Soldaten". Göhre fungierte seit November 1918 als der von der SPD delegierte "Unterstaatssekretär" im preußischen Kriegsministerium; Noske bemühte sich vergeblich, durch Verhandlungen "mit dem Reichsschatzamt" eine offizielle Stelle als "Unterstaatssekretär" für ihn zu schaffen; Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [639]; zu Göhres Biographie vgl. NDB VI, S. 513 ff.; Osterroth, S. 99 f.

⁴ Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung vom 19. 1. 1919 – vgl. Nr. 14, Anm. 11 – wurden offenbar nicht mehr erlassen. In den ab März 1919 gebildeten Reichswehrformationen gab es keine Soldatenräte, sondern nur noch Vertrauensleute; siehe Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. 3. 1919, Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 295 f. und Ausführungsbestimmungen des Reichswehrministers vom 31. 3. 1919 zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, Armeeverordnungsblatt 1919, Ş. 263 ff., bes. S. 270 ff.; vgl. auch Gordon A. Craig, Die Preußisch-Deutsche Armee 1940–1945, Düsseldorf 1960, S. 395.

16.

20.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Donnerstag, den 20. Febr., 10 Uhr vormittags."

Der¹ Vorsitzende Löbe gibt die wichtigsten Eingänge bekannt, dann erstattet der Ernährungsminister, Genosse R[obert] Schmidt, ein Referat über den Stand der Ernährungs lage.

Auf Vorschlag Schöpflins wird dem Genossen gestattet, bestimmte Partien dieses Vortrags in der Presse zu veröffentlichen.²

Die Diskussion über den Vortrag wird abgeschlossen, weil³ die Fraktion sofort Stellung nehmen muß zu einem Vertrauensvotum für die Regierung und zu einem Gesetzentwurf zur Schaffung einer vorläufigen Wehrverfassung.

Zur Vertrauensfrage liegt ein langer Antrag der Demokraten vor, der jedoch von der Fraktion als unzweckmäßig verworfen wird. Sie entscheidet sich einmütig für einen Antrag Hoch mit der Maßgabe, auch die bürgerlichen Parteien zur Annahme dieses kurzen Antrages zu bewegen, der lautet:

"Die Nationalversammlung billigt den Arbeitsplan der Regierung und spricht ihr sein Vertrauen aus."⁴

Der Genosse Noske begründet dann die Notwendigkeit eines vom Vorsitzenden verlesenen, aus 4 Paragraphen bestehenden Gesetzes über die Wehrordnung, das vielleicht⁵ als Initiativantrag der Mehrheitsparteien einzubringen und dann so rasch wie möglich, ohne Kommissionsberatung, anzunehmen sei.⁶

In der Diskussion, an der sich Obermeyer, Hense, Davidsohn, Stolten und Katzenstein beteiligen, wird allerseits die Notwendigkeit schleunigster Regelung der Wehrdienstverhältnisse anerkannt. Da jedoch Einzelheiten des Entwurfs beanstan-

¹ Vor "Der" gestrichen: "Löbe".

² Der Vorwärts veröffentlichte keine Auszüge des Vortrages, vermutlich weil andere politische Ereignisse wie die Gemeindewahlen in Berlin, Eisners Ermordung usw. den gesamten Raum benötigten.

³ Gestrichen: "sofort wichtige and er e Fragen zu erledigen sind. Die Fraktion muß Stellung neh".

⁴ Die Nationalversammlung nahm am 21. 2. 1919 mit Mehrheit ein gemeinsam von den Koalitionsparteien eingebrachtes Vertrauensvotum an: "Die Nationalversammlung billigt den Arbeitsplan des Reichsministeriums und spricht dem Reichsministerium das Vertrauen aus." Sten. Ber., Bd. 326, S. 278 und Bd. 335, Anlagen Nr. 52.

⁵ Gestrichen: "Wehrordnung".

⁶ Der Gesetzentwurf über die Bildung der vorläufigen Reichswehr wurde als gemeinsamer Initiativantrag von SPD, Zentrum, DDP und DVP am 21. 2. 1919 eingebracht; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 58 und 66, S. 46 ff. – Die Beratungen in der Nationalversammlung erfolgten am 25. und 27. 2. 1919; Sten. Ber., Bd. 326, S. 295 ff. und 321 ff.; das Gesetz trat am 6. 3. 1919 in Kraft; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 295 f. – Über die Soldatenräte siehe unter Nr. 14, Anm. 11 und 14, Nr. 15, Anm. 3.

Fraktionssitzung 21. 2. 1919 17.

det werden, wird die Beschlußfassung bis heute abend ausgesetzt. Es soll versucht werden, bis dahin den Entwurf den Fraktionskollegen im Druck vorzulegen.

Der Kollege Hellmann fragt an, ob es gestattet ist, daß Abgeordnete der drei Mehrheitsparteien zu unverbindlicher Besprechung bestimmter Fragen, z.B. Be amten fragen, zusammenkommen.

Der den Vorsitz führende Genosse Stolten erklärt, ohne Widerspruch zu finden, daß derartige unverbindliche Besprechungen immer gestattet gewesen seien.

Die Fraktion soll heute abend wiederum und dann morgen vormittag um 9 Uhr zusammenkommen. In der morgigen Sitzung wird der Genosse *Cunow* sein Referat über die Sozialisierungsbestrebungen erstatten.

Löbe

17.

21.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Freitag, d. 21. Febr., 91/2 Uhr¹ vorm."

Ehe zum Hauptpunkt der Tagesordnung, Sozialisierungsbestrebungen, übergegangen wird, werden eine Reihe kleiner Angelegenheiten erledigt. Löbe gibt die ausliegenden Eingänge bekannt.

Da der Genosse Hoch seit gestern erkrankt ist, wird zu seiner Vertretung der Genosse Meerfeld als Redner für die heutigen Plenarverhandlungen bestimmt.²

Das D i ät en geset z ist gemäß den in der Fraktion geäußerten Wünschen abgeändert worden, so daß im heutigen Plenum die debattenlose Annahme des Gesetzes zu erwarten steht.³

Ein von Löbe verlesener Antrag Arnstadt an das Plenum soll dadurch erledigt werden, daß die Mehrheitsparteien für Übergang zur Tagesordnung stimmen wollen.⁴

¹ Verbessert für "10".

² Meerfeld sprach am 21. 2. 1919 in der Nationalversammlung; er wandte sich vor allem gegen die USPD; Sten. Ber., Bd. 326, S. 258 ff.; vgl. dazu Freiheit Nr. 95 vom 22. 2. 1919.

³ Das "Gesetz über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Nationalversammlung. Vom 22. Februar 1919" wurde in 2. und 3. Lesung am 21. 2. beraten, es fand einstimmig Annahme; Sten. Ber., Bd. 326, S. 253, Wortlaut des Gesetzes in Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 41 und 48; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 241 f.

⁴ Der Antrag der DNVP (Arnstadt und Genossen) "betreffend die Feststellung des dritten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918" umfaßte einen ganzen Katalog politisch-programmatischer Forderungen der DNVP; von der Frage nach dem allgemeinen Volksheer bis zur Lieferung künstlicher Düngemittel; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 42. – Zur DNVP in ihren Anfängen

Das Zentrum und die Freisinnigen legen auch nach der Rücksprache mit ihnen noch Wert darauf, daß die große Debatte über die Regierung nicht nur mit der Annahme des gestern bereits erwähnten⁵ kurzen Antrags *Hoch*, sondern mit einem großen⁶, auf Einzelheiten eingehenden Antrag beschlossen wird. Die Fraktion macht an dem vorgelesenen Antrag einige Änderungen, hält aber im übrigen daran fest, daß dieser große Antrag überhaupt überflüssig ist. Sie wird dies den Bürgerlichen auch erklären und, falls sie dann den Antrag trotzdem einbringen, diese Erklärung auch im Plenum wiederholen und nur dann f ür den Antrag stimmen, wenn die von ihr vorgeschlagenen Änderungen angenommen⁷ werden.⁸

Folgender Entwurf einer Kleinen Anfrage (Mauerer) wird dem Fraktionsvorstand zur Weiterverfolgung überwiesen:

Ist der Regierung bekannt, daß in den vergangenen Jahren und bis in den Herbst 1918 hinein die Eisenbahnen mit dem Transport von Pferdematerial, Segelbooten usw. zum Zwecke sportlicher Veranstaltungen sehr stark in Anspruch genommen wurden?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um für die kommende Zeit die Verkehrsmittel, von denen jedes Stück im Volksinteresse äußerst notwendig⁹ gebraucht wird, vor derartigen Belastungen zu bewahren?

Mauerer, Riedmiller, Steinmayer. 10

Über den bereits gestern besprochenen Entwurf einer Wehrordnung wird in folgender Weise verfügt:

Ein Antrag, im¹¹ Entwurf¹² das Wort "Reichswehr" durch "Volkswehr" zu ersetzen, wurde abgelehnt, da der Name "Volkswehr" für diese als vorläufig gedachte Truppe unrichtig sei.

Ein Antrag, die Worte "auf volkstümlicher Grundlage" durch "auf demokratischer Grundlage" zu ersetzen, wurde angenommen.¹³

Weiter wurde angenommen ein Antrag Katzenstein auf zeitliche Beschränkung dieser militärischen Zwischeneinrichtung durch Anfügung der Bestimmung:

vgl. Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, S. 7 ff. und 18 ff. Auf Antrag *Löbes* beschloß die Nationalversammlung am 21. 2., den DNVP-Antrag von der Tagesordnung abzusetzen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 277 f.

⁵ Gestrichen: "Kleinen".

⁶ Gestrichen: "allgemeinen".

⁷ Gestrichen: "sind".

⁸ Vgl. unter Nr. 16, Anm. 4.

⁹ Gestrichen: "ist".

¹⁰ Der Antrag war nicht zu ermitteln, vermutlich wurde er vom Fraktionsvorstand nicht eingebracht.

¹¹ Gestrichen: "dem".

¹² Gestrichen: "an die Stelle".

¹³ In dem am 21. 2. 1919 von den Koalitionsfraktionen und der DVP eingebrachten Gesetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr hieß der entsprechende Satz in § 2: "Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage [...] gebildet werden." In dieser Fassung wurde das Gesetz verabschiedet; Sten. Ber., Bd. 326, S. 295; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 295 f.

Fraktionssitzung 21. 2. 1919 17.

Das Gesetz tritt mit dem 31. März 1920 außer Kraft. ¹⁴ Außerdem ein Antrag Hense, den Reichswehrminister aufzufordern, eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, bestehend aus einer gleichen Anzahl von Offizieren und Zivilisten, zu bilden, die über die Einstellung von Offizieren bis zum Major aufwärts zu entscheiden hat. Die Kommission könnte an allen Orten, wo sich Bezirkskommandos befinden, gebildet werden. Die mitwirkenden Zivilisten sind praktisch vielleicht von den Kommunalverwaltungen zu bestimmen. ¹⁵

Die Fraktion tritt einer Anregung Thönes bei, der Regierung vorzustellen, daß bei so wichtigen Plenarsitzungen wie der gestrigen mit ihrer Affäre Löwengard wenigstens e in sozialdemokratisches Regierungsmitglied bis zum Schluß der Verhandlungen anwesend sein möge.¹⁶

Sodann hält der Genosse Cunow seinen Vortrag über die Arbeiten der Sozialisierungs kommission. Die Diskussion wird, nachdem die Genossen Molkenbuhr und Hue gesprochen [haben], abgebrochen mit der¹⁷ Maßgabe, sie wieder aufzunehmen, wenn die in baldige Aussicht gestellte Den kschrift der Sozialisierungskommission vorliege¹⁸ und die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung¹⁹ aufgrund dieser Denkschrift und der heute gehörten Informationen mit praktischen Vorschlägen an die Fraktion herangetreten sind.

Nach einer Aussprache über den vorgesehenen Gang der Arbeiten des Hauses ist Schluß der Sitzung.

Löbe

¹⁴ Dieser Änderungsantrag wurde als § 5 mit in die Gesetzesvorlage übernommen. In der endgültigen Fassung lautete der § 5: "Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft und mit dem 31. März 1920 außer Kraft." Siehe die vorige Anm.

¹⁵ Die am 6. 3. 1919 erlassene "Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr" (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 296 ff.) bestimmte demgegenüber ausdrücklich (in § 5): "Für die Ernennung, Beförderung, Versetzung und Entlassung der Offiziere bleiben in den einzelnen Kontingenten die bisherigen Stellen zuständig. Offiziere in Generalsstellen werden vom Reichspräsidenten auf Vorschlag der Kriegsministerien ernannt, befördert, versetzt und entlassen."

¹⁶ Am 20. 2.1919 diskutierte die Nationalversammlung über den Einmarsch von Truppen nach Gotha. Dabei hatte sich auch der Vertreter der Regierung Sachsen-Coburg/Gotha, Dr. Josef Löwengard, zu Wort gemeldet. Erzberger erklärte daraufhin, die Reichsregierung habe beschlossen, diesen Vertreter nicht zuzulassen, da die Personalunion zwischen Gotha und Coburg gelöst sei. Bei den folgenden staatsrechtlichen Diskussionen war kein Regierungsvertreter der SPD anwesend; Sten. Ber., Bd. 326, S. 246 ff., auch Oehme, S. 213 ff. Im Juni 1919 wurde Dr. Löwengard doch (als Vertreter von Coburg und der USPD-Hochburg Gotha) in den Staatenausschuß entsandt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1142.

¹⁷ Gestrichen: "Motivierung".

¹⁸ Der "Vorläufige Bericht über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus" wurde am 15. 2. 1919 abgeschlossen und erschien im gleichen Jahr gedruckt im Deckers-Verlag in Berlin; einen Vorabdruck brachte das Correspondenzblatt Nr. 11 vom 15. 3. 1919, S. 83 ff. Vgl. zur Arbeit der Sozialisierungskommission auch "Verhandlungen der Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau im Winter 1918/19" Berlin 1921; ferner oben Nr. 14, Anm. 3.

¹⁹ Dem "Ausschuß für Volkswirtschaft" (28 Mitgl.) gehörten von der SPD folgende Abgeordnete an: Dietrich (Liegnitz), Käppler, Körsten, Krätzig, Lesche, Meier (Sachsen), Molkenbuhr, Rückert, Frau Schroeder, Schumann, Silberschmidt. Hermann Molkenbuhr war stellvertretender Vorsitzender. Sten. Ber., Bd. 326, S. 319.

18.

24.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Montag, den 24. Febr., nachm., 5 Uhr."

Die heutige Sitzung ist nur zur Erledigung einer Reihe laufender Geschäfte bestimmt.

Löbe berichtet über den geplanten Arbeitsgang des Plenums, wie ihn der Senioren-konvent vorgesehen.

Der Seniorenkonvent hat sich weiter mit den zur Übung gewordenen langen Plenarreden beschäftigt. Er empfindet diese langen Reden als einen Übelstand und hat beschlossen, daß angesichts der Notwendigkeit schnellen Arbeitens der Nationalversammlung jede Fraktion ihren Redner möglichst verpflichten soll, höchstens ¾-1 Stunde zu sprechen. Von einer Änderung der Geschäftsordnung zu diesem Zwecke soll abgesehen werden, doch will der Präsident einen Redner, wenn er Gefahr läuft die gewünschte Höchstredezeit zu überschreiten, in kollegialer und unauffälliger Weise durch einen Diener auf¹ die vorgeschrittene Redezeit aufmerksam machen lassen.

In der Diskussion sprechen Giebel, Frohme, Molkenbuhr, Brühne, Baudert.

Nur Giebel erhob Bedenken dagegen, daß, wenn die Beschränkung nicht auf völliger Freiwilligkeit beruhe, das Präsidium in ir gendeiner Weise die Redefreiheit einschränke.

Löbe konstatiert, daß die Fraktion sich im großen und ganzen darin einig ist, dem Präsidenten² beizupflichten. Die Absicht des Seniorenkonvents geht aber dahin, möglichst das Einverständnis aller Parteien zu erlangen. Deshalb soll die Sache im Seniorenkonvent noch einmal und zwar in Gegenwart auch der Unabhängigen verhandelt werden. Es sei bekannt, daß früher auch *Haase* sich gegen die langen Reden geäußert habe.³

Da für den Verfassungsausschuß noch einige Kollegen als Stellvertreter zu bestimmen sind, sollen in einer der nächsten Sitzungen entsprechende Vorschläge aus den einzelnen Landsmannschafte nach werden.⁴

¹ Gestrichen: "den".

² Gestrichen: "beizustimmen".

³ Vgl. Hermann Müllers Mitteilungen in Parteikonferenz 22./23. 3. 1919 Reprint, S. [622]: "Ohne Änderung der Geschäftsordnung haben wir im Ältestenausschuß abgemacht, daß bei minder wichtigen Gegenständen die Redezeit auf 25 Minuten, bei wichtigen Gegenständen auf 3/4 Stunden bis eine Stunde beschränkt wird. Alle Parteien, auch die Unabhängigen, haben sich an diese Abrede gehalten." – Bei den Beratungen der Zolltarifvorlage von 1902 hatte die SPD selbst mit Dauerreden eine Obstruktionstaktik versucht, war aber mit dieser unpopulären Maßnahme gescheitert. Späteren Forderungen einzelner Abgeordneter, das Mittel der parlamentarischen Obstruktion einzusetzen, stimmte die Fraktion nicht zu; Reichstagsfraktion der SPD I, S. CXXXII.

⁴ Die Mitgliederbesetzung des Ausschusses zur Vorberatung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches wurde in der Sitzung der Nationalversammlung vom 5. 3. 1919 bekanntgegeben; Sten. Ber., Bd. 326, S. 503.

Auf Vorschlag **Brühnes** wird beschlossen, daß für die ⁵ Zeit der Tagungen in Weimar alle Fraktions mitglieder von ihren wirklich erhaltenen Diäten 5 % an die Fraktionskasse abführen sollen. ⁶

Nach einer kurzen Besprechung der Wehrvorlage pflichtet die Fraktion einem von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Initiativantrag bei, daß vor allem auch tüchtige⁷ Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden können.⁸

Weiter nimmt die Fraktion eine Anregung Vogels auf, den Boten im Hause zu festen Diäten zu verhelfen.

Sie pflichtet einer Anregung Hues bei, den ständigen Preissteigerungen in der Kohlen-, Eisen- und Metallindustrie eventuell durch einen Antrag im Plenum Einhalt zu gebieten, wenn dies aufgrund der bestehenden Verordnungen durch das Reichswirtschaftsamt nicht zu erreichen ist.⁹

Ferner erklärt sie sich mit einem Vorschlag [Adolf] Brauns-Franken einverstanden, dahin zu wirken, daß die Wahlprüfungskommission die Berechtigung erlange, zum Zwecke von Erhebungen in direkte Verbindung mit den gemeindlichen und staatlichen Behörden zu treten.

Eventuell solle dies durch ein Notgesetzerreicht werden. 10

Die nächste Sitzung soll morgen nachmittag stattfinden.

Löbe

⁵ Gestrichen: "Weimarer".

⁶ Das entsprach dem Satz, den zuvor im Reichstag die nicht in Berlin wohnenden Abgeordneten abzuführen hatten; Reichstagsfraktion der SPD I, S. 260 und II, S. 407. – Eine eingeklammerte Randbemerkung ist unleserlich.

⁷ Gestrichen: "Of".

⁸ Der Abänderungsantrag wurde gemeinsam von SPD, Zentrum, DDP und DVP eingebracht; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 63; vgl. auch a. a. O., Bd. 326, S. 322.

⁹ Ein solcher Antrag wurde nicht eingebracht; er erübrigte sich wohl, da am 15. 4. ein Gesetz angenommen wurde, das der Regierung die Möglichkeit gab, Verordnungen über den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu erlassen; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 239 und 271; a. a. O., Bd. 327, S. 1061.

¹⁰ Die Nationalversammlung beschloß in der Sitzung vom 1. 3. 1919 einstimmig einen entsprechenden Antrag des Ausschusses vom 26. 2. 1919: "Der Ausschuß für die Wahlprüfungen wird ermächtigt, Beweiserhebungen über Wahlprüfungsangelegenheiten unmittelbar durch die Behörden vornehmen zu lassen." Sten. Ber., Bd. 326, S. 410 und a. a. O., Bd. 335, Anlagen Nr. 84.

19.

25.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Dienstag, den 25. Febr., 4 Uhr nachm."

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Vorsitzender Löbe die wichtigsten Eingänge bekannt.

Dann erörtert Dr. [Adolf] Braun-Franken eine bayerische Angelegenheit. Er bringt einen von den bürgerlichen Parteien Bayerns herausgegebenen auf die jetzige Situation bezüglichen Aufruf zur Verlesung und bittet die Fraktion, den bayerischen Kollegen zu erlauben, diesen Aufruf mit zu unterzeichnen.²

Vogel-Nürnberg erhebt Bedenken, die sich zur Hauptsache darauf stützen, daß nur dreibayerische Kollegen anwesend sind, die zudem nicht aus dem Münchener Bezirk, sondern aus Franken sind.

Fischer³-Berlin, Schulz-Ostpreußen und Hildenbrand äußern sich zustimmend im Sinne [Adolf] Brauns, dann stellt Löbe fest,

daß die Fraktion gegen die Absicht einer gemeinschaftlichen Unterzeichnung nichts einzuwenden hat.

Über den Schritt selbst mögen sich die bayerischen Kollegen verständigen.

Die Fraktion geht über zum Hauptpunkt:

Generaldebatte über die allgemeinen Gesichtspunkte zum Entwurf der Reichsverfassung.⁴

¹ Gestrichen: "Er bitte die Fraktion, den bayerischen Mitgliedern zu erlauben, einem von den bürgerlichen Parteien".

² Die Erklärung sämtlicher bayerischer Abgeordneter ist abgedruckt im Vorwärts Nr. 104 vom 26. 2. 1919. In der Erklärung wurde jede politische Diktatur und der politische Mord verurteilt und gesagt, "die einzig legitime Gewalt liegt heute beim Landtag". Die Abgeordneten wandten sich vor allem gegen "Spartakus". "Die Errungenschaften der Revolution selbst werden gefährdet, wenn die Schreckensherrschaft, die sich in der Landeshauptstadt durchzusetzen sucht, nicht energisch gebrochen wird."

³ Vor Fischer gestrichen: "Nachdem".

⁴ Über die Verfassungsdiskussion in der Fraktion vgl. auch Vorwärts Nr. 105 vom 28. 2. 1919. – Der am 20. 1. 1919 vom Reichsamt des Innern amtlich bekanntgemachte Entwurf der Reichsverfassung wurde im Zuge der Beratungen des Vorläufigen Staatenausschusses am 1. 2. und 5. – 8. 2. 1919 anschließend im Reichsamt des Innern umgestaltet. Den revidierten Entwurf legte der zuständige Reichsminister des Innern Hugo Preuß nach der Billigung durch das Kabinett am 17. 2. 1919 dem Staatenausschuß vor. Der Staatenausschuß beriet unter dem Vorsitz von Preuß diesen Entwurf vom 18. – 20. 2. in 1. und am 21. 2. 1919 in 2. Lesung. Den daraufhin umredigierten Entwurf brachte Preuß am 21. 2. 1919 zusammen mit zusätzlichen Änderungsvorschlägen des Staatenausschusses in der Nationalversammlung ein. Am 24. 2. trug Preuß die Begründung mündlich vor; siehe Regierung der Volksbeauftragten II, S. 237–266 (mit den Texten der ersten Fassungen) und Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 59 Regierungsentwurf vom 21. 2. 1919, a. a. O., Bd. 326, S. 284 ff. (mündliche Begründung Preuß), Texte der Entwürfe auch bei Triepel, Nr. 10, 13 und 14; Überblick über die Vorarbeiten und die Beratungen der Reichsverfassung u. a. bei Huber, Verfassungsgeschichte V, S. 1178 ff. mit weiterführenden Literaturangaben; zur Haltung der SPD Potthoff, Verfassungswerk, S. 433–483.

Dr. Quarck bespricht seine Eindrücke aus den Beratungen des Staatenausschuß eine schuses. Die alte bundesstaatliche Bürokratie habe im Staatenausschuß eine völlige Umwälzung der ersten Vorlage und zwar im partikularistischen Sinne durchgesetzt. Es waren reaktion in äre Bestrebungen, die sich dort durchgesetzt haben. Aufgabe der Fraktion und der Wille der Arbeiterklasse aber sei es, erst dem Reich zu geben, was es notwendig habe, und erst in zweiter Linie nach den Rechten der Bundesstaaten zu fragen. Da sei zu sagen, daß der vorliegende Entwurf allen Anforderungen, wie wir sie als Sozialdemokraten erheben müssen, ins Gesicht schlage. Nicht einmal die Gewerbeaufsicht seicht seizentralisiert worden. Von der Armenpflege, dem Schulwesen, dem Gesundheitswesen, der Reichsirrengesetzgebung, dem Reichsapothekenwesen, der Seuchengesetzgebung, dem Reichsapothekenwesen, der Seuchengesetzgebung, dem Reichsapothekenwesen, der Reichsmilitärwesenseidasselbe zu sagen.

Eine einheitliche Gleichberechtigung aller Staatsbürger in bezug auf das Wahlrecht in allen Bundesstaaten fehle grundsätzlich. Es sei notwendig, eine starke Bewegung gegen den Entwurf zu entfachen.

Molkenbuhr äußert ebenfalls seine starke Enttäuschung über den Entwurf. So ziemlich alles, was die alte Verfassung an reaktionären Bestimmungen besessen, sei in ihm beibehalten.

Die Rechte der Gemeinden und Gemeindeverbände müßten erweitert werden.

Der ganze Entwurf sei eigentlich nichts als eine kleine Umwandlung der alten Reichsverfassung. Als Kaiserersatz habe man den Präsidenten eingeführt. In Amerika und auch in Frankreich richte sich der Verfassungskampf gerade gegen den Präsidenten, obwohl in Amerika die Bedingungen seiner Beibehaltung bedeutend annehmbarer als im vorliegenden Entwurfe seien. Neben der Amtszeit von 7 Jahren enthalte der Entwurf noch den echt napoleonischen Trick der Präsidenten wahl durch das Volk. Der Entwurf müsse durch unsere Arbeit ein vielmehr sozialdem okratisches Geprägeerhalten.

⁵ Über die Verhandlungen des Staatenausschusses vgl. Schulz, Demokratie, S. 142 ff.; Ziegler, S. 100 ff.; Willibalt Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1964, S. 56 ff. – Quarck, stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung, nahm an den Beratungen des Staatenausschusses als Beigeordneter des Reichsamts des Innern teil. Er bezieht sich bei seinem Bericht auf die 1. und 2. Lesung im Staatenhaus vom 18.–20. und 21. 2. 1919; Aufzeichnungen in BA Koblenz R 43/I 1863.

⁶ Gegenüber dem ersten, stark zentralistisch geprägten Entwurf wies die am 21. 2. eingebrachte Fassung starke föderative Elemente auf. *Preuß* selbst erklärte dazu in seiner mündlichen Begründung vor der Nationalversammlung: "Der Entscheidungskampf um die Bestimmungen der Verfassung beginnt erst jetzt." Sten. Ber., Bd. 326, S. 284. – Zu *Quarcks* verfassungspolitischen Vorstellungen vgl. seine Schrift: Die neue Reichsverfassung, ihre Entstehung und ihr Aufbau, Berlin 1919.

⁷ Die Bestimmungen über den Reichspräsidenten, sowohl was die Institution, die Kompetenzen und die Amtsdauer betraf, gehörten zu den kontroversen und mehrfach geänderten Regelungen. In dem Regierungsentwurf vom 21. 2. bezogen sich die §§ 61-73 auf den Reichspräsidenten; zur Haltung der Parteien zur Stellung eines Reichspräsidenten vgl. Ziegler, S. 169 ff.

Vogel-Franken⁸ unterstreicht als Bayer die von Quarck und Molkenbuhr geübte Kritik vollinhaltlich. Jeder Partikularismus, nicht nur der süddeutsche, sondern auch der preußische, müsse bekämpft werden. Der Redner bedauert, daß man auch in verkehrspolitische Hinsicht nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen [habe].

Die Aufgaben des Präsidenten könnten ganz gut vom Ministerpräsidenten übernommen werden. Auch der Staatenausschuß (?) sei eine überflüssige Einrichtung.⁹

Hildenbrand führte aus, nicht die Bürokratie, sondern unsere Parteigen ossen ossen in den Einzelregierungen seien es gewesen, die die föderalistischen Bestrebungen in den Entwurf hineingebracht hätten. 10 Das gebe zu denken. Viele der geforderten Dinge könne das Reich noch nicht machen. Die Fraktion solle vor allen Dingen sich jetzt noch nicht festlegen.

Krüger-Potsdam verurteilt scharf, daß die Ausführung der Gesetze wieder Sache der Landes behörden bleiben soll.

Er bespricht dann die Frage der Arbeiter- und Soldatenräte und führt aus, daß die Situation es erfordere, die Arbeiterräte¹¹ dauernd zu legalisieren, ihnen wirtschaftliche Aufgaben, vor allem bei der Sozialisierung zuzuweisen und sie zu dem Zweck den Arbeiterkammern anzugliedern.

Stelling schließt sich Krügers Ausführungen in bezug auf die Anerkennung der Arbeiterräte an. 12

⁸ Gestrichen: "unterschreibt".

⁹ Mit "Staatenausschuß" ist der "Reichsrat" gemeint (§§ 18-27 des Entwurfs vom 21. 2. 1919). Während der am 20. 1. 1919 vorgelegte Entwurf (siehe oben, Anm. 4) ein "Staatenhaus" vorsah, das aus von den Landtagen gewählten Abgeordneten bestand, wurde der Reichsrat eine aus Regierungsmitgliedern gebildete Vertretung der deutschen Gliedstaaten.

¹⁰ Auf der Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten über den Verfassungsentwurf am 25. 1. 1919 hatte Eisner (USPD) für Bayern Stellung gegen den Verfassungsentwurf bezogen und im Namen der süddeutschen Staaten und Sachsens nur ein "Notgesetz" verlangt. Der preußische Ministerpräsident Hirsch (SPD) kritisierte an dem Entwurf eine einseitig gegen Preußen gerichtete Tendenz. Noch im Januar 1919 reichte Bayern einen Abänderungsantrag zum Verfassungsentwurf ein, der u. a. einen Reichsrat aus weisungsgebundenen Regierungsvertretern vorsah und ihm weitgehende Kompetenzen zuwies. Vgl. auch Eisners Instruktion an die bayerische Gesandtschaft Berlin vom 28. 1. 1919 (Regierung der Volksbeauftragten II, S. 266 f. und 345 und Protokoll der Konferenz vom 25. 1. 1919 in: BA Koblenz R 43/I 1863; Schulthess 1919 I S. 21). Schon auf einer Konferenz der süddeutschen Staaten, die am 27./28. 12. 1918 in Stuttgart tagte, hatten sich führende Sozialdemokraten wie Blos, der als württembergischer Staatspräsident Vorsitzender der Konferenz war, und der hessische Ministerpräsident Ulrich gegen den Zentralismus gewandt. Die Konferenz beschloß die "Neueinrichtung Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage"; NL Großmann 60. Vgl. auch die Haltung Auers, zit. bei Werner Gabriel Zimmermann, Bayern und das Reich 1918-1923, o. O., o. J., S. 35. Siehe auch Keil II, S. 179. Eine Gesamteinschätzung des Verhältnisses zwischen Ländern und Reich gibt das Kapitel "Die Länder und die Reichsverfassung" bei Schulz, Demokratie, S. 101 ff., hier vor allem S. 129 ff. und S. 142 ff.

¹¹ Gestrichen: "zu".

¹² Zur Frage der Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung vgl. Potthoff, Verfassungswerk, S. 478; dazu Ziegler, S. 56 ff.

In der Frage der Reichsvertretung hält er ein kollegiales Ministerium, mit einem¹³ Minister präsidenten an der Spitze, der auch als Reichsoberhaupt gelte¹⁴, für ausreichend.

Richard Fischer fordert eine viel stärkere Durchführung des Einheitsgedan-kens und wendet sich scharf gegen den vorgesehenen Reichspräsidenten, die Bedingungen seiner Wahl und seine weitgehenden Rechte, gegen sein Recht der Reichstagsauflösung, seiner vollständigen Bestimmung über die Militärgewalt, gegen seine Erwählung durch Abstimmung im ganzen Volk. Ein Volk, das in seiner Gesamtheit auftritt¹⁵, erweise sich immer als reaktionäre Macht. Alle Länder hätten den Beweis erbracht, das Volksabstimmungen immer gegen fortschrittliche Neuerungen entscheiden.

In ähnlicher scharf kritisierender Weise äußern sich [Hermann] Müller-Breslau, Riedmiller, Schumann, Schreck, Davidsohn, Katzenstein, [Otto] Braun-Duisburg gegen den Entwurf.

Müller verlangt – und nachfolgende Redner schließen sich hierin an – die Namen sum wand lung des Gesetzes in "Verfassung der Deutschen Republik". ¹⁶ Müller ist für den Präsidenten als Vertretung, aber seine Macht¹⁷ sei aufs Äußerste zu beschränken. Zu verwerfen sei die Präsidenten wahl durch Volksabstimmung.

Schumann tritt u. a. für die Vereinheitlichung des Eisenbahn- und Binnenschiffahrts-18 und des Tarifwesens in diesen beiden großen Verkehrszweigen, ferner für begrenzte Befugnisse der Arbeiterräte unter Anlehnung an die Gewerkschaften ein.

Zur Frage der Volksabstimmung bringt Katzenstein zum Ausdruck, sie sei nicht unbedingt zu verwerfen. Es sei auch denkbar, daß sie einer widerstrebenden Parlamentsmehrheit ein notwendiges Gesetz aufzwinge. Die Volksabstimmung könne nur leisten, was die Volkserziehung wert sei.

[Otto] Braun-Duisburg führte aus, daß man sich mit dem Gedanken der Föderativpolitik abfinden müsse. Aber in ihrem Rahmen müsse man sich bemühen, der Einheitsrepublik so nahe wie möglich zu kommen. Zu dem Ziele hin wäre nichts schädlicher, nichts eine größere Vergeudung an Mitteln und Kräften als die 19 Zerschlagung Preußens in eine

¹³ Gestrichen: "Reichspräsidenten".

¹⁴ Verbessert aus: "gelten soll".

¹⁵ Gestrichen: "sei die reak".

¹⁶ Richard Fischer erklärte entsprechend am 28. 2. in der Nationalversammlung: "Das Wort 'Deutsches Reich' hat bei den anderen Völkern heute keinen allzu guten Klang. [...] Deshalb werden wir Sozialdemokraten beantragen, statt 'Verfassung des Deutschen Reiches' zu sagen: 'Verfassung der Deutschen Republik'." Sten. Ber., Bd. 326, S. 372.

¹⁷ Gestrichen: "müsse".

¹⁸ Gestrichen: "wesens".

¹⁹ Gestrichen: "vorherige".

20. 26. 2. 1919 Fraktionssitzung

Reihe leistungsunfähigerer Staaten mit geringer Steuerkraft.²⁰ Es gelte, dem Reich so viel [wie] möglich Befugnisse zuzusetzen, die Bestimmungen, die die partikularistischen Bestrebungen fördern, aus dem Entwurf herauszubringen.

Bei der morgen fortzusetzenden Beratung will der Vorstand eine Reihe prinzipieller Vorschläge unterbreiten.

Als erster Plenarredner zur Verfassungsfrage wird Richard Fischer²¹, zur Behandlung der Interpellation Arnstadt betr. die Eingriffe in die Religionsausübung besonders in Sachsen, Hamburg und Braunschweig wird Hellmann-Hamburg bestimmt.²²

Löbe

- 20 In dem ersten Verfassungsentwurf von Preuß vom 3. 1. 1919 war in § 29 eine Aufteilung Preußens vorgesehen. Danach sollten 16 "Gebiete" Abgeordnete ins Staatenhaus entsenden: Preußen (d. h. Westpreußen, Ostpreußen und Bromberg), Schlesien, Brandenburg, Berlin, Niedersachsen, Obersachsen (d. h. Sachsen, Merseburg, Magdeburg), Thüringen, Westfalen, Hessen, Rheinland, Bayern usw. In dem nach der Kabinettsberatung durch die Volksbeauftragten revidierten Entwurf II vom 20. 1. 1919 waren diese Bestimmungen entfernt worden. Triepel, S. 7 ff. und 10 ff.; Regierung der Volksbeauftragten II, S. 237 ff., 242, 249, 257 f., 308, 341–343. Zu Otto Brauns Vorstellungen vgl. Schulze, Braun
- 21 Gestrichen: "bestimmt". Fischer sprach am 28. 2. 1919; Sten. Ber., Bd. 326, S. 371 ff.; vgl. auch Anm. 16.
- 22 Die Interpellation Arnstadt und Genossen (DNVP) betr. den Religionsunterricht vom 24. 2. 1919 (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 61) wurde erst am 11. 3. 1919 verhandelt; für die SPD sprach dazu Hellmann. Er rief heftigen Widerspruch des Zentrums und der Rechtsparteien hervor, als er die Trennung von Staat und Kirche bejahte. Präsident Fehrenbach (Zentrum) erteilte ihm einen Ordnungsruf, weil Hellmann gesagt hatte, die "Kirche" würde "um ihr Dasein" kämpfen. Sten. Ber., Bd. 326, S. 663, 671 ff.

20.

26.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 26. Febr., 10 Uhr vormittags."

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Vogel-Franken seinen Bericht über die Lage in Bayern¹, dann wird die Generaldebatte über den Verfassungsent wurf weitergeführt.

Es sprechen noch Kahmann, König, Wissell, David, Heinrich Schulz, Rich[ard] Fischer, Katzenstein, Noske, Hildenbrand, Hue, Quarck, Vogel, Braun, Stock,

¹ Zur Situation in Bayern nach der Ermordung Kurt Eisners am 21. 2. 1919 vgl. vor allem Mitchell, S. 240 ff.; Heinrich Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, München 1974, S. 36 ff. In diesen Werken Angaben über die weitere umfangreiche Literatur.

[Hermann] Müller-Breslau, Molkenbuhr, Landsberg, Bauer, Giebel, Severing, Löbe, Schumann, Stelling, Krüger-Potsdam, Silberschmidt, Thöne, Obermeyer.

Nach der Mittagspause wurde die Debatte um 3 Uhr wieder aufgenommen und mit folgenden teils einstimmig, teils gegen wenige Stimmen gefaßten Beschlüssen, die als Direktiven für unsere Redner gelten sollen, zu Ende geführt:

- 1. Umwandlung der Überschrift in "Verfassung der deutschen Republik" (gegen etwa 6-8 Stimmen)²,
- 2. Eintreten für Verstärkung der Zentralgewalt der Republik in wirtschaftlicher und politischer Beziehung und gegen die Reservatrechte der Einzelstaaten (mit großer Mehrheit),
- 3. die end gültige Stellungnahme³ der Fraktion zur Institution des Reichspräsidenten wird davon abhängen, wieweit seine Rechte, ent gegen der jetzigen Vorlage, beschränkt werden (gegen 3 oder 4 Stimmen)⁴,
- 4. die Fraktion ist einstimmig gegen die Schaffung der Präsidenten für Freistaaten⁵,
- 5. sie hält den Reichsrat für unumgänglich notwendig, aber auch ihm gegenüber soll der Reichsregierung so viel wie möglich an Rechten eingeräumt werden,
- 6. der Reichsrat soll aus den Volksvertretungen der Freistaaten gewählt, nicht von deren Regierungen ernannt werden⁷,
- 7. die Amtszeit des Präsidenten soll w e n i g e r als sieben Jahre betragen.8

- 3 Gestrichen: "zur".
- 4 Am 28. 2. erklärte Richard Fischer in der Nationalversammlung, seine Partei behalte sich eine "endgültige Stellungnahme" zum Reichspräsidenten vor, bis dessen Befugnisse geklärt seien. Manche der ihm "zugeschriebenen Befugnisse erregen bei mir Bedenken". Sten. Ber., Bd. 326, S. 373 f. In der Sitzung des Verfassungsausschusses am 8. 4. 1919 wandte sich Richard Fischer erneut gegen ein Präsidialsystem. Er stimmte zusammen mit Cohn (USPD) gegen den entsprechenden Art. 61 der Verfassung. Sten. Ber., Bd. 336, Verfassungsausschuß, S. 278 f.; Ziegler, S. 169. Zur Geschichte der Verfassungsbestimmungen über den Reichspräsidenten allgemein vgl. Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, S. 117 ff.
- 5 Präsidenten für die Einzelstaaten waren in dem Regierungsentwurf nicht vorgesehen. Zu dahin gehenden Überlegungen insbesondere zur Frage eines preußischen Staatspräsidenten vgl. Schulz, Demokratie, S. 171 f.; NL Koch-Weser Nr. 16 (1. 3. 1919).
- 6 Gestrichen: "Unumgl".
- 7 Vgl. Nr. 19, Anm. 9. Der am 21. 2. der Nationalversammlung vorgelegte Entwurf sah in Art. 21 vor: "Die Gliedstaaten werden im Reichsrate durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten [...]." Bei den Beratungen der Verfassungsartikel über den Reichsrat im Verfassungsausschuß am 26. 3. 1919 wurde die Weisungsfreiheit gestrichen. Es blieb beim System der Regierungsvertretungen, lediglich die preußischen Stimmen sollten zur Hälfte von den Provinziallandtagen gestellt werden. Auch die SPD stimmte im Verfassungsausschuß dieser Regelung zu; Sten. Ber., Bd. 336 [Verfassungsausschuß], S. 156; Ziegler, S. 312; vgl. auch Keil II, S. 177.
- 8 Es blieb bei der im Entwurf vom 21. 2. vorgesehenen Amtszeit von 7 Jahren. Ein Antrag der DNVP, sie auf 10 Jahre zu erhöhen, wurde bei der Lesung abgelehnt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1318 f.

² Vgl. Nr. 19, Anm. 16. – Ein von der SPD unterstützter Antrag der USPD-Fraktion, statt "Deutsches Reich" die Bezeichnung "Deutsche Republik" zu wählen, wurde bei der 2. Lesung abgelehnt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1209 ff., 1215, 1224.

21. 28. 2. 1919 Fraktionssitzung

Zur Frage der Soldatenräte soll nichts? zur Frage der Arbeiterräte soll ausgeführt werden, daß sie im Einverständnis mit den Gewerkschaften ausgebaut werden sollen, um auf wirtschaftlich em Gebiete, besonders auch im Produktionsprozeß und in seiner Kontrolle, im Interesse der Arbeiter tätig zu sein. 10

Eine eingehende Behandlung der Verfassungsvorlage nach Kapiteln soll in der nächsten Zeit erfolgen.

Löbe

21.

28.2.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Freitag, den 28. II., 8 Uhr abends."

Die¹ Fraktion spricht sich in kurzer Erörterung der gestrigen Vorgänge im Plenum dahin aus, daß die erregten Szenen mit den Unabhängigen nach Möglichkeit vermieden werden sollten.²

Dem Seniorenkonvent hat ein Antrag vorgelegen, den Sitzungen des Verfassungsausschusses eine gewisse Öffentlichkeit durch von Journalisten geschriebene Presseberichte über die Verhandlungen zu geben. – Alle Mitglieder des Seniorenkonvents, auch der Vertreter der Unabhängigen haben sich dagegen erklärt. Die Reichstagsberichte her unschuß die für die Abgeordneten bestimmten Verhandlungsberichte herausgeben, sollen daraus einen Auszugfür die Pressenfertigen, den dann jeder sich zum eigenen Gebrauch zurechtmachen kann. – Die Fraktion ist damit einverstanden.

^{9 &}quot;?" im Original mit Tinte eingefügt.

¹⁰ Fischer führte als Sprecher der Fraktion in seiner Rede vom 28. 2. vor der Nationalversammlung u. a. aus: "In ihren politischen Funktionen haben die Arbeiterräte jetzt nach der Wahl demokratischer Vertretungen in Reich, Staat und Gemeinde sich in die neuen verfassungsmäßigen Zustände einzufügen. Auf wirtschaftlichem Gebiet verbleibt ihnen aber ein weites Tätigkeitsfeld, und es wird eine der ersten Aufgaben der sozialen Gesetzgebung sein müssen, die Funktionen solcher Arbeiter- oder Betriebsräte, oder wie man sie nennen will, gesetzlich festzulegen." Sten. Ber., Bd. 326, S. 376; vgl. auch Oehme, S. 239 ff.

¹ Vor "Die" gestrichen: "Löbe teilt mit".

² Am 27. 2. 1919 war es in der Nationalversammlung zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten der SPD und der USPD gekommen. Nach einer Rede Noskes hatte der USPD-Abgeordnete Brass der Regierung "Lockspitzelwirtschaft" vorgeworfen. Nach einer scharfen Entgegnung Schöpflins (SPD) und einer heftigen Erwiderung Dr. Cohns (USPD) kam es zu einem weiteren Wortwechsel, in den Noske, Adolf Braun (SPD) und Luise Zietz (USPD) eingriffen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 324 ff.

³ Dahinter gestrichen: "Man will".

Fraktionssitzung 28. 2. 1919 21.

Sie bespricht dann die Lage im Reich und hält es für richtig, daß die Regierung heute noch ihre bekanntgewordene Absicht ausführe und einen Aufrufhinaussende.⁴

Daneben sollen Fraktion und Parteivorstand⁵ noch eine besondere Kundgebung an die Arbeiter erlassen, die ebenfalls so schnell wie möglich hinausgehen⁶ und besonders auch das enthalten soll, was wir an Positivem für die Arbeiter schaffen wollen.

Mit der Abfassung wird einstimmig der Kollege Bader betraut, der ein Mitglied des Parteivorstandes hinzuziehen soll.⁷

In der Diskussion gingen fast alle Redner auch auf unser Verhältnis zu den Unabhängigen ein und betonten die Notwendigkeit, viel schärfer den Kampf gegen⁸ sie aufzunehmen. –

Zurückgestellt wurde angesichts der Vertagung der preußischen Landtagseröffnung⁹ die Frage, ob von¹⁰ der Nationalversammlung ein Druck ausgeübt werden solle, daß kein preußischer Landespräsident und keine endgültige

- 5 Gestrichen: "jedoch".
- 6 Gestrichen: "soll".

- 8 Gestrichen: "die Unabhängigen".
- 9 Die Verfassunggebende Landesversammlung trat erst am 13. 3. zur konstituierenden Sitzung zusammen; Schulthess 1919 I, S. 120.

⁴ Ende Februar flammte im Ruhrgebiet die Streikbewegung der Bergleute wieder auf, in Mitteldeutschland brach am 24. 2. ein Generalstreik aus, in Braunschweig wurde am 28. 2. eine Räterepublik ausgerufen und in Bayern beschloß der Rätekongreß am gleichen Tag, selber ein neues Ministerium einzusetzen. Siehe den Überblick bei Miller, Bürde, S. 252 ff. mit der bezeichnenden Überschrift "Bürgerkrieg"; dort weiterführende Literatur.

Am 1. 3. 1919 erließ die Reichsregierung einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie vor einer drohenden politischen und wirtschaftlichen Anarchie warnte und ihre Entschlossenheit betonte, jede Art von Gewalttätigkeit rücksichtslos zu bekämpfen. Gleichzeitig bekannte sie sich zur wirtschaftlichen Demokratie. "Wir sind dabei, das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen: die Betriebsräte, wie wir sie schon bei den Verhandlungen mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene, berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemischt wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können." Vorwärts Nr. 112 vom 2. 3. 1919.

⁷ In dem gemeinsamen Aufruf des Parteivorstandes und der Nationalversammlungsfraktion "Gegen die Tyrannei" hieß es u. a.: "die Soldatenräte verschwinden nicht! Sie werden mit ihren elementaren Befugnissen erhalten bleiben. [...] Die Arbeiterräte verschwinden ebensowenig! Sie müssen in Betriebsräte umgewandelt werden." Der Aufruf wurde im Vorwärts Nr. 113 vom 3. 3. 1919 veröffentlicht. Am gleichen Tag brach in Berlin der Generalstreik aus. Ein entsprechender Beschluß war von der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins mit den Stimmen vieler SPD-Mitglieder gefaßt worden. Überblick bei Miller, Bürde, S. 260 f.

¹⁰ Gestrichen: "Weim[ar]".

22. 3. 3. 1919 Fraktionssitzung

Preußenverfassung geschaffen werden soll, bevor die Reich sverfassung zustande gekommen.¹¹

Katzenstein und Hue werden beauftragt, in möglichster Schnelligkeit einen Initiativantrag zur Abschaffung der feudalen Bergregale und der Sozialisierung der Bodenschätze auszuarbeiten und der Fraktion vorzulegen.¹²

Die Wohnungskommission soll eine kurze Resolution ausarbeiten, durch die in der Parteipresse unsere Stellung zur Wohnungsfrage dargelegt werden soll.¹³

Löbe

- 11 Vgl. Nr. 20, Anm. 5. Mit dem "Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt" vom 20. 3. 1919 erfolgte in Preußen zunächst nur eine provisorische Grundordnung. Erst am 30. 11. 1920 gab sich Preußen seine, den Rahmenvorschriften des Reichsrechts angepaßte Verfassung. Zu ihrem Entstehungsprozeß und zu ihren inhaltlichen Gehalten vgl. Huber, Verfassungsgeschichte VI, S. 744 ff.; Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 80 ff., 93 ff. und 114 ff.
- 12 Am 1. 3. 1919 brachte die SPD folgenden Antrag ein: "I. das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen steht allein der Nation zu. II. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Bergwerke und die Erzeugnisse von Energie mit möglichster Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei die Arbeiter und Angestellten durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle und Verwaltung zu beteiligen." Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 99; vgl. auch Oehme, S. 251 ff.; Dokumente und Materialien, S. 294 ff.; Ströbel, S. 152 ff. und *Vorwärts* Nr. 112 vom 2. 3. 1919.
- 13 Der Vorwärts veröffentlichte die angekündigte Resolution über die Haltung der Partei zur Wohnungsfrage nicht; ob die lokalen Blätter sie brachten, ließ sich nicht ermitteln. Bei der Wohnungskommission handelte es sich um einen Ausschuß der Fraktion; vgl. Nr. 12.

22.

3.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Montag, den 3. März, 8 ½ Uhr abends."

Unter den Eingängen, die Vorsitzender Löbe verliest, befindet sich eine Aufforderung des Zentralrats (gezeichnet Cohen-Reuß), die Verfolgung der Mörder Liebknechts und Luxemburgs dem Kriegsgericht zu entziehen und dem ordentlichen Gericht zu überweisen.

¹ Der Zentralrat hatte nach langwierigen Beratungen in seiner Sitzung vom 24. 2. 1919 entschieden, wegen der Mißstände beim Untersuchungsverfahren gegen die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das von Kriegsgerichtsrat Karl Jorns sehr parteilich geführt wurde, an Regierung und SPD-Fraktion zu schreiben. Die Briefentwürfe wurden in der Sitzung vom 26. 2. 1919 besprochen und die Absendung am 28. 2. 1919 beschlossen; Zentralrat, S. 675 ff., 729, 747 f. Das Verfahren wurde nicht, wie vom Zentralrat gefordert, an ein ordentliches Zivilgericht überwiesen; der Prozeß fand vielmehr vom 8.–14. Mai 1919 vor dem Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division statt; vgl. Illustrierte Geschichte, S. 305 ff.; Gumbel, S. 10 ff.; Elisabeth Hannover-Drück/Heinrich Hannover (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt a. M. 1968.

Fraktionssitzung 3. 3. 1919 22.

Auf Anregung Hochs wird bestimmt, daß Löbe die Sache der Regierung vortragen und ihr den Wunsch der Fraktion ausdrücken soll, daß alles, und zwar mehr als bisher, getan werden müsse, um die Angelegenheit Liebknecht-Luxemburg schneller zum Abschluß zu bringen.²

Müller-Breslau berichtet über die Geschäftslage des Hauses.³ Man hat die Absicht, mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse im Reich keine längere Vertagung eintreten zu lassen. Die Fraktionskollegen, sofern sie nicht ganz dringend in ihren Bezirken benötigt werden, mögen auch während der kurzen Pause, die etwa gegen Ende dieser Woche beginnen soll, in Weimar verbleiben.

Löbe ergänzt diese Ausführungen und macht dann Mitteilungen über die in einer Sitzung mit den Regierungsvertretern besprochene ungeheuer schlechte Ernährungssituation, die bei den Verhandlungen in Spaerreichbaren Zugeständnisse zu Lebensmittellieferungen durch die Entente und die Bedingungen ihrer Bezahlung.⁵

Die Fraktion nimmt diese Mitteilungen ohne Debatte entgegen. -

Aus J e n a ist eine fünfköpfige⁶ Abordnung von Parteigenossen erschienen, die der Fraktion die unzufriedene Stimmung der Arbeiterschaft darlegen und ihre Wünsche auseinandersetzen will.⁷

Faber-Jena setzt auseinander, daß die Arbeiterschaft mehr und mehr geneigt sei, den Darlegungen der Unabhängigen zuzustimmen, daß die Nationalversammlung der Arbeiterschaft bisher so gut wie nichts gegeben habe. Sie wolle vor allem, daß in der Verfassung ausgesprochen werde: Deutschland ist eine Republik. Ferner gelte es die Anerkennung des Arbeiterrats systems, die Durchführung des Sozialisierungsprinzips [durchzusetzen], und weiter sei die schleunige Einberufung eines Parteitags vonnöten.

Dr. Zinner-Jena und noch ein weiterer Jenaer Genosse unterstützen diese Beschwerden. Löbe, Wissell, Müller-Breslau und Baudert erwidern auf die Ausführungen.

Wissell hebt als besonders wichtiges Moment gegen die bisherige Sozialisierung hervor, daß die Entente bisher klipp und klar erklärte: Jedes Staatseigentum dient uns

² Vgl. dazu auch die scharfen Vorwürfe gegen die Militärgerichte im Vorwärts Nr. 86 vom 16. 2. und die Denkschrift zum Fall Liebknecht/Luxemburg in Nr. 93 bzw. 95 vom 20. und 21. 2. 1919. Eingehende Darstellung in der Schrift: "Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozeßbericht, Berlin 1920; vgl. auch Anm. 1.

³ Dahinter gestrichen: "Man ist der Meinung".

⁴ Streichung unleserlich.

⁵ Die am 4. und 5. 3. 1919 von der deutschen Waffenstillstandskommission geführten Verhandlungen über ein Lebensmittelabkommen in Verbindung mit einem Finanz- und Schiffahrtsabkommen blieben ohne Ergebnis. Vgl. Schulthess 1919 II, S. 500 f.; ferner den in Kabinett Scheidemann, S. 12 ff. abgedr. Bericht der Generäle über die Arbeit der Waffenstillstandskommission in Spa, S. 24.

⁶ Im Original über "fünfköpfige" ein "?" vermerkt.

⁷ Über die Stimmung in Jena vgl. Dokumente und Materialien, S. 411. Zu den Forderungen vgl. das weitgehend identische Verlangen des Aktionsausschusses für den mitteldeutschen Generalstreik; Faksimile in: Illustrierte Geschichte, S. 373.

23. 4. 3. 1919 Fraktionssitzung

als Pfand für unsere Forderungen, die wir an Deutschland haben. Jetzt jedoch glaube die Regierung in zwei Gesetzentwürfen, die möglichst schnell verabschiedet werden und denen ein auf die Kaliindustrie bezüglicher bald folgen soll, in klarer Weise das zum Ausdruck gebracht zu haben, was die organisierten Arbeiter fordern. Wissell erläutert die beiden Entwürfe.⁸

Müller-Breslau teilt mit, welche Dispositionen der Parteivorstand bereits getroffen, um eine Klärung in der Partei herbeizuführen. Ein Parteitag würde sich jedoch kaum vor Fertigstellung der Verfassung, also vor Ablauf einiger Monate ermöglichen lassen.

Gegen diese letztere Auffassung erheben Schumann und Röhle schwere Bedenken. Da jedoch in diesem Augenblick⁹ alle Parteivorstandsmitglieder¹⁰ die Sitzung verlassen hatten, da sie dringend zu einer Parteivorstandssitzung erscheinen mußten, soll die Frage "Parteitag" in einer der nächsten Fraktionssitzungen weiter erörtert werden.

Löbe bittet die Jenaer Genossen, die gehörten Auskünfte den Jenaer Arbeitern mitzuteilen und verspricht, daß die Fraktion ihrerseits¹¹ das mögliche tun werde, den Wünschen der Arbeiterschaft gerecht zu werden.

Nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr.

Löbe

23.

4.3.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Dienstag, den 4. März, 10 Uhr vormittags."

Löbe gibt die wichtigsten der Eingänge bekannt. Dann tritt Katzenstein für die Schaffung eines besonderen Ausschusses ein, der die Verbindung zwischen Regierung und Fraktion aufrechterhalten soll, damit sie rechtzeitig unterrichtet ist, wenn die Regierung Maßnahmen plant oder Gesetzentwürfe vorbereitet.

⁸ Reichswirtschaftsminister Wissell legte am 4. 3. 1919 der Nationalversammlung den "Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes" und den "Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft" vor, denen der Staatenausschuß in den vorliegenden Fassungen zugestimmt hatte; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 105. Der "Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft" folgte am 10. 4. 1919; ebd., Nr. 245. Zum Ablauf des Gesetzgebungsprozesses vgl. Nr. 26.

⁹ Gestrichen: "die".

¹⁰ Von den Abgeordneten der SPD gehörten gleichzeitig dem Parteivorstand an: Otto Braun, Eugen Ernst, Marie Juchacz, Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller, Otto Pfannkuch, Philipp Scheidemann und Otto Wels.

¹¹ Gestrichen: "alles tun".

Fraktionssitzung 4. 3. 1919 23.

Nachdem von verschiedenen Seiten ein solches Nebeneinander von Fraktionsvorstand und Ausschuß als nicht für dienlich bezeichnet worden [war], ändert Katzenstein seinen anfänglich eingereichten Antrag dahin um,

die Parteigenossen in der Regierung zu ersuchen, die Fraktion von wichtigen Vorgängen und beabsichtigten Beschlüssen rechtzeitig zu unterrichten.

Nach einer weiteren Aussprache zieht Katzenstein jedoch auch diese Fassung² zurück, weil er nach der gepflogenen Debatte auf die Durchführung seines Antrages rechnet.

Dann wird nach kurzer Erörterung einer kleinen Differenz³ mit den bürgerlichen Mehrheitsparteien ob der vollständig selbständigen Einbringung des Initiativantrages *Hue-Katzenstein*⁴ folgender Antrag **Schulz** angenommen:

Vor der Einbringung von Initiativanträgen und vor der Einleitung anderer wichtiger parlamentarischer Handlungen in der Regel vorher mit den verbündeten Parteien eine Verständigung herbeizuführen.

Ein Antrag Katzenstein, innerhalb der Fraktion schnellstens die Frage der Arbeiterund Soldatenräte in ihrem ganzen Umfang zu klären und mit dem Studium dieser Frage und der baldigen Berichterstattung an die Fraktion entweder einen besonderen oder den Sozialpolitischen Ausschuß⁵ zu betrauen, wird grundsätzlich gutgeheißen.⁶

¹ Gestrichen: "Reichs".

² Gestrichen: "seines Antrages"

³ Streichung: "unleserlich".

⁴ Siehe oben Nr. 21, bes. Anm. 12.

⁵ Gemeint sein dürfte der entsprechende Ausschuß der Fraktion.

⁶ Zur Frage einer gesetzlichen Regelung für die Arbeiterräte vgl. oben Nr. 20, Anm. 10 und Nr. 21, Anm. 4 und 7. – Am 3. 3. 1919 wurde auf Beschluß der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins mit den Stimmen vieler SPD-Mitglieder der Generalstreik ausgerufen. Mit einer Abordnung der Berliner Arbeiterschaft, in der SPD-Vertreter die Mehrheit stellten, traf die Reichsregierung am 4. 3. 1919 in Weimar eine Vereinbarung, die u. a. vorsah:

[&]quot;a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretungen grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu veranlassendes besonderes Gesetz geregelt. b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. c) [...]. d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeiterräte (Arbeitskammern) und für das Reich ein Zentralarbeitsrat gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeitsräten sollen alle selbst Arbeit Leistenden, auch die Arbeitgeber, die freien Berufe usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbezweige heranzuziehen. Sie haben alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Regierung wird den Zentralrat vor der Einbringung solcher Gesetze hören." Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann. Herausgeber Friedrich Purlitz. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution, Leipzig [1921], Bd. 2, S. 4 ff. Diese Vereinbarung nahm die Reichsregierung wörtlich unter Punkt "1. Arbeiterräte" in ihre "Erklärung über die gesetzgeberischen Absichten der Regierung vom 5. März 1919" auf; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 385 (Anlage 1).

23. 4. 3. 1919 Fraktionssitzung

Jedoch wird mit 33 gegen 29 Stimmen die Beratung der Frage dem Verfassungsausschuß überwiesen.⁷

Ein weiterer Antrag Katzenstein geht dahin, von Fraktions wegen in den Gang der Spartakistenprozesse⁸ einzugreifen und etwa drei Genossen, die die Berliner Verhältnisse kennen, mit der selbständigen Untersuchung der seit Monaten umlaufenden Gerüchte über die Ermordung von Gefangenen zu betrauen.

Die Fraktion hält Aufklärung für dringend nötig, kann sich aber zur Annahme des Katzensteinschen Antrages nicht entschließen angesichts des Umstandes, daß kein bestimmter Tatbestand vorgebracht werden kann. Von den 7 angeblich Erschossenen hat bis jetzt keiner namhaft gemacht werden können.

So beauftragt sie Katzenstein, zunächst einmal brieflich oder mündlich zu recherchieren und dann der Fraktion Bericht zu erstatten.

Dann wird in einer eingehenden Diskussion, an der Röhle, Wels, Vogel, [Hermann] Müller-Breslau, König, [Otto] Braun-Duisburg, Meerfeld, Davidsohn, H[einrich] Schulz, Schumann, Simon teilnehmen, die gestern zurück[ge]stellte Frage der Abhaltung eines Parteitages debattiert und 10 folgender 11 Beschluß einstimmig angenommen:

Die Fraktion ersucht den Parteivorstand, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß und den Fraktionsmitgliedern die innere Situation zu besprechen. Diese Sitzung wäre dann befugt, über die Einberufung des Parteitages zu beschließen.¹²

Die nächste Fraktionssitzung findet heute nach dem Plenum statt.

Löbe

⁷ Nicht zu klären, ob damit ein sonst nicht erwähnter Ausschuß der Fraktion oder der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung gemeint ist. – Die gesetzgeberische Ausführung der "Erklärung" vom 5. 3. 1919 (siehe die vorige Anm.) zog sich hin. Die Regierung legte nach Beratungen am 20. 3., 26. 3. und 4. 4. 1919 am 6. 4. 1919 den "Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Artikels 34 des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reiches" vor. Zur Beschlußfassung wurde dieser Entwurf "mit Zustimmung des Staatenausschusses" der Nationalversammlung von Reichsinnenminister Preuß und Reichsarbeitsminister Bauer am 10. 6. 1919 vorgelegt. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beriet darüber erstmals am 2. Juni; Kabinett Scheidemann, S. 72 ff., 103 ff., 131 ff.; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 385; Bd. 336, Anlagen Nr. 391, S. 393 ff.

⁸ Gemeint sein dürften die Verhandlungen zur Aburteilung der bei den Januarkämpfen in Berlin, dem sogenannten Spartakusaufstand, festgenommenen Aufständischen. Diese Prozesse fanden im Februar und März 1919 statt.

⁹ Bezieht sich auf die Erschießung von 7 Parlamentären, die wegen der Übergabe des Vorwärts am 11. 1. 1919 mit den Regierungstruppen verhandeln wollten. Vgl. dazu Müller, S. 63 f.; ferner Gumbel, S. 9 f. Oberst Wilhelm Reinhard, der von Noske eingesetzte Kommandant von Berlin, stellte es aus seiner Sicht so dar: "Die Besatzung des Vorwärts zeigte schließlich weiße Fahnen. Heraustretende Führer wurden von den wütenden Angreifern untersucht und erschossen, weil sie abgeplattete Munition bei sich führten." [Wilhelm] Reinhard, 1918–19. Die Wehen der Republik, Berlin 1933, S. 76.

¹⁰ Gestrichen: "zum Schluß".

¹¹ Gestrichen. "Reg".

¹² Diese Parteikonferenz tagte am 22./23. 3. 1919 in Weimar. Sie beschloß die Einberufung des Parteitages zum 10. 6. 1919. Siehe Nr. 29.

Fraktionssitzung 4. 3. 1919 24.

24.

4.3.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Dienstag, d. 4. März, 6 1/4 Uhr abends."

Die Fraktion befaßt sich mit der Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung und bestimmt als ersten Debattenredner zur Polen-Interpellation der Deutschnaften alen den Genossen [Wilhelm] Schulz-Posen, als zweiten den Genossen Davidsohn.\(^1\) Sie sollen bei aller Sch\(^2\)rfe, mit der den Polen entgegenzutreten ist, ihnen auch Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sie sollen zum Ausdruck bringen, daß die Gereiztheit der Polen mitverschuldet ist durch die fr\(^2\)her betriebene Polenpolitik, und dann den Ton der Verst\(^2\)and in den finden.

[Hermann] Müller-Breslau macht Mitteilung über den Gang der Geschäfte des Hauses, wie er bis jetzt vorgesehen ist. – Bei allen Parteien ist der Wunsch rege, sobald wie möglich zu einer kleinen Pause zu kommen. Aber solange die inneren Verhältnisse im Lande keine besseren sind, kann das Haus nicht auseinandergehen.

Die Fraktion stimmt einer Anregung zu, daß Interpellationen und Initiativanträge der Fraktionen in Zukunft nicht mehr von den Ministern mitunterzeichnet werden sollen, die der betreffenden Fraktion angehören. –

Mit dem Genossen Heine, der im Staatenausschuß gegen das Sozialisierungs gesetz Einspruch erhoben [hat]², soll in einer der nächsten Fraktionssitzungen eine Aussprache gepflogen werden.

¹ Gestrichen: "Die Redner". – Die Interpellation der DNVP vom 27. 2. 1919 richtete an die Regierung die Frage, was sie gegen die Verletzung der Demarkationslinie durch Polen, zum Schutz von Leben und Eigentum der deutschen Bewohner, für die Freilassung deutscher Geiseln und für die Rückkehr geflüchteter Deutscher in ihre Heimat zu tun gedenke; Sten. Ber., Bd. 326, S. 511 ff. und 532 f.

² Wolfgang Heine, seit 27. 11. 1918 preußischer Justizminister, Mitglied des Staatenausschusses. – Dem von Reichswirtschaftsminister Wissell am 11. 3. 1919 eingebrachten Entwurf hatte der Staatenausschuß zugestimmt. Vgl. Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 105.

25. 6.3.1919 Fraktionssitzung

25.

6.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. Donnerstag, d. 6. März, nachm., 3 Uhr."

Die Fraktion billigt die gestern im Plenum mitgeteilte Lebensmittelinterpellation Löbe, Gröber, Payer, von der vor ihrer Einbringung der Fraktion keine Mitteilung gemacht werden konnte.

Als Fraktions-Redner zu dieser Interpellation wird Sollmann-Köln bestimmt.²

In eingehender Weise werden sodann die beiden Entwürfe eines Sozialisierungsgesetzes und der Regelung der Kohlenwirtschaft diskutiert.³ Vor Eintritt in die Debatte hatte Genosse [Hermann] Müller-Breslau mitgeteilt, daß sich bei den beiden anderen Mehrheitsparteien eine Stimmung bemerkbar mache, die beiden Gesetze ohne Kommissionsberatung⁴ zu verabschieden.

Die Fraktion beschloß einstimmig, sich dem nicht entgegenzustellen, wenn beide Mehrheitsparteien sich für den Wegfall der Kommissionsberatung erklären sollten.

Wird dagegen Kommissionsberatung beschlossen, so soll die Fraktion dafür eintreten, daß die beiden Entwürfe einem b e s o n d e r e n Ausschuß überwiesen werden. Doch wird dem Fraktionsvorstand Vollmacht gegeben, mit den beiden anderen Parteien sich darüber zu verständigen.⁵

Als Plenarredner zu den beiden Gesetzen werden Hue und als zweiter Molkenbuhr bestimmt ⁶

Die Bestimmung der Fraktionskollegen, die in dem interfraktionellen Ausschuß⁷ die notwendigen Verbesserungsanträge ausarbeiten, wird dem Vorstand überlassen.

¹ Gestrichen: "der Frakt".

² In der Interpellation von SPD, Zentrum und DDP hieß es, die Erntevorräte würden für Deutschland nicht ausreichen und es wurde gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um die Ernährung zu sichern. Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 106. Die Interpellation wurde am 8. März 1919 behandelt. Sollmanns Rede vgl. Sten. Ber., Bd. 326, S. 651 ff.

³ Vgl. dazu oben Nr. 22, bes. Anm. 8.

⁴ Gemeint ist: ohne Beratung in einem Ausschuß der Nationalversammlung.

⁵ Die Gesetzentwürfe wurden nach der Diskussion am 8. 3. 1919 vom Plenum ohne Widerspruch an den Ausschuß für den Reichshaushalt überwiesen; Sten. Ber., Bd. 326, S. 615.

⁶ Hue sprach am 7. März 1919 im Plenum, Molkenbuhr am 8. März; Sten. Ber. Bd. 326, S. 547 ff. und 578 ff.

⁷ Gemeint ist hier der zuvor erwähnte Sonderausschuß. Die Einsetzung eines "Interfraktionellen Ausschusses" als ständiges Koordinationsgremium der Koalitionsparteien wurde erst in der Fraktionssitzung vom 26. 3. 1919 gebilligt; siehe Nr. 32.

Es soll bei dieser Beratung im interfraktionellen Ausschuß versucht werden, so viel wie möglich von unserm Antrag 99 in das Gesetz hineinzubringen.⁸

Soweit das nicht gelingt, soll das Fehlenbleibende in Form einer von uns einzubringenden Resolution beschlossen werden, die der Regierung die Richtlinien zur Ausführung des Gesetzes geben soll. (Gegen e i n e Stimme angenommen.)⁹

- Dem Vorstand wird aufgegeben, bei allernächster Gelegenheit mit dem Ministerpräsidenten darüber zu reden, daß unsere Unterstaatssekretäre im R e i c h s p o s t a m t und im R e i c h s a m t d e s I n n e r n noch immer nicht eingestellt sind. 10
- Ferner soll der Vorstand beim Kollegen Göhre erneut die Abfassung des Preseseartikels über die Kommandogewalt in Anregung bringen. 11
- Die Frage der Betriebsräte wird zur Vorarbeit dem¹² Ausschuß für Sozialpolitik¹³ unterbreitet.

26.

12.3.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Mittwoch] 12. März, 9 Uhr vormittags."

Die Fraktion hat Stellung zu nehmen zu den beiden Sozialisierungsgesetzen, wie sie nach einer langwierigen und gründlichen Beratung im Haushaltsausschuß gestaltet sind, und entscheidet sich nach einleitenden Referaten der Genossen Löbe und Hue und einer eingehenden Aussprache für die Annahme beider Gesetze.¹

⁸ Zum Inhalt des Antrages 99 der SPD vom 1. 3. 1919 siehe Nr. 21 Anm. 12.

⁹ Vgl. Nr. 26.

¹⁰ Siehe Nr. 12 (Anm. 3) Weder Taubadel noch Quarck wurden berufen; erst im Juni 1919 stimmte das Kabinett der Ernennung von Heinrich Schulz zum Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern zu. Vgl. Nr. 60.

¹¹ Vgl. Nr. 15 Anm. 3.

¹² Gestrichen: "sozialen".

¹³ Gemeint sein dürfte der Ausschuß der Fraktion. – Zum Zusammenhang vgl. Nr. 20, 21 und 23, bes. Anm. 6 und 7.

¹ Zu den Änderungen des Haushaltsausschusses am Wissellschen Entwurf – siehe diesen unter Nr. 22, Anm. 8 – vgl. Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 122. Danach war in § 1 eingefügt: "Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht". Der § 2 lautete nunmehr: "Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinschaft zu überführen, 2.

Jedoch soll beantragt werden im § 2 des Sozialisierungsgesetzes die Worte "gegen Entschädigung", sowie den letzten Absatz, beginnend "Die näheren Vorschriften" usw. zu streichen und an die Stelle dieses letzten Absatzes zu setzen: "Die Regelung der Entschädigungsfrage wird zukünftigen Reichsgesetzen vorbehalten."²

Ein Antrag, auch die Worte "unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" zu streichen, wird abgelehnt.

Weiter stimmte die Fraktion dem zu, daß gegen die von der Kommission vorgenommene S t r e i c h u n g des Wortes "ungesäumt" in der Sozialisierungsvorlage nichts mehr unternommen werden soll.

Als Plenarredner für die Begründung des Sozialisierungsgesetzes wurde Dr. [Adolf] Braun-Nürnberg³ mit der Maßgabe, daß er erst n a c h den Rednern der Rechten das Wort ergreife, als Plenarredner für das K o h l e n g e s e t z der Genosse Osterroth bestimmt.⁴

In der Diskussion hatten die Genossen [Adolf] Braun-Nürnberg, [Hermann] Müller-Breslau, Hoch, Schäfer, Sinzheimer, Molkenbuhr, Osterroth, Wissell, Brey, Obermeyer, gesprochen. Nur Schäfer hatte das Gesetz für völlig unzureichend befunden und war für⁵ strikte Ablehnung⁶ eingetreten.

Eine kurze Besprechung beruflicher Klagen der Garderobenfrauen im Hause führt dahin, daß dem Vorstand aufgegeben wird, sich dieser Dinge anzunehmen.

Davidsohn regt noch an, sich zur passenden Zeit auch mit der autoritativen und despotischen Stellung zu beschäftigen, die auch nach der n e u e n Verfassungsvorlage der P r ä s i d e n t gegenüber den Dienern und dem Personal im Hause hat.⁷

im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten."

² In dem Antrag "Auer und Genossen" vom 12. 3. 1919 hieß es: "1. in § 2 Abs. 1 die Worte "gegen angemessene Entschädigung' zu streichen, 2. § 2 Abs. 2 wie folgt zu fassen: "Die Frage der Entschädigung bleibt den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten'." Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 131; vgl. auch Nr. 27.

³ Gestrichen: "bestimmt".

⁴ Dr. Adolf Braun sprach im Plenum nach Vögler (DVP) und Veidt (DNVP) am 12. 3. 1919, Osterroth hielt seine Rede im Plenum am 13. 3. 1919; Sten. Ber., Bd. 326, S. 718 ff. und 756 ff.

⁵ Gestrichen: "die".

⁶ Gestrichen: "des Gesetzes".

⁷ Art. 50 der Verfassungsvorlage vom 21. 2. 1919 bestimmte: "Dem Präsidenten des Reichstages untersteht die Hausverwaltung. Er verfügt über die Einnahmen und Ausgaben des Hauses nach Maßgabe des Reichshaushalts und vertritt das Reich in allen Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten, die diese Verwaltung betreffen"; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 59.

Fraktionssitzung 12. 3. 1919 27.

27.

12.3.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 12. März, 7 Uhr abends."

Während das Plenum des Hauses weitertagt¹, ist die Fraktion zu einer schnellen Besprechung zusammengetreten, die sich notwendig machte wegen der Behandlung des Sozialisierungsgesetzes.

[Hermann] Müller-Breslau berichtete, daß der Abgeordnete Dr. Rießer über unsern Antrag zu § 2 des Sozialisierungsgesetzes namentliche Abstimmung verlangt.²

Wird unser Antrag zu § 2 angenommen, so steht zu befürchten, daß dann ein Teil der Demokraten und auch des Zentrums g e g e n das ganze Gesetz stimmt und es dadurch gefährdet oder doch zuwege bringt, daß es nur mit einer g a n z s c h w a - c h e n Mehrheit angenommen wird.

Ziehen wir aber unsere Anträge zurück, so steht zu erwarten, daß die Unabhängigen sie sofort aufnehmen und wir dann in die Lage kämen, sie doch³ annehmen oder gegen unsere eigenen Anträge stimmen zu müssen.

Nach einer kurzen Diskussion, in der H[einrich] Schulz für die⁴ Zurückziehung der Anträge eintrat, Hoch, Ad[olf] Braun und Katzenstein sich dagegen aussprachen, wurde die Zurückziehunggegen wenige Stimmen abgelehnt.⁵

¹ Gestrichen: "tritt".

² Sten. Ber., Bd. 326, S. 718.

³ Gestrichen: "angen[ommen]".

⁴ Im Original gestrichen "die".

⁵ Der SPD-Antrag vom 12. 3. 1919 (siehe unter Nr. 26) wurde am 13. 3. 1919 mit 164 gegen 137 Stimmen der SPD und USPD abgelehnt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 747 und 779. Daraufhin wurde (mit Unterstützung von SPD und USPD) der gesamte § 2 in der Fassung der Haushaltskommission mit 246 gegen 53 Stimmen angenommen; ebd., S. 747 und 777. Das Gesetz trat mit der Verkündung am 23. 3. 1919 in Kraft; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 341 f.

28. 13. 3. 1919 Fraktionssitzung

28.

13.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Donnerstag] 13. März, morgens 9 1/4 Uhr."

Die Fraktion ist sich nach kurzen Mitteilungen Löbes darüber schlüssig, gegen die neue Fassung [des] Kohlengesetzes, wie sie heute morgen vorliegt, keine Einwände zu machen. Nur einer sich notwendig machenden stilistisch en Änderung, wie [Adolf] Braun-Nürnberg sie vorschlägt, wird zugestimmt.¹

Weiter stimmt die Fraktion – und zwar ohne Debatte – der Gesetzesvorlage über den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln zu.²

Löbe bespricht dann die Dispositionen für die Zeit der bis zum 25. Mär z gedachten kleinen Pause in den Plenararbeiten. Am 22. März soll für Fraktion und Parteiausschuß eine Parteikonferenz in Weimar stattfinden.³ Es kann jedoch möglich sein, daß sich sowohl für den Wiederbeginn der Plenarverhandlungen wie für die Konferenz noch Verschiebungen der Termine notwendig machen.

Ferner wird der vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldaten-Räte zum 26. d. M. einberufene R ät ek ongreß besprochen.⁴

Die Fraktion wird sich darin schlüssig, daß sie

1. voll damit einverstanden ist, wenn die Regierung den Zentralrat bewegt zur Hinausschiebung des Termins⁵; daß

¹ Die Änderungen des Reichshaushaltsausschusses am Regierungsentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft (vgl. oben Nr. 22, Anm. 8) betrafen vor allem die Zusammensetzung des geplanten Reichskohlenrats. Vgl. dazu den Bericht des Ausschusses vom 11. 3. 1919; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 133. Das Gesetz wurde am 13. 3. 1919 verabschiedet und trat am 23. 3. 1919 in Kraft; Sten. Ber., Bd. 327, S. 775; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 342 ff.

² Vgl. Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 125 und 147. Das Gesetz, nach dem jeder Zahlungsverkehr mit russischer Währung verboten wurde, hatte vor allem politische Gründe und war gegen eine "bolschewistische Verschwörung" gerichtet. Die Nationalversammlung nahm das Gesetz am 13. 3. 1919 an; Sten. Ber., Bd. 327, S. 743 ff.

³ Vgl. Nr. 29.

⁴ Der zweite Kongreß der deutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wurde auf Beschluß des Zentralrats vom 25. 2. am 1. 3. 1919 einberufen. Der ursprünglich vorgesehene Beginn am 26. 3. wurde am 12. 3. vom Zentralrat auf den 8. 4. verschoben. Der Kongreß tagte bis zum 14. 4. 1919; Zentralrat, S. 717 f., 748 ff., 785, 790 ff.; II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands vom 8. bis 14. 4. 1919 im Herrenhaus zu Berlin. Stenographisches Protokoll, Berlin 1919.

⁵ Die Verschiebung der Einberufung wurde vom Zentralrat mit den "schwierigen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnissen", den "Streiks der letzten Zeit" und "damit verbundenen postalischen Schwierigkeiten" begründet; Zentralrat, S. 785. – Eine entsprechende Einwirkung der Regierung läßt sich weder aus den Kabinetts- noch aus den Zentralratsprotokollen nachweisen. Der Zentralrat selbst hatte sich erst nach längeren kontrovers geführten Debatten auf die Einberufung des Rätekongresses verständigt; Zentralrat, S. 581 ff., 672 ff. und 703 ff.

- 2. in den Bezirken im Lande möglichst auf ein Stattfinden der Wahlen⁶ und daß dort, wo sie nicht zustande kommen, trotzdem auf eine Delegation hingewirkt werden soll⁷; daß
- 3. dem Fraktionsvorstand überlassen bleiben soll, fünf Kollegen als besondere Fraktionsvertreter zum Rätekongreß zu entsenden. 8

Es wird dann noch dringend gebeten, daß alle Kollegen bis zum Schluß der jetzigen Plenarsitzungen anwesend bleiben⁹, da die Möglichkeit der verschiedensten Komplikationen besteht. Wer aber abreist, solle dem Vorstand davon Mitteilung machen.

29.

22./23. 3. 1919: Gemeinsame Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung am [Samstag] 22. und [Sonntag] 23. März 1919."

Die Fraktion und der Parteiausschuß sind zu einer gemeinsamen Aussprache vereinigt.¹

Sie wurde eingeleitet durch ein Referat Hermann Müllers über "die politische Lage und die Aufgaben der Partei", durch ein Referat Otto Brauns über die Presse und Neugründungen und ein Referat des Parteikassierers Bartels über den Stand der Kassenverhältnisse und Parteiorganisation.²

Folgende Resolution Rich[ard] Fischer und vieler, namentlich süddeutscher Delegierter über demokratische Sozialisierung und Arbeiterräte gelangte gegen fünf Stimmen bei einer Reihe Stimmenthaltungen zur Annahme:³

⁶ Gestrichen: "hingewirkt werden soll".

⁷ Nach den vom Zentralrat erlassenen "Richtlinien für die Wahlen zum Rätekongreß" waren die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Wahlbezirken zu wählen. Als Wahlbezirk galt "die Gemeinde (Stadt, Bürgermeisterei, Amtsbezirk, Gutsbezirk)" und nicht der Betrieb. Eine Neuwahl konnte unterbleiben, wenn die bestehenden Räte "im wesentlichen" im Sinne der Richtlinien zusammengesetzt waren. Die gewählten Räte sollten dann auf Wahlkonferenzen, die sich weitgehend mit den Regierungsbezirken deckten, die Delegierten zum Rätekongreß bestimmen; Zentralrat, S. 749 f.

⁸ Siehe unter Nr. 33.

⁹ Gestrichen: "sollen".

¹ Ein als Manuskript gedrucktes, zum Teil als Wortprotokoll verfaßtes "Protokoll" der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919 ist in den von Dieter *Dowe* herausgegebenen Reprintbänden: "Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921", Bd. II., S. [619]–[658] abgedruckt; zitiert als Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint. Die Sitzung begann um 16 h.

² Vgl. die Referate Müllers ebd., S. [619]-[628], Brauns, S. [628]f. und Bartels, S. [629]-[631].

³ Der nachfolgende Zeitungsausschnitt aus dem Vorwärts Nr. 152 vom 24. März 1919. – Es fehlt der einleitende Satz der Entschließung: "Die am 22. und 23. März in Weimar tagende Konferenz des Par-

Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheitsherrschaft ab und bekennt sich gemäß dem Erfurter Programm zu den Grundsätzen der Demokratie. Sie fordert deshalb, daß das allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Verhältniswahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen für alle gesetzgebenden und öffentlichen Verwaltungskörperschaften in der Verfassung festgelegt wird. Sie fordert weiter beschleunigte Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde. Die Demokratie soll vor allem das Mittel zur Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sein. Die Sozialisierung kann in einem durch mehr als vier Kriegsjahre verarmten Lande nur schrittweise erfolgen, aber sie muß in den dafür reifen Betriebszweigen, z. B. Bergbau, Energieerzeugung, Stickstoffproduktion und Verkehrsgewerbe, unverzüglich in Angriff genommen werden. Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und -verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der Deutschen Republik festzulegen. Zur Durchsetzung der vollen Demokratie in der Gesetzgebung und Verwaltung und zur Durchführung der Sozialisierung bedarf es der starken sozialdemokratischen Organisation, die in rastloser Arbeit die Massen in Stadt und Land aufrütteln und für die Durchsetzung der sozialistischen Ziele gewinnen muß. Um eine enge Fühlung mit dem arbeitenden Volk herzustellen, ist in den Organisationen das System der Betriebsvertrauensleute auszubauen. Zur Belebung der sozialdemokratischen Organisations- und Aufklärungsarbeit, zur Werbearbeit für die sozialistische Presse, zur Stärkung der Parteifinanzen soll spätestens in der Pfingstwoche ein Parteitag stattfinden. Ferner sind sofort im ganzen Land Kreis- und Bezirkskonferenzen abzuhalten, in denen auf enge Fühlungnahme zwischen Orts- und Bezirksorganisationen hinzuarbeiten ist.

Ferner wurde gegen e i n e Stimme folgende Resolution Krüger zum Proteste gegen den Gewaltfrieden angenommen:⁴

Der Abschluß des Krieges steht bevor. Deutschland hat im Vertrauen auf die in den 14 Punkten Wilsons festgelegten Friedensgrundsätze die Waffen niedergelegt. Die früheren deutschen Machthaber, gegen die allein die Entente nach ihren Erklärungen den Krieg geführt

teiausschusses, der Fraktion der Nationalversammlung und der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt:" – Voller Wortlaut in Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint S. [657]; der dortige Text wich an weiteren Stellen geringfügig von dem oben wiedergegebenen ab. Die von Fischer eingebrachte Resolution war von einem "Redaktionsausschuß", dem Franz Krüger, Katzenstein und Leuteritz angehörten, überarbeitet worden; ebd. S. [646]. Das einleitende Referat zum Punkt "Rätefrage" hielt Scheidemann; vgl. ebd., S. [647] f. In der Diskussion sprachen Faaß [Zentralrat], S. [648] f., Legien [649] ff., Sinzheimer [651] ff., Bauer [653] ff., Dill [655] und Struve [Zentralrat] [655].

⁴ Nachfolgende Zeitungsausschnitte ebenfalls aus Vorwärts Nr. 152 vom 24. März 1919. – Text der Resolution auch in Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [657] f; er weicht an einigen Stellen geringfügig von der oben wiedergegebenen Fassung ab. Die von Krüger zunächst vorgelegte Resolution "Protest gegen den Gewaltfrieden" war ihm zur Straffung zurückgegeben worden und wurde daher verspätet eingebracht. In einer Geschäftsordnungsdebatte übten mehrere Redner sowohl an der verspäteten Einbringung wie an der auch nach der Kürzung noch "überwältigenden Ausdehnung" Kritik. Ebd., S. [646].

hat, der Militarismus und die Junkerkaste sind durch die Revolution hinweggefegt. Die deutsche Republik wird ein Eckstein des Weltfriedens sein. Das deutsche Volk will einen dauernden Frieden, der alle Völker zur Freundschaft und zu gemeinsamer Kulturarbeit vereinigt. Die am 22. und 23. März tagende Konferenz des Parteivorstandes, der Kontrollkommission, des Parteiausschusses und der Nationalversammlungsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erneuert das programmatische Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und nimmt dieses Recht auch für das deutsche Volk in vollem Umfange in Anspruch. Wir erheben daher feierlich Einspruch gegen jede Vergewaltigung deutscher Volksgenossen, wie sie in Posen und Westpreußen mit dem kerndeutschen Danzig, in Schlesien, Schleswig-Holstein, im Saarrevier und Rheingebiet und in Deutschösterreich von feindlicher Seite geplant ist. Sie verwahrt sich in gleicher Weise gegen jeden Versuch, durch unerträgliche materielle Belastung das deutsche Volk für die Dauer in wirtschaftlicher Sklaverei zu halten und seine Wiederaufrichtung zu behindern. Sie beansprucht für Deutschland die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Völkerbund, dem anzugehören das deutsche Volk durch seine Kulturarbeit und seinen aufrichtigen Friedenswillen wohl auch würdig ist. Die Sozialdemokratische Partei warnt darum mit vollem Ernst vor jeder Vergewaltigung des deutschen Volkes und legt den Schuldigen die volle Verantwortung für die Folgen ihres Tuns, die daraus entstehenden Gefahren neuer Kriege und den drohenden Weltbrand des Bolschewismus vor der Geschichte und vor der Menschheit auf. Sie ruft das internationale Proletariat und die aufrichtigen Freiheits- und Friedensfreunde aller Völker, zumal der feindlichen Völker auf, ihr in diesem Kampfe für Recht und Völkerfreiheit und damit für dauernden Weltfrieden fest zur Seite zu stehen.

Weiter gelangte ohne Widerspruch folgende Resolution H[einri]ch Schulz über die Wiedererweckung des Bildungswesens der Partei zur Annahme:⁵

Die revolutionären Umwälzungen der letzten Monate haben die werbende Kraft des Sozialismus in außerordentlichem Maße erhöht, wie sich aus den ständig steigenden Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Vereine und aus dem starken Interesse bisher indifferenter oder sogar feindlicher Kreise für die Gedankenwelt und die politischen Aufgaben des Sozialismus ergibt. Ferner hat der vierjährige Kriegszustand und das materiell so niederdrückende Ergebnis des Krieges für Deutschland in Verbindung mit den verrohenden Wirkungen des Krieges in weiten Kreisen eine starke Gegenwirkung erzeugt, die sich in einem vermehrten und vertieften Bedürfnis nach läuternder geistiger Anregung äußert. Aus diesen Gründen hält die Konferenz es für eine der dringlichsten Aufgaben der Partei, unter Benützung der vorhandenen Grundlagen eine umfassende und zweckmäßig begründete Kulturarbeit in die Wege zu leiten; besonders sind Agitationsschriften und wissenschaftliche Literatur, Zeitungen und Zeitschriften für Bildung und Jugendbewegung durch organisatorische Maßnahmen und durch innere Beseelung teils neu zu gestalten, teils den neuen Verhältnissen gemäß auszubauen. In geeigneter Weise ist der reiche Zustrom der Kräfte aus dem geistigen Leben Deutschlands für die Partei und den Sozialismus fruchtbar zu machen.

Eine Resolution Beims – Magdeburg, welche die Einsetzung zweier Kommissionen für den Ausbau der Parteiorganisation, der Parteifinanzen und der Parteipresse fordert, sowie eine Resolution der Frauen auf vermehrte Einstellung von weiblichen Parteisekretären und Ausgestaltung der Gleichheit

⁵ Zeitungsausschnitt aus Vorwärts Nr. 152 vom 24. 3. 1919. Inhaltlich übereinstimmend mit dem Wortlaut in Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [646].

30. 24. 3. 1919 Fraktionssitzung

wurde der am morgigen Tage stattfindenden Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission überwiesen.⁶

Nachdem ausgiebig auch die Frage der Abhaltung eines Parteitages besprochen [worden war], wurde ein Antrag Thiele, den Parteitag⁷

am 23. April beginnen zu lassen, gegen die Stimme des Antragstellers und der Antrag Legien, den 11. Mai in Aussicht zu nehmen, gegen 30 Stimmen abgelehnt. Die Festsetzung des Parteitages auf den 10. Juni, also auf die Pfingstwoche, wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Mit diesem Termin hatte sich auch der Parteivorstand einverstanden erklärt.⁸

30.

24.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Montag] 24. März, 8 Uhr abends."

Nachdem Vorsitzender Löbe die wichtigsten Eingänge bekanntgegeben [hat], werden zunächst eine Reihe kleinerer geschäftlicher Angelegenheiten erledigt.

U. a. wird den interessierten Kollegen aufgegeben, sich der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene zur Verfügung zu stellen zur rednerischen Mitwirkung bei feierlichen Empfängen unserer zurückkehrenden Kriegsgefangenen an den Grenzen.¹

Es wird einer Anregung Hochs zugestimmt, die Regierung zu bitten, die Fraktion über die Stellung zu den Ost fragen zu informieren.²

Mit Rob[ert] Schmidt soll eine Aussprache darüber gepflogen werden, wie es mit der Verteilung der aus den Ententeländern nach Deutschland gelangenden Lebensmittel gehalten werden soll.³ Kollege Körsten soll sich darüber zun äch st mit Rob[ert] Schmidt ins Benehmen setzen.

⁶ Vgl. ebd., S. [646].

⁷ Zeitungsausschnitt aus Vorwärts Nr. 152 vom 24. 3. 1919.

⁸ Zu den Anträgen vgl. Thieles Ausführungen in Parteikonferenz 22./23. 3. 1919, Reprint, S. [642], Legiens, S. [637] sowie die Stellungnahme Hermann Müllers, S. [645]. Eine Abstimmung über den Parteitagstermin fand in der Sitzung von Parteivorstand und Parteiausschuß am 24. 3. 1919 statt. Die Nationalversammlungsfraktion nahm an dieser Tagung nicht teil.

¹ Vgl. Nr. 14, Anm. 10.

² Erst am 16. 4. 1919 fand eine Besprechung von Vertretern der Reichsregierung, an ihrer Spitze Scheidemann, mit Abgeordneten der SPD-Fraktion statt; Protokoll in Kabinett Scheidemann, S. 162 ff. Fälschlich wird dort in der Überschrift nur von "Abgeordneten der Ostprovinzen" gesprochen; vgl. unter Nr. 39 und 40.

³ Im Brüsseler Abkommen vom 14. 3. 1919 waren Lebensmittellieferungen aus den alliierten Ländern und Einfuhren aus den neutralen Ländern vereinbart worden; vgl. Kabinett Scheidemann, S. 101; Der

Dem Kollegen *Pokorny*, der nicht in seine Heimat (besetztes Gebiet) hineingelassen wird⁴, wird aufgegeben, darüber eine kleine Anfrage dem Vorstand vorzulegen.

Ferner wird, im Anschluß an eine als Drucksache bereits vorliegende kleine Anfrage von Keil und Genossen⁵ auf Nichtwiedereinführung der sog. Sommerzeit⁶, an die alte Vorschrift erinnert, daß kleine Anfragen nur im Einverständnis mit dem Fraktionsvorstand eingebracht werden sollen.⁷

Sodann beginnt die Fraktion mit der

Verfassungsberatung,

eingeleitet durch einen Bericht Dr. Quarcks⁸, vor allem über⁹ die Punkte, die bereits die Kommission passiert haben.

Die ausgedehnte Debatte, an der sich Keil, Katzenstein, Kahmann, Hoch, Wels, Vogel, Brey, Bauer und Molkenbuhr beteiligten und die durch Schlußantrag ein Ende fand, drehte sich vornehmlich um die Stellung zu einem Antrag Quarck-Meerfeld, der¹⁰ im Verfassungsausschuß bereits eine Mehrheit gefunden, zu dem unsere Vertreter im Ausschuß aber nicht geschlossen gestimmt haben.

Der Antrag besagt, daß durch Abstimmung unter der in Frage kommenden Bevölkerung eine Neuschaffung von Gliedstaaten des Reiches vorgenommen werden kann, ohne daß eine Verfassungsänderung notwendig ist.¹¹

Waffenstillstand, 1918–1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht. Im Auftrage der Deutschen Waffenstillstandskommission hrsg. von Edmund Marhefka in Verbindung mit Frhr. von Hammerstein und Otto Frhr. von Stein, 3 Bde., Berlin 1928, Bd. II, S. 182 f.: Schulthess 1919 II, S. 562 ff.

⁴ Franz *Pokorny*, Abgeordneter der Nationalversammlung, war Angestellter des Bergarbeiterverbandes in Saarbrücken. Da er in Schwelm geboren war, verweigerten ihm die französischen Behörden die Rückreise ins Saargebiet.

⁵ Gestrichen: "betreffs".

⁶ Die Kleine Anfrage Nr. 64 (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 166) war am 20. 3. 1919 von Keil, Riedmiller, Juchacz und Meerfeld eingebracht worden. In der Anfrage wurden die Nachteile einer Wiedereinführung der Sommerzeit aufgezählt (Störungen in der Landwirtschaft, bei der Arbeitseinteilung der Arbeiter usw.) und die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, von der Wiedereinführung der Sommerzeit abzusehen.

⁷ Die Fraktion hatte am 8. 5. 1912 beschlossen, daß "Genossen" kleine Anfragen "vorher zur Kenntnis des Fraktionsvorstandes bringen sollen, wenn nicht Gelegenheit und Zeit gegeben ist, sie in der Fraktionssitzung zur Kenntnis zu bringen. Hat der Fraktionsvorstand gegen die Stellung einer Frage Bedenken, so soll eine besondere Fraktionssitzung anberaumt werden." Reichstagsfraktion der SPD I, S. 274, vgl. auch II, S. 76.

⁸ Gestrichen: "der sich".

⁹ Gestrichen: "auf".

¹⁰ Wegen Doppelschreibung "der" einmal gestrichen.

¹¹ Meerfeld, Quarck, Katzenstein und Wels stellten am 19. 3. 1919 im Verfassungsausschuß folgenden Antrag: "Die Gliederung des Reichs in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Völker erfolgen. Die

30. 24. 3. 1919 Fraktionssitzung

Die Fraktion nahm schließlich folgenden Antrag [Heinrich] Schulz-Königsberg an:

Die Fraktion erklärt sich mit der Haltung der M e h r h e i t der Kommission in der Frage der Gliederung des Reichs e i n v e r s t a n d e n.¹²

Um ein ein heitliches Vorgehen zu erzielen, soll so schnell wie möglich eine Verständigung mit der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses und der preußischen Regierung herbeigeführt werden.¹³

Der erste Absatz dieses Antrages wurde gegen eine starke Minderheit, der zweite ohne Widerspruch angenommen.

Eine sich dann entspinnende Debatte über eine im Staatenausschuß sich befindende Vorlage, enthaltend die Repräsentationssumme für den *Reichspräsidenten*¹⁴ wird nach kurzer Zeit vertagt, da *Scheidemann* zur Berichterstattung eingeladen werden soll.¹⁵

Zurückgestellt wurde weiter ein Antrag, nach dem diejenigen Kollegen, die ohne genügende Entschuldigung der Samstag- und Sonntag-Konferenz¹⁶ nicht beigewohnt haben, für jeden Tag 30.00 M. an die Fraktions-Kasse abführen sollen.

Neubildung von Ländern oder die Änderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen, die auf Antrag eines Viertels der Stimmberechtigten oder der politischen oder kommunalen Vertretungen eines Viertels der beteiligten Bevölkerung durch die Reichsregierung anzuordnen ist. Entstehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinandersetzungen, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich." Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 100. Der Verfassungsausschuß nahm am 20. 3. 1919 den Antrag an; statt "beteiligten Völker" wurde "beteiligten Bevölkerungen" eingesetzt; ebd., S. 110.

¹² Bei den Diskussionen im Verfassungsausschuß um den Antrag Meerfeld (siehe vorige Anm.) ging es vor allem um eine eventuelle Aufteilung Preußens, wogegen sich besonders der preußische Justizminister und SPD-MdR Heine wandte. Gegen den Antrag Meerfeld-Quarck-Katzenstein-Wels trat auch das SPD-Mitglied des Verfassungsausschusses Kahmann auf; Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391; Verfassungsausschuß, S. 107 f.

¹³ Neben den sichtbar gewordenen Konflikten im Verfassungsausschuß – vgl. Anm. 11 und 12 – spielte wohl auch eine Rolle, daß nach der Verabschiedung des Gesetzes "zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen" am 20. 3. die neue Staatsregierung am 25. 3. 1919 gebildet wurde und die Landesversammlung am gleichen Tage die Aussprache über das Regierungsprogramm begann; vgl. Schulthess 1919 I, S. 129 und 137 ff. – Die Position der preußischen Regierung hatte Ministerpräsident Hirsch in Reden vor der Landesversammlung am 13. 3. und 20. 3. 1919 abgesteckt; abgedr. in Hirsch, S. 226 ff. und 232 ff.

¹⁴ Bezieht sich auf den "Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines vierten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918", der in Anlage I monatliche "Aufwendungsgelder" für den Reichspräsidenten in Höhe von 100.000 Mark vom Tage der Wahl am 11. 2. 1919 an vorsah. Der Gesetzentwurf wurde der Nationalversammlung "mit Zustimmung des Staatenausschusses" am 17. 3. 1919 vorgelegt; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 164. Das Gesetz trat am 29. 3. 1919 in Kraft; Sten. Ber., Bd. 327, S. 827 ff.; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 361 f.

¹⁵ Siehe Nr. 31.

¹⁶ Bezieht sich auf die Parteikonferenz vom 22./23. 3. 1919; vgl. Nr. 29.

31.

25.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Dienstag] 25. III., 8 Uhr abends."

Giebel¹ erstattete Bericht über die Debatten des Sozialpolitischen Ausschussion zu se süber die Krankenkassenverordnung² vom 3. Februar 1919. In der Diskussion äußerten sich die Kollegen³ Steinkopf, Hoch, Jäcker und [Franz] Krüger-Potsdam.⁴ Dann konnte Vorsitzender Müller konstatieren, daß die Fraktion ohne Widerspruch der von Giebel vertretenen Auffassung beitritt, daß wir aus politischen Gründen uns gegen die Aufhebung der Verordnung wenden müssen und daß das Vorgehen unserer Kollegen in der Kommission zu billigen ist.⁵

Dann wurde e i n m ü t i g, ohne Debatte ein Antrag Krüger-Potsdam zur Übermittlung an die Regierung angenommen, wonach die Fraktion mit der Art der Beantwortung der heutigen K l e i n e n A n f r a g e n Kunert-Haase durch die Vertreter der Reichsregierung nicht einverstanden ist und eine sachliche Beantwortung solcher Anfragen wünscht.⁶

Da während der Abstimmung die Minister Scheidemann und Noske in der Fraktion erschienen, wird sofort in eine Besprechung eingetreten und auch eine Klärung in dieser Angelegenheit erzielt.

Dann setzte, ohne daß es zu Beschlüssen kam, eine Besprechung einer Anregung [Adolf] Brauns-Nürnberg ein, die Verwertung des Flugzeugwesens zu⁷ sozialisieren, anstatt es in die privatkapitalistische Hand übergehen zu lassen.⁸

¹ Vor "Giebel" gestrichen: "An einen von".

² Gestrichen: "schloß sich eine".

³ Gestrichen: "an der".

⁴ Gestrichen: "sich beteiligten".

⁵ Die "Verordnung über Krankenversicherung" vom 3. 2. 1919 ist abgedr. in der "Denkschrift über die seit dem 9. 11. 1918 auf dem Gebiet der Sozialpolitik getroffenen gesetzgeberischen und sonstigen wichtigen Maßnahmen"; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 215, S. 110 ff.

⁶ Bei der Beantwortung der Anfrage Kunert (USPD) über den Belagerungszustand in Halle und die Ausschreitungen der Truppen des Generals Maercker und der Anfrage Haases zum Belagerungszustand in Berlin (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 128 und 130) gab der Regierungsvertreter Major von Gilsa, Chef des Stabes der Reichswehr, auf alle Zusatzfragen die stereotype Antwort, er habe seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Das wurde nicht nur von der USPD, sondern auch in den Reihen der SPD-Fraktion als Verhöhnung des Parlaments empfunden. Noske stellte sich später eindeutig hinter von Gilsa; Sten. Ber., Bd. 327, S. 786 ff. und 851.

⁷ Wegen Doppelschreibung "sozialisieren" einmal gestrichen.

⁸ Die SPD brachte keinen entsprechenden Antrag ein. In seiner Rede zum 4. Nachtragsetat 1918 und zum Haushalt 1919 trug nur Heinrich Schulz für die SPD die oben erwähnte Anregung vor. Sten. Ber., Bd. 327, S. 883.

32. 26. 3. 1919 Fraktionssitzung

Bei der dann folgenden Besprechung des N o t e t a t s , der eine 100 000 Mk. monatlich betragende⁹ Entschädigung an den Reichspräsidenten enthält, gab **Scheidemann** die Begründung des Zustandekommens dieser Position. Sie schließt in sich die Entschädigung für eine Reihe von Beamten und anderes.¹⁰ Diese Verquickung wurde von keinem der Fraktionsredner gebilligt. Es wurde mit Mehrheit folgender Antrag Heinrich **Schulz** angenommen:

Die Fraktion beschließt: Unser Redner bei der ersten Lesung des Nachtrags-Notetats hat in sachlicher Weise die Gründe für eine spezialisierte Etatisierung und eventuelle Kürzung der Entschädigung für den Reichspräsidenten darzulegen und damit die Überweisung des Etats an den Hauptausschuß zu begründen.¹¹

Auch bezüglich der Ministergehälter soll unser Redner ausführen, daß wir diesmal, da es sich um zwei Einzelstellen handelt¹², die alte Ordnung nicht durchbrechen wollen, daß wir aber auch darin¹³ Sparsamkeit verlangen und uns in Zukunft unsere besondere Stellungnahme vorbehalten.

- 11 Für die Fraktion sprach am 27. 3. 1919 Heinrich Schulz. Nach zum Teil heftiger Kritik an dem Etatansatz für den Reichspräsidenten auch von anderen Rednern, wurde der Entwurf an den Haushaltsausschuß überwiesen. Er schlug in seinem Bericht vom 28. 3. ein Gehalt von 100 000 Mark vor. Auf der Grundlage dieses Modells ergab sich für den Nachtrag zum "Rechnungsjahr 1918" eine Summe von 82 143 Mark. In dieser Form wurde das Gesetz am 29. 3. angenommen und verkündet. Sten. Ber., Bd. 327, S. 827 ff., 884 ff. und 900; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 361 f.; vgl. Kabinett Scheidemann, S. 34.
- 12 Das Reichsschatzministerium, das am 12. 2. 1919 durch Abtrennung vom Reichsfinanzministerium geschaffen wurde, aber im Erlaß vom 21. 3. über die obersten Reichsbehörden noch nicht als solches aufgeführt wurde, und für das 10 519 Mark eingesetzt waren, sowie das Reichsarbeitsministerium. Es war zunächst am 4. 10. 1918 als Reichsarbeitsamt aus dem Reichswirtschaftsamt herausgelöst worden. Bauer als sein Leiter erhielt mit dem Kabinett Scheidemann Ministerrang. Für das Ministerium waren 43 650 Mark angesetzt. Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 327 f., 361 f.; vgl. Kabinett Scheidemann, S. 35.
- 13 Gestrichen: "in Zukunft".

32.

26.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 26. März, 6 Uhr abends."

Vorsitzender Löbe gibt die für das Plenum vorgesehenen Arbeitsdispositionen bekannt. – Am Samstag, den 29., soll eine Vertagung des Plenums auf reichlich eine Woche eintreten. Am Donnerstag abend soll Fraktionssitzung sein. Für Freitag abend ist die Fraktion zu einem gesellschaftlichen Abend bei *Scheidemann* ins Schloß eingeladen. Am Samstagvormittag soll Plenarsitzung, nachmittags wiederum Fraktionssitzung sein. Am Montag, den 7. April, soll die Nationalversammlung wie-

⁹ Streichung unleserlich.

¹⁰ Vgl. Nr. 30, Anm. 14.

der zusammentreten; dann soll abends und Dienstags wieder Fraktionssitzung sein.

– Als morgiger Plenarredner zum Notetat wird H[einrich] Schulz bestimmt.

Als Redner für die nach der Pause eintretende große Debatte im Anschluß an die Einbringung des Etats werden Hoch und Severing bestimmt.²

Die Fraktion billigt die Absicht, zur besseren Erledigung der Geschäfte einen interfraktionellen Dauerausschuß der Mehrheitsparteien zu bilden. Der Vorstand soll unsere hierfür zu berufenden Mitglieder bestimmen. Der Ausschuß soll möglichst immer einen Vertreter des Kabinetts zu den Verhandlungen laden. Umgekehrt auch das Kabinett den interfraktionellen Ausschuß, wenn es für praktisch erachtet wird.³

Als Parteitagsreferent über die Tätigkeit der Nationalversammlung wird der vom Vorstand vorgeschlagene Kollege *Löbe* bestätigt.⁴

In die Reichsschuldenkommission werden Heimann, [Franz] Krüger-Potsdam und Schumann entsandt.⁵

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß unsere Mitglieder eines jeden Ausschusses unter sich einen Obmann wählen und ihn dem Vorstand bekanntgeben sollen.⁶

Aus Anlaß eines Schreibens aus Jena, das auf von gewisser Seite ausgestreute⁷ völlig unberechtigte Vorwürfe in bezug auf mangelnden Arbeitsfleiß der Fraktion hinweist, stellt der Vorsitzende fest, daß in der Zeit vom 4. Februar bis 25. März 32 Fraktionssitzung en stattfanden⁸, die sich vielfach bis in die späten Nachtstunden hinein erstreckten.

¹ Vgl.Nr. 31, Anm. 11.

² Hoch und Severing sprachen am 29. 3. 1919 im Plenum, von der SPD ergriff außerdem noch Krätzig das Wort; Sten. Ber., Bd. 327, S. 891, 897 f. und 900.

³ Die Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses ließen sich nicht ermitteln, auch eine Teilnahme der Mitglieder eines solchen Ausschusses an Kabinettssitzungen der folgenden Woche war nicht festzustellen. Koch-Weser berichtet jedoch unter dem Datum vom 31. 3. 1919 von einer "Führerbesprechung der drei Mehrheitsparteien und Minister Bauer"; Kabinett Scheidemann, S. 131 f., Anm. 2.

⁴ Löbe gab den Bericht der Fraktion auf dem SPD-Parteitag am 13. 6. 1919; vgl. SPD-Parteitag 1919, S. 346 ff.

⁵ Von der Nationalversammlung wurden am 28. 3. für die Reichsschuldenkommission, gemäß den Bestimmungen der Reichsschuldenordnung und des "Übergangsgesetzes" vom 4. 3. 1919 (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 63 f.) sechs Mitglieder gewählt: neben den oben erwähnten noch Dr. Maximilian *Pfeiffer* (Zentrum), Dr. Bernhard *Dernburg* (DDP) und Wilhelm *Laverrenz* (DNVP). Sten. Ber., Bd. 327, S. 864.

⁶ Gemeint sind die Obmänner der Fraktion in den Parlamentsausschüssen; vgl. Nr. 4.

⁷ Gestrichen: "Vorwürfe".

⁸ Die gemeinsame Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß am 22. 3. 1919 ist dabei mitgezählt.

32. 26. 3. 1919 Fraktionssitzung

Auf eine Anregung [Adolf] Brauns-Nürnberg hin soll dafür eingetreten werden, die Position im Etat des Reichsamtes des Innern für das Germanische Museum in Nürnberg dem Hauptausschuß zu überweisen.⁹

Es erfolgte dann eine längere Aussprache mit dem Reichswehrminister Noske über die Frage, ob wir mit Rußland im Kriegszustande sind und ob besondere Offensivhandlungen im Baltikum zu erwarten sind. Es wurde ein Einvernehmen dahingehend erzielt, daß Noske seine heutigen Ausführungen morgen im Plenum wiederholen soll, soweit sie in der Öffentlichkeit rätlich erscheinen. 10

Eine dann einsetzende Besprechung der neuerlichen Vorgänge in der Bergarbeiterwelt führte auch zu keinen besonderen Beschlüssen; es soll vielmehr die Aussprache der Arbeitervertretungen mit der Regierung abgewartet werden.¹¹

⁹ Unter dem Posten "Allgemeine Fonds" war im Etat des früheren Reichsamts des Innern ein "Beitrag für das Germanische Museum in Nürnberg" ausgewiesen, während der Reichshaushalt für 1919 keine Zuschüsse vorsah. Adolf *Braun* setzte sich bei der 2. Lesung des Etats 1919 in seiner Rede vom 16. 10. 1919 nachdrücklich dafür ein, Reichsmittel für das Museum zur Verfügung zu stellen. Sten. Ber., Bd. 330, S. 3176 f.; Bd. 335, Anlagen Nr. 226, Bd. 339, Anlagen Nr. 1046, Anlage IV.

¹⁰ Vgl. dazu Noskes Ausführungen am 27. 3. 1919 (Sten. Ber., Bd. 327, S. 834) und seine Replik auf Vorhaltungen Haases (ebd., S. 851).

¹¹ Zur Vorgeschichte vgl. Nr. 21, bes. Anm. 4 und 7 und Nr. 23, Anm. 6 und 7. Während der fortdauernden Streikbewegungen im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland (vgl. dazu u. a. Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963, S. 153 ff.) wurde am 12. 3. 1919 in Weimar "für das mitteldeutsche Streikgebiet" zwischen Arbeitgeberverbänden, Streikkomitee, Bezirks-, Arbeiter- und Soldatenräten und Gewerkschaftsorganisationen "bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung" eine Vereinbarung über "Grundsätze für die Errichtung von Betriebsräten" und eine "Vorläufige Dienstanweisung für den Betriebsrat" geschlossen. Sie wurde mit der Unterschrift Reichsminister Bauers vom 15. 3. im Reichsanzeiger Nr. 65 vom 20. 3. 1919 veröffentlicht und dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Artikels 34 der Reichsverfassung beigefügt; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 385; zu den Vereinbarungen ferner F. Curschmann, Die Entstehungsgeschichte des mitteldeutschen Vorläufers des Betriebsrätegesetzes, o. O., o. J., bes. S. 22 ff. - Eine Aussprache der "Arbeitervertretungen mit der Regierung" unmittelbar nach dem 26. 3. 1919 ist in den Kabinettsprotokollen nicht nachgewiesen. Auf die Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet, die nach Ansicht der Regierung "über den Kopf der berufenen Arbeitervertretungen" erfolgten, reagierte sie mit der Verlängerung des Belagerungszustandes; Kabinett Scheidemann, S. 118 ff.

Fraktionssitzung 29. 3. 1919 33.

33.

29.3.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift "Sitzung v. [Samstag] 29. März, 1 Uhr nachm."

Es wird bestimmt, daß auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Räte am 8. April in Berlin die Kollegen *Davidsohn*, Dr. [Adolf] *Braun* und Frau [Anna] *Simon* die Fraktion, Hermann *Müller* den Fraktionsvorstand vertreten sollen.¹

Löbe gibt die vorgesehenen Dispositionen für die Arbeiten des Hauses bekannt. Wenn kein Zwischenfall eintritt, soll am 9. April wiederum das Plenum beisammen sein und die Fraktion am Tage vorher eine Fraktionssitzung abhalten. Die Friedensverhandlungen, vor allem die Verhandlungen über die Danziger Frage², lassen es jedoch als möglich erscheinen, daß die Fraktion schon Mitte nächster Woche zusammentreten muß. Die Fraktionsmitglieder sollen sich darauf bereithalten.

34.

8.4.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Dienstag] 8. April, 7 1/4 Uhr abends."

Die Fraktion beschließt einstimmig, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, den 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag zu erheben und als besondere Demonstrationsforderung dieses Tages das Verlangen zu stellen nach der schleunigen Zurücksendung aller russischen Kriegsgefangenen aus Deutschland und umgekehrt der Freilassung aller deutschen Kriegsgefangenen aus den Ententeländern. Eine längere

¹ Zum Rätekongreß vgl. Nr. 28, bes. Anm. 4, 5 und 7. Für die Regierung entsandte Ministerpräsident Scheidemann "als Vertreter der nächstbeteiligten Ministerien" die Sozialdemokraten Wissell, Bauer und Robert Schmidt zum Kongreß; Kabinett Scheidemann, S. 137.

² Bezieht sich auf den Durchzug alliierter und polnischer Truppen durch Danzig; nach zweitägigen Verhandlungen wurde am 4. 4. 1919 in Spa ein entsprechendes Abkommen geschlossen, das von Erzberger und Marschall Foch unterzeichnet wurde; Schulthess 1919 II, S. 513 ff.; vgl. auch Kabinett Scheidemann, S. 116 f., 129 f., 133 f.

¹ Bereits am 7. 4. 1919 lag dem Kabinett ein Gesetzentwurf zum 1. Mai vor, den Unterstaatssekretär Lewald begründete. Im Entwurf hieß es: "§ 1. Der 1. Mai gilt im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag." Den nach den Kabinettsberatungen revidierten Entwurf legte die Regierung am 10. 4. der Nationalversammlung vor. Er lautete nun: "Der 1. Mai wird zum Nationalfesttag erklärt. Er gilt im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag." In der Begründung wurde u. a. der Gedanke des Völkerfriedens und eines "Weltfriedenstages" betont. Kabinett Scheidemann, S. 141 f.; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 244; siehe ferner Nr. 38, Anm. 4.

Aussprache verursacht die Frage, ob die Mitglieder des Verfassungsausschusses dafür stimmen sollen, daß zur Vornahme eines Referendums bei Abgaben gesetzen das Verlangen eines größeren Prozentsatzes der Wahlberechtigten erforderlich sei als bei allen anderen Gesetzen.

B e s c h l o s s e n wurde, den Kollegen im Verfassungsausschuß die Freiheit zu lassen, ihre Haltung nach dem Verlauf der Debatten im Ausschuß einzurichten. Ihre endgültige Stellungnahme wird dann die Fraktion vor der zweiten Lesung einnehmen.²

Weiter wurde beschlossen, daß der Kassierer Brühne 12 000 Mark aus der Fraktionskasse an die Parteikasse abführen soll.

Der Beschluß bezüglich der Beitragsabführung aus den Abgeordnetendiäten an die Fraktionskasse wurde dahin abgeändert, daß 50 Mk. pro Monat abgeführt werden sollen ohne Rücksicht auf die Fehltage.³

Wels machte Mitteilungen über die Lage in Bayern.⁴ Eine Debatte wurde über diese Ausführungen nicht eröffnet.

35.

9.4.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Mittwoch] 9. April 1919, 5 Uhr nachm."

Nachdem Vorsitzender Löbe die wichtigsten Eingänge bekanntgegeben [hat], macht Frau Ryneck Mitteilung von einer unter Wissen des Vorstandes stattgefundenen interfraktionellen Besprechung der weiblichen Mitglieder der National-

² Am 9. 4. 1919 nahm Keil im Verfassungsausschuß zur Volksabstimmung Stellung, am 11. 4. kam es dann darüber zu einer allgemeinen Diskussion. Für die SPD erklärte Quarck, er gehe so weit, "anzunehmen, daß eine Volksabstimmung in Finanzfragen kaum rätlich" sei. Er fuhr aber fort: "Andererseits müssen wir beachten, daß das Budgetrecht das vornehmste Recht der Demokratie bleibt. Vielleicht finden wir noch eine Fassung, die beiden Erwägungen Rechnung trägt, etwa der Art, daß nur allgemein über die Gesamtbelastung abzustimmen ist." Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 312. Der im Verfassungsausschuß ausgehandelte § 64 sah zu diesem Problem vor: "Auf den Haushaltsplan, Abgabengesetze und Besoldungsordnungen der Reichsbeamten findet diese Bestimmung (der Volksabstimmung) keine Anwendung, es sei denn, daß der Reichspräsident das Gesetz zur Volksabstimmung bringt." Ebd., S. 313. Art. 73 der Weimarer Verfassung führte dann aus: "über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen.". Vgl. Ziegler, S. 314 f.

³ Zur Regelung über die Abführung von Diäten siehe Nr. 18.

⁴ In der Nacht vom 6. zum 7. 4. 1919 war in München von einer Versammlung von Mitgliedern des Zentralrates, des Revolutionären Arbeiterrates und der USPD die Räterepublik ausgerufen worden; die Münchener Kommunisten lehnten eine Beteiligung an der "Scheinräterepublik" ab. Die Regierung Hoffmann verlegte am 7. 4. ihren Sitz nach Bamberg und erklärte, sie bleibe die "einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns"; vgl. Schulthess 1919 I, S. 162 ff.; Dokumente und Materialien, S. 322 f., 357 ff. und 380 ff.; Mitchell, S. 240 ff.; Appelle einer Revolution. Dokumente aus Bayern zum Jahr 1918/19. Mit einem Vorwort von Carl Amery. Zusammenstellung und historische Einführung von Karl-Ludwig Ay, München 1968, S. 27, Anlagen 63 und 65.

Fraktionssitzung 9. 4. 1919 35.

versammlung und der Absicht der Einreichung einer gemeinsamen Interpellation über die Art der Entlassung der weiblichen Arbeitskräfte in den einzelnen Wirtschaftszweigen, vor allem in den Angestelltenberufen.¹

Nach einer längeren Diskussion, an der sich die Kollegen Giebel, Frau Schuch, Frau Lodahl, Sollmann, Dröner, Frau Schroeder, Steinkopf, Löbe, Frau Kähler, Frau Juchacz, Frau Reitze, und Krätzig beteiligten, wurde beschlossen 1. eine Kommission aus männlichen und weiblichen Fraktionsgenossen einzusetzen, die gemeinsam die Frage untersuchen und Richtlinien aufstellen sollen, nach denen die Entlassungen der weiblichen Angestellten vorgenommen werden sollen; 2. daß die Frauen berechtigt sind, auch an den weiteren interfraktionellen Besprechungen in dieser Frage teilzunehmen; 3. daß der Vorstand sich an alle R e i c h s ä m t e r wenden soll mit dem Ersuchen, bei Einstellungen von Frauen unsere Genossinnen zu berücksichtigen.²

Hierauf berichtet **Hoch** über den im Seniorenkonvent vorgesehenen Gang der Geschäfte des Hauses und skizziert dann seine E tatre de, die er morgen im Plenum zu halten gedenkt.³

Es besteht die Absicht, zur Etatdebatte einen von allen Parteien gestellten Antrag einzubringen auf Bestimmung eines aus 29 Mitgliedern bestehenden Ausschusses der Nationalversammlung zu den Friedensverhandlungen.⁴

Außerdem soll die ganze Art der Verhandlungen ausmünden in eine Kundgebung für einen R e c h t s f r i e d e n und ein gehässiger Kampf der Parteien gegeneinander möglichst vermieden werden.⁵

Ferner soll eine Adresse an den Reichspräsidenten gerichtet werden, auf die der Reichspräsident dann wieder an die Nationalversammlung antwortet.⁶

¹ Eine Anordnung des Kriegsamtes vom 8. 11. 1919 betr. "Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft" zielte auf eine geregelte Zurückdrängung der "industriellen Frauenarbeit". Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 215 "Denkschrift" des Arbeitsministeriums über seit dem 9. 11. 1918 getroffene sozialpolitische Maßnahmen vom 21. 3. 1919 mit Anlagen, S. 28 und 74 ff. Die gemeinsame Interpellation wurde am 1. 8. eingebracht und am 20. 8. 1919 von Reichsarbeitsminister Schlicke beantwortet. Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 746, Bd. 329, S. 2236 und 2709 ff. Vgl. auch Nr. 12, bes. Anm. 8.

² In einem von Löbe unterzeichneten Schreiben vom 10. 4. 1919 wurde darum gebeten, "bei der Heranziehung von Frauen in Reichsämter" auch "Frauen des Arbeiterstandes" zu berücksichtigen. Die Fraktion und die Gewerkschaften seien bereit, geeignete Frauen zu benennen. BA Koblenz R 43/I 901. – Zur Reaktion der "Reichsämter" vgl. Nr. 60.

³ Hoch sprach am 10. 4. 1919 im Plenum; Sten. Ber., Bd. 327, S. 924 ff.

⁴ Die Nationalversammlung beschloß am 10. 4. 1919, einen Ausschuß für die Friedensverhandlungen zu berufen, der aus dem Präsidenten und 28 Mitgliedern bestehen sollte. Sten. Ber., Bd. 327, S. 961.

⁵ Ein von Löbe (SPD), Gröber (Zentrum), Payer (DDP), Arthur Posadowsky-Wehner (DNVP) und Karl Rudolf Heinze (DVP) eingebrachter Entschließungsantrag zur Friedensfrage wurde gegen die Stimmen der USPD in der Sitzung vom 10. 4. 1919 angenommen. Sten. Ber., Bd. 327, S. 961 f.; vgl. auch Kabinett Scheidemann, S. 149.

⁶ In der Kabinettssitzung vom 1. 4. 1919 hatte schon Erzberger "eine Botschaft des Reichspräsidenten über den Frieden" empfohlen. Der von Reichspräsident Ebert am 12. 4. den Ministerpräsidenten zugeleitete Entwurf einer entsprechenden Botschaft an die Nationalversammlung wurde trotz Bedenken des Kabinetts am 15. 4. 1919 unverändert im Plenum verlesen. Kabinett Scheidemann, S. 149 und 157 f.; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1077.

36. 11. 4. 1919 Fraktionssitzung

Die Fraktion ist mit diesen Absichten einverstanden. Sie will sich mit e i n e m Redner begnügen, sie behält sich aber einen zweiten Redner vor, falls die Debatte einen solchen notwendig macht.⁷

Auch mit den skizzierten Grundzügen der Rede Hochs, an die eine ausgiebige Debatte anknüpfte, erklärte sich die Fraktion einverstanden.

36.

11.4.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Freitag] 11. April, morgens 11 1/2 Uhr."

Löbe gibt zwei Schreiben der Kollegen Gradnauer und Buck-Dresden bekannt, worin beide mitteilen, daß sie wegen der Häufung anderer Ämter auf ihre Person ihre Fraktionsmandate niederlegen.²

Ein Schreiben des Reichspostministers bittet um Nennung zweier Mitglieder zu einem postalischen Beirat zur Prüfung von Verkehrs- und Gebührenfragen. Der Vorstand schlägt Richard Fischer und Steinkopf vor und die Fraktion stimmt dem zu.³

Zum Gesetzentwurf über die Sommerzeit empfiehlt der Fraktionsvorstand, ausnahmsweise den Fraktionsmitgliedern die Abstimmung frei zu geben und in Konsequenz dieser Stellung auch einen Redner für und einen Redner gegen den Entwurf zu bewilligen.

Die Fraktion begnügt sich jedoch, den Kollegen Kenngott als Redner g e g e n den Entwurf zu nominieren, der in seine Ausführungen einflechten soll, daß die Fraktion geteilter [Meinung] ist.⁵

⁷ Für die Fraktion sprach nur *Hoch* (vgl. Anm. 3). Die "Kundgebung für den Rechtsfrieden" wurde gegen die Stimmen der USPD angenommen. Sten. Ber., Bd. 327, S. 961.

¹ Gestrichen: "Gen[ossen]".

² Georg Gradnauer war seit dem 14. 3. 1919 Ministerpräsident von Sachsen, Johann Wilhelm Buck seit dem 20. 3. sächsischer Kultusminister. Schulthess 1919 I, S. 122 und 131; vgl. auch Sten. Ber., Bd. 327, S. 913 und 964. Für Gradnauer und Buck rückten Karl Bethke und Hedwig Kurt nach; ebd., S. 1081 und 1113; Vorwärts Nr. 226 vom 4. 5. 1919. Vgl. unten Nr. 44.

³ Gemeint ist wohl der vom Reichspostminister eingerichtete "Verkehrsbeirat"; vgl. Nr. 79, Anm. 3.

^{4 &}quot;Sommerzeit" doppelt und einmal gestrichen.

⁵ Kenngott ließ in seiner Rede nicht durchblicken, daß die Fraktion in dieser Frage gespalten war, doch war allgemein bekannt, daß der Riß durch alle Parteien ging. Die Nationalversammlung lehnte das Gesetz über die Sommerzeit ab; Sten. Ber., Bd. 327, S. 974 f. und 979. – Vgl. ferner SPD-Parteitag 1919, S. 65.

Fraktionssitzung 11.4.1919 37.

Im Senioren konvent soll noch einmal eine Beratung darüber herbeigeführt werden, ob in diesem Augenblick eine Vertagung der Nationalversammlung tunlich ist.

Es soll dafür eingetreten werden, daß in der Woche vor Ostern noch einige Tage im Plenum verhandelt wird und daß das Plenum bereits vor dem 2. Mai (dem vom Präsidenten vorgesehenen Datum) wieder zusammentritt.⁶

Den Kollegen Hoch und Röhle wird gestattet, im Auftrage der Fraktion eine Lebensmittelinterpellation einzubringen.⁷

Der Fraktionsvorstand soll an die vielen bis jetzt fehlenden Mitglieder ein Mahnschreiben richten und die Frage prüfen, auf welche Weise eine möglichst vollzählige Fraktion geschaffen werden kann.

37.

11.4.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Freitag] 11. April 1919, 6 1/4 Uhr abends."

Es muß eine vom Plenum beschlossene parlamentarische Friedenskommission gewählt werden, die aus 28 Mitgliedern besteht. Die Fraktion hat 11 Kollegen zu stellen. Es werden per Stimmzettel die Kollegen Krätzig, Löbe, Molkenbuhr, Müller-Breslau, Frau Röhl, Frau Schilling, Schumann, Dr. Sinzheimer, Stock, Vogel, Wels gewählt.¹

⁶ Die Nationalversammlung begann ihre Osterpause am 15. 4. 1919 und überließ dem Präsidenten die Festlegung des Termins für die nächste Sitzung. Sie trat erst am 12. 5. 1919 in Berlin wieder zusammen. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1077 und 1081.

⁷ Die Interpellation lautete: "Ist der Reichsregierung bekannt, daß die Art, wie die Lebensmittel aus dem Ausland verteilt werden sollen, sowie die hohen Preise dieser Lebensmittel und sonstige Maßnahmen in der Ernährungsfrage große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben? Was gedenkt die Reichsregierung dagegen zu tun?" Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 257. – Das Plenum der Nationalversammlung behandelte die Interpellation am 14. 4.; Röhle begründete sie, die Antwort der Regierung gab Robert Schmidt. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1016 ff.

¹ Vgl. oben Nr. 35, bes. Anm. 4. Die übrigen Fraktionen entsandten folgende Personen in den 9. Ausschuß für die Friedensverhandlungen: Zentrum: Ehrhardt, Gröber, Heim, Mayer-Schwaben, Spahn, Trimborn; DDP: Falk, Herrmann-Posen, Quidde, von Richthofen, Wieland; DNVP: Kraut, Posadowsky-Wehner, Traub; DVP: Stresemann; USPD: Geyer-Leipzig, Haase. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1061.

38. 12. 4. 1919 Fraktionssitzung

38.

12.4.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Samstag] 12. April 1919, 10 1/2 Uhr vorm."

Es wird nach einer Aussprache über das in der heutigen Sitzung vorkommende Gesetz zur Regelung der Kaliwirtschaft der Kollege Sachse als Redner bestimmt mit der Weisung, im Plenum für das Gesetz einzutreten.¹

Bezüglich des Gesetzes über die Freigabe des 1. Mai wird beschlossen, angesichts der Haltung des Zentrums und der² Demokraten³ die Abstimmung über das Gesetz zur Vertagung zu bringen und inzwischen unsere fehlenden Kollegen telegraphisch herbeizuführen. *Hildenbrand* wird als Plenarredner für das Gesetz bestimmt.⁴

Der Kollege Katzenstein wird als Plenarredner zum Ermächtigungsgesetz bestimmt für den Fall, daß sich bei seiner Erledigung eine Debatte entspinnen sollte.⁵

¹ Der "Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft" war vom Reichswirtschaftsministerium am 10. 4. 1919 vorgelegt worden. Ähnlich wie der Kohlenbergbau sollte die Kaliwirtschaft von einem Reichskalirat geleitet werden. Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 295; ferner oben Nr. 22, bes. Anm. 8. Sachse sprach am 12. 4. im Plenum für die Gesetze; Sten. Ber., Bd. 327, S. 991 ff.

² Gestrichen: "Kons[ervativen]".

³ Gestrichen: "beschlossen".

⁴ Vgl. oben Nr. 34, Anm. 1. Die Nationalversammlung verhandelte am 15. 4. 1919 in 1. Lesung über den Gesetzentwurf zum 1. Mai. Dabei wurde von den bürgerlichen Parteien starke Kritik an dem weltanschaulichen Charakter dieses Feiertages und der Bezugnahme auf einen "Weltfriedenstag" geübt. – Die Rede Hildenbrands in Sten. Ber., Bd. 327, S. 1057 ff.; siehe ferner unter Nr. 39, Anm. 1.

⁵ Das Reichsministerium hatte am 9. 4. 1919 den Entwurf eines "Gesetzes über die Ermächtigung der Reichsregierung zum Erlaß von Verordnungen" vorgelegt, in dem es u. a. hieß: "Die Reichsregierung wird ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung mit Zustimmung des Staatenausschusses und eines von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses von 15 Mitgliedern diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Regelung des Übergangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft oder aus dringenden sonstigen Anlässen als notwendig erweisen." Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 239. Der Ausschuß für Volkswirtschaft hatte die Vorlage etwas verändert (der von der Nationalversammlung bestimmte Ausschuß sollte nicht 15, sondern 28 Mitglieder umfassen), auch mußten die Maßnahmen dringend notwendig sein; vgl. ebd., Nr. 262. In dieser Fassung nahm das Plenum das Gesetz am 15. 4. ohne Debatte an; ebd., Bd. 327, S. 1061. Es trat am 17. 4. 1919 in Kraft; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 394.

39.

14. 4. 1919, nachm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Montag] 14. April 19, 4 Uhr nachmittags."

Die Fraktion muß zusammentreten wegen der Unstimmigkeiten, die auch unter den Mehrheitsparteien wegen der M a i f e i e r v o r l a g e entstanden sind. Es ist bei den interfraktionellen Verhandlungen ein Kompromißantrag extrahiert worden, auf den auch so viele Stimmen des Zentrums und der Demokraten entfallen würden, daß sich zusammen mit den unseren eine gesicherte Mehrheit ergeben würde.\(^1 - [Hermann] Müller-Breslau, der über\(^2\) die Verhandlungen berichtet, empfiehlt die Annahme des Kompromisses. [Heinrich] Schulz-Königsberg, Wels, Hense, Frohme und [Richard] Fischer-Berlin treten diesem Vorschlag bei, während Hoch, Sinzheimer und [Otto] Braun-Düsseldorf sich dagegen wenden und empfehlen, den Bürgerlichen keine Konzession zu machen und für die Vorlage der Regierung zu stimmen, die den 1. Mai dauernd festlegen will.

In der Abstimmung wird das Kompromiß mit großer Mehrheit angenommen.3

Gegen die von den Unabhängigen beantragte Freigabe auch des 9. November wird die Fraktion stimmen, nicht weil sie gegen die Feier ist, sondern es in dieser Frage erst einer Verständigung mit den Einzelstaaten bedarf.⁴

Davidsohn verliest einen Brief des Kollegen Rodemann aus Libau, der Maßnahmen gegen die dort herrschende reaktionäre Gefahr verlangt.

Hildenbrand berichtet, daß über diese Dinge sehr ernste Erwägungen bei der Regierung gepflogen werden und bittet, den Brief der Regierung zu übergeben.⁵

¹ Ein gemeinsamer Abänderungsantrag von Payer (DDP) und Müller-Breslau (SPD) vom 14. 4. 1919 sprach nur davon, daß ein "allgemeiner Feiertag" eingeführt werde, der "dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht" sei. Als gesetzlicher Feiertag war nur noch der 1. Mai 1919 vorgesehen; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 275; vgl. auch Nr. 34, Anm. 1 und unten Anm. 4.

² Gestrichen: "das empf[ohlene]".

³ Vgl. Anm. 1. Die SPD stimmte für den Kompromißantrag, der in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen der USPD und der Rechten angenommen wurde; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1061 und 1078.

⁴ Der vorstehende Absatz ist auf S. 2 des Protokolls nachträglich eingefügt worden. – Der Abänderungsantrag der USPD (Agnes und Genossen) wollte den 1. Mai und den 9. November zu "Nationalfesttagen" erklärt wissen; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 263. Der Antrag wurde von der Mehrheit der Nationalversammlung abgelehnt; ebd., Bd. 327, S. 1060.

⁵ Paul Rodemann (SPD), Wahlkreis Libau, war einer der von den Osttruppen gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung. Sein Schreiben wurde von Davidsohn auch in der Besprechung zwischen Regierungsvertretern und SPD-Abgeordneten vom 16. 4. 1919 (vgl. Nr. 30, Anm. 2) verlesen; Kabinett Scheidemann, S. 163.

40. 14. 4. 1919 Fraktionssitzung

In der weiteren Diskussion wird sehr dringlich das Verlangen nach schneller und gründlicher Remedur⁶ und sehr ernstes Bedenken gegen *Noske*, *Winnig* und *Göhre* laut.

Auf Vorschlag Davids einigt man sich dahin, Winnig und Göhre zu hören und mit Noske und Genossen aus dem Osten schnellstens die Situation zu besprechen.⁷

Eine Stunde nach dem Plenum soll die Fraktionssitzung weitergehen, doch soll⁸ die Regierung⁹ zu dieser Sitzung eingeladen werden.¹⁰

40.

14.4.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Montag] 14. April 1919, abends 6 Uhr."

Es hat sich bei der Rücksprache mit der Regierung herausgestellt, daß die Zuziehung Noskes und Winnigs nach Weimar unmöglich ist¹, daher bestimmt die Fraktion eine Anzahl Genossen, die am Mittwoch vormittag um 10 Uhr beim Parteivorstand zu einer Besprechung anwesend sein sollen.²

⁶ Gestrichen: "laut".

⁷ Zum Gehalt der Vorwürfe und dem Versuch, sie zu klären und abzustellen vgl. das Protokoll dieser Besprechung ebd., S. 162 ff. Darin heißt es, daß der Brief Rodemanns "große Erregung in der Sozialdemokratischen Fraktion in Weimar hervorgerufen hat", während Scheidemann davon sprach, er enthalte "im wesentlichen nur die üblichen Redereien". An dieser Besprechung nahm Winnig, nicht dagegen Göhre und Noske, dafür aber Kriegsminister Reinhardt teil. – Vgl. dazu Noske, Kiel, S. 180 ff.

⁸ Gestrichen: "bis dahin".

⁹ Gestrichen: "um ihr".

¹⁰ Vgl. Nr. 40.

¹ Gestrichen: "die am Mittwoch".

² Dabei dürfte es sich um eine Vorbesprechung für die Unterredung von Regierungsvertretern und SPD-Abgeordneten am 16. 4. 1919 handeln, die um 11 Uhr begann; vgl. Nr. 39, Anm. 7.

Fraktionssitzung 9. 5. 1919 41.

41.

9.5.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes im 1. Teil, im Schlußteil andere Handschrift. Überschrift: "Berlin¹, Sitzung vom [Freitag] 9. Mai 1919 nachmittags, 3 ½ Uhr."

Die Sitzung ist gedacht als Vorläufer der morgigen Fraktionssitzung, die im Beisein auch des² Parteiausschusses stattfinden soll.³

Löbe teilt mit, daß über die Friedensbedingungen der Entente ein vorläufiges Einvernehmen aller Parteien erzielt worden [sei], die Frage der Ablehnung oder Annahme vorläufig ruhen zu lassen.

Alle haben ihr Einverständnis damit erklärt, die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung erst später zu treffen, zunächst aber den Versuch zu unternehmen, zu Verhandlungen mit der Entente zu kommen, um eine Herabmilderung der schweren Bedingungen zu erzielen.⁴

Die heutige Sitzung soll vornehmlich dazu dienen, die⁵ Meinungen der Kollegen aus den abzutretenden Gebieten zu hören.

Es sprechen aus Oberschlesien die Kollegen Löffler, Voigt, Bias und Becker-Gleiwitz.⁶

Sie berichten einheitlich, daß der übergroße Teil der oberschlesischen Bevölkerung bis gestern an die Möglichkeit eines Schicksals wie das jetzt angedrohte nicht geglaubt habe.⁷ Wenn das Volk in Oberschlesien selbst zu entscheiden bekommt,

¹ Die Nationalversammlung trat am 12. 5. 1919 in der Aula der Berliner Universität zu einer Kundgebung gegen die Friedensbedingungen zusammen; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1081 ff.

² Gestrichen: "Frak[tion]".

³ Siehe Nr. 42.

⁴ Nach einer Vorabverständigung zwischen der Reichsregierung und "allen Fraktionsführern" befaßte sich der Friedensausschuß der Nationalversammlung (vgl. oben Nr. 35, Anm. 4 und Nr. 37) in einer Sitzung vom 8. 5. 1919 mit den am Vortag überreichten Friedensbedingungen der Entente. Fehrenbach gab dabei eine gemeinsame Erklärung der Parteien ab, sie seien "damit einverstanden", daß durch "Verhandlungen mit unseren Gegnern" versucht werden solle, "einen Frieden zustande zu bringen, der für das d[eu]t[sche] Volk erträglich und erfüllbar ist". Veröffentlichte Protokolle der Sitzung im Vorwärts Nr. 235 vom 9. 5. 1919; vgl. Kabinett Scheidemann, S. 304. Zum Inhalt der Friedensbedingungen und zu den wissenschaftlichen Kontroversen über Versailles vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege: Der Erste Weltkrieg. Die Weimarer Republik (= Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4/1, Stuttgart 9. Aufl. 1973, S. 198 ff.) sowie Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 189 ff. und die in beiden Werken angegebene Literatur.

⁵ Gestrichen: "Koll[egen]".

⁶ Mit Bleistift durchgestrichen: "Hörsing" und "Becker-Gleiwitz" eingefügt. – Lothar Löffler und Anton Bias vertraten den Wahlkreis 10 (Reg.-Bez. Oppeln), Friedrich Voigt und Roman Becker den Wahlkreis 9 (Reg.-Bez. Breslau).

⁷ Die Friedensbedingungen der Entente vom 7. 5. 1919 wurden am 8. 5. in der Presse veröffentlicht. Zur Reaktion in Deutschland auf die Bekanntgabe der Friedensbedingungen vgl. Leo Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918–1919. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976, S. 357 ff.

41. 9.5.1919 Fraktionssitzung

werde der übergroße Teil für Deutschland votieren. Diese Selbstentscheidung müsse als mindestes mit allen Mitteln zu erlangen versucht werden.

Voigt-Breslau plädierte insbesondere noch für einen weit energischeren Schutz der deutschgesinnten Elemente gegen den jetzt vermehrt auftretenden Terror der Polen; Angriffe der Polen von außen müßten mit Waffengewalt abgewiesen werden. –

Über das S a a r g e b i e t berichten Pokorny⁸ und Hue, daß auch dort weder die Stimmung der Bevölkerung für den Anschluß an Frankreich, noch die wirtschaftliche Begründung zutreffend ist, die Frankreich der Annexion gibt. Denn die Bedingungen der Entente bedeuten nichts anderes als eine Annexion. Davon aber wolle die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit nichts wissen. Im Saarrevier sei mit Sicherheit auf mindestens 90 % der Stimmen für Deutschland zu rechnen. Die früheren saar[ar]abischen Zustände⁹ hätten allerdings in manchen Arbeiterkreisen den Gedanken wachgerufen, lieber Franzose zu sein als Preuße. Aber das sei jetzt anders geworden, seitdem die Franzosen die Besetzung übernahmen.

Heute sehne kaum ein einziger Arbeiter sich nach Frankreich hin, weil in wirtschaftlicher, politischer und sozial-politischer Hinsicht die französischen Arbeiter sich schlechter stehen als die deutschen. –

Über Ost preuß en berichten Lübbring und Winnig.¹⁰ Auch sie heben hervor, daß der Wilsonsche Grundsatz, wonach nur Bezirke mit unstreitig nichtdeutscher Bevölkerung¹¹ von Deutschland abgetrennt werden sollen, auch für Ostpreußen unbeachtet gelassen ist.

Die Bevölkerung rechne mit aller Bestimmtheit darauf, daß die sozialdemokratische Fraktion und die Regierung alles tun werden, um den Friedensvertrag nicht zur Tat werden zu lassen. Lübbring ist überzeugt, daß es in den abzutretenden ostpreußischen Distrikten zu größeren Unruhen kommt, da die Bevölkerung sich mit den Waffen in der Hand wehren werde, wenn der Friedensvertrag zur Durchführung komme. Der polnische Anhang sei nur s ehr gering.

Dieselbe Gefahr sieht Winnig für¹² W e s t p r e u ß e'n. Auch dort gäbe es kaum eine Möglichkeit, blutige Zusammenstöße zu vermeiden. Dort sind die Polen besonders provozierend vorgegangen. Sie haben für das Weichselgebiet bereits eine vollständig organisierte Zivilverwaltung zur Bereitschaft eingerichtet. Sie haben in der Weichselniederung auch alle Vorbereitungen zur Aufstellung einer Armee von c[irk]a. 50 000 Gewehren getroffen. Wenn das Signal von polnischer Seite komme, müsse in den nächsten Tagen mit unangenehmen Konflikten gerechnet werden. Die

⁸ Franz *Pokorny*, Wahlkreis 21 (Reg.-Bez. Koblenz und Trier), war Angestellter des Bergarbeiterverbandes in Saarbrücken.

⁹ Die Kennzeichnung "Saararabien" bezog sich auf die Tatsache, daß die Saar-Industriellen, an der Spitze Karl Ferdinand von Stumm, in der Vorkriegszeit eine besonders restriktive Haltung gegenüber den Arbeitern, den Gewerkschaftsorganisationen und der Sozialdemokratie einnahmen.

¹⁰ Josef Lübbring vertrat den Wahlkreis 1 (Provinz Ostpreußen), August Winnig den Wahlkreis 7 (Provinz Pommern); über seine Tätigkeit in Ost- und Westpreußen vgl. oben Nr. 10, Anm. 8.

¹¹ Streichung unleserlich.

¹² Gestrichen: "Ostpreußen".

Fraktionssitzung 10. 5. 1919 42.

deutsche Bevölkerung muß sie zu verhindern suchen, gelingt es nicht, dann müssen wir sie ausfechten.¹³

Die Partei und die Regierung mögen in den bedrohten Provinzen sofort eine große propagandistische Aufklärung entfalten.

In¹⁴ ähnlichem Sinne berichtet [Wilhelm] Schulz-Bromberg über die Stimmung in den P o s e n s c h e n Bezirken.

Über die bay erische Pfalz berichtet Dr. [Adolf] Braun-Nürnberg, daß die anfänglich recht franzosenfreundliche Stimmung in den unteren Schichten durch das Wüten der schwarzen Besatzung verschwunden ist; in den oberen Schichten komme noch sehr stark die Erwägung hinzu, durch einen Anschluß an das Weinland in der Produktion der Pfälzer Weine geschädigt zu werden. Auch in der Pfalz würde bei einer Abstimmung die Mehrheit der Bevölkerung für Deutschland votieren.¹⁵

Damit war die Aussprache geschlossen. Ein Antrag Davidsohns [fordert], daß, wenn in diesen schicksalsschweren Tagen Beschlüsse der entscheidenden Stellen besonders bezüglich der Anwendung von militärischen Gewaltmitteln im Osten gefaßt würden, Vertreter unserer Fraktion dabei mitbestimmen.

Der Antrag wird angenommen.

Es werden Krätzig, Lübbring, Davidsohn, Löffler, Kronen, und Schulz-Bromberg bestimmt.

42.

10.5.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Berlin, Sitzung v. [Samstag] 10. Mai 1919, 3 1/2 Uhr nachm."

An der Sitzung nehmen außer der Fraktion die Mitglieder der preußischen Landesversammlung, der Parteiausschuß, die Vertreter der Parteiredaktionen und Mitglieder der Regierung teil.¹

¹³ Vgl. dazu auch Kabinett Scheidemann, S. 312 (Sitzung 11. 5.), daß sich in Westpreußen ein "Aktionsausschuß aus Mitgliedern aller Parteien gebildet hat, der darauf drängt, der Bevölkerung Gelegenheit zu Handlungen zu geben, die über bloßen Protest hinausgehen".

¹⁴ Ab "In" bis zum Schluß des Protokolls andere Handschrift.

¹⁵ Eine Volksabstimmung in der Pfalz war in dem Friedensvertragsentwurf nicht vorgesehen. Der hier geschilderte Sachverhalt bezieht sich auf Mitteilungen, die Franzosen betrieben mit allen Mitteln die Ausrufung einer selbständigen Republik Pfalz; vgl. Kabinett Scheidemann, S. 319 und 334 f.

¹ Vgl. dazu den Bericht über die Konferenz im Protokoll des SPD-Parteitages 1919, S. 44 f.

42. 10. 5. 1919 Fraktionssitzung

[Hermann] Müller-Breslau hält das einleitende Referat über die von der Entente gestellten Friedens beding ungen² und empfiehlt, die endgültige Stellungnahme der Partei wenigstens vor der Öffentlichkeit noch nicht auszusprechen, dagegen mit aller Kraft die Regierung zu stützen, bei der Entente auf Verhandlungen zur Erreichung von Milderungen zu dringen und die endgültige Entscheidung in einem späteren Zeitraum zu treffen.

Hoch vom Vorstand vertritt eine etwas abweichende Meinung. Auch er hält die Bedingungen in der vorliegenden Form für und urchführbar, plädiert aber dafür, sie trotzdem anzunehmen und empfiehlt eine entsprechende Erklärung, in der ausgesprochen wird, daß wenn der Hunger uns zur Unterzeichnung zwinge, wir aber die Übernahme der Garantie für die Ausführung der Bedingungen nicht übernehmen können.

In der Diskussion werden die Bedingungen von den meisten der Redner als unannehmbarbezeichnet.

Als³ Schlußergebnis der Aussprache stellte Vorsitzender Löbe, ohne Widerspruch zu finden, folgendes fest: 1. Über die Annahme oder Ablehnung der⁴ Bedingungen soll V o l k s a b s t i m m u n g im ganzen Land verlangt werden; 2. über die Abtretung der bedrohten Gebiete soll besondere Abstimmung des Volkes in diesen betroffenen Gebieten verlangt werden; 3. [Hermann] Müller-Breslau, der als Plenarredner bestimmt wurde, soll in seine Ausführungen den erwähnten Satz Hochs über die vorbehaltliche Zustimmung n i c h t aufnehmen⁵; 4. er soll erklären, daß die Partei die Bedingungen für u n d u r c h f ü h r b a r⁶ hält, worin dann das "Unannehmbar" schon enthalten wäre. —

Die Sitzung ist sich darin einig, eine großzügige Agitation im Lande zu entfalten.⁷

² Zu den Friedensbedingungen vgl. oben Nr. 41, Anm. 4. Der Text ist publiziert in: Die Friedensforderungen der Entente, hrsg. von der Deutschen Liga für den Völkerbund, Berlin 1919.

³ Vor "Als" gestrichen: "Löbe".

⁴ Gestrichen: "Bestimmungen".

⁵ Hermann Müller sprach am 12.5. 1919 bei der "Kundgebung" der Nationalversammlung; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1085 ff.

⁶ Gestrichen: "unannehmbar".

⁷ So rief die SPD zu Kundgebungen gegen den Friedensvertrag auf, an denen sich in Berlin (am 13.5.) jedoch nur 10 000 Menschen beteiligten. Vgl. Miller, Bürde, S. 280, die vermutet, daß die Kundgebungen offenbar "auf Berlin beschränkt" blieben.

43.

12.5.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Berlin, Sitzung vom [Montag] 12. Mai 1919, vormittags 10 ½ Uhr."

Löbe gibt die Dispositionen des Seniorenkonvents für die heutige Plenarsitzung bekannt.

Nach Erledigung der heutigen Sitzung soll das Plenum erst dann wieder seine Beratungen aufnehmen, wenn der Fortgang der Friedensverhandlungen es erforderlich gemacht hat. Auch von den Ausschüssen wird während der Pause nur der Friedensausschuß¹ tagen. Die Mitglieder der Nationalversammlung sollen möglichst zur Agitation im Lande eilen.

Für das heutige Plenum wird [Hermann] Müller-Breslau als Hauptredner, Löffler als Redner für Oberschlesien, Frau Bohm-Schuch als Rednerin für die Frauen bestimmt.²

Im Verlauf der Sitzung entwickeln die Referenten die Grundgedanken ihrer beabsichtigten Reden.

Frohme verlangt, daß Kollege Müller heute schon, im Gegensatz zu der in der letzten Fraktionssitzung vorherrschenden Stimmung, im Namen der Fraktion erklären soll, daß sie unter keinen Umständen für den vorliegenden Vertrag stimmen könne. Frohme erhebt dies später zum Antrag.

In der weiteren Diskussion plädieren nur Becker-Gleiwitz und Schreck-Bielefeld dafür, gegenwärtig weder Ja noch Nein auszusprechen.

Alle anderen Redner, so [Otto] Braun-Duisburg, Dr. Quarck, Schöpflin, Heinr[ich] Schulz, Katzenstein, Voigt, [Richard] Fischer-Berlin, Wels, Löffler, Winnig treten für die Unannehmbarkeitserklärung ein. Hoch, der sich nicht für das "Unannehmbar" entscheiden kann, tritt trotzdem für eine klare Stellungnahme ein.

Im Laufe der Diskussion war mitgeteilt worden, daß Scheidemann im Namen des Kabinetts in der heutigen Sitzung erklären werde, daß die Bedingungen in dieser Form für die Regierung unannehmbarseien³, daß ferner die "L'Humanité" geschrieben habe, daß die französischen Sozialisten diesen Bedingungen [nie]⁴ zustimmen könnten.⁵

¹ Vgl. Nr. 35, Anm. 4, Nr. 37 und Nr. 41, Anm. 4.

² Vgl. unter Nr. 42, Anm. 5. Löffler und Frau Bohm-Schuch sprachen ebenfalls am 12. 5. Löffler ging vor allem auf Probleme des Saargebiets ein, Frau Bohm-Schuch auf die Haltung der Frauen; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1089 ff. und 1106.

³ Für die Regierung hatte Scheidemann die bekannten Worte gesprochen: "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt." Er erklärte weiter: "Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar." Sten. Ber., Bd. 327, S. 1083 f.

⁴ Lesart unsicher.

⁵ Das sozialistische (später kommunistische) Organ L'Humanité hatte geschrieben, der Friede sei in Wahrheit ein Gewaltfriede, kein Völkerfriede. Nur eine internationale Organisation der Arbeiter könne

Die Fraktion beauftragte gegen 5 Stimmen den Genossen Müller⁶, die Bedingungen als⁷ unannehmbar zu bezeichnen.⁸

Genosse Gräf von der preußischen Landesversammlung brachte noch die Frage des Ersatzes des aus dem Kriegsministerium ausscheidenden Genossen Göhre zur Sprache. Gräf wünscht die Billigung der Fraktion, daß ein tüchtiger parteigenössischer Offizier ins Kriegsministerium berufen wird und daß die beiderseitigen Fraktionsvorstände sich gemeinsam mit der Regierung⁹ in den nächsten Tagen über die geeignete Persönlichkeit einigen sollen.¹⁰

Schöpflin wünscht, daß der Vorstand zu diesen Verhandlungen auch die Fraktionskollegen, die sich in der Fraktion mit den militärischen Dingen befaßt haben, zuziehen solle.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Wiedergegeben im Vorwärts Nr. 237 und 238 vom 10.5. 1919. In der Ausgabe Nr. 240 vom 12.5. 1919 referierte der Vorwärts unter der Überschrift: "Die französischen Sozialisten gegen den Gewaltfrieden" einen Leitartikel Cachins aus L'Humanité zu den Friedensbedingungen und ihrer negativen Auswirkung auf das Proletariat.

- 6 Gestrichen: "diese Bsedingungen) mit".
- 7 Schreibfehler: "Unan[nehmbar]".
- 8 Der Vorwärts brachte am 12.5. 1919 (Nr. 241) in seiner Abendausgabe folgende Meldung: "Die sozialdemokratische Fraktion hat heute mittag mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung durch den Mund ihres Sprechers, des Genossen Hermann Müller, zu erklären, daß die Friedensbedingungen der Entente in der vorliegenden Form für uns unannehmbar sind." Hermann Müller erklärte in der Nationalversammlung für die SPD: "Dieser Friedensvertragsentwurf ist unerträglich und unerfüllbar, (sehr richtig!) und weil er das ist, ist er in der vorliegenden Form für uns unannehmbar"; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1086.
- 9 Gestrichen: "über".
- 10 Göbre schied Ende April 1919 als Beigeordneter-Unterstaatssekretär im Kriegsministerium aus und trat zum 1.5. eine Stellung als Unterstaatssekretär im Preußischen Staatsministerium an. Erst am 16. 6. 1919 wurde Albert Grzesinski, Mitglied der Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und des Zentralrats, zum Nachfolger als parlamentarischer Unterstaatssekretär ernannt; er trat sein Amt am 20. 6. 1919 an. Kabinett Scheidemann, S. 257 und 469; Albert Grzesinski, Im Kampf um die deutsche Republik, Manuskript, S. 84, in: BA Koblenz, Kleine Erwerbungen Nr. 144.

44.

2.6.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Berlin, Sitzung v. [Montag] 2. Juni 1919."

Vorsitzender Löbe teilt mit, daß an die Stelle der aus der Fraktion ausgeschiedenen Kollegen Dr. Gradnauer und Buck-Dresden die Genossin Frau Kurt und Genosse Bethke getreten sind.¹

¹ Zum Ausscheiden von *Gradnauer* und *Buck*, für die Karl *Bethke* und Hedwig *Kurt* nachrückten; vgl. Nr. 36, Anm. 2.

Sodann berichten Dr. Quarck und Katzenstein über die Tätigkeit des Verfassungs ung sausschusses. Die ganze Sitzung wurde darauf auf die Aussprache über die gehörten Berichte verwendet. Es wurde von allen Rednern, von Dr. David, Dr. [Adolf] Braun, Hoch, Hellmann, Thiele, Wels, [Hermann] Müller-Breslau, Frau Kähler, Molkenbuhr, anerkannt, daß im Hinblick auf die Friedensgestaltung und die umsichgreifenden Absplitterungsbestrebungen die möglichst schleunige Schaffung der Einheitsverfassung eine unbedingte Notwendigkeit werden könne. Trete diese Situation ein, so müsse der Verfassungsentwurf, so wie er jetzt aus der zweiten Kommissions-Lesung hervorgegangen, schnellstens an gen om men werden. Gewännen wir aber Zeit zur Entscheidung, und seien es auch nur 14 Tage, dann müßten weitere Verhandlungen geführt und der Versuch unternommen werden, noch eine Reihe von Verbesserungen in die Verfassung hineinzubringen.

Gegen diese Absicht der eventuellen schleunigsten⁴ Verabschiedung der Verfassung durch die Nationalversammlung sprach sich nur Bethke aus. Die Weiterführung der Diskussion wurde auf die morgige Sitzung vertagt.

45.

3.6.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Berlin, Sitzung [vom Dienstag] 3. VI. 19."

Die Fraktion beschloß, folgende Interpellationen zur schleunigen Beratung einzubringen.

1. Ist der Regierung bekannt, daß die großen Einkommen und Vermögen auf den verschiedensten Wegen, insbesondere durch Abwanderung nach dem Auslande, der steuerlichen Erfassung entzogen werden?

Ist ihr weiter bekannt, daß den Reichsfinanzen unabsehbarer Schaden zugefügt wird durch die Annahme von Kriegsanleihen zum Nennwert beim Verkauf von Heeresgut?

Ist die Regierung bereit, in kürzester Frist der Nationalversammlung Gesetzentwürfe zur schärfsten Erfassung der Kriegsgewinne und der großen Einkommen sowie zur Erhebung einer allgemeinen progressiven Vermögensabgabe vorzulegen?

Ist sie ferner bereit, die Inzahlungnahme der Kriegsanleihe zum Nennwert sofort einzustellen?

² Der Verfassungsausschuß hatte bis zu diesem Zeitpunkt (2. Juni) 35 Sitzungen abgehalten und die 1. Lesung des Verfassungsentwurfs beendet. Die 2. Lesung im Verfassungsausschuß begann am 3. Juni; Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391; Verfassungsausschuß, S. 400 ff.

³ Gestrichen: "betont".

⁴ Gestrichen: "Annahme der".

¹ Die nachfolgenden Texte unter 1. und 2. sind eingeklebte Zeitungsausschnitte aus dem Vorwärts Nr. 283 vom 4. 6. 1919. Die Interpellation "Auer und Genossen" (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 348,

45. 3. 6. 1919 Fraktionssitzung

2. Die Regierung hat ihre Erklärung in der Nationalversammlung, die Militärgerichtsbarkeit für nichtmilitärische Vergehen aufzuheben, bisher nicht durchgeführt. Die Fraktion fordert von der Regierung auf das bestimmteste, daß unverzüglich die Militärgerichtsbarkeit entsprechend ihrer früheren Erklärung aufgehoben und darüber hinaus die Militärgerichtsbarkeit überhaupt beseitigt wird.²

Ferner stimmte die Fraktion dem Beschluß des Parteivorstandes zu, wonach von der Regierung

die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Lettland, die Abberufung des General Goltz und die Enthaftung der Mitglieder der lettischen Regierung verlangt wird.³

Außerdem erklärte die Fraktion sich grundsätzlich einverstanden mit der Einbringung einer Interpellation zur Herbeiführung eines Gesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Der Wortlaut soll unter Anhörung und im Einvernehmen mit dem zuständigen Minister festgelegt werden.⁵

S. 210 f.; vgl. auch Vorwärts Nr. 283 vom 4. 6. 1919) wurde am 3. 6. eingebracht, aber erst am 8. 7. in der Nationalversammlung im Zusammenhang mit verschiedenen Steuergesetzentwürfen behandelt. Für die SPD sprach Keil, für die Regierung ging der Reichsfinanzminister Erzberger auf sie ein. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1375 ff. und 1383 ff. Zu den in der Interpellation angesprochenen finanzpolitischen Maßnahmen wurde der Gesetzgebungsprozeß erst eingeleitet unter der Regierung Bauer. Vgl. die 10 finanzpolitischen Gesetzentwürfe (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 372–381), die Erzberger bei der ersten Beratung durch die Nationalversammlung am 8. 7. begründete. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1376.

² Die Regierung hatte eine entsprechende Erklärung am 19. 2. 1919 (Kriegsminister Reinhardt) abgegeben; Sten. Ber., Bd. 326, S. 177. Die im Protokolltext aufgeführte Interpellation läßt sich in den Sten. Ber. nicht nachweisen. Die SPD brachte bei der zweiten Beratung des Verfassungsentwurfs einen Antrag "Auer und Genossen" ein: "Art. 104 zu fassen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufgehoben", anstatt: "Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben." Die Fraktion zog diesen Antrag während der Beratungen am 10. 7. 1919 wieder zurück; daraufhin wurde er von Dr. Cohn (USPD) wieder aufgenommen und bei der Abstimmung abgelehnt. Das Plenum nahm dafür eine Resolution des Verfassungsausschusses an: "das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit der größten Beschleunigung einzubringen". Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 419, Bd. 328, S. 1475, 1484, 2487 f.

³ Der vorstehende Text ist ein eingeklebter Zeitungsausschnitt aus dem Vorwärts Nr. 283 vom 4. 6. 1919. Vgl. unter Nr. 39, Anm. 7. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands hatte gegen die Darstellung Noskes und gegen das Vorgehen des Generals von der Goltz protestiert; Vorwärts Nr. 273 vom 30. 5. 1919. Der Parteivorstand der SPD nahm in seiner Sitzung vom 30. 5. zu den Problemen in Lettland Stellung; Vorwärts Nr. 276 vom 31. 5. und 283 vom 4. 6. 1919; vgl. auch Schulthess 1919 II, S. 326; zum Zusammenhang ferner Kabinett Bauer, S. 206 ff., bes. Anm. 2.

⁴ Gestrichen: "Gesetzes".

⁵ Am 12. 7. 1919 brachte der SPD-Abgeordnete Hugo Heimann folgende Anfrage ein: "Für die Kommunalisierungsbestrebungen der Gemeinden fehlt es bisher an der dringend notwendigen gesetzlichen Grundlage. Ein Entwurf zu einem diesem Zwecke dienenden Rahmengesetz wurde von der Sozialisierungskommission bereits Anfang März veröffentlicht. Ein umgearbeiteter Entwurf ging Ende Mai dem deutschen Städtetag zur Begutachtung zu und soll inzwischen den Staatenausschuß passiert haben. Ist die Regierung bereit, der Nationalversammlung den Entwurf zu einem solchen Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben so rechtzeitig zu unterbreiten, daß seine Verabschiedung noch vor den Ferien erfolgen kann? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort." Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 558.

Fraktionssitzung 3. 6. 1919 45.

Nachdem die gestern abgebrochene Diskussion über den Verfassungsentwurf zu Ende geführt worden [ist], beschließt die Fraktion⁶ gegen 8 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen, die Verfassungsvorlage, wie sie aus der zweiten Kommissionslesung hervorgeht, en bloc in ein oder zwei Tagen in der Nationalversammlung anzunehmen, wenn die Not der Zeit es erfordert und unsere Mitglieder des Verfassungsausschusses uns dieses Verfahren vorschlagen.⁷

Voraussetzung ist, daß an der Vorlage keine weitere Verschlechterung[en] vorgenommen werden.

Einer Anregung, durch den Fraktionsredner in der nächsten Plenarsitzung erklären zu lassen, daß die Fraktion mit der Schlußrede des Präsidenten Fehrenbach in der letzten Sitzung der Nationalversammlung nicht einverstanden sei, wird nicht Folge gegeben.⁸

Weiter wird beschlossen, eine Interpellation über die Frage der Rentenerhöhung der Zivil- und Militärbeamten einzubringen. Über die Formulierung soll mit dem Reichsarbeitsminister Rücksprache genommen werden. Als Redner zur Begründung der Interpellation werden Meier-Sachsen und Frau Bohm-Schuch bestimmt.⁹

Außerdem soll an das zuständige Ministerium oder Ressort herangetreten werden, damit sie verhindern, daß die Kriegsbeschädigten bei der Lieferung orthopädischer Stiefel oder Prothesen von den Herstellern ausgebeutet werden.

In Anwesenheit und unter Teilnahme Noskes erfolgt dann eine ausgedehnte Aussprache über die militärischen Fragen. 10

⁶ Gestrichen: "mit".

⁷ Der Verfassungsausschuß beriet den Verfassungsentwurf in 2. Lesung vom 3. 6.–18. 6. 1919; Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 400–544. Die Nationalversammlung, die erst am 22. 6. zu ihrer nächsten Plenartagung zusammentrat, begann mit der zweiten Beratung des Verfassungsentwurfs am 2. 7.; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1199 ff.

⁸ Präsident Fehrenbach hatte sich am 12. 5. 1919 gegen den Vorwurf der Kriegsschuld Deutschlands ausgesprochen und erklärt, die "Schuld der Ursachen des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde". Doch "auch in Zukunft" würden "deutsche Frauen Kinder gebären, und die Kinder, die in harter Fron aufwachsen, werden imstande sein, nicht nur die Hand zur Faust zu ballen, sie werden mit dem Willen erzogen werden, die Sklavenketten zu brechen und die Schmach abzuwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden will [sic!]. [...] Wie in glücklichen Tagen so auch heute und für immer in schwerer Not und bedrängter Stunde rufen wir hinaus: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!" Sten. Ber., Bd. 327, S. 1111.

⁹ Die Interpellation wurde am 11. 6. 1919 eingebracht, sie lautete: "Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der schreienden Not der zivilen und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen?" Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 356. Die Interpellation wurde am 14. 7. verhandelt. Zur Begründung sprach Meier-Sachsen, die Antwort der Regierung gab Reichsarbeitsminister Schlicke. Anstelle von Frau Bohm-Schuch ergriff für die SPD Frau Reitze das Wort. Sten. Ber., Bd. 328, S. 1535 und 1549.

¹⁰ Die Aussprache dürfte dazu gedient haben, im Vorfeld des SPD-Parteitages vom 10.–15. 6. 1919 in Weimar, auf dem sich Noske offensiv gegen die Angriffe verteidigte, strittige Fragen abzuklären. Vgl. SPD-Parteitag 1919, S. 200 ff. – Zur Haltung der Fraktion gegenüber Noskes Militärpolitik vgl. Nr. 94.

46. 18. 6. 1919 Fraktionssitzung

Die Fraktion zeigte sich einverstanden mit der eventuellen Ernennung des Genossen Grzesinski als Nachfolger Göhres im Kriegsministerium.¹¹

Dem Antrag **Brühne** wird stattgegeben, aus der Fraktionskasse wiederum Mk. 3000,00 der Parteikasse zu überweisen. *Brühne* wird beauftragt, die Restanten der Fraktion zur Zahlung ihrer Fraktionsbeiträge zu mahnen.

11 Grzesinski wurde am 16. 6. 1919 ernannt; vgl. Nr. 43, Anm. 10. – Im Original fälschlich "Greczinski" geschrieben.

46.

18.6.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift nicht identifiziert. Überschrift: "Weimar, Sitzung v. [Mittwoch] 18. Juni, 10 Uhr vormittags."

Wegen der Wichtigkeit des Beratungspunktes nehmen auch verschiedene Genossen aus der preußischen Landtagsfraktion und den Einzelstaaten an der Sitzung teil. Sie ist einberufen [worden], um Stellung zu nehmen zu den gestern überreichten Friedens beding ung en der Entente.¹ Da jedoch, abgesehen von der Mantelnote, die übrigen Materialien zur Beurteilung noch nicht vorliegen und da ferner von 11 Uhr ab wieder verschiedene andere wichtige Sitzungen stattfinden, an denen namhafte Fraktionsmitglieder teilzunehmen haben, wird nur eine kurze allgemeine Aussprache vorgenommen, an deren Schluß die Fraktion beschließt, die Regierung aufzufordern, alle Vorbereitungen für eine möglicher weise vorzunehmen de Volksabstimmung zu treffen. Über die Frage der Möglich keit oder Zweckmäßigkeit einer eventuellen Volksabstimmung ist durch diesen Beschluß noch kein Urteil getroffen.

Im Laufe der Aussprache wurde von Löbe mitgeteilt, daß er soeben aus dem Schlosse die Nachricht erhalten [habe], daß die Versailler Delegation zurückgekommen sei in der ein mütigen Überzeugung, daß dieser Friedensvertrag nicht unterzeichnet werden dürfe.²

Müller-Breslau teilte mit, daß der Parteivorstand den Genossen Eduard Bernstein ersucht habe, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um angesichts

¹ Vgl. Schulthess 1919 II, S. 559 ff.; Vorwärts Nr. 305 vom 17. 6., Nr. 306 und 307 vom 18. 6. 1919.

² Die deutsche Friedensdelegation war um 9 Uhr in Weimar eingetroffen, um 10 Uhr begann eine Kabinettssitzung im Weimarer Schloß. Vgl. dazu den Leitartikel, Stampfers im Vorwärts Nr. 306 vom 18. 6. 1919; ferner Kabinett Scheidemann, S. 500 (Aufzeichnung Brockdorff-Rantzau) und S. 469 ff. (Denkschrift der deutschen Friedensdelegation vom 17. 6. 1919).

der Lage eine Vertagung des Berliner sozialistischen Einigungskongresses zu erwirken.³

Dem Fraktionsvorstand wurde aufgegeben, sich bei den Beratungen im interfraktionellen Ausschuß noch nicht festzulegen.⁴

47.

18.6.1919, nachm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Weimar, Sitzung v. [Mittwoch] 18. Juni¹, nachm. 4 Uhr."²

Löbe gibt den Bericht über eine in der Zwischenzeit stattgefundene interfraktionelle Sitzung³ wie über eine darauf erfolgte Besprechung unserer Vorstandskollegen mit sämtlichen Kabinettsmitgliedern unter dem Vorsitz Eberts.⁴

Der Fraktion liegen die Friedensbedingungen bis jetzt noch nicht im Wortlaut, sondern nur in einer skizzierten Übersicht vor, die von Löbe verlesen wird. Der Wortlaut der abgeänderten Friedensbedingungen ist von heute abend 7 Uhr an im Büro des Hauses von den Abgeordneten entgegenzunehmen.

³ Die Konferenz für die Einigung der Sozialdemokratie fand unter der Bezeichnung "Deutscher Sozialistentag" vom 21.–23. 6. 1919 in Berlin statt. Eduard Bernstein spielte als Hauptinitiator der "Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie" (gegründet am 22. 1. 1919), die den Sozialistentag einberief, eine herausragende Rolle in der Einigungsbewegung. Er eröffnete auch den Sozialistentag, auf dem u. a. Cohen-Reuβ (SPD) und Heinrich Ströbel (USPD) referierten. Der Vorsitzende der Nationalversammlungsfraktion Paul Löbe nahm als Abgesandter des Breslauer Volkrates ebenfalls an der Tagung teil; vgl. Knoop, S. 246, 298, 316 ff.; zum Verlauf der Konferenz ferner Vorwärts Nr. 313 vom 21. 6., Nr. 314 vom 22. 6., Nr. 315 und 316 vom 23. 6. 1919; Freiheit Nr. 289 vom 21. 6. und Nr. 290 vom 22. 6. 1919.

⁴ Vgl. Nr. 47.

^{1 &}quot;Juni" verbessert für gestrichen "Juli".

² Der Vorwärts Nr. 308 vom 19. 6. 1919 berichtete über diese Sitzung: "Die sozialdemokratische Fraktion tagte von 4 bis 7 Uhr abends. Die der Regierung angehörenden Parteigenossen waren in der Kabinettssitzung und da man sie bei einer so wichtigen Entscheidung natürlich nicht ausschalten kann, beschränkte man sich auf eine unverbindliche Aussprache. Die eigentliche Debatte und Abstimmung wird erst morgen erfolgen."

³ Vgl. Nr. 46.

⁴ Bezieht sich auf die in den Aufzeichnungen *Brockdorff-Rantzaus* (Kabinett Scheidemann, S. 501 f.) erwähnte Besprechung unter dem Vorsitz *Eberts*, die am "späten Nachmittag" begann, von 19. 30 bis 20. 30 Uhr unterbrochen wurde und bis 3 Uhr nachts dauerte.

47. 18. 6. 1919 Fraktionssitzung

Die Genossen in der Regierung lassen die Fraktion bitten, keine endgültigen Beschlüsse in der Friedensfrage zu fassen, bevor nicht auch die Vertreter der Regierung⁵ in der Fraktion gesprochen haben.

Krätzig⁶ erhebt den Einwand, daß es sich bei der von *Löbe* verlesenen Übersicht nur um ein Werturteil der Friedensdelegation handele; es sei bedenklich, daraufhin in eine Debatte einzutreten.

Nach einer längeren Erörterung entscheidet sich die Fraktion doch für eine allgemeine Aussprache über die Fragen der Ratifikation und der Volksabstimmung.

Von Dr. [Adolf] **Braun** wurde der Standpunkt vertreten, daß die Ratifikation nicht mit dem Tage der Unterzeichnung, sondern erst später eintrete. Deshalb habe man die notwendige Zeit zu einer Volksabstimmung, die unbedingt verlangt werden müsse.⁷

In bezug auf die erstere Ansicht blieb Dr. [Adolf] Braun vereinzelt.⁸ Die von Müller-Breslau und Dr. Quessel geäußerte Gegenansicht, daß die Unterzeichnung durch einen bevollmächtigten Delegierten Deutschlands binden dist, fand keinen Widerspruch.

Auch die außer von Dr. [Adolf] Braun noch von Stampfer, Otto Braun und Hoch be für wort et e Volks abstimmung wurde von [Hermann] Müller-Breslau, [Franz] Krüger-Potsdam, Dr. Quessel, Sollmann⁹, Hense und Molkenbuhr als bedenklich bezeichnet. Sie sei nur durchführbar mit Zustimmung der Entente, die sie vermutlich nicht geben würde. Sie würde vielleicht auch dahin führen, daß ein Teil der Partei das Volk für Unterzeichnung, ein and er er Teil das Volk gegen Unterzeichnung beeinflussen würde. Vor allem aber würde eine spätere Abänderung des Vertrags um so schwieriger gemacht, je größere Kreise des Volkes man zur Abstimmung herangezogen und mit der Verantwortung für den Vertrag belastet habe.

Für die strikte Nichtunterzeichnung des Vertrags durch die Nationalversammlung, ohne daß vorher eine Volksabstimmung entschieden habe, sprachen sich Stampfer und Otto Braun aus, während [Hermann] Müller-Breslau, [Franz] Krüger-Potsdam, Dr. Quessel, Hense, Sollmann, Molkenbuhr und Hoch (der letztere, falls eine Volksabstimmung sich aus technischen Gründen als unmöglich erweise) die Unterzeichnung empfahlen, verbunden mit einem Protest gegen den Druck der Erpressung durch die Entente.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt und auf morgen eine neue Sitzung anberaumt.

⁵ Gestrichen: "vor".

⁶ Vor "Krätzig" gestrichen: "Es wird der Einwand erhoben".

⁷ Zum Gedanken einer Volksabstimmung vgl. Nr. 46; zum Zusammenhang ferner Miller, Bürde, S. 282.

⁸ Gestrichen: "Es wurde".

⁹ Streichung unleserlich.

Fraktionssitzung 19.6.1919 48.

48.

19.6.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Weimar, Sitzung vom [Donnerstag] 19. Juni 1919, vorm. 11 Uhr."

Nach einer kurzen Aussprache über eine Differenz im Verfassungsausschuß in bezug auf die Schulfrage beschloß die Fraktion mit großer Mehrheit, in die bedingungslose¹ Erledigung der Verfassungsvorlage durch das Plenum nur dann einzuwilligen, wenn der strittige § 1 bezüglich der Schulbestimmungen ausgemerzt ist.²

Dann berichtet Löbe über die Situation in der Friedensfrage, wie sie sich in einer³ am gestrigen späten Abend stattgefundenen Sitzung im interfraktionellen Ausschuß und in einer heute morgen vor sich gegangenen Besprechung der Fraktionsführer mit dem Kabinett gestaltet hat.

Im Kabinett ist in der Frage Ja oder Nein eine Spalt ung eingetreten; eine Spaltung auch unter unsern parteigen össischen Regierungsmitgliedern.⁴

Eine Klarheit ist auch innerhalb der Fraktionen und des interfraktionellen Ausschusses noch nicht vorhanden.

Löbe gibt⁵ die Vorschläge bekannt, wie sie innerhalb der beiden kontrastierenden Gruppen in der Regierung vertreten werden. Minister *Preuß* will den Konfliktfall dem Haager Schiedsgericht unterbreitet sehen, während *Erzberger* für Unterzeichnung unter Protest eintritt. –

¹ Gestrichen: "Zustimmung".

² Der Verfassungsausschuß hatte dem Art. 31g, dem späteren Art. 149, in Abs. 1 folgende Fassung gegeben: "Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt." Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 656, S. 431. Im Verfassungsausschuß verlangte der sächsische Gesandte Dr. Koch am 13. 6. die Streichung dieses Absatzes, da "der Religionsunterricht keine staatliche Veranstaltung sein soll, sondern der Kirche, den Religionsgemeinschaften zu überlassen ist"; Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 531. Quarck schloß sich diesem Verlangen an und stellte den Antrag, den ersten Absatz zu streichen (ebd., S. 532). Quarcks Antrag wurde abgelehnt (ebd., S. 537) und der gesamte Artikel vom Verfassungsausschuß gegen die Stimmen von SPD und USPD angenommen. Über die Änderungen des Artikels während der zweiten Beratung der Verfassung im Plenum vgl. Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 656, S. 431. Vgl. auch Nr. 61.

³ Gestrichen: "gestern abend spät".

⁴ Zur Besprechung am Vormittag vgl. die Darstellung von Brockdorff-Rantzau; Kabinett Scheidemann, S. 501 f. Zur Spaltung im Kabinett gibt Erzberger, S. 376 f. an, bei der Nachmittagssitzung des Kabinetts hätten 7 für die Unterzeichnung gestimmt, die 3 Zentrumsminister Bell, Erzberger, Giesberts und 4 Sozialdemokraten; gegen die Unterzeichnung 3 Demokraten, der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau und 3 Sozialdemokraten. Otto Landsberg, Die Entscheidung im Kabinett 19. Juni 1919, in: Victor Schiff, So war es in Versailles, Berlin 1929, S. 114 berichtet von 8 Gegenstimmen und 6 pro, darunter Erzberger und David. Reichspräsident Ebert, "der selbst Gegner war", habe konstatiert, "daß das Kabinett aktionsunfähig sei und daß nunmehr die Entscheidung bei den Fraktionen liege".

⁵ Streichung unleserlich.

Die Fraktionsberatung wird in der Weise geführt, daß abwechselnd ein Redner für Ja und einer für Nein das Wort [hat] und zunächst die anwesenden Mitglieder der Regierung sich aussprechen.

Dr. Landsberg und Scheidemann treten für Ablehnung ein.⁶ Hierbei erklärt Scheidemann ausdrücklich, daß er von seinem Regierungsamt zurücktreten werde, wenn die Fraktion nicht beim "Unannehmbar" bleiben könne.

Dr. David und Noske, die sich die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen dem Preußschen und Erzbergerschen Standpunkt noch offenhalten wollen, treten letztlich für Unterzeich nung ein, Noske unter eingehender Darlegung der Gutachten der Generalität, die einen militärischen Widerstand für aussichtslos hält⁷; ebenso Robert Schmidt, der besonders⁸ nach Abwägung unserer Lebens mittellage zu diesem Standpunkt kommt.

Von den übrigen Rednern⁹ sprechen sich Dr. Sinzheimer, Hoch, Davidsohn, [Franz] Krüger-Potsdam, Krätzig, Schreck, Hermann Müller-Breslau und Hörsing für Unterzeich nung unter Protest gegen die Vergewaltigung, Winnig, Heine, Leinert, Heinrich Schulz, Schöpflin, Dr. Quarck, Frau Lodahl für Ablehnung aus.

Winnig, der sich bei der Darlegung seines ablehnenden Standpunktes¹⁰ besonders eingehend über die Ostfrage verbreitete, erklärte in seinen Schlußworten ausdrücklich, er werde sich nicht überwinden können, nicht gegen den Vertragzustimmen, falls die Fraktion den Beschluß seiner Annahme fassen würde.¹¹

Um eine zahlenmäßige Übersicht über die vorläufige Stimmung der Fraktion zu erlangen, wurde eine nicht als endgültig geltende Probeabstimmungvorgenommen, die 75 Stimmen für Ja, 39 für Nein ergab.

Dann wurde die Sitzung bis nach den wieder vorgesehenen interfraktionellen Verhandlungen vertagt. 12

⁶ Gestrichen: "Schei[demann]".

⁷ Bezieht sich auf die Denkschrift *Groeners* vom 17. 6. 1919 über die militärische Lage, abgedr. in Dorothea Geyer-Groener, General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt/M. 1954, Dok. Nr. 8, S. 379 ff.; vgl. ferner die im Kabinett Scheidemann, S. 476 ff. abgedr. Aufzeichnung *Groeners* über die Tage in Weimar vom 18.–20. 6. 1919, bes. S. 476 ff.

⁸ Gestrichen: "auch".

⁹ Gestrichen: "Fraktionskollegen".

¹⁰ Gestrichen: "insbesondere".

¹¹ Bei der Abstimmung am 22. 6. 1919 fehlte Winnig; Sten. Ber., Bd. 227, S. 1133; vgl. Nr. 55, Anm. 4.

¹² Vgl. dazu die in Kabinett Scheidemann, S. 502 abgedr. Auszüge aus den Aufzeichnungen Brockdorff-Rantzaus und dem Tagebuch Erich Koch-Weser, soweit sie diese interfraktionelle Besprechung betreffen, die nach Koch-Weser um 22. 30 Uhr, nach Brockdorff-Rantzau um 21. 30 Uhr begann. Dazu ferner Erzberger, S. 377 f.; Scheidemann, Memoiren II, S. 373; Landsberg, S. 115.

49.

19.6.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Donnerstag] 19. Juni 1919, abends 9 Uhr."

Löbe berichtet, daß nach der bisherigen Stimmung im Z ent rum mit 60 Stimmen gegen und nur 16 Stimmen für den Vertrag zu rechnen war, und diese! 16 erhoben noch bestimmte Vorbehalte.²

Bei den Dem okraten³ werde ein Ja nur unter noch weitgehenderen Vorbehalten zu erreichen sein, die von der Entente mit Sicherheit abgelehnt würden. Für diesen Fall werde von den Demokraten dann das Unannehmbar empfohlen.⁴

Jetzt habe sich das Zentrum soweit gewandelt, daß die Möglichkeit bestehe, es zu einer Unterzeichnung zu bewegen mit der Einschränkung, daß dabei die Nichtanerkennung der Alleinschuld Deutschlands am Kriege und der Bestimmungen über die Auslieferung der angeblich schuldigen deutschen Personen ausgesprochen würde. Es handele sich also nur darum, auf dem Boden des Zentrums zu einer Einigung zu kommen. 8

Nachdem [Franz] Krüger-Potsdam, Hense und Wels⁹ noch einmal für die Notwendigkeit der Annahme, Katzenstein gegen sie gesprochen [haben], stellt Löbe noch einmal als Ansicht der Mehrheit der Fraktion fest, daß sie für¹⁰ Zustimmung und Erhebung eines daneben laufenden Protestes sei.

E i n i g sei die Fraktion darin¹¹, daß sie ihren Verhandlungsführern¹² aufgebe, dahin

¹ Doppelschreibung "diese", einmal gestrichen.

² Vgl. Morsey, S. 185 f.

³ Gestrichen: "sei".

⁴ Vgl. Albertin, Liberalismus, S. 336 f. (gestützt auf die Aufzeichnungen *Haußmanns* über die Fraktionssitzung der DDP am 19. 6. 1919 im NL Haußmann, 59.) – Zu den Vorbehalten der DDP ferner Kabinett Scheidemann, S. 502, Anm. 6.

⁵ Gestrichen: "es bereit sei zur Unterzeichnung, ohne jedoch".

⁶ Gestrichen: "Bestimmungen".

⁷ Gestrichen: "darüber".

⁸ Siehe Anm. 2.

⁹ Gestrichen: "und".

¹⁰ Gestrichen: "die".

¹¹ Gestrichen: "daß sie ferner den".

¹² Gestrichen: "der Fraktion".

50. 20. 6. 1919 Fraktionssitzung

zu wirken, daß die Regierung in dieser noch ungeklärten Situation keine Zwischen aktion unternehme, und daß ferner keine Zugeständnisse an die Demokraten gemacht werden sollen.¹³

13 Zu den Besprechungen von Regierung und interfraktionellem Ausschuß der Koalitionsparteien in der Nacht vom 19. auf den 20. 6. 1919 siehe Scheidemann, Memoiren II, S. 373 f.; Kabinett Scheidemann, S. 502 f.; Landsberg, S. 115.

50.

20. 6. 1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 20. Juni 1919."

Die in der Friedensfrage bisher in der Minderheit gebliebenen Fraktionsmitglieder hatten schon ausgesprochen, daß zum Fraktions zwang erneut Stellung genommen werden müsse.²

Heute ließ diese Minderheit, nachdem sie sich vorher unter sich hatte verständigen können, aussprechen, daß der Fraktionszwang³ auch in dieser Frage für sie annehmbar wäre, wenn er nicht bedeute, daß die Minderheit mit der Mehrheit für den Vertrag stimmen müsse, sondern sich der Stimme enthalten könne, wer dies wolle. Die Fraktion möge aber auch hierüber erst dann⁴ entscheiden, wenn eine möglichst klare Übersicht über die Stimmenverhältnisse in allen Parteien vorliegt. — Damit ist die Fraktion einverstanden. Löbe betont aber, daß er das Vorhaben der Minderheit so deute, daß sie, wenn Not am Mann kommt, sich auch der Notwendigkeit der geschlossenen Einheit der Fraktions-Abstimmung nicht verschließen werde.

Löbe trägt dann⁵ einen Wunsch Eberts vor, daß die Fraktion auf Scheidemann ein wirken möge, daß er in der Regierung verbleiben solle. – Diese Einwirkung wird nach einer ausgiebigen Erörterung abgelehnt. Die Fraktion würdigt die Gründe, die Scheidemann zum⁶ Austritt veranlas-

¹ Doppelschreibung "in der", einmal gestrichen.

² Das in der SPD-Fraktion geltende Prinzip der Fraktionsdisziplin forderte ein geschlossenes Auftreten der Fraktion im Parlament gemäß den Entscheidungen der Fraktionsmehrheit, sofern nicht die Abstimmung ausdrücklich freigestellt wurde. Dissidenten wurde nur gestattet, den Abstimmungen fernzubleiben, ohne daß dies den Charakter eines demonstrativen Aktes haben durfte. Vgl. dazu Reichstagsfraktion der SPD II, Register, S. 575, die unter Reichstagsfraktion-Fraktionsdisziplin angeführten Stellen. Ein förmlicher Beschluß war von der Reichstagsfraktion erst am 2. 2. 1915 gefaßt worden; ebd. II, S. 27 f.

³ Gestrichen: "für".

⁴ Gestrichen: "endgültig".

⁵ Gestrichen: "den".

⁶ Gestrichen: "Ausdruck".

sen; sie fordert ihn deshalb n i c h t zum Verbleiben auf, sondern überläßt dies seinem eigenen Ermessen, spricht ihm aber ihr volles Vertrauen aus.⁷

An die übrigen Minister soll die Bitte zum Verbleiben gerichtet werden. – Die Sitzung wird abgebrochen, da die internen Besprechungen der Fraktionsbeauftragten weitergehen.

7 Vgl. dazu auch Schulthess 1919 I, S. 245 f., dort auch Eberts Dankschreiben an Scheidemann (S. 247). Zur Bewertung vgl. Friedrich Ebert 1871–1925. Mit einem einführenden Aufsatz von Peter-Christian Witt, Bonn 1980, S. 57 f., 65 (Anm. 31) und 148. — Scheidemann selbst schreibt in seinen Erinnerungen: "Im Kabinett wurde um das Ja oder Nein gekämpft bis nachts um 3 Uhr. Es war wirklich ausgeschlossen, daß einer den anderen hätte überzeugen können. Mit Landsberg, dem Grafen Brockdorff-Rantzau und den demokratischen Kabinettsmitgliedern war ich vollkommen einig. Wozu die fortgesetzte Silbenstecherei, bei der nichts mehr herauskommen konnte, noch länger fortsetzen? Ich machte dem grausamen Spiel ein Ende, indem ich Ebert aufsuchte und demissionierte." Scheidemann, Memoiren II, S. 373 ff.

51.

20.6.1919, mittags: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "[Freitag] 20. Juni 1919, mittags 1 1/2 Uhr."

Löbe teilt mit, daß heute um 3 Uhr nach mittags eine neue Kabinettsbildung vor sich gehen¹ und daß in der Nacht von heute auf morgen die Absendung einer Annahmenote an die Entente erfolgen solle.

Die K a b i n e t t s b i l d u n g wie die A n n a h m e des Vertrags solle jetzt im Einverständnis auch mit den Demokraten erfolgen, jedoch sei dazu die Einigung mit den Demokraten auf eine Reihe bestimmter Punkte notwendig, die von Löbe verlesen werden.²

Wir stimmen den Friedensbedingungen der Entente zu mit der Maßgabe, daß:

- 1. das Schuldbekenntnis Deutschlands herausgestrichen wird;
- 2. von der Entente auf Auslieferung deutscher Reichsangehöriger verzichtet wird;
- 3. Dan zig und Westpreußen und der Netzedistrikt unter die Verwaltung des Völkerbundes kommen und später die wirtschaftlichen Bedingungen nachgeprüft werden, darunter diejenigen, die sich auf den Durchgangsverkehr Polens beziehen;

¹ Gestrichen: "solle und daß heute in der Na[cht]".

² Der nachfolgende Text bis einschließlich "6." ist ein eingeklebter Zeitungsausschnitt. – Zum Zusammenhang und zur Bewertung der Situation vgl. Kabinett Bauer, S. XXII ff.; Albertin, Liberalismus, S. 338 f.

51. 20. 6. 1919 Fraktionssitzung

4. eine Revision des gesamten Vertrages nach zwei Jahren stattfindet:

- 5. die Entschädigungssumme festgesetzt wird;
- 6. die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis 1. Januar 1920 erfolgen wird.

Es bestehe – wie Erzberger dargelegt – die Aussicht, verschiedene die ser Punkte anerkannt zu erhalten.³

Werde die Note heute nacht abgesandt, so könne die Antwort der Entente am Sonntag hier sein.4

Am Montag hätten die Parteien dann die Möglichkeit, in vollkommener Freiheit zu der Antwort wiederum Stellung zu nehmen. – Löbe empfiehlt Zustimmung zu diesem Vorgehen. –

Nachdem eine Frage Hochs, ob⁵, wenn die Entente die Note ablehnend beantworte, doch noch die Zeit vorhanden wäre, die Zustimmung rechtzeitig bewirken zu können, bejahend beantwortet war, erklärt die Fraktion sich ohne Widerspruch damit einverstanden, daß der⁶ Versuch, auf diesem Wege zum Zusammenbleiben der Mehrheitskoalition zu kommen, gemacht werde, jedoch ohne daß damit⁷ die Gesamtstellung der Fraktion geändert werde. Sie behalte sich vollständig freie Hand im Falle der Ablehnung.

Man geht dann über zur Frage der Kabinettsbildung. Von unseren Kollegen scheidet Scheidemann bestimmt, Dr. Landsberg wahrscheinlich aus. Man einigt sich⁸ gegen wenige Stimmen dahin, den Genossen David zu bitten, das Ministerpräsidenten amt zu übernehmen.⁹

Für das Ministerium des Äußern wird [Hermann] Müller-Breslau vorgeschlagen. Da er jedoch dringend bittet, von seiner Person noch Abstand zu nehmen, wird der Posten noch offengelassen. Dr. Landsberg soll dringend zum Verbleiben ersucht, für den Fall seiner endgültigen Ablehnung jedoch Dr. Sinzheimer als Justizminister vorgeschlagen werden. 10

³ Bezog sich auf den Kriegsschuld-Paragraphen und die Auslieferung von "Kriegsverbrechern", vgl. Erzberger, S. 375; Morsey, S. 185 f.

⁴ Bezieht sich auf die deutsche Note vom 20. 6. 1919 und Clemenceaus Antwortnote vom 21. 6. 1919; Schulthess 1919 II, S. 569.

⁵ Gestrichen: "wir".

⁶ Gestrichen: "von den Demokraten vorgeschlagene".

⁷ Gestrichen: "unsere Gesamt[stellung]".

⁸ Gestrichen: "dahin".

⁹ David war sowohl im Kabinett wie in der Fraktion für die Unterzeichnung des Friedensvertrages eingetreten; siehe oben Nr. 48; Kabinett Scheidemann, S. 501; vgl. dazu Erzberger, S. 378, daß nach Scheidemanns Rücktritt "als neuer Ministerpräsident [...] nach dem parlamentarischen Verlauf der Dinge der Sozialdemokrat David oder Noske in Betracht gekommen wären".

¹⁰ Hermann Müller übernahm dann doch das Ministerium des Äußern. Landsberg schied aus der Regierung aus und das Justizministerium blieb zunächst unbesetzt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1113; siehe auch unter Nr. 54, Anm. 1. Sinzheimer trat nicht ins Kabinett ein.

Fraktionssitzung 20. 6. 1919 52.

Es ging noch ein Antrag ein, Genossen Keil als Minister ohne Portefe uille vorzuschlagen, jedoch erklärte Keil, nicht anzunehmen. – Graf Rantzau wird ebenfalls aus seinem Posten ausscheiden. Für seine Stelle werden Graf
Bernstorff, Freiherr von Richthofen und Erzberger in Betracht gezogen. Die Fraktion bezeigt keine Neigung, für von Richthofen und Erzberger einzutreten. 11

11 Der als möglicher Nachfolger genannte Johann Heinrich Graf Bernstorff, Leiter der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen – der sogenannten Friedenskommission – beim Auswärtigen Amt, gehörte ebenso wie Hartmann von Richthofen der DDP an.

52.

20.6.1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Freitag] 20. Juni, abends 6 ½ Uhr."

Löbe begrüßt die Genossin Bang aus Kopenhagen, die den weiteren Fraktionsberatungen in diesen entscheidenden Tagen beiwohnen will.¹

Er berichtet dann, daß es nicht gelungen sei, ein neues Kabinett zu bilden; infolgedessen werde das alte Kabinett als Geschäftskabinett einstweilen die Geschäfte weiterführen.²

Es habe beschlossen, dies per Telegramm der Entente mitzuteilen, mit der Ausführung, daß es nicht gelungen sei, eine zur Unterzeichnung bereite Regierung und eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu bilden, daß dies aber möglich sei, wenn die Entente Entgegenkommen zeige in den als Vorbehalte bekannten sechs Punkten. Das Auswärtige Amt solle deshalb die Entente um tunlichst beschleunigte Antwort ersuchen, damit die endgültige deutsche Antwort noch vor Ablauf der gestellten Frist überreicht werden könne. – Diese letztere Fassung solle bedeuten, daß diese für heute abend vorgesehene Note keine endgültige Ablehnung³ sei. – Es bestehe außerdem die Möglichkeit, am Montag morgen auch telefonisch von der Entente Nachricht einzuholen. Dann bleibe am gleichen Tage noch die Zeit, die Nationalversammlung endgültig entscheiden zu lassen. 4

¹ Nina Bang von den dänischen Sozialdemokraten hatte im Jahre 1917 versucht, einen Gedankenaustausch zwischen den Parteiführern der französischen und deutschen Sozialisten zu vermitteln; Reichstagsfraktion der SPD II, S. 264.

² Als Geschäftsführendes Kabinett amtierte die Regierung Scheidemann bis zum Beginn der 1. Sitzung des Kabinetts Bauer am 21.6. um 15 Uhr.

³ Gestrichen: "bedeute".

⁴ Vgl. dazu Schulthess 1919 II, S. 569; auch Löbe, S. 63.

52. 20. 6. 1919 Fraktionssitzung

Gegen diese Formulierung und diese Taktik wenden sich nun wiederum die Demokraten, die darineine Abschwächung ihrer Vorbehalte erblicken

Die Fraktion bekundet mit großer Mehrheit, diesem Verhalten der Demokraten nicht mehr Rechnung tragen zu wollen. Wenn die Entente nicht mehr rechtzeitig Nachricht gebe, werde man am Montag in der überstürztesten Form alles durchzusetzen haben, was zu tun notwendig sei. Die Note sei geradezu ein Unglück. Sie gefährde durch die Vielheit der Forderungen die beiden ersten Punkte⁵, die für sich allein vielleicht durchzusetzen wären.⁶

Heinrich Schulz wird beauftragt, so fort telefonisch die Regierung zu ersuchen, die Note nicht abzusenden, bevor die Fraktion Beschluß gefaßt habe. Schulz berichtet nach seiner Zurückkunft, daß Scheidemann ihm mitgeteilt habe, die Note sei wahrscheinlich schon weg. Er wolle aber sofort alles Mögliche versuchen. — Unterwegs hat Schulz auch Erzberger und Fehrenbach getroffen. Sie sind in der Endfrage genau derselben Meinung wie wir, sind aber der Auffassung, man solle die Note nun nicht mehr aufzuhalten suchen. Das Äußerste wäre, daß alle sechs Punkte abgelehnt würden, dann müsse man am Montag⁸ den Vertrag vorbehaltlos annehmen. Alle Vorbereitungen dazu und die Sicherung der notwendigen Stimmen müßten schon jetzt getroffen werden. 9

Im Hinblick darauf werden im Verlauf der weiteren Sitzung¹⁰ alle Fraktionskollegen, besonders auch die aus dem Westen, die eine Abreise in ihre gefährdeten Gebiete ins Auge faßten, dringend ersucht, in Weimar zu bleiben. – Nachdem noch eine Reihe Kollegen sich für die Notwendigkeit der Annahme des Vertrages und für [die] Durchkreuzung der Demokratentaktik ausgesprochen [haben], wird ein Antrag Davidsohn angenommen, abzustimmen und das Resultatin die Presse zu bringen, um auf diese Weise der Annahme vorzubeugen, daß die Note eine letzte Entscheidung darstelle.

Bei dieser Abstimmung erklären sich noch 12 Kollegen und Kolleginnen dafür, daß sie auch im Plenum noch gegen die Annahme stimmen werden.

⁵ Streichung unleserlich.

⁶ Der Wortlaut der Note bei Schulthess 1919 II, S. 569 ff.; auch in: Dokumente der deutschen Politik, S. 32. Die beiden ersten Punkte, die von deutscher Seite zurückgewiesen wurden, waren die These von Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg und das Verlangen der Auslieferung von Kriegsverbrechern, darunter auch des Kaisers, an die Alliierten. Die übrigen deutschen Einwände befaßten sich mit der Wegnahme der Kolonien usw. – Vgl. dazu auch die Regierungserklärung Bauers am 22. 6. 1919; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1115. – Eine Analyse der Motive der DDP bei Albertin, Liberalismus, S. 338 ff.

⁷ Siehe Kabinett Scheidemann, S. 499 f.

⁸ Gestrichen: "die Note".

⁹ Die deutschen Einwände wurden abgelehnt, Clemenceau wies am 22. 6. darauf hin, daß zur Annahme des Friedensvertrages nur noch eine Frist von 24 Stunden bestehe; Schulthess 1919 II, S. 571; Ursachen und Folgen III, S. 385 f.; Materialien betreffend die Friedensverhandlungen, Teil IX, Charlottenburg 1919, Dok. Nr. 11.

¹⁰ Gestrichen: "die Kollegen aus dem Westen".

Gegen drei oder vier Stimmen wird darauf beschlossen, von der Regierung die Inhibierung der Note zu verlangen.

Schulz benachrichtigt die Regierung, daß die Fraktion den Vertrag annehmen wird, eventuell mit der Formel des Zentrums.¹¹

Ein Antrag Wissell wird angenommen:

Der Reichspräsident wird ersucht, sofort ein neues Kabinett zu bilden, bestehend aus Mitgliedern der SPD, des Zentrums und solchen Mitgliedern der demokratischen Partei, die zur Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit sind.¹²

Die Unterhändler der Fraktion werden beauftragt, mit dem Genossen *Ebert* darüber zu verhandeln.¹³

Ferner wird ein Antrag Hoch angenommen, die Einberufung der Nationalversammlung schon für Sonntag zu beantragen.¹⁴

Gegenüber einem von Hoch erhobenen Vorhalt, daß unsere Unterhändler entgegen einer Abmachung der Fraktion nicht Gelegenheit gegeben haben, vor der Entscheidung der Regierung mitzusprechen, weist Löbe auf die unerwartet großen Schwierigkeiten und die Kürze der Zeit hin, die ein noch öfteres Zusammenrufen der Fraktion nicht zuließen.

Die Frage des Fraktionszwanges, die ebenfalls kurz gestreift worden war, soll morgen weiter erörtert werden. Die Kollegin Frau Schuch, die dem seelischen Konflikt, Stimmenthaltung zu üben oder gar mit Jazu stimmen, während sie ihrer Überzeugung nach für unbedingte Ablehnung ist, durch Mandatsnie der legung entgehen will – eine Handlung, die fanfänglich auch verschiedene andere Kollegen ins Auge gefaßt hatten – wird bewogen, davon Abstand zu nehmen.

Löbe stellt durch Antrag fest, daß vorläufig 128 sichere Ja-Stimmen zugegen sind.

Weiter fand eine Besprechung der Lage in Ostpreußen statt, veranlaßt durch die Befürchtung verschiedener Kollegen, daß 16 von Ostpreußen her vom Junkertum und dem Militär reaktionäre Putsche drohen.

¹¹ D. h. unter Protest und Ablehnung der Punkte, "welche die Schuld am Krieg und die Ehre der Nation berühren"; vgl. Morsey, S. 185 f.

¹² Vgl. dazu das Schreiben Wissells an Moellendorff vom 21. 6. 1919, in: Kabinett Scheidemann, hier S. 494.

¹³ Vgl. die Tagebuchnotiz Koch-Wesers vom 23. 6. 1919 in: NL Koch-Weser Nr. 16, S. 183. Reichspräsident Ebert hätte sich darauf festgelegt, "nie" ein Kabinett nur aus SPD und Zentrum zu berufen.

¹⁴ Die Nationalversammlung trat am Sonntag, dem 22. 6. 1919 zu einer Sitzung zusammen; Sten. Ber., Bd. 227, S. 1113 ff.

¹⁵ Gestrichen: "zuvor".

¹⁶ Gestrichen: "sich in".

52. 20. 6. 1919 Fraktionssitzung

Gehl und Hörsing berichten über eine gestern abend unter dem Vorsitz Heines stattgefundene Besprechung, deren Wesentlichstes die von General Loßberg abgegebene Erklärung sei, daß die Soldaten des Grenzschutzes bei einer Unterzeichnung des Vertrages auch trotzeines entgegenstehenden Befehls der Regierung gegen die Polen kämpfen werden und daß die Offiziere wahrscheinlich mit den Soldaten gemeinsame Sache machen werden. – Gehl wie Hörsing betonen aber beide, daß Heine sich ganz scharf und sofort gegen diese Darlegungen gewandt und erklärt habe, nichts mit Bestrebungen zu tun zu haben, die gegen den Willen der Regierung unternommen würden. Auch die paar anwesenden Parteimitglieder hätten sich scharf dagegen gewandt. Alle übrigen aber, auch die Demokraten, hätten mehr den Standpunkt der übergeschnappten Militärs vertreten. 17

Lübbring gibt zunächst eine längere Darstellung der Unabhängigen- und Spartakistenputsche in Ostpreußen und der Notwendigkeit ihrer militärischen Niederschlagung. Auf diesem Untergrund hat sich das Militär zu einer Stärke und Bedeutung entwickelt, in der jetzt eine gewisse Gefahr auch für die bestehende Regierung liegt.¹⁸

Die Sitzung vom gestrigen Abend war vom preußischen Ministerium des Innern einberufen. Geladen waren die Vertreter des Aktionsausschusses Nord und Süd¹⁹ und die Delegierten von Versailles.

General Loßberg²⁰ habe allerdings erklärt, daß er in der Lage sei, 80 000 Grenzschutztruppen, die in Posen und Schlesien beheimatet sind und die unter keinen Umständen die Heimat preisgeben wollen, den Polen entgegenzustellen. Er sei, wenn die Regierung den Vertrag unterzeichne, nicht in der Lage, sich dem Verlangen der Truppe, mit der er ein halbes Jahr lang Freud und Leiden im Felde geteilt²¹, entgegenzustellen, wenn sie kämpfen wolle. –

Heine habe sich sofort schon dagegen gewendet, daß solche Äußerungen in seiner Gegenwart gemacht würden. Auch die anwesenden Parteigenossen seien dem General Loßberg²⁰ scharf entgegengetreten, und außer ihm habe sich auch kein weiterer Offizier ähnlich geäußert.²²

¹⁷ Das Vorstehende bezieht sich auf die Besprechung unter dem Vorsitz des preußischen Innenministers am 19. 6. 1919, an der Partei- und Behördenvertreter aus den Ostprovinzen, u. a. die Reichskommissare Winnig und Hörsing, und für das Militär u. a. Groener, die Generäle von Loßberg und von Below und Oberst Heye teilnahmen. Vgl. die Aufzeichnung Groeners über die Tage in Weimar, abgedr. in Kabinett Scheidemann, S. 476 ff., hier S. 486 ff.; ferner Ribhegge, S. 215 f. sowie zum Zusammenhang S. 204 ff. und 212 ff.

¹⁸ Vgl. den Bericht Oehmes über ein Gespräch mit Lübbring; Oehme, S. 235.

¹⁹ Zu diesen Aktionsausschüssen vgl. Kabinett Scheidemann, S. 396, Anm. 8; ferner Schulthess 1919 I, S. 223.

²⁰ Fälschlich: "Lohrberg".

²¹ Korrigiert aus: "kämpf[te]".

²² Vgl. Anm. 17, bes. Kabinett Scheidemann, S. 487.

Lübbring verkennt nicht, daß manche Offiziere monarchisch gesinnt seien, viele aber seien auch durchaus regierungstreu.

Sollten Aufstände gegen die Regierung von reaktionären Offizieren unternommen werden, so zweifelt *Lübbring* nicht, daß unsere Bewegung solcher reaktionären Unternehmungen Herr werden wird.

Voigt legt dar, die gesamte Bevölkerung in Oberschlesien, mit Einschluß der Sozialdemokraten, habe einstimmig in Versammlungen beschlossen, daß wenn die Polen vor Abschluß des Friedensvertrags in Oberschlesien einmarschieren würden, wir uns mit bewaffneter Hand wehren würden.²³ Bei dieser Absicht handele es sich, im Gegensatz zu manchen Offizieren, die ein Offensivvorgehen wollen, um reine Defensivmaßnahmen, die auch wir anerkennen und unterstützen müßten.

Winnig legt dar, auch nie etwas anderes als diese Defensivmaßnahmen gewollt und unterstützt zu haben. Es sei auch der ihm ausdrücklich bekanntgegebene Wille der preußischen und der deutschen Regierung, daß sich die Bevölkerung gegen einen vertragswidrigen Einmarsch der Polen zu wehren habe.

Die bewaffnete Macht habe er sich bilden müssen auch auf das stete Drängen unserer Genossen hin, den Terrorismus von links niederzuschlagen. Jetzt, wenn er sie anwende, bekämpfe man ihn.²⁴

Nochmals auf die Abtretungsfrage übergehend legt er dar, daß wenn dieser Friedensvertrag unterschrieben werde, der dann noch verbleibende Rest Ostpreußens für Deutschland verloren sei. Wirtschaftliche Notwendigkeiten würden dieses abgetrennte, von Polen und Litauen umklammerte Ländchen zwingen, Anschluß an diese Ostländer zu suchen. 25

Danach wurde diese Aussprache vorläufig vertagt.

Gegenüber Davidsohn, der ein scharfes auf-die-Finger-sehen auch gegenüber General von der Goltz verlangte, wies Löbe darauf hin, daß der Parteivorstand bereits die Regierung in Berlin aufgefordert habe, von der Goltz abzuberufen und die Fraktion sich dem Antrag in ihrer Sitzung vom 3. Juni²⁶ d. J. angeschlossen habe.²⁷

²³ Vgl. dagegen die Beurteilung durch Reichskommissar Hörsing und den Zentrumsabgeordneten Ulitzka; Kabinett Scheidemann, S. 1188 f.

²⁴ Vgl. dazu Winnig, Heimkehr, S. 196 ff.; ferner die in Anm. 17 zit. "Aufzeichnung", S. 489.

²⁵ Zu Winnigs Beurteilung der Wirtschaftsprobleme Ostpreußens vgl. Ribhegge, S. 221.

²⁶ Gestrichen: "Mai" und "Juni" mit Bleistift darübergeschrieben.

²⁷ Vgl. unter Nr. 45.

53. 21. 6. 1919 Fraktionssitzung

53.

21.6.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Samstag] 21. 6. 19 vormttgs 9 Uhr."

Vor¹ Eintritt in die Tagesordnung verliest Löbe eine Reihe eingegangener Telegramme, die die Fraktion teils zur Ablehnung, teils zur Annahme des Vertrags auffordern.

Er nimmt eine gestern mit Bezug auf die ablehnenden² Kollegen gebrauchte Wendung von den "Deserteuren" mit Bedauern zurück, falls sie als etwas Herabsetzendes empfunden sein sollte. – Demgegenüber spricht Dr. [Adolf] **Braun** im Namen der absentierenden Kollegen den Vorstandsmitgliedern den Dank und das volle Vertrauen für ihr Verhalten und die Führung der Geschäfte und Verhandlungen aus. Trotz der kontrastierenden Beurteilung der vorliegenden Frage solle nichts das zukünftige kameradschaftliche Arbeiten hindern.

Sodann berichtet Hermann Müller, daß noch gestern abend die notwendigen Vorarbeiten für die Bildung des neuen Kabinetts getroffen wurden. Dieselbe³ Stellung wie bei uns habe sich gestern auch in der Zentrumsfraktion bemerkbar gemacht. Bei der Besprechung gestern abend mit dem Kabinett habe auch das Zentrum wieder ausgesprochen, daß eine Regierung allein zwischen Zentrum und Sozialdemokraten nicht gebildet werden könne. Es sei aber Aussicht vorhanden, daß sich Dernburg und Preuß, neutralisiert von ihrer demokratischen Partei, beteiligen. 4 – Zur Präsident seinen für den tschaft⁵ sei Dr. David nicht bereit, und zwar aus gesundheitlichen Gründen. Das sei verständlich. So sei Bauer in Vorschlag gebracht worden. Noske, der ebenfalls in Betracht gezogen worden [sei], solle an seinem Posten verbleiben. Ebenfalls Wissell, Rob[ert] Schmidt, und Giesberts. Für das Arbeit sministerium sei Dr. Sinzheimer ausersehen, und zwar im besonderen auch deshalb, weil er in der Rätefrage eine Haltung eingenommen [habe], die geeignet sei, versöhnend in der Arbeiterschaft zu wirken. Als Beigeord neten in das Ar-

¹ Vor dem Wort "Vor" gestrichen: "Voigt".

² Gestrichen: "Genossen".

³ Gestrichen: "Opposi[tion]".

⁴ In der Fraktionssitzung der DDP am 20. 6. 1919 nachm. war ein Antrag angenommen worden, der jedem Mitglied der Fraktion, das ohne deren Zustimmung in die Regierung einträte, den Ausschluß androhte; Albertin, Liberalismus, S. 339, bes. Anm. 126.

⁵ Gemeint ist die Ministerpräsidentenschaft.

⁶ Zur Wahl Bauers und den Gründen seiner Berufung vgl. Miller, Bürde, S. 292 f.; Kabinett Bauer, S. XXIV f.; ferner Bauers eigene Darstellung: "Ich wurde damals gegen meinen Willen gezwungen, die Ministerpräsidentschaft zu übernehmen und den schwersten Gang meines Lebens anzutreten, nämlich in der Nationalversammlung die Annahme des Vertrages von Versailles zu empfehlen." SPD-Parteitag 1920, S. 155.

⁷ Zu seiner Rätekonzeption siehe Wolfgang Müller, Der Pluralismus – die Staatstheorie des Reformismus, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus, Hamburg 1973,

b e i t s m i n i s t e r i u m wünscht das Zentrum seinen Abgeordneten Becker-Arnsberg, weil das Zentrum verhältnismäßig schwach vertreten ist.

Dann stimmen das Zentrum und wir darin überein, daß in das⁸ Aus wärtige Amt eine Umwandlung, so auch bezüglich des Tons und der Umgangsformen, hineingebracht werden müsse. Es wurde deshalb auch von Seiten des Zentrums Dr. Landsberg für dieses Amt in Vorschlag gebracht.

Da es aber vorläufig, bei der Stellung Landsbergs, aussichtslos erscheint, ihn zu gewinnen, wurde Graf Bernstorff kommissarisch in Aussicht genommen⁹, um dann in einigen Wochen die endgültige Regelung zu treffen.

Ebenfalls wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, Landsberg als Justizministerster zu behalten. Um hier einen Ausweg zu gewinnen, soll zunächst Dr. Delbrück kommissarisch das Justizministerium verwalten¹⁰, um in einigen Wochen vielleicht Landsberg zu weichen, wenn er sich für das Auswärtige Amt nicht entschließen will.¹¹ Als Reichsschließen win ister sei Müller-Fulda, als Minister ohne Portefeuille seien Dr. David, Bell und Erzberger ausersehen. Das Kabinett sei nur für die Übergangszeit gedacht. – In der Aussprache vergewissert sich die Fraktion, daß Bauer bereit sei, den Standpunkt der¹² Unterzeich nung zu vertreten.¹³

Sie spricht ferner aus, daß alle Versuche gemacht werden sollen, Dr. Landsberg der Politik und der Regierung zu erhalten.

Die an Hermann Müller gerichtete Bitte, den Präsidentenposten⁵ zu übernehmen, beantwortet Müller mit dem Ersuchen, an der gestern vereinbarten Liste nichts zu ändern. ¹⁴ Er ist der festen Überzeugung, daß es für die Partei besser ist, wenn er, als ihr Vorsitzender, sich jetzt der Regierung fern hält. ¹⁵ Er bittet, ihn in Reserve zu halten für spätere Zeiten, wenn die Frage der Wiederzusammenknüpfung der ¹⁶ Internationale größere Bedeutung erlangt.

S. 395-424. Vgl. dazu auch *Sinzheimers* Tätigkeit im Verfassungsausschuß (Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, bes. S. 393 ff.) und seine Rede als Berichterstatter für "Rätesystem und Reichsverfassung" auf dem SPD-Parteitag 1919, S. 406 ff.

⁸ Gestrichen: "Zentrum".

⁹ Vgl. oben Nr. 51.

¹⁰ Unterstaatssekretär Heinrich *Delbrück* verwaltete das Justizressort kommissarisch bis zum 3.10. 1919, als mit dem Regierungseintritt der DDP Eugen *Schiffer* das Ministeramt übernahm.

¹¹ Gestrichen: "Als Minister ohne Portefeuille".

¹² Gestrichen: "Verteidigung".

¹³ Bauer hatte noch Anfang Juni im Kabinett Scheidemann "sehr energische Töne gegen den Vertrag" angeschlagen; Scheidemann, Zusammenbruch, S. 250; vgl. auch Kabinett Scheidemann, S. 418 sowie oben Anm. 6.

¹⁴ Gestrichen: "und mit der dringenden".

¹⁵ Hermann Müller, der im Februar 1919 zunächst "provisorisch mit der Leitung der Parteigeschäfte" betraut worden war (da Ebert und Scheidemann ausschieden), war auf dem Weimarer Parteitag (10.–15. 6. 1919) zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Mitvorsitzender wurde Otto Wels. SPD-Parteitag 1919, S. 46, 354 und 405.

^{16 &}quot;International" zunächst verschrieben und gestrichen.

Die Fraktion autorisiert dann ihre Vertreter auf der Grundlage dieser Liste weiterzuverhandeln. –

Die den Ablehnungsstandpunktvertretenden Mitglieder¹⁷ schlagen dann vor, daß ihnen das Recht gegeben werde, neben der Stimmenthaltung [dieser auch] durch öffentliche Motivierung Ausdruck zu geben. –

Löbe schlägt vor, in diesem Standpunkt nicht weiter zu gehen, als eine solche Erklärung höchstens in der Fraktion entgegenzunehmen und in der Presse zu veröffentlichen, nicht aber in der Nationalversammlung auszusprechen. Ferner dürfe sie sich auch nur auf die 12 Mitglieder beziehen, die gestern erklärten, daß sie die Einheitsfront der Fraktion nicht einhalten wollten.

Ob die Fraktion aber auch nur ihnen dies schließlich gestatte, oder ob sie sich dem absoluten Fraktionszwang fügen müßten¹⁸, das möge auch heute noch nicht festgelegt werden, sondern erst dann, wenn das sehr gefährdet erscheinende Abstimmungsverhältnis mit Sicherheit zu übersehen ist. ¹⁹

Dem schließt sich die 20 Fraktion an und die Frage bleibt auch weiter noch unentschieden.

54.

21.6.1919, nachm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Samstag] 21. Juni, nachmttgs 2 Uhr."

Löbe berichtet, daß die Demokraten jetzt endgültig ihren Mitgliedern den Eintritt ins Kabinett untersagt haben. Es muß jetzt ein Kabinett gebildet werden allein von Sozialdemokraten und Zentrum. Um 3 Uhr soll die erste Kabinettssitzung bereits beginnen, deshalb muß schnell gehandelt werden.

Heinr[ich] Schulz berichtet über die Postenbesetzung.1

Für den Ministerpräsidenten ist Bauer vorgesehen, für den Reichsfinanzminister Erzberger,

für das Innere Dr. David,

" " Äußere Herm[ann] Müller,

¹⁷ Gestrichen: "lassen dann eine Erklärung abgeben".

¹⁸ Gestrichen: "das".

¹⁹ Vgl. Nr. 57.

²⁰ Gestrichen: "Frage".

¹ Zur Zusammensetzung des Kabinetts Bauer vgl. Kabinett Bauer, S. XXVI ff.

- " Reichsschatzamt Dr. Mayer²-Kaufbeuren,
- " " arbeitsamt Dr. Sinzheimer oder Schlicke,

Bell für die Verreichlichung der Eisenbahnen.3

Die Fraktion trifft zwischen Schlicke und Sinzheimer die Wahl per Stimm zettel und gibt 106 Stimmen ab, von denen 69 auf Schlicke, 35 auf Sinzheimer entfielen, 1 auf Enthaltung lautete und 1 ungültig war.

Hermann Müller legt dar, warum er sich jetzt⁴ hat bewegen lassen, den Posten des Außenministers anzunehmen. Dann wird der Liste ohne Debatte zugestimmt. –

Löbe gibt die vorgesehenen Dispositionen fürs Plenum bekannt. Die Regierung beabsichtigt, sofort im Anschluß an die Genehmigung des Friedens drei große Steuerges et ze⁵ einzubringen. Es sei also damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung weiter tage.

Das morgige Plenum solle 1. ein Vertrauensvotum für die neue Regierung, 2. die Annahme des Friedensvertrags aussprechen. Diese Annahme solle die Fraktion nur durch eine schriftlich formulierte Erklärung begründen. Nur wenn es sich absolut notwendig erweist durch provozierende Reden, sei es der äußersten Rechten oder der äußersten Linken, solle rednerisch eingegriffen werden. Darüber solle der Vorstand entscheiden.⁶ – Die Unabhängigen haben einen Antrag an die Nationalversammlung gestellt⁷, ihren inhaftierten Fraktionsangehörigen Braß⁸ aus der Haft zu entlassen und das Verfahren gegen ihn einzustellen. Die Fraktion klärt den Fall durch eine Aussprache, an der sich Noske, Landsberg, Löbe und Severing beteiligen und beschließt die Unterstützung des Antrages der Unabhängigen.⁹

Sodann wird nach einer eingehenden Diskussion, an der sich Otto Braun, Frau Lodahl, Schöpflin, Heinr[ich] Schulz, Adolf Braun, Geck, Heine, [Richard] Fi-

² Im Original fälschlich: "Meier".

³ Formell übte der Zentrumsabgeordnete *Bell* die Geschäftsführung als Reichskolonialminister (bis 7. 11. 1919) aus. Gleichzeitig wurde er mit der Bildung eines Reichsverkehrsministeriums beauftragt; am 5. 11. 1919 erfolgte dann die Ernennung zum Reichsverkehrsminister.

⁴ Gestrichen: "bereit erklärt hat".

⁵ Am 8. 7. 1919 beriet die Nationalversammlung in 1. Lesung über insgesamt 11 vom Reichsfinanzminister vorgelegte Steuergesetzentwürfe; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1375 ff. und Bd. 335, Anlagen Nr. 372–381. Darunter befanden sich u. a. die Entwürfe von Gesetzen "über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs" (Nr. 373), "über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919" (Nr. 372) und der Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes, (Nr. 376).

⁶ Wie vorgesehen, gaben nur Löbe und Hörsing die entsprechenden Erklärungen ab; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1115 ff. und 1133 f.; vgl. auch Oehme, S. 331.

⁷ Gestrichen: "über den".

⁸ Gestrichen: "auf".

⁹ Der Antrag der USPD, den am 6. 6. 1919 verhafteten Braß freizulassen und das Strafverfahren für die Dauer der Session einzustellen, wurde von der Nationalversammlung angenommen; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1144. Braß, gegen den ein Strafverfahren beim außerordentlichen Kriegsgericht in Essen schwebte, war ohne Haftbefehl von Militärtruppen festgenommen worden.

scher-Berlin, Landsberg, Wels, Wolff, Hildenbrand, Frau Blos und Schäfer beteiligen, die Frage des Fraktionszwanges entschieden.

Die Mehrzahl der Redner bittet die Minderheit, von jeder Erklärung, sowohl in der Fraktion wie in der Presse abzusehen und sich mit dem alten Modus der unauffälligen Entfernung vor der Abstimmung zufrieden zu geben.¹⁰

Gegen wenige Stimmen wird folgender Antrag Hildenbrand angenommen:

Zur wirksamen Durchführung ihrer wichtigen politischen Aufgaben im Parlament ist es notwendig, daß die sozialdemokratische Fraktion stets als geschlossene ganze Korporation ihre Abstimmungen vornimmt. Das erfordert, daß die bisher immer wieder beschlossene Praxis erneuert wird. Danach erfolgen die Abstimmungen stets nach den Beschlüssen der Mehrheit der Fraktion. Die Genossen, denen es nicht möglich ist, den Mehrheitsbeschlüssen zuzustimmen, dürfen im Plenum ihre Stimme nicht gegen die Fraktion abgeben. Ihre abweichende Stellungnahme dürfen sie nur durch nicht demonstrative Enthaltung von der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Es wird außerdem mit Mehrheit beschlossen, der diesmaligen Minderheit, die inzwischen auf 15 angewachsen ist, zu gestatten, ihre beabsichtigte motivierende Erklärung in die Presse zu bringen.¹¹

In diesen Beschluß gelten insbesondere auch die Minister Heine und Landsberg als mit einbegriffen, von denen der eine mit Berufung auf seine besondere Stellung als preußischer Minister, der andere mit Berufung auf seine Stellung als Friedens de legierterum das Recht gebeten hatten, gegen den Vertrag stimmen zu dürfen.¹²

Für alle Abgeordneten aus den besetzten Gebieten soll noch eine Erklärung in einer nachher stattfindenden Zusammenkunft gefunden werden.¹³

Giebel und Osterroth erklären, g e g e n die 14 Vertragsannahme zu sein, sich aber aus Gründen der Fraktionsdisziplin den gestrigen 128 anzuschließen. –

Zur Frage der Weitertagung des Plenums ist die überwiegende Mehrheit der Fraktion der Meinung, daß eine Pause von 4–8 Tagen unbedingt notwendig¹⁵ sei, um in diesen kritischen Tagen innerhalb der Heimatsverhältnisse wirken zu können.

Löbe verliest ein dringendes Schreiben des Aktionsausschusses der sozialde mokratischen Partei Münchens, das der Fraktion vorstellt,

¹⁰ Vgl. Nr. 50, Anm. 2. - Im Text gestrichen: "Heine und Landsberg".

¹¹ Die Erklärung erschien am 22.6. in der Presse; vgl. dazu den Text unter Nr. 56, dort auch Anm. 5.

¹² Otto Landsberg hatte als Mitglied der Friedensdelegation deren Denkschrift vom 17. 6. 1919 mit unterzeichnet, die sich gegen eine Unterzeichnung des Friedensvertrages aussprach; Kabinett Scheidemann, S. 469 ff., bes. S. 475. – Wolfgang Heine als preußischer Innenminister berief sich auf die ablehnende Haltung der Staatsregierung; ebd., S. 486 und 490.

¹³ Vgl. Nr. 55 und 56.

¹⁴ Gestrichen: "Frak[tion]".

¹⁵ Gestrichen: "seit".

daß durch nur ein paar Tage Verzögerung der Unterzeichnung in Südbayern wieder eine große bolschewistische Gefahr heraufbeschworen werde. ¹⁶

Zum Schluß ergreift Genossin Bang das Wort und spricht unter tiefer Bewegung im Namen ihrer dänischen Partei ihr großes Mitgefühl mit dem Schicksal Deutschlands und unserer Partei aus.

55.

21.6.1919, nachm.: Besprechung der Fraktionsmitglieder aus den Grenzgebieten

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "[Samstag] 21. Juni 1919, abends 5 Uhr."1

Die Fraktionskollegen aus den bedrohten Gebieten sind zusammengetreten, um einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus sie eventuell der Fraktionsmehrheit beitreten können, um dadurch die Gefahr der Ablehnung des Vertrags und die damit verbundene Wiederaufnahme des Kriegs zu vermeiden, der ja vor allem und zuerst die bedrohten Gebiete überziehen würde.

Es gelingt, sich über den sinngemäßen Inhalt einer Erklärung einig zu werden, die im Plenum (voraussichtlich von Hörsing) verlesen werden soll und aufgrund der voraussichtlich die Mehrzahl der fraglichen Kollegen nunmehr mit Ja im Plenum stimmen wird.² Es erklären sich schon heute dazu bereit: Frau Lodahl, [Wilhelm] Schulz-Posen, Gehl, Reek, Michelsen und Lübbring. Schäfer erbittet sich bis morgen Bedenkzeit aus.

Auf die Mitteilung Lübbrings hin, daß es sehr fraglich sei, ob Winnig sich dem Fraktionszwang fügen werde, bedeutet Löbe ihm, daß diejenigen, die mit Winnig noch verhandeln werden, ihm doch keinen Zweifel darüber lassen sollen, daß, nachdem Heine, Landsberg und alle anderen sich dem Fraktionszwang unterworfen haben, für Winnig ein Nein den Trennungsstrich mit der deutschen Sozialdemokratie bedeute.³ –

¹⁶ Zur Position der Sozialdemokratie in München vgl. Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923, München 1969, S. 132 ff.

¹ Vor "21. Juni" gestrichen: "Sitzung".

² Hörsing gab die Erklärung für die Abgeordneten aus den besetzten Gebieten am 22. 6. 1919 im Plenum der Nationalversammlung ab; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1133 f. Der Wortlaut der Erklärung auch in Nr. 56.

³ In dem Verzeichnis der namentlichen Abstimmung – Sten. Ber., Bd. 327, S. 1138 – wird Winnig als "fehlt" aufgeführt. Er selbst berichtet – Winnig, Heimkehr, S. 210 –, beim Namensaufruf habe Löbe ihm den Weg versperrt: "ich ging an ihm vorüber und warf die Neinkarte in die Urne". Nach Winnig, Heimkehr, S. 244, schickte er um die Jahreswende 1919/1920 der Partei seinen "Austrittsbrief". Sein Mandat als SPD-Abgeordneter der Nationalversammlung legte er im Januar 1920 nieder; Sten. Ber.,

56. 22. 6. 1919 Fraktionssitzung

Auf eine Anfrage Schäfers bedeutet Löbe ihm, daß auch sein eventuelles Nein, wenn nicht etwa den Ausschluß (mit Rücksicht auf seine direkte Zugehörigkeit zum Saargebiet)⁴, dann doch eine erhebliche Trübung seines Verhältnisses zur Partei zur Folge haben würde.

Bd. 331, S. 4195. – Bei Winkler, S. 224 heißt es, die SPD habe sich erst von Winnig getrennt, nachdem er im März 1920 als einziger der preußischen Oberpräsidenten die Putschregierung anerkannte und daraufhin in den Ruhestand versetzt wurde. Die Schwäbische Tagwacht Nr. 68 vom 22. 3. 1920 berichtete unter Bezug auf eine WTB-Meldung, Winnig sei aus der SPD ausgeschlossen worden.

4 Valentin Schäfer war seit 1914 Angestellter des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Saarbrücken und seit dem gleichen Jahr Vorsitzender der SPD des ehemaligen Wahlkreises Saarbrücken. – Schäfer vertrat den Wahlkreis 21 (Reg.-Bez. Koblenz und Trier). Er stimmte am 22. 6. in der Nationalversammlung als einziger aus der SPD-Fraktion mit Nein; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1138; vgl. Miller, Bürde, S. 283.

56.

22.6.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Sonntag] 22. Juni 1919, morgens 9 Uhr."

In der heutigen Sitzung wird die Abgabe der Fraktionserklärung im Plenum dem Genossen Löbe übertragen.¹

[Wilhelm] Schulz verliest die fertig stilisierte Erklärung der Genossen aus den besetzten Gebieten, die folgenden Wortlaut erhalten [hat].²

Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der deutschen Gebietsteile, die durch den zur Entscheidung stehenden Friedensvertrag unmittelbar vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich folgendes zu erklären.

Wir erheben voll tiefsten Schmerzes unsere Stimme, um unserem leidenschaftlichen Protest gegen die Trennung unserer Heimat von ihrem Mutterlande Ausdruck zu geben. In uns bäumt sich alles auf gegen die furchtbare Notwendigkeit, diesem sogenannten Friedensvertrage, der den inneren Zwiespalt und den Bruderzwist in unseren Provinzen heimisch machen wird, unsere Zustimmung zu geben. Um unsere Heimat aber nicht zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere durch den furchtbaren Weltkrieg völlig erschütterten Frauen und Kinder nicht den Schrecknissen eines neuen Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Friedensentschluß unserer Fraktion zuzustimmen. (Hört! hört! rechts.)

¹ Löbe gab die Erklärung der Fraktion am 22. 6. 1919 im Plenum der Nationalversammlung ab; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1115 ff.; vgl. dazu auch Löbe, S. 64 f.

² Der nachfolgende eingeklebte Ausschnitt bis "Die werden wir uns merken!" entstammt den Sten. Ber., Bd. 327, S. 1133 f. – Eine vorhergehende Zeile "Hörsing, Abgeordneter: Meine Damen und Herren!" ist mit Rotstift durchgestrichen.

Fraktionssitzung 22. 6. 1919 56.

Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und die Männer und Frauen, die uns durch ihr Vertrauen in die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung entsandt haben, deutsch sind und deutsch bleiben wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten)

Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Machtgebot eines kurzsichtigen und haßerfüllten Siegers von ihrer Heimat getrennten Gebiete dem deutschen Vaterlande zurückgegeben werden. Wir gründen diese Hoffnung auf den Sozialismus (Zurufe rechts) und den Völkerbund der Zukunft, der alle Nationen gleichberechtigt und zum Zwecke der Versöhnung der Völker umfassen und wiedergutmachen wird, was die von Völkerverhetzung und nationalem Haß erfüllte Gegenwart uns antut. (Bravo! bei den Sozialdemokraten)

Diese Erklärung ist unterschrieben von den Abgeordneten Josef Lübbring, Willy Steinkopf, Peter Kronen, Heinrich Schulz, Wilhelmine Kähler aus Ostpreußen; Dr. Boerschmann, Bartenstein und Memel; Julius Gehl, Walter Reek, Danzig – Westpreußen; Hermann Schulz und Anna Simon aus Westpreußen; Wilhelm Schulz und Gertrud Lodahl aus Posen; Roman Becker, Frieda Hauke, Anton Bias und Otto Hörsing aus Oberschlesien; Franz Pokorny für das Saargebiet, von dort ausgewiesen; Paul Michelsen, Louise Schroeder, Karl Legien, Karl Frohme, Heinrich Kürbis aus Schleswig. (Zuruse rechts: Die werden wir uns merken!)

Es handelt sich jetzt darum, möglichst viele der Minderheitskollegen dieser Erklärung noch zuzuführen. Dies wird³ erschwert dadurch, daß die gestrige Erklärung der 15⁴ bereits in folgendem Wortlaut im *Vorwärts* und in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde.⁵

Eine Erklärung der Minderheit.

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung haben folgende Erklärung erlassen:

Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung sind, wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf der Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihn selbst durch zu führen und sich dadurch am wirksamsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon abgehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.

gez. Wolfgang Heine, Max Quarck, Adolf Braun, Georg Schöpflin, Voigt, Antonie Pfülf, Klara Bohm-Schuch, Hans Vogel, Mich. Hierl, Th. Wolff, Hoffmann (Pfalz), Fischer-Berlin, Ad. Thiele, Th. Kotzur, Otto Landsberg.⁶

³ Gestrichen: "außerordentlich".

^{4 &}quot;Sechzehn" durchgestrichen und darüber mit Bleistift "15" geschrieben.

⁵ Der nachfolgende eingeklebte Zeitungsausschnitt bis "Otto Landsberg" ist aus dem Vorwärts Nr. 314 vom 22. 6. 1919 entnommen.

⁶ Gestrichen: "Da die Nachricht".

57. 23. 6. 1919 Fraktionssitzung

Diese sofortige Veröffentlichung wird außerordentlich bedauert. Da sie von Otto Braun durch das Wolffsche Büro veranlaßt sein soll, wird die Aussprache darüber ausgesetzt, bis Braun zugegen sein wird.⁷

Die Fraktion tritt den von verschiedenen Kollegen gegebenen Anregungen bei, sofort eine großzügige schriftliche Aufklärungsarbeit im ganzen Lande über die Notwendigkeit der Vertragsunterzeichnung zu leisten. Zu dem Zweck soll⁸ neben anderem mit den Genossen in der Regierung darüber geredet werden, vor allem auch die
im gestrigen Kabinettsrat abgegebenen Gutachten der Minister Erzberger, Noske
u. a. als Aufklärungsmaterial zu verbreiten.⁹

Beim Präsidium der Nationalversammlung soll dahin gewirkt werden, daß möglichst am Montag, mindestens aber am Dienstag die Verhandlungen zu Ende kommen. Hält die Regierung es aber für dringend notwendig, noch länger zu tagen, so will sich auch die Fraktion dem nicht verschließen. Dem Vorstand und Ältestenausschuß wird in dieser Frage Spielraum gelassen.

Pause

Nach einer Pause tritt um 11 ½ Uhr die Fraktion wiederum zusammen. Keil verliest die abzugebende Fraktions-Erklärung. Den ersten Entwurf dazu hat der Kollege *Hoch* gemacht. *Bader, Keil, Severing*, Dr. [Adolf] *Braun*, Heinr[ich] *Schulz*, *Löbe* haben dann an der Redaktion mitgewirkt. – Die Erklärung wird nach kleinen Änderungen gutgeheißen. ¹⁰

57.

23.6.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Montag] 23. Juni 1919, morgens 10 1/4 Uhr."

Löbe berichtet, daß die Note des Ministerpräsidenten gestern abend um 6 ½ Uhr in Versailles überreicht worden. Um 10 ¼ Uhr sei bereits die Antwort der Entente zurück gewesen, daß die deutsche Note als eine Bereit willigkeit zur Unterzeichnung nicht gelten könne. Sie müsse ein Nein oder ein klares Ja enthalten, durch das Deutschland zur Ausführung aller in den Bedingungen enthaltenen Bestimmungen sich bereit erklärt. Gleichzeitig sei in der französischen Antwort darauf aufmerksam gemacht, daß nur noch 24 Stunden zur endgültigen Entscheidung verbleiben.¹

⁷ Vgl. Schulze, Braun, S. 263.

⁸ Gestrichen: "u. a.".

⁹ Von dieser Sitzung am 21. 6. 1919 unter Vorsitz von Reichspräsident Ebert ist kein Protokoll aufzufinden; Kabinett Bauer, S. 2, Anm. 2 und S. 3, Anm. 1.

¹⁰ Vgl. Anm. 1.

¹ Vgl. Schulthess 1919 II, S. 572; Ursachen und Folgen III, S. 385 f.; Kabinett Bauer, S. 3 ff.; auch Löbe, S. 93.

Darauf sei in der Nacht um 3 Uhr noch das Ersuchen nach Versailles abgegangen, um 2 × 24 Stunden Aufschub. Da *Clemenceau* nicht in Versailles anwesend war, sei dem Ersuchen bis jetzt nicht entsprochen worden.

Jetzt handele es sich um eine bedingungslose Unterzeichnung.

Beim Z e n t r u m bestehe jetzt die Gefahr, daß es in zwei Hälften auseinanderfalle.² Damit entsteht die Gefahr, daß heute nachmittag eine Mehrheit für die Unterzeichnung nicht zustande kommt.

Heute morgen war bereits Besprechung aller Parteiführer mit der Regierung.³

Die Parteien, die ablehnen wollen, haben die Frage, ob sie dann die Regierung übernehmen wollen, entweder ausweichend oder gar nicht beantwortet.⁴

Wir müssen aber Mittel und Wege finden, um einwandfrei festzustellen, ob diese Parteien und Personen bereit waren und sind, aus ihrer Haltung die vollen Konsequenzen zu⁵ übernehmen.

Wir müssen auch in der Fraktion erneut feststellen, wer jetzt noch beim Nein beharren will. -

Keil und Quessel vertreten den Standpunkt, daß schon mit dem gestrigen Beschluß die⁶ Regierung die Ermächtigung zur vorbehaltlosen Unterzeichnung bekommen habe. Die Fraktion und auch die Nationalversammlung habe nur beschlossen, die Regierung zu ersuchen, noch Protest in bezug auf die beiden Bestimmungen zu erheben, aber nicht, die Unterzeichnung von dem Erfolg dieses Protestes abhängig zu machen. Quessel bedauert, daß Bauer gestern die Worte gesprochen [habe], daß kein Deutscher es mit seiner Ehre und Würde vereinbaren könne, die Personen auszuliefern. Das Ministerium Bauer müsse wieder zurücktreten, ein neu-

² Zur Situation in der Zentrumsfraktion am 22./23. 6. 1919 siehe Morsey, S. 188 ff.

³ Ein Protokoll dieser Besprechung ist nicht aufzufinden. Die in Kabinett Bauer, S. 7 f., Anm. 14 und 17 gegebenen Informationen über die Beratungen am Morgen des 23. 6. enthalten nichts über eine derartige Besprechung.

⁴ Gemeint sind DNVP, DVP und DDP.

⁵ Gestrichen: "ziehen".

⁶ Gestrichen: "Ge[nehmigung]".

⁷ Die ursprüngliche Fassung des betreffenden Antrags Gröber/Schulz lautete: "Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages." Sie wurde dann während der Plenarsitzung in Absprache mit der USPD-Fraktion am 22. 6. abgeändert in: "Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden" und in dieser Fassung von der Nationalversammlung mit 237 Ja- gegen 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen. Vorbehalte wurden sowohl in den Reden Bauers wie in der Erklärung Gröbers für das Zentrum deutlich. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1113 ff., 1117, 1125, 1134, 1135.

⁸ Bauer hatte am 22. 6. 1919 in seiner Regierungserklärung ausgeführt: "Ebensowenig kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den alliierten und assoziierten Mächten der Verletzung internationaler Gesetze und der Vornahme von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, zur Aburteilung auszuliefern. (Bravo!) Wir nehmen an, daß

57. 23. 6. 1919 Fraktionssitzung

es Ministerium müsse gebildet werden, das die vorbehaltlose Unterzeichnung vornimmt.

Setzten wir das nicht durch, so müßten wir in der feierlichsten Weise erklären, daß wir ein Nein minister ium nicht unterstützen werden. –

Demgegenüber führt Löbe aus, daß wir ausdrücklich beschlossen haben, daß der Gesandte die Vollmacht bekomme, zu unterzeichnen, daß die Unterzeichnung aber nicht das Schuldbekenntnis und die Auslieferung in sich schließe. Bauer habe also vollständig in unserem Auftrage gehandelt.

Severing führt aus, daß alles, sowohl die Antwort vom 12. Mai, wie die Antwort Bauers von gestern, nichts weiter als taktische Gesten waren. Jetzt, wo ihnen der Erfolg versagt sei, müßten wir uns zu einem uneingeschränkten Nein bekennen. Komme es zu einer Regierung der Deutsch-Nationalen, der Deutschen Volkspartei und Splittern des Zentrums, so bekämen wir ein Chaos im Lande, gegen das die Zustände nach dem 9. November das reine Kinderspiel wären.

Deshalb müsse die Fraktion jetzt einmütig Ja sagen, um eine Mehrheit zu erhalten, damit dem Lande der Friede¹⁰ werde und die Ordnung erhalten bleibe.

In tiefgreifenden Ausführungen legt Noske dar, daß die Annahme des Auslieferungspara [gra] phen auf die Truppe dahin wirken werde, daß sie nicht mehr in der Hand der Regierung bleibe.

Der Chef der Admiralität, Graf von Trotha, habe erklärt, daß der weitaus größte Teil der Offiziere aus dem Heere ausscheidet, sobald die beiden Schmachparagraphen angenommen würden. 11

Die Oberste Heeresleitung habe in der Nacht dem Präsidenten mitteilen lassen, daß selbstverständlich kein Offizier der Obersten Heeresleitung die Hand dazu bietet, die Bestimmungen durchzuführen, wenn auf der Liste vielleicht als erster der Name Hindenburg steht.¹²

Damit würde auch die Oberste Heeresleitung ausscheiden.

es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, wenn wir offen sprechen, offen, sowohl was unseren guten Willen als auch unsere Vorbehalte angeht. Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen." Sten. Ber., Bd. 327, S. 1115.

⁹ Aus dem im Fraktionsprotokoll vom 20. 6. vermerkten Beschluß geht das nur indirekt durch die Bezugnahme auf den Vorbehalt des Zentrums hervor; vgl. Nr. 52, bes. Anm. 11.

¹⁰ Gestrichen: "gegeben".

¹¹ So in einem Schreiben an Ministerpräsident Scheidemann vom 19. 6. 1919, abgedr. in: Kabinett Scheidemann, S. 492.

¹² Eine derartige, von *Hindenburg* unterzeichnete Erklärung wurde Reichspräsident *Ebert* am 23. 6. um 2. 15 Uhr übersandt und von der "OHL" am Vormittag des 23. 6. *Ebert* gegenüber wiederholt; Kabinett Bauer, S. 5 f.

Es würde also von den Truppen, die wir in Berlin haben, nicht viel mehr übrigbleiben.

Der Generalissimus in Berlin, von Lüttwitz, ist nicht in der Lage, mitzumachen. Maercker¹³ ebenfalls nicht; alle bekunden, daß die Offiziere ihre Ämter niederlegen.¹⁴

"Ich selber habe bis jetzt ausgeharrt, mein Instrument, daß ich mir zur Aufrechterhaltung der Ordnung geschaffen, ist kaputt, damit ist meine Mission zu Ende." (Noske, der zuletzt nur noch mühsam seine Fassung behalten [hat], bricht mit tränenerstickter Stimme ab und verläßt die Sitzung.)

In der allgemeinen Bewegung teilt Hermann Müller mit, daß soeben die Mitteilung gekommen [ist], daß die französische Regierung die Frist von 48 Stunden abgelehnt hat.

Jetzt sprechen noch Hildenbrand, [Franz] Krüger-Potsdam, Hermann Müller, Rob[ert] Schmidt, Dr. David, Wissell, Heinr[ich] Schulz, Ulrich, Wels, Hoch, Löbe, Thiele, Dr. Sinzheimer, Dr. Quarck, Frau Pfülf, Davidsohn, [Hans] Krüger-Mecklenburg, die fast alle den Standpunkt vertreten, daß der durch Noskes Ausführungen sichtbar gewordenen Gefahren unerachtet die bedingungslose Unterzeichnung geschehen müsse. Die Gefahr, daß die Truppe auseinanderfalle, sei schwer, aber schwerwiegender sei noch, daß bei einem Nein sofort der kommunistisch-spartakistische Aufruhr beginne. Es sei aber auch die Möglichkeit vorhanden, daß nicht die ganze Truppe auseinanderfalle. Noske müsse sich deshalb mit dem ganzen Eindruck seiner Persönlichkeit an die Truppen wenden. 15

Die Fraktion beschließt, den Genossen Noske zu bitten, in dieser Stunde unter allen Umständen auszuharren.

Thiele und Frau Pfülf erklären, daß sie sich angesichts der Situation zum J a entschließen.

Dr. Quarck, der ebenfalls zu den Ablehnern gehört, bittet, jetzt noch keine Zwangsabstimmung vorzunehmen, sondern den Neinsagern Zeit zu lassen, sich zu verständigen. Er tritt der von Hildenbrand geäußerten Ansicht bei, daß keiner unserer Genossen, auch keiner von den Neinsagern, sich dazu hergeben dürfe, in ein Ministerium der Nichtunterzeichnung einzutreten, eine Auffassung, der nur von Hoch Bedenken entgegengestellt werden.

Löbe teilt mit, daß er soeben von *Gröber* die Mitteilung erhalten [habe], daß angesichts der Haltung des Offizierskorps jetzt starke Neigung im gesamten Zentrum bestehe, Nein zu sagen. ¹⁶

¹³ Generalmajor Maercker (im Original irrtümlich "Maerker"), Kommandeur des Freiwilligen Landjägerkorps u. a. zum Schutz der Nationalversammlung in Weimar.

¹⁴ Vgl. dazu Schulthess 1919 I, S. 364; Maercker, S. 288; Walter Frhr. von Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 73 f.; siehe auch Hürten, S. 153; Kabinett Scheidemann, S. 481; Kabinett Bauer, S. 7; Morsey, S. 189 f.; Noske, Kiel, S. 153.

¹⁵ Vgl. den Aufruf in Nr. 58, Anm. 7.

¹⁶ Zu der Vormittagssitzung der Zentrumsfraktion siehe Morsey, S. 189 f.

57. 23. 6. 1919 Fraktionssitzung

Von Heinrich Schulz und nach ihm von Hoch und [Hans] Krüger-Mecklenburg, wird der Gedanke ins Auge gefaßt, jetzt an die U n a b h ä n g i g e n heranzutreten, mit uns die Regierung zu bilden.¹⁷

Allgemein ist die Auffassung, daß man die Rechte zwingen müsse, klar Farbe zu bekennen, damit die Offiziere wissen, ob die Parteien, auf die sie sich stützen, auch bereit sind, die Konsequenzen der Regierungsübernahme zu ziehen. Um aber das erstliegen de Ziel, ein Javotum, zu erreichen, solle zwar jedes Fraktionsmitglied sich vornehmen, mit Ja zu stimmen, unsere Verhandlungsführer sollen aber darüber noch möglichste Ungewißheit belassen, um den aus sehr demagogischen Gründen handelnden Bürgerlichen den Neinstandpunkt nicht zu erleichtern.

R e s ü m i e r e n d fasst Löbe zusammen:

Die Neinkollegen der Fraktion erhalten Zeit, sich zu verständigen; bei den Verhandlungen mit dem Zentrum erhalten unsere Verhandlungsführer Vollmacht zu erklären, daß nahezu die ganze Fraktion sich für Ja entscheiden wird; sie erhalten ferner Vollmacht, dahin zu wirken, daß eine Regierung zustande kommt, die das Ja unterzeichnet; bei Verhandlungen mit anderen bürgerlichen Parteien aber erhalten sie auch Vollmacht, aus taktischen Gründen die fast vollständige Zustimmung der Fraktion noch als ungewiß hinzustellen. 18-

In der Sitzung hatte Keil noch unter starker Zustimmung ausgeführt, daß die ständigen Mitteilungen aus der Fraktion an die Pressevertreter und an die Unabhängigen unterbleiben müßten.

¹⁷ Nach Calkins, S. 194 schrieb Hugo *Haase* am 18. 6. 1919 in einem Brief an seine Frau, der USPD sei angeboten worden, die Regierung zum Zwecke der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu übernehmen.

¹⁸ Vgl. Nr. 58.

58.

23.6.1919, nachm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Montag] 23. Juni, nachmittags 2 Uhr."

Löbe teilt mit, daß beim Zentrum jetzt 14 Stimmen für Ja, 62 für Nein stellen würde¹, die Demokraten 38 für Nein, 10 für Ja, 4 seien ungewiß, die Unabhängigen 19 für Ja, unsere Fraktion stelle ihrer jetzigen Anwesenheitsstärke nach noch etwa 120 für Ja, die Deutschnationalen stellten 37, die Deutsche Volkspartei 15 Neinstimmen. Zusammen wären also 163 ziemlich sichere Jastimmen, 153–156 ziemlich sichere Neinstimmen zu erwarten; dann noch eine Reihe² bis jetzt nicht zu Ermittelnder.³

Die Entente habe mitteilen lassen, daß ihre Truppen sich heute abend um 7 Uhr in Bewegung setzten.

Die Rechtsparteien wollen, um dem Zentrum trotz seiner nur 14 Jastimmen die Möglichkeit zuzuerkennen, in der Regierung zu verbleiben und aufgrund des gestrigen Beschlusses die Ententebedingungen anzuerkennen, im Plenum eine Erklärung abgeben, daß sie den Jasagern in keiner Weise das vaterländische Gefühl bestreiten.⁴

Nach dieser Erklärung soll Schluß im Plenum erfolgen.

Eine erneute Abstimmung über Ja oder Nein soll nicht stattfinden.⁵

Dann müsse sofort das Telegramm nach Versailles gegeben werden, damit noch rechtzeitig der Vormarsch verhindert wird.

Komme es aber zum Widerspruch im Hause, dann müsse abgestimmt werden, wobei dann das Ergebnis allerdings zweifelhaft sei. –

Verlaufe die Sitzung in der erwarteten zustimmenden Weise, dann solle nach einer Stunde Pause ein gemeinsamer Aufruf – dem jedoch die Unabhän-

¹ Nach den von Morsey, S. 190, herangezogenen Quellen hatten sich in der Fraktionssitzung des Zentrums bei einer Probeabstimmung (kurz vor 12 Uhr) 14 Abgeordnete für die Unterzeichnung, 68 dagegen ausgesprochen.

² Gestrichen: "wilder".

³ Am Vortage hatten sich bei der Abstimmung über den Friedensvertrag 237 Abgeordnete für die Unterzeichnung ausgesprochen, 138 hatten dagegen gestimmt, 5 Stimmenthaltung geübt, 1 Stimme war ungültig; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1138.

⁴ Solche Erklärungen gaben für die DVP Heinze und für die DDP Schiffer in der Sitzung am 23. 6. 1919 ab. Von der DNVP wurde Entsprechendes zwar von Schultz zunächst auch in Aussicht gestellt (Morsey, S. 191; Kabinett Bauer, S. 101); im Plenum erklärte er für die DNVP aber nur, diese "setzt als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt"; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1140 f.

⁵ In ihrer Sitzung am 23. 6. 1919 beschloß die Nationalversammlung "mit großer Mehrheit, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag abzuschließen"; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1140 f.

59. 24. 6. 1919 Fraktionssitzung

g i g e n sich nicht anschließen wollen – an das Volk und das Heer beschlossen werden.⁶

Ebenfalls wird Noske einen Aufruf an das Heer erlassen.⁷

General Groener hat ebenfalls erklärt, daß er für die Unterzeichnung eintritt und alles tun wird, um für Ruhe und Ordnung einzutreten.⁸ Dem stehe allerdings eine starke Bewegung gegenüber, die von General Lüttwitz ausgeht.

Der Kriegsminister Reinhardt hat ebenfalls erklärt, alles zu tun, damit militärische Putsche, mit denen hier und da zu rechnen sei, nur einen kleineren Umfang behalten und der Entente keinen Anlaß zu Kriegshandlungen geben.⁹

Noske hat sich dem Wunsch der Fraktion gefügt und bleibt vorläufig.

Das Kabinett wird ebenfalls bleiben. -

Nach Entgegennahme dieser Mitteilungen Löbes ist die Zeit zur letztentscheidenden Plenarsitzung gekommen.

59.

24.6.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 24. Juni 1919, morgens 9 1/2 Uhr."

Die Sitzung ist nötig, um sich über den Entwurf eines Gesetzes über die Landkrankenke nkassen und Stadtkassen angestellten zu verständigen, der heute im Plenum erledigt werden soll. Es wird nach dem Vorschlag Hochs beschlossen, sowohl gegen die Bestimmung über die Anstellung von Kassenangestellten als auch über die Ersatzkassen zu stimmen, aber für das ganze Gesetz zu stimmen.

Jäcker wird als Plenarredner bestimmt.1

⁶ Wortlaut des Aufrufs u. a. in Sten. Ber. Bd. 327, S. 1141 f. Die Nationalversammlung nahm den Aufruf ohne Widerspruch an. Später erklärte jedoch *Geyer* für die USPD, sie habe dem Präsidenten mitgeteilt, daß "der Aufruf nicht unsere Zustimmung gefunden" habe. "Wir haben aber keinen Anlaß genommen, dagegen zu sprechen." Ebd., S. 1147.

⁷ Der Aufruf Noskes an die Reichswehr vom 23. 6. 1919 ist u. a. abgedr. in: Ursachen und Folgen III, S. 531 ff.; Noske, Kiel, S. 154 f.; Schulthess 1919 I, S. 263 f.

⁸ Die durch Telefonat und Fernschreiber dem Reichspräsidenten übermittelte Erklärung in: Kabinett Bauer, S. 8 f.; vgl. dazu Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen, Jugend-Generalstab-Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Hiller von Gaertringen mit einem Vorwort von Peter Rassow, Göttingen 1957, S. 508; Carstens, S. 51.

⁹ Zum Verhalten von Reinhardt in dieser Situation vgl. Kabinett Scheidemann, S. 15; Fritz Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, II, in: Die Welt als Geschichte, 18. Jg., 1958, S. 81.

¹ Jäcker sprach am 24. 6. 1919 im Plenum zum "Entwurf eines Gesetzes über Krankenkassen, Kassenangestellte und Ersatzkassen", das die Regierung am 7. 6. vorgelegt hatte; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen

Fraktionssitzung 2. 7. 1919 60.

Dann kommt der Übelstand des öfteren Fehlens vieler Ausschußmitglieder zur Sprache.

Den Mitgliedern der einzelnen Ausschüsse wird möglichste Teilnahme an allen Ausschußsitzungen zur Pflicht gemacht. In Verhinderungsfällen sei rechtzeitig dem Vorstand Mitteilung zu machen, damit er einen zeitweiligen Vertreter stellen oder einen dauernden Ersatzmann wählen lassen kann.²

Das Ausscheiden des Kollegen [Hermann] Müller aus dem Vorstand³ macht eine Ersatzwahl notwendig. Hierbei wird zugleich der Vorstand von 9 auf 11 Personen verstärkt. Neugewählt werden Scheidemann, Wels und Dr. [Adolf] Braun.

- 2 Vgl. zu den Ersatzleuten Nr.9.
- 3 Wegen der Ernennung zum Reichsminister des Auswärtigen; vgl. Nr. 53.

60.

2.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 2. Juli 1919, vormittgs 10 Uhr."

Löbe bringt eine Reihe eingegangener Schreiben zur Kenntnis. 1 Mauerer-München läßt sich wegen wichtiger kommunaler Arbeiten, Genossin Blos wegen Krankheit entschuldigen.

Ein Schreiben Wissells an das Kabinett legt dar, daß W[issell] baldigst nach dem Friedensschluß eine eingehende Prüfung seiner Wirtschaftspläne verlange.² W[issell] legt Wert darauf, daß dies auch der Fraktion zur Kenntnis kommt. – Die Fraktion sieht vor, in nächster Zeit die Wissellschen Wirtschaftspläne in Gegenwart Wissells und Robert Schmidts zur Besprechung zu bringen.³

Nr. 370. Jäcker lehnte für die SPD die Ersatzkrankenkassen als "überflüssige Einrichtung" und Zersplitterung der Krankenkassen ab und sprach sich gegen die Anstellung von Beamten für Ersatzkassen aus. Das Gesetz wurde gegen die Stimmen der SPD und USPD angenommen und trat am 29. 6. 1919 in Kraft. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1157 f.; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 615 ff.

¹ Unter den Schreiben befand sich auch ein für die Situation der SPD typischer Brief der SPD Münchens vom 24.6. 1919, in dem es hieß, das schlechte Abschneiden der Parteien bei den Gemeindewahlen zeige, wie notwendig ein Festhalten am Erfurter Programm und am "wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf" sei. In dem Brief wurden eine Reihe von Sofortmaßnahmen gefordert; BA Koblenz R 43/I, 2662.

² In seinem Schreiben an Reichsministerpräsident Bauer vom 21. 6. 1919, abgedr. in: Kabinett Bauer, S. 2 f.; vgl. Nr. 52, Anm. 12 und unten Nr. 66 und 67. – Auf dem SPD-Parteitag im Juni 1919 war es über die Wirtschaftspolitik zu Differenzen zwischen Wissell und seinen Kabinettskollegen Robert Schmidt und Eduard David gekommen; SPD-Parteitag 1919, bes. S. 363 ff., 374 ff., 383 ff., 402 f.

³ Vgl. Nr. 67 und 69.

60. 2.7.1919 Fraktionssitzung

Es sind weiter eine Reihe von Antworten der verschiedenen Reichsämter eingegangen auf das Rundschreiben der Fraktion⁴, auch Frauen in den einzelnen Ämtern zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Besprechung dieser Antworten wird aufgeschoben, bis die gewerkschaftlichen Fraktionsmitglieder vom Gewerkschaftskongreß zurück sind.⁵

Dann gibt Löbe die vom Seniorenkonvent vorgesehenen Dispositionen für das Plenum bekannt.⁶

Das Arbeitsprogramm ist folgendes: Am 2., 3., 4. und 5. Juli Verfassung, vom 7. bis 10. erste Lesung der Steuergesetze, die dann an die Kommission gehen und da bis zum 21. Juli fertig beraten werden sollen, hauptsächlich die beiden Kriegsgewinn- und Mehreinkommensteuern; vom 11. bis 12. Verfassung in dritter Lesung; vom 14. bis 19. alles, was sonst an kleinem Gesetzgebungsstoff noch da ist; vom 21. bis 24. und darüber hinaus die zweite und dritte Lesung der Steuervorlagen.

Es sollen dann noch folgen das R ä t e g e s e t z⁷ sowie ein Gesetz für die K r i e g s - h i n t e r b l i e b e n e n⁸. Löbe führt aus, es sei nötig noch vor den Ferien, die für August vorgesehen sind, in rascher Folge eine Reihe von Gesetzen zustande zu bringen, die auch nach draußen Befriedigung auslösen. Deshalb solle man möglichst auch noch ein Gesetz über eine große V e r m ö g e n s a b g a b e erledigen.⁹

In der Diskussion werden noch Anregungen betreffend einen Gesetzentwurf zur Kommunalisierung von Betrieben¹⁰, ferner auf Verbesserung der Mutterschafts- und Invalidenfürsorge und auf Maßnahmen gegen den Wucher gegeben. Mit allen diesen Fragen will die Fraktion sich noch weiter beschäftigen. –

⁴ Zu dem von Löbe unterzeichneten Schreiben vom 10. 4. 1919 vgl. Nr. 35, bes. Anm. 2.

⁵ Zur Reaktion der Reichsregierung vgl. Kabinett Scheidemann, S. 162. – Vom 30. 6. bis 5. 7. 1919 tagte in Nürnberg der Kongreß der [Freien] Gewerkschaften Deutschlands.

⁶ Nachfolgend bis "Steuervorlagen" eingeklebter Zeitungsausschnitt.

⁷ Gemeint ist das Betriebsrätegesetz. – Zum Stand der Vorarbeiten vgl. Kabinett Bauer, S. 129 und die dort in Anm. 1 aufgeführten Belege. Ein überarbeiteter zweiter Entwurf war von Reichsarbeitsminister Schlicke am 1.7. 1919 der Reichskanzlei zugeleitet worden.

⁸ Eine gesetzliche Regelung erfolgte im Rahmen des Gesetzes "zur Ergänzung des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 (Reichs-Gesetzbl., S. 593), des Offizierspensionsgesetzes vom 31. Mai 1906 (Reichs-Gesetzbl., S. 565) und des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 (Reichs-Gesetzbl., S. 214). Vom 4. Oktober 1919"; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1787.

⁹ Die Regelung von Vermögensabgaben erfolgte durch mehrere Gesetze: das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. 9. 1919, das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vom 10. 9. 1919 und das Erbschaftssteuergesetz vom 10. 9. 1919; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 372, 373 und 376; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1543 ff., 1567 ff. und 1578 ff.

¹⁰ In der Kabinettssitzung vom 8. 7. 1919 teilte Wissell mit, ein "Kommunalisierungsgesetz ist im Reichsamt des Innern vorbereitet"; Kabinett Bauer, S. 96. Erst der Regierung Müller I lag in der Sitzung vom 20. 4. 1920 der "Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes" vor; Kabinett Müller I, S. 141.

Fraktionssitzung 2.7.1919 60.

Sodann macht Löbe die Mitteilung, daß Heinrich Schulz Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern geworden [sei]. ¹¹ Er wird dabei im Partei- und Fraktionsvorstand bleiben können. Doch müssen neu besetzt werden das Amt eines V i z e p r ä s i d e n t e n im Hause und die Ämter Schulz' und Hermann Müllers in den A u s s c h ü s s e n. In den H a u p t a u s s c h u ß werden Wels, Vogel, Sollmann gewählt. ¹² Sodann wird ¹³ ohne Widerspruch Heimann als Vorsitzender des Hauptausschusses, Löbe als Vizepräsident in Vorschlag gebracht, obwohl beide bitten, von ihrer Person Abstand zu nehmen. ¹⁴

In der Verfassungsfrage liegen zwei Punkte vor, über die ein Kompromiß zustande kommen muß: Die Schulfrage¹⁵ und die Farbenfrage.

Beschlossen¹⁶ wird nach einer längeren Diskussion, für das von den Unabhängigen beantragte R o t als Reichsfarbe zu stimmen, wenn k e in Kompromiß zustande kommt, das das Schwarzrotgold sichert. Kommt aber ein solches zustande, dann verzichten wir auf das Rot, um das Schwarzrotgold nicht zu gefährden gegenüber einer starken Rechten, die das Schwarzweißrot beibehalten will. – Die Meeresflagge soll schwarzweißrot bleiben, aber mit einem schwarzrotgoldenen Eckfelde.

Bei dem Unabhängigen-Antrag auf Rot kann dag egen stimmen wer will, ebenso kann sich enthalten wer will, falls das obige Kompromiß zustande gekommen [ist].¹⁷

Mit den Unabhängigen soll gestimmt werden 1. für den Titel "Verfassung der deutschen Republik"¹⁸, 2. für die Festlegung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der Verfassung auch für die Gemeinden und Kreisausschüsse usw.¹⁹

¹¹ Das Kabinett erteilte am 26. 6. 1919 die Zustimmung, daß Reichsminister des Innern *David* Heinrich *Schulz* auf die Stelle eines "zweiten Unterstaatssekretärs" berief. Die Ernennung erfolgte am 2. 7. 1919; Kabinett Bauer, S. 19; Schulthess 1919 I, S. 275.

¹² Vgl. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1238 (Sitzung vom 3. 7. 1919). Neben Müller und Schulz war im Haupt-ausschuß auch der SPD-Abgeordnete Franz Pokorny ausgeschieden.

¹³ Verbessert aus: "werden beschlossen".

¹⁴ Heimann wurde im Juli 1919 Vorsitzender des Hauptausschusses; Osterroth, S. 120. – In der Sitzung vom 14. 7. 1919 teilte Präsident Fehrenbach mit, daß Schulz sein "Amt als Vizepräsident niederlege"; am 15. 7. 1919 wurde Löbe zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Sten. Ber., Bd. 328, S. 1526 und 1556.

¹⁵ Vgl. Nr. 48, Anm. 2 sowie Nr. 63.

¹⁶ Vor "Beschlossen" gestrichen: "Die Fraktion".

¹⁷ Vgl. die Auslegung dieses Beschlusses unter Nr. 61, Anm. 7; siehe auch Oehme, S. 359 ff.

¹⁸ Quarck sagte für die SPD am 2. 7. 1919 im Plenum: "Wenn in Artikel 1 steht: "Das deutsche Reich ist eine Republik", dann kann man natürlich auch, wie es der Herr Reichsminister vorhin bestätigend ausgeführt hat, in der Überschrift sagen: "Verfassung der Deutschen Republik". Das ist jedenfalls kein Gegenstand, um den sich ernste Männer die Köpfe einschlagen [...]. Aber um agitatorischen Mißdeutungen und Mißbräuchen zuvorzukommen, die ja leider beim jetzigen Stand der Parteiverhältnisse in Deutschland so leicht möglich sind, sind wir bereit, für den "Unabhängigen"-Antrag mitzustimmen." Sten. Ber., Bd. 327, S. 1214. Der Antrag der USPD, die Verfassung "Verfassung der Deutschen Republik" zu nennen, wurde von der Mehrheit abgelehnt; ebd., S. 1215; vgl. Oehme, S. 359 ff.

¹⁹ Dieser Antrag der USPD lautete: "Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Wahlen in den Gemeinden, den weiteren Selbstverwaltungskörpern und den Körperschaften

60. 2.7.1919 Fraktionssitzung

Dann soll gestimmt werden für den Wahlgerichtshof²⁰ und dafür, daß der Reichstag das Recht haben soll, der Regierung binden de Instruktionen in bezug auf Regierungshandlungen zu erteilen.²¹ Die Punkte 5 und 7 des Antrags Agnes (Nr. 428) sollen abgelehnt werden.²²

des öffentlichen Rechts"; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 418. In der Vorlage des Verfassungsausschusses hieß der Art. 17 Abs. 2: "Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindewahlen." Ebd., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 3. Bei der Beratung in der Nationalversammlung am 3. 7. forderte der preußische Innenminister Wolfgang Heine (SPD): "Ich bitte, den Antrag 428 Agnes und Genossen, der zu Art. 17 Abs. 2 gestellt ist, abzulehnen." Für die SPD-Fraktion stellte sich Quarck sinngemäß hinter die Fassung der Vorlage. Gegen die Stimmen der USPD wurde die Änderung abgelehnt. Ebd., Bd. 327, S. 1258 ff. und 1262.

- 20 Bezieht sich auf den Staatsgerichtshof. Der betreffende Art. 106 lautete in der Vorlage des Verfassungsausschusses (Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 10): "Nach Maßgabe eines Reichsgesetzes wird ein Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich errichtet." Zu den Artikeln 101–106 "Die Rechtspflege" lag ein Antrag der USPD vor, Art. 101 die Fassung zu geben: "Die Gerichtsbarkeit wird auf der Grundlage des Gesetzes durch Volksgerichte ausgeübt, die nach den Grundsätzen für die Wahlen zum Reichstag zu wählen sind. Ihnen allein sind auch die Personen des Soldatenstandes unterstellt. Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind verboten. Das Nähere bestimmt das Gerichtsverfassungsgesetz." Ebd., Bd. 337, Anlagen Nr. 455. Bei der Beratung im Plenum am 10. 7. 1919 erklärte Katzenstein für die SPD: "Wir lehnen den Antrag Agnes und Genossen ab. Wenn die Antragsteller in einer faßbaren Weise ein System des Volksrichtertums vorgeschlagen hätten, dann wären wir geneigt gewesen, dem Antrag zuzustimmen. Hier wird die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch Volksgerichte verlangt, die nach den Grundsätzen für die Wahlen des Reichstages zu wählen sind. Das ist meines Erachtens ein unmögliches Verfahren, um Berufsrichter und um die handelt es sich hier in erster Linie zu bestimmen." Ebd., Bd. 328, S. 1469. Der Antrag wurde abgelehnt; ebd., S. 1475.
- 21 Bezieht sich auf einen Ergänzungsantrag der USPD zu Art. 35, der die Einsetzung von einem ständigen Ausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten und eines "ständigen" Ausschusses "zur Überwachung der Tätigkeit der Reichsregierung" vorsah. Die USPD forderte, einen Art. 35a einzufügen (im Antrag hieß es irrtümlich einen Art. 36a; vgl. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1291): "Der Reichstag kann der Reichsregierung bindende Weisungen in Verwaltungssachen erteilen. Die Reichsregierung hat dem Reichstag auf sein Verlangen die schriftlichen Verhandlungen vorzulegen, die über die Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten oder über Verwaltungssachen geführt werden." Ebd., Bd. 337, Anlagen Nr. 428. Bei der Plenumsberatung am 4. 7. distanzierte sich Katzenstein für die SPD vom Antrag der USPD, indem er ihn so interpretierte, als bezöge er sich auf eine Verpflichtung zur Erörterung aller Angelegenheiten der Außenpolitik im Plenum. "Deshalb stimmen wir dem Antrag Haase und Genossen nicht zu, daß die Reichsregierung verpflichtet sein soll, auf Verlangen jederzeit alle die auswärtige Politik betreffenden Aktenstücke vorzulegen. Eine Vorlegung vor dem Reichstage bedeutet allerdings soviel wie eine Veröffentlichung. Es ist nicht möglich, daß jede Angelegenheit vor der Öffentlichkeit verhandelt wird, da wir ja noch weit entfernt sind von einem wirklich vertrauensvollen internationalen Verhältnis, von einem wirklich ehrlichen Völkerbund. Keine Gewerkschaft, keine Interessenvertretung tut das." Ebd., Bd. 327, S. 1294. Der USPD-Antrag wurde abgelehnt; ebd., S. 1299.
- 22 Vorstehender Satz mit Bleistift hinzugefügt. Im Abänderungsantrag der USPD vom 1. 7. 1919 wurde in Punkt 5 zu Art. 25 vorgeschlagen, als Frist für eine Neuwahl des Reichstages nach der Auflösung durch den Reichspräsidenten statt binnen 60 Tagen "spätestens den 30. Tag" vorzuschreiben; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 428. Für die SPD unterstützte Katzenstein diesen Antrag. Punkt 7 des gleichen Abänderungsantrages wollte in Art. 34 Abs. 1 ("Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen") die Worte "einem Fünftel seiner Mitglieder" ersetzen durch die Worte "fünfzig Mitglieder"; ebd., S. 289. Der Abänderungsantrag wurde mit 166 gegen 81 Stimmen verworfen; ebd., S. 1282 und 1291, Bd. 337, Anlagen Nr. 428.

Fraktionssitzung 3.7.1919 61.

Ein Antrag Steinkopf-Katzenstein zu Artikel 39 der Verfassung wird gutgeheißen 23

Über das Kompromiß in der S c h u l f r a g e²⁴, worüber Schulz berichtet, soll morgen beschlossen werden. –

Nach einer Besprechung des Gebietes der Kontrolle der Reichsbetriebe werden²⁵ in den hierzu tätigen Beirat die Kollegen Stahl und Körsten gewählt mit der Weisung, im Beirat dafür einzutreten, daß zu jeder Sitzung auch eine Frau hinzugezogen werden soll.²⁶

Aus²⁷ der Fraktionskasse werden Mk. 500,00 für die verhungernden Kinder des Erzgebirges bewilligt.

- 23 Der Antrag Steinkopf-Katzenstein zu Art. 39 lautete in der Ausschußfassung: "Beamte und Militärpersonen bedürfen zur Teilnahme an den Reichstags- und Landtagsverhandlungen keines Urlaubs. Bewerben sie sich um einen Sitz im Reichstag, so ist ihnen zur Vorbereitung ihrer Wahl Urlaub zu gewähren." Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 5. Im Abänderungsantrag schlugen Steinkopf-Katzenstein vor: "Beamte und Militärpersonen bedürfen zur Ausübung ihres Amtes als Abgeordnete der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder keines Urlaubs. Bewerben sie sich um einen Sitz in diesen Körperschaften, so ist ihnen zur Vorbereitung ihrer Wahl Urlaub kostenlos zu gewähren." Ebd., Bd. 337, Anlagen Nr. 440. Der Antrag wurde am 4. 7. 1919 im Plenum behandelt; statt "Militärpersonen" wurde die Fassung "Angehörige der Wehrmacht" vorgeschlagen und der Abs. 2 des Art. 39 so gefaßt: "Bewerben sie sich um einen Sitz in diesen Körperschaften, so ist ihnen der zur Vorbereitung ihrer Wahl erforderliche Urlaub zu gewähren." Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen; ebd., Bd. 327, S. 1301.
- 24 Gestrichen: "über".
- 25 Gestrichen: "Stahl".
- 26 Gemeint ist der Parlamentarische Beirat für die Reichsbetriebe, der von der Nationalversammlung am 23. 6. 1919 eingesetzt worden war. Die SPD stellte darin zwei, alle übrigen Fraktionen ein Mitglied. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1142 und 1162.
- 27 Vor "Aus" gestrichen: "Für die".

61.

3.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handbuch Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Donnerstag] 3. VII. 19 vormttgs 10 Uhr."

Die Fraktion befaßt sich zunächst mit einer Anfrage der demokratischen Partei, ob es als zweckmäßig erachtet wird, daß von der Nationalversammlung eine Kundgebung gegen die Verkehrsstreiks erlassen werde.

Die Fraktion hält dies im augenblicklichen Zeitpunkt (angesichts der Tatsache, daß der Verkehrsstreik seinen Höhepunkt überschritten hat und im Abbröckeln begriffen ist) n i c h t für geeignet.¹

¹ Ein Eisenbahnerstreik im Direktionsbezirk Berlin hatte seit dem 24. 6. 1919 den Verkehr weitgehend lahmgelegt. Er ging am 3. 7. zu Ende. Am 1. 7. traten die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe

61. 3.7.1919 Fraktionssitzung

Sie geht dann über zur Verfassungsberatung.

In bezug auf einen Antrag Nr. 435 von Schücking und Genossen empfiehlt Hildenbrand gegen diesen Antrag zu stimmen und bei dem Wortlaut des Kompromißantrages zu bleiben.²

Die Beratung über diese Frage wird jedoch abgebrochen, da es notwendig ist³, zu einer Stellungnahme zu dem mit dem Zentrum getroffenen Kompromiß in der Schulfrage zu kommen. Bis jetzt ist von unsern Unterhändlern nur erreicht worden, daß der Religions unterricht in den Volksschulen nur noch fakultativ und freiwilligsein soll, und zwar sowohl für die Lehrer wie für die Erziehungsberechtigten; aber der Religionsunterricht soll als Lehrfach ordnungsgemäß vorgesehen bleiben. Die konfessionsunterricht soll als Lehrfach ordnungsgeställen der Hand behalten. Aber für die Regelung sollen die Regelung gesetzlich in der Hand behalten. Aber für die Regelung sollen durch ein Reichsgesetzes soll an dem bestehen den Zustand nichts geändert werden. — [Heinrich] Schulz, der als Berichterstatter sprach, kam zur Empfehlung der Annahme des Kompromisses, da wir jetzt nicht in der Lage seien, unsere Auffassung rein durchzusetzen. †

In der ausgedehnten Diskussion kam nur Keil zu der Empfehlung, von vornherein zu erklären, daß wir für die Verfassung im ganzen nicht stimmen können, wenn derartige Schulbestimmungen hineinkämen. Die Entfernung dieser Bestimmungen aus der Verfassung müsse Voraussetzung für unsere Zustimmung sein. – Diesem weitgehendsten Standpunkt, an der unzureichenden Erfüllung unserer Schulbestrebungen eventuell das ganze Verfassungswerk scheitern zu lassen, trat keiner der weiteren Redner bei, wohl wurde von allen ein scharfes Vorgehen zur Erlangung weiterer Zugeständnisse empfohlen.

Den drei Unterhändlern, die die Verhandlungen mit dem Zentrum führen⁵, wurde aufgegeben, dahin zu wirken, 1. die Herausnahme der Grundrechte aus der

in einen Streik, der bis zum 16. 7. dauerte. Vgl. dazu Schulthess 1919 I, S. 270 und 275; Kabinett Bauer, S. 14, 16, 20 f., 23, 39, 48, 51 f.; *Vorwärts* Nr. 320 vom 25. 6., Nr. 329 vom 30.6., Nr. 330 vom 1. 7., Nr. 332 vom 2. 7., Nr. 334 vom 3. 7. 1919.

² Der Abänderungsantrag 435 der DDP sah für Art. 18 Abs. 2 folgende Fassung vor: "Die Neubildung von Ländern oder die Änderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt." Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 435. Am 3. 7. 1919 wurde die Beratung des Art. 18 mit Rücksicht auf die schwebenden interfraktionellen Besprechungen über eine Abänderung des Art. 18 zurückgestellt; ebd., Bd. 327, S. 1262. Am 19. 7. wurde ein gemeinsamer Kompromißantrag von SPD, Zentrum und DDP eingebracht; ebd., Bd. 337, Anlagen Nr. 631. In der 3. Lesung wurde der Artikel dann nochmals verändert; vgl. dazu Ziegler, S. 297 f.; ferner Nr. 76, Anm. 5.

³ Gestrichen: "sich".

⁴ Zu diesem sogenannten "ersten Weimarer Schulkompromiß" vgl. Grünthal, S. 52 ff.; Morsey, S. 212 f.; Schulz, Leidensweg, S. 42 f.; sowie Ziegler, S. 126 ff. und 335 ff.

⁵ Heinrich Schulz, Quarck und Katzenstein; siehe Nr. 63. Die Verhandlungspartner der Zentrumsfraktion waren: Gröber, Hitze, Mausbach, Burlage und Rheinländer; Morsey, S. 213.

Fraktionssitzung 4.7.1919 62.

Verfassung zu erreichen, 2. die Bildungs- und Schulfragen auf die Fassung der ersten Lesung zurückzubringen und das weitere einem Reichsgesetz zu überlassen, 3. den Begriff "die bestehen den Verhältnisse" als die gegen wärtigen zu deklarieren, wobei die in Arbeit befindlichen Gesetze in den Einzelstaaten nicht unterbrochen werden sollen, 4. die Fassung "ordentliches Lehrfach" in "im ordentlich en Lehrplan" zu verändern.⁶

Löbe teilt noch den Beschluß des Seniorenkonvents mit, die heute nachmittag erfolgende Abstimmung über die Reichsfarben in folgender R e i h e n f o l g e vorzunehmen:

1. über rot, 2. über schwarzweißrot, 3. über schwarzrotgold. Die Fraktion bekräftigte den gestrigen Beschluß, g e g e n rot und schwarzweißrot und f ü r schwarzrotgold zu stimmen.⁷

62.

4.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 4. Juli 1919, vormttgs 11 Uhr."

Die Fraktion hat sich wiederum mit der Verfassungsfrage¹ zu befassen. Vor Eintritt in die Tagesordnung regt Keil an, einen A u s s c h u ß aus der Fraktion zu bilden, der sich dauernd auf die Bearbeitung der S t e u e r f r a g e n konzentriert und besonders die vorliegenden neuen Steuerentwürfe gründlich durcharbeitet.² Vorgeschlagen werden Dr. [Adolf] Braun, Davidsohn, Hasenzahl, Kahmann, Krätzig, Katzenstein, Keil, Molkenbuhr, Pfülf, Dr. Quarck, Riedmiller, Schlüter, Sollmann, Steinkopf, Steinmayer, Stelling, Vogel, Röhle, Frau Simon, Frau Reitze, [Georg] Simon-Augsburg. Genosse Keil soll diese Kollegen zu einer Besprechung zusammenberufen, in der schon eine gewisse Verteilung der Stoffe vorgenommen wird.

⁶ Vgl. Nr. 68.

⁷ Vgl. oben Nr. 60, Anm. 17. – Am 2. 7. 1919 erläuterte *Molkenbuhr* im Plenum die Haltung der SPD für schwarzrotgold; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1234 ff. Über rot fand keine namentliche Abstimmung statt, der USPD-Antrag wurde abgelehnt. Die Farben schwarzweißrot wurden mit 190 gegen 110 Stimmen verworfen, dann mit 211 gegen 89 Stimmen schwarzrotgold angenommen. Ebd., S. 1245 und 1267 f.

¹ Gestrichen: "Steuerfrage".

² Bezieht sich auf die vom Reichsfinanzminister Erzberger vorgelegten 10 finanzpolitischen Gesetzentwürfe (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 372–381), die am 8. 7. 1919 von der Nationalversammlung in 1. Lesung beraten wurden; ebd., Bd. 327, S. 1375. Es handelte sich dabei um Gesetzentwürfe a) "über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919", b) "über eine Kriegsabgabe von dem Vermögenszuwachse", c) "eines Grundwechselsteuergesetzes", d) "eines Vergnügungssteuergesetzes", e) "eines Erbschaftssteuergesetzes", f) "eines Rayonsteuergesetzes", g) "eines Gesetzes zur Abänderung des Zuckersteuergesetzes", h) "eines Tabaksteuergesetzes", i) "eines Zündwarensteuergesetzes", j) "eines Spielkartensteuergesetzes".

62. 4.7.1919 Fraktionssitzung

In einer kurzen Besprechung gibt die Fraktion ihren³ Mitgliedern der Geschäftsord nungskommission in der Frage der Behandlung des Falles Eichhorn die Direktive, daß, solange es sich um politische Vergehen handelt, die Fraktion ihren alten Standpunkt beibehält, die Einwilligung zur Auslieferung und zur Eröffnung des Verfahrens gegen ein Reichstagsmitglied abzulehnen.

Bei Eichhorn, bei dem kriminelle Vergehen geltend gemacht werden, solle um die Substantiierung dieses Begriffs kriminelles Vergehen ersucht werden.⁴

Sodann berichtet Heinr[ich] Schulz über die gestern getätigten Bemühungen in der Schulft frage, daß es nicht gelungen ist, das Zentrum für die Heraus nahme der Grundrechte aus der Verfassung zu gewinnen. – In bezug auf die Deklarierung des Begriffs des "bestehenden" Zustandes erklärt das Zentrum sich bereit, das als bestehenden Zustand anzuerkennen, was bis zum Tage des Inkrafttretens der Reichsverfassung in den einzelnen Freistaaten gesetzlich geschaffen ist. – Die Fassung "ordentliches Lehrfach" in ordentlichen "Lehrplan" umzuändern, hat das Zentrum abgelehnt; es ist aber einverstanden, wenn wir gegen den Absatz "ordentliches Lehrfach" stimmen, dann aber im ganzen das Kompromiß annehmen. – Schulz bittet, sich auf diesen Boden zu stellen.⁵

In der Diskussion ersucht Keil noch einmal mit aller Eindringlichkeit, das Kompromiß ab zulehnen und es auf das vollständige Auseinanderfallen der Blockpolitik mit dem Zentrum ankommen zu lassen. Er beruft sich darauf, daß man mit diesen strittigen Bestimmungen die allerschlimmsten Erfahrungen in Württemberg bereits gemacht habe und daß man es dem Reich ersparen solle, dieselben Enttäuschungen zu erleben. Ihm pflichten Hierl und Richard Fischer vollständig bei. Alle übrigen Redner – [Georg] Simon-Augsburg, Dr. Sinzheimer, Katzenstein, Löbe, Frau Pfülf und Hoch sind ebenfalls von dem Kompromiß unbefriedigt oder üben sogar allerschärfste Kritik daran, erklären aber, der ganzen Situation nach, insbesondere noch im Hinblick auf die Steuergesetze, die am günstigsten noch im Bunde mit dem Zentrum abgeschlossen

³ Gestrichen: "den".

⁴ Gegen Eichhorn schwebte ein Strafverfahren wegen seiner Beteiligung an den Januarunruhen. Das Gesuch um die Erteilung der Genehmigung zur "Vollstreckung" des erlassenen Haftbefehls war von der Nationalversammlung am 23. 6. an die Geschäftsordnungskommission "zur Berichterstattung" verwiesen worden. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1143. – Die USPD beantragte am 4. 7. 1919: "Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß das beim Landgericht I in Berlin schwebende Strafverfahren gegen das Mitglied der Nationalversammlung Emil Eichhorn für die Dauer der Sitzungsperiode der Nationalversammlung eingestellt werde." Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 476. Am 8. 7. wurde dieser Antrag auf Verlangen der USPD der Geschäftsordnungskommission überwiesen; ebd., Bd. 327, S. 1375. Zur Anklage gegen Eichhorn vgl. auch Vorwärts Nr. 195 vom 16. 9. 1919; Freiheit Nr. 319 vom 8. 7. und Nr. 323 vom 10. 7. 1919. [Emil] Eichhorn über die Januarereignisse. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium, Berlin 1919.

⁵ Zum Stand der geheim geführten Verhandlungen vgl. Grünthal, S. 56 f.; vgl. auch Nr. 63.

⁶ Gestrichen: "evtl.".

⁷ Keil II, S. 177 geht nur kurz auf den Schulkompromiß ein, ohne Konflikte in Württemberg zu erwähnen.

Fraktionssitzung 5. 7. 1919 63.

werden könnten, es in diesem Augenblick nicht auf einen Kampf ums Ganze mit dem Zentrum ankommen lassen zu wollen.

Die Debatte wird vertagt und soll morgen vormittag um 8 Uhr weitergeführt werden. -

Die Fraktion beschließt dann, den Antrag der Unabhängigen auf Wegfall des Reichspräsidenten abzulehnen.⁸ – Bei den noch kleinen Zweifelsfragen sollen die Mitglieder des Verfassungsausschusses der Fraktion im Plenum schnellstens sagen, wie zu stimmen ist.

63.

5.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Samstag] 5. VII. 19, vormittgs 10 Uhr."

Löbe macht unter Worten des Gedenkens Mitteilung von dem gestern erfolgten Tode des Kollegen Starosson.¹

Für nächste Woche hat der Seniorenkonvent neue Arbeitspositionen getroffen. Der Gang der Verfassungsberatungen macht es notwendig, eine Unterbrechung bei ihnen vorzunehmen und die dringendsten Steuergesetze zunächst zu erledigen. Deshalb soll die 2. Lesung der Verfassung nur noch bis Montag abend den 7.2 fortgesetzt werden und am Dienstag und Mittwoch die erste Lesung der Steuergesetze erfolgen. Am Mittwoch vormittag aber wird wahrscheinlich eine Sitzung nur für das Ratifikationsgesetzeingelegt werden. Für die Steuergesetzgebung will die Fraktion sich mit einer Rednergarni-

⁸ Die USPD beantragte, die Artikel 41-44 der Verfassung in der vom Verfassungsausschuß vorgelegten Form zu streichen und damit das Amt des Reichspräsidenten nicht einzuführen; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 428. Am 5. 7. 1919 verwarf die Mehrheit der Nationalversammlung den USPD-Antrag; ebd., Bd. 327, S. 1327 f.

¹ Franz Starosson, Rostock, geb. 3. 5.1874, seit der Revolution 1918 Staatsminister in Mecklenburg-Schwerin, war wegen Krankheit seit dem 22. 6. 1919 von den Sitzungen der Nationalversammlung beurlaubt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1113, 1318. Sein Nachfolger wurde Wilhelm Kröger, geb. 23. 1.1873 in Bentwisch (Rostock), Parteisekretär der SPD in Rostock; ebd., Bd. 327, S. 1113, 1318, Bd. 328, S. 1884; Reichstagshandbuch 1920, S. 102; vgl. auch Vorwärts Nr. 341 vom 7. 7. 1919.

² Gestrichen: "vorgenommen werden".

³ Die Steuergesetzentwürfe (vgl. Nr. 62, Anm. 2) wurden am 8. und 9.7. 1919 beraten. Für die SPD sprach Keil; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1383 ff.

⁴ Die Gesetzesvorlage über die Ratifikation des Friedensvertrages wurde in 1., 2. und 3. Lesung am 9. 7. 1919 beraten. Für die SPD ergriffen dabei Krätzig und Löbe das Wort. Das Gesetz wurde mit 209 gegen 116 Stimmen gebilligt. Von der SPD-Fraktion stimmte Winnig gegen das Gesetz. Bei der Abstimmung fehlten: Auer, Beims, Bender, Binder, Otto Braun, Deichmann, Endres, Girbig, Haack,

tur begnügen. Von Mittwoch ab sollen drei Tage hintereinander kleinere Gesetze erledigt werden, als da sind: Siedlungsgesetz, Interpellation Meier, eine eilige Besoldungsvorlage und ein eiliges Offizierspensionsgesionsgesetz. Am Montag über 8 Tage soll die 2. Lesung der Verfassung fortgeführt werden, der die dritte sofort angeschlossen wird.⁵

Im Seniorenkonvent hat Fehrenbach Beschwerde über die unsäglich rüden Angriffe der Presse der Rechten auf seine Geschäftsführung und die Vertreter der Friedensunterzeichnung geführt.⁶

In einer kurzen Diskussion über diesen Bericht wurde auf [die] Notwendigkeit der Erledigung auch des Räte-, des Kriegshinterbliebenen-, und eines Tumult-schädengesetz mit der Regierung Rücksprache zu nehmen.⁷ –

Angesichts einer Mitteilung Hierls, daß gestern der Staatenausschuß gegen ein e Stimme die Erhöhung der Getreidepreise um 1/3 beschlossen hat⁸, soll schnellstens in Anwesenheit des Ernährungsministers zur Ernährungs lage Stellung genommen werden⁹; auch der ganze übrige Komplex der Wirtschaftsfragen, die Verschiebung von Heeresgut, die ganze Planwirtschaft sollen behandelt werden. Da durch telefonischen Anruf ermittelt wird, daß augenblicklich unsere Ministerkollegen nicht teilnehmen können¹⁰, wird die Besprechung dieser Fragen auf Montag vertagt. –

Zur Frage einer von den bürgerlichen Parteien beantragten öffentlichen Danksagung der Nationalversammlung an *Hindenburg*¹¹ wird auf Vorschlag Löbes als Stellung der Fraktion beschlossen, daß es bei dem Dank des Reichs-

Heine, Hierl, Joh. Hoffmann, Hue, Jasper, Käppler, Landsberg, Legien, Liebig, Löffler, Lübbring, Mauerer, Pfülf, Reißhaus, Rodemann, Rückert, Schädlich, Schäfer, Scheidemann, Schlicke, Severing, Stelling, Ulrich, Voigt, Wolff; außerdem waren mehrere Abgeordnete krank oder entschuldigt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1408 ff., 1418 und 1423.

⁵ Die Lesung des Reichssiedlungsgesetzentwurfes (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 287) wurde am 9. 7. 1919 vertagt, bereits am 10. 7. erfolgte die Weiterberatung der Verfassung; ebd., Bd. 327, S. 1459 und Bd. 328, S. 1461 ff. Das Offizierspensionsgesetz und die 3. Lesung des Siedlungsgesetzes standen erst am 19. 7. wieder auf der Tagesordnung; ebd., Bd. 328, S. 1733 ff. – Zur Interpellation *Meier* vgl. Nr. 65, bes. Anm. 14.

⁶ Im Plenum kamen diese Vorgänge nicht zur Sprache.

⁷ Am 12. 7. 1919 richtete Heimann eine Anfrage an die Regierung: "Zeitungsmeldungen zufolge hat der Staatenausschuß bereits vor einiger Zeit den Gesetzentwurf betr. Regelung der Haftung für die sog. Tumultschäden verabschiedet. Ein solcher Gesetzentwurf wird von zahlreichen Gemeinden seit langem und mit Ungeduld erwartet, da seine schleunige Einbringung und Verabschiedung für sie eine dringende Notwendigkeit ist. Ich frage an, aus welchen Gründen sich die Einbringung auch jetzt noch verzögert." Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 557. Am 21. 7. legte Reichsinnenminister David der Nationalversammlung den "Entwurf eines Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden" vor; ebd., Anlagen Nr. 643. – Zum "Kriegshinterbliebenengesetz" siehe oben Nr. 60, Anm. 8.

⁸ Vgl. Nr. 64, bes. Anm. 1.

⁹ Gestrichen: "aber".

¹⁰ Um 11 Uhr hatte eine Kabinettssitzung begonnen; Kabinett Bauer, S. 54.

¹¹ Gestrichen: "beschließt die Fraktion".

Fraktionssitzung 7.7.1919 64.

präsidenten und des Reichswehrministers sein Bewenden haben und das Urteil über Hindenburg der Geschichte überlassen bleiben solle. 12

Die dann wieder aufgenommene Debatte über die Schulfrage in der Verfassung führte auch heute noch zu keinem Abschluß. [Heinrich] Schulz, Dr. Quarck und Katzenstein wurden beauftragt, die Verhandlungen mit dem Zentrum weiterzuführen in der Richtung, daß eine gänzliche¹³ Herausnahme der ganzen Grundrechte aus der Verfassung noch das beste ist, da angesichts der Haltung des Zentrums eine Zustimmung der Fraktion zu seinen Vorschlägen noch ganz zweifelhaft ist.¹⁴ –

Am Schlusse gibt Löbe die Namen der Mitglieder bekannt, die während der letzten 11 entscheidenden Sitzungen am häufigsten unentschuldigt gefehlt haben. 15

64.

7.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Montag] 7. VII. 19, abends 9 Uhr."

Die Fraktion nimmt Stellung zu der Absicht der Regierung, die Getreide- und Viehpreise zu erhöhen.¹

Käppler, als Berichterstatter der Wirtschaftskommission, und nach ihm Rob[ert] Schmidt als Ernährungsminister kommen zu dem Schluß, daß eine Erhöhung angesichts der Steigerung aller Produktionsunkosten nicht umgangen werden kann. – In der Diskussion vertritt nur Molkenbuhr den gleichen Standpunkt.² [Georg] Simon-Augsburg, Burgau, König, Panzer, Kenngott, Giebel sprechen sich scharf g e g e n die Erhöhung aus. Ihr könne höchstens dann nähergetreten werden, wenn es zu-

¹² Die OHL beendete offiziell am 3.7. 1919 ihre Tätigkeit. Hindenburg wurde bei seinem Ausscheiden der Dank der Reichsregierung und des Reichswehrministers ausgesprochen; Schulthess 1919 I, S. 281.

¹³ Gestrichen: "Herausgabe".

¹⁴ Vgl. Nr. 61, Anm. 4. – Bei Giesecke, S. 173, werden unter Berufung auf Schulz, Leidensweg, S. 43, als Unterhändler der SPD neben Schulz und Katzenstein Frau Pfülf und Reichsinnenminister David, nicht dagegen Quarck genannt.

¹⁵ Zu der schwachen Besetzung des Plenums siehe auch Stein, S. 195 ff.; ferner Einleitung, S. 2.

¹ Noch am 28. 6. 1919 hatte das Kabinett eine Subventionierung importierter Lebensmittel beschlossen. Am 1. 7. genehmigte das Kabinett den "Entwurf einer Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh", die auf eine durchschnittliche Verteuerung um ca. ein Drittel hinauslief. Nach der Zustimmung des Staatenausschusses wurde die Verordnung am 3. 7. dem Ausschuß für Volkswirtschaft zugeleitet und am 15. 7. 1919 in Kraft gesetzt. Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 891; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 647.

² Gestrichen: "Alle".

gleich gelänge, b e s s e r e s oder m e h r Brot zu liefern und den S c h l e i c h h a n d e l abzuschaffen oder wenigstens nachhaltig einzudämmen. Auch die F r ü h d r u s c h p r ä m i e wurde durchgehend verurteilt. – Die mit der ganzen Frage verknüpften p o l i t i s c h e n Folgeerscheinungen veranlaßten, heute abend noch keine Entscheidung zu treffen. Es soll dahin gewirkt werden, die Frage von der morgigen Tagesordnung des Plenums³ zur Absetzung zu bringen. Dann soll eine erneute Durchbesprechung in einer Fraktionssitzung vorgenommen werden, zu der der Landwirtschaftsminister [Otto] Braun, der Ministerpräsident Bauer und wenn möglich auch andere Kabinettsmitglieder zugezogen werden.⁴

Dann entwickelte **Keil**, der zu der morgigen 1. Les ung der neuen Steuergesetze den Standpunkt der Fraktion vertreten soll, die Grundzüge seiner Rede, die er zu halten gedenkt.⁵ Die Fraktion ist mit der gegebenen Übersicht einverstanden und im übrigen der⁶ Ansicht, die ganze Steuerfrage in einer der nächsten Fraktionssitzungen als Hauptthema zu behandeln.

Sodann bringt Winnig eine vom parlamentarischen Aktionsausschuß für den Osten vorgesehene Aktion zur Sprache, dahin gehend, daß alle Abgeordneten der bedrohten Ostgebiete bei der Ratifikation des Friedens eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Annexion einlegen sollen, um damit die Grundlage zum Betreiben einer Revision des Friedens zu haben. Zugleich sollen alle diese Abgeordneten, auch diejenigen, die bei der letzten entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Friedensvertrages mit Jagestimmt haben, beim Ratifizierungsgesetz mit Nein stimmen. Um es trotzdem nicht zu gefährden, sollen frühere Neinsager aus bürgerlichen Parteien für ein Javotum gewonnen werden. Winnig bittet, dem parlamentarischen Aktionsausschuß nicht im Wegezusein.

Eine Entscheidung wird nicht herbeigeführt. Löbe bemerkt, die Rechtsverwahrung decke sich zwar mit dem Standpunkt, den die Fraktion schon früher und den auch die Regierung eingenommen, aber die Schlußfolgerung, daß nun unsere Abgeordneten, entgegen ihrem früheren Votum, mit N e in stimmen sollen, mache eine eingehende Aussprache¹⁰ notwendig. Sie soll morgen abend vorgenommen werden.¹¹ –

³ Gestrichen: "abzusetzen".

⁴ Am 3. 7. 1919 wurde dieser ganze Fragenkomplex in der Nationalversammlung nicht behandelt; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1376 ff.; vgl. auch Nr. 66, Anm. 1.

⁵ Keil sprach am 8. 7. 1919 im Plenum; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1383; vgl. oben Nr. 63, Anm. 2 und 3.

⁶ Gestrichen: "Meinung" und irrtümlich verbessert: "Absicht".

⁷ Gestrichen: "aller Parteien".

⁸ Gestrichen: "Abg."

⁹ Bei der Debatte am 9. 7. 1919 verlas Winnig eine "Erklärung", mit der die Abgeordneten aus den Ostgebieten "Rechtsverwahrung" gegen den Friedensvertrag einlegten. Winnig stimmte gegen das Gesetz über den Friedensschluß; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1413 und 1423.

¹⁰ Gestrichen: "aus".

¹¹ Siehe Nr. 65.

Zu einem interfraktionellen Beamtenausschuß von 21 Mitgliedern, zu dem wir 8-9 Kollegen stellen können, werden Taubadel, Hellmann, Giebel, Kronen, [Franz] Krüger-Potsdam, Kotzur, Steinkopf, Frau Kähler und Frau Röhl nominiert.¹²

Löbe teilt noch mit, daß Lübbring, Stücklen, Silberschmidt, Hierl und Girbig sich entschuldigt haben und daß ein Antrag eingegangen [ist], auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen den Fraktionszwang zu setzen.

12 Es handelte sich dabei offenkundig nicht um einen förmlich eingesetzten Ausschuß der Nationalversammlung, sondern eine informelle Kommission. Vgl. die Rede von Steinkopf (SPD) am 17. 7. 1919. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1632.

65.

8.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 8. VII. 19, abends 8 Uhr."

Die Fraktion nimmt Stellung [zu] dem im morgigen Plenum zu verabschiedenden Gesetz über die Ratifikation des Friedens und kommt nach längeren Debatten zu folgenden Entschlüssen:

- 1. Sie billigt das Gesetz und motiviert ihre Zustimmung in einer Erklärung, deren Wortlaut Gegenstand der heutigen Debatte gewesen ist und die im morgigen Plenum von Krätzig verlesen werden soll.¹
- 2. Sie gibt den² Kollegen der bedrohten Ostgebiete sowie Schleswig-Holsteinsfrei, sich einer von den Abgeordneten sämtlicher Parteien dieser Gebiete beabsichtigten besonderen³ interfraktionellen Rechtsverwahrung gegen die Annexion anzuschließen, ohne daß jedoch damit unsern Kollegen aufgegeben wird, gegen die Ratifikation zu stimmen. Die beabsichtigten Erklärungen, die von Winnig und Kürbis verlesen wurden, sollen unter Berücksichtigung der heute abend geäußerten Beanstandungen im Einvernehmen mit dem Minister Hermann Müller noch einer Redaktion unterzogen werden.⁴

¹ Krätzig sprach am 9. 7. 1919 im Plenum; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1408.

² Gestrichen: "Abgeordneten".

³ Gestrichen: "Rechtsverwahrung".

⁴ Winnig gab die Erklärung für die Abgeordneten aus Ost- und Westpreußen, Posen, Ober- und Mittelschlesien ab. – Für die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein legte der DDP-Abgeordnete Felix Waldstein "Rechtsverwahrung ein gegen die Verletzung unveräußerlicher Rechte der deutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein" durch den Friedensvertrag. Sten. Ber., Bd. 327, S. 1413 f.

3. Eine von Prof. Schulze-Gävernitz nachgesuchte Ermächtigung⁵, eine Erklärung, die ebenfalls im Wortlaut vorliegt, im Namen aller Parteien für die Elsaß-Lothringerabgeben zu können, wird abgelehnt.⁶

Zur Steuerfrage billigt die Fraktion einen von Dr. [Adolf] Braun ausgearbeiteten Initiativantrag zu einem Steuergesetz über Zins- und Dividen den zahlungen, der morgen im Plenum zur ersten Lesung gestellt werden soll.⁸

Es werden zwei S t e u e r k o m m i s s i o n e n bestimmt, von denen die erste sich vornehmlich mit den Vermögenssteuern, die zweite sich⁹ mit den Steuern anderer Art befassen soll. In die erste werden Katzenstein, Dr. [Adolf] Braun, Keil, Krätzig, Heimann, Hasenzahl, Kahmann, Röhle, Dröner, Frau Simon, Frau Pfülf, Brey, Panzer, Gruber, Jungnickel, in die zweite Sollmann, Quarck, Beims, Davidsohn, Stock, Thöne, [Georg] Simon-Augsburg, Kenngott, Frau Lodahl, Stelling, Taubadel, Riedmiller, Steinmayer, König, Schlüter hineingewählt.¹⁰

Die noch nicht zur Entscheidung gebrachte Getreidepreisfrage, die Schulfrage und die Frage der Wissellschen Planwirtschaft werden infolge der späten Abendstunden auf die nächsten Sitzungen vertagt. Der Vorstand soll dem Genossen Wissell mitteilen, daß er nicht etwa den Schritt seiner Amtsniederlegung unternehmen möge, bevor seine Angelegenheit in der Fraktion zur Sprache gebracht worden ist. 11

Hildenbrand berichtet über Mitteilungen Fehrenbachs, wonach die Österreicher glauben, daß durch den Friedensvertrag der Anschluß Österreichs an Deutschland nicht unterbunden werde. Es solle deshalb ein Aktionsausschuß zur Propaganda für diesen Anschluß geschaffen werden. Die Fraktion ist ein-

⁵ Gestrichen: "zur Abgabe".

⁶ Zu Elsaß-Lothringen äußerte sich in der Sitzung vom 9. 7. 1919 nur Reichstagspräsident Fehrenbach, indem er sich "namens der Elsaß-Lothringer" den Protesten der Vertreter anderer bedrohter Gebiete anschloß; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1414 f.

⁷ Gestrichen: "die".

⁸ Der am 9. 7. 1919 von der SPD-Fraktion eingebrachte "Entwurf eines Gesetzes über die Zins- und Dividendenzahlung inländischer Reichs-, Staats-, Kreis- und Gemeindeanleihen, Aktien, Kuxe, Pfandbriefe und sonstiger börsenfähiger Schuldverschreibungen und Inhaberpapiere" sah vor, daß Zinsen, Dividendenscheine usw. "nur von den Schuldnern" und deren Beauftragten eingelöst werden durften und ausländische Zahlungsstellen nicht zur Einlösung berechtigt waren. Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 523, Bd. 327, S. 1425.

⁹ Gestrichen: "hauptsächlich".

¹⁰ Diese Fraktionsausschüsse entsprachen in der Sache in etwa den am 10. 7. 1919 von der Nationalversammlung eingesetzten drei Steuerausschüssen, von denen sich der 1. mit den Gesetzentwürfen über eine außerordentliche Kriegsabgabe, eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und ein Erbschaftssteuergesetz, der 2. mit der Grundwechselsteuer und den Rayonsteuergesetzen, der 3. sich mit den Vorlagen zur Vergnügens-, Zucker-, Tabak-, Zündwaren- und Spielkartensteuer befaßte; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1461 f.

¹¹ Siehe Nr. 66-70.

verstanden, drei Genossen in diesen Ausschuß zu entsenden und überläßt ihre Wahl dem Fraktionsvorstand.¹²

Es wird noch einmal die Säumigkeit vieler Mitglieder in der¹³ Anwohnung der Verhandlungen gerügt, die sich auch wieder bei der 2. Lesung der Verfassung gezeigt hat.

Eine Beschwerde Meiers über die a bermalige Vertagung seiner sozialpolitischen Interpellation wird durch aufklärende Bemerkungen Bauers und Löbes berichtigt.¹⁴

66.

9.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 9. VII. 19, abends 9 1/2 Uhr."

Die mit auf der Tagesordnung stehende Beratung des § 18 der Verfassung, die Autonomiebestrebungen betreffend, [wird abgesetzt], da dieser Punkt voraussichtlich morgen oder übermorgen noch nicht im Plenum zur Beratung kommt. Im Zusammenhang mit der Gesamtdebatte soll dann ein von Löbe verlesenes Telegramm der preußischen nes voraussichen Fraktion behandelt [werden], das Protest erhebt gegen eine Autonomisierung einzelner preußischer Landesteile ohne Zustimmung des Preußenparlaments.²

In der Frage der G e t r e i d e p r e i s e gibt Löbe zu bedenken, ob eine so wichtige Sache nur durch den Wirtschaftsausschuß entschieden werden könne, oder ob nicht

¹² Zum Zusammenhang vgl. Susanne Miller, Das Ringen um die "einzige großdeutsche Republik". Die Sozialdemokratie in Österreich und im Deutschen Reich zur Anschlußfrage 1918/19, in: Archiv für Sozialgeschichte, XI. Bd., 1971, S. 1–67.

¹³ Gestrichen: "Teil".

¹⁴ Sie war als "Interpellation Auer und Genossen, betreffend die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger" schon am 11.6. eingebracht worden und kam erst am 14.7. 1919 im Plenum zur Verhandlung. Begründet wurde sie von Meier. Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 356 und Bd. 328, S. 1535 f.

¹ Die Beratung des Art. 18 (Gliederung des Reichs) war auf Antrag der Zentrumsfraktion am 3. 7. 1919 abgesetzt worden, um das Ergebnis von Unterhandlungen von SPD, Zentrum und DDP abzuwarten; vgl. auch Nr. 72, bes. Anm. 8. Zum Zusammenhang mit den Beratungen über den Schulkompromiß siehe Grünthal, S. 56 f.

² Der Protest stand im Zusammenhang mit dem Beschluß der Preußischen Staatsregierung vom 12.7. 1919, einen Gesetzentwurf über Autonomierechte für die Provinzen vorzulegen. Die Landesversammlung behandelte die Gesetzesvorlage am 16.7. 1919 und überwies sie in die Ausschußberatung. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 298.

vielmehr die Gründe des Für und Wider in aller Öffentlichkeit erörtert werden müßten und ein Weg gesucht werden müsse, die Sache aus dem Wirtschaftsausschuß heraus und ans Plenum zu bringen.³

Es werden im Laufe der Diskussion folgende drei Vorschläge in Betracht gezogen:

- 1. die Wirtschaftskammer⁴ zu ersuchen, die Sache abzusetzen, mit dem Vorbehalt, daß sie in der in den nächsten Tagen zu erwartenden Programmerk lärung der Regierung eine besondere Berücksichtigung erfährt etwa durch eine Inbetrachtziehung der Monopolisierung des Getreidehandels oder neuer Staatszuschüsse zu den Getreidepreisen;
- 2. die Wirtschaftskommission zu ersuchen, die Sache abzusetzen, damit die Fraktion sie durch eine Interpellation behandele;
- 3. die Sache in der Wirtschaftskommission durch eine Ablehnung zu erledigen⁵; für die das Zentrum gewonnen werden soll.

Der dritte Vorschlag wird angenommen, wodurch die beiden ersten erledigt waren.

Die Ablehnung soll geschehen in dem Sinne, 1. daß die Sache in der Programmerklärung der Regierung behandelt werden soll; 2. daß sie kein Mißtrauensvotum gegen den Genossen R[obert] Schmidt darstelle. Es wurde ihm vielmehr ausdrücklich für seine Gesamtamtsführung das Vertrauen ausgesprochen.⁶ –

³ Zur Getreidepreisproblematik vgl. Nr. 64, Anm. 1. – Auf Grund des Gesetzes "über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft. Vom 17. April 1919" (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 394) konnte die Reichsregierung mit Zustimmung des Staatenausschusses und eines 28köpfigen Ausschusses der Nationalversammlung "gesetzliche Maßnahmen anordnen, welche sich zur Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig und dringend" erwiesen. – In der Sitzung vom 23. 6. 1919 übertrug die Nationalversammlung ihrem Ausschuß für Volkswirtschaft diese Aufgabe; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1142.

⁴ Offenkundiger Schreibfehler: gemeint ist der Ausschuß für Volkswirtschaft, vgl. Anm. 3.

⁵ Gestrichen: "die aber nicht".

⁶ Die Regierungserklärung wurde von Bauer erst am 23.7. 1919 abgegeben; zu der Verzögerung vgl. Vorwärts Nr. 345 vom 9.7. 1919. Bauer ging nicht direkt auf die Getreidepreisproblematik ein, sagte aber zu den Zielen der Regierung in der Preispolitik: "Neben den Löhnen klettern die Preise im gleichen Tempo und sinkt die Kaufkraft des im Übermaß gedruckten Papiergeldes. Das Ende dieser Entwicklung wäre eine Assignatenwirtschaft mit nachfolgendem Bankrott. (Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten). Es muß also eine Senkung der Preise eintreten und die [er]hoffen wir von unserem Wirtschaftsprogramm"; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1849.

Fraktionssitzung 10.7.1919 67.

Löbe verliest ein Schreiben Wissells, daß gestern abend das Kabinett die Plan-wirtschaft abgelehnt habe. Wissell ersucht um Anberaumung einer Fraktionssitzung, um nach der Aussprache sein weiteres Verhalten einzurichten. – Diese Sitzung wird auf morgen abend anberaumt.⁷

7 Die Vorgänge um die entscheidende Kabinettssitzung vom 8. 7. 1919 über das Wirtschaftsprogramm Wissells, wie es in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. 5. dargelegt wurde, Wissells Aufzeichnungen "Zur Frage der Wirtschaftspolitik" vom 7. 7. und der Entwurf einer Erklärung der Reichsregierung auf die Interpellation Arnstadt vom 7. 7. 1919 sind dokumentiert in Kabinett Scheidemann, S. 272 ff.; Kabinett Bauer, S. 82 ff., 87 ff., 91 ff. Am Schluß der Sitzung stellte Bauer fest, "daß die Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums von keinem Mitglied der Regierung außer dem Wirtschaftsminister selbst gebilligt werde"; ebd., S. 92; vgl. auch S. 96. Weitere Abdrucke der maßgebenden Schriftstücke bei Rudolf Wissell, Praktische Wirtschaftspolitik. Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatigen Wirtschaftsführung, Berlin 1919, S. 124 ff., 129 ff. – Zum Inhalt der Kontroversen ferner Nr. 67 und die dort in Anm. 1 genannte Literatur.

67.

10.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: Sitzung vom [Donnerstag] 10. VII. 19, abends 9 Uhr."

Über die Frage der Planwirtschaftsminister Wissell. Die Grundzüge seines Wirtschaftsnett referiert Reichswirtschaftsminister Wissell. Die Grundzüge seines Wirtschaftsplans sind in einer vervielfältigten Ausarbeitung aus den letzten Tagen und in einem Artikel [in] "Plutus" vom 4. Juni allen anwesenden Fraktionsmitgliedern zugängig gemacht worden. — Wissell kommt zu dem Schluß, daß bei dem zwischen ihm und dem Kabinett bestehenden Widerstreit der Meinungen kein anderer Ausweg bleibe, als daß er aus dem Kabinett austrete.¹

Ministerpräsident Bauer legt dar, wie die Regierung eine weitgehende Vollsozialisierung einzelner Industriezweige beabsichtige, daß also die Parteigenossen² im Kabinett keineswegs Gegner einer Sozialisierung sind und die Privatwirt-

¹ Georg Bernhard veröffentlichte in seiner Zeitschrift "Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen", Heft 2/24 vom 4. 6. 1919 die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, die Wissell am 7. 5. dem Kabinett vorgelegt hatte; abgedr. in Kabinett Scheidemann, S. 272 ff. – Zu den Auseinandersetzungen um Wissells Wirtschaftsprogramm im Frühsommer 1919 vgl. Eckhard Biechele, Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister R. Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik, Phil. Diss., Berlin 1973, bes. S. 180 ff. und 196 ff.; Hans Schieck, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Phil. Diss. (Masch.), Heidelberg 1958, bes. S. 160 ff., sowie die bei Winkler, S. 194 ff. angeführten Quellen- und Literaturangaben; ferner die Belege in Nr. 66, Anm. 7.

² Gestrichen: "keineswegs".

68. 11.7.1919 Fraktionssitzung

schaft stärken wollen. Sie glauben, daß sie mit ihr en Bestrebungen viel mehr im Sinne des sozialdemokratischen Programms handeln und der Arbeiterschaft dienen, als dies mit den Wissellschen Vorschlägen der Fall ist.³

Minister David verbreitet sich darüber insbesondere, daß das Kabinett nicht nur aus sachlich en Gründen den Wissellschen Plänen widerspreche, sondern vor allem auch aus der Erwägung heraus, daß das Arbeiterrätegesetz mit seinem Reichsarb eiterrätegesetz mit seinem Reichsarb eiterrätegesetz mit seinem Reichsarb eiterrationen Wirtschaftspläne zu organisieren und sie hauptsächlich mit durchzuführen. Daß ferner eine Mehrheitsregierung sei, um solche weitgehenden Wirtschaftspläne zu organisieren und sie hauptsächlich mit durchzuführen. Daß ferner eine Mehrheitsregierung auf dem Boden des Wissellschen Programms nicht zustande käme, da keine andere Partei sich ihm anschließen würde, daß es also nach Auffassung des Kabinetts nicht nur in ein wirtschaftliches, sondern auch in ein politisches Chaos führe, das niemand verantworten könne.⁴

Die anfolgenden Diskussionsredner Sinzheimer, Osterroth, Katzenstein, [Franz] Krüger-Potsdam und Hoch fanden im Gegensatz zu Bauer und David in vielen Ausführungen Wissells einen berechtigten Kern. Sie plädieren daher für einen Mittelweg und halten eine Verständigung bei den beiderseitigen Auffassungen auch durchaus für möglich. –

Um ½ 12 Uhr abends wird die Debatte auf morgen abend vertagt. Bis dahin soll der Vorstand in vermittelndem Sinne mit Wissell Rücksprache genommen haben, da allerseits großer Wert auf sein Verbleiben im Amt gelegt wird.⁶

68.

11.7.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom 11. VII. 19, morgens 8 Uhr."

Die Sitzung ist einberufen, um zu einer Entscheidung über das Schulkompromiß zu gelangen.

Heinrich Schulz legt als Berichterstatter dar, wie die Unterhandlungen mit dem Zentrum jetzt bis zu einem Stadium gekommen [seien], wo ein weiteres Verhandeln keinen Zweck mehr habe. Es handele sich jetzt um ein Ja oder Nein. Zu bedenken

³ Zu Bauers Haltung zum Wissellschen Gemeinwirtschaftsprogramm vgl. u. a. Kabinett Bauer, S. 79 (Schreiben Wissells vom 6. 7. 1919) und S. 93 ff. (Kabinettssitzung 8. 7. 1919), sowie Sten. Ber., Bd. 328, S. 1712 (Regierungserklärung Bauers vom 23. 7. 1919).

⁴ Für Davids Einstellung vgl. seine Ausführungen in der Kabinettssitzung vom 8. 7. 1919 – Kabinett Bauer, S. 94 und 96 – sowie auf dem SPD-Parteitag 1919, S. 374 ff. David bezog sich in seinen Äußerungen vor der Fraktion auf den am 1. 7. vorgelegten zweiten Referentenentwurf eines Betriebsrätegesetzes und den Entwurf des Gesetzes zur Ergänzung des Art. 34 der Verfassung; ebd., S. 129, bes. Anm. 1, vgl. auch S. 178.

⁵ Gestrichen: "vom".

⁶ Vgl. Nr. 69.

sei dabei, daß es sich auch bei diesem Schulkompromiß um eine politischen Situation beurteilt werden müsse.

Sachlich seien jetzt zwei wesentliche Änderungen und Erleichterungen bei den umstrittenen Punkten erreicht worden: 1. Im Artikel 146 ist der Satz: "Gegen den Willen des Erziehungs-Berechtigten darf kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden" umgeändert worden in die positive Fassung: "Die Teilnahme der Kinder am [...] bedarf der Zustimmung der Erziehungsberechtigten". Damit sei der fakultative Charakter des Religions-Unterrichts in ganz unzweideutiger Form ausgesprochen.²

Die zweite Verbesserung besteht darin, daß die Fassung, daß die künftige Regelung der Schulverhältnisse der Reichsschulge setzgebung überlassen bleibt³, umgeändert ist, so daß sich diese Sperre lediglich auf die Konfessionsschulen ich te bezieht. Alle anderen Fragen der Schulentwicklung werden dadurch nicht berührt, so daß der fortschrittlichen Initiative der Einzelstaaten keine Grenze gezogen ist.⁴

In der Privatschulfrage ist es nicht gelungen, eine besondere Verbesserung herbeizuführen. Die Bestimmung lautet jetzt, daß Privatschulen in der Regelzuzulassen sind. Aber sie müssen nicht zugelassen werden. In dem Falle jedoch ist die Genehmigung zu erteilen, wo für eine zu berücksichtigende Minderheit in einer Gemeinde eine öffentlich-rechtliche Konfessionsschule nicht besteht.⁵

Schulz warnt davor, sich durch das demagogische Pressegeschrei der Demokraten⁶ beeinflussen zu lassen⁷, die durch ihr jetziges Verhalten in der Schulpolitik nur einen Keil zwischen Zentrum und Sozialdemokraten treiben [wollen]⁸, da sie⁹ mit ihrer ganzen Steuerpolitik und ihren wirtschaftspolitischen Absichten eine den Demokraten sehr unangenehme Koalition bilden.¹⁰

¹ In der Vorlage des Verfassungsausschusses hieß es leicht abweichend: es dürfe kein "Schüler zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern oder Handlungen gezwungen werden"; Sten. Ber., Bd. 336, Anlagen Nr. 391, Verfassungsausschuß, S. 13.

² Im Schulkompromiß vom 15. 7. 1919 wurde Art. 146 abgeändert in: "Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtung bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten überlassen." Abänderungsantrag Zentrum-SPD, Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 536.

³ Gestrichen: "dahin".

⁴ Bezieht sich auf den Art. 143 Abs. 2; vgl. Giesecke, S. 173, dort irrtümlich als Art. 134 Abs. 2 und so bei Albertin, Liberalismus, S. 290, übernommen.

⁵ Bezieht sich auf Art. 144 der Ausschußfassung.

⁶ Gestrichen: "Konservativen".

⁷ Gestrichen: "Die Demokraten".

⁸ Im Original fälschlich "will".

⁹ Gestrichen: "und".

¹⁰ Vgl. dazu den ähnlich gehaltenen Leitartikel von Heinrich Schulz "Eine politische Notwendigkeit" im Vorwärts Nr. 349 vom 11. 7. 1919. Zur Haltung der DDP vgl. Albertin, Liberalismus, S. 290 f.

Kultusminister Haenisch¹¹ betont ebenfalls, daß es sich hier keineswegs nur um eine schulpolitische, sondern um eine allgemeinpolitische Frage allerersten Ranges handele. Komme in¹² dieser Situation ein einigermaßen annehmbares Kompromiß zustande, so sei anzuraten, darauf einzugehen. *Haenisch* hält aber das bis jetzt zustande gekommene Kompromiß nicht für zufriedenstellend. Er hat es der Preußen fraktion vorgetragen, aber sie ist ein mütig zur Ablehnung gekommen. Dazu habe zweifellos die schroffe Stellungnahme beigetragen, die das preußische Zentrum unserer Fraktion¹³ [gegeben hat].

Der einzige Ausweg wäre, da mit den Demokraten keine anständige Steuer- und Wirtschaftspolitik zu machen ist, und mit den Unabhängigen erst recht nicht, noch ein mal den Versuch zu machen, die ganzen Grundrechte aus der Verfassung herauszulassen.

[Johannes] Hoffmann-Pfalz verwirft mit aller Schärfe das Kompromiß, das er als die Festlegung einer Schulpolitik ansieht, die hinter das Jahr 1914 zurückgehe und der die Fraktion unter keinen Umständen zustimmen könne. Eher müsse sie alle Konsequenzen eines Bruchs mit dem Zentrum auf sich nehmen.

Burgau und Panzer stimmen Hoffmann zu, wogegen Dr. David sich eindringlich gegen diese Auffassungen wendet. Durch das Kompromiß werde festgesetzt die Freiwilligkeit des Religions-Unterrichts für den Lehrer wie für den Schüler. Das sei das Entscheidende. Damit sei der Boden gegeben, auf dem im geistigen Kampfe der Klerikalismus überwunden werden könne.

Da inzwischen bereits die Plenarsitzung begonnen hat, wird die Fraktionssitzung aufgehoben, wiederum ohne eine Entscheidung getroffen zu haben.

¹¹ Über die Haltung des preußischen Kultusministers Konrad Haenisch (im Original "Hänisch") und der preußischen Landtagsfraktion der SPD zum Schulkompromiß vgl. Grünthal, S. 67 ff.

¹² Gestrichen: "einer".

¹³ Im Original bricht der Satz an dieser Stelle ab. - Die preußische Zentrumsfraktion hatte in Erklärungen, die sie am 3. 7. 1919 zum Gesetzentwurf über die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht abgab und ähnlich bei der ersten Beratung des Gesetzes über eine veränderte "Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen" wiederholte, mit scharfen Worten gegen die "Vergewaltigung der katholischen Minderheit" protestiert und die dringliche Erwartung auf ein Entgegenkommen der SPD ausgedrückt; vgl. Giesecke, S. 169 ff.; desgleichen den Vorwärts-Bericht vom 9. 7. 1919 (Nr. 346) über eine geplante Kabinettssitzung: "Außerdem werden Fragen der Kultur- und Schulpolitik geklärt werden. Zwischen unseren Vertretern in der Reichsregierung und der preußischen Regierung hatten sich gewisse Meinungsverschiedenheiten entwickelt, die ihren Ursprung in der veränderten Zusammensetzung der Reichsregierung hatten. Nach dem Ausscheiden der Demokraten stellte das Zentrum als einzige bürgerliche Partei in der Regierung erhöhte Ansprüche; über das Maß des Entgegenkommens waren unsere Genossen in der Reichsregierung und der preußischen Regierung geteilter Ansicht. Wie wir hören, sind jedoch diese Meinungsverschiedenheiten auf dem besten Wege überbrückt zu werden. Die Frage wird erschwert durch die hier schon gekennzeichnete Erpresserpolitik des Zentrums, das namentlich auch mit einem schlechten Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien droht, wenn seine Wünsche nicht verwirklicht werden." Siehe dazu das bei Grünthal, S. 58 erwähnte Schreiben Haenischs an Reichskanzler Bauer vom 14, 7, 1919, BA Koblenz R 43/I 1863.

69.

11. 7. 1919, abends: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 11. VII. 19, abends 7 1/2 Uhr."

[Richard] Schmidt-Meißen macht Mitteilung über eine Wahlprüfung, die morgen im Hause zur Entscheidung kommt und an der unsere Fraktion beteiligt ist. Es handelt sich darum, ob die telegraphische Erklärung in Kandidatenfragen (bei der Wahl) der schriftlichen gleichgestellt werden soll. Schmidt empfiehlt die Zustimmung zu dieser Gleichstellung. Die Fraktion erklärt sich für seinen Vorschlag.

Die gestrige Besprechung über die Planwirtschaft und das Verhalten des Kabinetts wird fortgesetzt. Wissell hat sich durch Krankheit entschuldigen lassen, an der Sitzung teilzunehmen.

Löbe hat sich heute, dem gestrigen Fraktionsbeschluß gemäß, eingehend bemüht, mit Wissell und dem Kabinett eine Verständigung zu erzielen. Es hat sich ergeben, daß Wissell es a b l e h n t, im R e i c h s w i r t s c h a f t s m i n i s t e r i u m zu verbleiben, aber unter gewissen Bedingungen das A r b e i t s m i n i s t e r i u m zu übernehmen geneigt wäre. Die Versuche, einen Wechsel der Posten herbeizuführen, haben sich aber dann später zerschlagen, vor allem, weil Schlicke nicht damit einverstanden war. Ferner hat Wissell Bedingungen aufgestellt, von deren Annahme² er sein Verbleiben in ³ der Regierung abhängig macht. Außerdem hat er einen Entwurf zur⁴ Beantwortung der Interpellation Arnstadt angefertigt⁵, dessen Annahme er ebenfalls zur Voraussetzung seines Bleibens macht. Diese Bedingungen stellen das letzte Wort Wissells dar, von dem er nicht abhandeln lasse.⁶

¹ Im 10. Wahlkreis (Oppeln) hatte die USPD (Liste Lichtenstein) mit der SPD (Liste Hörsing) eine Wahlverbindung eingehen wollen, dies aber telegraphisch dem Wahlkommissar mitgeteilt. Der Wahlkommissar hatte die Verbindung für unzulässig erklärt, weil die erforderliche s.c. h.r. i.f.t.l.i.c. h.e. Erklärung nicht vorgelegen habe. Dadurch hatte das Zentrum einen achten Kandidaten im Wahlkreis durchbringen können. Der Ausschuß für Wahlprüfungen schlug vor, die Berufung des achten Bewerbers der Liste Ulitzka (Zentrum), Kubetzko, für ungültig zu erklären und eine Entschließung anzunehmen, in der es hieß: "Als schriftliche Erklärung über die Verbindung von Wahlvorschlägen im Sinne des § 12 der Verordnung über die Wahlen vom 30. November 1918 gilt auch die telegraphische Erklärung." Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 258. Die Nationalversammlung nahm den Antrag des Wahlprüfungsausschusses an und an Stelle des Zentrumsabgeordneten Kubetzko zog der SPD-Abgeordnete Okonsky (Redakteur in Breslau) in die Nationalversammlung ein; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1514.

² Gestrichen: "der".

³ Gestrichen: "Kabi[nett]".

⁴ Gestrichen: "An[twort]".

⁵ Gestrichen: "von".

⁶ Siehe den "Entwurf einer Erklärung der Reichsregierung auf die Interpellation Arnstadt und Genossen [7. Juli 1919]", abgedr. in Kabinett Bauer, S. 87 ff.; sowie Wissells Aufzeichnung "Zur Frage der Wirtschaftspolitik" vom 7. 7. 1919; ebd., S. 82 ff., mit der er sein "Verbleiben im Kabinett von einer Entscheidung im Sinne" seiner Vorschläge abhängig machte.

69. 11.7.1919 Fraktionssitzung

In der Diskussion, in der einheitlich die Auffassung vorherrschte, daß die Form, in der Wissell seine Sache jetzt weiter vertritt, eine Einigung nicht mehr gut möglich macht, nahmen Dr. Quarck, Löbe, Davidsohn, Krätzig, Otto Braun, Wels und Bauer das Wort. Besonders Krätzig machte sehr eingehende fachliche Ausführungen aus der Textilindustrie in dem Sinne, daß das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft durch die Wissellschen Pläne sehr gehindert werde.⁸

Nachdem durch einen Schlußantrag die Debatte zu Ende gekommen, stellte Löbe vor der sachlichen Entscheidung nochmals fest, daß die Initiative, Wissell zum Bleiben zu bewegen, von der Fraktion ausgegangen, so daß man in keiner Weise sagen könne, daß Wissell sich um sein Bleiben bemüht habe.

Dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett wird die Besetzung des Amtes Wissells überlassen. Die Fraktion erwartet von ihnen, daß ihr weitere Mitteilungen gemacht werden.

Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen.9

Sodann¹⁰ entspann sich noch eine Diskussion über einen neuen Konflikt in der Schulfrage, der sich nach Mitteilung Löbes dadurch ergebe, daß unser Fraktionsredner Quarck sich im heutigen Plenum plötzlich für die Absetzung der Grundrechte aus der Verfassung ausgesprochen, worin das Zentrum eine Kriegserklärung zu erblicken scheint. ¹¹ – Die Fraktionsdebatte ergibt, daß eine feindliche Absicht unsererseits gegen das Zentrum nicht vorlag und das Mißverständnis von der Meldung ausging, daß die Deutschnationalen eine Absetzung der Grundrechte beantragen wollten. Man hofft, durch Verhandlungen mit dem Zentrum die Spannung zu beseitigen.

⁷ Gestrichen: "Wissell".

⁸ Hermann Krätzig, früher Redakteur des Textilarbeiter, des Fachorgans des Textilarbeiterverbandes, war im Oktober 1918 in die Reichsstelle für die Textilindustrie berufen und später zu deren stellvertretendem Vorsitzenden ernannt worden; Handbuch Nationalversammlung, S. 201 f. – Zu Vorbehalten gegen Wissells Pläne aus Gewerkschaftskreisen vgl. auch Hans Staudinger, Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und Preußen 1889 bis 1934, hrsg. und eingel. von Hagen Schulze, Bonn 1982, S. 27.

⁹ Vgl. den Artikel "Der Rücktritt Wissells" im *Vorwärts* Nr. 353 vom 12. 7., sowie *Wissells* Darstellung in seinem Rücktrittsgesuch an den Reichspräsidenten vom 12. 7. 1919, in: Kabinett Bauer, S. 102 ff., das "Ergebnis" der Stellungnahme der Fraktion am 10. und 11. 7. sei "kein solches, das ich mit meiner Überzeugung vereinbaren könnte, noch weiter das Reichswirtschaftsministerium zu leiten".

¹⁰ Vor "Sodann" gestrichen: "Sodann macht Löbe Mitteilung".

¹¹ Quarck hatte am 11.7. 1919 im Plenum ausgeführt: "Ich möchte deshalb im Anschluß an den Herrn Reichskommissar, Reichsminister Dr. Preuß, die Anregung unterstützen, die Grundrechte heute zurückzustellen"; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1505.

Fraktionssitzung 14.7.1919 70.

70.

14.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Montag] 14. VII. 19, abends 7 1/2 Uhr."

Löbe macht Mitteilung über den vorgesehenen Gang der Geschäfte des Plenums, ferner, daß Wissell sein Amt niedergelegt hat, daß Versuche, einen Genossen aus der Hamburger Produktion als Leiter des Reichswirtschaftsamtes zu bekommen, gescheitert sind und daß R[obert] Schmidt vorläufig das Amt mitverwaltet.¹

In eine zu bildende K a l i k o m m i s s i o n werden als Fraktionsvertreter die Kollegen Sachse, Brey, Osterroth, Reißhaus, Bender, Pokorny, Silberschmidt, Hue, Löffler, Thiele und Giebel gewählt.²

Sodann wird über die Schulfrage entschieden, bezüglich der die mit dem Zentrum geführten Verhandlungen in den letzten Tagen zu einem solchen Resultat gekommen sind, daß die drei Unterhändler der Fraktion nun übereinstimmend vorschlagen, dem Kompromiß zuzustimmen und die Anträge unter den Stichnamen Löbe-Gröber und versehen mit sämtlichen Unterschriften des Zentrums und³ unserer Fraktion einzubringen.⁴

I Nach Wissells Rücktritt (vgl. Nr. 69, Anm. 9) war Reichsernährungsminister Robert Schmidt mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums betraut worden; seine Ernennung zum Reichswirtschaftsminister erfolgte am 15. 7. 1919; BA Koblenz R 43/1 926; vgl. Kabinett Bauer, S. 120, Anm. 19. – Mit dem "Genossen aus der Hamburger Produktion" ist möglicherweise Heinrich Kaufmann, der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Sitz Hamburg, gemeint, der gleichzeitig dem Aufsichtsrat der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften und dem Vorstand der "Volksfürsorge" angehörte. Der frühere Staatssekretär August Müller gehörte zu Kaufmanns Schülern in der Genossenschaftsbewegung. Zu seiner Biographie vgl. Osterroth, S. 155 f.

² In Art. 1, Punkt 2 des Gesetzes "über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 24. April 1919" (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 413) war ein von der Nationalversammlung einzusetzender 28köpfiger Ausschuß vorgesehen, der beim Erlaß von Ausführungsvorschriften seine Zustimmung geben mußte. Wann dieser Ausschuß vom Plenum bestellt wurde, ist in den Protokollen nicht vermerkt. In der Sitzung vom 18. 8. 1919 ergriff der Abgeordnete Franz Behrens (DNVP) "als stellvertretender Vorsitzender des Kaliausschusses" das Wort und bat, eine Vorlage über "Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 18. Juni 1919" dem Kaliausschuß zu überweisen; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2583 f. Demnach dürfte die Kommission zwischen dem 15. und 17. 8. 1919 gebildet worden sein; vgl. auch Nr. 84, Anm. 5.

³ Gestrichen: "der".

⁴ Die von SPD-Fraktion und Zentrumsfraktion am 15. 7. 1919 gemeinsam eingebrachten Abänderungsvorschläge, der sogenannte erste Schulkompromiß, betrafen eine geänderte Fassung des Art. 143 Abs. 2 und 3, Art. 144, Art. 145 Abs. 1, 3 und 4 und Art. 146 Abs. 1–3; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 566. Die Änderungen wurden in der 2. Lesung gebilligt. Bei der Abstimmung verließ eine größere Zahl von Abgeordneten der SPD den Plenarsaal. Vgl. dazu die Gegenüberstellung der Vorlage des Verfassungsausschusses und der Fassung nach der 2. Lesung im Plenum; ebd., Nr. 656, S. 430 f.; vgl. auch "Die Schulfrage in Weimar" im Vorwärts Nr. 352 vom 12. 7. und den Leitartikel des Vorwärts "Das Schulkompromiß" in Nr. 356 vom 15. 7. 1919; Grünthal, S. 59 f.; Morsey, S. 213; Giesecke, S. 173; Anton Rheinländer, Zentrum und Schulpolitik seit Weimar, Berlin 1924, S. 13; vgl. auch Anm. 6.

71. 15. 7. 1919 Fraktionssitzung

In der Diskussion, an der sich Dr. Quarck, Katzenstein, [Johannes] Hoffmann-Pfalz, [Richard] Fischer-Berlin, Sollmann, Obermeyer, [Richard] Schmidt-Meißen beteiligten, wichen⁵ die Meinungen über den Wert des Kompromisses voneinander ab; aber nur *Thiele* und *Hoffmann* und bedingt noch *Schmidt*-Meißen kamen zu der Empfehlung, es zu verwerfen.

In der Abstimmung wurde es mit 35 gegen 25 Stimmen angenommen.⁶

Der⁷ Vorstand behielt sich vor, zu dieser schwachen Beteiligung bei einer so wichtigen Frage noch Stellung zu nehmen.

In einer⁸ Wahlprüfungsangelegenheit, bei der es sich darum handelt, daß 58 000 Wähler mit Gewalt um ihr Wahlrecht gebracht worden sind, entscheidet die Fraktion sich mit großer Mehrheit für nochmalige Rückverweisung an die Wahlprüfungskommission.⁹

71.

15.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 15. VII. 19, abends 8 1/2 Uhr."

Ein Schreiben des Reichspostministers, die Fraktion möge ihm einen tüchtigen Gewerkschafter zur Bearbeitung der Lohnfragen im Postministerium namhaft machen, wird der Generalkommission der Gewerkschaften zugewiesen mit dem Ersuchen, den geeigneten Mann zu stellen.¹

⁵ Eingefügt für: "gingen".

⁶ Giesecke, S. 173, Anm. 42 bezieht die Abstimmungszahlen unter Berufung auf das Berliner Tageblatt vom 16. 7. 1919 auf die Abstimmung im Plenum. Von den insgesamt 164 Fraktionsmitgliedern hätten dort 104 gefehlt.

⁷ Vor "Der" gestrichen: "Hoch hält es für notwendig".

⁸ Verbessert für: "der".

⁹ Der Wahlprüfungsausschuß hatte beschlossen, "die Reichsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß im 23. Wahlkreis (Düsseldorf) in den Stimmbezirken, in denen die Wahlen zur Nationalversammlung wegen schwerer Unruhen und Bedrohungen am 19. Januar nicht vollzogen werden konnten, schleunigst nachträglich unter Benutzung derselben Wähler- und Vorschlagslisten gewählt, sowie daß das Ergebnis dem Wahlprüfungsausschuß mitgeteilt wird". Auf Antrag von *Spahn* (Zentrum) wurde der Bericht am 15. 7. an den Ausschuß zurückverwiesen; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1556.

¹ Ein solches Schreiben von Reichspostminister Giesberts (Zentrum) ließ sich in den Restakten des ADGB im Eigentum des August-Bebel-Instituts, z.Zt. verwahrt bei der Historischen Kommission in Berlin, nicht auffinden. – Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß vom 30. 6.-5. 7. 1919 wurde die ehemalige "Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" vom Bundesvorstand des ADGB abgelöst.

Ein Schreiben des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigte, zur Teilnahme an seinen Arbeiten drei Vertreter und drei Stellvertreter aus der Fraktion zu stellen, wird dahin erledigt, daß dem Fraktionsvorstand innerhalb zweier Tage geeignete Vorschläge gemacht werden sollen.²

Dann wird beraten über eine zweckmäßigere Gestaltung³ der Verfassungsberatung, da große Unzufriedenheit über die von der äußersten Rechten und der äußersten Linken geübte Verschleppungstaktik besteht.

Man einigt sich darauf, daß Anträge der Fraktion jetzt nur noch vom Vorstand und den beiden Stimmführern des Verfassungsausschusses gestellt werden sollen und zwar nur, wenn sie ihnen e i n s t i m m i g zustimmen.⁴

Sodann befaßt man sich in längerer Aussprache mit den Fragen der Zwangs-wirtschaft und insbesondere der Lederbewirtschaftung und kommt zu dem Resultat, den Wirtschaftsausschuß durch einige sachverständige Kollegen zu ergänzen, der Schuheinfuhr keinen Widerstand entgegenzusetzen, solange Rohstoffe nicht genügend vorhanden sind, und im übrigen in der Frage der Lederbewirtschaftung ein Kompromiß zu suchen.⁵

Einer Anregung **Girbigs**, die Frage⁶ einer stärkeren Kohlenbelieferung für das Glasgewerbe zu prüfen, um der dort herrschenden großen Arbeitslosigkeit [entgegen] zu steuern⁷, sagt Robert *Schmidt* Prüfung zu.⁸

Ein von Katzenstein vorgebrachter Wunsch des Zentrums⁹, einen von ihm gestellten Antrag zu unterstützen, der die moralische Wahlpflichtenthält, wird abgelehnt.

² Gemeint sein dürfte der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, der dem Reichsarbeitsministerium angegliedert war. Vorsitzender war Paul Gerlach, Landrat in der Rheinprovinz; siehe Horkenbach, S. 545.

³ Gestrichen: "der Gestaltung".

⁴ Den schleppenden Fortgang der Verfassungsberatung bemängelte auch Reichstagspräsident Fehrenbach am 15. 7. 1919; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1573 f. – Mit den "Stimmführern im Verfassungsausschuß dürften Quarck und Katzenstein gemeint sein; die Fraktion hatte am 26. 3. beschlossen, daß die SPD-Mitglieder der Parlamentsausschüsse sich Obmänner wählen sollten; vgl. Nr. 32.

⁵ Zum Wirtschaftsausschuß, dessen Funktion vom Ausschuß für Volkswirtschaft wahrgenommen wurde, vgl. Nr. 66, bes. Anm. 3. Der Ausschuß befaßte sich mit der Lederbewirtschaftung in einer Sitzung vom 23. 7. 1919. Siehe den Bericht des Ausschusses "über die Beratung der Frage der Lederbewirtschaftung sowie über die die Lederbewirtschaftung betreffenden Petitionen" vom 14. 8. 1919; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 857.

⁶ Gestrichen: "der".

⁷ Gestrichen: "wie".

⁸ Emil Girbig war Vorsitzender des Verbandes der Glasarbeiter. – Das Kabinett befaßte sich am 30.7. 1919 mit der mangelhaften Kohlenversorgung, zu der Eingaben und Hinweise von verschiedenen Seiten vorlagen; Kabinett Bauer, S. 158 ff.; zum Fortgang ebd., S. 182 ff.

⁹ Gestrichen: "einem Antrage".

72.

18.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 18. VII. 19, abends 9 1/2 Uhr."

Die Fraktion hat sich mit einer Reihe praktischer Arbeitsfragen zu beschäftigen. Sie bestimmt den Kollegen Kronen als Redner bei der morgigen Beratung der Beamteninten interpellation.¹

In den interfraktionellen Beamtenausschuß wird als Mitglied des Fraktionsvorstandes der Kollege *Molkenbuhr*², in die Kommission für Deutsch-Österreich werden die Kollegen *Hil*denbrand, Vogel, Löbe, Röhle, Frau Pfülf und als Ersatzmann Gruber entsandt.³

Einem Antrag der Genossen der Steuerkommission auf Änderung des Erbrechts, dahingehend, daß über die Verwandten zweiten und dritten Grades hinaus nur der Fiskus erbberechtigt sei, daß ferner das freie Verfügungsrecht des Erblassers erheblich eingeschränkt werden soll, wird prinzipiell zugestimmt. Die Formulierung wird den Genossen Sinzheimer und Katzenstein überlassen, die sie der Fraktion zur Kenntnis bringen sollen.⁴

Dr. Quarck regt an, der Fraktionsvorstand solle sich in den nächsten Tagen mit der Frage der Besteuerung der toten Hand befassen und entsprechende Anträge vorbereiten.⁵

Zu zwei Gesetzentwürfen über die Verabschiedung von Offizieren und Kapitulanten infolge der Verringerung des Heeres und zwei weiteren Gesetzentwürfen über die Verabschiedung von Beamten werden Stücklen und Davidsohn als Redner bestimmt. Ihnen wird aufgegeben, die Stellung

¹ Wegen der schwachen Besetzung der Nationalversammlung wurde die Interpellation Heinze (DVP) zur Besoldung der Beamten (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 202) abgesetzt. Sie wurde am 1. 8. verhandelt; für die SPD-Fraktion ergriff Kronen das Wort; ebd., Bd. 329, S. 2207.

² Siehe Nr. 64, bes. Anm. 12.

³ Siehe Nr. 65.

⁴ Der am 17. 6. 1919 eingebrachte Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes (Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 376) wurde in einem Sonderausschuß beraten; vgl. Nr. 65, Anm. 10. Im Bericht dieses 10. Ausschusses an das Plenum (Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 941) sind die entsprechenden Anträge der SPD (Adolf Braun und Genossen, Krätzig und Genossen) zu finden (dort vor allem auf S. 900 ff.) Vgl. auch den Leitartikel Adolf Brauns "Die kommende Erbschaftssteuer" im Vorwärts Nr. 357 vom 15. 7. 1919.

⁵ Im Bericht des 10. Ausschusses (ebd., Anlagen Nr. 941, S. 899) heißt es: "Bei § 2 wird erneut die Besteuerung der toten Hand angeregt." Der § 2 blieb unverändert; vgl. die Synopse der Gesetzesvorlage in der Fassung nach der Ausschußberatung als Anlage I. – Mit "toter Hand" ist das der Veräußerung und Erbteilung entzogene Vermögen von Körperschaften und Stiftungen (u. a. Kirchengut) gemeint.

Fraktionssitzung 18.7.1919 72.

der Fraktion zu den Gesetzen noch nicht endgültig festzulegen, sondern sich für die Überweisung an die Kommission zu erklären.⁶

Katzenstein referiert über den § 18 der Verfassung, der von der Veränderung der Grenzen einzelner Landesteile und der Zusammenlegung einzelner Landesteile handelt. Der Referent empfiehlt, sich mit dem Kompromiß Löbe, Gröber, Heile einverstanden zu erklären. –

In der Diskussion wurde beanstandet, daß ganze Landesteile abstimmen sollen, wenn einzelne Kreise oder Orte verändert werden sollen.

Um dem Übel zu begegnen wird erstrebt⁷, den einzelnen Kreisen in besonders gelagerten Fällen die Möglichkeit der Abstimmung durch ein Reichsgesetz zu geben.⁸ –

Eine Interpellation von den Frauen aller Parteien des Hauses soll eingebracht werden⁹, der die Fraktion beizutreten beschließt.¹⁰

⁶ Die beiden erstgenannten Gesetzentwürfe waren am 16.7. 1919 vom Finanzministerium vorgelegt worden, "Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und den Schutztruppen ausscheidenden Offiziere und Deckoffiziere - Offiziersentschädigungsgesetz"; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 584; sowie "Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung der infolge der Verminderung der Wehrmacht aus dem Heere, der Marine und der Schutztruppe ausscheidenden Kapitulanten"; ebd., Nr. 385. Der Bericht des Haushaltsausschusses über die beiden Gesetzentwürfe in ebd., Nr. 856 und 861. Der "Entwurf eines Gesetzes betr. die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens" wurde am gleichen Tag vorgelegt. Zum Verlauf der Beratung im Kabinett siehe Kabinett Bauer, S. 59 f. Die Nationalversammlung beriet über die drei Gesetzentwürfe am 19.7. 1919; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1726 ff. - Mit dem 2. Beamtengesetz dürfte der am 3. 7. vorgelegte Gesetzentwurf "über erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit" gemeint sein (Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 495), möglicherweise aber auch die in § 2 des Gesetzes angekündigten Ausführungsbestimmungen zur Präzisierung des Begriffes des "politischen Beamten", die vom Reichsfinanzminister jedoch erst am 26. 8. der Reichskanzlei zugestellt wurden; Kabinett Bauer, S. 255 f.; vgl. auch unter Nr. 82, bes. Anm. 6.

⁷ Streichung unleserlich.

⁸ Die Nationalversammlung nahm am 22.7. 1919 in namentlicher Abstimmung einen Kompromißantrag Löbe-Trimborn-Heile (nicht Gröber, wie es oben heißt) mit einer Änderung nach dem Antrag "Dr. Luppe und Genossen" mit großer Mehrheit an; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 631; Bd. 328, S. 1800 ff., bes. S. 1817 und 1840 ff. Zu den Veränderungen bei Art. 18 gegenüber dem Entwurf des Verfassungsausschusses siehe die Synopse in ebd., Bd. 337, Anlagen Nr. 656, S. 409 f.; ferner unter Nr. 76, bes. Anm. 5.

⁹ Gestrichen: "dem".

¹⁰ Die am 1. 8. 1919 von den Frauen aller Fraktionen eingebrachte Interpellation *Dransfeld* lautete: "Für die wirtschaftliche Demobilmachung der F r a u sind von dem Mobilmachungsamt Richtlinien herausgegeben worden (vgl. Drucks. der Nationalversammlung Nr. 215), in denen die Berücksichtigung der durch die Entlassung geschaffenen Lage der arbeitenden Frauen empfohlen wird." Tatsächlich vollzogen sich die Entlassungen "teils unter dem Druck männlicher Berufsorganisationen, teils geradezu auf Anordnung der lokalen Demobilmachungsausschüsse", in einer nicht zu rechtfertigenden Weise. "Es ist unverkennbar, daß die aufgestellten Richtlinien unwirksam bleiben. Sind der Regierung diese Tatsachen bekannt und ist sie – entsprechend ihrem Programm – bereit, durch die Berufung von Frauen zur Mitwirkung bei allen Stellen, die mit sozialpolitischen Maßnahmen betreffend der Frauenarbeit zu tun haben, eine ausreichende Rücksichtnahme auf die arbeitenden Frauen zu gewährleisten?" Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 746. Vom Reichsarbeitsministerium wurde am 7. 8. 1919 eine Antwort auf die Interpellation angekündigt. Die Behandlung der Interpellation erfolgte am 20. 8. 1919; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2236, 2709 ff. (Begründung) und S. 2712 f. (Antwort von Reichsarbeitsminister *Schlicke*).

73.

22.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 22. VII. 19, abends 8 ½ Uhr."

Nachdem Löbe die wichtigsten Eingänge verlesen, geben die Minister Bauer und¹ Hermann Müller die Grundzüge ihres morgen im Plenum zu vertretenden R e g i e - r u n g s p r o g r a m m s bekannt.

Die Fraktion erklärt sich nach einer ausgedehnten Diskussion im allgemeinen mit den Grundsätzen beider Referenten einverstanden, die eine Reihe der erhaltenen Anregungen noch in ihren Referaten berücksichtigen werden.²

Für die Plenardebatte wird als erster Redner Krätzig, als zweiter Wels bestimmt, während Dietrich eventuell zur Landarbeiterinterpellation der Konservativen sprechen soll.³

Angenommen wird ein Antrag Hoch, die Regierung zu ersuchen, noch vor dem Weggang der Nationalversammlung aus Weimar die sozialpolitischen R e n t e n um 100 % und die Beiträge um das Dreifache zu erhöhen.⁴

Weiter wurde angenommen ein Vorschlag **Davidsohns** auf Einbringung eines Antrags, die Schieber im Lederhandelnur noch mit⁵ Geldbußen und Freiheitsstrafen.⁶

¹ Gestrichen: "Wiss[ell]".

² Bauer und Müller sprachen am 23. 7. 1919 in der Nationalversammlung; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1843 und 1852 ff.

³ Krätzig sprach am 24., Wels am 26. 7. 1919 in der Nationalversammlung; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1876 ff. und 1984 ff. – Es lagen zwei Interpellationen von "Arnstadt und Genossen" (DNVP) und "Heinze und Genossen" (DVP) vor, beide vom 17. 7. 1919; Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 604 und 603. Sie wurden am 24., 25., 26., 28. und 29. 7. 1919 beraten. Von seiten der SPD-Fraktion ging Krätzig am 24. 7. kurz darauf ein; Dietrich ergriff nicht das Wort; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1877.

⁴ Gestrichen: "ebenso". – Luise Zietz (SPD) brachte diesen Beschluß der Fraktion in der Nationalversammlung am 24. 7. 1919 zur Sprache; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1881.

⁵ Gestrichen: "Geldstrafen".

⁶ Siehe den entsprechenden Antrag im Ausschuß für Volkswirtschaft bei der Beratung der Lederbewirtschaftung; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 857.

Fraktionssitzung 25. 7. 1919 74.

74.

25.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 25. VII. 19, abends 10 Uhr."

Die Fraktion nimmt Stellung zu den heutigen Enthüllungen Erzbergers¹ und kommt nach mehrstündiger Beratung zu folgenden Beschlüssen:

Ein Antrag Löbe, im morgigen Plenum zu erklären, daß, nachdem jetzt die Beweise dafür vorliegen, daß mindestens seit 1917 der Krieg kein Verteidigungskrieg mehr für Deutschland war, wir bekennen, daß unsere Haltung falsch war und daß wir, wenn wir von den Vorgängen gewußt hätten, eine andere Kriegspolitik getrieben haben würden, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

B e s c h l o s s e n wird, durch unseren² morgigen Plenarredner Wels ausführen zu lassen, daß unsere Politik stets vom Gedanken des V e r t e i d i g u n g s k r i e g e s ausging und im Sinne des Verständigungsfriedens gehalten war derart, wie Scheidemann es einmal in einer Erklärung ausdrückte, daß, wenn die deutsche Regierung eine erreichbare Verständigung ablehnen würde, wir die Revolution im Lande hätten.³

Ferner, zu beantragen, sofort die erste Lesung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vorzunehmen und auf Staatskosten die Reden Erzbergers und Müllers sowie alle Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Reichstagshauptausschusses zu veröffentlichen.⁴

¹ Erzberger hatte am 25. 7. 1919 in der Nationalversammlung enthüllt, daß die politische Rechte im Bunde mit der OHL und der damaligen Regierung in den Jahren 1916/17 Friedensmöglichkeiten sabotiert habe; er bezog sich dabei insbesondere auf die päpstliche Friedensnote von August 1917; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1928 ff.; siehe auch Vorwärts Nr. 377 und 378 vom 26. 7. und 382 vom 29. 7. 1919; zum Zusammenhang Epstein, S. 242 ff. und 370 ff.; Wolfgang Steglich, Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18, Bd. 1, Wiesbaden 1964, bes. S. 69 ff. und 187 ff.; zur Reaktion der Rechten vgl. Stein, S. 244 ff.

² Gestrichen: "Plen[arredner]".

³ Wels Rede am 26, 7, 1919 in: Sten. Ber., Bd. 328, S. 1984 ff.

⁴ Nachdem mehrere Entwürfe eines Gesetzes über die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes im Verlauf der Kabinettsberatungen revidiert worden waren und anschließend vom Staatenhaus verändert wurden (Kabinett Scheidemann, S. 40, 117, 147–149, 152, 360, 426 f.), wurde am 6. 6. der Nationalversammlung der "Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes" vorgelegt. Er sah u. a. vor, daß ein Ausschuß der Nationalversammlung die Kriegspolitik untersuchen und bei einem Schuldverdacht Anklage vor dem einzusetzenden Staatsgerichtshof erheben konnte; Sten. Ber., Bd. 335, Anlagen Nr. 355; vgl. auch Vorwärts Nr. 288 vom 8. 6. 1919. Noch in der Kabinettssitzung vom 18. 7. 1919 berichtete David nach "Rücksprachen mit den Parteien", es bestehe "danach wenig Neigung, einen Gesetzentwurf in Kürze durchzubringen"; Kabinett Bauer, S. 131. Die Fraktion stellte in der Plenarsitzung vom 26. 7. die oben skizzierten Anträge. Zusätzlich wurde dabei auch eine Veröffentlichung von "Geheimdokumenten über die Entstehung und Fortführung des Krieges" gefordert. Die Rede Hermann Müllers datiert vom 24. 7. 1919. Löbe kündigte ferner an, sich um eine "weitere Verschärfung" des Entwurfs in den Ausschußverhandlungen zu bemühen; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1947 f.; Bd. 337, Anlagen Nr. 662.

75. 28. 7. 1919

75.

28.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Montag] 28. VII. 19, abends 8 1/2 Uhr."

Der Genosse Röhle teilt mit, daß am Sonnabend, an einem Tage, an dem R[öhle] nicht in Weimar anwesend war, sein Name ohne sein Wissen und Willen in die Einzeichnungsliste eingetragen wurde. – Die Fraktion bedauert den Vorfall lebhaft; es ist jedoch nicht mehr zu ermitteln, wer die Eintragung vorgenommen.

Sodann¹ gibt Thöne den Bericht aus der Kommission, die die indirekten Steuern behandelt. Unsere Kommissionsmitglieder empfehlen die Ablehnung der Zuckersteuer, dagegen die Annahme der Tabaksteuer, und zwar in der Form einer Banderolensteuer, ferner der Spielkarten steuer und der Zündholzisteuer, zugleich jedoch das Verlangen der Monopolisierung der Zündholzindustrie bis spätestens 30. März 1921.²

Die dritte Les ung dieser in direkten Steuern und unsere Zustimmung zu ihnen solle jedoch erst erfolgen, wenn die direkten Steuern angenommen worden und nach unsern Wünschen ausgefallen sind. Sei letzteres nicht der Fall, so sollen die indirekten Steuern von uns abgelehnt werden.³

In der Diskussion kam man noch zu keinem abschließenden Standpunkt. Löbe führte zusammenfassend aus, daß die Fraktion sich einig darin sei, daß alle indirekten erst dann für uns in Frage kommen, wenn wir wissen, in welchem Umfang die direkten Steuern gesichert sind. Einig sei die Fraktion sich darin, die Zuckersteuer abzulehnen; fraglich sei die Zustimmung zur Zündholzsteuer und Tabaksteuer, jedoch trete die Fraktion für ein⁴ Zündholzmonopol und ein Kleinhandelsmonopol für Tabakwaren ein. Die Spielkartensteuer gebe weniger Bedenken, jedenfalls würde sie nicht zu einer prinzipiellen Frage werden.

¹ Gestrichen: "berichtet" und hinter Thöne "über".

² Dahinter gestrichen: "Die Zustimmung zu diesen indirekten". Gemeint ist der "12. Ausschuß zur Vorberatung der Entwürfe eines Vergnügungssteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung eines Zuckersteuergesetzes, eines Tabak-, Zündwaren- und Spielkartensteuergesetzes"; von der SPD gehörten ihm an Brey, Davidsohn, Deichmann, Kenngott, König, Frau Lührs, Schlüter, Schreck, Frau Simon; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1461 f.

³ Die indirekte Steuern betreffenden Gesetzentwürfe wurden in 2. Lesung zwischen dem 11. und 14. 8. 1919, in 3. Lesung am 16. bzw. 19. 8. behandelt. Für die SPD ergriffen Simon (Schwaben) und Schlüter am 11. 8., Thöne am 12. 8., Adolf Braun am 13. und 14. 8., Sollmann am 11. und 16. 8. das Wort; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2294 f., 2301, 2312, 2324, 2351 ff., 2379 ff., 2450, 2452, 2519. Die von der SPD-Fraktion gewünschte Abfolge wurde jedoch nicht ganz gewahrt, da das Erbschaftssteuergesetz erst am 20. 8. in 2. und 3. Lesung zur Verhandlung kam. Für die SPD sprach dazu Keil; ebd., S. 2647 ff. Vgl. auch Keils Leitartikel "Die Steuervorlage" im Vorwärts Nr. 351 vom 12. 7. 1919.

⁴ Gestrichen: "Monopol".

Fraktionssitzung 28.7.1919 75.

Die⁵ Fraktion beschließt weiter, den Antrag zu stellen, das Gesetz über den Staatsgerichtshof nicht einer neuzubildenden Kommission, sondern dem Verfassungsausschuß zu überweisen.⁶

Zur⁷ Frage der 3. Lesung der Verfassung einigt sie sich über ihre Stellung zu einer ganzen Reihe von wiederaufzunehmenden Verfassungsanträgen und nimmt dann den Bericht des Kollegen Heinr[ich] Schulz entgegen über die in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen über das Schulk ompromiß, die jetzt unter Beteiligung der Demokraten stattgefunden haben.

Die Fraktion gibt ihren Unterhändlern auf, möglichst ein Kompromiß abzuschließen, dem alle drei Parteien zustimmen, und zwar möglichst auf der Grundlage, die Schulz dargelegt hat.⁸

Es wird noch der Einbringung einer von Dr. Sinzheimer beantragten Resolution zugestimmt, daß bereits vor der Strafgesetzreform die Todesstrafe durch ein Gesetz abgeschafft wird.

⁵ Vor "Die" gestrichen: "Dann".

⁶ Der Entwurf wurde vom Plenum am 29. 7. 1919 auf Antrag Dr. Rießer und Löbe dem Verfassungsausschuß überwiesen; Sten. Ber., Bd. 328, S. 2066.

⁷ Vor "Zur" gestrichen: "für".

⁸ Zu den Vorgängen und Verhandlungen über den sogenannten zweiten Schulkompromiß vgl. Grünthal, S. 61 ff.; Albertin, Liberalismus, S. 291; Morsey, S. 213 ff.; Giesecke, S. 173 ff.; ferner den Leitartikel von Schulz "Das neue Schulkompromiß" im *Vorwärts* Nr. 386 vom 31. 7. 1919; sowie ders., Leidensweg, S. 55, sowie Nr. 76, bes. Anm. 6.

⁹ Die SPD (Katzenstein/Quarck) hatte schon am 3. 7. 1919 einen entsprechenden Antrag zur 2. Lesung der Verfassung eingebracht: "Bis zur Neuregelung der Strafgesetzgebung tritt in den Strafgesetzen des Reichs überall, wo Todesstrafe angedroht ist, an ihre Stelle lebenslängliches Zuchthaus bzw. lebenslängliche Festungsstrafe." Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 458. Am 22. 7. 1919 erklärte Katzenstein in der Nationalversammlung, obgleich die Mehrheit des Plenums für die Beibehaltung der Todesstrafe eingetreten sei, werde der Antrag aufrechterhalten; er wurde jedoch bis zur 3. Lesung zurückgezogen; ebd., Bd. 328, S. 1829. Am 30. 7. 1919 wurde erneut über die Todesstrafe diskutiert; dazu sagte Löbe: "Wir hatten in der zweiten Lesung die Abschaffung der Todesstrafe durch eine Verfassungsbestimmung beantragt. Wir haben dafür leider keine Mehrheit gefunden und bedauern, daß wir voraussichtlich auch heute für eine Erneuerung eines solchen Antrags keine Mehrheit finden würden [...]. Nachdem wir aber gehört haben, daß andere Parteien dieses Hauses bereit sind, der Abschaffung der Todesstrafe zuzustimmen, wenn sie in einem besonderen Gesetz vorbereitet wird, haben wir den Antrag in dieser Form wiederholt." Die Nationalversammlung nahm schließlich einen Antrag an, der lautete: "Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf über die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs mit dem Ziel einer Beseitigung der Todesstrafe dem Reichstag vorzulegen." Außerdem wurde die Regierung gebeten, solange die Todesstrafe nicht gesetzlich abgeschafft sei, die Verhängung einer Freiheitsstrafe zuzulassen. Sten. Ber., Bd. 328, S. 2125.

76.

30.7.1919, vorm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 30. VII. 19, morgens 8 1/2 Uhr."

Eine längere Debatte wird entfesselt durch die Anregung, den Abschluß des Verfassungswerkes durch eine weitgehende Amnestie oder Begnadigung! zu krönen.

Die Fraktion kommt mit Mehrheit zu dem Schluß², daß keine Aussicht besteht, ein allgemeines Amnestierungsgesetz im Hause durchzubringen, daß ein solches Gesetz aber auch nicht zweckmäßig erscheint, da³ viele ungeeignete Personen darin einbegriffen werden würden; der Fraktionsvorstand unter Zuziehung noch einiger Kollegen soll deshalb mit der Regierung und dem Reichspräsidenten über einen geeigneten Begnadigungsweg Rücksprache nehmen. Im übrigen aber will die Fraktion sich noch gesondert mit den auf dem Gebiete der Inhaftierungen bestehenden Zuständen befassen.⁴ –

Bei der Weiterberatung der Verfassungsanträge wird beschlossen, einem von den Demokraten gestellten Antrag zu Artikel 18 zuzustimmen. Wird er abgelehnt, soll verlangt werden, daß die Fassung, daß 3/5 der Wahlberechtigten zum Beschlusse einer Gebietsveränderung erforderlich sind, umgeändert wird in 3/5 der Abstimmende n.5

Ein Antrag, die Abschaffung der Militärgerichte auch für die Verhältnisse an Bord zu verlangen, wird abgelehnt.⁶

Die Fassung, den Reichspräsidenten durch Reichstag und Staaten haus wählen zu lassen, wird fallengelassen. Es soll bei der Fassung bleiben, daß den Reichspräsidenten das Volk erwählt.⁷

¹ Gestrichen: "in geeigneten Fällen".

² Verbessert für "Beschluß".

³ Gestrichen: "es".

⁴ Die Amnestieproblematik wird in den Kabinettsprotokollen von Juli und August 1919 nicht angesprochen; eine weitere Beratung der Fraktion über diesen Gegenstand ist aus den Protokollen nicht ersichtlich.

⁵ Der am 30. 7. 1919 eingebrachte gemeinsame Antrag "Löbe, Trimborn, Heile" zur Neufassung des Art. 18 bestimmte im Sinne des obigen Votums, daß "drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten" für Beschlüsse zur Gebietsänderung erforderlich waren; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 707. Er wurde am 31. 7. 1919 beraten und in dieser Fassung angenommen; ebd., Bd. 379, S. 2142 ff., bes. S. 2156.

⁶ Art. 106 der Reichsverfassung sah die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit außer für Kriegszeiten und an Bord von Kriegsschiffen vor. Einem Gesetzentwurf zur Aufhebung der Militärgerichte stimmte das Kabinett am 31. 7. 1919 zu, verwies ihn nach nachträglich erhobenen Einwänden am 3. 9. 1919 jedoch wieder an die Ressorts zurück; Kabinett Bauer, S. 163 f.; vgl. auch Nr. 45, bes. Anm. 2.

⁷ Noch am 29. 7. 1919 hatte die SPD-Fraktion für die 3. Lesung einen Abänderungsantrag zu Art. 41 eingebracht: "Der Reichspräsident wird vom Reichstag und vom Reichsrat gewählt" (Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 690), den sie jedoch wieder zurückzog. Damit wurde die Fassung des Artikels,

Fraktionssitzung 30.7.1919 76.

Schulz berichtet wieder über den Weitergang der Schul verhandlungen unter den drei Parteien. Es ist ein weiterer Fortschritt erreicht worden, für den auch das Zentrum stimmen will. Eine Einigung ist jedoch bis jetzt daran gescheitert, daß die Demokraten in den von ihnen vertretenen Verbesserungsantrag eine letzte Klausel hineinhaben wollen, wonach in Baden und Hessen zwar keine konfessionelle, aber auch niemals die weltliche Schule eingeführt werden könnte. Einer solchen Fassung können auch wir nicht zustimmen.

Die Fraktion ist ohne Widerspruch einverstanden, daß in erster Linie versucht werden soll, die Vereinbarung gemeinsam auch mit den Demokraten zu finden, wenn das aber nicht gelingt, dann gemeinsam mit dem Zentrum für die von den Demokraten gefundene Form ausschließlich des letzten Satzes zu stimmen.⁸

Löbe macht darauf aufmerksam, daß unsere Steuerkommission auch während der großen Ferien (nach einer 8–10tägigen Pause) unbedingt ihre Arbeiten weiterführen müsse.⁹

Eine Diskussion, die sich über den von Dietrich zur Sprache gebrachten vielfach chauvinistischen Inhalt der Werbeinserate für die Reichswehr und den Grenzschutz knüpft, endet damit, daß der anwesende Reichswehrminister gebeten wird, diese unpassenden Formen der Werbungen zu unterdrücken.

Der Genosse Hue wird als Fraktionsredner zum Betriebsrätegesetz bestimmt. 10

Bei der Verfassungsberatung in diesen Tagen soll seitens der Fraktion äußerste Beschränkung im Reden geübt werden.

nach der Reichspräsident vom Volke gewählt wird, angenommen und in der Plenarsitzung ohne besondere Abstimmung gebilligt; Sten. Ber., Bd. 328, S. 2111.

⁸ Die in dem zweiten Schulkompromiß gefundene Regelung erfolgte in der Form des gemeinsamen Antrags Löbe-Gröber-Schiffer vom 30. 7. 1919. Er sah eine Neufassung der Art. 143 Abs. 2, 145 Abs. 1 und 3, 146 Abs. 1 und 2 und einen neu einzuführenden Art. 169b vor; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 724. Die Anträge wurden vom Plenum am 31. 7. 1919 mit Mehrheit angenommen; für die SPD sprach Schulz; ebd., Bd. 329, S. 2169 und 2176. Zum Zusammenhang vgl. die in Nr. 75, Anm. 8 genannte Literatur.

⁹ Zur Steuerkommission der Fraktion vgl. Nr. 65.

¹⁰ Ein überarbeiteter Entwurf des Betriebsrätegesetzes wurde am 30. 7. 1919 erst im Reichskabinett erörtert, ein abgeänderter Entwurf dann am 5. 8. behandelt; Kabinett Bauer, S. 156 ff. und 168 f. Hue ging in seiner Rede vom 31. 7. 1919 in der Nationalversammlung nicht auf die Betriebsrätefrage ein; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2177 ff.

77. 30. 7. 1919 Fraktionssitzung

77.

30.7.1919, nachm.: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 30. VII. 19, nachmittags 4 Uhr."

Es hat sich bei der Verfassungsberatung im Plenum als ein Übelstand herausgestellt, daß die Fraktion der Unabhängigen ohne Verbindung mit uns vielfach Anträge stellt, für die sie bei der Unterstützungsfrage unsere Stimmen verlangt. Die Fraktion soll nun selber bestimmen, welche Anträge der Unabhängigen sie noch unterstützen will. Deshalb hat Kollege Löbe den Unabhängigen mitgeteilt, daß sie ihre diesbezüglichen Anträge bis ¾ 4 Uhr uns vorgelegt haben müssen, wenn sie unsere Unterstützung haben wollen.

Da die Unabhängigen von diesem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht haben², erklärt die Fraktion, daß die Unabhängigen es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn ihre jetzt noch kommenden Verfassungsanträge keine Berücksichtigung bei uns finden. –

Die Einbringung eines von den G e n o s s i n n e n befürworteten Antrages zur Frage der Gleichberechtigung der Frauen wird gutgeheißen.³

78.

31.7.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Donnerstag] 31. VII. 19, abends 9 Uhr."

Die Fraktion bestimmt den Kollegen Dr. Sinzheimer als Referenten in der Kommission für das Gesetz über den Staatsgerichtshof!, den Genossen Hue als Redner zu einer von anderer Seite gestellten Kohleinterpellation.²

¹ Vgl. dazu die Vorgänge bei der 2. Lesung des Verfassungsentwurfs oben Nr. 60 und 61.

² Gestrichen: "beschließt".

³ Vermutlich ist die Unterstützung eines Antrags der DDP gemeint, nach dem in Art. 113 Abs. 1 eingefügt werden sollte: "Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter"; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 711. Der Antrag wurde am 30. 7. 1919 mit Unterstützung der SPD angenommen; der Artikel lautete nun: "Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter." Sten. Ber., Bd. 328, S. 2127.

¹ Sinzheimer war Referent des Berichts, den der zuständige Verfassungsausschuß zum Staatsgerichtshof gab; vgl. unter Nr. 74, Anm. 4 und Nr. 75, Anm. 6.

² Hues Rede vom 31. 7. 1919 in Sten. Ber., Bd. 329, S. 2177 ff. - Mit der "Interpellation" dürfte der Antrag Spahn (Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 680) zu Art. 152 gemeint sein, die Regierung zu ersu-

Fraktionssitzung 31.7.1919 78.

Die Genossen der 10. Steuerkommission³ und der Fraktionsvorstand werden beauftragt, die Anträge⁴ für die erste Lesung der Steuergesetze auszuarbeiten.⁵

Aus der Fraktionskasse werden die Mittel bewilligt zu einer auf nächsten Sonntag in der Herderkirche geplanten Demonstration über das Zustandekommen der Verfassung.⁶

Den Kollegen Scheidemann und Landsberg soll vom Vorstand nahegelegt werden, sich wieder zur Verfügung zu stellen, da nach Meinung der⁷ Fraktion die Anstandsfrist, während der sie sich von der Regierung fernhalten könnten, verstrichen sei.

Der Kollege Wissell ersucht durch ein Schreiben die Fraktion, ihn gegen ein im Vorwärts erschienenes Flugblatt gegen die Planwirtschaft in Schutz zu nehmen.

Die zur Verlesung gebrachten Schlußsätze des Flugblattes erregen den lebhaften Unwillen der Fraktion. Dem Kollegen Wissell soll geschrieben werden, daß die Fraktion dem Parteivorstand ihr Bedauern über die Schlußsätze des Flugblattes ausspricht und ihn bittet, die Verbreitung des Flugblattes zu unterbinden und daß die Fraktion Wissells Sache weiterverfolgen wird.⁸

Kollege⁹ Löbe ersucht um Indemnität für seine Abgabe einer Erklärung im heutigen Plenum, vor deren Abfassung und Abgabe eine Verständigung mit der Fraktion nicht mehr möglich war. Es handelt sich um die Erklärung, die hervorgerufen war durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei der dritten Lesung der Verfassung.¹⁰

chen, "baldigst einen Gesetzentwurf" zur Überführung der Mutungsrechte des Bergbaus auf das Reich vorzulegen.

³ D. h. dem "10. Ausschuß zur Vorberatung der Gesetzentwürfe über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 und über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachse [...] sowie des Entwurfs eines Erbschaftssteuergesetzes". Für die SPD gehörten ihm an: Adolf Braun, Dröner, Gruber, Hasenzahl, Heimann, Katzenstein, Keil, Krätzig, Frau Pfülf, Röhle und Schäfer; Sten. Ber., Bd. 328, S. 1461.

⁴ Gestrichen: "aber".

⁵ Vgl. Nr. 82.

⁶ Der Vorwärts Nr. 393 vom 4. 8. 1919 berichtete unter der Überschrift "Die neue Reichsverfassung" von einer Veranstaltung in der "Philharmonie" mit Preuß und Sinzheimer als Rednern.

⁷ Gestrichen: "Vorstandes".

⁸ Das erwähnte Flugblatt ist abgedr. in: Rudolf Wissell, Aus meinen Lebensjahren, Beihefte zur IWK Nr. 7, Berlin 1983, S. 275 ff.

⁹ Vor "Kollege" gestrichen: "Der Geno[sse]".

¹⁰ Löbe hatte am 31.7. 1919 am Schluß der Verfassungsdebatte gesagt: "Vor der Gesamtabstimmung möchte ich folgendes erklären: Verschiedene Abstimmungen der letzten Stunden, in denen ein Block der bürgerlichen Parteien fest geschlossen gegen uns stand, haben uns unsere Zustimmung zur Verfassung nicht erleichtert. (Hört! Hört! – Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Beschlüsse, wie der gegen die Abschaffung der Bergwerksverleihungen, für die Beschränkung der Vertretung des Wirtschaftsrats vor dem Parlament, über das Recht der Landesherren, wecken in uns die schwersten Bedenken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Da wir aber nach der monatelan-

79. 8. 8. 1919 Fraktionssitzung

Die Aussprache über diese Frage, bei der eine geteilte Stimmung der Fraktion zutage trat, wurde auf eine der nächsten Sitzungen vertagt.

gen Arbeit dieses Hauses im letzten Augenblick nicht mehr erreichen können, geben wir unsere Zustimmung. Wir tun das in dem Vertrauen, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein werden als die papierenen Hindernisse, die damit aufgerichtet werden." (Stürmisches Bravo bei den Sozialdemokraten.) Auf den Widerspruch des Abgeordneten Schiffer (DDP) und unter andauernder Unruhe ergriff Löbe nochmals das Wort und sagte: "Ich habe nicht erklärt und wollte nicht erklären, daß eine Abrede unter den bürgerlichen Parteien gegen uns stattgefunden hat. Aber ich muß ebenso bestimmt festhalten, daß mindestens bei den drei von mir genannten Gelegenheiten ein Block der bürgerlich en Parteien in Wirksamkeit getreten ist." Sten. Ber., Bd. 329, S. 2139.

79.

8.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Freitag] 8. VIII. 19, abends 8 Uhr."

Auf Antrag Brühnes werden 15 000 Mk. aus der Fraktionskasse an die Hauptparteikasse überwiesen.

Dem Genossen Brühne werden für seine jahrelange Verwaltung als Entschädigung Mk. 500, 00 bewilligt.¹

Eine Aussprache über den Ausbau des Fraktionssekretariats endet damit, daß man es dem Vorstand überläßt, in geeigneter Weise der allgemein als notwendig anerkannten Vergrößerung des Sekretariats näher zu treten.

Löbe heißt die neueingetretene Genossin Behncke und den Genossen Kröger herzlich willkommen.²

Unter den zur Verlesung gebrachten Eingängen befindet sich ein Brief Landsbergs, worin er mitteilt, daß er wegen einer Operation an der Hand vorläufig nicht in der Nationalversammlung erscheinen kann.

¹ Nachdem Georg Ledebour, einer der beiden Fraktionskassierer, seinen Rücktritt aus dem Fraktionsvorstand am 9. 1. 1915 erklärt hatte (Reichstagsfraktion der SPD II, S. 15), scheint Brühne sich neben Ebert – als dem anderen Kassierer – um die Fraktionskasse gekümmert zu haben, ohne daß er allerdings formell zum Kassierer gewählt wurde. In den Protokollen erscheint er nur als Sprecher der Revisoren; ebd., S. 209, 224, 407. Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung hatte ihn am 15. 2. 1919 offiziell zum Fraktionskassierer gewählt; siehe Nr. 12.

² Im Original verbessert aus dem ursprünglichen Satz "Löbe heißt den neueingetretenen Genossen Kröger [...]". – Frau Behncke war für den Abgeordneten Jordan, der sein Mandat niedergelegt hatte, Kröger für den verstorbenen Abgeordneten Starosson in die Nationalversammlung eingetreten; siehe oben unter Nr. 63, Anm. 1 und Einleitung, Anlage sowie Sten. Ber., Bd. 328, S. 1884; Bd. 329, S. 2236; Horkenbach, S. 384.

In Erledigung eines Schreibens des Reichspostministers Giesberts, der die baldige Namhaftmachung eines gewerkschaftlichen Beirats wünscht, wird Kollege Schumann beauftragt, in dieser Frage morgen mit Giesberts zu verhandeln.³

Anstelle Hues, der bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes voraussichtlich nicht anwesend sein kann, wird Kollege Löffler als Referent bestimmt.⁴

Ohne⁵ Widerspruch wird einem von Heinr[ich] **Schulz** in Anregung gebrachten in terfraktion ellen Antrag an die Nationalversammlung zugestimmt, in den Haushaltsplan jährlich 100 000 Mk. für das Nationaltheater einzustellen.⁶

Kollegin Schroeder regt für die in Fortfall gekommene Kriegswoch en hilfe den Entwurf zu einer neuen Mutterschaftsfürsorge an. – Beschlossen wird, daß die Genossinnen, die bis jetzt die Frage behandelt haben, unter Zuziehung der Genossen [Hermann] Müller-Potsdam, Hoch, Lesche und Janschek den Versuch machen sollen, in Vorverhandlungen mit der Regierung noch Verbesserungen in den Entwurf hineinzubringen.⁷

Kollege Kahmann referiert über das Elektrizitätsgesetz, und eine hinreichende Anzahl Kollegen erklären sich zum Eintritt in die Kommission bereit, an die das Gesetz verwiesen werden soll.⁸

Nach Entgegennahme von Berichten, erstattet von Dr. [Adolf] Braun, Thöne und Sollmann, über die vier Steuervorlagen, die am Montag in 2. Lesung zur Beratung kommen sollen, wird beschlossen, die Tabak-, Zündwaren-, Spielkarten- und Grundwechselsteuerin 2. Lesung durchgehen zu lassen, aber darauf zu dringen, die Warenum satzsteuervon der Tagesordnung abzusetzen.

³ Dürfte sich auf den "Verkehrsbeirat" beziehen, der nach Auskunft des Unterstaatssekretärs *Teucke* vom 11. 10. "vor einigen Monaten" von Reichspostminister *Giesberts* eingerichtet wurde und sich u. a. auch mit Tariffragen befaßte; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3033, 3037, 3041 f. und 3051. Vgl. auch oben Nr. 36.

⁴ Vgl. unter Nr. 76, Anm. 10. Der Entwurf des Betriebsrätegesetzes wurde von der Regierung erst am 16. 8. eingebracht; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 928; vgl. auch *Correspondenzblatt* Nr. 34 vom 23. 8. 1919, S. 381 ff.

⁵ Vor "Ohne" gestrichen: "Einen".

⁶ Siehe Nr. 85, bes. Anm. 3.

⁷ Am 12. 8. brachten die Fraktionen der SPD und des Zentrums einen eigenen Gesetzentwurf "über Wochenhilfe und Wochenfürsorge" ein (Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 883), der Verbesserungen für Wöchnerinnen, die Familienhilfe und die Wochenfürsorge bringen sollte. Die 1. Beratung fand am 15., die 2. und 3. Beratung am 19. 8. statt; am gleichen Tag wurde das Gesetz angenommen; ebd., Nr. 998; sowie Bd. 329, S. 2598 f.

⁸ Der Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft war am 27. 7. vorgelegt worden; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 714. Er wurde am 8. und 9. 8. in 1. Lesung behandelt – wobei für die SPD Kahmann sprach – und an den neueingerichteten 14. Ausschuß "zur Vorberatung des Gesetzentwurfs betr. Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft" überwiesen; ebd., Bd. 329, S. 2268 ff. und 2273 ff. Die weitere Plenumsberatung erfolgte erst im Dezember 1919; vgl. auch den Artikel Wissells "Sozialisierung oder Fiskalisierung der Elektrizitätswerke" im Vorwärts Nr. 381 vom 28. 7. 1919.

⁹ Gestrichen: "Absetzung der".

80. 9. 8. 1919 Fraktionssitzung

Die Warenumsatzsteuer soll nicht eher zur Verabschiedung kommen, als bis nicht nur das Reichsnotopfer, sondern auch die Reichseinkommensteuer Gesetz geworden [ist].¹⁰

10 Die 2. Lesung des Tabak- und des Grundwechselsteuergesetzes erfolgte am 11. 8., die 2. Beratung des Zündwarensteuer- und des Spielkartensteuergesetzes am 12. 8. Am gleichen Tag begann das Plenum mit der 1. Lesung eines Umsatzsteuergesetzes und des Gesetzes über das Reichsnotopfer; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2294 ff., 2321 ff., 2351 ff. und 2522 ff. Der Entwurf eines Reichseinkommensteuergesetzes wurde erst in der 122. Sitzung am 5. 12. in 1. Lesung behandelt; ebd., Bd. 331, S. 3859 ff. Zum weiteren Fortgang siehe Nr. 82.

80.

9.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Samstag] 9. 8. 19, abends 8 1/2 Uhr."

Die Fraktion nimmt die Berichte und Forderungen einer Abordnung des Büropersonals der Kriegsgesellschaften aus Berlin entgegen. – Die Abordnung wurde um¹ schnellste schriftliche Darlegung ihrer Beschwerden und Forderungen ersucht, zu denen die Fraktion dann erneut Stellung nehmen will, jedoch unter Zuziehung der Genossen Lüdemann und Neumann-Berlin, die über die in Betracht kommenden Verhältnisse gut unterrichtet sein sollen.²

Dann gestattet die Fraktion einem der im Hause anwesenden Tabakinteressenten das Wort, der darum bittet, für die Aufrechterhaltung des Tabakkontingents einzutreten. –

Die Fraktion schließt sich den Vorschlägen Schlüters an, daß der Banderolensteuer, so wie sie aus der Kommission herausgekommen, zugestimmt [wird], daß ein Antrag, wie er vermutlich von den Deutsch-Nationalen kommen wird, und der nur scheinbareine Verbilligung des Tabaks bringen würde, abgelehnt [wird], daß bei der Zigarette und beim Zündholz die Kontingentierung aufgehoben werden soll.³

¹ Gestrichen: "eine".

² Bei den Kriegsgesellschaften handelte es sich um Organisationen, die vom Reich zur Durchführung der Kriegswirtschaft gegründet worden waren; Verzeichnis in BA Koblenz R 43/I 614. Das Finanz- und Geschäftsgebahren wie die Art der Liquidierung dieser Kriegsgesellschaften riefen wiederholt Kritik hervor. Die Aufsicht oblag dem Reichswirtschaftsministerium. Am 28. 10. berichtete Reichswirtschaftsminister R. Schmidt, daß eine Kommission zur Überwachung der Kriegsgesellschaften eingesetzt sei. Die Nationalversammlung beschloß am 28. 10. auf Antrag des Hauptausschusses vom 25. 10. 1919, einen Ausschuß zur Überwachung der Kriegsgesellschaften, dem Mitglieder der Nationalversammlung, des Reichsrats und der Reichsregierung angehören sollten. Zu diesem Zeitpunkt bestanden noch 64 derartige Gesellschaften; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3504, 3506, Bd. 339, Anlagen Nr. 1356.

³ Der Bericht des zuständigen 12. Ausschusses (Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 773) war am 8. 8. vorgelegt worden. Die 2. Beratung erfolgte am 11. 8. Der Abgeordnete Wetzlich (DNVP) trat u. a. gegen

Ferner wird beschlossen⁴, der Spielkartensteuer⁵, Grundwechselsteuer und Zündwarensteuer zuzustimmen, vorausgesetzt, daß die Besitzsteuern in der⁶ uns befriedigenden Weise zustande kommen (gegen 5 Stimmen). Zur Tabaksteuer Schlüter und Stock, zur Zündwarensteuer Thöne als

Die Redner sollen betonen, daß unsere heutige Stellung nur eine vorläufige ist, unsere endgültige abhängt von der Gestaltung der direkten Steuern.

Als Redner für das Reichsnotopfer und die Erbschaftssteuer wird Dr. [Adolf] Braun bestimmt, der seine Stellung präzisiert, mit der die Fraktion einverstanden ist.⁸

- 4 Gestrichen: "gegen 5 Stimmen".
- 5 Gestrichen: "und".

Redner bestimmt.⁷

6 Gestrichen: "von".

81.

12.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Weimar, Sitzung v. [Dienstag] 12. VIII. 19, abends 9 Uhr."

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt¹ Vorsitzender **Löbe** eine Reihe der wichtigsten Eingänge bekannt.

Geck und Frau Blos lassen ihr Fernsein durch Krankheit entschuldigen.

An alle abwesenden Fraktionskollegen sind Telegramme gerichtet worden, zu den Sitzungen zu erscheinen.

die Banderolensteuer auf, ihm widersprach Schlüter für die SPD. Die entsprechenden DNVP-Anträge wurden abgelehnt; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2321 ff., 2324 ff., 2334 ff.

⁷ Schlüter und Stock sprachen am 11. 8. zur Tabaksteuer, Thöne bei der 2. Lesung des Zündwarensteuergesetzes am 12. 8.; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2324 ff., 2339 f., 2351 ff.

⁸ Adolf Braun sprach am 13. und 14. 8. in der 1. Lesung der Gesetzentwürfe über: a) das Reichsnotopfer, b) Reichsabgabenordnung, c) Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse und d) Umsatzsteuergesetz. Braun sagte u. a.: "Wir sehen in den Verbrauchssteuern eine ganz außerordentlich große Gefahr; wir glauben, daß wir dieser Gefahr entgehen müssen, wenn es nur irgendwie möglich ist. Wir verlangen deshalb die Anspannung aller direkten Steuerquellen. Wir finden, daß in den bisherigen Gesetzen diese Steuerkraft noch nicht zur höchsten Anspannung gelangt ist, so vor allem nicht in der Erbschaftssteuer in den bisherigen Beratungen in der Kommission. Wir glauben, daß die Erbschaftssteuer der weit stärker zur Deckung der Bedürfnisse des Reichs herangezogen werden muß, als das bisher geschehen ist." Sten. Ber., Bd. 329, S. 2380, 2450, 2452. Die 2. und 3. Beratung des Erbschaftssteuergesetzes fand am 20. 8. statt. Für die SPD sprach Keil; ebd., S. 2647 ff.

¹ Gestrichen: "der".

81. 12. 8. 1919 Fraktionssitzung

Verschiedene Anträge aus dem Lande, den Deutschösterreichern bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen unentgeltlich die deutsche Staatsangehörigkeitzu verleihen, werden gutgeheißen.²

Kollegin Schroeder berichtet über die mit dem Reichsarbeitsministerium gepflogenen Verhandlungen über die Mutterschafts fürsorge.

Es sind verschiedene wichtige Verbesserungen in den Gesetzentwurf hineingebracht worden, und die Fraktion ist mit seiner Einbringung nun einverstanden.³

Hue referiert über die Kohlenfrage und die von den Deutsch-Nationalen eingebrachte Kohleninterpellation. Hue hat im Einverständnis mit dem Vorstand mit den anderen Fraktionen Verhandlungen angeknüpft über die Einbringung eines gemeinsamen Antrages zum Abschluß der Kohleninterpellation. Der Entwurf des Antrages wird von Hue erläutert, und die Fraktion ist einverstanden mit seinem Vorgehen.⁵

Danach werden in eingehender Aussprache die an die Fraktion gelangten Klagen über militärische Gefahren in den Ostgebieten behandelt, so vor allem ein Schreiben des sozialdemokratischen Vereins in Insterburg, ein weiteres des Kollegen Steinkopf und eine größere Reihe mündlich vorgebrachter Angaben des Kollegen Wolff.

In der Aussprache wurde von Löbe und anderen die Auffassung vertreten, daß das, was im Osten vorgeht, eine Mache der durch die Revolution entwurzelten Junker ist, die nun vom Osten aus ihre Macht wieder aufrichten wollen.

Die Aussprache, an der sich eingehend auch die Ministerkollegen [Hermann] Müller und Noske beteiligten, endete damit, daß von ihnen⁷ scharfe Untersuchung der vorgebrachten Klagen und strenge Bewachung zugesagt wurde.⁸

² Vgl. den Antrag der SPD (Löbe) betr. unentgeltliche Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an die in Deutschland ansässigen Deutschösterreicher; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 843. Der Antrag blieb unerledigt.

³ Siehe unter Nr. 79, Anm. 7. Das Gesetz wurde am 19. 8. angenommen; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2608.

⁴ Gestrichen: "von Hue".

⁵ Am 15. 8. brachten SPD, Zentrum und DDP eine gemeinsame Entschließung zur zweiten Beratung eines Gesetzentwurfs über die Regelung der Kohlewirtschaft ein (Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 878), in dem zur Verbesserung der Kohlewersorgung u. a. vorgeschlagen wurde: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, Heranziehung von Betriebsräten bei sozialpolitischen Fragen, bei der Regelung des Gedingewesens usw., Erhöhung der Krankengelder und Renten, Beschaffung von Wohnungen und die Durchführung von Maßnahmen im Sinne des Sozialisierungsgesetzes. – Die Interpellation der DVP-DNVP vom 31. 8. zum Rückgang der Kohleförderung und den Gegenmaßnahmen der Regierung (ebd., Nr. 739) wurde in Verbindung mit dem Gesetz über die Regelung der Kohlewirtschaft am 15. 8. behandelt. Für die SPD-Fraktion sprachen Hue und Löffler; ebd., Bd. 329, S. 2475 ff., 2501 f.

⁶ Gestrichen: "Gen[ossen]".

⁷ Gestrichen: "strenge".

⁸ Die skizzierten Vorgänge stehen im Zusammenhang mit der von den Alliierten geforderten Räumung des Baltikums von deutschen Truppen, die von dem VI. Reservekorps unter General von der Goltz und den Freikorps verzögert wurde. Dabei spielten Landversprechungen an reichsdeutsche Freiwillige eine

Fraktionssitzung 14. 8. 1919 82.

Als von Belang wurde die Mitteilung empfunden, daß in den nächsten Tagen öffentlich bekanntgemacht werden wird, daß General von der Goltz⁹ in die Heimat zurückberufen wird.¹⁰

Ausführungen Hermann Müllers, wonach Kollege Winnig es gewesen ist, der mit der lettischen Regierung Ulmanis den Vertrag abgeschlossen hat, der den deutschen Soldaten Land verspricht, die im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfen¹¹, gaben Kollegen Hoch Veranlassung, den Antrag zu stellen, daß die Fraktion die Regierung ersuchen möge, deshalb den Genossen Winnig aus jedem Amt herauszurufen.

Der Antrag wird¹² mit *Hochs* Einverständnis zurückgestellt, bis die Fraktion mit Winnig selber eine Aussprache pflegen kann.¹³

- 10 Die Abberufung war von Foch am 1. 8. ultimativ gefordert und von der Goltz daraufhin zur Berichterstattung nach Deutschland befohlen worden. In einer Besprechung zwischen Reichswehrminister Noske, dem preußischen Kriegsminister Reinhardt, General Groener und Graf von der Goltz am 21. 8. wurde beschlossen, ihn nicht offiziell abzuberufen, sondern das Generalkommando des von ihm befehligten VI. Reservekorps nach Tilsit zurückzuverlegen und ihn nicht ins Baltikum zurückkehren zu lassen; NL Groener Nr. 131, Bl. 63; Kabinett Bauer, S. 208 f., bes. Anm. 10.
- 11 August Winnig hat als deutscher Bevollmächtigter für die baltischen Lande am 29. 12. 1918 mit Vertretern der damaligen lettischen Regierung einen Militärhilfevertrag geschlossen, in dem diese deutschen Freiwilligen, die für die Befreiung Lettlands von den Bolschewisten kämpften, versprachen, "auf ihren Antrag das volle Staatsbürgerrecht des lettländischen Staates zu gewähren". Dadurch sollte ihnen der Erwerb von Siedlungsland ermöglicht werden. Abschrift des Vertrages (vom Auswärtigen Amt am 31. 8. 1919 der Reichskanzlei übersandt) in BA Koblenz R 43/I 47, Bl. 233 f.; Inhalt auch in Schulthess 1918 II, S. 481; vgl. ferner Winnig, Ausgang, S. 82 ff. und 95 f.; ders., Heimkehr, S. 84 ff.
- 12 Gestrichen: "in".
- 13 Vgl. dazu Winnig, Heimkehr, S. 237 ff. Winnig wurde erst nach dem Kapp-Putsch in den Ruhestand versetzt; vgl. Nr. 55, Anm. 3.

82.

14.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Donnerstag] 14. VIII. 19, abends 9 Uhr."

Die Fraktion empfängt eine fünfköpfige Soldatenabordnung, die die Bestrebungen und Forderungen deutscher Soldaten vorbringt, die im Baltikum stehen. Nach dem Bericht handelt es sich um 25 000 Soldaten der Reichswehr, von denen etwa 6 000 Mann sich bäuerlich, andere 6 000 in den Städten in Lettland sich¹ niederlassen wollen.

große Rolle; Kabinett Bauer, S. 206 ff. und die dort angeführte weiterführende Literatur; vgl. ferner Anm. 10 und 11, sowie Nr. 82.

⁹ Gestrichen: "daß er".

¹ Streichung unleserlich.

82. 14. 8. 1919 Fraktionssitzung

Dazu soll ihnen die deutsche Regierung gegenüber der lettischen und der Entente behilflich sein.²

Die Soldaten berufen sich darauf, daß ihnen bei der Anwerbung neben dem Sold und der Baltenzulage die Möglichkeit der Erwerbung des lettischen Staatsbürgerrechts und des Landankaufs zu Vorkriegspreisen vertraglich zugesichert worden sei. Ulmanis, der Kriegsminister und noch ein lettischer Minister, und von deutscher Seite Winnig, hätten den Vertrag unterzeichnet. Würde er nicht gehalten, so würden die Truppen sich direkt als betrogen fühlen. Und sollte versucht werden, sie zwangsmäßig aus dem Lande zu ziehen, so sei es möglich, daß sie direkt den Gehorsam verweigern und sich im Lande zu behaupten suchen werden.³

Die Fraktion war sich einig, in eine sachliche Erörterung in Gegenwart der⁴ Abordnung n i c h t einzutreten, sondern nur noch Fragen zu stellen, soweit man dies als notwendig empfinde.

Nachdem diese Fragen⁵ dann Beantwortung durch die Soldatenvertreter gefunden [hatten], verließen sie die Sitzung und die Fraktion setzte die weitere Behandlung des Themas von der heutigen Tagesordnung ab, da noch eine ganze Reihe geschäftlicher Fragen heute zu erledigen sind. –

Bei Verabschiedung des Offiziers pensions gesetzes, über das Stücklen referiert, soll gemäß den Stücklenschen Vorschlägen verfahren werden.⁶

Kollege Keil referiert über die Erbschaftssteuer, In der eingehenden Aussprache tritt scharf hervor, daß man sich auf die Warenumsatzsteuer nicht einlassen könne, wenn die beiden großen direkten Steuern, die Einkommens- und die Erbschaftssteuer, nicht so ausgestaltet sind, wie es unsern Wünschen entspricht. Deshalb müsse man schon morgen im Ausschuß vom Zentrum das Zugeständnis erlangen, daß eine Milliarde mehr aus der Erbschaftssteuer herausgeholt werde. Aber auch dann sollten wir uns noch nicht binden, sondern die Zustimmung bezüglich der Umsatzsteuer davon abhängig machen, daß auch das Notopfer und die Einkommenssteuer bis zur Grenze des Möglichen ausgebaut wird.

Es wird beschlossen, morgen unsere alten Anträge zu wiederholen und vorher dem Zentrum, Erzberger und unsern Regierungsmitgliedern davon Mitteilung zu ma-

² Vgl. Schulthess 1919 II, S. 331 f.

³ Siehe Nr. 81, Anm. 11. – Durch die Art. 292 und 293 des Versailler Friedensvertrages wurde der von Winnig geschlossene Vertrag annulliert und anschließend auch von der Regierung Ulmanis die frühere Zusage widerrufen. Auf die daraus voraussichtlich erwachsenden Schwierigkeiten hatte das Auswärtige Amt in einer Note vom 13. 8. an die Entente verwiesen; siehe Herbert Krauss/Gustav Rödiger (Hrsg.), Urkunden zum Friedensvertrage vom 28. Juni 1919, Bd. 2, Berlin 1921, S. 1170 ff.; Schulthess 1919 II, S. 331

⁴ Gestrichen: "Soldaten".

⁵ Gestrichen: "durch".

⁶ Über das Gesetz (vgl. unter Nr. 72, Anm. 6) wurde am 18. 8. in 2. und 3. Lesung beraten und das Gesetz noch am gleichen Tag angenommen. Für die SPD-Fraktion ergriff Stücklen das Wort; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2544 ff.

⁷ Gestrichen: "aus".

Fraktionssitzung 14. 8. 1919 82.

chen, daß, wenn unsere Anträge abgelehnt werden, wir nicht in die Beratung der Umsatzsteuer eintreten. Unser Verhalten bei der Tabaksteuer und den anderen indirekten Steuern wird vom Ausgang dieses Ultimatums nicht abhängig gemacht.⁸

Kollege Steinkopf berichtet über das Beamtenpensionsgesetz. Die Fraktion stimmt den Beschlüssen des Ausschusses zu bezüglich der Pensionierung der Beamten über 65 Jahren.⁹

Die Frage der erhöhten Anrechnung der Kriegsjahre soll zu vertagen versucht werden; gelingt es nicht, stimmt die Fraktion gegen die Anrechnung.¹⁰

Scharf gerügt wird die mangelhafte Besetzung der Fraktion. Das Fehlen unserer Mitglieder im Plenum und in den Ausschüssen ist so stark, daß es zu einer Krise zu führen droht. Dr. [Adolf] **Braun** beantragt, im Laufe dieser Woche allen Parteiorganisationen Mitteilung zu machen, wie es mit der Anwesenheit der Mitglieder steht, damit eventuell für Ersatz der Abgeordneten gesorgt werden kann. – Der Vorstand soll weitere Schritte zur Herbeirufung der Mitglieder tun. Löbe bittet, die Kollegen möchten sich auch selber an die nicht anwesenden¹¹ Kollegen ihrer Wahlbezirke wenden, nachdem die in den letzten Tagen erfolgte telegraphische Beorderung durch den Vorstand keinen Erfolg gehabt habe.

⁸ Die SPD beantragte in dem für das Erbschaftssteuergesetz zuständigen 10. Ausschuß eine Verschärfung des Tarifs, sowohl für die Nachlaß- wie für die Erbanfallsteuer. Während im ersteren Fall der Vorschlag abgelehnt wurde, wurde bei der Erbanfallsteuer die Progression durch den Ausschuß erheblich verschärft; Sten. Ber., Bd. 333, Anlagen Nr. 941, Bericht des 10. Ausschusses "über den Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes"vom 17. 8. mit Anlage I (Synopse von Entwurf und Ausschußbeschlüssen) und Anlage II (Anträge), bes. die Anträge Nr. 122 (Keil und Genossen) und Nr. 123 (Adolf Braun und Genossen). – Zum Fortgang vgl. Nr. 84, bes. Anm. 9. Die 1. Beratung des Entwurfs des Umsatzsteuergesetzes und seine Überweisung an den 12. Ausschuß erfolgte am 14. 8., ebd., S. 2421; vgl. auch Nr. 86.

⁹ Vgl. unter Nr. 72, Anm. 6. – Zu den Beschlüssen des Haushaltsausschusses vgl. den Bericht vom 8. 8. in Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 795. Die 2. und 3. Plenarberatung und die Annahme erfolgten am 18. 8. Neben dem Berichterstatter *Bolz* ergriff nur *Oberfohren* (DNVP) das Wort.

¹⁰ Der entsprechende Gesetzentwurf – vgl. Nr. 72, Anm. 6 –, der am 14. 7. in 1. Beratung behandelt wurde (Sten. Ber., Bd. 328, S. 1532 f.) und auf den in der Plenarsitzung vom 18. 8. Stücklen (SPD) und Bolz (Zentrum) kurz eingingen, kam nicht zur 2. und 3. Beratung.

¹¹ Gestrichen: "Mitglied".

83.

15.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 15. VIII. 19, abends 9 Ilhr."

Die Fraktion hat zwei¹ Vertreter und einen Stellvertreter für den im Branntweinmonopolgesetz vorgesehenen Ausschuß zu wählen.² Die Unabhängigen haben gebeten, ihnen einen unserer Vertreter zu überlassen. Sie schlagen Wurm vor.

Die Sachverständigkeit Wurms wird anerkannt³, ebenfalls, daß bei einem anderen⁴ allgemeinen Verhalten der Unabhängigen ihnen der Posten gern überlassen [werde], so aber wird geltend gemacht, daß bei ihrem ganzen Verhalten nur zu befürchten ist, daß sie den Posten nur dazu benutzen würden, der Regierung und unserer Fraktion Schwierigkeiten zu machen.

Gegen 7 Stimmen wird das Verlangen der Unabhängigen abgelehnt; dann werden Davidsohn und Käppler und Brey als Stellvertreter für Käppler gewählt.⁵

84.

18.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Montag] 18. VIII. 19, abends 9 1/2 Uhr."

Dr. Sinzheimer berichtet, daß um möglichst schnell etwas zur Erlangung von Klarheit über die Kriegsschuldigen zu tun, an Stelle des Staatsgerichts-hofs zunächst ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt werden soll. Er soll das Recht haben, Unterausschüsse einzusetzen. Die Errichtung des Staatsgerichtshofs ist damit nicht aufgegeben. Die Arbeit

¹ Verbessert aus "die Wahl zweier".

² Bezieht sich auf den in § 77 des Branntweinmonopolgesetzes vom 26. 7. 1918, das am 1. 10. 1919 in Kraft trat, vorgesehenen Beirat von 20 Mitgliedern, von denen 5 vom "Reichstag" aus seiner Mitte zu berufen waren; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2256.

³ Emanuel Wurm war studierter Chemiker und zeitweise Redakteur der Wiener Zeitschrift für Spiritusund Preßhefe-Industrie. Als Staatssekretär des Reichsernährungsamtes seit Mitte Nov. 1918 hatte er sich allgemeine Anerkennung erworben und blieb nach dem Ausscheiden der USPD aus der Regierung der Volksbeauftragten auf Ersuchen der Regierung noch im Amt. Er schied erst mit der Bildung des Kabinetts Scheidemann aus. Vgl. dazu Elben, S. 96 ff.

⁴ Gestrichen: "Vorgeh[en]".

⁵ Die Wahl durch die Nationalversammlung erfolgte am 20. 8. 1919; für die SPD waren es die oben genannten. Die USPD stellte weder ein ordentliches Mitglied noch einen Stellvertreter; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2708.

Fraktionssitzung 18.8.1919 84.

des Untersuchungsausschusses soll sich erstrecken auf die Fragen der Schuld am Ausbruch, an der Verlängerung und am Verlust des Krieges.¹ Den Ausführungen Sinzheimers wird zugestimmt.²

Es erfolgen die Vorschläge zur Besetzung dieser Parlamentarischen Untersuchungskommission³, sowie zu einer Reihe anderer Kommissionen: zu einer

Kommission zur Ausführung des Kapitalfluchtgesetzes, zu einem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten nach §37 der Verfassung, "zur ständigen Vertretung der National-

" zur ständigen Vertretung der Nationalversammlung "",

"" " zur Ausführung des Friedensvertrages.⁴

Die frühere Kalikommission wurde in eine Kommission zur Ausführung des Kohlengesetzes umgewandelt.⁵

Dem Vorstand wurde überlassen, in den zur Kenntnis gebrachten Vorschlagslisten die notwendigen Verschiebungen vorzunehmen.

¹ Vgl. Nr. 74, Anm. 3 und Nr. 78, Anm. 1. Sinzheimer legte am 18. 8. als Berichterstatter des 8. (Verfassungsausschusses) den entsprechenden Antrag des Ausschusses vor (Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 946) und begründete ihn am 20. 8. im Plenum der Nationalversammlung; ebd., Bd. 329, S. 2698 ff. – Zu den Umständen, die zur Einrichtung dieses Ausschusses führten, sowie zu seinen Aufgaben und seiner Tätigkeit siehe Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; ferner Werner Hahlweg (Bearbeiter), Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags, Düsseldorf 1971, S. XIII ff.

² Dahinter gestrichen: "Es werden die Mitglieder".

³ Die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde am 20. 8. von der Nationalversammlung beschlossen und die Wahl der vorgeschlagenen 28 Mitglieder genehmigt. Die SPD-Fraktion entsandte Davidsohn, Kahmann, Katzenstein, Keil, Landsberg, Hermann Müller (Potsdam), Antonie Pfülf, Quarck, Clara Bohm-Schuch, Sinzheimer. Der Ausschuß erhielt die Nr. 15 und konstituierte sich am 21. 8. 1919. Sten. Ber., Bd. 329, S. 2708 und 2756.

⁴ Die Wahl der vorstehend genannten Ausschüsse erfolgte am 20. 8. durch das Plenum. – In den (19.) Ausschuß der Nationalversammlung "auf Grund des § 7 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht" mit 10 Mitgliedern entsandte die SPD Richard Fischer, Heimann, Wissell. – In den ständigen (16.) Ausschuß "auf Grund des Artikels 35 Abs. 1 [im Text irrtümlich § 37] der Verfassung (Auswärtige Angelegenheiten)" mit 15 Mitgliedern delegierte sie Adolf Braun, Hildenbrand, Scheidemann, Stücklen, Wels. – Im ständigen (17.) Ausschuß "auf Grund des Artikels 35 Abs. 2 [im Text irrtümlich auf § 37 bezogen] der Verfassung (Überwachungsausschuß)" mit 15 Mitgliedern war die SPD vertreten durch: Giebel, Löbe, Molkenbuhr, Schöpflin, Louise Schroeder, Vogel. Im (18.) Ausschuß "auf Grund der Gesetzentwürfe über die Ausführung des Friedensvertrages und Enteignungen aus Anlaß des Friedensvertrages" mit 15 Mitgliedern gehörten zur SPD: Dröner, Gehl, Michelsen, Elisabeth Röhl, Elfriede Ryneck, Thiele. Sten. Ber., Bd. 329, S. 2703 f. und 2756 f.

⁵ Das Gesetz über die "Regelung der Kohlewirtschaft. Vom 23. März 1919" (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 342 f.) sah in § 4 einen von der Nationalversammlung einzusetzenden 28köpfigen Ausschuß vor, der bei dem Erlaß von Ausführungsvorschriften seine Zustimmung geben mußte. Mit dem Gesetz vom 20. 8. zur "Abänderung des Gesetzes über die Kohlewirtschaft (ebd., S. 1447) wurden die Kompetenzen dieses Ausschusses auf eine Mitsprache bei der Sitzverteilung und Besetzung des Reichskohlenrates ausgedehnt. Auf Vorschlag des Ältestenausschusses wurde der Kaliausschuß (vgl. oben Nr. 70, bes. Anm. 2) vom Plenum am 19. 8. auch als Ausschuß für die Kohlewirtschaft bestellt.

84. 18. 8. 1919 Fraktionssitzung

Nachdem eine Besprechung über die R e i c h s a b g a b e n o r d n u n g vor sich gegangen, wurde mit Mehrheit bestimmt, gemäß den Vorschlägen Dr. [Adolf] Brauns und Keils auch im Plenum für die Streichung des Absatzes im § 451 einzutreten, der eine Abänderung als nur mit ²/₃ Mehrheit zulässig vorsieht.⁶

Der Vorstand soll sich mit der sozialdemokratischen⁷ Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses in Verbindung setzen, um eine Besprechung der von der Fraktion nicht gebilligten Stellung des Genossen Südekum in Steuerfragen herbeizuführen.⁸ Keil berichtet, daß hinsichtlich der Erbschafts steuer im Ausschuß zwar eine Verschärfung, aber bei weitem nicht die notwendigen Sätze erreicht werden. In den entscheidenden Punkten sei jetzt nichts mehr zu erreichen. Es sollen aber im Plenum noch etliche Änderungen beantragt werden.⁹ Deshalb sei die Anwesenheit aller Fraktionsmitglieder notwendig.

Es wird mit großer Mehrheit ein Antrag Hoch angenommen, die Namen der fehlenden Fraktionsmitglieder sofort zu veröffentlichen, wenn in den letzten Tagen irgendeine Sache im Plenum an unserer schwachen Besetzung scheitert.

An Stelle des Kollegen Löffler, der infolge eines Todesfalls abreisen muß, werden Osterroth und Dietrich als Referenten zum Rätegesetz bestimmt, falls Löffler abwesend bleiben sollte.¹⁰

- 6 Im ursprünglichen § 451 der Reichsabgabenordnung und dem neuen § 46 des Gesetzentwurfs über die Reichsfinanzverwaltung war vorgesehen, daß Gesetzesänderungen nur unter den Voraussetzungen erfolgen konnten, "die nach der Reichsverfassung für Verfassungsänderungen vorgesehen sind". In der Fassung des (10.) Berichtsausschusses war diese Klausel gestrichen worden; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 759 und 994. Bei der Plenarberatung am 19. 8. lehnte Adolf Braun für die SPD eine Wiedereinführung dieses Paragraphen ab; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2614. Während der Abschlußberatung schwenkte die SPD um und erklärte sich durch Keil bereit, entsprechend einem Antrag Herold (Zentrum) diese Klausel "wieder in das Gesetz aufzunehmen". Mit dieser Ergänzung wurde es am 19. 8. als Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung verabschiedet; ebd., S. 2642 f.; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1591 ff.
- 7 Gestrichen: "Land".
- 8 Der preußische Finanzminister Albert Südekum (SPD) hatte sich bei der Beratung der "Reichsabgabenordnung" und der Erbschaftssteuer im Finanzausschuß der Nationalversammlung gegen Erzbergers Pläne gewandt, vor einer zu hohen Erbschaftssteuer gewarnt und erklärt, daß sich Preußen unter keinen Umständen einer Entscheidung beugen werde, die Erhebung von allgemeinen Steuern nur noch dem Reich zu gestatten. Südekum berief sich bei seinem Votum darauf, der Finanzausschuß der preußischen Landesversammlung habe sich einstimmig auf seinen Standpunkt gestellt. Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der preußischen Landesversammlung waren jedoch über diesen Vorstoß offenkundig nicht informiert worden. Die Nationalversammlungsfraktion der SPD sah sich gezwungen, ihren zu § 451 "gefaßten Beschluß wieder um[zu]stoßen". Vgl. Parteiausschuß 28./29. 8. 1919, Reprint, S. [669 f.], [675 f.] u. [689]. Zu Südekums Position und Politik in der Steuerfrage siehe Eimers, S. 69 f. und 196–202; vgl. ferner Schulz, Demokratie, S. 234; Epstein, S. 339; Kabinett Bauer, S. 150.
- 9 Vgl. den in Nr. 82, Anm. 8 zitierten Ausschußbericht vom 17. 8. Die Anträge Nr. 122 (Keil und Genossen) und Nr. 123 (Adolf Braun und Genossen), die eine Erhöhung der Sätze vorsahen, waren im Ausschuß angenommen worden. Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 941. Bei der 2. und 3. Lesung des Erbschaftssteuergesetzes am 20. 8. 1919, bei der für die SPD Keil und Katzenstein sprachen, verzichtete die Fraktion darauf, "weitere Verschärfungsanträge zu stellen" und stimmte für die Ausschußfassungen; das Gesetz wurde mit Mehrheit angenommen. Sten. Ber., Bd. 329, S. 2648 ff., 2663 ff. und 2670, bes. S. 2650. Das Erbschaftssteuergesetz wurde am 10. 9. verkündet und trat rückwirkend mit dem 1. 9. 1919 in Kraft. Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1543 ff.
- 10 Der Entwurf des Betriebsrätegesetzes wurde am 21. 8. in 1. Lesung behandelt. Für die SPD sprach Dietrich; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2742 ff.; vgl. auch unter Nr. 76, Anm. 10 und Nr. 79, Anm. 4.

85.

20.8.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch III, Handschrift Reimes. Überschrift: "Weimar, Sitzung vom [Mittwoch] 20. VIII. 19, morgens 8 Uhr."

Die Fraktion erklärt sich damit einverstanden, daß zu einer Interpellation Dransfeld alle Fraktionen nur eine Garnitur Redner stellen.¹

Ebenfalls erklärt sie sich einverstanden mit einer Fraueninterpellation bezüglich der Kriegsgefangen en²;

ferner mit der beabsichtigten Zuwendung von 300 000 Mk. aus Reichsmitteln an das Nationaltheater in Weimar.³

Um Mittel für Kriegshinterbliebene bereitzustellen, wollen alle sechs Parteien gemeinsam eine Resolution oder einen Initiativantrag einbringen. Strittig ist noch die Frage, ob eine bestimmte Summe gefordert werden soll oder ob man sich mit der Formel begnügen will, daß die Regierung "die erforderlichen Mittel bereitstelle".⁴ – Die Fraktion beschließt, auf eine bestimmte Summe von 300 Mill. zu drängen. Ergibt sich darüber keine Einigung mit den anderen Parteien, so wird es den Verhandlungsführern überlassen, die geeignete Form zu finden.⁵

In den Beirat zur Reichs-Textil-Aktiengesellschaft werden Krätzig und Schumann gewählt.⁶

Es wird der Rätegesetzentwurf besprochen und als Redner Kollege Dietrich bestimmt.⁷

¹ Zur Interpellation *Dransfeld* (vgl. Nr. 72, Anm. 10) erfolgte am 20. 8. keine Aussprache; nur Reichsarbeitsminister *Schlicke* nahm zur Beantwortung das Wort; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2712 f.

² In einer Entschließung aller Fraktionen vom 19. 8. wurde die Freilassung aller deutschen Kriegsgefangenen verlangt; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 953. Eine gesonderte Interpellation der Frauen wurde nicht eingebracht. Die Entschließung wurde vom Plenum am 20. 8. einstimmig verabschiedet; ebd., Bd. 328, S. 2714.

³ Ein entsprechender Antrag wurde gemeinsam von den Fraktionen der SPD, DDP, DVP und des Zentrums am 19. 8. eingebracht und am 20. 8. mit Mehrheit angenommen; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 948; Bd. 329, S. 2716.

⁴ Gestrichen: "Aber d[ie]".

⁵ In einem gemeinsamen Antrag sämtlicher Fraktionen vom 20. 8. wurde die Reichsregierung gebeten, "sofort ausreichende Mittel zur schleunigen Gewährung von Beihilfen an notleidende Kriegshinterbliebene zur Verfügung zu stellen". Die Nationalversammlung nahm am 21. 8. den Antrag einstimmig an; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 980, Bd. 329, S. 2721.

⁶ Die Einsetzung eines parlamentarischen Überwachungsausschusses von 7 Mitgliedern für die Liquidation der Retag war vom (6.) Ausschuß für Volkswirtschaft in seinem Bericht vom 19. 8. empfohlen worden; vom Plenum wurde am 21. 8. entsprechend beschlossen und anschließend die Mitglieder berufen. Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 951, S. 950; Bd. 329, S. 2748. Zu den SPD-Vertretern Krätzig und Schumann vgl. Nr. 69, Anm. 8 und Nr. 79, Anm. 3.

⁷ Vgl. unter Nr. 84, Anm. 10.

86. 25. 9. 1919 Fraktionssitzung

Nach einer Berichterstattung durch Hoch erklärt⁸ die Fraktion sich einverstanden, die Regierung zur Aufnahme einer P r ä m i e n a n l e i h e zu ermächtigen, falls kein anderer Weg zur Aufnahme der dringend notwendigen größeren Anleihe gefunden wird. An sich sind wir nach wie vor grundsätzliche Gegner derartiger Maßnahmen. Eine derartige Erklärung soll unsererseits abgegeben werden.⁹

Löbe macht noch die Mitteilung, daß Dr. [Adolf] Braun seinen Vorstandsposten niedergelegt habe, weil gestern die Fraktion entgegen ihren Beschlüssen und entgegen der Rede Brauns gestimmt hat. Löbe spricht die Hoffnung aus, daß noch eine Einigung mit Dr. Braun erzielt werde. 10

86.

25.9.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Berlin, Sitzung vom [Donnerstag] 25. IX. 19¹, nachmittags 5 Uhr."

Zu der plötzlich notwendig gewordenen Sitzung ist die Einladung nur durch Aushang an der Tafel des Hauses und durch eine Bekanntmachung im heutigen Morgen-Vorwärts ergangen², so daß nur die in Berlin anwesenden Fraktionsmitglieder von der Sitzung Kenntnis haben. In ihrem Verlaufe teilte Löbe mit, daß 44 Mitglieder sich in die Präsenzliste eingetragen haben.

Die Sitzung ist notwendig geworden zur Klärung von Streitfragen, die aufgetaucht sind in der Kommission zur Beratung der Umsatzsteuerund im Hauptausschuß bei der Beratung der im Hofetat eingestellten Ausgabeposten für den Reichspräsidenten.

⁸ Streichung unleserlich.

⁹ Bezog sich auf den Gesetzentwurf "betreffend einen Anleihekredit für das Jahr 1919 sowie die Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien", der am 20.8. beraten wurde. Dazu lag ein Antrag Löbe-Burlage vor, dem § 3 hinzuzufügen: "Befreiungen von der Einkommensteuer oder Minderungen dieser Steuer sind jedoch unzulässig." Nachdem entsprechend dem Geschäftsordnungsantrag Hoch zunächst über die Aufnahme dieser Ergänzung abgestimmt worden war, wurde die Gesetzesvorlage mit Mehrheit angenommen. Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 968, Bd. 329, S. 2696.

¹⁰ Vgl. unter Nr. 84, Anm. 6 und 8. Während Adolf *Braun* in seiner Rede entsprechend dem Fraktionsbeschluß (siehe unter Nr. 83) den § 451 der Reichsabgabenordnung, bzw. § 46 der Gesetzesvorlage über die Reichsfinanzverwaltung abgelehnt hatte, stimmte die SPD-Fraktion nach *Keils* Erklärung für die Wiedereinführung der Klausel entsprechend dem Zentrumsantrag; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2642.

¹ Im Protokollbuch irrtümlich: "18", mit Bleistift verbessert in "19".

² Im Vorwärts Nr. 490 vom 25. 9. 1919 wurde unter der Überschrift "Der Streit um die Umsatzsteuer" lediglich bekanntgegeben, daß sich die "heutige Zusammenkunft der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder mit der Lage, die durch die gestrigen Vorgänge im Ausschuß geschaffen wurde, beschäftigen" werde.

Fraktionssitzung 25. 9. 1919 86.

Krätzig berichtet über die Streitfragen bezüglich der Umsatzsteuer.

Die Fraktionsmitglieder in der Kommission haben gestern wegen der mit der Umsatzsteuer verbundenen Lasten für das Volk ihre Vertagung beantragt bis zur Erledigung der direkten Steuern.

Der Antrag ist nicht durchgedrungen.3

Darauf haben sie in der Kommission die Vertagung der Gesamtberatungen durchgesetzt, bis die Fraktion erneut zur Umsatzsteuer Stellung genommen. Krätzig vertrat den Standpunkt, daß, wenn die Fraktion die Wiederaufnahme der Beratungen beschließen solle, dann dahin gewirkt werden solle, alle die drückenden Steuern auf Lebensmittel, aber auch auf die sonstigen unentbehrlichen Bedarfsstücke, wie Schuhe, Kleidung, insbesondere Textilien, aus der Steuer herauszubringen.

Gelänge das nicht, dann solle die Fraktion g e g e n das Gesetz stimmen. Bei⁵ einem anderen Beschluß könne er persönlich bei der⁶ Vorbereitung des Gesetzes nicht mehr mitmachen.

In der eingehenden Aussprache, an der sich auch der Reichskanzler, Kollege Bauer, beteiligte, wurde der Standpunkt, sich an der Bewilligung von in direkten Steuern höchstens bei Luxusgegenständen, unter keinen Umständen aber bei notwendigen Bedarfsartikeln zu beteiligen, mit aller Schärfe noch vom Kollegen Käppler vertreten.⁷

Dem Vorbehalt verschiedener Kollegen⁸, daß derartig belastende Steuern nicht hätten eingebracht werden dürfen, ohne daß unsere Regierungskollegen mit der Fraktion Rücksprache genommen hätten, hielt Bauer entgegen, daß der Vorgang in der Kommission hätte vermieden werden können, wenn vorher unsere Mitglieder mit der Regierung Rücksprache genommen hätten. Eine Verständigung wäre dann leicht herbeigeführt worden.

Be schlossen wurde mit Mehrheit, morgen in der Kommission die sachliche Beratung der Technik des Gesetzes⁹ aufzunehmen, ohne sich auf bestimmte

³ Zuständig für das Umsatzsteuergesetz war der 12. Ausschuß – vgl. Nr. 82, Anm. 8. In seinem Bericht vom 13. 12. 1919 heißt es, in der ersten Ausschußsitzung sei ein Antrag auf Aussetzung "bis zur Verabschiedung der direkten Steuergesetze gestellt", dieser aber in der nächsten Sitzung zurückgezogen worden, nachdem die Antragsteller erklärt hatten, "eine befriedigende Antwort von der Regierung erhalten zu haben"; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1753. Namen oder Parteizugehörigkeiten werden in dem Bericht – wie generell bei allen Ausschußberichten – nicht genannt.

⁴ In dem Bericht – siehe Anm. 3 – heißt es (S. 1788): Nach der ersten allgemeinen "Aussprache wurde Vertagung beschlossen, um nochmals die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich sei, auf Grund des Regierungsentwurfs ein brauchbares Gesetz zu schaffen".

⁵ Gestrichen: "Gelänge das".

⁶ Gestrichen: "dem" und hinter Vorbereitung "Beratung".

⁷ In der Sache handelt es sich um eine allgemeine Umsatzsteuer; eine mögliche Herausnahme der wichtigsten Grundnahrungsmittel wurde jedoch schon bei Alternativberechnungen mitberücksichtigt. Vgl. den Ausschußbericht [oben Anm. 3], S. 1789; ferner Nr. 88.

⁸ Gestrichen "zur" und "derartig" verbessert aus "die Regierun".

⁹ Gestrichen: "wieder".

Steuerp r o z e n t s ä t z e einzulassen, die Zwischenzeit aber dazu zu benutzen, mit den Kabinettsmitgliedern in Fühlung zu treten, um eine Änderung der Prozentsätze zu erzielen. Nachher, beim Überblick über die Gesamtgestaltung der Steuern soll die Fraktion dann die Entscheidung treffen.¹⁰

Kollege Hoch berichtet sodann über die Differenzen im H a u p t a u s s c h u ß.

Im Nachtragsetat ist das persönliche Einkommen des Reichspräsidenten von 100 000 Mark auf 120 000 Mark erhöht worden; die sachlichen Ausgaben sind von 500 000 Mark auf etwas über 600 000 Mark erhöht worden. Ein Unterstaatssekretär, drei vortragende Räte und ein zahlreiches Unterpersonal, die ein besonderes Büro für den Reichspräsidenten bilden, sollen bewilligt werden. 11

Unsere Mitglieder im Hauptausschuß haben den Antrag gestellt, die 20 000 Mark Gehaltmehr zu streichen.

Aber wichtiger¹² sei der Personalumbau. Unsere Kollegen haben den Standpunkt vertreten, das notwendige Büropersonal zu bewilligen, aber die Aufgaben der vortragenden Räte sollen den Ministern vorbehalten bleiben.

Dem Reichspräsidenten solle ein hervorragender Beamter, vielleicht mit dem Titel eines Direktors beim Reichspräsidenten, bewilligt werden, der die enge Fühlung zwischen dem Präsidenten und den Ministerien herstellt. –

Die Fraktion b e s c h l i e ß t, diesen Kürzungen und Vereinfachungen im Etat, wie sie heute schon im Ausschuß beantragt worden sind, z u z u s t i m m e n. 13

Betont wurde, daß in dieser Stellungnahme kein Mißtrauen gegen Genossen *Ebert* liegt. Man wolle¹⁴ der Gefahr einer Nebenregierung vorbeugen, die in diesem besonderen Reichspräsidentenbüro begründet liegt, sobald dieses Amt einmal in die Hände anderer Parteien übergehe.

¹⁰ Es ist wegen der fehlenden Datumsangabe im Ausschußbericht nicht zu klären, auf welchen der beiden in Anm. 3 und 4 erwähnten Vorgänge sich der Beschluß der Fraktion bezieht. Nach der Vertagung – vgl. Anm. 4 – behandelte der Ausschuß in seiner nächsten Sitzung nochmals ohne Ergebnis den gesamten Komplex und verständigte sich dann auf die Einsetzung "eines Unterausschusses zur Vorberatung der weiteren Behandlung des Gesetzes"; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1753, S. 1788.

¹¹ Siehe Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1046 "Ergänzung zum Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919", vorgelegt am 19. 9., darin Anlage I "Haushalt des Reichspräsidenten für das Rechnungsjahr 1919"; vgl. auch oben Nr. 31, Anm. 11.

¹² Gestrichen: "ist".

¹³ Gestrichen: "Besch[lossen]". – Der Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 2. 10. 1919 (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1097) bezieht sich zwar auch auf: "A Haushalt des Reichspräsidenten – Anlage I (neue Fassung)"; diese liegt dem Bericht jedoch nicht bei.

¹⁴ Gestrichen: "lediglich".

87.

30.9.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 30. IX. 19, 6 1/2 Uhr abends."

Löbe teilt mit, daß der Vorstand einmütig empfiehlt, aus praktischen Gründen die Führung der Geschäfte des 1. Fraktionsvorsitzenden dem Genossen Scheidemann, zu übertragen. Neben Scheidemann werden¹ als engerer Vorstand noch die Kollegen Löbe und Hoch amtieren.² Die Fraktion ist einverstanden und spricht dem Genossen Löbe ihren Dank für seine geschickte bisherige Tätigkeit aus.

Debattelos werden dann Mitteilungen aus dem Seniorenkonvent über den vorgesehenen Geschäftsgang entgegengenommen.

Fischer-Hannover teilt mit, daß an seiner Stelle der Kollege Wolff die Verwaltung der Tribünenkarten übernommen [habe].

Eine Diskussion entspinnt sich über die Stellungnahme des Kollegen Katzenstein in der Kommission für das R e i c h s n o t o p f e r. Katzenstein hält die Befürchtung, daß die Entente die Hand auf das Reichs[not]opfer legen könne, nicht für unbegründet. Die Fraktion beschließt mit großer Mehrheit gemäß einer Anregung Dr. Brauns³, an ihrem alten Standpunkt für das Reichsnotopfer, wesentlich in seiner vorgeschlagenen Gestalt festzuhalten.⁴ Eine Anregung Heimanns, die Frage noch einmal in einem kleineren Kreis von Genossen durchzusprechen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Davidsohn teilt mit, daß die Kommission zur Untersuchung der Kriegsschuldfragen 4 Unterausschüsse mit den gleichen Rechten wie die ordentlichen Ausschußmitglieder bilden soll und wünscht die Zustimmung der Fraktion zu dem Vorschlag, daß die 10 Mitglieder des Ausschusses die Mitglieder der Unterausschüsse bestimmen sollen.⁵ Die Fraktion ist damit einverstanden.

Als Redner in den Plenarverhandlung en werden folgende Kollegen bestimmt:

Binder⁶ zum Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in Bäckereien,

¹ Gestrichen: "Die Fraktion ist ohne".

² Siehe dazu Vorwärts Nr. 501 vom 1. 10. 1919.

³ Streichung unleserlich.

⁴ Siehe dazu Dok. Nr. 90, Anm. 19 und Nr. 99, Anm. 1; der Bericht des zuständigen 10. Ausschusses vom 26. 11. 1919 (Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1611) enthält keinen direkten Hinweis auf *Katzensteins* Bedenken.

⁵ Siehe oben Nr. 84, bes. Anm. 1 und 3. Die Einsetzung von 4 Unterausschüssen beschloß der Untersuchungsausschuß in seiner 2. Sitzung am 30. 9. 1919; Schulthess 1919 I, S. 413 f.; vgl. ferner unter Nr. 90.

⁶ Gestrichen: "über".

87. 30. 9. 1919 Fraktionssitzung

Hoch [zum Gesetzentwurf] über das Arbeitsgeld der Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen,

Dr. Braun zur Interpellation über die V aluta,

Stahl und Giebel zum Bericht über die Militärwerkstätten.⁷

Die beiden Letztgenannten sollen gemeinsam mit dem Vorstand einen Antrag vorbereiten, über den dann mit dem Zentrum und den Demokraten eine Verständigung herbeigeführt werden soll.⁸

Scheidemann berichtet sodann über die Verhandlungen betreffs einer Änderung in der Regierungszusammensetzung.

Um eine⁹ Grundlage für den Wiedereintritt der Demokraten und ein Zusammenarbeiten der drei Parteien zu finden, hat man alle Streitfragen auszuschalten¹⁰ gesucht, die aller Voraussicht nach die gegenwärtige Nationalversammlung gesetzgeberisch nicht mehr beschäftigen, und sich im wesentlichen über die drei Fragen: Steuern, Betriebsräte und Neuwahlen zu einigen gesucht.¹¹ Eine Einigung scheint zustande zu kommen, falls sie nicht an einer noch bestehenden Differenz zwischen Zentrum und Demokraten über die Personenfrage scheitert.¹² Sachlich liegen für uns ausreichende Zugeständnisse der Demokraten vor. In der Betriebsrätefrage ist ihnen gesagt worden, daß es hierin für uns kein Abhandeln gibt, sondern daß die Vorlage das Minimum unserer Forderungen bedeutet.¹³

⁷ Binder redete am 2. 10. zum "Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 28. Nov. 1918", der am 27. 8. 1919 vorgelegt worden war; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2829, Bd. 338, Anlagen Nr. 1016, Gesetzentwurf. Hoch sprach am 2. 10. zum Gesetzentwurf "über das Arbeitsgeld der Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen"; ebd., Bd. 329, S. 2836 und Bd. 338, Anlagen Nr. 1028, Gesetzentwurf, Adolf Braun am 1. 10. zur Interpellation Heinze: Deutsche Valuta; ebd., Bd. 329, S. 2794, Bd. 339, Anlagen Nr. 1061; Giebel und Stahl am 21. 10. bzw. 22. 10. 1919 zum Bericht des Haushaltsausschusses über Militärwerkstätten; ebd., Bd. 330, S. 3301 ff. und 3357 ff. Der Bericht mit dem Datum vom 30. 5. ist abgedruckt in Bd. 337, Anlagen Nr. 657.

⁸ Ein gemeinsamer Entschließungsantrag der drei Fraktionen mit Richtlinien über die "Fortführung, Auflösung und Verwaltung der ehemaligen Heeres- und Marinebetriebe" wurde am 21. 10. vorgelegt und am 22. 10. vom Plenum angenommen; Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1280 und Bd. 330, S. 3334.

⁹ Gestrichen: "Plattform".

¹⁰ Verbessert aus "ausgeschaltet".

¹¹ Vgl. dazu zusammenfassend den Abschnitt bei Albertin, Liberalismus, S. 355 ff.: "Der Wiedereintritt der DDP in das Kabinett im Oktober"; ders., Linksliberalismus, S. 84 und 86 ff.; ferner Kabinett Bauer, S. 276 ff.

¹² Über die personellen Fragen beim Wiedereintritt der DDP wurde am 30. 9. in einer interfraktionellen Besprechung unter Vorsitz von Reichskanzler Bauer eine Einigung erzielt; Kabinett Bauer, S. 276 ff., bes. S. 278, Anm. 4. Eugen Schiffer übernahm am 3. 10. das bisher kommissarisch von Unterstaatssekretär Heinrich Delbrück verwaltete Justizministerium; Erich Koch-Weser wurde am 5. 10. Nachfolger des Sozialdemokraten Eduard David als Reichsminister des Innern und Otto Geßler trat am 25. 10. an die Spitze des neugeschaffenen Reichsministeriums für den Wiederaufbau; ebd., S. XXXVII ff.

¹³ Zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes vgl. Nr. 84, Anm. 10. – Nach Koch-Weser (Aufzeichnung vom 29. 9., zit. in Kabinett Bauer, S. 277, Anm. 3) hielten die Sozialdemokraten in der Betriebsräte-

Scheidemann em pfiehlt den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung.

Nach der Aussprach e über seinen Bericht stimmt die Fraktion ihm mit großer Mehrheit zu und ermächtigt den 14 Vorstand, auf der Grundlage der gehörten Vorschläge die Einigung zum Abschluß zu bringen. 15

Becker¹⁶-Schlesien schlägt eine Interpellation gegen das Schieberund Wuchertum vor.

Die Fraktion einigt sich dahin, daß der Vorstand sich mit einem geeigneten Vorgehen beschäftigen und der Fraktion Vorschläge machen soll.¹⁷

Die Unabhängigen wünschen die Unterstützung einer schon morgen von ihnen¹⁸ einzubringenden Interpellation über die Lederwirtschaft.

Die Fraktion tritt dem nicht bei, sondern beschließt, mit der Regierung¹⁹, die bereits eine Vorlage zur Abstellung der Mißstände in Bearbeitung haben soll, vorher Rücksprache zu nehmen und dann den Unabhängigen eine entsprechende Mitteilung zu machen.²⁰

frage an ihren Vorstellungen fest; zu den Forderungen der DDP siehe Albertin, Linksliberalismus, S. 87 und 91; dazu Vorwärts Nr. 503 vom 2. 10. 1919.

¹⁴ Gestrichen: "Vorschlag".

¹⁵ Die DDP trat am 3. 10. in die Regierung ein. - Siehe dazu auch den Leitartikel Scheidemanns "Koalition und Ideal" im Vorwärts Nr. 506 vom 3. 10. 1919.

¹⁶ Vor "Becker" gestrichen: "Auf Vorschlag".

¹⁷ Eine Interpellation wurde nicht eingebracht. Becker (Oppeln) ging jedoch in seiner Parlamentsrede am 13. 10. zur Interpellation Löbe-Scheidemann (siehe dazu Nr. 88, Anm. 3) auf das Schiebertum ein; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3058. Am 28. 10. befaßte sich das Kabinett mit dem Entwurf einer "Verordnung über Sondergerichte gegen Schleichhandel und Preistreiberei (Wuchergerichte)". Er wurde am 8. 11. dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung zugestellt. Verkündet wurde die Verordnung am 27. 11. 1919; siehe Kabinett Bauer, S. 332, 346; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1639; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1909 ff.

¹⁸ Gestrichen: "eingebrachten".

¹⁹ Gestrichen: "von der es heißt".

²⁰ Siehe dazu Nr. 88.

88.

3.10.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 3. X. 19¹, nachm. 5 ¹/₂ Uhr."

Die Fraktion beschließt, die von den Unabhängigen geplante Interpellation über die Lederbewirtschaftung nicht zu unterstützen, sondern nach vorherigem Inverbindungtreten mit den zuständigen Ministern selber zu interpellieren und² hierin die in der vorigen Sitzung von Becker-Oppeln angeschnittene Frage der Lebensmittelbewirtschaftung mit einzubeziehen.

Becker und Davidsohn werden als Redner zur Interpellation bestimmt.3

Für die Nichtunterstützung der Interpellation der Unabhängigen ist maßgebend, daß die Unabhängigen⁴, wie **Scheidemann** darlegt, erst vor wenigen Tagen es abgelehnt haben, mit uns gemeinsam im Interesse der elsaß-lothringischen Arbeiter vorzugehen. *Haase* erklärte damals: Das machen wir aufgrund unserer eigenen Verbindungen alleine.⁵

Es werden die Redner zu den Gegenständen der Plenarverhandlungen der nächsten Tage bestimmt.⁶

In den wieder zusammentretenden Interfraktion ellen Ausschuß werden die vier Vorsitzenden der Fraktion delegiert⁷, von denen einer als Ersatzmann gelten soll.⁸ Die Fraktionssitzungen sollen künftig jeden Dienstag und Freitag gleich nach dem Plenum, an anderen Tagen nur nach Bedarf, stattfinden.

¹ Gestrichen: "abends".

² Gestrichen: "hier".

³ Die Interpellation Löbe-Scheidemann betr. die Preissteigerung der Häute, des Leders, der Schuhwaren etc. infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1101) vom 4. 10. wurde am 13. 10. 1919 im Plenum der Nationalversammlung behandelt. Becker (Oppeln) begründete die Interpellation; ebd., Bd. 330, S. 3054 ff. Davidsohn sprach am 14. 10.; ebd., S. 3093 ff. – Die USPD brachte offensichtlich keine eigene Interpellation ein.

⁴ Gestrichen: "gemäß Darlegung".

⁵ Bezieht sich möglicherweise auf die am 14. 8. gestellte Anfrage Löbe, vertriebenen Elsaß-Lothringern durch Darlehen zu helfen, die erst am 15. 10. 1919 vom Reichsminister des Innern beantwortet wurde; Sten. Ber., Bd. 338, Anlagen Nr. 880 und Bd. 339, Anlagen Nr. 1226.

⁶ Thiele sprach am 4. 10. zu dem "Terror gegenüber Mitgliedern der Gewerkschaft der Textilarbeiter", Röhle (Sachsen) zum Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten (Sten. Ber., Bd. 330, S. 2869 ff.), Scheidemann am 7. 10. zur 2. Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1919, Reichskanzler und Reichsministerium (ebd., S. 2875), Sinzheimer am 8. 10. zur Justiz- und Strafrechtsreform, Stolten zur Einteilung und Abgrenzung der Landesfinanzämter (ebd., S. 2909 ff.), Meerfeld am 9. 10. zur 2. Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1919, Reichskanzler und Reichskanzlei (ebd., S. 2964 ff.), Taubadel am 11. 10. 1919 zum Haushalt der Reichspost- und Telegraphenverwaltung (ebd., S. 3033 ff.).

⁷ Gestrichen: "mit der Maßgabe".

⁸ Zur Wiedereinrichtung des Interfraktionellen Ausschusses mit dem Regierungseintritt der DDP vgl. Kabinett Bauer, S. 296, 299 und 303.

Fraktionssitzung 3. 10. 1919 88.

Krätzig⁹ berichtet über die Verhandlungen in der Kommission und mit der Regierung bezüglich der Umsatzsteuer, die im Sinne der von der Fraktion festgelegten Richtlinien gepflogen wurden.¹⁰

In einer Besprechung von Kommissionsmitgliedern der drei Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister wurde nach längeren Beratungen eine Verständigung erzielt, die es ermöglichen wird, das Umsatzsteuergesetz zustande zu bringen. Die Verständigung geht dahin, eine allgemeine Umsatzsteuer von 1½ Proz. festzusetzen. Dafür kommt in Wegfall die Kleinhandelssteuer von 5 Proz. und die Herstellersteuer von 10 Proz. Ein Teil der Waren, die der Herstellersteuer unterworfen werden sollten, sollen zu den Waren kommen, für die eine Luxuswarenumsatzsteuer vorgesehen ist. Diese Steuer soll 25 Proz. betragen. Die Inseraten zu den Waren kommen, für die eine Luxuswarenumsatzsteuer, sowie die Besteuerung des Logiswesen im Fremdenverkehr soll akzeptiert werden, und hinzukommen soll eine Steuer von 10 Proz. vom Ertrage der freien Berufe.

Die Lebensmittel sollen allerdings nicht von der allgemeinen Umsatzsteuer ausgenommen werden. Dafür ist vorgesehen eine pauschale Rückvergütung für kinderreiche Familien, gestaffelt nach der Höhe des Einkommens. Nach einem schon vorliegenden Antrag, der noch näherer Ausgestaltung unterzogen werden soll, sind vorgesehen Rückvergütungen von 20, 30 und 40 Mk pro Kind an Familien mit mehr als zwei Kindern.

Endlich soll in dem Gesetz dem Reichstag oder Reichsrat das Recht eingeräumt werden, bei diesem Gesetz zu erst abzubauen, sobald es die Finanzlage des Reiches gestattet.

Die schlimmsten Giftzähne sind also der Umsatzsteuervorlage ausgebrochen worden. Aber das, was nun zustande kommt, werden wir tragen müssen, so schwer es fällt und so gern die Sozialdemokraten es vermieden hätten.¹²

Der Bericht Krätzigs wurde ohne Diskussion in zustimmendem Sinne entgegengenommen.

⁹ Gestrichen: "und Landsberg".

¹⁰ Der nachfolgende Zeitungsausschnitt bis "vermieden hätten" ist aus dem Vorwärts Nr. 519 vom 10. 10. 1919, Leitartikel von Hermann Krätzig "Die kommende Umsatzsteuer". – Vgl. oben Nr. 86.

¹¹ Siehe dazu den Bericht des zuständigen 12. Ausschusses vom 13. 12. 1919; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1753, S. 1789 f. Danach hatten die den Koalitionsparteien angehörenden Mitglieder des Unterausschusses (Nr. 86, Anm. 10) während der Vertagung "mit der Regierung ein Kompromiß geschlossen", ohne, wie der Ausschußvorsitzende Adolf Kempkes (DVP) kritisierte, "die Minderheitsparteien zuzuziehen". Nach diesem Kompromiß "hielt der Unterausschuß seine Aufgabe für erledigt" und der 12. Ausschuß trat in die Einzelberatung auf der Basis der erzielten Übereinkunft ein.

¹² Vgl. dazu die Synopse der Entwürfe des Umsatzsteuergesetzes nach der Regierungsvorlage und den Ausschußbeschlüssen; als Anlage zum Ausschußbericht, vgl. Anm. 11.

89. 7. 10. 1919 Fraktionssitzung

89.

7.10.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Dienstag] 7. 10. 19, abends 8 Uhr."

Die Sitzung findet mit der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses statt und dient zur Entgegennahme eines Vortrags des Genossen Dr. Caspari über das Thema Jugendwohlfahrt.

Nach dem Vortrag wird beschlossen, die Diskussion in einer der nächsten Sitzungen aufzunehmen und dazu vom Genossen Caspari aufgestellte Leitsätze zu verteilen.¹

90.

10.10. 1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 10. X. 19, abends 6 Uhr."

Die Fraktion nimmt den Vorschlag des Vorstandes an, daß die in Berlin wohnhaften Mitglieder¹ 75 Mark monatlich an die Fraktionskasse abführen. Bei den² anderen Mitgliedern bleibt es bei dem Satz von 50 Mark.³

¹ Hans Caspari war seit 1919 Direktor des Jugendamtes Berlin-Neukölln und wurde Mitglied des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt, der am 13. 12. 1919 gegründet wurde. Zu seiner Person vgl. Hedwig Wachenheim, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren eines Reformisten. Für den Druck bearbeitet von Susanne Miller, Berlin 1973, S. 118 ff. Sein Vortrag dürfte in den Grundzügen wohl identisch sein mit dem, den er auf einer öffentlichen Frauenversammlung der SPD-Bezirksleitung Groß-Berlin hielt; vgl. dazu Vorwärts Nr. 543 vom 23. 10. 1919. Er stellte dort folgende Forderungen auf: "Jeder Verwaltungsbezirk hat ein Jugendamt einzurichten; staatlich geregelte Fürsorge für Schwangere; Errichtung von Mütterheimen zum Mutterschutz; Säuglingsheime und Pflegeanstalten für Säuglinge, die durch erbliche Krankheiten belastet sind, sind ebenso zu errichten wie Krippen, Kinderhorte und Kindergärten; Jugendheime und Ferienkolonien (auf dem Land) sind für erholungsbedürftige Stadtkinder zu errichten; Berufsberatung durch Jugendämter; Vermittlung von Lehr- und Arbeitsstellen in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern; dem großen Volksvergifter, genannt Kino, muß man an den Kragen gehen. Jugendamt soll die Geschäfte des Gemeindewaisenamtes übernehmen; Jugendamt soll die Aufsicht über Pflegekinder und die Fürsorgeerziehung übernehmen und dafür sorgen, daß möglichst wenige in Anstalten eingeliefert werden; Reichsgesetzliche Regelung der Jugendfürsorge." -Caspari hielt auch auf der Frauenkonferenz des SPD-Parteitages am 9./10. 10. 1920 ein Grundsatzreferat über "Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge"; SPD-Parteitag 1920, S. 357 ff.

¹ Gestrichen: "jetzt wieder".

² Gestrichen: "alten".

³ Zur bisherigen Regelung vgl. Nr. 34.

Als⁴ v e r t r a u l i c h berichtet **Scheidemann**, daß der Vorstand sich mit dem heute erfolgten V e r b o t d e r *Freiheit* beschäftigt hat. Der Reichskanzler *Bauer* ist gebeten worden, wegen dieser Frage an der heutigen⁵ Fraktionssitzung teilzunehmen; er ist jedoch wegen einer wichtigen Kabinettssitzung verhindert.⁶ *Bauer* hat mitgeteilt, daß *Noske* das Verbot eigenmächtig, ohne Befragung des Kabinetts, erlassen habe. *Bauer* mißbilligt das Verbot, rät aber der Fraktion, nichts nach der Richtung zu unternehmen, *Noske* zu desavouieren.⁷

Scheidemann schlägt vor, bei der Regierung zu vertreten, daß Zeitungsverbote überhaupt nicht mehr erlassen werden sollen, sondern daß in notwendigen Fällen Strafantrag gestellt wird.

Das Verbot der Freiheit solle schleunigst aufgehoben werden.8

Die Fraktion⁹ ist damit einverstanden, ebenfalls damit, daß der Beschluß und die Mitteilungen *Scheidemanns* vertraulich behandelt werden sollen. Es darf gesagt werden, die Fraktion habe sich für die Aufhebung des Verbots eingesetzt. Dem einzelne Mitgliede bleibt es unbenommen, Kritik am Verbot zu üben.

Es erfolgen Berichte aus verschiedenen Kommissionen.

Krüger-Potsdam berichtet über die Behandlung des Elektrizitätsgesetzes in der Kommission. Die Fraktion ist mit dem von den drei Mehrheitsparteien getroffenen Kompromiß einverstanden. 10

Davidsohn berichtet, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Frage der Kriegsschuldigen 10 Mitglieder als einen Unterausschuß entsandt hat. Sämtliche Fraktionen sollen daneben noch ständige Stellvertreter ernennen. Ihnen soll, um sie völlig auf dem

⁴ Schreibfehler korrigiert.

⁵ Gestrichen: "Kabinettssitzung".

⁶ Die Kabinettssitzung hatte um 17 Uhr begonnen; siehe Kabinett Bauer, S. 295 ff.

⁷ Noske hatte die Freiheit mit folgender Verfügung verboten: "Die Zeitung Freiheit hat durch fortgesetzte lügenhafte Behauptungen Unruhen in der Bevölkerung hervorzurufen gesucht. In der Nr. 490 wird in dem Aufruf: 'Arbeiter, Parteigenossen' die wissentlich unwahre Behauptung aufgestellt, daß es in Deutschland Mörderzentralen gäbe, die hochbezahlte Mordbuben suchen. Darauf sei das Attentat auf den Abgeordneten Haase zurückzuführen; die Regierung lasse Mörder ungestraft. Ich verbiete daher das Erscheinen des Blattes auf drei Tage." Abdruck im Vorwärts Nr. 519 vom 10. 10. 1919. In derselben Ausgabe wurde die sofortige Aufhebung des Verbotes gefordert. Siehe dazu Freiheit Nr. 490 vom 9. 10. und Nr. 492 vom 10. 10. 1919, die nur die Verfügung Noskes enthält.

⁸ Die Freiheit erschien wieder mit der Nr. 493 am 13. 10. 1919.

⁹ Streichung unleserlich.

¹⁰ Vgl. dazu den Bericht des mit dem "Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft" befaßten (14.) Ausschusses vom 11. 12. 1919 mit Anlage C: Synopse der Fassungen des Regierungsentwurfs und der Ausschußbeschlüsse; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1749. Der Kompromiß dürfte sich auf einen vom Ausschuß neu eingefügten § 1 beziehen, wonach regionale "Körperschaften oder Gesellschaften" unter "Führung des Reichs" zu bilden waren, in denen die "Anlagen für die Stromerzeugung und Stromleitung" zusammengefaßt werden sollten. Näheres sollte ein Reichsgesetz regeln.

90. 10. 10. 1919 Fraktionssitzung

laufenden zu halten, alles Material zugehen, gleich den ordentlichen Ausschußmitgliedern.¹¹

Der Vorstand wird Meldungen zu Stellvertretern entgegennehmen.

Kahmann bringt zur Sprache, daß am Montag, dem 13., im Verfassungsausschuß darüber entschieden werden soll, ob an dem ursprünglichen, schon in Weimar eingereichten Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof weitergearbeitet werden soll. Es liegen jetzt noch vier andere Entwürfe und außerdem ein Einspruch des Reichsratsüber nicht genügende Zuziehung bei der Ausarbeitung vor. 12

Die kurze Aussprache läßt zutage treten, daß es¹³ noch der Einmütigkeit unter unseren Mitgliedern des Verfassungsausschusses ermangelt. Bis Montag sollen sie deshalb unter sich auf einen bestimmten Standpunkt sich einig geworden sein, dann soll der Vorstand in einer interfraktionellen Sitzung die Frage¹⁴ besprechen

Stahl berichtet über das Vorgehen der Bürgerlichen in der Betriebsräte kommission. ¹⁵ Sie wollten zunächst wesentliche Grundgedanken des Rätegesetzes nicht und sind darin erst eingeschwenkt, als *Bauer* in der Kommission erklärte, daß es für ihn ein Zurück nicht gäbe, daß er eher die Konsequenzen ziehe und vom Amt zurücktrete. ¹⁶

Aber nun üben die Bürgerlichen die Praxis, an jedem Paragraphen etwas abzustreichen. Gestern haben Zentrum und Demokraten auch einen interfraktionell beschlossenen Antrag zu Fall gebracht. Unsere Mitglieder erwägen deshalb, die interfraktionelle Arbeit einzustellen und für sich vorzugehen.

Noch einmal solle es den Mitgliedern der Mehrheitspartei gründlich vorgehalten und auch gesagt werden, daß das Gesetz s c h n e l l e r bearbeitet werden müsse. Machen sie dann keine Zugeständnisse, so solle man es auf die Konsequenzen ankommen lassen, die eventuell den Austritt der Fraktion aus der Mehrheitskoalition und der Regierung bedeuten würden. Bliebe die Fraktion darin fest, dann sei anzunehmen, daß die Bürgerlichen einschwenken.¹⁷

¹¹ Vgl. oben Nr. 87, Anm. 5.

¹² Vgl. dazu Kabinett Bauer, S. 296. Danach hatte der Reichsrat beanstandet, daß der Verfassungsausschuß nicht mehr über den Regierungsentwurf, sondern über eigene Entwürfe beriet. Auf Antrag von Reichsinnenminister Koch erklärte sich das Kabinett am 10. 10. 1919 aber "damit einverstanden, daß die Beratungen des Ausschusses der Nationalversammlung ihren Fortgang nehmen". Zum Zusammenhang vgl. oben Nr. 60, Anm. 20, Nr. 74, 78 und 84.

¹³ Gestrichen: "noch keine volle".

¹⁴ Gestrichen: "weiter".

¹⁵ Gestrichen: "Zuerst wollten sie wesentliche Grundgedanken der".

¹⁶ Das Betriebsrätegesetz wurde im (7.) Ausschuß für soziale Angelegenheiten, an den der Entwurf am 21. 8. überwiesen wurde, beraten; Sten. Ber., Bd. 329, S. 2748 und Bericht mit Anlagen vom 18. 12. 1919 in ebd., Bd. 340, Anlagen Nr. 1838. – Zur Rücktrittsdrohung Bauers vgl. auch NL Koch-Weser, Nr. 16, S. 281.

¹⁷ Zu den Konflikten um den Betriebsrätegesetzentwurf nach dem Eintritt der DDP in die Regierung vgl. Miller, Bürde, S. 357; Morsey, S. 228; Kabinett Bauer, S. 422, bes. Anm. 11.

Fraktionssitzung 14. 10. 1919 91.

Scheidemann führte aus, das geschilderte Verhalten entspreche nicht den Erklärungen, die die Demokraten vor ihrem Eintritt in die Regierung abgegeben haben. – Die Fraktion tritt seinem Vorschlag bei, diese Sache schon morgen vor eine int erfraktion elle Sitzung zu bringen. 18

Dr. Braun gibt den Bericht aus der Kommission über das Reichsnotopfergesetz, das noch vor dem diesmaligen Auseinandergehen der Nationalversammlung zustande kommen soll. Dr. Braun schlägt vor, in der zweiten Lesung für die Beschlüsse der Kommission einzutreten. Es handle sich um das größte antikapitalistische Gesetz, das bis jetzt zustande gekommen [ist]. ¹⁹ Die Fraktion ist mit Braun ein verstanden.

Es folgen dann lebhafte Klagen über organisatorische Mängel bei der Besetzung der einzelnen Kommissionen und über²⁰ mangelnde Teilnahme an den Kommissionsarbeiten.

Es wird beschlossen²¹, daß die Obmänner der Kommission mit einem Vorstandsmitglied, das der Vorstand näher noch bestimmen wird, in ständige Verbindung treten und gemeinsam die gerügten Mängel beheben sollen.

An die Fraktionsmitglieder soll, auch wegen des häufigen Fehlens in den Plenarversammlungen ein Mahnschreiben zu ernster Pflichterfüllung gerichtet werden.

91.

14.10.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Dienstag] 14. X. 19, abends 7 Uhr."

Dr. Landsberg berichtet, daß eine Änderung des Belagerungs gesetzes beabsichtigt ist und daß ein von der Fraktion hierzu¹ eingebrachter Antrag in kurzer Zeit als Gesetzentwurf² der Regierung erscheinen wird.³

¹⁸ Vgl. dazu die undatierte, in der 1. Oktoberhälfte 1919 angefertigte Aufzeichnung von Arnold Brecht in BA Koblenz R 43/I 1304, Bl. 34 über die interfraktionellen Besprechungen. Es sei "die Beteiligung der Arbeiter an den Aufsichtsräten besprochen worden, hinsichtlich deren es bei der Regierungsvorlage verbleibt. Dasselbe gilt für die Frage der Bilanz, wobei weitergehende Anträge zurückgestellt werden sollen."

¹⁹ Die 2. Beratung über den Gesetzentwurf des Reichsnotopfers (Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 677 und Bd. 340, Anlagen Nr. 1611), sowie die Abänderungsanträge (ebd., Bd. 340, Nr. 1612, 1678, 1682, 1683, 1711, 1712, 1715, 1722, 1725) fand am 9./10./11. 12. 1919 statt (ebd., Bd. 331, S. 3923 ff.).

²⁰ Verbessert aus: "über die".

²¹ Gestrichen: "mangelnde".

¹ Verbessert aus: "hierzu gestellt".

² Gestrichen: "von".

91. 14. 10. 1919 Fraktionssitzung

Nach einer Aussprache über die in das Umsatzsteuergesetz hineingearbeitete I n s er at en steuer, die in der vorgeschlagenen Form von der Fraktion nicht akzeptiert wird, werden Dr. Braun, Sidow und Rich[ard] Fischer bestimmt, mit dem Unterstaatssekretär über eine Herausnahme und andere Gestaltung der Inseratensteuer zu verhandeln.⁴

Eine Aussprache über das T u m u l t s c h ä d e n g e s e t z, bei der Landsberg die a l l g e m e i n e Entschädigungspflicht verwirft und Entschädigung nur nach B i l l i g k e i t s g r ü n d e n verlangt, ergibt, daß unter den Kommissionsmitgliedern in der Frage noch nicht die nötige Klärung besteht.⁵

Sie werden deshalb eine Stunde vor der nächsten Kommissionssitzung zu einer Aussprache zusammentreten.

Sodann⁶ gibt **Krätzig** den Bericht über eine heute abend entgegengenomme Darstellung des Vorstandes des Maschinisten- und Heizerverbandes über die Situation im Berliner Metallarbeiterstreik. Der Streik steht auf dem toten Punkt. Morgen mittag sollen nun die Maschinisten und Heizer in den Streik eingreifen, um Verhandlungen zu erzwingen. Die Leitung der Technischen Notstandshilfe hat erklärt, dann auf jeden Fall in den Streik einzugreifen und von ihren Mannschaften die notwendigen Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. Auch dann, wenn der Maschinistenund Heizerverband selber diese Arbeiten verrichten will.⁷

Der Vorstand des Maschinisten- und Heizerverbandes hält für gewiß, daß daraus eine Arbeitsniederlegung der Maschinisten und Heizer auf der ganzen Linie und eine bedenkliche Gärung unter der gesamten Berliner Arbeiterschaft entstehen würde. Halte die Technische Notstandshilfe sich zurück, so glaube der Vorstand der Maschinisten und Heizer, seine Leute in der Hand zu haben und für die Leistung

³ Siehe dazu den vom Reichsminister der Justiz am 14. 12. 1919 eingebrachten "Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl., S. 813) und der Verordnung vom 21. Sept. 1916 (Reichs-Gesetzbl., S. 1067)"; Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1453.

⁴ Die Inseratensteuer wurde im Entwurf des Umsatzsteuergesetzes (Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 676) in den §§ 30 und 31 auf 10 % des Entgeltes festgelegt. Ein Abänderungsantrag Kempkes (DVP) (ebd., Bd. 340, Anlagen Nr. 1781) sah Ermäßigungen in Sonderfällen vor, ein Abänderungsantrag Sidow, Krätzig, Stock (ebd., Bd. 340, Anlagen Nr. 1787) in Übereinstimmung mit der Kommissionsvorlage eine Staffelung der Steuern nach den Einnahmen in der Höhe von 2 bis 9 %. Der Antrag wurde am 17. 12. 1919 von der Nationalversammlung angenommen; ebd., Bd. 331, S. 4108 f.

⁵ Siehe dazu den Artikel Landsbergs "Das Tumultschädengesetz" im Vorwärts Nr. 510 vom 6. 10. 1919; sowie unter Nr. 93, Anm. 8. – Der Bericht des zuständigen (21.) Ausschusses findet sich in Sten. Ber., Bd. 343, Anlagen Nr. 2752.

⁶ Gestrichen: "berichtet".

⁷ Bezieht sich auf den am 17. 9. 1919 ausgebrochenen Streik in der Berliner Metallindustrie und den Beschluß des Verbandes der "Maschinisten und Heizer sowie verwandter Berufsgenossen", "einen Sympathiestreik" einzuleiten, "um dadurch für die Streikenden in der Metallindustrie Verhandlungen zu erzwingen". Der Verband verhandelte anschließend "zwei Tage" mit der Leitung der Technischen Nothilfe; siehe Technische Nothilfe, S. 5. – Zur Funktion und Tätigkeit der Technischen Nothilfe vgl. Michael Kater, Die "Technische Nothilfe" im Spannungsfeld von Arbeiterunruhen, Unternehmerinteressen und Parteipolitik, in: VfZG 27. Jg., 1979, H. 1, S. 30–78; Potthoff, Gewerkschaften, S. 159 ff.

der Notstandsarbeiten garantieren zu können.⁸ Allerdings bestehen in einigen Punkten noch Meinungsverschiedenheiten über das, was als Notstandsarbeit zu gelten habe.

Es solle⁹ nun zunächst mit allem Druck eingewirkt werden sowohl auf die Metallindustriellen, daß sie Verhandlungen bewilligen. Gehen die Industriellen nicht darauf ein, dann solle die Fraktion auf das Arbeitsministerium einwirken¹⁰, damit die Technische Notstandshilfe nicht eingreife und die Leistung der Notstandsarbeiten dem Maschinisten- und Heizerverband überlassen bleibe.

Es erfolgt eine kurze Aussprache, in der Körsten als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission ebenfalls die Situation darlegt und der Fraktion anrät, sich nicht in den¹¹ Streik einzumengen.¹² Die begründete Aussicht, daß es morgen zu Verhandlungen komme, werde durch eine Einmischung der Partei eher gefährdet als gefördert.¹³ –

Den Standpunkt, sich nicht offiziell, als Fraktion, in dem Streik zu bemühen, vertritt eindringlich auch Scheidemann. Was unternommen werden könne, sowohl mit Bezug auf die Herbeiführung von Verhandlungen wie auf das Herantreten an *Noske* und den Polizeipräsidenten¹⁴, müsse von einzelnen einflußreichen Fraktionsmitgliedern auf eigene Hand geschehen. Und das werde geschehen. ¹⁵

Die Fraktion ist widerspruchslos damit einverstanden. Den Vertretern der Maschinisten und Heizer wird dieser Fraktionsbeschluß mitgeteilt. Der Genosse *Heimann* setzt sich sofort mit dem Oberbürgermeister *Wermuth* in Verbindung, damit er die Vermittlung zu Verhandlungen in die Hand nehme.¹⁶

⁸ Der Verband erklärte in einem Flugblatt, die Notstandsarbeiten selbst durchzuführen, solange die Technische Nothilfe nicht die Betriebe betrete; siehe: Die Technische Nothilfe, S. 6.

⁹ Gestrichen: "von der Fraktion".

¹⁰ Gestrichen: "daß". – Die Technische Nothilfe unterstand jedoch nicht dem Reichsarbeits- sondern dem Reichswehrministerium: während des Einsatzes war sie dem zuständigen Befehlshaber der Reichswehr unterstellt. Im Januar 1920 wurde sie dem Reichsministerium des Innern zugeordnet. Vgl. Anm. 7 sowie Hürten, S. 248 (Anm. 2).

^{11 &}quot;Streik" wegen Doppelschreibung einmal gestrichen.

¹² Gestrichen: "Es besteht".

¹³ Zwischen dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband kam es im Oktober zu einer Einigung, die aber von der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter verworfen wurde; Einzelheiten bei Hartwich, S. 81 ff. – Alwin Körsten, Vorsitzender der Berliner Gewerkschaftskommission (ADGB), wurde am 8. 3. 1920 als Vorsitzender abgewählt; sein Nachfolger wurde als Vertreter der bisherigen Opposition Oskar Rusch vom DMV; vgl. Korrespondenzblatt Nr. 11 vom 13. 3. 1920, S. 141 f.

¹⁴ Polizeipräsident von Berlin war der Mehrheitssozialdemokrat Eugen Ernst.

¹⁵ Vom "Oberkommando Noske" wurde am 19. 10. ein Streikverbot verfügt; Noske selbst sprach sich am folgenden Tag für eine "rücksichtslose Anwendung der Staatsgewalt" beim Metallarbeiterstreik und den ihn begleitenden Sympathiestreiks aus; siehe Hürten, S. 248 f.; Potthoff, Gewerkschaften, S. 160 und Kabinett Bauer, S. 348, Anm. 4.

¹⁶ Vgl. Hartwich, S. 81 ff.

92. 21. 10. 1919 Fraktionssitzung

92.

21.10.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 21. X. 19, abends 6 Uhr."

Es wurden als Plenarredner bestimmt

zum Etat des Reichstags: Rich[ard] Fischer und Stücklen,

- " A u s w ärt i g e n : Wels, eventuell noch ein zweiter,
- " Reichswirtschaftsministerium: Krätzig, Molkenbuhr, eventuell noch eine Frau,
- "Reichsheer und zur Marine: Schöpflin und Stücklen,
- "Verkehrsministerium: Schumann."

Sodann wurde die Frage der Rednerbeschaffung für die Agitation bei den oberschlesischen Kommunalwahlen des längeren besprochen² und ebenfalls in längerer Aussprache zu dem fortdauernden Fehlen vieler Mitglieder bei den Plenarverhandlungen Stellung genommen.

Von Hoch und Scheidemann wurde dieser Zustand sehr scharf kritisiert und als unerträglich bezeichnet. – Von mehreren anderen Fraktionsmitgliedern wurde die scharfe Kritik nicht als voll berechtigt bezeichnet.³ Ihr wurden u. a. die vielen sonstigen Parteiverpflichtungen vieler Fraktionsmitglieder entgegengehalten.

¹ Zum "Auswärtigen" sprach Wels am 23. 10. (Sten. Ber., Bd. 330, S. 3359 ff.) und am 24. 10. auch noch Scheidemann (ebd., S. 3408 ff.); zum "Verkehrsministerium" Kotzur anstelle von Schumann am 25. 10. (ebd., S. 3425 ff.); zum "Reichswirtschaftsministerium" sprach Hoch anstelle des verhinderten Molkenbuhr (siehe dazu Dok. Nr. 93) am 27. 10. (ebd., S. 3456 ff.) und Frau Schroeder am 28. 10. 1919 (ebd., S. 3515 ff.); Krätzig sprach nicht. Zum "Etat des Reichstages" und zu "Reichsheer und Reichsmarine" nahm Stücklen das Wort; ebd., S. 3337, 3346, 3348 und 3519.

² Die Gemeinderatswahlen wurden am 9. 11. 1919 durchgeführt, wobei die Deutschen in den Städten, die Polen auf dem Lande die Mehrheit errangen. Gegenüber den Wahlen zur Nationalversammlung verlor die SPD ca. fast ein Drittel ihres damaligen Stimmenanteils; Schulthess 1919 I, S. 477; siehe dazu auch Vorwärts Nr. 576 und 577 vom 10. und 11. 11. 1919; sowie Freiheit Nr. 546 vom 10. 11., Nr. 548 vom 11. 11. und Nr. 550 vom 12. 11. 1919.

³ Streichung unleserlich.

93.

24. 10. 1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Freitag] 24. X. 19, abends 5 ½ Uhr."

Es werden eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen erledigt. Da sich Unzuträglichkeiten bei der Stellung von Klein en Anfragen ergeben haben, sollen die Fraktionsmitglieder sich künftig vor der Abfassung solcher Anfragen mit dem Fraktionsvorstand ins Benehmen setzen.¹

Den Kollegen Sollmann und Beims wird anheimgegeben, auf die Bildung eines Ausschusses für Stadtverordnetenvertreter, den sie in Vorschlag gebracht [haben], hinzuwirken.²

Das³ Ersuchen der Deutsch-Nationalen, einen Antrag Arnstadt auf Schaffung eines parlamentarischen Beirats für das Verkehrswesen mit zu unterstützen, lehnt die Fraktion einstimmig ab.⁴

Eine vom Kollegen Osterroth mit einem längeren Bericht eingeleitete Debatte über das Problem der Sozialisierung insbesondere der Kohlen-versorg ung endet mit der Beauftragung des Vorstandes, unter Zuziehung noch einiger Fachleute aus der Fraktion die Sache gemeinsam mit der Regierung weiter zu fördern.⁵

Die⁶ sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission für das Tumultschädengengesetzhaben der Fraktion die Frage zur Entscheidung vorgelegt, wie die Kosten, die durch die Haftung und das Verfahren des Tumultschädengesetzes entstehen, aufgebracht werden sollen.

Die Fraktion beschließt nach vollzogener Aussprache mit Mehrheit, daß die Gemeinden von jeder Beitragsleistung⁷ zum Tumultschädenersatz freibleiben sollen.⁸

¹ Vgl. Nr. 5, Nr. 77 und die von der Fraktion am 4. 3. 1919 beschlossene Regelung für die Initiativanträge in Nr. 24.

² Ein solcher Ausschuß läßt sich nicht nachweisen.

³ Vor "Das" gestrichen: "Auf".

⁴ Der am 24. 10. 1919 eingebrachte Antrag Arnstadt (DNVP) (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1325) wurde von der Nationalversammlung am 30. 10. 1919 abgelehnt; ebd., Bd. 331, S. 3634.

⁵ Konkrete Ergebnisse hat diese Anregung nicht gebracht. Vgl. dazu Gutachten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Sozialisierung, Berlin o. J. [1920]; zum Zusammenhang Peter Wulf, Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung der Kohle in Deutschland 1920/21, in: VfZG 25. Jg., 1977, H. 1, S. 64 ff.

⁶ Gestrichen: "sämtl.".

⁷ Verbessert aus: "Beitragszahlung zu".

⁸ Nach § 10 des Gesetzentwurfes über die durch "innere Unruhen verursachten Schäden" vom 21. 7. 1919 (Sten. Ber., Bd. 337, Anlagen Nr. 643) sollten die Gemeinden zu einem Drittel an den Beitragslei-

94. 28. 10. 1919 Fraktionssitzung

Die der Fraktion zur Entscheidung vorliegende Frage, einen Antrag auf Bildung eines Ausschusses der Nationalversammlung zur Kontrolle der Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften beizutreten, wird nach Geltendmachung schwerer Bedenken dahin beschieden, daß die Fraktion den Antrag zwar nicht zu Fall bringen wird, daß aber alle ihm entgegenstehenden Bedenken durch unseren Redner zum Ausdruck gebracht werden sollen. 11

Einer Anregung der Kollegin Pfülf wird beigetreten, vom Minister Noske die Aufhebung des Verbots der unabhängigen Jugendzeitschrift Freie Jugend zu erwirken.¹²

Anstelle des verhinderten Genossen Molkenbuhr wird Genosse Hoch als Redner zum Reichswirtschaftsamt bestimmt.¹³

94.

28.10.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 28. X. 19, abends 7 1/2 Uhr."

Scheidemann berichtet, der Seniorenkonvent habe beschlossen, alles aufzubieten, um die Tagung am Donnerstag abend zum Schluß zu bringen; der neue Beginn der Nationalversammlung sei auf den 20. November geplant.¹

stungen beteiligt werden. Zur "Vorberatung des Entwurfs" war vom Plenum am 3. 10. ein besonderer (der 21.) Ausschuß eingesetzt worden, dem für die SPD Beims, Gustav Adolf Fischer, Richard Fischer, Gruber, Hansmann, Heimann, Kuntze, Landsberg und Liebig angehörten. Er erstattete seinen Bericht erst am 23. 4. 1920; ebd., Bd. 343, Anlagen Nr. 2752.

⁹ Gestrichen: "unser Redner erklären soll".

¹⁰ Gestrichen: "unser Redner".

¹¹ Der Antrag des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 25. 10. 1919 (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1356) lief darauf hinaus, "einen Ausschuß zu bilden, bestehend aus Mitgliedern der Nationalversammlung, der Reichsregierung und des Reichsrates zur Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften, zur Feststellung der Höhe und Verwendung ihrer finanziellen Ergebnisse und zur Begutachtung ihrer Liquidierung". Der Antrag wurde am 28. 10. angenommen; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3506. Die Bedenken der Fraktion legte *Hoch* dar; ebd., S. 3461.

¹² Die Freie Jugend – Jugendzeitschrift der USPD – wurde am 7. 8. 1919 von Noske verboten. Siehe dazu auch die Ausführungen von Frau Zietz am 17. 10. Sten. Ber., Bd. 330, S. 3201 und unten Nr. 94, Anm. 13; ferner Freiheit Nr. 505 vom 19. 10. und Nr. 513 vom 23. 10. 1919. Wann das Verbot aufgehoben wurde, ließ sich nicht ermitteln. Siehe dazu Kurt Koszyk, Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Hannover 1966, S. 72; die Zeitschrift stellte 1920 ihr Erscheinen ein.

¹³ Siehe Nr. 92, Anm. 1.

¹ Das Plenum vertagte sich am Donnerstag, dem 30. 10. auf Donnerstag, den 20. 11. 1919; Sten. Ber., Bd. 331, S. 3636.

Weiter sei im Seniorenkonvent beschlossen worden, daß Diäten an erkrankte Mitglieder der Nationalversammlung nur gezahlt werden, wenn die Erkrankung in Berlin oder auf der Reise von und² nach Berlin erfolgt.

Erkrankungen zu H a u s e - auch für Berliner - werden nicht berücksichtigt.

Einem Antrag Arnstadt in bezug auf die Reichswehr beschließt die Fraktion n i c h t zuzustimmen. Der Antrag ist demagogisch. Die Fraktion wird einer interfraktionellen Vereinbarung gemäß für einen Antrag der Demokraten stimmen, der allen berechtigten Wünschen der Reichswehr Rechnung trägt.³

Eine von Kollegen Rodemann eingeleitete Erörterung der Gefangenhalt ung von Soldatenratsmitgliedern im Festungsgefängnis Danzig führt zu dem Beschluß, Kollege Rodemann solle mit dem Unterstaatssekretär Grzesinski⁴ über eine Begnadigung dieser Leute sprechen und ihm das Material unterbreiten; ein offizieller Beschluß der Fraktion sei nicht gut angängig.

Krätzig bespricht einen Antrag Arnstadt, den Landwirten für die Häute ihres Schlachtviehs den vollen Betrag, anstatt wie bisher nur ein Drittelzu gewähren.

Krätzig befürwortet einen Antrag der Demokraten, den Landwirten die Hälfte des Erlöses der Haut zurückzuerstatten. – Eine Reihe von Kollegen sprechen sich zustimmend [aus]. Die Fraktion faßt jedoch keinen Entschluß, sondern beauftragt Kollegen Voigt, mit dem Reichswirtschaftsminister, Genossen Schmidt, die Sache zu besprechen.⁵ –

Auf Befürwortung durch **Stücklen** tritt die Fraktion einem Initiativantrag aller Parteien bei, der die Ausspielung der Beamten in den einzelnen Staaten gegeneinander unterbinden soll und deshalb die Erhöhung der Beamtengehälter in allen Freistaaten von der Bewilligung des Reichstags abhängig machen will.⁶ –

Sodann führt Scheidemann aus, daß alle Besprechungen der Fraktion über die schweren Klagen über die Reichswehrnie zu einem voll befriedi-

² Gestrichen: "mit".

³ Im Antrag Arnstadt (DNVP) vom 28. 10. 1919 (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1380) wurden materielle Verbesserungen für die Reichswehrangehörigen gefordert, damit diese nicht hinter den Arbeitern, Arbeitslosen und Angehörigen der Sicherheitswehren zurückstehen sollten. Der gemeinsame Antrag der Koalitionsfraktionen vom 28. 10. 1919 (ebd., Nr. 1390) forderte inhaltlich fast das gleiche, nur ohne den polemischen Ton.

⁴ Albert Grzesinski (im Original: "Grzinski") war seit dem 17. 6. 1919 Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium. – Zum Sachverhalt vgl. die "Denkschrift" des Parteivorstandes – Nr. 95 – und Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [703], "daß erst am 8. Dezember die letzten Schutzhäftlinge entlassen worden sind".

⁵ Der Antrag Arnstadt vom 25. 10., für die Häute des Schlachtviehs den vollen Betrag zu erstatten (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1357), wurde am 30. 10. 1919 vom Plenum abgelehnt; ebd., Bd. 331, S. 3634. — Ein Antrag des Zentrums (und nicht der DDP) vom 29. 10. (ebd., Bd. 339, Anlagen Nr. 1403), den Mehrerlös zu 6/10 auf den Tierhalter und zu 4/10 auf den Kommunalverband zu verteilen, wurde am 30. 10. 1919 angenommen; ebd., Bd. 331, S. 3634.

⁶ Ein derartiger Antrag ließ sich nicht nachweisen.

94. 28. 10. 1919 Fraktionssitzung

genden Abschluß gekommen [seien]. Noske glaube seiner Umgebung, den Offizieren, stark und sei deshalb geneigt, unsere Vorstellungen als unzulässige Verallgemeinerungen von Einzelfällen zu betrachten. Deshalb sei auf Beschluß des Vorstands heute abend der Leutnant Müller-Brandenburg⁷ hier, den Scheidemann als einen zwar kritischen, aber sachlichen Beurteiler kennenlernte, um der Fraktion⁸ Vortrag zu halten. Der Vorstand habe auch Noske eingeladen. Noske habe mitteilen lassen, er sei selbstverständlich jederzeit bereit, der Fraktion Rede und Antwort zu stehen, er lehne es aber ab, sich vor der Fraktion mit Müller-Brandenburg auseinanderzusetzen. D a s könne man Noske nicht verdenken, aber der Vorstand bedaure es außerordentlich, wenn Noske sich auch den Vortrag nicht an hör en sollte. Bis jetzt sei Noske nicht erschienen, er habe aber sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Der Vortrag müsse he ut e gehalten werden, wenn die Fraktion für die jetzige Etatdebatte noch Nutzen daraus ziehen wolle. Die Fraktion ist einverstanden, daß Leutnant Müller zum Vortrag hereingerufen werde, aber in eine Debatte solle in seiner Gegenwart nicht eingetreten werden.

In seinem Vortrag behauptet Müller-Brandenburg, daß es der Reaktion gelungen sei, die Reichswehr fast völlig in die Hand zu bekommen. Die Feld offiziere, die in den ersten Monaten die Reichswehr aufgebaut hätten und von den Notwendigkeiten der neuen Zeit durchdrungen gewesen seien, seien zum größten Teil ausgeräumt. Redner führte eine größere Reihe von Namen an. An die [sic!] Stelle der modern denkenden Offiziere ständen vollständig reaktionär gerichtete. Neben den Offizieren entschwänden aus der Reichswehr zahlreiche der besten Unteroffiziere und Mannschaften, auf das maßloseste erbittert. Sie gingen zu den U.S.P. und Spartakisten. Bei den Sicherheitst truppen stände es genauso. Unter den jetzt im Militärwochenblatt veröffentlichten 19 Generalstellen befänden sich 4 mit bürgerlichen, 15 mit adeligen Namen. 10

Das ist ein Verhältnis, wie es vor dem Kriege nicht, während des Krieges bei weitem nicht, vorlag. Jetzt habe sogar die Artillerie an ihrer Spitze zwei leitende Persönlichkeiten von Adel.¹¹ Redner hat sehr befähigte adelige Offi-

⁷ Zu Müller, Leutnant bei der Landwehr-Feldartillerie, später Polizeikommandeur in Mecklenburg, vgl. Noske, Erlebtes, S. 139 f.

⁸ Gestrichen: "Bericht zu erstatten".

⁹ Die Etatdebatte über die Reichswehr fand am 28./29. 10. 1919 statt. Zur Reaktion Noskes auf die Besprechung der Fraktion mit Leutnant Müller vgl. Noske, Erlebtes, S. 139.

¹⁰ Adelige waren von Bernuth, Freiherr von Diepenbroik-Gryter, von Eberhardt, von Estorff, von Groddeck, von Hülsen, von Hülsen (II), von Lettow-Vorbeck, von Loßberg, Freiherr von Lüttwitz, Freiherr von Oldershausen, von Oven, von Schoeler, von Stolzmann, Freiherr von Watter, Bürgerliche Haas, Lequis, Maercker und Weber (vgl. Militär-Wochenblatt, 104. Jg., Nr. 41, S. 807). – Auf diese Tatsachen wiesen auch Stücklen (SPD) und Koenen (USPD) in ihren Reden zum Etat des Reichswehrministeriums am 29. 10. in der Nationalversammlung hin; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3529 und 3570.

¹¹ Im Militär-Wochenblatt – vgl. die vorige Anm. – wurden Generalleutnant Freiherr von Watter, im Friedensrang Kommandant der 10. Feldartilleriebrigade, Befehlshaber im Wehrkreiskommando VI, und Generalmajor von Groddeck, im Friedensrang Kommandant des Feldartillerieregiments 36, Kommandeur der Reichswehr-Brigade 4, genannt; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3529 und 3570.

ziere kennengelernt, aber auch sehr befähigte bürgerliche. Eine derartige Bevorzugung des Adels aber sei noch nicht dagewesen.

Noske habe ungeheuer Großes geleistet, aber in seiner Umgebung seien Leute, die ihm sein Werk unter den Händen¹² sabotieren.

Die Entfernung der unliebsamen Offiziere wird gemacht mit dem geheimen Qualifikationsbericht.¹³ Redner schildert Wesen, Gebrauch und Wirkung dieser Berichte näher. Aufgrund dieser Berichte werden die unliebsamen Offiziere aus ihren Stellen entfernt.

Warum wende *Noske* nicht das *napoleon*ische Prinzip bei der Bildung seines Offizierskorps an? Wer draußen war, wisse, daß manches Bataillon und manches Regiment in Wirklichkeit von Adjutanten geführt wurde. Warum zieht man diese jungen umlernfähigen Offiziere nicht in die Stellen der alten monarchistischen Generale? Es gehe in der Reichswehr ganz offen die Rede um, daß General *von Lüttwitz* der Beherrscher der Reichswehr sei. 14

Die Disziplin sei in den letzten Monaten erheblich schlechter geworden. Das läge daran, daß die reaktionären Offiziere vor den Mannschaften gegen die Regierung, auch gegen den Reichswehrminister, hetzen.

Die Ausbildung sei schlecht. Sie sei es, weil ein großer Teil des Offizierskorps gar kein Interesse daran habe, dieser Regierung eine gute Truppe heranzubilden.

Dem Reichswehrminister werde jede Truppe, wenn er sich bei ihr zeige, in Parad e vorgeführt. Die Truppe müsse ihm nicht in der Parade, sondern in der Gefechtsübung gezeigt werden. Die Zeit zum Paradedrill müsse bei der Truppe für ganz andere Zwecke verwandt werden.

An wissenschaftlicher Ausbildung des Offizierskorps durch ernste fachwissenschaftliche Literatur werde nichts getan. Die Gefahr einer Verkalkung des Offizierskorps sei da.

Der Republikanische Führerbund, der versuchte, die freiheitlich denkenden Offiziere zu sammeln, sei durch die bekannten Erlasse bekämpft und geschädigt, eine Reihe von Offizieren der Bundesleitung seien gemaßregelt worden.¹⁵

¹² Gestrichen: "wegziehen".

¹³ In der Rede zum Reichswehretat am 29. 10. 1919 äußerte Stücklen (SPD) die Erwartung, "daß die geheimen Qualifikationsberichte für Offiziere" nun beseitigt würden; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3531.

¹⁴ Zur Position von Lüttwitz in der Reichswehr vgl. Erger, S. 581.

¹⁵ Der "Republikanische Führerbund" war Anfang Juli 1919 mit seinem Programm, die "Wehrmacht mit republikanischem und demokratischem Geiste" zu erfüllen, an die Öffentlichkeit getreten. Mitglied des Bundes mit Sitz in Berlin konnte jeder werden, der einen militärischen "Führergrad" hatte und "sich unumwunden zur Republik bekennt"; siehe Franz Carl Endres, Reichswehr und Demokratie, München und Leipzig 1919, S. 42 f.; vgl. Carstens, S. 82 ff.; Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Hannover, Frankfurt/M. 1955, Nr. 34–36 und 50. Reichswehrminister Noske distanzierte sich in einer Erklärung vom 17. 7. 1919 entschieden von dem Bund und seinen "Bestrebungen, die lediglich der Initiative einzelner Herren entsprungen sind"; abgedr. bei Hürten, S. 177 ff. – Zu den oben angesprochenen Maßregelungen von Offizieren, insbesondere zum Fall des Majors

Der R.F.B. habe zwar trotzdem noch zugenommen, aber jeder Offizier, der ihm angehöre, fühle sich in der Gefahr, auf die Straße zu fliegen. Die reaktionäre Presse arbeite in der wildesten Weise gegen den Bund.

Vor zwei Tagen seien Bank- und Industriellenkreise an den R.F.B. herangetreten und hätten ihm jede Summe zur Verfügung gestellt, auch wenn sie in die Millionen ginge, wenn der Bund sich schwarz auf weiß verpflichte, gegen die Regierung, die den Bund nicht haben wolle, zu kämpfen. Möge es zunächst auch geschehen an der Seite der extremen Linken, der Spartakisten, aber in der entscheidenden Stunde, wenn der große Krach losginge, müsse der Bund dann scharf nach rechts abschwenken. – Selbstverständlich habe der R.F.B. dieses Ansinnen glatt abgewiesen.

Der Reichswehrminister betone mit vollem Recht, daß die Reichswehr en tpolitisiert werden müsse. Das werde aber erst erreicht mit Offizieren, die ehrlich auf dem Boden der Republik und der neuen Verhältnisse stehen.

Der innere Wert der Reichswehr sänke ständig, weil die Offiziere sich unter den eingerissenen Verhältnissen zum großen Teil als Statthalter des wiederkommenden Kaisertums fühlten. –

Es werden nun eine Reihe von Fragen an den Referenten gerichtet und von ihm beantwortet. Hörsing fragt an, ob der Referent Beweise das im Stabe des Genossen Noske Offiziere sind, die ihm Einblicke und Schriftstücke absichtlich fernhalten.

Der Referent erwidert, er habe von sämtlichen Stellen, denen er seine Schriften sandte, eine den Eingang bestätigende Rückantwort erhalten; vom Reichswehrminister, dem er die Schriften eingeschrieben sandte, habe er keine Bestätigung erhalten. Auch an den Reichswehrminister per sönlich gerichtete eingeschriebene Schriftsendungen und eine darauf bezügliche Anfrage blieben ohne Antwort.

Noske erwidert, die Schriften seien in seine Hände gelangt, er habe sie noch nicht lesen können, auch keine Bestätigung senden können; ein Schreiben mit einer Anfrage habe der Sendung nicht beigelegen. – Noske habe den letzten Teil der Ausführungen des Redners gehört. Er müsse sagen, sie seien sehr oberflächlich und verallgemeinernd gewesen.

Müller führt noch einmal aus, es sei Tatsache, daß Offiziere, die auf dem Boden der neuen Zeit stehen, nicht genommen würden. Er selbst sei im Kriegsministerium abgewiesen worden. Grund: Er habe im *Militärwochenblatt* seinen Aufsatz über die Miliz im republikanischen Staat geschrieben.¹⁶

Nur wenn die konservativen G en eräle in ihrem Einfluß zurückgedrängt und Offiziere, die sich zur Republik bekennen, herangezogen werden, könne ein Umschwung zum Besseren herbeigeführt werden.

Voigt fragt, ob es wahr sei, daß der R.F.B. stark "unabhängig" gerichtet sei.

Lange von der Bundesleitung des R.F.B. vgl. Kabinett Bauer, S. 470 (Schreiben der SPD-Funktionäre Heller und Caspari an Reichskanzler Bauer); Vorwärts Nr. 622 vom 5. 12. 1919; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3570 (Koenen, USPD) und S. 3581 (Noske).

¹⁶ Der Aufsatz ließ sich nicht nachweisen, möglicherweise weil er unter einem Pseudonym erschien.

Fraktionssitzung 28. 10. 1919 94.

Müller erwidert, der F[ührer] B[und] sei unpolitisch insofern, als er alle in seine Reihen ziehen wolle, die auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen. U.S.P. und Spartakisten seien nicht im Bund, der sich mit aller Energie gegen die Diktatur und das Verlassen des Bodens der Demokratie wende. Das zeitweilige Auftreten von spartakistischen Rednern in Versammlungen des Bundes sei nicht zu verhindern. Aber er lehne es grundsätzlich ab, nach links auch nur den kleinen Finger zu geben.¹⁷

Er wolle unter anderem durch seine Einrichtungen auch die Unteroffiziere wissenschaftlich auf die Höhe bringen, daß sie imstande sind, die Offizierslaufbahn einzuschlagen.

Dem Reichswehrminister sei zu wünschen, er habe überall so offen und ehrlich für die Republik und die Freiheit kämpfende Männer, wie die in der Leitung des Bundes.

Heinrich Schulz fragt an, ob die Adeligen an der Spitze der Artillerie irgendwie sich antirepublikanisch gezeigt haben, oder ob sie nicht befähigt seien.

Der Referent erwidert: N e i n, aber die Bevorzugung der Adeligen und die Zurücksetzung der Bürgerlichen sei auffallend.

Damit ist die Reihe der Anfragen geschlossen und der Referent verläßt die Sitzung.

Noske gibt dann (vertraulich) Auskunft, wie er sich zu dem Blatt *Die Reichswehr* gestellt habe. Er habe dafür Sorge getragen, daß dem Blatt im Laufe von 3 Monaten 100 000 Mark zugewendet wurden. Dauernd wäre es nicht möglich, ein sozialdemokratisches Blatt mit großen Beiträgen zu stützen.¹⁸

Scheidemann macht dazu ergänzende Ausführungen, betont aber, daß das Blatt nie sozialdemokratisch, sondern nur republikanisch war. Jetzt müsse die Frage erörtert werden, ob sich ein Weg biete, ein solches Blatt auf legale Weise dauernd zu subventionieren.

Hörsing führt dann aus, er bewundere die Leistungen des Genossen Noske, aber seine Umgebung sei nicht die rechte, und er müsse ihr – das sei ganz natürlich und verständlich – unterliegen. Hier müsse die Änderung geschaffen werden, die Leutnant Müller verlangte. Hörsing habe dut zende an Noske gerichtete Briefe nicht beantwortet bekommen. Sprach er mit Noske persönlich darüber, stellte sich heraus, daß Noske von den Dingen nichts wußte. Im Bereich des VI. Korps in Schlesien seien tatsächlich zahlreiche dem okratische Offiziere entfernt worde n. Exzesse der Truppe gegen die Regierung seien zahlreich vorgekommen. Die schwarzrotgoldene Fahne werde heruntergeholt, die schwarzweißrote werde ge-

¹⁷ Der R.F.B. bekannte sich in seinem Programm zu den "Grundsätzen der Demokratie" und bezeichnete es u. a. als seinen Zweck, "die Republik gegen jeden gewaltsamen Umsturz [zu] schützen, möge er von rechts oder links kommen". Zur Beurteilung des Bundes durch die SPD vgl. auch Nr. 95, bes. Anm. 10.

¹⁸ Nach Scheidemanns Darstellung im Parteiausschuß am 13. 12. 1919, Reprint, S. [725] wurde "Die Reichswehr von einer ganzen Anzahl kommandierender Offiziere in den Kasernen glatt verboten" und ihr die "Postvergünstigung" entzogen. Die von privater Seite gegründete Zeitung sei kein "sozialdemokratisches, aber streng republikanisches Blatt, das ausgezeichnet gemacht war".

94. 28. 10. 1919 Fraktionssitzung

hißt. Offiziere halten öffentlich Reden oder veröffentlichen Artikel gegen die Regierung, auch gegen Noske. Entfernung solcher Offiziere ist kaum durchzusetzen, sie werden höchstens versetzt. Im allgemeinen sei die Tendenz die, daß jeder n i c h t königstreue Offizier entfernt werde. Und ein viel zu hoher Prozentsatz sei feudal.¹⁹

Wir müssen ein wachsames Auge auf die Vorgänge im Offizierskorps haben, und Noske müsse die Sache sehr ernst nehmen. In seine allernächste Umgebung gehören ein paar tüchtige Genossen, die mit scharfem Auge auf das sehen, was im Heere vorgeht.

Wir müssen stark darauf hinwirken, ein dem okratisch²⁰ gerichtetes Offizierskorps zusammenzubekommen.

Hoch führt aus, man müsse ganz offen sagen, daß man mit dem Aufbau des diesmaligen Militäretats nicht einverstanden sein könne. Aber die richtige Klärung sei in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Wir müßten uns jetzt selbstverständlich trotzdem hinter Noske stellen; aber das müsse ihm gesagt werden: in keinem Ministerium werden die Sachen so verschleppt und verwirrt und herrsche ein so autoritätsloses System als wie im Kriegsministerium.

Und groß sei auch *Hochs* Sorge, ob wir die Reichswehr überhaupt noch in der Hand haben. *Noske* müsse angesichts der heute durch *Müller* und *Hörsing* vorgebrachten Beschwerden morgen scharfe Stellung im Plenum nehmen gegen die reaktionären Offiziere.

Aber das Verbot²¹ der *Deutschen Zeitung*, so infam der anlaßgebende Artikel auch war, hätte nicht erfolgen dürfen.²²

Das Verbot der Freien Jugend müsse offen als Mißgriff zugegeben werden. Heute müßte über diese Dinge die Übereinstimmung mit Noske gefunden werden. Nur dadurch stärke sich die Position Noskes und der Partei.²³

¹⁹ Otto Hörsing, zunächst preußischer Staatskommissar für Oberschlesien, war am 7. 6. 1919 zum Reichskommissar für Schlesien und Westpreußen ernannt worden; siehe Kabinett Scheidemann, S. 425, Anm. 10 und S. 530; vgl. auch Nr. 95, Anm. 9; bei seinen Aussagen stützte er sich möglicherweise auf den Artikel eines Offiziers in der Breslauer Volkswacht (SPD), den Koenen (USPD) in seiner Plenarrede am 29. 10. anführte; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3569; vgl. auch Parteiausschuß 13. 2. 1919, Reprint, S. [704]. Über ähnliche Vorgänge aus Breslau berichtete Löbe schon im Sommer 1919, in: Parteiausschuß 28./29. 8. 1919, Reprint, S. [676]. Vgl. auch die Darstellung aus der Sicht des VI. Armeekorps unter Generalleutnant von Friedeburg, in: Alle Macht den A.- und S.-Räten. Kampf um Schlesien. Von Ernst Hesterberg. Oberstleutnant a. D. ehem. Chef des Generalstabes des VI. Armee-Korps, Breslau 1932, S. 268 f., 273, 275 f., 279 f., 286.

²⁰ Verbessert aus: "demokratisches".

²¹ Gestrichen: "gegen".

²² Der betreffende Artikel "Wie lange noch" war in Nr. 486 der Deutschen Zeitung vom 25. 10. erschienen. Nach Billigung durch das Kabinett am 27. 10. 1919 erstattete Reichsjustizminister Schiffer Strafantrag wegen Beleidigung. Das Landgericht Berlin verurteilte den verantwortlichen Redakteur am 17. 1. 1920 zu einer Geldstrafe von 300 Mark; siehe Kabinett Bauer, S. 32 f.; vgl. auch die Debattenbeiträge von Albrecht von Graefe (DNVP) und Noske in der Nationalversammlung am 29. 10. 1919; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3545 und 3550 f.

²³ Vgl. Nr. 93, Anm. 12.

Scheidemann hält [es] für notwendig zu beantragen, daß wir Zeitungsverbote nur dann für zulässig erachten, wenn in dem betreffenden Blatt zu Gewalt aufgefordert wird.

Kronen äußert seine Befürchtungen, daß Noske sich die Reichswehr bereits hat entgleiten lassen.

Katzenstein polemisiert mit der größten Schärfe gegen Noske. Der ganzen Sachlage nach müsse Noske uns in der Baltensache mit belogen und betrogen haben.²⁴ (Ordnungsruf). Katzenstein hält sich für verpflichtet, mit dieser Offenheit zu reden, denn wir ständen mitten in der Konterrevolution und wir würden jetzt mit Schande untergehen.

Davidsohn kritisiert scharf verschiedene Entlassungen von Offizieren und bringt dann eine Menge von Einzelheiten des Etats vor, die von uns nicht verteidigt werden könnten.

Löbe führt aus, wir könnten in der kurzen Spanne uns verbleibender Zeit den Etat nicht mehr umgestalten. Aber er sowie der ganze jetzt wieder etablierte Militarismus sei²⁵ von uns nicht zu billigen.

Das ganze Offizierskorps sei zuverlässig gegen revolutionär, die Soldaten seien Abenteurer oder halbe Kinder, aber herzlich wenig Leute mit gefestigter republikanischer oder politischer Gesinnung seien unter ihnen. Unter den Umständen sollte das Reichswehrministerium mit beiden Händen zum Republikanischen Führer-Bund gegriffen haben, um wenigstens ein Gegengewicht, ein paritätisch es Offizierskorps zu bekommen. Löbe habe den Eindruck, Noske könne sich jetzt nicht mehr durchsetzen, die monarchistischen Offiziere hätten die Macht, alles zu hintertreiben.

Frau Bohm-Schuch bringt gegenüber einigen der von Leutnant Müller genannten entlassenen Offiziere ein Mißtrauen zum Ausdruck.

Voigt erörtert unser passives Verhalten in den ersten Revolutions-Monaten und das wahnsinnige Wüten von links. Diese beiden Umstände hätten die Verhältnisse in der Reichswehr so gestaltet, wie sie jetzt sind.

Scheidemann verliest die Formulierung, die als Antrag eingebracht werden soll, falls die Fraktion sich dem Antrag der Rechten anschließt. Die Formulierung lautet: "Das Verbot einer Zeitung oder Zeitschrift darf nur ausgesprochen werden, wenn zur Anwendung von Gewalt aufgefordert wird."²⁶

²⁴ Bezieht sich u. a. auf Noskes Darstellung der Vorgänge im Baltikum in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 8. 10. 1919 – Sten. Ber., Bd. 330, S. 2919 f. – und vor der Fraktion, u. a. Nr. 81.

²⁵ Gestrichen: "zu verwerfen".

²⁶ Vgl. oben Anm. 22. – Der als "Entschließung" zum Haushalt des Reichswehrministeriums von der DNVP-Fraktion eingebrachte Antrag vom 27. 10. (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1379) wurde vom Plenum der Nationalversammlung am 29. 10. 1919 abgelehnt. Für die SPD erklärte Löbe, mit der Aufhebung des Belagerungszustandes, wie ihn die SPD fordere, erledigten sich die in der "Entschließung" erhobenen Forderungen von selbst. Solange dieser bestehe, halte sie "es für wünschenswert, daß im Sinne des Absatzes b der Entschließung verfahren wird", der forderte, "das Verbot bei täglich erscheinenden Zeitungen auf höchstens drei Tage, bei Druckschriften [...] auf höchstens drei Nummern zu beschränken"; ebd., Bd. 330, S. 3585.

94. 28. 10. 1919 Fraktionssitzung

Noske legt dar, daß auch er mit der Möglichkeit rechne, eines Tages mit allem Nachdruck für die Errungenschaften der Revolution sich einsetzen zu müssen. Aber beim Kampf gegen die Konterrevolution dürfen wir auch vor Zeitungsverboten boten nicht zurückschrecken. Scharfe Maßregeln²⁷ sollen dahin wirken, blutige Gewaltmittel vielleicht unnötig zu machen. Leider schrecken viele Genossen aus Prinzipienreiterei vor der Anwendung von Verboten zurück.

Zum Etat sei zu sagen, daß binnen 3 Monaten hoffentlich die Militärgerichte verschwunden seien.

Im Etat stehe manches, was wir als Sozialdemokraten nicht hineinbringen würden, aber wir haben eine Koalitionsregierung. – Noske begründet dann²⁸ eine Reihe von Etatpositionen.²⁹

Bezüglich der Zuverlässigkeit der Reichswehr habe er die Überzeugung, daß wir sie doch noch in der Hand haben. Und zwar deswegen, weil ein außerordentlich scharfer Gegensatz zwischen den Offizieren und den Mannschaften besteht. Würden die Offiziere zu irgendwelchen konterrevolutionären Handlungen übergehen, sie würden die Mannschaften nicht hinter sich haben.

Bezüglich der vorgebrachten Personalfragen sei zu bedenken, von Colin Roß³⁰ wie von manchen anderen der Genannten wisse man jetzt allgemein, wie wenig³¹ los mit ihnen war.

Andere Ausgeschiedene, z. B. von Arnim, hätten Noske gesagt: n i c h t s sei ihm in den Weg gelegt worden, er gehe ohne Bitterkeit, er glaube in der Industrie mehr zu erreichen.

Weisdorf sei ebenfalls nichts in den Weg gelegt worden; er selber isoliere sich und bekunde kein Vertrauen zu Noske. – Major Lange sei Querulant, mindestens schwierig zu behandeln, und nicht absolut zuverlässig.³² So sehe vieles des³³ hier vorgebrachten bei näherer Prüfung anders aus.

Habe jemand in der Fraktion Vorschläge zu machen oder von sich selber die Meinung, daß er die Maßnahmen re i b u ngslos treffen könne, so mache Noske ihm

²⁷ Gestrichen: "werden vielleicht".

²⁸ Gestrichen: "die".

²⁹ Noske ging in seiner Rede zum Etat des Reichswehrministeriums am 29. 10. nicht auf einzelne Etatposten ein. In der gleichen Sitzung kündigte er an, er hoffe nach Ende der Parlamentsferien, die "etwa
vierzehn Tage dauern sollen, den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vorlegen zu können"; Sten. Ber., Bd. 330, S. 3547 ff. und 3587. Der Gesetzentwurf wurde am 29. 3. 1920
von Reichswehrminister Geβler eingebracht; ebd., Bd. 342, Anlagen Nr. 2525.

³⁰ Oberleutnant Colin Roß, zunächst im Felde, ab 1916 bei der OHL, die ihn zur Presseabteilung des Auswärtigen Amtes abordnete, im November 1918 Soldatenratsvertreter im Vollzugsrat, seit Januar 1919 gemeinsam mit Fritz Henck Schriftleiter der kurzlebigen Zeitschrift "Volkswehr-Zeitung für die Soldaten der deutschen Republik"; in der Weimarer Republik Reiseschriftsteller. Vgl. Das Tagebuch, 1. Jg. I (1920), S. 208 ff., 246 ff., 282 ff.

³¹ Gestrichen: "hinter ihnen".

³² Siehe oben Anm. 15.

³³ Gestrichen: "vom Referenten".

Fraktionssitzung 21. 11. 1919 95.

gerne Platz. Er selber könne immer wieder nur sagen, man müsse G e d u l d haben. In k u r z e r Zeit sei der Wehrapparat nicht so zu gestalten, wie wir ihn haben wollen. Sabotage werde von³⁴ manchen Offizieren geübt. Für viele Offiziere sei eben das Verbleiben im Heer eine reine Versorgungsfrage. Aber viele sind auch reell und h a b e n ihre Haut im Januar usw. für uns zu Markte getragen. Die ganze Frage sei eine Frage des Vertrauens und der festen Nerven. Wir müssen Vertrauen zur Arbeiterklasse und zu unseren Ideen haben. Auch das Vertrauen, daß wir mit 4000 Offizieren fertig werden. –

Den Antrag bezüglich des Zeitungsverbots hält Noske nicht für richtig. Das Verbot der Freien Jugend will Noske aufheben.³⁵

34 Gestrichen: "vielen".

35 Siehe oben Nr. 93, Anm. 12.

95.

21.11.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 21. XI. 19, abends 5 Uhr."

Löbe¹ gedenkt der verstorbenen ehemaligen Kollegen Emmel und Haase² und die Fraktion erhebt sich zu ihren Ehren.

Löbe bespricht dann den vom Ältestenausschuß vorgesehenen Arbeitsplan des Hauses. Für 1. und 2. Dezember ist Pause vorgesehen, die Vertagung ist gedacht für den 18. Dezember.

Zur morgen beginnenden Plenarverhandlung über die Reichsabgaben ordn ung beantragen **Stolten, Katzenstein, Jungnickel** und Dr. [Adolf] **Braun** verschiedene Abänderungsvorschläge, denen die Fraktion zustimmt.³

Bender berichtet über die großen Schwierigkeiten in der Rätegesetzkommission. AZentrum und Demokraten widerstreben der Aufnahme der Arbeiter in

¹ Gestrichen: "widmet dem Ansehen".

² Gestrichen: "ehrende Worte". – Hugo Haase, bis Dez. 1915 Fraktionsvorsitzender und bis März 1916 Parteivorsitzender der SPD, ab April 1917 Vorsitzender der USPD, war am 8. 10. 1919 durch Pistolenschüsse eines Geisteskranken schwer verletzt worden. Er starb am 7. 11. 1919 an seinen Verletzungen; zu seiner Biographie vgl. Calkins. Josef Leopold Emmel, MdR (SPD) für Mühlhausen (Elsaß), starb am 13. 11. 1919 in Apolda im Alter von 56 Jahren; siehe dazu Freibeit Nr. 553 vom 14. 11. 1919.

³ Siehe dazu die Abänderungsanträge in Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1494-1499, 1501-1504, 1507, 1511, 1513, 1515-1517.

⁴ Streichung unleserlich.

95. 21. 11. 1919 Fraktionssitzung

die Aufsichtsräte und der Vorlegung der Bilanzen. Vor allem widerstreben die Demokraten. Der Konflikt hat heute morgen zum Abbruch der interfraktionellen Verhandlungen seitens unserer Kollegen geführt.⁵

Die Fraktion billigt die Stellung unserer Kommissionsmitglieder. Sie ist sich einig, in keine Verschleppung und keine Verschlechterung des Gesetzes einzuwilligen. Die Kommissionsmitglieder werden ersucht, die Fertigstellung des Gesetzes mit allen verfügbaren Mitteln zu beschleunigen.⁶ Dem Ältestenausschuß soll von der Stellung der Fraktion Mitteilung gemacht werden.

Sodann gibt Scheidemann in Ausführungen, die als vertraulich bezeichnet werden, der Fraktion Kenntnis von einer schriftlich en Eingabe des 7 Parteivorstandes an die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung. Die Eingabe ist hervorgerufen durch die steigende Gefahr einer gewaltsamen reaktionären Erhebung und verlangt eine Änderung des Regierungskurses 1. in bezug auf die Zeitungsverbote, 2. auf die Verhaftungen von Personen, 3. auf die Versammlungsverbote, 4. auf die Beförderungen und Ehrungen von mißliebigen Personen, 5. auf die Zustände in der Reichswehr und die Bewaffnung der Bauern und Gutsbesitzer und der Sicherheitswehren, 6. auf den Belagerungszustand. 9

Außerdem beschloß der Vorstand die moralische und die – wenn nötig – auch finanzielle Unterstützung des Republikanischen Führerbundes. ¹⁰ Die Eingabe des Vorstands ist gestern abend in einer Sitzung mit den Sozialdemokraten ¹¹ der Reichsregierung wie der preußischen Regierung besprochen worden. Die Fraktion hat zu entscheiden, ob sie den Schritt des Vorstandes billigt. ¹²

⁵ Zu den Konflikten um das Betriebsrätegesetz nach dem Wiedereintritt der DDP in die Regierung vgl. Nr. 76, 87 und 90. Der zuständige (7.) Ausschuß beriet bis zum 28. 11. in 1. Lesung den Gesetzentwurf. Vgl. dazu auch die Ausführungen der Berichterstatter Gustav Schneider (DDP) und Bender (SPD) im Plenum vom 13. und 14. 1. 1920; Sten. Ber., Bd. 331, S. 4158, 4200 f., 4215 und 4217. Zu den strittigen Punkten und den dazu gefaßten Beschlüssen im einzelnen siehe Nr. 97, bes. Anm. 8.

⁶ Dem zuständigen (7.) Ausschuß gehörten für die SPD an: Bender, Brey, Dietrich, Hoch, Jäcker, Janschek, Frida Lührs, Hermann Müller-Potsdam, Obermeyer, Minna Schilling, Anna Simon.

⁷ Gestrichen: "Frakt[ions]".

⁸ Gestrichen: "in bezug auf die folgenden Punkte".

⁹ Dahinter gestrichen: "Außerdem habe der Vorstand beschlossen". – Das als "Denkschrift" des Parteivorstandes charakterisierte Schreiben war schon am 13. 11. als "eingeschriebener" Brief abgesandt worden und persönlich an die Regierungsmitglieder der SPD adressiert, um Indiskretionen zu vermeiden. Unterzeichnet war es von Wels. Über den näheren Inhalt informieren Wels' Berichte in der Parteiausschußsitzung vom 13. 12. und die Diskussionsbeiträge von Severing, Bauer, Scheidemann und Wels; Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [703 f., 708, 720 f., 724, 726, 733 ff.]. Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II, S. 385.

¹⁰ Der R.F.B. hatte sich mit der Bitte um moralische und finanzielle Unterstützung an alle drei Koalitionsparteien gewandt. Zur positiven Reaktion des SPD-Vorstandes und seiner Haltung zum R.F.B., in dem er ein Kontrollorgan und Gegengewicht gegen die "reaktionären Offiziere" sah, vgl. Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [704]f. und [725]f. – Der Vorstand der DDP lehnte das Ersuchen des Bundes ab; Albertin, Linksliberalismus, S. 99.

¹¹ Streichung unleserlich.

¹² In der Besprechung zwischen den der SPD angehörenden Mitgliedern der Reichsregierung und dem Parteivorstand wurden einige Beschwerdepunkte zur Zufriedenheit des Parteivorstandes aufgeklärt

Fraktionssitzung 25. 11. 1919 96.

Hörsing, der die Diskussion eröffnet¹³, ergänzt die *Scheidemanns*che Begründung des Vorstandsvorgehens und teilt mit, daß er sein Abschiedsgesuch als Regierungskommissar in Oberschlesien eingereicht habe, weil er die Taktik der Regierung, insbesondere *Noskes*, nicht mehr billigen kann.¹⁴

Es sprachen noch Becker-Oppeln, Krüger-Potsdam, Dr. David und Dr. Landsberg. Die im Laufe der Diskussion auf 10 Minuten verkürzte Redezeit wurde für Dr. David als Regierungsvertreter verlängert. Landsberg wurde beauftragt, eine Reihe der von ihm vorgebrachten Tatsachen dem Genossen Noske schriftlich zu unterbreiten. Am nächsten Montag soll die Diskussion festgesetzt werden.

(Flaggenbeschaffung für Reichspräsidenten und Reichswehrminister, die Beförderung des Obersten von Reuter), bei anderen – Frage der Schutzhäftlinge – keine Übereinstimmung erzielt. Die "Denkschrift" kam auch noch in "einer Unterhaltung in der Reichskanzlei" mit Bauer zur Sprache, in der dieser nach Wels erklärte, "der größte Teil unserer Beschwerden wäre berechtigt. So müsse der Belagerungszustand baldigst aufgehoben werden, damit der Zustand aufhöre, bei dem niemand wisse, wer Koch und wer Kellner ist und der untergeordneten Personen eine Fülle von Macht in die Hand gebe. Er würde sich für die Aufhebung des Belagerungszustandes einsetzen"; Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [703 f.] – Nach Scheidemanns Darstellung (ebd., S. [724]) habe ihm Bauer "die heftigsten Vorwürfe gemacht, weil ich die Denkschrift veranlaßt hätte. Wels werden auch Vorwürfe gemacht, er sei nervös geworden seit meiner Rückkehr: Es wird so getan, als ob ich der Mann wäre, der Wels aufhetzen könnte." Vgl. auch Scheidemann, Memoiren II, S. 385 f.

- 13 Gestrichen: "stellt sich".
- 14 Zuvor gestrichen: "billigen". Nach Schulthess 1919 I, S. 487 reichte Hörsing am 21. 11., nach Kabinett Bauer, S. 456, Anm. 17, am 24. 11. sein Abschiedsgesuch ein. Die unterschiedlichen Daten erklären sich wohl aus der Doppelfunktion als Reichs- und preußischer Staatskommissar. Die Reichsregierung genehmigte sein Gesuch am 4. 12. (Kabinett Bauer, ebd.). Auf Ersuchen des preußischen Innenministers Heine erklärte sich Hörsing bereit, vorläufig sein Amt als Staatskommissar weiterzuführen. Der endgültige Rücktritt erfolgte am 16. 12. 1919; Schulthess, ebd.

96.

25.11.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Dienstag] 25. XI. 19, 4 1/2 Uhr nachm."

Die Fraktion stimmt nach vorausgegangener Diskussion gegen wenige Stimmen einer von Hildenbrand vertretenen Hilfsaktion für das hungernde Österreich zu. Durch einen Antrag sämtlicher Parteien soll trotz der Notlage des eigenen Landes die Regierung aufgefordert werden, 1. bis Ausgang dieses Jahres die den deutschen Staatsangehörigen ausgesetzte wöchentliche Mehlration um etwa 50 Gramm zu kürzen und die Ersparnis den Deutschösterreichern, insbesondere der Stadt Wien, zuzuführen; 2. eine private Hilfsaktion in Deutschland zugunsten der Österreicher nach Kräften zu fördern.

¹ Ein entsprechender Antrag aller Fraktionen – mit Ausnahme der USPD – vom 26. 11. (Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1554) wurde am 27. 11. 1919 vom Plenum angenommen. Bis auf die Kürzung der

96. 25. 12. 1919 Fraktionssitzung

Hellmann wünscht im Namen der Lehrer-Arbeitsgemeinschaft eine Unterstützung des Bestrebens, den Konfirmandenunterricht außerhalb der Unterrichtsstunden erteilt zu sehen. – Der Vorstand wird sich in Verbindung mit den in Betracht kommenden Zentralstellen der Sache annehmen.² –

Nach Vorschlägen der Kollegen Stock, Sidow, Schädlich, Bias, Keil, Reißhaus, Krätzig³ stimmt die Fraktion [den von] den Kollegen vorgeschlagenen Anträgen für die Kommission für das U m s a t z s t e u e r g e s e t z zu.⁴

Hoch berichtet über eine vom 6. Ausschuß vorgesehene Erhöhung der Unfallrenten, die in Kraft treten soll, ohne daß sie [das] Plenum vorher beschäftigt [hat]. – Die Kommission soll entsprechende Anträge auch für die Zivilrentenen pfänger vertreten. Danach wird die in der letzten Sitzung abgebrochene politische Debatte fortgesetzt.

Noske kommt in unbeschränkter Redezeit zu Wort. Außer ihm sprechen Davidsohn, Katzenstein, Scheidemann, Hoch, Heine, Wels und Winnig. Danach wird die Debatte wiederum vertagt.

Scheidemann hat als positive Stellungnahme der Fraktion vorgeschlagen, zu erklären, daß die Eingabe des Parteivorstandes zeitgemäß war;

dann: überall, wo Einwohnerwehren bestehen, die Arbeiter aufzufordern, in diese Wehren einzutreten; die Regierung aufzufordern, den Belagerungszustand aufzuheben.⁶ –

Mehlrationen, denen die USPD die Zustimmung verweigerte, erfolgte die Annahme einstimmig; ebd., Bd. 331, S. 3826 ff. – Zur Haltung der Reichsregierung, die eine zwangsweise Kürzung der Rationen nicht für möglich hielt, vgl. Kabinett Bauer, S. 402.

² Die "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen" war am 21. 4. 1919 gegründet worden. Der Vorsitz lag bei Heinrich Schulz, die Geschäftsführung bei Richard Lohmann vom Parteivorstand. Hellmann gehörte nicht dem Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft an. – Eine entsprechende Initiative in der Nationalversammlung läßt sich nicht nachweisen. Zur Gründung und den Zielsetzungen der "Arbeitsgemeinschaft" vgl. SPD-Parteitag 1919, S. 172 f. und 1920. Anhang: Bericht des Parteivorstandes. S. 47 ff.

³ Gestrichen: "gibt".

⁴ Siehe den Abänderungsantrag Sidow, Krätzig, Stock vom 16. 12. 1919 "zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Umsatzsteuergesetzes"; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1787. Vgl. auch Bd. 331, S. 4074 ff.

⁵ Der (6.) Ausschuß für Volkswirtschaft billigte am 27. 11. die "Verordnung über die Gewährung von Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung". Die Verabschiedung erfolgte nach § 1 des Gesetzes über die vereinfachte Gesetzgebung für die Übergangswirtschaft vom 17. 4. 1919; vgl. oben Nr. 38, Anm. 5. Er lehnte es aber mit 14 gegen 14 Stimmen ab, "die Reichsregierung um eine Vorlage zu ersuchen, nach der in diesem Jahr den Zivilrentenempfängern eine Beschaffungsbeihilfe gewährt wird"; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1815, Bericht des Ausschusses vom 17. 12., mit Anlage. Eine entsprechende Verordnung erfolgte erst am 5. 5. 1920; Sten. Ber., Bd. 343, Anlagen Nr. 2962 und 2963.

⁶ Die Aufforderung des SPD-Vorstandes "Hinein in die Einwohnerwehren" erschien am 30. 11. 1919 im Vorwärts Nr. 612. Darin wurde die Regierung aufgefordert, den Belagerungszustand aufzuheben und die Kriegsdokumente schnellstens zu veröffentlichen.

Fraktionssitzung 25. 11. 1919 96.

Zur morgigen Ernährungsdebatte soll Frau Lodahl, zur österreichischen Hilfsaktion Hildenbrand reden.⁷

Scheidemann macht Mitteilung von einer Skandalnotiz in der heutigen Abendpresse und betont, daß die Angelegenheit bereits in einer Sitzung durchgesprochen worden und daß keiner der angegriffenen Regierungs- und Fraktionskollegen wirklich belastet ist. Morgen kommt die Erklärung in die Presse, daß die genannten Genossen Klage erheben, um alles gerichtlich aufzuklären.⁸ –

Der inzwischen eingetroffene Reichskanzler Bauer berichtet über das Rätege-setz. Unsererseits ist in der Kommission erneut erklärt worden, daß wir an den Grundbestimmungen unter allen Umständen festhalten. Mit dem Zentrum ist eine Einigung zu erzielen, aber es will das Gesetz nicht mit uns allein, sondern nur zusammen mit den Demokraten machen. Auch wir können den Demokraten ihr jetziges Abtreten von ihrer beim Wiedereintritt in die Regierung abgegebenen Erklärung nicht gestatten. Sie haben damals erklärt, an den Grundzügen des Gesetzes nichts ändern zu wollen und nur redaktionelle Änderungen sich vorbehalten.⁹

Die demokratischen Führer bemühen sich, ihre Fraktion umzustimmen; gelingt ihnen das¹⁰ bis morgen nicht, so muß die Abstimmung auf Donnerstag verschoben werden, und weiter müssen wir auch den Bedenken der Demokraten in bezug auf die Banken in irgendeiner Form Rechnung tragen. Bei der morgigen Kommissionsberatung könnten dann die anderen Paragraphen besprochen werden.¹¹

⁷ Die "Ernährungsdebatte" vom 26. 11. 1919, bei der Frau Lodahl sprach (Sten. Ber., Bd. 331, S. 3774 ff.), bezog sich auf die Behandlung der Interpellation Arnstadt (DNVP), Dr. Heinze (DVP) vom 22. 11. "betreffend die bedrohliche Gestaltung der Ernährungsfragen infolge der schlechten Witterungsverhältnisse" (Sten. Ber., Bd. 330, Anlagen Nr. 1514), die Interpellation Trimborn (Zentrum) vom 26. 11. "betreffend Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung" (ebd., Nr. 1537) und den Antrag Blum (Zentrum) vom 20. 11. 1919 "zur Milderung der durch Frost verursachten Schäden an Hackfrüchten" (ebd., Nr. 1463). – Ursprünglich sollte zur österreichischen Hilfsaktion (siehe oben, bes. Anm. 1) je ein Vertreter der den Antrag tragenden Fraktionen sprechen (für die SPD Hildenbrand). Im Laufe der Sitzung kam man überein, die Begründung des Antrages nur durch den Präsidenten des Hauses vornehmen zu lassen; für die USPD gab jedoch Geyer eine Erklärung ab; ebd., Bd. 331, S. 3826.

⁸ Die "Skandalnotiz" betraf den Fall Sklarz; siehe Nr. 98a und b. Der Vorwärts griff mit dem Artikel "Eine Enthüllung?" in Nr. 603 vom 25. 11. 1919 diese Nachricht noch am gleichen Abend unter Berufung auf die Lokalkorrespondenz B. R. auf. Die Presseerklärung, daß Klage erhoben worden sei, findet sich im Vorwärts Nr. 604 vom 26. 11. 1919.

⁹ Bauer kam von einer Kabinettssitzung, in der die "Stellungnahme der demokratischen Partei zum Betriebsrätegesetz" erörtert wurde. "Das Kabinett war einstimmig der Ansicht, daß das Gesetz vor Beginn der Weihnachtsferien verabschiedet" und von allen "drei Regierungsparteien getragen werden müsse, andernfalls würden die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen sein"; Kabinett Bauer, S. 422 f.

¹⁰ Gestrichen: "nicht".

¹¹ Reichsinnenminister Koch-Weser teilte anschließend in der Fraktionssitzung der DDP mit, das Kabinett habe beschlossen, zurückzutreten, falls die DDP-Fraktion gegen den Passus über die Bilanzfrage stimme; Kabinett Bauer, S. 422 f.; NL Haußmann Nr. 25; vgl. auch oben Nr. 87, bes. Anm. 13, Nr. 90, bes. Anm. 16 und 17, Nr. 95, bes. Anm. 5.

97. 26. 11. 1919 Fraktionssitzung

Die Fraktion läßt es bei diesem Bericht bewenden und bestimmt nur, daß unsere Kommissionsmitglieder morgen die Erklärung abgeben sollen, daß die Demokraten die Grundzüge des Gesetzes anerkennen müssen, sonst behalten wir uns alles vor. Nur unter diesem Vorbehalt nähmen wir die Weiterberatung morgen auf.¹²

12 Siehe Nr. 97, bes. Anm. 8. Ein Hinweis auf die Bedenken der DDP bei den Banken findet sich nicht in dem Ausschußbericht; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1838.

97.

26.11.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 26. XI. 19, abends 6 Uhr."

Die gestern abgebrochene politische Debatte über die Verhältnisse im Innern wird fortgeführt.

Es sprechen noch Hense, Kahmann, Wissell, Landsberg, Davidsohn, Löbe¹ und Reichskanzler Bauer. Der letztere verlangt, gleich wie gestern Scheidemann, eine klare Stellungnahme der Fraktion. Das Schriftstück des Parteivorstandes enthalte eine scharfe Anklage nicht nur gegen Noske, sondern gegen alle unsere Genossen in der Regierung. Sei die Fraktion der in diesem Schriftstück zum Ausdruck kommenden Meinung, daß die Situation und das Verhalten der Regierung nicht mehr erträglich sei; die Genossen in der Regierung seien jederzeit bereit zurückzutreten.² –

Über die hieraus entstandene zugespitzte Situation sucht Genosse Hildenbrand durch Einbringung einer vermittelnden Resolution hinwegzuhelfen. Über sie soll in der nächsten Sitzung abgestimmt werden.³

Mit dem Erlaß einer Aufforderung des Parteivorstandes zum Eintritt in die Reichswehr erklärt die Fraktion sich schon jetzt, und zwar ohne Widerspruch, einverstanden.⁴

¹ Gestrichen: "Bauer".

² Vgl. dazu den Bericht von Wels in Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [703]. Die Bereitschaft zum Rücktritt hatte die Regierung schon in der Sitzung vom Vortage anläßlich der Probleme mit der DDP beim Betriebsrätegesetz erklärt; siehe Nr. 96, Anm. 11.

³ Die im Protokollband verzeichnete nächste Sitzung vom 3. 12. (Nr. 98) enthält keinen Hinweis auf eine entsprechende Resolution; sie befaßte sich ausschließlich mit der Affäre Sklarz. – In der Parteiausschußsitzung vom 13. 12. 1919 – siehe Anm. 2 – erklärte Wels, die "Beratungen" der Fraktion über die Denkschrift seien "noch nicht abgeschlossen".

⁴ Vgl. Nr. 96, Anm. 6.

Fraktionssitzung 26. 11. 1919 97.

Ebenfalls⁵ mit einem Antrag Wissell, in einer der nächsten Sitzungen sich ausschließlich mit den Wirtschaftsfragen zu beschäftigen.⁶

Bender erstattet sodann den Bericht über die heutigen Verständigungsversuche in der Kommission für das Rätegesetz. Im Punkte Vertretung der Arbeiter im Aufsichtsratscheint eine Einigung zustande zu kommen.⁷

Im Punkte Vorleg ung der Bilanzist der Vorschlag der Demokraten: "Vorlegung nur in Betrieben von 500 Arbeitern an" un annehmbar. Wir haben einen Gegenvorschlag gemacht – Vorlegung in Betrieben von 30 Angestellten oder 100 Arbeitern an –, der von den Demokraten nicht angenommen wurde. Das Zentrum hat uns den Vorschlag auf Vorlegung der Bilanzen in Betrieben von 300 Arbeitern an gemacht.⁸ –

In der Diskussion legen R[ichard] Fischer, Dr. Braun, Hense, Stolten der Bilanzfrage n i c h t entscheidende Bedeutung bei und raten, an dieser Streitfrage das Gesetz nicht scheitern zu lassen.

⁵ Gestrichen: "ist für".

⁶ Siehe Nr. 100 und 101.

⁷ Im zuständigen (7.) Ausschuß war bei der 1. Lesung des Entwurfs, die er am 28. 11. beendete, der Punkt 12 in § 34 des Regierungsentwurfs umstritten. Er sah für Unternehmen mit einem Aufsichtsrat vor, der Betriebsrat habe "nach Maßgabe" eines besonderen Gesetzes "einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, welche mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats gleiche Rechte und Pflichten haben, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung zu haben brauchen." Durch die Annahme des Antrags 106 erhielt der Punkt 12 nun eine Fassung, die das Vertretungsrecht darauf beschränkte, "um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung." In der 2. Lesung, 8.-13. 12., strich der Ausschuß noch die Worte "jedoch keine Vertretungsmacht" und verabschiedete den letzten Halbsatz in der Fassung "erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung". Zusätzlich grenzte der Ausschuß den Geltungsbereich noch durch den Einschub zu Beginn des Absatzes ein: "und nicht auf Grund anderer Gesetze eine gleichartige Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vorgesehen ist"; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1838, S. 1912 ff. und 1923 (Ausschußbericht), S. 1954 f. (Synopse des Entwurfs und der Ausschußbeschlüsse), S. 1979 (Antrag 106). – In dieser Fassung wurde der Passus als § 70 am 16, 1. 1920 von der Nationalversammlung in namentlicher Abstimmung angenommen; ebd., Bd. 332, S. 4396 ff. und 4426 ff.

⁸ Bezieht sich auf § 35 Abs. 2 des Regierungsentwurfs, der bestimmte, daß in "Unternehmen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind und von denen mindestens fünfzig Arbeitnehmer beschäftigt werden", den Betriebsausschüssen bzw., wo diese nicht bestehen, den Betriebsräten "alljährlich vom 1. Januar 1920 ab eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt wird". Dazu lagen dem zuständigen (7.) Ausschuß mehrere Anträge (Nr. 78 II, 97 II, 101, 112, 113) vor. In der 1. Lesung gab der Ausschuß durch Annahme des Antrags 112 dem § 35 eine Fassung, die im Sinne der Vorstellungen der DDP bestimmte: "Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung auf Betriebe, die nicht mindestens hundert Angestellte oder fünfhundert Arbeiter im Betrieb beschäftigen." – Während der 2. Lesung vom 8.–13. 12. entschied sich der Ausschuß dann mit der Annahme des Antrags 194 für einen Kompromiß, der im Sinne des Vorschlags des Zentrums die Grenze bei Betrieben zog, "die in der Regel mindestens 50 Angestellte oder 300 Arbeiter im Betriebe beschäftigen"; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1838, S. 1913 f., 1924 f., 1956 und 1997. – Zum Fortgang siehe Nr. 101, 103 und 104.

98. 3. 12. 1919

Schumann, Sachse, Obermeyer, und bedingt auch Hoch und Landsberg, halten den Vorschlag *Bender* für das äußerste Entgegenkommen, das wir bezeigen dürfen.

Der Ansicht, daß die bürgerlichen Vorschläge in ihrer jetzigen Gestalt unannehmbar sind⁹, ist auch Reichskanzler Bauer. Er glaube aber auch, daß unter Vorführung des ganzen Ernstes der Situation die Bürgerlichen noch zu wesentlichen Zugeständnissen zu gewinnen sind.

Die Fraktion beschließt ohne Gegenstimmen, daß die Kommission auf dem Vorschlag von 100 beharren¹⁰, aber im Sinne *Bauers* die Verhandlungen weiter fortsetzen soll.¹¹ –

Nach kurzer Erörterung wird dann noch beschlossen, dem Zentrumsantrag Schneider-Franken zuzustimmen, der einen Steuer-Pardon bis zu einer gewissen Grenze vorsieht. 12

98.

3.12.1919: Fraktionssitzung

98a Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Mittwoch] 3. XII. 19, nachm. 4 Uhr."

Der Vorstand hat die Sitzung anberaumt, um der Fraktion ausgiebige Aufklärung über den *Sklarz-S* k an dal zu geben.¹

98b Protokollbuch IV, eingelegte Zettel, Handschrift nicht eindeutig zu identifizieren; wahrscheinlich handelt es sich um Mitschriften von Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Mittwoch] 3. XII. 19, 4 Uhr nachmittags."

Steuern:

Freitag abend soll eine Fraktionssitzung sich ausschließlich mit den von Wissell angeregten Wirtschaftsfragen beschäftigen.²

Scheidemann macht einige Mitteilungen über die A f f ä r e Sklarz.

⁹ Gestrichen: "dieser letzteren Ansicht".

¹⁰ Gestrichen: "soll".

¹¹ Siehe Anm. 8.

¹² Schneider (Zentrum) begründete am 24. 11. 1919 einen Vorschlag zur "Einführung eines Generalpardons" für Steuervergehen, zu dem von der SPD Adolf Braun sprach; Sten. Ber., Bd. 331, S. 3730 f. – Zum Fortgang siehe Nr. 100, bes. Anm. 5.

¹ Materialien zum Fall Georg Sklarz finden sich in BA Koblenz R 43/I 1239; eine ausführliche Darstellung aus der Sicht Scheidemanns in Parteiausschuß, 13. 12. 1919, Reprint, S. [467] ff. und im Vorwärts Nr. 42, 43 und 44 vom 23. 1. und 24. 1. 1920; vgl. ferner den in Nr. 96, Anm. 8 zitierten Bericht des Vorwärts "Eine Enthüllung?" in Nr. 603 vom 25. 11. 1919.

² Die Aussprache über die Wirtschaftspolitik erfolgte erst am 9. 12. 1919.

Fraktionssitzung 3. 12. 1919 98.

Zu diesem Fall bringt Löbe zunächst folgenden Brief des Reichspräsidenten Ebert zur Vorlesung³:

Berlin, den 2. Dezember 1919 Herrn Abgeordneten *Löbe*, Reichstag

Lieber Löbe!

In der Presse ist in Verbindung mit dem Fall Sklarz wiederholt mein Name genannt worden. Ich bitte deshalb, der Fraktion von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

In den Kampftagen im Januar d. J. war der Wache der Reichskanzlei und den übrigen neu gebildeten Truppenteilen der Proviant ausgegangen.4 Ein Referent der Reichskanzlei berichtete über die Not der Truppen und teilte mit, daß sich Sklarz und andere zur schleunigen Beschaffung von Lebensmitteln bereit erklärt hätten. Er legte einige entsprechende Ausweise zur Unterschrift vor, die von mir und Scheidemann, als Vorsitzenden des Kabinetts, gegeben wurden. Dem Kabinett habe ich von dem Vorgang Mitteilung gemacht.5 Die nach Abschluß der Kampfhandlungen von Sklarz vorgelegte Rechnung ist auf meine Anordnung in der Reichskanzlei nachgeprüft und revidiert worden.

Es liegt hierzu auch ein Schreiben Eberts vor, das von Löbe verlesen wird.

³ Das eingeklebte maschinenschriftliche Schreiben ist handschriftlich unterzeichnet: "Mit freundl[ichem] Gruß Ebert". – Vgl. dazu auch Eberts Privatdienstschreiben an Reichskanzler Bauer vom 2. 12. 1919 (BA Koblenz R 43/I 1239, Bl. 63 f.), das von Bauer in der Kabinettssitzung vom 19. 12. 1919 verlesen wurde; Kabinett Bauer, S. 486.

⁴ Gemeint sind die Januarunruhen in Berlin. Zur Abwehr der gegen die Regierung gerichteten Aktionen formierten sich Freiwilligenverbände, darunter der am 6. 1. von Albert Baumeister und dem Vorwärts-Redakteur Erich Kuttner organisierte "Sozialdemokratische Helferdienst", zumeist "Regiment Reichstag" genannt, die aktiv in die Kämpfe eingriffen. Mit dem "Regiment Liebe" wurde das "Regiment Reichstag" am 19. 1. zu einer "Republikanischen Schutztruppe" vereinigt. Vgl. Januarunruhen. Sitzungsberichte der Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung (Anlagen). Tagung 1919/21, 15. Bd. Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januarunruhen 1919 in Berlin, B Niederschriftenband, S. 7760 ff.; Maercker, S. 36 ff.; Die Wirren in der Reichshauptstadt. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen Deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, 6. Bd., Berlin 1940, S. 53 ff.

⁵ In der Kabinettssitzung der Volksbeauftragtenregierung vom 9. 1. 1919 heißt es unter Punkt "2. Verpflegung der freiwilligen Truppen. Die zehn Vollmachten zum Einkauf von Lebensmitteln werden für den Herrn Kaufmann Georg Glatz ausgefertigt." Regierung der Volksbeauftragten II, S. 202. Mit "Glatz" dürfte Georg Sklarz gemeint sein. Seine Vollmacht lautete sinngemäß: "Der Inhaber dieses Schreibens ist berechtigt, für die Regierungstruppen Lebensmittel einzukaufen. Es wird gebeten, daß keine Behörde irgendwelche Lebensmittel, die sich im Besitz des Inhabers dieses Schreibens vorfinden, zu beschlagnahmen habe. Berlin, 6. Januar 1919, Ebert, Scheidemann." Zitiert nach dem Bericht Scheidemanns im Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [748].

98. 3. 12. 1919 Fraktionssitzung

Während meiner Tätigkeit in der Regierung war ich bei *Sklarz* dreimal Gast. Am 23. Dezember 1918 und in den Tagen der Januar-Kämpfe habe ich nachts bei ihm Unterkunft gesucht, weil in der Reichskanzlei auch nicht für einige Stunden Ruhe zu finden war und meine Wohnung bedroht wurde. Etwas Ungünstiges hatte ich bis dahin über *Sklarz* nicht erfahren.

Außer der Erteilung des oben erwähnten Ausweises habe ich mit geschäftlichen Unternehmungen des Herrn Sklarz in keiner Hinsicht etwas zu tun gehabt.

Mit freundlichem Gruß Ebert.

Dann verbreitete Scheidemann sich in sehr ausführlichen Darlegungen über den Fall, der seiner Auffassung nach dadurch zu einem unabsehbaren Schaden für die Partei wird, daß einige Genossen in unglaublicher Kurzsichtigkeit sich dabei berufen fühlten, eine gar nicht bedrohte Parteiehre zu retten. Denn k e in er der angeschuldigten Parteiführer oder Genossen aus der Regierung haben sich irgendetwas ihn Bloßstellendes zuschulden kommen lassen.

Als der Angestellte Sklarz', der junge Sonnenfeld, nach Unterschlagung von etwa 1,3 Millionen Mark mit dem Geld und seiner Braut nach Holland ausgerückt war, wandte Sklarz sich an den Vater Sonnenfelds. Ergebnis: der junge Sonnenfeld wollte einen erheblichen Teil des Geldes zurückgeben, wenn Sklarz von einer gerichtlichen Verfolgung Abstand nähme. Wenn nicht, dann sollten Enthüllungen kommen, die sowohl Sklarz ins Zuchthaus brächten, wie auch Parteiführer und Regierungsgenossen

Scheidemann: Dank der unglaublichen Kurzsichtigkeit einiger Parteigenossen, die sich berufen fühlten, eine gar nicht bedrohte Parteiehre zu retten, haben wir einen Skandal von ganz unabsehbarer Schädlichkeit für die Partei.

Kurz sagen, was sich ereignet [hat]. Vor einiger Zeit wurde dem Kaufmann Georg Sklarz ein Geschäft, eine [Aufgabe]⁷ übertragen. Ein Angestellter Sonnenfeld unterschlug 1,3 Mill. Mark, rückte mit dem Geld und seiner Braut nach Holland aus. Sklarz wandte sich an den Vater Sonnenfelds, Ergebnis: der junge Sonnenfeld wollte einen erheblichen Teil des Geldes zurückgeben, wenn Sklarz vom Gericht Abstand nähme. Wenn nicht, dann sollen Enthüllungen kommen, die sowohl Sklarz ins

⁶ Vgl. für die Tage der Januarkämpfe Scheidemann ebd., in der Nacht vom 5. auf den 6. 1. 1919 seien Ebert und er "nachts um 3 Uhr in die Wohnung des mit uns seit Jahren befreundeten Herrn Sklarz" geflüchtet. Über den Vorgang während der Weihnachtsunruhen teilte Ebert in einer Sitzung von Kabinett und Zentralrat am 28. 12. 1918 mit, Scheidemann, Landsberg und er hätten das Amt um 2. 30 Uhr (am 24. 12. 1918) verlassen und seien "nach Hause" gegangen; Regierung der Volksbeauftragten II, S. 82.

⁷ In Original an dieser Stelle unleserlich.

schwer belasten würden. Das aus der Wohnung Sklarz' gestohlene angebliche Belastungsmaterial kam in die Hände Davidsohns.8 Er berief einen engeren Kreis führender Parteigenossen zu einer ersten Sitzung zur Besprechung dieses Materials ein, zu der Scheidemann, Wels usw. nicht geladen waren. Zu einer zweiten Sitzung waren Scheidemann, Wels, Stampfer, Hoch, Löbe, Heimann, zirka 20 Genossen, geladen. 10 Der auch eingeladene und in der ganzen Angelegenheit sehr aktive Genosse Baumeister war nicht erschienen. Als ihm seine¹¹ im letzten Augenblick vorgebrachte Entschuldigung mit Krankheit nicht mehr stichhaltig erschien, gebrauchte er die Begründung, er sei nicht erschienen, weil er Sklarz Geld schuldig sei. 11 Das Ergebnis dieser Sitzung war, daß zum Schluß ganz allgemein die Überzeugung ausgesprochen wurde, daß es eine Schande sei, daß eine solche Sitzung mit diesem Dreck behelligt worden sei. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß an den 11 verdächtigten Geder Fraktion nossen aus und der Regierung kein Tüpfelchen hängen bleibe.

Zuchthaus brächten, sondern auch Parteiführer und Regierungsgenossen. Dieses aus der Wohnung Sklarz' gestohlene Belastungsmaterial kam in die Hände Davidsohns.8 Er berief9 eine erste Sitzung, an der Scheidemann, Wels usw. n i c h t geladen waren. An der zweiten Sitzung war[en] Scheidemann, Wels, Stampfer, Löbe, Hoch, Heimann, zirka 20 Genossen, geladen. 10 Baumeister, der sehr aktive Rolle, zu der Sitzung auch geladen, aber nicht erschienen. Krankheit, Ausrede, Sklarz Geld schuldig. In dieser Sitzung Davidsohn lege nicht so scharf vor wie in der ersten Sitzung. Ergebnis dieser Sitzung ganzallgem e i n die Überzeugung ausgesprochen wurde, daß es eine Schande sei, daß eine Sitzung sich mit solchem Dreck befassen müsse. Einmütigkeit, daß an uns kein Tüpfelchen hängenbleiben könne, Beschluß: Baumeister müsse dem Sklarz einen Brief schreiben, damit Sklarz gerichtlich vorgehe. Brief ist nicht geschrieben worden. 12

⁸ So auch in der detaillierten Darstellung Scheidemanns im Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [747]. – Ernst Sonnenfeld war der Angestellte von Sklarz, Hermann Sonnenfeld sein Vater.

⁹ Gestrichen: "Sit[zung]".

¹⁰ Nach Scheidemann, ebd., fand die 1. Besprechung "im August oder September", eine 2. größere mit ca. 15–20 Teilnehmern "in unserer Abwesenheit" im September statt. Bauer, Noske, Wels und er seien erst zu einer 3. Sitzung am "27. oder 28. September" eingeladen worden, an der Wels und er teilnahmen.

¹¹ Streichung unleserlich.

¹² Albert Baumeister hatte während des Krieges die als Organ des rechten SPD-Flügels fungierende Internationale Korrespondenz herausgegeben und war dann Leiter des von Parvus-Helphand gegründeten Verlags für Sozialwissenschaften geworden. Nach Ausbruch des Januaraufstandes organisierte er gemeinsam mit dem Vorwärtsredakteur Erich Kuttner eine Schutztruppe; vgl. Regierung der Volksbeauftragten II, S. 287; sowie oben Anm. 4. – Baumeister hatte zusammen mit Davidsohn zu der Besprechung eingeladen; vgl. Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [748]. Zur Beurteilung Baumeister siehe ebd., S. [748 und 751 f.].

Es wurde beschlossen, Baumeister auf zufordern, durch Wiederholung der Beschuldigungen in einem Brief an Sklarz, diesen zu nötigen, gerichtlich vorzugehen.

Dieser Beschluß wurde *Baumeister* mitgeteilt, aber der Brief ist nicht geschrieben worden. 12

Scheidemann geht nun ausführlich und im einzelnen auf das inzwischen in die Presse lancierte Material ein¹¹ und betont sein persönliches und das Parteiinteresse an einer baldmöglichen einwandfreien Klarstellung.

Inzwischen von allen Seiten Anfragen an *Scheidemann*, was los sei. U. a. auch *Leuß*¹³. Antwort *Scheidemann*, informieren Sie sich bei einem Teilnehmer, etwa bei *Heimann*. Das ganze Material interessiert mich nicht – *Leuß*: so leicht sei es doch nicht zu nehmen.

Inzwischen erscheint das Material, nachdem inzwischen eine Veröffentlichung *Davidsohn* in der *Zukunft*¹⁴, in der Presse der Rechten.

Der Sklarz hat 5 oder 6 Brüder der verschiedensten [Art]. Darunter auch ein Kommunist. Mit diesen Brüdern wird er vielfach verwechselt. Das wirkliche Delikt ist: Sklarz soll Lebensmittel für militärische Verpflegung geliefert haben, ausgerüstet mit einem Schein Eberts-Scheidemanns.⁵ Verschwiegen wird das Datum¹⁵ 6. Januar 1919. Das war der schwärzeste Spartakustag, den wir gehabt haben. Ständig Lebensgefahr.⁴

Die Massen konnten uns zunächst nur waffenlos schützen. Dann schlagartig wurde eine bewaffnete Truppe mit dem Sitz im Reichstag organisiert. Aber sie hatten nichts zu essen.

In dieser Situation erbot sich Sklarz, Lebensmittel zu beschaffen. Aber er müsse einen Berechtigungsschein haben zum Requirieren. Es wurden sechs Scheine ausgestellt.¹⁶ Damit haben wir damals

¹³ Ein SPD-Funktionär Leuß, offenkundig aus Pommern, wird erwähnt in Parteiausschuß 4. 5. 1920, Reprint, S. [856].

¹⁴ In *Die Zukunft* vom 29. 11. 1919. Verantwortlich zeichnete für diese Nummer mit dem Titel: "Für die Republik" als Herausgeber und Redakteur Maximilian *Harden*. Er referierte darin "ein paar Hauptstücke aus dem mir Berichteten". *Die Zukunft*, Hrsg. Maximilian Harden, 107. Bd., Oktober/ Dezember 1919, Berlin 1919, S. 277–282.

¹⁵ Verbessert für: "6. 1. 19".

¹⁶ Vgl. Anm. 5 sowie Scheidemanns Bericht im Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [748] ff., Sklarz habe mitgeteilt, ein Schein reiche nicht aus, er brauche "eine größere Anzahl". Daraufhin seien "sechs Stück" ausgestellt worden.

Fraktionssitzung 3. 12. 1919 98.

die Situation gerettet. Mit diesen Scheinen soll aber unge[heurer] Mißbrauch getrieben worden sein. Aber dafür können wir nichts. – Jetzt ist die Situation so: wenn es zu Pogromen kommt, dann Schuld der Anführer: *Davidsohns.* –

Der zweite Fall:

Scheidemann hat den bekannten Schein ausgestellt (3. Februar 1919) und noch einen anderen, der die Ausfuhr der russischen Kalender nach Rußland fördern sollte

Dies war nach Auffassung Scheidemanns ein Geschäft des Genossen Parvus, den Scheidemann auch jetzt als einen hervorragenden Parteigenossen hält ¹⁷

Parvus war im Sommer 1918 der Auffassung: wir sind verloren. Wir müssen nach Osten zu retten suchen, was zu retten ist, deshalb mit18 Rußland in ein möglichst gutes Verhältnis kommen. Dem Zweck sollte der Kalender dienen. Es war durchaus kein geringwertiges Erzeugnis, das sich in der landläufigen üblen Weise gegen den Bolschewismus wandte. Gegen den Bolschewismus stand überhaupt kein Wort drin. Erste Fachautoritäten waren mit Aufsätzen über Deutschland vertreten. Scheidemann mit 3 Aufsätzen, für die er, nebenbei gesagt, keinen Pfennig Honorar genommen [habe].19

¹⁷ Scheidemann spricht in seinem Bericht vor dem Parteiausschuß ebd., S. [749] von einem "Schein, der ausgestellt wurde am 18. November, von mir unterschrieben ist und den Volkskalender für Rußland betrifft". In der Bescheinigung vom 3. 2. 1919, die von ihm "unterschrieben worden sei", hieß es, "daß der Verlag für Sozialwissenschaft eine Million Kalender fertiggestellt" habe und die Militär- und Zivilbehörden bei der Ausfuhr behilflich sein sollten. Masch. Exemplar in BA Koblenz R 43/I 1239, fol. 3. – Diese "russischen Kalender" waren ein Projekt von Alexander Parvus-Helphand. Sie sollten für Deutschland Propaganda machen und zugleich beim Aufbau eines Organisationsnetzes für von Parvus geplante Zeitungsgründungen in Rußland dienen. Für das vom Auswärtigen Amt befürwortete und geförderte Kalenderprojekt übernahm das Reichsschatzamt die Finanzierung. – Zum Zusammenhang vgl. Scharlau/Zeman, S. 310 ff.

¹⁸ Gestrichen: "dem bolschewist[ischen]".

¹⁹ Zum Inhalt und Zusammenhang vgl. Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [749]. Scheidemanns Beiträge trugen den Titel: 1. Die Stellung und Taktik der deutschen Sozialdemokratie vor dem Krieg, 2. Die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie im Krieg, 3. Ihre Aufgaben nach dem Kriege.

98. 3. 12. 1919 Fraktionssitzung

Schon im Sommer 1918 hatte das damalige Auswärtige Amt einen Schein zur Ausfuhr ausgestellt. Ebenfalls, daß der Kalender unbedingt im Herbst fertig sein müsse, daß er bereits im Oktober in Rußland sein solle.²⁰

Es handelt sich also durchaus um ein Unternehmen schon der alten Regierung. Und da es nicht zu beanstanden war, stellte ich diese Scheine aus, die absolut einwandfrei sind.

Jetzt krebst man damit: Sklarz habe mir einen Paß ausgestellt auf den Namen eines Professors Phillig²¹, damit habe ich in Dänemark unsaubere Geschäfte gemacht. Wahr ist, daß wir mit Wissen und im Auftrage der Regierung wiederholt in Dänemark waren.²² Auf den dringenden Rat unserer dänischen Genossen verließen wir auf [dem] Nebeneingang den Bahnhof.

Scheidemann schrieb ins Fremdenbuch: Heinr[ich] Phillig, Ebert²³ mit irgendeinem anderen Namen. Abends wurde in Gesellschaft spaßhafter Weise vorgestellt: Professor Phillig, so war ich Professor.²⁴ Davidsohn geht damit krebsen.

²⁰ Von den geplanten 1 Million Kalendern waren beim Zusammenbruch des Kaiserreiches 600 000 hergestellt. Erst nach der Revolution wurden die Kalender mit Genehmigung Scheidemanns – vgl. Anm. 17 – dann an die russische Grenze transportiert, wo sie liegenblieben, da die sowjetischen Stellen sich weigerten, "die Propagandakalender nach Rußland hereinzulassen". Vgl. Scharlau/Zeman, S. 312 f.

²¹ Dahinter gestrichen: "mit de[m]".

²² Bezieht sich auf die Versuche der Parteiführung der SPD, über die sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und Schwedens Friedensmöglichkeiten zu sondieren. Bauer, Ebert und Scheidemann hielten sich mit Wissen der Reichsregierung Anfang April 1917 zu Besprechungen mit dem dänischen Sozialdemokraten Borgbjerg in Kopenhagen auf. Die Pässe wurden ihnen vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt. Scheidemann besuchte Dänemark erneut im Mai und Juni 1917 bei der An- und Abreise zur Stockholmer Konferenz und wieder im Oktober 1917. Die Vorgänge mit den Tarnnamen dürften sich auf die Reise vom April 1917 beziehen, bei der Parvus-Helphand als Begleiter, technischer Organisator und Gastgeber fungierte; siehe Scheidemann, Memoiren II, S. 101; ders., Zusammenbruch, S. 147 f.; ferner Parteiausschuß 26. 6. 1917, Reprint, S. [509] ff.; Scharlau/Zeman, S. 252 ff. und 263 ff.

²³ Gestrichen: "als".

²⁴ Vgl. Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [749].

Scheidemann gibt Auskunft über den gesellschaftlichen Verkehr mit Sklarz. Nie in irgendeine geschäftliche Angelegenheit mit Sklarz verwickelt.

Gibt Auskunft über seinen Verkehr mit *Parvus* in der S c h w e i z.²⁵ Hat dort an seinen Memoiren gearbeitet.

Sind bei Gelegenheit des internationalen Kongresses in Luzern auch dort gewesen und haben durch die Beratungen mit Wels indirekt mit am Kongreß mitgearbeitet.²⁶

Bei der Gelegenheit sind auf Aufforderung Sklarz', Wels und Molkenbuhr mit nach St. Moritz gewesen.

Jetzt stehen wieder neue Verdächtigungen in der Presse:

Vor dem Ausbruch des Krieges erhielt die österreichische Partei, um den Zusammenbruch der Hammerbrotwerke zu verhindern, auf dringendes Bitten Viktor *Adlers* 300 000 Mark.²⁷

Wir waren nicht in der Lage, die ganzen 300 000 Mark zu geben, gingen infolgedessen an ein Schweizer Bankhaus heran. Die Ablösung dieser Schuld hat dem Parteivorstand, infolge des Sinkens der deutschen Valuta, immer größere Sorgen und Schwierigkeiten gemacht. Der gegenwärtige Kurs des damaligen Darlehens beträgt zirka 900 000 Mark. Da hat Sklarz gesagt, mit meinem Vermögen in der Schweiz hafte ich für die Summe. ²⁸ Er, in Gegenwart von Parvus, hat die Sache mit dem Bankhaus in der Schweiz geregelt und die Partei aus dieser Schwierigkeit herausgerissen und den

²⁵ Vgl. Scharlau/Zeman, S. 323 f.

²⁶ Bezieht sich auf die "Konferenz der Permanenten Kommission in Luzern" vom 2.–9. 8. 1919 – siehe Ritter, Die Internationale, Bd. I, S. 607 ff. –, an der für die SPD Wels, Molkenbuhr und Bernstein teilnahmen.

²⁷ Vgl. Anm. 29.

²⁸ Gestrichen: "ungestraft".

98. 3. 12. 1919

Zusammenbruch einer ganzen Reihe von Parteiunternehmen verhindert.²⁹

Das³⁰ Unterschlupfsuchen beim *Sklarz* in der Wohnung: Im Dezember vorigen Jahres waren wir in der Reichskanzlei in der ü belsten Situation. Zehn Tage hatte ich niemand von meiner Familie gesehen. In einer Nacht sind wir da um 3 Uhr nachts in die Wohnung von *Sklarz* geflüchtet, um ein paar Stunden zu schlafen. Kein anderer Unterschlupf stand uns zur Verfügung.⁶

Es mag sein – wir wissen es nicht –, daß Sklarz auch Geschäfte gemacht hat, die nicht sauber sind. Aber so was muß bewiesen werden. Bis jetzt heißt es, daß der Staatsanwalt keine Ursache hat, auch nur ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Was wir von ihm wissen ist, daß er ein sauberer Charakter ist und daß er der Partei in verschiedenen Fällen große Dienste geleistet hat. –

Scheidemann gibt Auskunft über den Verkehr Unabhängiger, aus dem sich, wenn man wollte, der schönste Schauerroman [schreiben lasse].

Diese³¹ Parteiretterei ist ein geradezu irrsinniges Vorgehen. Scheidemann verliest einen Brief [Sonnenfelds]³² an seinen Verteidiger, wonach³³ unter Beteiligung Scheidemanns 100 000 Mark für die Ermordung Liebknechts ausgesetzt sein sollen. – Beweise für die Geistesverfassung dieser Leute.

²⁹ Hierauf bezieht sich offenkundig der Passus in Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [750]: "Wels gibt eine Darstellung über die Erfüllung eines Auftrages durch Sklarz, der lediglich bezweckte, die deutsche Partei vor einem durch Valutadifferenzen bedingten schweren Vermögensverlust zu bewahren. Der Parteiausschuß gibt daraufhin seiner Meinung Ausdruck, daß diese Ausführungen streng vertraulich behandelt werden sollen."

³⁰ Vor "Das" gestrichen: "Auf".

³¹ Vor "Diese" gestrichen: "Seine".

³² Im Original "Sonnenbergs".

³³ Gestrichen: "für".

Die gerichtliche Klarstellung kann noch monatelang dauern.³⁴ Infolgedessen ist eine Anregung *Katzensteins*, einen Untersuchungsausschuß aus allen Parteien der Nationalversammlung [zu] bilden, gründlich mit *Bauer* durchgesprochen worden; jedoch ist man dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß dies ein unangängiges Verfahren³⁵ sei.

Es geht auch nicht, ein Gericht aus den drei Mehrheitsparteien zu bilden. Gestern hat nun zum erstenmal der Fraktionsvorstand dazu Stellung genommen und beschlossen, nächste Woche den Parteiausschußt er vor, vom Parteiausschußt eine Untersuchungskommission bilden zu lassen.³⁷

In der nun folgenden ausgiebigen Diskussion sprachen Wels, Davidsohn, Löbe, Noske, Vogel, Katzenstein, Scheidemann, David, Hildenbrand. Die gerichtliche Darstellung kann noch monatelang dauern.³⁴ Infolgedessen hat *Katzenstein* angeregt, einen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung einzusetzen. Gründlich mit *Bauer* erwogen, zu dem Ergebnis gekommen: daß das ein unmögliches Verfahren ist. Diese internen Parteidinge können wir unmöglich den Konservativen und der USP unterbreiten. Es geht auch nicht, ein Gericht aus den 3 Mehrheitsparteien zu bilden.

Gestern zum erstenmale der Fraktionsvorstand dazu Stellung genommen. Beschlossen, den Parteiausschuß nächste Woche³⁶ zu informieren und von ihm eine Kommission bilden zu lassen.

Davidsohn: will nicht³⁸ mit Kraftworten erwidern, nur einige Feststellungen treffen. Wartet, bis der Parteiausschuß Klarheit schafft.³⁷ Der alte Sonnenfeld ist Parteigenosse, der junge ist mit dem Geld geflohen in der Abwesenheit Sklarz', aber diese Abwesenheit war eine Art Flucht.³⁹ Hier dürften der Regierung durch das Gerichtsverfahren noch sehr unangenehme Dinge aufgedeckt werden.

In der ersten Sitzung habe *Davidsohn* das Material vorgetragen, weil der alte *Sonnenfeld*, der es vortragen sollte, vorher wegen der Affäre seines Sohnes ver haftet war. Darauf stellte die Fa-

³⁴ Scheidemann sprach am 12.12. mit dem Staatsanwalt. Danach bestand "Aussicht, daß bis Ende Februar alles erledigt sei"; Parteiausschuß 13.12.1919, Reprint, S. [751]. Tatsächlich zogen sich die Gerichtsverfahren bis 1921 hin. Unterlagen dazu in BA Koblenz R 43/I 1239, fol. 66 ff.

³⁵ Gestrichen: "ist".

^{36 &}quot;nächste Woche" nachträglich eingefügt.

³⁷ Siehe ebd., S. [752]. Der Parteiausschuß beschloß auf Antrag des Parteivorstandes die Einsetzung einer Untersuchungskommission; zum Vorsitzenden wurde Wilhelm Sollmann bestimmt. Vgl. Vorwärts Nr. 647 vom 19. 12. und Nr. 656 vom 24. 12. 1919; Vossische Zeitung Nr. 19 vom 11. 1. 1920.

³⁸ Gestrichen: "schon".

³⁹ Gestrichen: "Auf".

milie es *Davidsohn* zu, und er hat es vorgetragen. Jetzt hat der entlassene alte *Sonnenfeld* es aber wieder bei *Davidsohn* abgeholt. Nach Verwendung in den beiden Sitzungen bis zur Wiederabholung durch *Sonnenfeld* hat kein Mensch das Material zu Gesicht bekommen.

Das Material hatte schon kursiert. Und das war der Grund, weshalb⁴⁰ wir, einschließlich *Baumei*ster, uns entschlossen, damit vor ein Forum von Parteigenossen zu gehen.

Aber schon im Februar des Jahres ist Sonnenfeld an Noske und andere unserer Partei mit dem Ersuchen herangetreten, die Dinge aufzuklären.

Baumeister hat den Brief nicht geschrieben, weil er sich nicht aus einem Zeugen zu einem Angeklagten verwandeln will.

Scheidemann sagte, wenn Judenpogrome ausbrechen, dann sei Davidsohn schuld

Der Vorstand der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens hat neulich auf Davidsohns Veranlassung Stellung genommen und selber erklärt, daß er sich zur Verfügung stellt, wenn unsaubere Juden abgeschoben werden sollen. Familie Sklarz ist eine solche unsaubere Familie. Diese Leute gehören in erster Linie zu den Elementen, von denen der Verein jüdischer Staatsbürger abrücken will.

Weiter ist Scheidemann [ein] sehr großer Irrtum unterlaufen: Er verwechselt in den Ausführungen über den Kalender zwei Kalender miteinander. Den Buchkalender und den Abreißkalender. Es handelt sich aber um den letzteren. Und in dieser Angelegenheit ist die Regierung einschließlich

⁴⁰ Gestrichen: "damit".

Scheidemann hinters Licht geführt worden. Der ist mit Hilfe der Regierungsbescheinigung herübergeschoben worden.¹⁷

Daß Graf [Brockdorff-]Rantzau mit Sklarz in gutem Verhältnis stand, ist begreiflich, denn Sklarz war der allerärgste Kriegsspion. 41 Daß er mit unserer dänischen Partei in Berührung gebracht wurde, wird diese Partei der deutschen Parteileitung noch einmal sehr verübeln.

Auch die Regierung hätte keine finanzielle Verbindung mit einem Mann aufrecht halten dürfen, dessen Familie in einem so üblen Rufe steht.

Auch gegen Sklarz selbst schwebt jetzt das Ermittlungsverfahren.

Löbe: Bei der Untersuchung dieser Sache ist Löbe am 26. September von Davidsohn in diese Sache zuerst eingeweiht worden.

Es waren für mich schwerwiegende Dinge. Für Montag, den 28. hat Löbe dann eine neue Besprechung veranlassen wollen; Davidsohns Einspruch – es könnten eventuelle Materialien und Zeugen mit Gewalt, eventuell durch Mord, beseitigt werden – bewirkte es, daß Löbe die Aussprache schon für den nächsten Tag ansetzte. Es gelang ihm nur, Scheidemann und Wels zu dieser Sitzung zu erreichen, nicht Noske. Dadurch erklärt sich der scheinbare Widerspruch, der darin liegt, daß Noske sagt,

⁴¹ Georg Sklarz arbeitete seit Kriegsbeginn für den militärischen Nachrichtendienst und den Admiralstab. Auf deren Anweisung beteiligte er sich an einem Kopenhagener Handelsgeschäft von Parvus-Helphand, das als Tarnorganisation für die Revolutionierung Rußlands dienen sollte. Im Auftrag des Generalstabes und mit Wissen des Auswärtigen Amtes sollte Georg Sklarz 1917 Lenin und Sinowjew bei ihrer Reise durch Deutschland begleiten. Sein Bruder Heinrich Sklarz (Pseudonym Pundyk) war Ende 1915 im Auftrage des Generalstabs nach Kopenhagen gegangen und leitete dort eine Art Agentenbüro. Der damalige Gesandte in Kopenhagen, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, unterhielt gute Kontakte zu Georg Sklarz und empfahl ihn als einen Vertrauensmann, "dessen vielseitige Beziehungen und hervorragende Tüchtigkeit ich hier schätzen gelernt habe". Vgl. Scharlau/Zeman, S. 230 ff. und 249 f., Zitat, S. 231 aus einem Schreiben Brockdorff-Rantzaus an Langwerth von Simmern vom 23. 5. 1916.

er habe überhaupt erst in den letzten Tagen von diesen Dingen erfahren.¹⁰

In dieser Sitzung schloß Scheidemann seine [Ausführungen]42, er wolle, daß das ordentliche Gericht diese Dinge zum Ausdruck bringe. Deshalb erhielt Davidsohn den Auftrag, Baumeister zu veranlassen, den Brief zu schreiben, um Sklarz zur Klage zu veranlassen. Zu dieser Sitzung¹¹ meldete sich Baumeister eine Viertelstunde vorher krank. Machte auf⁴³ alle sehr unangenehmen Eindruck. Als dann bekannt geworden [sei], daß er auch den Brief nicht geschrieben [hatte], wollte keiner mehr etwas mit der Sache zu tun haben. 12 Eine weitere Sitzung hat dann nicht stattgefunden.

Noske: Legt in längeren Ausführungen ähnlich Scheidemann dar, daß 44 die sofortige Verpflegung der Truppen von dort genommen werden mußte, wo sie damals zu holen war.

Alle⁴⁵ Vorschläge auf⁴⁶ Truppenbelieferung leite er der zuständigen Stelle seines Ministeriums zu. In keinem einzigen Falle habe er Protektionspolitik betrieben. Erhalte er Kenntnis von unsauberen Dingen, leite er sie der zuständigen Stelle, dem Staatsanwalt, zu.

[Die]⁴⁷ Fraktionskollegen, die um die Redereien wußten, treffe der Vorwurf, daß sie *Noske* erst in der allerletzten [Zeit] informierten. Als *Noske* in der Zeitung davon gelesen [hatte], war eine halbe Stunde später seine Ordonanz auf dem Wege zum Staatsanwalt, um ihn zu

⁴² Im Original: "Sitzung".

⁴³ Schreibfehler: "aufge".

⁴⁴ Gestrichen: "die Truppe damals unbedingt ihr".

⁴⁵ Gestrichen: "späteren".

⁴⁶ Gestrichen: "Lebensmittellieferungen".

⁴⁷ Im Original: "Den".

veranlassen, einzuschreiten und die Sachen klarzustellen. Der Bescheid des Staatsanwalts lautete: soweit *Noske* in Betracht, keine Veranlassung, etwas zu unternehmen. Dann *Noske* an den Reichs- und den preußischen Justizminister herangetreten. Bis jetzt (vor 3 Tagen)¹¹, noch keine Handhabe, *Sklarz* zu verhaften. Jetzt erneut wieder, in Anknüpfung an die Gulaschgeschäfte, an den Staatsanwalt herangetreten. Aber jedem anderen Verfahren, das von der Partei vorgeschlagen wird, schließt *Noske* sich freudig an.

Vogel: Darüber, ob die angeschuldigten Genossen sich persönliche Vorteile verschafft haben⁴⁸, müssen wir Klarheit schaffen; damit den Untersuchungsausschuß aus dem Parteiausschuß unter Zuziehung von Fraktionskollegen betrauen. Mit der allgemeinen Debatte Schluß machen.

Schlußantrag wird abgelehnt:

Katzenstein: hat *Davidsohn* als streng ehrenhaft kennengelernt. Das hat ihn bewogen, seinen Mitteilungen Gewicht beizulegen. –

Möge die Klarstellung ausfallen, wie sie wolle, es bleibe zu prüfen, [ob] die Genossen⁴⁹ auch ihren gesellschaftlichen Verkehr mit der Vorsicht¹¹ gewählt hätten, wie es zu verlangen sei.

Es wäre besser, wenn alle, so wie es *Noske* getan, beim ersten Auftauchen der Gerüchte den Staatsanwalt mobil gemacht hätten. –

Empfiehlt einen aus allen Parteien zusammengesetzten Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung.

⁴⁸ Gestrichen: "können wir".

⁴⁹ Gestrichen: "alle".

98. 3. 12. 1919 Fraktionssitzung

Es sei das einzige [sinnvolle, um] eine erschöpfende Klarstellung von Wirkung in der Öffentlichkeit [hervor] zu bringen.

Wiederum Schlußantrag Ablehnung:

Wels: Am 11. November wurde ich Stadtkommandant, am 12. habe ich die Genehmigung zur Gründung der Wachund Schließgesellschaft gegeben, um Leben, Eigentum und Gesundheit der Bürger zu schützen. 50 Legt die Situation dar. – Nur das Gericht kann die Prüfung vornehmen, ob sich Parteigenossen in schuldhafter Verbindung mit Sklarz eingelassen haben. –

Aber auch der Parteiausschuß muß sich damit befassen, er mag entscheiden, wie der Untersuchungsausschuß zusammengesetzt werden soll. –

Sklarz war schon vor dem Kriege reich. –

Baumeister hat Parvus und Sklarz früher gelobt über den Schellendaus. Baumeister war in seinem Vorgehen sehr wenig skrupellos.

Er richtete den Helfersdienst als "Sozialdemokratischen Helfersdienst" ein, ohne nur den Parteivorstand zu befragen. Bis jetzt laufen noch immer Rechnungen aus dieser Einrichtung beim Parteivorstand ein.

Der Baumeister erhebt jetzt Anklage. Aus dem Gastwirtsgehilfenverband hat Wels Nachricht, daß Baumeister dort⁵¹ in ähnlicher nicht zu billigender Weise gearbeitet [habe].⁵²

⁵⁰ Hans H. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971, S. 84 ff. und 103 f. Maximilian Harden erwähnte in Die Zukunft (vgl. oben Anm. 14) vom 29. 11. 1919 (107. Bd., S. 279), die "Neue Wach- und Schließgesellschaft", in der Herr Henk, Schwiegersohn des Reichsministerpräsidenten Scheidemann, hoch besoldet werde".

⁵¹ Gestrichen: "dergleichen".

⁵² Wels bezieht sich offenkundig auf die Vorgänge, die Poetzsch im Parteiausschuß am 13. 12. 1919, Reprint, S. [752] zur Sprache brachte.

Scheidemann: Von einer Flucht Sklarz', von der Davidsohn sprach, kann keine Rede sein. Sklarz wohnt in der Schweiz, seine Abwesenheit aus Berlin war eine durchaus einwandfreie. –

Weitere Punkte der *Davidsohn*schen Ausführungen bespricht *Scheidemann*. Z. B. Paß des jungen *[Sonnenfeld]*⁵³.

Baumeister gibt jetzt ausdrücklich zum Stankmachen eine Korrespondenz heraus, auch an die bürgerliche Presse.⁵⁴

Gibt weitere Auskunft über Sklarz.

- Es ist richtig, daß, wie *Davidsohn* angibt, der Buchkalender nicht fertig geworden [ist]; zur Ausführung ist nur der Abreißkalender gekommen.

Die Tätigkeit Sklarz' als "Spion" besteht darin, daß er wegen seiner Sprachkenntnisse im Nachrichtendienst und wegen seiner Verbindungen auch in Dänemark verwendet worden [ist].

(Der Rechtsanwalt, von dem *Davidsohn* sprach, geht wegen seines Materials im *Marloh*-Prozeß⁵⁵ nicht mehr ohne Revolver schlafen.)

Uns kommt es darauf an, ob jemand belastet ist in seiner Stellung als Parteigenosse oder Regierungsmitglied.

Alles, was in der Presse behauptet wird⁵⁶, muß und wird in der breitesten Form behandelt werden, in dem Prozeß Sonnenfeld und auch in dem Prozeß Sklarz.

⁵³ Im Original: "Sonnemann".

⁵⁴ Vgl. Parteiausschuß 13. 12. 1919, Reprint, S. [751].

⁵⁵ Das Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 30 verhandelte gegen den ehemaligen Oberleutnant Marloh, der beschuldigt war, während der Märzunruhen in Berlin am 11. 3. 1919 die Erschießung von 29 Angehörigen der Volksmarinedivision befohlen zu haben. Das Gericht sprach ihn am 9. 12. 1919 von der Anklage des Totschlags frei und verurteilte ihn nur wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe und Fälschung von Ausweisen; vgl. Schulthess 1919 I, S. 500; Vorwärts Nr. 630 vom 10. 12. 1919; siehe ferner Nr. 103, Anm. 5.

⁵⁶ Wegen Doppelschreibung "wird" einmal gestrichen.

Der letztere [Hildenbrand] betont, daß Haußmann⁵⁷ als Rechtsanwalt, der alles Material zugesandt erhalten und es durchgesehen, ihm erklärt habe, es sei bei dem ganzen Material nichts, was einen unserer Parteigenossen in der Leitung und Regierung irgendwie belasten könne.

Dr. David hält für den⁵⁸ allein gangbaren Weg den, die Gerichtsverhandlung abzuwarten. Stelle sich dabei etwas Ehrenrühriges für unsere Genossen heraus, dann sei die Voraussetzung für ein Parteigerichtsverfahren gegeben.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission aus allen Parteien würde eine Minderheit enthalten, die unter allen Umständen erklären würde, in den und den Punkten ist die Sache nicht geklärt worden, die Regierungsmitglieder haben ihre Macht mißbraucht.

Hildenbrand: Haußmann⁵⁷ (als Rechtsanwalt), der das Material zugesandt erhielt und es durchgesehen [habe], hat Hildenbrand erklärt, es sei bei dem ganzen Material nichts, was einen unserer Parteigenossen irgendwie belasten könnte.

Ich persönlich bin [von] der Unantastbarkeit unserer Parteigenossen überzeugt. Aber der Öffentlichkeit, besonders in der Partei, wegen sollen wir einen Untersuchungsausschuß einsetzen. –

David: Wichtig ist, daß heute unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit kommt, daß wir einen Parteiuntersuchungsausschuß wollen. –

Sein Wert erscheint mir überhaupt zweifelhaft. –

Noch mehr zu verwerfen ist der Ausschuß aus allen Parteien. –

Das einzige ist die Gericht sverhandlung. 59 Stellt sich dabei etwas Ehrenrühriges für unsere Leute heraus, dan nist die Voraussetzung für ein Parteiuntersuchungsverfahren gegeben.

⁵⁷ Im Original "Hausmann". – Gemeint ist Rechtsanwalt Conrad Haußmann (DDP), Vizepräsident der Nationalversammlung, der u. a. Ebert in anderen Prozessen vertrat. Vgl. Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haußmann. Hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924, S. 301.

⁵⁸ Gestrichen: "einzig".

⁵⁹ Gestrichen: "Dort kann allerd[ings]".

Dieser Vorschlag Davids wurde mit großer Mehrheit angenommen.

In zwei vorhergehenden Abstimmungen wurde der Antrag Katzenstein auf Einsetzung eines parlamentarischen untersuchungsausschusses und der Antrag Scheidemann, neben dem Gerichtsverfahren noch ein Parteiuntersuch untersuch ungsverfahren nebenher laufenzulassen, mit Mehrheit abgelehnt.

Da Rich[ard] Fischer das Schriftführeramt in der Nationalversammlung niedergelegt [hat], wurde an seine Stelle [Richard] Schmidt-Meißen gewählt.⁶⁰ Persönliche Bemerkung:

Davidsohn:

Abstimmung:

- 1. Antrag *Katzenstein:* Parlamentarischer Untersuchungsausschuß abgelehnt
- 2. oder Antrag Scheidemann neben Gericht Parteiuntersuch ungsausschuß (Minderheit abgelehnt)
- 3. oder Antrag *David* g e r i c h t l i c h e Klarstellung, d a v o n abhängig, ob eine Parteiuntersuchung,

mit Mehrheit angenommen.

R[ichard] Fischer hat Schriftführer[amt] in Nationalversammlung niedergelegt, an seine Stelle [Richard] Schmidt-Meißen [gewählt].⁶⁰

99.

5.12.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Freitag] 5. XII. 19, vormittags 10 Uhr."

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung der Steuervorlagen, zu der Keil das einleitende Referat hält.

In der Diskussion wich Heimann in der Beurteilung der Konstruktion des Reichsnotopfergesetzes erheblich von Keil und den anderen Rednern ab. Heimann sieht eine Gefahr für die Wirtschaftsentwicklung in der angestrebten möglichst sofortigen Barzahlung des Reichsnotopfers. Auch die Gefahr, daß die Entente es in Beschlag legt, sei nicht von der Hand zu weisen. 1

⁶⁰ Schmidt-Meißen wurde von der Nationalversammlung am 5. 12. 1919 durch "Zuruf" zum Schriftführer gewählt, nachdem Richard Fischer das Amt wegen Überlastung niedergelegt hatte; Sten. Ber., Bd. 331, S. 3859.

¹ Am 5. 12. setzte die Nationalversammlung die 1. Lesung des Entwurfs "eines Landessteuergesetzes" fort und begann mit der 1. Beratung der Vorlagen des "Reichseinkommensteuergesetzes" und des "Kapitalertragsteuergesetzes"; Sten. Ber., Bd. 331, S. 3859 ff. Zur kontroversen Diskussion über eine mögliche Beschlagnahme des Reichsnotopfers durch die Entente siehe ebd., Bd. 327, S. 1431, 1439; Bd. 329, S. 2371 f., 2387, 2394, 2408, 2413, 2428, Bd. 331, S. 3932, 3936, 3954, 4117, 4121 f.

100. 9. 12. 1919 Fraktionssitzung

Rückert gab zu bedenken, daß bei einer erstrebten Aufhebung der einzelnen Länder Verwaltungsersparnisse trotzdem nicht oder nur in höchst geringem Maße gemacht werden könnten.²

Alle anderen Redner, so Dr. Braun, Dr. Quarck, Katzenstein, Hasenzahl, waren in³ allen Grundzügen im allgemeinen mit Keil einverstanden.

Keil⁴ wurde als einziger R e d n e r bestimmt und soll die verschiedenen Darlegungen bei seinen Ausführungen im Plenum berücksichtigen.⁵ –

Die Sitzung am Dienstag soll sich ausführlich mit Wirtschaftsfragen beschäftigen.6

Käppler gab eine kurze Auskunft über sein Wissen in der Sklarz-Angelegenheit.

Davidsohn ließ mitteilen, daß seine in der vorigen Sitzung gemachte Mitteilung, daß der Sklarz-Prozeß schon Mitte Dezember stattfände, sich als ein Irrtum herausgestellt habe.⁷

100.

9. 12. 1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung vom [Dienstag] 9. XII. 19, abends 7 Uhr."

Die Fraktion erklärt sich nach einer Begründung durch Landsberg für die glatte Annahme (ohne Ausschußberatung) der Vorlage über die Erhöhung der Rechtsanwalt- und Gerichtsvollziehergebühren.¹

² Rückert spielte offenbar darauf an, daß Keil die Reichseinkommensteuer als "den entscheidenden Schritt zum Einheitsstaat" darstellte. Die "Länder verlören einen großen Teil ihrer Selbständigkeit und werden in höhere Selbstverwaltungskörper umgewandelt"; Sten. Ber., Bd. 331, S. 3863 f., Rede vom 5. 12. 1919.

³ Gestrichen: "mit".

⁴ Gestrichen: "der".

⁵ Keil ging in seiner Rede am 5. 12. 1919 (Sten. Ber., Bd. 331, S. 3859 ff.) auf die verschiedensten Aspekte der Steuergesetzgebung ein und befaßte sich auch kurz mit dem "Abbau des Behördenapparates" und dem "Reichsnotopfer", das noch nicht zur Beratung stand.

⁶ Siehe Nr. 100.

⁷ Vgl. Nr. 98a und 98b, bes. Anm. 34.

¹ Der vom Reichsminister der Justiz Schiffer eingebrachte Gesetzentwurf über "Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher" vom 13. 11. (Sten. Ber., Bd. 339, Anlagen Nr. 1458) wurde vom Plenum am 12. 12. 1919 ohne Kommissionsberatung mit einer interfraktionell vereinbarten Änderung einstimmig angenommen; ebd., Bd. 331, S. 4030 ff.

Fraktionssitzung 9. 12. 1919 100.

Eine von Landsberg vorgeschlagene Wahl von ständigen Vertretern für unsere Beisitzer im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (über die Kriegsschuldigen) wird² gutgeheißen, doch bis zum Schluß der Sitzung vertagt.

Nach³ Entgegennahme eines durch Krüger-Potsdam erstatteten Berichts über die Verhandlungen der Kommission über das Elektrizitätsgesetz erklärt die Fraktion sich einverstanden mit den bisherigen Beschlüssen, wie damit, daß die Kollegen in der Kommission den bisherigen Standpunkt weiter vertreten.⁴

Nach einer kurzen Aussprache über den Generalsteuerpard on wird mit Mehrheit beschlossen, dem Gesetzentwurf über einen Generalsteuerpardon nicht zuzustimmen.⁵

Sodann erfolgte die Aussprache über die heutige Wirtschaftspolitik, zu der, wie Scheidemann mitteilt, auch die Interessenten aus der preußischen Landtagsfraktion eingeladen worden sind.

Wissell vertritt den Standpunkt, daß unsere Ein- und Ausfuhrpolitik vollständig falsch ist wegen ihrer Planlosigkeit und die Hauptschuld am Tiefstand unserer Valuta ist.

Ihm erwidert Rob[ert] Schmidt. Dann wird die Diskussion auf Freitag vertagt.6

Als Stellvertreter im großen Untersuchungsausschuß werden Giebel und Steinkopf bestimmt. Weitere Vorschläge sollen beim Vorstand gemacht werden.

² Gestrichen: "mit".

³ Vor "Nach" gestrichen: "Nach einem Bericht von Krüg[er]".

⁴ Siehe Nr. 90, Anm. 7. - Vgl. zur Haltung der SPD auch Vorwärts Nr. 638 vom 14. 12. 1919.

⁵ Zum Vorlauf siehe Nr. 97, bes. Anm. 12. – Am 28. 12. hatte die Zentrumsfraktion ("Trimborn und Genossen") den "Entwurf eines Gesetzes über Steuernachsicht" eingebracht; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1617. Die Vorlage wurde in 1. Lesung am 9. 12. und am 17. 12. 1919 in 2. und 3. Lesung beraten und gegen die Stimmen der SPD und der USPD angenommen; ebd., Bd. 331, S. 3927 und 4136 ff., bes. S. 4137, Rede Löbes.

⁶ Zu den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen Wissells und Robert Schmidts vgl. oben Nr. 66, bes. Anm. 7 und Nr. 67 und 69. Am 1. 12. hatte sich das Kabinett mit Vorschlägen von Reichswirtschaftsminister Schmidt zur Ein- und Ausfuhrfrage und den Valutaproblemen befaßt. Gegen den Grundgedanken der vorgesehenen Regelungen, durch Außenhandelskontrollen und Ausfuhrzölle steuernd einzugreifen, meldete Reichsfinanzminister Erzberger Bedenken an; Kabinett Bauer, S. 449 f.

⁷ Vgl. oben Nr. 84, bes. Anm. 1 und 3.

101. 12. 12. 1919 Fraktionssitzung

101.

12.12.1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Freitag] 12. XII. 19, nachm. 4 Uhr."

Der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes sind weitere Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß es wegen des demokratischen Parteitags nicht vor Dienstag in der Kommission erledigt werden kann.¹

Die Fraktion ist sich einig darüber, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um das Gesetz noch vor Weihnachten zur Erledigung zu bringen.

Auf Anregung Hochs gibt Minister Herm[ann] Müller einen Situationsbericht bezüglich der Entente. Er schließt mit der Darlegung, daß zu hoffen sei, daß Deutschlands Entgegenkommen bezüglich der Ablieferung von Materialien die Entente befriedigen werde. Sei das jedoch nicht der Fall, dann würden in der nächsten Woche ernste Entscheidungen kommen.

Die Fraktion nimmt den Bericht zustimmend entgegen, hat jedoch den dringenden Wunsch, daß keine bindenden Beschlüsse von der Regierung gefaßt werden, ehe nicht die Fraktion vorher gehört worden [ist].²

Nach Entgegennahme eines durch Taubadel erstatteten Berichts über die Besoldungsreform ist die Fraktion einverstanden, sich mit dem Zentrum über die größtmögliche Förderung der Reform zu einigen. Es soll alles versucht werden, sie am 1. Januar in Kraft treten zu lassen, oder wenn es nicht möglich ist, sie noch vor dem 1. April 1920 in Kraft treten zu lassen, ihr dann rückwirkende Kraft zu geben; oder aber den Beamten einen Vorschuß auf die zu beschließende Gehaltserhöhung zu geben.³

¹ Der zuständige (7.) Ausschuß beriet den Entwurf in 2. Lesung vom 8.–13. 12. – Der zweite außerordentliche Parteitag der DDP fand vom 13.–15. 12. in Leipzig statt; am 12. 12. 1919 tagte in Leipzig schon der Parteiausschuß der DDP; siehe Albertin, Linksliberalismus, S. 102 ff.; Schulthess 1919 I, S. 503 f., auch Nr. 97, bes. Anm. 7 und 8.

² Bezieht sich auf Noten der Entente vom 8. 12. 1919 zur Ratifikation des Friedensvertrages und zur Selbstversenkung deutscher Kriegsschiffe in Scapa Flow, abgedr. u. a. in der am 4. 3. 1920 der Nationalversammlung vorgelegten Dokumentation betr. "Die Verhandlungen über die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow"; Sten. Ber., Bd. 341, Anlagen Nr. 2326. Die Reichsregierung hatte die Antwortnote schon am 9. und 11. 12. beraten und gebilligt. Die auf den 14. 12. datierte Antwort wurde am 15. 12. 1919 übersandt; Kabinett Bauer, S. 462, 473; der wesentliche Inhalt der Noten auch bei Schulthess 1919 II, S. 609 ff.

³ Die Regelung erfolgte auf dem Weg, daß zum 1. 1. zunächst Teuerungszulagen durch ein von der Nationalversammlung am 17. 1. 1920 angenommenes Nachtragshaushaltsgesetz gewährt wurden; Sten. Ber., Bd. 340, Anlagen Nr. 1816/VI und Bd. 332, S. 4432 ff.; vgl. auch Kabinett Bauer, S. 475 und 481. Der Referentenentwurf eines Besoldungsgesetzes, das eine grundlegende strukturelle Neugestaltung des Besoldungssystems vornahm, kam dagegen erst am 28. 2. 1920 im Kabinett zur Beratung. Der Regierungsentwurf (Sten. Ber., Bd. 342, Anlagen Nr. 2471) ging der Nationalversammlung am 26. 3., die Anlage 1 zur Begründung des Entwurfs erst am 9. 4. 1920 zu. Sie beriet die Gesetzesvorlage am 29. 3. in 1. und am 28. 4. in 2. und 3. Lesung. Das Gesetz wurde schließlich am 30. 4. verkündet und trat mit Wirkung vom 1. 4. 1920 in Kraft; vgl. Kabinett Bauer, S. 621 ff., 786; Sten. Ber., Bd. 332, S. 4938, Bd. 333, S. 5563 ff. und 5576 ff.; Reichs-Gesetzblatt 1920, S. 805 ff.

Fraktionssitzung 15. 12. 1919 102.

Dann erfolgt die Fortsetzung der Debatte über die Wirtschaftspolitik.

Auf Empfehlung des Vorstandes der preußischen Landtagsfraktion ist Dr. Südekum gebeten worden, ein schon in der Preußenfraktion gehaltenes Referat auch vor unserer Fraktion zu halten. Dr. Südekum empfiehlt als einen Weg, die Abwanderung unserer Effekten ins Ausland zu verhindern und zugleich zu einer Planwirtschaft zu kommen, die Gründung einer großen deutschen Treuhand gesellschaft zu kommen, die Gründung einer mindestens 26 % der Aktien aller deutschen Industriegesellschaften oder Einzelunternehmungen in ihre Hand zu bringen und dadurch zu verhindern, daß in den Generalversammlungen Beschlüsse der Aktionäre anders als durch Zustimmung der Vertreter der Treuhandgesellschaft zustande kommen.⁴

In der heutigen Diskussion ging nur **Hoch** auf den Plan *Südekums* ein und bezeichnete ihn als gänzlich undurchführbar.

Von Krätzig, Hoch, Rob[ert] Schmidt und Wissell gingen zum Teil ziemlich umfangreiche Vorschläge und Leitsätze ein, die der Vorstand nächstens ver vielfältigt an die Fraktion bringen soll.

102.

15. 12. 1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Montag] 15. XII. 19, nachmittags 4 Uhr."

Die Fraktion befaßt sich in eingehender Aussprache mit dem in der preußischen Landesversammlung eingebrachten interfraktionellen Antrag auf Errichtung eines Einheitsstaates und nahm einstimmig folgende Resolution an¹:

Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt die Initiative, die die drei Mehrheitsparteien der preußischen Landesversammlung ergriffen haben, um auf die Einheitlichkeit des Reiches hinzuwirken. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wird mit allen Kräften das gleiche Zielfördern.

⁴ Zu Südekums steuerpolitischen Vorstellungen vgl. die oben in Nr. 84, Anm. 8 zitierte Arbeit von Eimers.

¹ Der nachfolgende, eingeklebte Zeitungsausschnitt bis "fördern" ist aus dem Vorwärts Nr. 641 vom 16. 12. 1919, "Für die Reichseinheit". – Die von den drei Mehrheitsparteien – SPD, Zentrum und DDP – eingebrachte Resolution wurde am 17. 12. 1919 von der preußischen Landesversammlung mit 210 gegen 32 Stimmen angenommen. Sie forderte darin die Staatsregierung auf, "sofort und noch vor Einbringung der endgültigen [preußischen] Verfassung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Errichtung eines Einheitsstaates in Verhandlungen zu treten"; Schulthess 1919 I, S. 505, mit Text der Resolution; vgl. auch Kabinett Bauer, S. 514 f., Anm. 4.

102. 15. 12. 1919 Fraktionssitzung

Ebenfalls ein stimmig wurde der Vorstand beauftragt, an die Vorstände sämtlicher Landesfraktionen mit einem Rundschreiben heranzutreten, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken.²

Eine lange Aussprache zeitigt dann die³ Weigerung aller bürgerlichen Parteien, das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten zu erledigen.⁴

Man erkannte allgemein an, daß man innerhalb der jetzigen Situation nicht die Möglichkeit sehe, eine Erledigung des Gesetzes noch vor Weihnachten zu erreichen und beschloß gegen eine oder zwei Stimmen, eine außerordentliche Tagung etwa für den 8. Januar zu verlangen, um dann das Gesetz fertigzustellen.⁵

Mit 31 gegen 23 Stimmen wurde beschlossen, es von der Stellung der Bürgerlichen zu diesem Vorschlag abhängig zu machen, ob wir der U m s a t z s t e u e r zustimmen.⁶

Genosse Stock wird als Plenarredner zum Umsatzsteuer-, [Franz] Krüger-Potsdam als Redner zum Elektrizitätsgesetz bestimmt.⁷

Weitere Mitteilungen betreffen die Beamtenbesoldung und die Beschaffungsbeihilfe. Über die letztere soll interfraktionell im Beisein der Regierung gesprochen werden.

Auf Antrag **Krätzigs** wird eine K om mission gebildet zur Prüfung von Angriffen, die das gewerkschaftliche Fachblatt des deutschen Textilarbeiterverbandes gegen *Krätzig* richtete.⁸

² Das Rundschreiben ließ sich nicht nachweisen. Am 7. 1. 1920 befaßte sich eine Vertreterkonferenz der süddeutschen Regierungen mit der Einheitsstaatsentschließung der Landesversammlung vom 17. 12. 1919; eine gemeinsame Sitzung von Reichsregierung und Preußischem Staatsministerium vom 30. 1. 1920 beriet über den gleichen Gegenstand; Kabinett Bauer, S. 508 und 530, Anm. 27. Zur Haltung der Reichsregierung siehe ebd., S. 514 ff.; zur Reaktion in den Ländern und bei den dortigen Sozialdemokraten vgl. Hirsch, S. 177 ff. und Vorwärts Nr. 653 vom 22. 12. 1919.

³ Gestrichen: "auch die".

⁴ Vgl. dazu die Ausführungen von Schultz (DNVP) vom 18. 12., "die Mehrheit" des Hauses habe ihnen mitgeteilt, daß die Verhandlungen des Plenums am 18. 12. beendet würden. "Dann haben die Herren Sozialdem okraten den Wunsch erhoben, noch am Freitag [19. 12.] und Sonnabend [20. 12.] über das Betriebsrätegestz zu verhandeln. Von allen bürgerlichen Parteien, auch von uns wurde dagegen eingewendet, daß dieses Gesetz nicht in zwei Tagen durchberaten werden kann." Sten. Ber., Bd. 331, S. 4149.

⁵ Die Sitzung am 8. 1. kam nicht zustande; auf Vorschlag des Präsidenten vertagte sich das Plenum am 19. 12. ohne Widerspruch auf den 13. 1. 1920 mit der Tagesordnung "2. Beratung des Betriebsrätegesetzes". Sten. Ber., Bd. 331, S. 4194, 4196 ff.; vgl. Nr. 103, Anm. 2 und Nr. 104, Anm. 1.

⁶ Die 2. Beratung des Umsatzsteuergesetzentwurfs fand am 16. und 17. 12. statt; für die SPD sprachen Stock, Sidow und Krätzig. Dieser ließ durchblicken, daß bei Annahme eines Abänderungsantrages Arnstadt (DNVP) die Fraktion "dem ganzen Gesetz die Zustimmung nicht geben" könne. Der Antrag wurde abgelehnt. Das Gesetz mit dem Datum vom 24. 12. wurde am 18. 12. verabschiedet und am 31. 12. 1919 verkündet; Sten. Ber., Bd. 331, S. 4074 ff., 4092 ff., 4157 f.; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 2157 ff.

⁷ Krüger-Potsdam sprach am 16. 12. 1919 zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs "betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft"; Sten. Ber., Bd. 331, S. 4060 ff.

⁸ Gemeint sein dürfte der Artikel "Diktatur und Gewaltherrschaft der Unabhängigen im Deutschen Textilarbeiterverband" in: Textilarbeiter-Zeitung. Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Fraktionssitzung 16. 12. 1919 103.

Eine Besprechung der Frage der vom Reichsschatzamt übernommenen Reichsbetriebe und des Parlamentarischen Aufsichtsrats führte zu dem Beschluß, sofort Einspruch beim Minister zu erheben gegen die einseitig aus Großindustriellenkreisen und über den Kopf der Fraktion hinweg aufgestellte Liste zum Aufsichtsrat.⁹

Der Vorstand soll sofort mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung treten und der nächsten Sitzung Vorschläge machen. 10 –

Nach einer Besprechung der beabsichtigten Erhöhung der Kartoffelund Getreidepreise ist man sich darüber einig, daß eine gewaltsame Erfassung der landwirtschaftlichen Vorräte nicht möglich ist und deshalb nichts übrig bleibt, als die Belastung [hinzunehmen].¹¹

103.

16. 12. 1919: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 16. XII. 19, abends 6 ½ Uhr."

Löbe macht Mitteilung von einer Reihe von Eingängen, darunter ein Schreiben der Genossen Heller und Dr. Caspari, das den Rücktritt Noskes, seine Ersetzung durch einen republikanisch gerichteten Offizier und den völligen Bruch mit dem System Noske verlangt. – Zwei gleichgerichtete Versammlungsentschließungen liegen aus Breslau vor.¹

Deutschlands Nr. 49 vom 6. 12. 1919; ferner Nr. 48 vom 1. 12. 1919: "Aus unserer Bewegung. Von der "Freiheit" der Freien im "freien" Freistaat Sachsen."

⁹ Die Einsetzung eines Parlamentarischen Beirats für die Reichsbetriebe war am 23. 6. von der Nationalversammlung beschlossen und seine Mitglieder am 1. 7. vom Plenum bestellt worden; Sten. Ber., Bd. 327, S. 1142 und 1162. Gemeint sein dürfte hier jedoch der Ausschuß aus Mitgliedern der Nationalversammlung, des Reichsrat und der Reichsregierung zur Überwachung der Kriegsgesellschaften, dessen Einsetzung am 28. 10. 1919 beschlossen worden war; siehe oben Nr. 93, Anm. 11.

¹⁰ Siehe Nr. 103. - Mit der "Generalkommission" ist der Bundesvorstand des ADGB gemeint.

¹¹ Im Original erfolgte eine sinnentstellende Korrektur aus "hinz" in "hier zu nehmen". – Bezieht sich auf die am 18. 12. 1919 von Reichswirtschaftsminister Schmidt erlassene "Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln"; Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1990 ff. Zu ihrer Wirkung vgl. Kabinett Bauer, S. 549 f.

¹ Das Schreiben der Berliner SPD-Funktionäre Heller und Caspari war identisch mit ihrem Brief an Reichskanzler Bauer vom 10. 12. 1919, abgedr. in Kabinett Bauer, S. 468 ff. – Heller war Sekretär der SPD-Fraktion in der preußischen Landesversammlung; über Caspari siehe oben Nr. 89, Anm. 1. – Zu den Protesten aus Breslau vgl. Noske, Erlebtes, S. 134.

104. 13. 1. 1920 Fraktionssitzung

Sodann beginnt die Fortsetzung der Debatte über die Wirtschaftsfragen. Nachdem Wels gesprochen, wird die Diskussion vertagt, um den Bericht der Unterhändler über das Betriebsräteges etz entgegenzunehmen.

Es besteht jetzt eine Möglichkeit, von den Bürgerlichen das Zugeständnis einer Sondertagung auf den 13. Januar oder eventuell noch etwas später zu erzielen, wenn unsere Vertreter ermächtigt werden, im Ältestenausschuß einem solchen Termin zuzustimmen.

Daneben besteht auch noch eine Möglichkeit, eventuell am 27. Januar die ordentliche Tagung der Nationalversammlung beginnen zu lassen und dann das Betriebsrätegesetz als erstes zu erledigen. –

Die Abstimmung ergab 33 Stimmen für den letzteren Vorschlag, 37 Stimmen für eine Sondertagung für die Zeit zwischen 13.–20. Januar.² –

Für den Parlamentarischen Aufsichtsratfür die Reichsbetriebe werden Legien, Stahl, Wissell, Hue und Stücklen vorgeschlagen. Da nur vier Personen gewählt werden dürfen, muß Stimmzettelwahl erfolgen.³

Hoch erstattet Bericht über die Beamtenbesoldungsreform, und auf seinen Antrag erklärt die Fraktion sich mit den verlangten Zugeständnissen einverstanden.⁴

Morgen abend soll eine Fraktionssitzung sich mit dem Fall Marloh befassen, zu der Noske und Bauer eingeladen werden.⁵

104.

13.1.1920: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. "Überschrift: "Sitzung v. [Dienstag] 13. I. 20, abends 6 1/2 Uhr."

Scheidemann gibt einen Überblick über die heutigen blutigen Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude, die den Präsidenten Fehrenbach veranlaßt haben, im Einverständnis mit unseren Vorstandskollegen die heutige Sitzung der Nationalversammlung abzubrechen.¹

² Über das Betriebsrätegesetz beriet das Plenum vom 13.–16. 1. in 2. Lesung; Sten. Ber., Bd. 331, S. 4195 ff., 4203 ff. und 4270 ff.; sowie am 18. 1. 1920 in 3. Lesung; ebd., Bd. 332, S. 4473 ff.

³ Vgl. Nr. 102, Anm. 9.

⁴ Siehe Nr. 101, Anm. 3.

⁵ Vgl. Nr. 98, Anm. 55. – Neben dem Freispruch im Hauptanklagepunkt (Totschlag) erregten Vorgeschichte, Verlauf und Urteilsbegründung des Prozesses Marloh großes Aufsehen. – Zur Beurteilung aus der Sicht der SPD vgl. Miller, Bürde, S. 367 und die dort aufgeführten Belege; siehe ferner Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt/M. 1966, S. 45 ff.

¹ Zum Verlauf der Plenarsitzung, die um 15.30 Uhr begonnen hatte und nach anfänglicher Weigerung des Präsidenten schließlich von Fehrenbach um 17.11 Uhr vertagt wurde, siehe Sten. Ber., Bd. 331,

Fraktionssitzung 15. 1. 1920 105.

Dann beginnt die Besprechung des Betriebsräteges etzes. Sie endet damit, daß Löbe, Sinzheimer, Bender und Müller-Potsdam² als Unterhändler bestimmt werden, um gemeinsam mit den bürgerlichen Mehrheitsparteien interfraktionelle Anträge auszuarbeiten.

Morgen abend sollen die genannten Kollegen der Fraktion dann berichten, über welche unserer erhobenen Verbesserungsvorschläge eine Einigung erzielt worden ist und über welche nicht.³

- 2 Gestrichen: "bestimmt".
- 3 Siehe Nr. 105, bes. Anm. 1.

105.

15.1.1920: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzung v. [Donnerstag] 15. I. 20, nachm. 3 Uhr."

Löbe berichtet, daß es unsern Unterhändlern zum Betriebsrätegesetz bis jetzt nicht gelungen sei, auch nur einen der wesentlichen unserer Verbesserungsvorschläge bei den beiden bürgerlichen Koalitionsparteien durchzusetzen.¹

Sie berufen sich darauf, daß ihre bis jetzt erfolgten Zugeständnisse zum Rätegesetz, ferner der Höchstmieterlaß des Ministers *Stegerwald*² und anderes bereits³ die bedenklichste Mißstimmung in bedeutenden Kreisen ihrer Parteien ausgelöst haben.

S. 4195 ff. – Die Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kam, 42 Menschen getötet und 105 verletzt wurden, die meisten durch Schüsse der Sicherheitswehr, sind in der Literatur vielfach behandelt worden. Wer die ersten Schüsse abgefeuert hatte, ist nicht abschließend geklärt worden. Aufgerufen zu Demonstrationen vor dem Reichstag hatten u. a. die Bezirksleitung der USPD, die KPD, der im Dezember 1919 reaktivierte "Rote" Groß-Berliner Vollzugsrat und die Vollversammlung der Berliner Gewerkschaften. Die Aktion entglitt völlig den Händen der Veranstalter. – Einen Überblick über die Vorgänge bieten u. a. Miller, Bürde, S. 358 f.; Winkler, S. 288 f., dort auch weiterführende Literatur; zur Bewertung aus der Sicht der SPD siehe *Vorwärts* Nr. 23 vom 13. 1. und Nr. 24 vom 14. 1. 1920. Eine sehr ausführliche, allerdings einseitige Darstellung und Dokumentation liefert Walter Wimmer, Das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Blutbad vor dem Reichstag (Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, H. 112, hrsg. vom IML beim ZK der SED), Berlin (O) 1957.

¹ Zur 2. Beratung brachten die drei Koalitionsfraktionen, SPD, Zentrum und DDP, am 15. 1. 1920 einen Katalog gemeinsamer Abänderungsanträge Bender, Dr. Brauns, Weinhausen ein (Sten. Ber., Bd. 341, Anlagen Nr. 1939), die aber keine substantiellen Verbesserungen im Sinne der SPD beinhalteten. Das galt auch für die weiteren Abänderungsanträge Bender, Dr. Brauns, Weinhausen vom 15. 1.; ebd., Nr. 1943.

² Gemeint ist der Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt Stegerwald "zur Verhinderung von Spekulation mit den aus öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbauten", in: Reichsanzeiger Nr. 290 vom 18. 12. 1919.

³ Streichung unleserlich.

105. 15. 1. 1920 Fraktionssitzung

Bei dieser Sachlage seien weitere Zustimmungen von Zentrum und Demokraten zu unseren Verbesserungsvorschlägen auch kaum zu erwarten. Man könne höchstens noch Hoffnung hegen, einen oder zwei Punkte durchzusetzen.⁴

Es entsteht für uns die Frage, ob wir uns die Freiheit der Abstimmung in bestimmten Fragen im Plenum von den bürgerlichen Parteien geben lassen. Damit entsteht allerdings die Gefahr, daß die bürgerlichen Parteien sich diese Freiheit in bestimmten Punkten auch ausbedingen.

Daraus ergäbe sich: Wir kämen dann bei einem Sondervorgehen (selbst mit den Unabhängigen) in eine Minderheit und könnten nichts durchsetzen.

Die gesondert vorgehenden Bürgerlichen aber würden höchstwahrscheinlich gemeinsam mit der Rechten ihre Verschlechterungsanträge durchsetzen. -

Es sei deshalb zu empfehlen, zunächst die Beratungen und Unterhandlungen weiter zu führen und wenn die 2. Lesung beendet ist, in einer Fraktionssitzung erneut Stellung zu nehmen. –

Im allgemeinen sei zu sagen, daß wir das Gesetz unter keinen Umständen scheitern lassen dürfen. Es würde die Unmöglichkeit des Zusammenbleibens der Regierung bekunden. –

Dem schloß sich die Fraktion an.

Sie erklärte sich weiter (mit großer Mehrheit) einverstanden, dem Präsidenten Fehrenbach unser Einverständnis zu erklären, daß er, um böswilliger Obstruktion zu begegnen, a b s c h n i t t w e i s e , nicht paragraphenweise, abstimmen lassen könne.⁵

⁴ Am 16. 1. brachten für SPD, Zentrum und DDP Bender, Dr. Brauns und Weinhausen noch eine Reihe weiterer Änderungsanträge ein; Sten. Ber., Bd. 341, Anlagen Nr. 1967, 1975, 1978 und 1980. Für einen weiteren gemeinsamen Antrag vom 16. 1. 1920 zeichneten Bender, Brauns und von Payer verantwortlich. Ebd., Nr. 1977. Vgl. dazu die "Zusammenstellung" des Gesetzentwurfes nach den Ausschußbeschlüssen und den "Beschlüssen der Nationalversammlung in zweiter Beratung" ebd., Nr. 1988. Bei der umstrittenen Regelung zur Betriebsbilanz (zunächst § 35 Abs. 2 und 3, jetzt § 72) brachte der Antrag Bender, Dr. Brauns, Weinhausen unter Nr. 1975, Ziffer 1 eine geringfügige Verbesserung im Sinne der SPD, indem er den Geltungsbereich nicht mehr auf Betriebe mit mindestens 300 Arbeiten oder 50 Angestellten, sondern mit "mindestens 300 Arbeitnehmern oder 50 Angestellten, sondern mit "mindestens 300 Arbeitnehmern oder 50 Angestellten"

⁵ In der Sitzung am 15. und 16. 1. 1920 wurde über den "Gesetzentwurf über Betriebsräte" paragraphenweise abgestimmt; Sten. Ber., Bd. 332, S. 4270 ff. und 4356 ff.

Fraktionssitzung 18. 1. 1920 106.

106.

18.1.1920: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, Handschrift Reimes. Überschrift: "Sitzungen vom [Sonntag] 18. I. 20, morgens 10 ½ und abends 7 Uhr."

Die Fraktion hat sich in einer fünfstündigen Debatte, die vor Beginn und nach Schluß der Plenarverhandlung stattfand, morgens mit dem Betriebsrätegesetz und sodann mit den neuesten in nerpolitischen Ereignissen und der Haltung der Regierungsmitgliederbeschäftigt.¹

Die Annahme des Betriebsrätegesetzes wurde mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen. Kollege Osterroth wurde als Plenarredner bestimmt.² Eine kleine Kommission soll noch einmal schnell über den Frauenantrag Lüders und Genossen beraten und die Fraktion soll sich dann³ entsprechend dem Vorschlag dieser Kommission gegenüber dem Antrag verhalten.⁴

Zur großen innerpolitischen Debatte nahmen von⁵

den Ministern⁶ das Wort Bauer, Noske, David und Braun. Die Fraktion billigte mit allen gegen drei Stimmen bei einigen Enthaltungen das Programm ihrer in der Regierung sitzenden Genossen. Es soll die Demokratie mit allen Mitteln gegen die Diktatur von links geschützt, es soll auf der anderen Seite den Arbeitern aber gegeben werden, was bei der heutigen Lage des Landes nur irgendwie möglich ist, um die deutsche Republik über die kommenden schweren Monate hinüberzubringen. Um dieses große Ziel zu erreichen, hat die Fraktion ferner eine

¹ Mit den "neuesten innerpolitischen Ereignissen" dürften u. a. die Verordnungen des Reichspräsidenten auf Grund Art. 48 Abs. 2 vom 13. 1. 1920 gemeint sein, mit denen der Ausnahmezustand über das Reichsgebiet (mit Ausnahme von Baden, Bayern, Sachsen, Württemberg und den von ihnen umschlossenen Gebieten) verhängt und der seit dem 11. 1. für die Reg.-Bez. Arnsberg, Düsseldorf, Minden und Münster bestehende Ausnahmezustand verschärft wurde. Im Ergebnis wurde damit Reichswehrminister Noske die vollziehende Gewalt über den größten Teil des Reiches übertragen; Kabinett Bauer, S. 533, Anm. 8; Hürten, S. 311, Anm. 2, S. 313, 315. Eine kritische Situation ergab sich für die Reichsregierung auch daraus, daß sich am 9. 1. die Bayerische Volkspartei vom Zentrum getrennt hatte und als Folge davon Reichsschatzminister Wilhelm Mayer (Kaufbeuren) am 13. 1. seine Demission einreichte und am 19. 1. 1920 aus der Regierung ausschied; vgl. Morsey, S. 280 ff., wo das Ausscheiden auf den 14. 1. datiert ist; aus Kabinett Bauer, S. 538, 541 f., 809 ergibt sich, daß Mayer bis zum 18. 1. im Amt geblieben sein muß.

² Osterroth sprach bei der 3. Lesung in der Sitzung am Sonntag, dem 18. 1. 1920; Sten. Ber., Bd. 332, S. 4484 ff.

³ Gestrichen: "gemäß der".

⁴ Der zur 3. Lesung des Betriebsrätegesetzes eingebrachte Antrag "Frau Dr. Lüders und Genossen" am 16. 1. forderte, daß die Anrufung des Betriebsrates auch bei Kündigungsfällen zulässig sei, in denen der begründete Verdacht bestehe, daß sie "wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht" erfolgten; Sten. Ber., Bd. 341, Anlagen Nr. 2005. Diese Ergänzung wurde in der 3. Lesung am 18. 1. 1920 angenommen; ebd., Bd. 332, S. 4508.

⁵ Der nachfolgende, eingeklebte Zeitungsausschnitt bis "werden kann" entstammt dem Vorwärts Nr. 34 vom 19. 1. 1920.

⁶ In dem Zeitungsausschnitt an dieser Stelle noch das Wort "nahmen".

107. 9. 2. 1920 Fraktionssitzung

fünfgliedrige K om mission eingesetzt, die im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem preußischen Landwirtschaftsminister die Ernährungsfrage untersuchen und die Mittel erforschen soll, mittels deren wir die Landwirtschaft zu erhöhter Leistung befähigen können. Die Kommission soll sofort mit ihrer Arbeit beginnen, damit die deutschen Landwirte noch vor Beginn der Frühjahrsbestellung erfahren, wie die kommenden Ernteerträge gewertet werden sollen. Es gilt, das große Ziel zu erreichen, dem deutschen Boden so viele Nahrungsmittel abzuringen, wie mit Anspannung aller Kräfte nur irgendwie erreicht werden kann.

Als Mitglieder der Kommission wurden Wissell, Käppler, Krätzig, Girbig, Katzenstein und Gruber bestimmt.⁷

7 Die kritische Zuspitzung der Ernährungslage beschäftigte auch mehrfach das Reichskabinett; Kabinett Bauer, S. 549 ff., 557, 559 ff. Über die in der Landwirtschafts- und Ernährungsfrage zu betreibende Politik gab es erhebliche Differenzen zwischen dem preußischen Landwirtschaftsminister Otto Braun (SPD), der für eine Beseitigung der Zwangswirtschaft eintrat, und seinem Parteifreund Robert Schmidt, der als Reichswirtschaftsminister auch die Zuständigkeiten des Reichsernährungsministeriums innehatte und darüber hinaus preußischer Staatskommissar für Volksernährung war. Er verfügte damit über die maßgebenden Kompetenzen für die Landwirtschaftspolitik; vgl. Schulze, Braun, S. 274 ff. – Zur Haltung der SPD siehe auch Parteiausschuß 27. 1. 1920, Reprint, S. [774 ff.], der sich nach einem einleitenden Referat von Robert Schmidt ausgiebig mit der Problematik befaßte.

107.

9.2.1920: Fraktionssitzung

Protokollbuch IV, eingeklebter Zeitungsausschnitt aus dem Vorwärts Nr. 74 vom 10. 2. 1920. Überschrift in Handschrift Reimes: "Sitzung vom [Montag] 9. II. 20 von 10 Uhr – 2 ½ Uhr."

Die sozialdemokratische Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beschäftigte sich gestern in einer Beratung, die um 10 Uhr morgens begann und bis in die Nachmittagsstunden dauerte mit der Auslieferungsfrage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Als Ergebnis der Besprechung, an der sich u. a. auch Reichskanzler Bauer und Minister des Auswärtigen Hermann Müller beteiligten, kann aber festgestellt werden, daß die Fraktion mit der grundsätzlichen Haltung der Regierung vollkommen einverstanden ist. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge mit nüchterner Sachlichkeit an dem Standpunkt festhalten, daß die Entente Unmögliches von uns fordert, und daß zugleich alles vermieden werde, was zur Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten geeignet ist. Nach dieser Richtung wurde an einzelnen Äußerungen, die in der Öffentlichkeit gemacht worden waren, von manchen Rednern lebhaft Kritik geübt.²

¹ Beginn des Zeitungsausschnittes.

² Mit der Überreichung der Auslieferungslisten zunächst am 3.2. und erneut am 7.2. war diese Frage akut geworden. Am gleichen Tage fand in der Reichskanzlei eine Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsparteien statt; am 9.2. befaßte sich der Auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung mit dem Problem. Eine Note des Obersten Rates der Alliierten vom 13.2. 1920, mit der er

Fraktionssitzung 19. 3. 1920 108.

Mit der sozialdemokratischen Fraktion der Landesversammlung ist eine gemeinsame Sitzung in Aussicht genommen, in der die Frage der Abfindung der Hohenzollern besprochen werden soll.³

sein Einverständnis zur Einleitung von strafgerichtlichen Verfahren vor dem Reichsgericht erklärte, wie es die deutsche Reichsregierung vorgeschlagen hatte, bedeutete de facto einen vorläufigen Verzicht auf das Auslieferungsbegehren. Zum Fortgang vgl. auch Schulthess 1920 II, S. 313 ff., 320 ff.; Kabinett Bauer, S. 574 ff., bes. Anm. 3, S. 576 ff., bes. Anm. 11, 13, 14, 15 und 20, S. 591 ff., 604 f.

3 Bei der Vermögensauseinandersetzung mit dem Haus Hohenzollern zeigte das preußische Finanzministerium unter Albert Südekum eine sehr entgegenkommende Haltung. Bereits der Parteiausschuß der SPD vom 13. 12. 1919, Reprint, S. [705 f., 709 f., 711, 723] hatte sich damit befaßt. Wels skizzierte dort (S. [705]) die Stimmung in der Partei zur Fürstenabfindung: "Wenn es wahr wäre, was im Lande über die Absicht einer Abfindung der Hohenzollern durch die preußische Regierung kolportiert wird, insbesondere durch den sozialdemokratischen Finanzminister, so könnte das geradezu eine Katastrophe für die sozialdemokratische Partei bedeuten." Zum Problem der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Haus Hohenzollern und dem preußischen Staat siehe Johann Victor Bredt, Die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem Königshause, Berlin 1925; für die sozialdemokratische Sicht: Kurt Heinig, Fürstenabfindung? Ein Lesebuch zum Volksentscheid. Neue Bearbeitung, Berlin 1926; ferner Vorwärts Nr. 430 vom 12. 9. 1924; zur ablehnenden Haltung Otto Brauns vgl. Schulze, Braun, S. 245 ff.

108.

19.3.1920: Fraktionssitzung

IISG, Nachlaß Grzesinski Nr. 526. Maschinenschriftlicher Protokollauszug, Verfasser: Scheidemann. Überschrift: "Am [Freitag] 19. März 1920. Nachmittags Fraktionssitzung."²

Nach der Pause eröffnet Löbe die Sitzung von neuem und erteilt das Wort Scheidemann: Ich stehe mit allen sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung seit Jahrzehnten in bester Freundschaft. Ich hoffe, daß sich auch für die Zukunft dieses Verhältnis nach keiner Richtung hin trüben möge. Es ist peinlich, daß wir uns

¹ Nach Scheidemann, Memoiren II, S. 405 f. war während seiner Rede in der Fraktion kein "Schriftführer" anwesend. Den Text schrieb Scheidemann anhand seiner Notizen nachträglich nieder. Löbe sei damit einverstanden gewesen, daß die maschinenschriftliche Reinschrift "dem Protokoll" einverleibt werde. Nach den Angaben Scheidemanns dürfte das noch im März 1920 erfolgt sein. Ebd., S. 406–409 ist ein leicht gekürzter und z. T. stilistisch abweichender Auszug der Rede "aus dem Protokollbuch der sozialdemokratischen Fraktion" abgedruckt; irrtümlich dort auf den "19. März 1918" datiert. – Am 19. 3. 1920 vorm. hatte bereits eine Fraktionssitzung stattgefunden, an der auch Ebert und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder teilnahmen. Sie distanzierten sich von Scheidemanns Vorstoß gegen Noske und ersuchten diesen, im Amt zu verbleiben. Vgl. den Bericht in Schwäbische Tagwacht Nr. 67 vom 20. 3. 1920 "Zurück zur Vernunft"; Noske, Erlebtes, S. 163; Scheidemann, Memoiren II, S. 404.

² Wegen des Kapp-Lüttwitz-Putsches war die Nationalversammlung zum 18. 3. 1920 nach Stuttgart einberufen worden; Sten. Ber., Bd. 332, S. 5899 ff. Die Sitzung der SPD-Fraktion fand ebenfalls noch in Stuttgart statt. Erst am 20. 3. kehrten die Abgeordneten der Nationalversammlung und die Reichsregierung nach Berlin zurück; Schulthess 1920 I, S. 69.

108. 19. 3. 1920 Fraktionssitzung

jetzt auch über Personalia auseinandersetzen müssen. Aber es wäre direkt schandbar, wenn bei diesen Erörterungen mir irgend jemand persönliche Motive unterstellen wollte. Jetzt handelt es sich darum, die höchsten politischen Pflichten zu erfüllen und diese Pflichten gehen über Kameraderie. Ich bemühe mich, ganz sachlich zu sein: In erster Linie beschwere ich mich darüber, daß die Regierung die Fraktion nicht informiert hat über das, was heraufzog. Wir haben aus dem Munde Eberts heute gehört, daß er bereits am 9. März in Gegenwart Noskes eine hochwichtige Aussprache mit dem General Lüttwitz gehabt hat. Lüttwitz hat damals schon seine unverschämten Forderungen gestellt.3 Am Freitag, dem 12. März, aber sind in der Nacht die Abgeordneten heimgereist und als sie am Sonnabend in ihrer Heimat angelangt waren, ersahen sie aus den Zeitungen, was in Berlin vor sich gegangen war. 4 Stellen Sie sich vor, wie Ebert und ich mit Bethmann Hollweg umgesprungen sein würden, wenn der uns im Verlaufe des Krieges eine derart hochwichtige Nachricht verschwiegen haben würde. Ebert hat als Vorsitzender der Budgetkommission die Sitzungen abgebrochen oder überhaupt nicht eröffnet, wenn er der Meinung war, der Kanzler müsse unter allen Umständen am Platze sein, um Auskünfte zu geben.⁵ Ähnlich energisch hat sich Ebert doch auch, was ihm zum Ruhme nachgesagt werden muß, im Seniorenkonvent und in der Fraktion benommen. Und jetzt? Er schweigt, und Bauer erscheint und sagt uns deutsche Sprichwörter vor: "Wenn wir gewußt hätten ...", "Wenn man vom Rathause kommt ..." usw. Fehlt wirklich nur, daß er in dieser Situation uns auch gesagt hätte: "Schmücke Dein Heim" oder "Bade zu Hause". Die Kunst der Politik ist eben: Vorauszusehen! Das "Zu spät" der früheren Regierungen muß leider im vorliegenden Falle auch der jetzigen Regierung zum Vorwurf gemacht werden. Unter Bezugnahme auf Lüttwitz hat Bauer gesagt und zwar wörtlich: Man hat alles gleich so ernst genommen!6 Was für Gerüchte durchschwirren fortwährend das Land! Zu Quarck (Quarck hatte seine Verwunderung ausgesprochen darüber, daß Lüttwitz nicht gleich verhaftet worden sei) gewandt sagte er: Wie oft kommen zu uns kommunistische Arbeiter mit ultimativen Forderungen. Solche Arbeiter verhaften wir doch auch nicht. Wie hätten wir dazu kommen sollen, einen der angesehensten Generale zu verhaften! Ich muß

³ Ebert dürfte diese Mitteilung in der Fraktionssitzung vom 19. 3. vorm. – vgl. Anm. 1 – gemacht haben. Vgl. ferner auch Kabinett Bauer, S. 726 ff. Zur Unterredung Lüttwitz-Ebert siehe die bei Erger, S. 317 f. abgedruckten Dokumentenauszüge sowie seine Darstellung auf S. 119 ff. Diese Aussprache fand mit größter Wahrscheinlichkeit jedoch erst am 10. 3. 1920 statt.

⁴ Zum Kapp-Lüttwitz-Putsch, siehe Erger, passim; zur Haltung der SPD und ihrer Regierungsmitglieder Miller, Bürde, S. 375 ff.; Winkler, S. 300 ff.

⁵ Ebert war erst am 11. Juni 1918 zum Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichstages, also der Budgetkommission mit erweiterten Kompetenzen, gewählt worden. Zu seiner Rolle als Vorsitzender vgl. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, eingel. von Reinhard Schiffers, bearb. von Reinhard Schiffers und Manfred Koch in Verbindung mit Hans Boldt, Düsseldorf 1981, Bd. 1, S. XXI f. und Bd. 4, S. 2174, 2275, 2290, 2317; Reinhard Schiffers, Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung, Düsseldorf 1979, S. 104 f.

⁶ Scheidemann bezieht sich offenkundig auf Äußerungen Bauers in der Fraktionssitzung vom Vormittag, evtl. aber auch auf die Kabinettssitzung vom 19. 3. in Stuttgart. In der Aufzeichnung Koch-Wesers über diese Sitzung (Kabinett Bauer, S. 726 ff.) werden sie jedoch nicht erwähnt.

Fraktionssitzung 19. 3. 1920 108.

schon sagen, daß ich über die Ausführungen Bauers im höchsten Maße erstaunt gewesen bin. Eine staatsmännische Rede war das gewiß nicht. Nun zu Kahmann: Er wirft mir vor, daß ich in meiner Parlamentsrede mit einer eleganten Handbewegung alle diejenigen abgesetzt hätte, die etwa in Berlin mit den Kappleuten verhandelt hätten.7 Demgegenüber will ich feststellen: daß ich diese Wendung in meine Rede aufgenommen habe, nachdem zwei sehr prominente Genossen, die beide hier mit uns versammelt sind, ausdrücklich zu mir gekommen waren mit der Aufforderung, diese Wendung zu gebrauchen, denn sie entspreche dem, was soeben in meiner Abwesenheit die Fraktion klar zum Ausdruck gebracht hätte.8 (Es handelt sich, wie ich hier feststellen will, um die Genossen Keil und Bader). Nun ein Wort zu meiner gestrigen Rede, von der ich überzeugt bin, daß sie der Partei noch gute Dienste leisten wird. Wenn ich bisher mit allen meinen Parlamentsreden, nachdem ich sie gehalten hatte, zumeist sehr unzufrieden war, will ich keinen Hehl daraus machen, daß ich mich heute der gestrigen Rede aufrichtig freue. Ich bin der festen Überzeugung, daß mindestens 90 % der gesamten Partei geschlossen hinter mir und meiner Rede stehen werden. Halten Sie mich meinethalben für einen eingebildeten Affen. Auf diese Gefahr hin will ich ausdrücklich feststellen: Ich habe das politische Fingergefühl gehabt, das den meisten von Ihnen leider in diesem Augenblicke zu fehlen scheint. Die meisten von Ihnen, die mich angreifen, übersehen vollkommen, was im Volke und was auch in unserer Partei vor sich geht. Was habe ich denn in meiner Rede verbrochen nach Ihrer Auffassung? Ich habe über die Vorgänge in der Reichswehr gesprochen. Sie sollten froh sein, daß ich es getan habe; sonst hätte es doch Paver in noch viel entschiedener Weise getan, als er es ohnedies getan hat9, und

⁷ Scheidemann führte in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 18. 3. 1920 in Stuttgart (Sten. Ber., Bd. 332, S. 4905 ff., Zitat, S. 4907) aus: "Das will ich hier sagen im Einverständnis mit meiner Fraktion – das ist das einzige, was ich mit meinen Freunden besprochen hatte –: Wenn die Regierung auch nur die geringsten Verhandlungen mit dieser Gesellschaft geführt hätte, würde unsere Fraktion heute ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt haben. Und ich will noch ein weiteres hinzufügen: wenn sich herausstellen sollte, daß Männer in verantwortlichen Stellen, das heißt solche, die auch in Regierungsstellen sind, auf eigene Faust V e r h a n d l u n g e n geführt, vielleicht sogar irgendwelche Abmachungen getroffen hätten, dann müßten sie heraus aus ihren Stellungen!" Scheidemann spielte auf die Besprechungen an, die Vizekanzler Schiffer am 16. und 17. 3. mit Hauptmann Pabst und Oberst Bauer als Vertreter der Kapp-Lüttwitz-"Regierung" geführt hatte. Daran waren u. a. auch der preußische Ministerpräsident Hirsch, die preußischen Minister Südekum, Stegerwald und Oeser beteiligt. Die Reichsregierung in Stuttgart wurde darüber durch Unterstaatssekretär Albert und Mitteilungen Schiffers unterrichtet; Einzelheiten dazu bei Erger, S. 259 ff.; Kabinett Bauer, S. 701 ff. und 782 ff. – Diese Vorgänge kamen auch in der Kabinettssitzung vom 18. 3. morgens zur Sprache.

⁸ Schon vor der Tagung der Nationalversammlung am Nachmittag des 18. 3. 1920 hatten mehrere Sitzungen der SPD-Fraktion stattgefunden, in denen Noske scharf angegriffen wurde. Scheidemann, Memoiren II, S. 399 f. berichtet von einer Besprechung der Fraktion am 16. 3., "an der 20 bis 22 Kollegen teilnahmen". Am 17. 3. fand eine Sitzung am Vormittag statt, in der Noske ausführlich zur Vorgeschichte des Putsches sprach. In einer fünfstündigen Nachmittagssitzung am gleichen Tage ergriffen u. a. Scheidemann, Otto Braun, David und der frühere bayerische Ministerpräsident (bis 14. 3. 1920) Johannes Hoffmann das Wort. Am 18. 3. vorm. tagte die Fraktion erneut. An einer dieser Sitzungen vom 17. 3. bzw. 18. 3. morgens nahm auch Ebert teil. Vgl. dazu Noske, Erlebtes, S. 163; Keil II, S. 196; Schwäbische Tagwacht Nr. 64 vom 17. 3. und Nr. 65 vom 18. 3. 1920.

⁹ In seiner Rede vom 18. 3. sagte von Payer u. a., daß "das Verhältnis der Regierung oder einzelner Mitglieder der Regierung [...] zu den in der R e i c h s w e h r tätigen, innerlich nicht auf dem Boden der Verfassung stehenden O f f i z i e r e n ein klares, mindestens ein klareres wird, als es bisher der Fall

108. 19. 3. 1920 Fraktionssitzung

außerdem würde Henke¹⁰ sich die günstige Gelegenheit nicht haben entgehen lassen. Muß denn unbedingt immer von anderen gesagt werden, was zu sagen unsere Pflicht ist. Antworten Sie mir, was Sie wollen, ich bin froh, mich offen ausgesprochen zu haben. Denn es waren ja nichts als Tatsachen unerschütterlicher Art, Tatsachen, die wir x-mal mit Noske, mit Ebert, mit Bauer, mit der ganzen Fraktion besprochen haben und die auch, wenn ich nicht irre, in der bekannten Eingabe des Parteivorstandes an die Regierung¹¹ enthalten waren. Alles hat nichts genützt. Ich erinnere an die Erörterung des Falles [Reinhard]12 durch mich. Würde die Regierung jetzt nicht heilfroh gewesen sein, wenn sie damals meinem Rate gefolgt und [Reinhard]12 zum Teufel gejagt hätte? Statt dessen hat sie ihn gehalten, obwohl er sie vor seinen Soldaten als Lumpengesindel beschimpft hatte. Ich bin erstaunt über die Vorwürfe, die mir gemacht werden. Denn meiner festen Überzeugung nach war meine Rede, soweit sie sich auf die Reichswehr bezog, nichts anderes als der Niederschlag dessen, was hier in der Fraktion vor meiner Rede von den meisten Rednern behandelt worden war. Allerdings stimme ich vollständig mit Ihnen überein in der Ablehnung des Antrages, den Quessel gestellt hatte. Quessel hatte bekanntlich verlangt, daß die Fraktion Noskes Rücktritt fordern sollte. Das habe ich für durchaus falsch gehalten und halte es auch jetzt noch für falsch. 13 So weit darf es nicht kommen, daß man einen Genossen direkt auffordern muß, zurückzutreten. Aber, ich bitte mir das nicht übel zu deuten, die jetzige Situation erinnert mich lebhaft an die im Oktober 1918, als Wilhelm II. auch nicht begreifen wollte, daß er gehen müsse. Wie spielten sich denn die Verhandlungen bei uns in der Fraktion ab? Zumeist ist keiner von unseren Genossen aus der Regierung anwesend. Als wir vorgestern morgen hier den

war". Die an die Regierung gerichteten Warnungen vor diesen "Elementen" seien vollauf begründet gewesen. Payer forderte, daß die Reichswehr "gründlich gesäubert werden" müsse und "überflüssig gewordene militärische Organisationen" beschleunigt aufzulösen seien; vgl. Sten. Ber., Bd. 332, S. 4911 f.

¹⁰ Henke (USPD) griff in seiner Rede am 18. 3. (ebd., S. 4919 ff.) u. a. das Verhalten der Reichsregierung scharf an, während er Scheidemann konzedierte, daß dieser mit seiner Kritik an deren Versäumnissen "recht" hatte und Noske nach dieser Rede "endgültig unmöglich geworden" sei.

¹¹ Gemeint ist die sog. Denkschrift des Parteivorstandes vom 13. 11. 1919, über die Scheidemann die Fraktion am 21. 11. unterrichtete. Vgl. Nr. 95.

¹² Im Original Reinhard irrtümlich mit "dt" geschrieben. – Gemeint ist Oberst Wilhelm Reinhard (nicht Kriegsminister Walther Reinhardt), Kommandeur der Reichswehrbrigade 45, der sich im August 1919 gegen das "Schwarz-Rot-Gold" der Republik gewandt hatte. Behauptungen des Vorwärts Nr. 442 vom 30. 8. 1919, er bekenne sich zur Monarchie, bezeichne die Regierung als Lumpen und Gesindel und die Reichsflagge als Judenfahne, widersprach Reinhard in einem Schreiben an die Zeitung nicht. Scheidemann griff den "Fall Reinhard" in einer öffentlichen Rede vom 11. 9. in Kassel auf und forderte die Regierung indirekt auf, Reinhard "von seinem Posten zu entfernen"; vgl. Vorwärts Nr. 466 vom 12. 9. 1919. Obwohl Noske bei einer Erörterung im Kabinett zunächst erklärte, "er werde Strafantrag" gegen Reinhard einreichen, stellte er sich kurz darauf unter Hinweis auf Reinhards Verdienste bei den Berliner Bürgerkriegskämpfen 1919 hinter den Obersten; Kabinett Bauer, S. 259. – Beim Marloh-Prozeß trat Reinhard u. a. als Zeuge auf. Das Gericht begründete den Freispruch in den Hauptanklagepunkten damit, daß Marlohs Handlungen durch die dienstlichen Anweisungen seines Brigadekommandeurs Reinhard gedeckt waren; vgl. Nr. 98, Anm. 55.

¹³ In seiner Rede vor der Nationalversammlung hatte Scheidemann expressis verbis nicht den Rücktritt von Noske verlangt; in der Sache wurde sie vom Sprecher der USPD jedoch so ausgelegt; vgl. Anm. 10.

Fraktionssitzung 19.3.1920 108.

Bericht Löbes über die Vorgänge in der letzten Zeit anhören sollten, gab Löbe das Wort an Noske. Noske füllte mit seiner Rede die ganze Vormittagssitzung aus.8 Und was hat er uns in dieser Rede vorgetragen? Etwa eine genaue Schilderung der letzten Etappe aller der peinlichen Ereignisse? Nein! Er hat stundenlang versucht, den Beweis zu erbringen, daß er die richtige Taktik und Politik in seinem Amte vertreten habe. Er hat den Versuch gemacht, das, was sich jetzt abspielt, als eine zwangsläufige Erscheinung zu erklären, für die er nach keiner Richtung hin verantwortlich sei. Das ist zweifellos falsch. Ich habe Noske immer objektiv beurteilt. Jeder von Euch weiß, wie ich ihn schätze. Jeder von Euch weiß auch, daß ich ihn gebeten habe, nach Kiel zu gehen¹⁴, daß ich der erste war, der ihn gebeten hat¹⁵, seinen Gouverneurposten in Kiel zu vertauschen mit dem des Reichswehrministers. 16 Ich kenne die Schwierigkeiten, die er zu überwinden hatte. Ich kenne seine Verdienste. Aber jetzt stehen wir doch vor der Tatsache, daß seine Instruktion und zwar infolge seines Mangels an Energie nach rechts ein komplettes Debakel erlitten hat. Nun täuscht Euch doch nicht darüber, wie jetzt die Reichswehr und damit Noske im ganzen Lande beurteilt wird. Wenn eine Möglichkeit bestände, ihn zu halten, dann müssen wir es selbstverständlich versuchen. Aber ich sehe diese Möglichkeit nicht. Ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß die erdrückende Mehrheit der Partei es als selbstverständlich ansieht, daß ein Wechsel im Reichswehrministerium eintritt. In monarchischen Staaten gehen die Minister häufig schon dann, wenn eine ihrer Gesetzesvorlagen abgelehnt wird. Und in einem parlamentarisch regierten Staate sollte ein Minister bleiben können, dem sozusagen alles unter den Händen zusammenbricht? Ich zweifle nicht daran, daß ich der Partei aus dem Herzen gesprochen habe, daß ich geredet habe, was die Partei will, was in der Partei lebt. Kahmann hat gesagt, ich hätte Noskes Verdienste wenigstens in meiner Rede betonen müssen. Ich finde dieses Ansinnen überaus naiv. Ich habe Noskes Namen überhaupt nicht genannt. Hätte ich Noskes Verdienste hervorgehoben, so hätte ich selbstverständlich ja alles das, was ich über die Reichswehr gesagt habe, auf Noske persönlich zuspitzen müssen. Das wollte ich gar nicht, weil ich nicht Noske allein, sondern die ganze Regierung für die Zustände in der Reichswehr verantwortlich mache. Alle unsere Genossen haben es ja gewußt, was in der Reichswehr vor sich ging, was in der Reichswehr geduldet wurde. Ich werde hier die Erinnerung an Wilhelm II. nicht los. Ich erinnere mich sehr wohl, daß es mir von manchen Genossen übel genommen wurde, als ich für den Rücktritt Wilhelms II. eintrat.¹⁷ Unmittelbar vor Toresschluß haben damals prominente Genossen die

¹⁴ Gustav Noske war am 4.11. 1918 zusammen mit Conrad Haußmann von der Reichsregierung nach Kiel entsandt worden; er übernahm dort den Vorsitz im Soldatenrat und am 5.11. die Befugnisse des Gouverneurs; vgl. Noske, Kiel, S. 25 ff.; Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1962, S. 511, 535 ff. und 547 ff.

¹⁵ Gestrichen: "nach Kiel zu gehen, daß ich der erste war, der ihn".

¹⁶ Gemeint ist die am 29. 12. 1918 erfolgte Berufung Noskes in die Regierung der Volksbeauftragten, in der er die Zuständigkeit für "Militär und Marine" erhielt. Im Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Kabinett und Zentralrat (Regierung der Volksbeauftragten II, S. 141 f.) heißt es: "Noske wird vorgeschlagen von mehreren Seiten."

¹⁷ Scheidemann bezieht sich hier wohl auf die Vorgänge in der Fraktion am 6.11. 1918, als "einige Zauderer" sich gegen das von ihm befürwortete "Ultimatum" der Fraktion wandten; Scheidemann,

108. 19. 3. 1920 Fraktionssitzung

Forderung, daß der Kaiser gehen müsse, noch als ein unberechtigtes oder nicht durchzusetzendes Verlangen bezeichnet. Ich habe kein Wörtchen gewußt von dem, was in Berlin im Laufe der vorigen Woche vor sich gegangen ist. Ich habe kein Wort gewußt von dem Zusammentreten der Genossen unter Legien. 18 Und trotzdem habe ich hier Ausführungen gemacht am vorgestrigen Tage8, die doch zeigen, daß ich in der Tat über die eigene Nasenspitze hinweg gesehen habe. Was habe ich denn hier vorgestern zum Entsetzen Stoltens und anderer gesagt: Das Steuer muß nach links geschmissen werden! Heute ist Ebert im Besitze eines Telegramms von seinem Bürodirektor Krüger, in dem mit an erster Stelle die Forderung der Gewerkschaften steht: Fort mit Noske!19 Warum hat Ebert, der heute vormittag mehrfach geredet hat, der heute nachmittag im Kabinett über die Forderungen der Gewerkschaften ebenfalls geredet hat, nicht auch gesagt, daß die Forderung, Noske müßte gehen, erhoben wird. Auf meine Anfrage im Kabinett, ob denn außer den von Ebert vorgetragenen Forderungen keine anderen erhoben würden, hat Ebert erklärt: Nein! Und erst als ich unter Bezugnahme auf das Telegramm, das Ebert mir heute vormittag hier selber gezeigt hat, nun direkt fragte: Ist nicht verlangt, daß Noske gehen soll?, antwortete Ebert: Diese Forderung ist früher erhoben worden, jetzt nicht mehr. Darauf antwortete ich in der Kabinettssitzung heute: Sie ist jetzt vielleicht nicht mehr mit der Nennung seines Namens erhoben worden, weil nunmehr, wie ich aus anderen Telegrammen weiß, von einer Umbildung des Kabinetts die Rede ist, d. h. also, man begnügt sich gar nicht mehr damit, daß Noske geht, es sollen auch andere heraus.²⁰ Mir ist vollkommen unverständlich, daß wir erstens über die Vorgänge in

Zusammenbruch, S. 204 f. Eventuell spielte er aber auch darauf an, daß *Ebert* am 9. 11. auf die Nachricht, *Scheidemann* habe die "Deutsche Republik" ausgerufen, mit einem Zornesausbruch reagierte; Scheidemann, Memoiren II, S. 313 f.

¹⁸ Zur Rolle Legiens und der Freien Gewerkschaften in der Zeit des Kapp-Lüttwitz-Putsches vgl. Pott-hoff, Gewerkschaften, S. 261 ff.; ferner Hans Biegert, Gewerkschaftspolitik in der Phase des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1975, S. 190 ff.

¹⁹ Bezieht sich auf das Telegramm Franz Krügers, mit dem er das 9-Punkte-Programm des ADGB, der AfA und des DBB vom 18. 3. 1920 übersandte. In Punkt "III" wurde gefordert: "Sofortiger Rücktritt des Reichsministers Noske sowie der preußischen Minister Oeser und Heine"; abgedr. u. a. in: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgewählt und bearbeitet von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, 2 Bde., Glashütten i.Ts. 1971, Bd. I, Dok. 72. – Franz Krüger, der zugleich Bezirksvorsitzender der SPD Groß-Berlin war, forderte selber in der Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung, der Preußischen Staatsregierung, der Mehrheitsparteien und der Gewerkschaften am 18. 3. 1920 den Rücktritt Noskes; Niederschrift aus dem NL Südekum, u. a. abgedr. in Kabinett Bauer, S. 710 ff., hier S. 713. – Krüger reichte nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch "wegen politischer Meinungsverschiedenheiten" mit Ebert sein Abschiedsgesuch als Ministerialdirektor beim Reichspräsidenten ein; vgl. Vorwärts Nr. 158 vom 26. 3. 1920, ferner Franz Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft? Der Putsch vom 13. März 1920. Sein Verlauf und seine Lehren, Berlin 1920.

²⁰ In den Aufzeichnungen Koch-Wesers über eine Kabinettssitzung vom 19. 3., 16.30 Uhr, abgedr. in Kabinett Bauer, S. 726 f., heißt es, Scheidemann habe gefragt, ob in den Gewerkschaftsforderungen auch der Rücktritt Noskes enthalten sei, den er in der Fraktion beantragt habe. Darauf habe Ebert geantwortet, "daß das vorgestern gefordert sei, während jetzt die Umbildung des Kabinetts gefordert wäre". – Die Forderung auf Noskes Rücktritt war expressis verbis auch in dem 9-Punkte-Programm vom 18. 3. (siehe die vorige Anm.) enthalten. Erst während der Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Mehrheitsparteien, die am 19. 3. um 17 Uhr begannen und bis nachts um

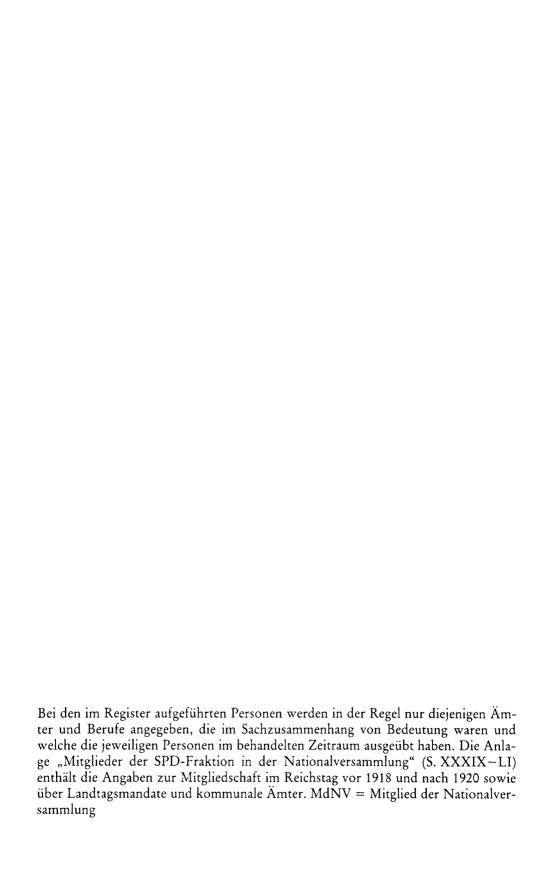
Fraktionssitzung 19. 3. 1920 108.

Berlin nicht unterrichtet wurden und zweitens, daß uns diese Forderung der Berliner Gewerkschaften nicht mit dem Detail, daß Noske gehen soll, bekanntgegeben wurde. Das ist Geheimniskrämerei, die ich nicht verstehe. Seid Euch auch darüber klar, Genossen: Wenn wir es als selbstverständlich angesehen haben, daß die Regierung nicht mit Kapp verhandelte, so ist doch ebenso selbstverständlich, daß sie mit den Gewerkschaften verhandeln muß. Und wie dumm ist es, sich etwas abtrotzen zu lassen, das man gewähren muß, anstatt es freiwillig zu tun. Wir haben der früheren Regierung oft das Bethmannsche Wort unter die Nase gerieben: "Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!" Und was tun unsere Freunde in der Regierung? Auch sie lassen sich treiben und treiben, anstatt freiwillig zu geben, was gegeben werden muß. Mir ist die Taktik, die David, der hier anwesend ist, hier vorgestern wieder vertreten hat8, unverständlich, die sich kurz zusammengedrängt immer wieder in der Devise erschöpft: wir müssen als Koalitionspartei Rücksicht nehmen auf Zentrum und Demokraten. Zum Teufel ja, wir müssen es, solange wir nun einmal in der Koalition drin sind. Aber ich möchte den sehen, der im Ernste bestreiten will, daß wir unter allen Umständen mehr Rücksicht auf die eigene Partei zu nehmen haben, als auf die anderen. Ich bitte Euch von ganzem Herzen, seht doch ein, um was es sich heute handelt: um das Land und um die Partei. Es handelt sich nicht um das Schicksal Noskes. Es handelt sich um ganz andere Schicksalsfragen. Und diese Fragen glaube ich klar erkannt zu haben; deshalb meine Stellungnahme und deshalb auch meine Rede. Das, was ich in meiner Rede gesagt habe, könnt Ihr in gar keinem Punkte bezweifeln, weil es richtig ist nach jeder Richtung hin. Vorwürfe könnt Ihr mir vielleicht deshalb machen, weil Ihr der Meinung seid, es sei taktisch falsch, was ich gesagt habe. Das müßte ich dann einstecken, wenngleich ich diese Meinung nach wie vor für falsch halte. Iedenfalls habe ich meine Rede gehalten in der Überzeugung, daß ich damit zum Ausdruck bringe, was politisch notwendig ist, was die Partei will und was auch dem entsprochen hat, was hier in der Fraktion erörtert worden ist.21

⁵ Uhr dauerten, schien die Frage Noske durch die Mitteilung erledigt, daß dieser seinen Rücktritt eingereicht hatte. Noske hatte am 18.3. um seinen Abschied gebeten; am 20.3. wurde der Rücktritt bekanntgegeben, am 22.3. faktisch vollzogen und schließlich am 25.3. 1920 auch offiziell angenommen; Kabinett Bauer, S. 729 f. und 740; Potthoff, Gewerkschaften, S. 272. – Das Verlangen nach Umbildung des Kabinetts enthielt schon eindeutig der Punkt I des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs: "Entscheidender Einfluß der genannten Arbeitnehmerverbände auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern sowie auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung."

²¹ Vgl. oben Anm. 1.





Admiralstab/Chef der Admiralität 112, 207

Adler, Victor (1852-1918), Vors. der österreichischen Sozialdemokratie

Agnes, Lore (1876–1953), MdNV (USPD), Schriftführerin 77, 120

Aktionsausschüsse zum Friedensvertrag 100. 106 f., 128

Albert, Heinrich (*1874), Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei 227

Allierte s. Entente

Amnestie/Amnestiefrage 148

Angestellte XVI, 12 f., 73

betriebliche Mitbestimmung 50, 53, 62

Anhalt XIX, XXI

Anrich, Gustav Adolf (1867-1930), ev. Theologieprofessor 18

Antrick, Otto (1859-1924), MdR (SPD) 1898-1903, 1912-1918, seit Febr. 1919 Minister in Braunschweig XV

Arbeiterausschüsse 12 f.

Arbeiterkammern 44

Arbeiterräte XIV, 61 - Befugnisse 12 f., 44, 48, 53, 62

- Legalisierung 44 f., 48 f., 51, 53 f., 134 s. a. Betriebsräte; Betriebsrätegesetz

Arbeiterschaft 13, 70, 80, 143, 176, 181

Arbeiter in der SPD XVI

- betriebliche Mitbestimmung 50, 102, 223
 Erwartungen an Republik 51 f.

- Recht auf Arbeit s. a. Arbeiterräte; Arbeitslose; Betriebsräte; Bergarbeiter; Landarbeiter; Streikbewegungen

Arbeitersekretäre XVIII

Arbeiter- und Soldatenräte XIII f., 44, 49, 53, 61 f., 70, 72, 221

- 1. Rätekongreß

- 2. Rätekongreß 60 f., 71 s. a. Arbeiterräte; Betriebsräte; Soldatenräte; Zentralrat

Arbeiterwohlfahrt 172

Arbeitgeberverbände 70

Arbeitslose/Arbeitslosigkeit 12 f., 141, 181

Arbeitsrecht 12 f.

Arbeitszeit 167 f.

Arnim, von, General 188

Arnstadt, Albert (1862-1947), MdNV (DNVP), Landwirt 37, 46, 133, 137, 144, 179, 181, 193, 218

Auer, Erhard (1874-1945), MdNV (SPD), bayer. Staatsminister des Innern Nov. 1918-Febr. 1919 XIII, XV, XIX, XXXIX, 7, 16, 20, 44, 58, 85, 125, 131

- im Fraktionsvorstand XXV f., 7
- zum Regierungsprogramm 6, 10
- im Verfassungsausschuß 23

Außenhandel 12, 215

s. a. Devisen- und Valutaprobleme; Ernährungsverhältnisse und Lebensmittelversorgung; Wirtschaftspolitik

Ausnahmezustand s. Belagerungszustand

Auswärtiges Amt/Reichsaußenminister 97, 103, 178, 188, 201 f., 207

- Besetzung des Ministeramtes 96 f., 103-105, 117
- Unterstaatssekretär 25, 27

Autonomie/Autonomierechte

Baden XIX, 149

Bader, Paul (1865-1945), Journalist, seit 1899 Chefredakteur der "Volksstimme" in Magdeburg XXXIX, 17, 23, 49, 110, 227

Bäumer, Gertrud (1873-1954), MdNV (DDP), 1910-1919 Vors. des Bundes deutscher Frauenvereine 28

Baltikum/Baltikumspolitik 25, 70, 77 f., 156 f., 187

- deutsche Truppen im Baltikum 86, 101,

s. a. Estland; Lettland; Litauen

Bamberg 72

Bang, Nina, dänische Sozialdemokratin

Bartels, Friedrich (1871-1931), seit 1913 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Kassierer

Baudert, Friedrich August (1860-1942), MdNV (SPD), seit November 1918 Staatskommissar, ab Mai 1919 Staatsminister des Innern in Sachsen-Coburg-Gotha XIX, XXXIX, 40, 51

Bauer, Gustav (1870-1944), MdNV (SPD), 1908-1918 stellv. Vors. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Okt. 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes, Febr.-Juni 1919 Arbeitsminister, ab 21. Juni 1919 Präsident des Reichsministeriums, ab 14. August mit dem Titel Reichskanzler, bis 27. März 1920 XXXIX, 10, 17, 47, 65

- als Arbeitsminister/Staatssekretär des Reichsarbeitsamts XIX, XXXII, 9, 32, 54, 62, 68-71, 117, 165

- als Regierungschef 97, 136, 168, 219 Berufung 102-104 und Betriebsrätefrage 174, 193, 196 Friedensvertrag 98, 102 f., 111 f. bei Kapp-Putsch 226-228 Kontakt zu Fraktion und Partei 128, 131, 133 f., 138, 144, 173, 190 f., 193 f., 220, 223 f. zu Sklarz-Affäre 197, 199, 202, 205

- Wirtschafts- und Steuerpolitik XXXIV, 86, 132-134, 138, 165

Bauer, Max (1869-1929), Oberst, politischer Berater Ludendorffs 227

Bauer, Otto (1881-1938), österreichischer Sozialist, seit Nov. 1918 Staatssekretär des Äußeren, ab 1919 Vors. der SPÖ-Fraktion 21

Baumeister, Albert (*1882), SPD, Gewerkschafter und Verleger 197, 199 f., 206, 208, 210 f.

Bayern XX, 42, 44, 107

- und Friedensvertrag 81, 106 f.

- Räterepublik 42, 46, 49, 72

- Regierung XIX, XXI, XXVI, 72

- SPD in Bayern XX, XXII, 107

Bayerische Volkspartei

Beamte, Beamtenpolitik XXXV, 20, 37, 129,

- Beamtenrecht 11-13, 142 f.

- Besoldung 12 f., 142, 181, 216, 218, 220

- Pensionen/Pensionierung 12 f., 87, 143, 159

- staatsbürgerliche Rechte 12 f., 121

Bebel, August (1840-1913), MdR (SPD) 1867-1913, Mitbegründer und Vors. der SPD XXIII

Becker, Roman (1879-1949), MdNV (SPD) XIV, XXXIX, 79, 83, 103, 109, 169 f., 191

Behncke, Marie Helene (1880-1944), MdNV (SPD) ab 7. 8. 1919 XXXIX, 152

Behrens, Franz (1872–1943), MdNV (DNVP) 139

Beigeordnete s. Unterstaatssekretäre

Beims, Hermann (1863-1931), MdNV (SPD), Oberbürgermeister von Magdeburg ab 1919 XIII, XXXIX, 23, 63, 125, 130, 179 f.

Beiräte für

- Kriegsgesellschaften 154, 163, 180, 219

- Monopole 160

- Post und Verkehr 74, 153, 179

- Reichsbetriebe 121, 219 f.

Belagerungszustand/Ausnahmezustand 67, 70, 187, 190-192, 223

- gesetzliche Regelungen 175 f., 223 s. a. Justizwesen; Militärpolitik; Zeitungsverbote

Belgien 30

Bell, Johannes (1868-1949), MdNV (Zentrum), Reichskolonialminister ab Febr. 1919, Reichsverkehrsminister Juni 1919-Mai 1920 91, 103, 105

Below, Otto von, General (1857-1944) 100

Bender, Ferdinand (1870-1936), MdNV (SPD), Bezirksleiter des Transportarbeiterverbandes XXXIX, 125

- und Betriebsrätegesetz 189 f., 195 f., 221 f.

in Kalikommission 139

Bergarbeiter 156

- Unruhen und Streiks 49, 70

Bergbau 49, 151 - Kohle/Kohlewirtschaft s. dort

– Sozialisierung s. dort

Berlin XIX, XXIII, 36, 60, 113, 172, 181, 227, 230 f.

- Stadtkommandantur 210

- Unruhen und Streiks 49, 53, 67, 121 f., 176 f., 220, 228

- Vorfälle vom 13. 1. 1920 221

Bernhard, Georg (1875-1944), Chefredakteur der "Vossischen Zeitung" 133

Bernstein, Eduard (1850-1932), sozialistischer Theoretiker, Begründer des Revisionismus, bis 1917 SPD, 1917-1919 USPD, ab 1919 wieder SPD XXXI, 21 f., 88 f., 203

Bernstorff, Johann Heinrich Graf von (1862-1939), DDP, Diplomat 97, 103

Bernuth, von, General 182

Besetzte Gebiete

- Abgeordnete aus 106-109

im Westen XXIII, 14, 63, 80 f.

Bethke, Karl (1878-1929), MdNV (SPD) ab 12. 5. 1919, Redakteur XX, XXXIX, 74, 84 f.

Bethmann Hollweg, Theobald von (1856–1921), Reichskanzler 1909-1917 226, 231

Betriebsräte 57, 62

- Befugnisse 48-50, 53, 62, 70, 156 s. a. Arbeiterräte, Betriebsrätegesetz

Betriebsrätegesetz XXIII, 126, 163, 168 f., 220

- Bestimmungen 193, 223 Aufsichtsräte 175, 190, 195 Bilanz 175, 190, 193, 195 f., 222

 Entstehung und Entwürfe 57, 70, 118, 134, 149, 153, 168, 195, 222

 Konflikt in Koalition XXXVI, 174 f., 189 f., 193-196, 220-222

- Parlamentarische Behandlung 118, 218, 222 Ausschuß-/Kommissionsberatungen 189 f., 193, 195, 216, 222 Lesungen im Plenum 149, 153, 162 f., 195, 218, 220 - 223

Vorfälle vom 13. 1. 1920 220 f.

Bias, Anton (1876-1945), MdNV (SPD), Parteisekretär XXXIX, 79, 109, 192

Billian, Albert (1876-1954), MdNV (SPD) ab 13. 1. 1920, Landrat XXXIX

Binder, Jakob (1866-1932), MdNV (SPD), Adjunkt XVII, XL, 9, 31, 125, 167 f.

Blockade 19 f., 22

Blos, Anna (1866-1933), MdNV (SPD), Mitglied des Landesvorstandes Württemberg, Lehrerin XV, XL, 6 f., 17, 23 f., 26, 106, 117, 155

Blos, Wilhelm (1849-1927) (SPD), Württembergischer Staatspräsident ab 1918

Blum, Johannes (*1857), MdNV (Zentrum) 193

- Bock, Wilhelm (1846–1931), MdNV (USPD), bis 1917 SPD, Redakteur des Schuhmacher-Verbandsblattes XVIII
- Boerschmann, Friedrich (*1870), MdNV (SPD), Kreisarzt XL, 23, 109
- Bohm-Schuch, Clara (1879-1936), MdNV (SPD), kaufm. Angestellte und Schriftstellerin XL, 6, 20, 87, 187
- Ausschußmitgliedschaften 10, 23, 161
- und Frauenfragen 20, 77, 83
- und Friedensvertrag 99, 109
- Bollmann, Minna (1876-1935), MdNV (SPD), Schneiderin XL
- Bolschewisten/-gefahr 157 s. a. Kommunistische Partei; Rußland
- Bolz, Eugen (1881–1945), MdNV (Zentrum)
- Borgbjerg, Frederik (1866-1936), Journalist, führender dänischer Sozialdemokrat 202
- Brass, Otto (1875-1950), MdNV (USPD), Vors. des Arbeiter- und Soldatenrates Remscheid 1918/19 48, 105
- Braun, Adolf (1862-1929), MdNV (SPD), Chefredakteur "Fränkische Tagespost" (Nürnberg) XV, XXII, XL, 9, 23, 41 f., 60, 70 f., 85, 102, 105, 159-161, 164
- im Fraktionsvorstand XXVI, XXIX, 117
- und Friedensvertrag 81, 90, 109 f.
- zur Koalitionsbildung 6 f.
- Plenarreden 48, 58, 70, 146, 155, 164, 168, 196
- und Sozialisierungsgesetz 58 f., 67
- zur Steuerpolitik 123, 130, 142, 151, 153, 159, 162, 164, 167, 175 f., 189, 195, 214
- Braun, Otto (1872–1955), MdNV (SPD), seit 1913 Mitgl. des preuß. Abgeordnetenhauses, seit Nov. 1918 preuß. Landwirtschaftsminister, Mitgl. des Parteivorstandes XIII, XV, XVIII, XXI, XL, 9, 52, 54, 61, 138, 225, 227
- zu Friedensvertrag 83, 90, 105, 110, 125
- zur Koalitionspolitik 6, 77, 223
- Landwirtschaft und Ernährung 10, 128, 224
- zu Verfassungsfragen 45 f.
- Brauns, Heinrich (1868–1939), MdNV (Zentrum), katholischer Sozialpolitiker 221 f.
- Braunschweig 49
- Breslau 186, 219
- Brey, August (1864–1940), MdNV (SPD), Vors. des Verbandes der Fabrikarbeiter XXII, XL, 65, 146, 160, 190
- in Kalikommission 139
- und Sozialpolitik 23, 58
- Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von (1869–1928), Dez. 1918-Febr. 1919 Staatssekretär, Febr.-Juni 1919 Reichsminister des Auswärtigen 28-30., 91 f., 95, 97, 207

- Bruckhoff, Hermann (*1874), MdNV (DDP)
- Brühne, Friedrich (1855–1928), MdNV (SPD), Mitgl. der Kontrollkommission der SPD seit 1898 XXV, XL, 27, 40 f., 72, 88, 152
- Buck, Johann Wilhelm (1869–1945), MdNV (SPD) bis 11. 4. 1919, Volksbeauftragter in Sachsen (Kultus und Unterricht) seit 15. 11. 1918, sächs. Kultusminister 1919/20 XIX, XXI f., XL, 74, 84
- Budde, Ewald (1873–1966), MdNV (SPD), Betriebsleiter der Konsumgenossenschaft in Lüdenscheid XIII, XL
- Budget- und Finanzrecht 72 s. a. Reichshaushalt; Reichsverfassung, Weimarer
- Bürgerliche Parteien, Blockbildung gegen SPD 151 f., 174, 215, 218, 222
- Burgau, Michael (1878–1949), MdNV (SPD), Arbeitersekretär in Regensburg XL, 127, 136
- Burlage, Eduard (1857–1921), MdNV (Zentrum), Reichsgerichtsrat 122, 164
- Caspari, Hans (Johann) (*1888), SPD, 1919/20 Direktor des Jugendamtes Neukölln, Mitbegründer der Arbeiterwohlfahrt 172, 184, 219
- Christliche Volkspartei s. Zentrum
- Clemenceau, Georges (1841–1929), französischer Ministerpräsident 1917–1920 96, 98, 111
- Cohen(-Reuß), Emanuel Max (1876–1963), SPD, MdR 1912–1918, Mitvorsitzender des Zentralrates 6, 50, 89
- Cohn, Oskar (1869–1934), MdNV (USPD), Rechtsanwalt 47 f., 86
- Cunow, Heinrich (1862–1936), Chefredakteur "Neue Zeit", 1919 Professor für Sozialwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte in Berlin 32 f., 37, 39
- Dänemark 202, 207, 210
- nordschleswigsche Frage 29 f.
- Sozialdemokratie 29 f., 97, 107, 202, 207
- Danzig 71, 181
- im Friedensvertrag 63, 95
- David, Eduard (1863–1930), MdNV (SPD), Fraktionsvorsitzender 4.–7. 2. 1919, Präsident der Nationalversammlung 7.–13. 2. 1919, Minister ohne Geschäftsbereich Febr.–Juni 1919, Okt. 1919–Juni 1920, Reichsminister des Innern Juni–Okt. 1919 XIX, XXXIV, XL, 10, 78, 227
- Fraktionsvorsitzender XXIV, XXVI, 76 f.

- Koalitionspolitik 5-7, 16, 20, 114, 134, 136, 191, 223, 231
- Präs. der Nationalversammlung 10, 15, 17 - in Regierungsamt 31, 96, 102, 104, 119, 126, 168
- zur Sklarz-Affäre 205, 212 f.
- Verfassungsfragen 46, 85, 127, 136
- Waffenstillstand und Friedensvertrag 31, 91 f., 113
- Davidsohn, Georg (1872-1942), MdNV (SPD), Schriftsteller und Publizist XXXIII, XL, 27, 55, 71, 77, 138, 170
- Friedensvertrag 81, 92, 98, 113
- zur Koalitionsfrage 6 f., 21
- Militärpolitik 33, 35, 101, 187, 192, 194
- Sklarz-Affäre 199-202, 205-209, 211, 213 f.
- Steuerfragen 123, 130, 142, 146, 160
- im Untersuchungsausschuß 161, 167, 173 f.
- Verfassungsfragen 24, 36, 45, 58, 144
- Deichmann, Karl (1863-1940), MdNV (SPD), Vors. des Tabakarbeiterverbandes XLI, 125, 146
- Delbrück, Clemens Ernst von (1856-1921), MdNV (DNVP), Staatsminister a.D. 103,
- Demokratieverständnis 7 f., 62, 185, 223
- Dernburg, Bernhard (1865-1937), MdNV (DDP), Reichsfinanzminister April-Juni 1919 69, 102
- Diepenbroik-Gryter, von, General 182
- Dietrich, Carl (*1873), MdNV (SPD), Gewerkschaftssekretär XLI, 23, 39, 144, 149, 162 f., 190
- Dietz, Johann Heinrich Wilhelm (1843-1922), MdR (SPD) 1881-1918, Verleger XV
- Dill, Hans (*1887), MdL (SPD) Bayern, Parteisekretär 62
- Dittmer, Emil (*1873), Redakteur beim Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 1918/19 Beigeordneter im Reichspostamt 27
- Deutsche Demokratische Partei (DDP) XXXVIII, 18, 28, 30, 36 f., 41, 56, 59, 76 f., 121, 132, 156, 163, 181, 190, 217
- in Koalitionsregierung 99, 102, 104 Jan.-Juni 1919 5 f., 11, 15-17, 20-22, 36, 38, 136 seit Okt. 1919 XXXVI, 103, 168-170,
- 174 f., 190, 193 - Politik und Stellung zu Betriebsrätegesetz XXXVI, 168 f., 174 f., 189 f., 193 f., 195 f., 216, 221 f.
- Friedensvertrag 91, 93-96, 98-100, 111, 115 Schulfrage 135, 147, 149 Verfassung 20, 122, 131, 148, 150
- Verhältnis DDP-SPD XXXVI, 136, 231
- Deutsche Volkspartei (DVP) 18, 28, 30, 112, 156, 163
- und Friedensvertrag 30, 111, 115

- Kooperation mit Regierungskoalition 38, 41
- Deutsche Zeitung 186
- Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) XIV, 15, 18, 28, 37 f., 46, 55, 112, 144, 154-156, 179, 187, 205, 218
- und Friedensvertrag 111, 115
- und Verfassung 46 f., 138
- Deutsch-Österreich s. Österreich
- Devisen- und Valutaprobleme 60, 203 f., 215, 217
- Diäten 41, 181
- Beiträge für Fraktion 41, 46, 72, 88, 172
- Diätengesetz 19, 37
- Donneveert, Mitgl. des elsaß-lothringischen Landtages bis 1918 18
- Dransfeld, Hedwig (1871-1925), MdNV (Zentrum), Vors. des kath. Frauenbundes 143, 163
- Dröner, Ernst (1871–1951), MdNV (SPD), Parteisekretär XLI, 23, 73, 130, 151, 161
- Eberhardt, Magnus von (*1855), General 182
- Ebert, Friedrich (1871-1925), Vors. der SPD 1913-1919, Vors. des Rates der Volksbeauftragten, Reichspräsident ab Febr. 1919 XVIII, XXII–XXVI, XXXVII, XLI, LVI f., 3 f., 7, 94 f., 152, 212
- Friedensvertrag 89, 91, 110, 112
- beim Kapp-Putsch 225-228, 230
- Koalitionsbildung 5, 16 f., 21 Reichspräsident 20, 22, 24, 27, 31, 73, 99, 166
- Sklarz-Affäre 197 f., 200, 202
- Ehrhardt, Franz (1880-1956), MdNV (Zentrum), Gewerkschafter 75
- Eichhorn, Emil Robert (1863–1925), MdNV (USPD), Polizeipräsident von Berlin Nov. 1918-Jan. 1919 124
- Eichler, Wilhelmine (1872-1937), MdNV (SPD), Buchbinderin XLI
- Einheitsstaat XXXV, 11, 20, 24 f., 214
- Entschließung der preuß. Landesversammlung 217 f.
- Verfassungsregelungen 43, 45-47, 51, 85 s. a. Reichsverfassung, Weimarer
- Einwohnerwehren 192 s. a. Sicherheitswehren
- Eisenbahnen 38, 43, 45, 105, 121
- Eisen- und Metallindustrie 41
- Eisner, Kurt (1867–1919), USPD (ab 1917), Vors. des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates, bayer. Ministerpräsident 1918/19 29, 31, 36, 44, 46

Elektrizitätsgesetz 153, 173, 215, 218 s. a. Sozialisierung

Elsaß-Lothringen XV, 14, 17, 130, 170 – Vertretung in deutschen Institutionen 18, 26

Emmel, Josef Leopold (1863-1919), MdR (SPD) 1907-1918, MdL Elsaß-Lothringen 1902-1906, 1911-1918 XV, 26, 189

Endres, Fritz (1877–1963), MdNV (SPD), 1918–1920 bayer. Justiz- und Innenminister XX, XLI, 7, 10, 35, 125

Entente 51 f., 62, 64, 71, 213

- zu Baltikumsfrage 156-158

- Friedensbedingungen/-vertrag 29, 71, 79 f., 82, 88, 90, 93, 95-98, 109-111, 115 f., 216, 224 f.
- Waffenstillstandsfragen 30, 51 s. a. Friedensfrage; Friedensvertrag

Ernährungsverhältnisse und Lebensmittelversorgung XXXV, 4, 31, 36, 51, 56, 64, 75, 92, 121, 126, 128, 191–193, 224

- Bewirtschaftung 12 f., 75, 219, 224

- Konflikte um Ernährungspolitik XXI, 132,
- Lebensmitteleinfuhren 12, 51, 64, 75
- Preise 12, 75, 126 f., 130-132, 219 s. a. Landwirtschaft

Ernst, Eugen (1864–1954), MdNV (SPD), Mitgl. des Parteivorstandes, preuß. Innenminister 1918/19, Polizeipräsident in Berlin 1919/ 20 XVII, XIX, XLI, 52, 177

Erzberger, Matthias (1875–1921), MdNV (Zentrum), Minister ohne Geschäftsbereich Febr. – Juni 1919, Reichsfinanzminister und Vizekanzler Juni 1919 – März 1920 39, 86, 97, 103 f., 215

- Steuerreform 86, 158, 162

- Waffenstillstandsverhandlungen und Friedensvertrag 30 f., 71, 73, 91, 96, 98, 110, 145

Estland 25 s. a. Baltikum

Estorff, Ludwig von (*1859), Generalleutnant 182

Faaß, Fritz (1872-1948), SPD, Mitglied des Zentralrats und des Parteiausschusses 62

Faber, SPD-Jena 51

Falk, Bernhard (1867-1944), MdNV (DDP), Justizrat 75

Fehrenbach, Constantin (1852–1926), MdNV (Zentrum), Präsident der Nationalversammlung ab 14. 2. 1919 XI, 17, 46, 79, 87, 98, 119, 126, 130, 141, 220, 222

Feldmann, Theodor Friedrich Franz (1868–1937), MdNV (SPD), Redakteur XLI, 32 Finanzverwaltung des Reiches 170 – Gesetz vom 19. 8. 1919 162, 164 s. a. Steuern/Steuergesetzgebung

Fischbeck, Otto (1865–1939), MdNV (DDP) 1918–1921, preuß. Handelsminister 5

Fischer, Gustav Adolf (1866-1925), MdNV (SPD), Buchdrucker XLI, 167, 180

Fischer, Richard (1855–1926), MdNV (SPD), Geschäftsführer der Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt XLI, 3, 6, 10, 15, 17–19, 42, 74, 77, 105 f., 161, 178, 180, 213

im Fraktionsvorstand XXV, XXX, 7

- und Friedensvertrag 83, 109

- zu Verfassungsfragen 23, 45-48, 124, 140

Foch, Ferdinand (1851–1929), franz. Marschall, Oberbefehlshaber der alliierten Armeen 33, 71, 157

Föderalismus und Partikularismus 25, 43-46 s. a. Reichsverfassung, Weimarer

Fraktion der SPD in der Nationalversamm-

- Fraktionsdisziplin, Fraktionszwang XXVIII, XXX, 74, 92, 94, 99, 106, 129
Auslegung XXX f., 15, 104
Beschluß vom 21. 6. 1919 106
Minderheit, Haltung zu XXX f., 94, 104, 106 f., 110, 113

Fraktionsvorsitzende XIII; s. ferner Löbe;
 Scheidemann
 Besetzung XXIII-XXV, XXXIII, 7 f., 167
 Kompetenzen und Aufgaben XXIV-XXVI, XXVIII f., 8, 15, 151, 167

Fraktionsvorstand 61, 71, 140, 167, 172, 175, 182, 205, 217
Aufträge an 57, 130, 142, 148, 151, 168, 179, 219

Besetzung XXIII-XXVI, XXIX, 3, 7, 16, 117, 119, 151, 164 Kompetenzen und Aufgaben XXV-XXVII, XXX, 8 f., 16, 20, 24, 26, 28, 38, 46, 53, 56, 65, 69, 141, 159, 179, 196, 220

Kontakt/Verhältnis zur Regierung XXXIV, 53, 73, 84, 89, 130, 134, 137, 148, 173

Vollmachten für 61, 69, 131, 152, 161, 169 - Kasse/Kassierer XXV, 27, 41, 66, 72, 88, 121, 152, 172

Kommissionen/Arbeitskreise XXVII f.,
 23 f., 28, 32, 50, 54
 für Sozialpolitik 28, 53, 57
 für Steuergesetze XXVIII, 28, 123, 130, 142

Mitglieder XXXV, 65, 150
Diätenabführung 41, 66, 72, 88, 172
Mandatsverzichte XXI f., 74, 84, 99, 107, 152
Präsenz in Fraktion XX, XXII f., XXXV, 75 f., 140, 155, 162, 164
Präsenz im Parlament 25 f., 98, 117, 127, 131, 146, 159, 175, 178
Rechte XXVIII f., 65, 75, 179
Sonderbesprechungen 106 f.
Sozialprofil XI-XXII, XXXIII, XXXVII, XXXIX-LI

- Sekretär/Sekretariat XXVII, LVI, 152, 225

- Sitzungsturnus XXIII, 68 f., 71, 170 Gäste XXVII, 26, 88, 157 f., 181-185, 215, Nicht-Öffentlichkeit XXVII, XXXVII, LV-LVII, 8, 36, 104, 106, 109 f., 114

- Verhältnis zu

Koalitionspartnern s. DDP; Koalition; Zentrum

Parteivorstand 49, 54

Regierungsmitgliedern der SPD XIX, XXIX, XXXII-XXXIV, XXXVI-XXXVIII, 51–53, 153, 225-231; s. ferner Noske; Wissell USPD s. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Frankfurt/M. XIX

Frankreich 43

 Deutschlandpolitik 18, 80, 113

- franz. Sozialisten 83 f.

s. a. Entente; Friedensfrage; Friedensvertrag

Frauenfrage XII, 63, 73, 118, 150, 223

- Frauenarbeit 28, 73, 143, 223

- Frauen in der SPD XII, 63, 150, 172 Frauenwahlrecht XI f., 11

- Postenbesetzung 20, 26, 28, 73, 118, 143 s. a. Gleichberechtigung

Die Freie Jugend (Zeitschrift) 180, 186, 189

Freiwilligenverbände 197, 199 f., 210 s. a. Sicherheitswehren

Freiheit (Berliner Organ der USPD) 173

Friedeburg, von, General 186

Friedensfrage/Friedensverhandlungen (bis zur Übergabe der Friedensbedingungen am 7.5. 1919) 4, 62, 71

- Friedenssondierungen im Krieg 145, 202

- und Nationalversammlung XXIII, XXXI, XXXVI, 90 Ausschuß für 73, 75, 79 Kundgebung der 73 f., 79

- und Reichsregierung XXXIV

- Selbstbestimmungsrecht 14, 63, 80

- und SPD-Fraktion XXX f., XXXIV, 14, 62 f. - Territorialverluste 14, 21, 63

Friedensvertrag von Versailles 83, 85, 100 f., 126, 130, 158

- alliierte Bedingungen vom 7. 5. 1919 79 f., 82 vom 17. 6. 1919 88 f., 95 f., 109 f.,

- Annahme/Ablehnung 80, 82-84, 88-92, 95-97, 102 f., 105-109 SPD-Fraktion zu 90-95, 98 f., 102, 104, 106, 108-116, 129 f. Sondererklärung der SPD - Minderheiten 105 - 110, 129Stimmenverhältnisse 92-94, 97-99, 104-106, 108, 111, 113-115, 125 f., 128 Verhandlungsversuche/Notenwechsel 82 f., 95-99, 110-113

Widerstand 80 f., 99-101

- Bestimmungen 96, 216

Auslieferungsfrage 93, 95 f., 98 f., 111 f.,

Durchführbarkeit 80, 82, 84, 90, 128 Kriegsschuldfrage 93, 95 f., 98 f., 112

Reparationen 96 territoriale 79-82, 95, 98, 101, 107 f., 128 f. Volksabstimmungen 79-81, 136

- Billigung durch Nationalversammlung 107 f., 111, 114-116, 128

- Frage der Unterzeichnung 90, 97, 99, 103,

110-113, 115-117 - Ratifikation 90, 125 f., 128-130, 216

- Vertragsausführung 161, 216, 224 f.

Frohme, Karl Franz Egon (1850-1933), MdNV (SPD), Redakteur des "Hamburger Echo" XLI, 28-30, 40, 77, 83, 109

Fürsorge s. Sozialfürsorge

Fürstenabfindung 225

Geck, Oscar (1867-1928), MdNV (SPD), Redakteur der "Mannheimer Volksstimme" XLI, 6, 9 f., 23-25, 105, 155

Geheimdienste 207, 211

Gehl, Julius (1869-1932), MdNV (SPD), Parteisekretär XLI, 100, 107, 109, 161

Gemeinwirtschaft 58

- Streit um XXXIV, 117, 130, 133 f., 137 f. s. a. Planwirtschaft; Wirtschaftspolitik

Generalität 39, 113, 182 f., 188

- und Friedensvertrag 92, 112 f., 116

- Gesinnung 183-184, 226 s. a. Militärwesen; Reichswehr

Gerlach, Paul (1888-1944), SPD, Vors. des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenund Kriegshinterbliebenenfürsorge 141

Gesetzgebungsverfahren

- auf Basis des Ermächtigungsgesetzes von April 1919 41, 76, 131 f., 141, 192

Gesetzesinitiativen der Koalition s. unter Ko-

- der Regierung XXIX, XXXIII, 52-54, 70, 86, 105, 118, 123, 134

- der SPD-Fraktion XXIX f., 53; s. ferner unter Sachstichpunkten

- Mitwirkung von Arbeiter- u. Wirtschaftsräs. a. Reichsrat; Staatenausschuß

Geßler, Otto (1875-1955), DDP, Reichsminister für Wiederaufbau Okt. 1919-März 1920, Reichswehrminister ab März 1920 168, 188

Gesundheitswesen 12 f., 43

Gewerbeaufsicht 43

Gewerkschaften XVII, 12 f., 45, 70, 73, 230 f. - Freie XVII, XXI f., XXXI, 221 ADGB XIX, 118, 140, 219 Funktionäre XVII-XX, XXIII, XXXVII

Gewerkschaften Heimann

- beim Kapp-Putsch XXXVII, 230 f., und Streiks 176 f.
- Funktion u. Aufgaben 45, 48
- Geyer, Fritz (1853-1937), MdNV (USPD), sächs. Finanzminister 1918/19 8, 75, 116, 193
- Giebel, Carl August (1878–1930), MdNV (SPD), Vors. des Verbandes der Büroangestellten XLI, 24, 27, 35, 40, 47, 67, 73, 106, 127, 129, 139, 161, 168, 215
- Giesberts, Johann (1865–1938), MdNV (Zentrum), Reichspostminister Febr. 1919–Nov. 1922 91, 102, 140, 153
- Gilg, Stadtrat in Colmar 18
- Gilsa, Erich von (1879–1963), Major, Chef des persönlichen Stabes des Reichswehrministers Noske 67
- Girbig, Emil (1866–1932), MdR (SPD) 1920–1930, Vors. des Verbandes der Glasarbeiter XLII, 23, 125, 129, 141, 224
- Gleichberechtigung 43, 150 s. a. Frauenfrage
- Göhre, Paul (1864–1928), SPD, Pfarrer, Beigeordneter im Kriegsministerium 1918/19, Staatssekretär im preuß. Staatsministerium 1919–1923 XV, 35, 57, 78, 84, 88
- Gölzer, Heinrich (1868-1942), MdNV (SPD), Schreinermeister XLII, 7, 23
- Goltz, Rüdiger Graf von der (1865–1946), preuß. General, 1919 Kommandeur der Truppen im Baltikum 86, 101, 156 f.
- Golz, Steuerdirektor in Straßburg 18

Gotha 39

- Gothein, Georg (1857–1940), MdNV (DDP), Ingenieur, Reichsschatzminister 1919/20 31
- Gradnauer, Georg (1866–1946), MdNV (SPD) bis 10. 4. 1919, sächs. Minister des Innern und Äußern 1918/19, Ministerpräsident in Sachsen März 1919–Mai 1920 XIX, XXI f., XLII, 23, 74, 84
- Gräf, Eduard (1870–1936), Mitgl. der preuß. Landesversammlung (SPD), Unterstaatssekretär 84
- Graefe, Albrecht von (1868-1933), MdNV (DNVP), Rittergutsbesitzer 186
- Grenzgebiete 107-109 s. a. Oberschlesien; Ostpreußen; Saargebiet; Schlesien; Schleswig-Holstein; Westpreußen
- Grenzschutz/Grenzschutztruppen 100, 149
- Groddeck, von, General 182
- Gröber, Adolf (1854–1919), MdNV (Zentrum), Fraktionsvorsitzender 21, 56, 75, 143
- Friedensvertrag 73, 111, 113
- Schulkompromiß 122, 139, 149

- Groener, Wilhelm (1867–1939), General, Erster Generalquartiermeister der OHL 1918/19, Reichsverkehrsminister 1920 92, 100, 116, 157
- Gruber, Martin (1866-1936), MdNV (SPD), Redakteur der "Münchener Post" XLII, 130, 142, 151, 180, 224
- Grundrechte 11, 21
- in Verfassung s. Reichsverfassung, Weimarer
- Grzesinski, Albert (1879–1947), Mitgl. der preuß. Landesversammlung (SPD), 1919 Unterstaatssekretär im preuß. Kriegsministerium 84, 88, 181
- Haack, Magnus Robert (1869–1931), MdNV (SPD) bis 20. 8. 1919, Volkskommissar für Demobilmachung in Sachsen XIX, XXI, XLII, 125
- Haas, Otto, Generalmajor 182
- Haase, Hugo (1863–1919, ermordet), MdNV (USPD), Partei- und Fraktionsvors. der USPD, Rechtsanwalt XXIII, LVI, 29, 40, 67, 70, 75, 114, 120, 170, 173, 189
- Haenisch, Konrad (1876–1925), SPD, Mitgl. des preuß. Abgeordnetenhauses (SPD) seit 1913, Kultusminister in Preußen 1918–1921 136
- Halle 67

Hamburg XX

- Hansmann, Heinrich Wilhelm (1861–1932), MdNV (SPD), Bergmann, seit 1905 Angestellter beim Bergarbeiterverband XLII, 180
- Harden, Maximilian (1861–1927), Publizist und politischer Schriftsteller 200, 210
- Hasenzahl, Ludwig (1876–1950), MdNV (SPD), Elfenbeinschnitzer XLII, 35, 123, 130, 151, 214
- Hauke, Frieda (1890–1972), MdNV (SPD), Kontoristin XLII, 109
- Haußmann, Conrad (1857–1922), MdNV (DDP), Vors. des Verfassungsausschusses, Rechtsanwalt 22, 93, 212, 229
- Heerwesen s. Militärwesen; Reichswehr
- Heile, Wilhelm (1881-1972), MdNV (DDP), Schriftleiter 143, 148
- Heim, Georg (1865–1938), MdNV (Bayerische Volkspartei), Genossenschaftsdirektor 75
- Heimann, Hugo (1859–1950), MdNV (SPD), Vors. des Hauptausschusses der Nationalversammlung XIII, XV, XLII, 23, 86, 119, 126, 177, 180
- Finanz- und Steuerpolitik 69, 130, 151, 161, 167, 213
- und Sklarz-Affäre 199 f.

- Heine, Wolfgang (1861–1944), MdNV (SPD), Rechtsanwalt, 1918 Vors. des Staatsrates Anhalt und preuß. Justizminister, 1919–1920 preuß. Innenminister XVI, XVIII f., XXII, XLII, 6-8, 66, 120, 191 f.
- und Friedensvertrag XXI, 92, 100, 105 f., 109, 125
- umstrittene Regierungspolitik XXI, XXXVII, 55, 230
- Heinze, Rudolf Karl (1865–1928), MdNV (DVP), Fraktionsvors. der DVP 30 f., 73, 115, 142, 144, 168, 193
- Heller, Gustav (1878–1921), Mitgl. der preuß. Landesversammlung (SPD), Betriebsvertrauensmann der SPD in Berlin 184, 219
- Hellmann, Carl August (1870-1939), MdNV (SPD), Volksschullehrer XLII, 21, 37, 46, 85, 129, 192
- Helphand-Parvus, Alexander (1867–1924), sozialistischer Theoretiker, Publizist und Geschäftsmann 201–203
- Henck, Fritz, Schriftleiter der "Volkswehr" 188
- Henk, Schwiegersohn von Scheidemann 210
- Henke, Alfred (1868-1946), MdNV (USPD), Redakteur 228
- Hense, Karl Adam (1878–1946), MdNV (SPD), Gewerkschaftssekretär, 1919 Vors. des Arbeiterrates in Hamburg, dann Polizeisenator XX, XLII, 36, 39, 77, 90, 93, 194 f.
- Herold, Carl (1848–1931), MdNV (Zentrum),
 Mitgl. der preuß. Landesversammlung, Landesökonomierat
 162
- Herrmann, Alfred (1879–1960), MdNV (DDP), Professor für Geschichte 75
- Hessen XIX, 149
- Heye, Wilhelm (1869–1947), Oberst, Leiter der Operationsabteilung der OHL 100
- Hierl, Michael (1868–1933), MdNV (SPD), Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes XLII, 109, 124, 126, 129
- Hildenbrand, Karl (1864–1936), MdNV (SPD), seit 1918 württ. Gesandter in Berlin, ab März 1920 im Parteivorstand XVII, XIX, XLII, 9 f., 42, 76 f., 106, 130, 142, 161, 191, 193 f.
- Fraktionsdisziplin XXXI, 106
- Friedensvertrag 106, 113
- zur Sklarz-Affäre 205, 212
- und Verfassungsfragen 23 f., 44, 46, 122
- Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934), Generalstabschef 1916–1919 30, 112, 126 f.
- Hirsch, Paul (1868-1940), SPD, preuß. Ministerpräsident Nov. 1918-März 1920 44, 66, 227
- Hitze, Franz (1851–1921), Zentrumspolitiker, MdR 1884–1918, 1920–1924 122

- Hoch, Gustav (1862–1942), MdNV (SPD), ab 30. 9. 1919 einer der Fraktionsvorsitzenden XLIII, 8, 15, 36–38, 51, 77, 134, 162, 164, 166, 178, 190, 196, 199, 216 f.
- Baltikumspolitik 64, 157
- Fraktionsvorstand, -vorsitz XXIV-XXVI, 7, 23, 28, 167
- Friedensvertrag 29, 31, 82 f., 90, 92, 96, 99, 110, 113
- zur Koalitionsfrage 4-8, 10, 17, 20, 23, 114, 124
- Militärpolitik 35, 186
- Plenarreden 19, 69, 73 f., 168, 178, 180
- zur Sozialpolitik 58, 67, 75, 116, 144, 155, 192, 220
- Verfassungsfragen 65, 85, 124
- Höfs, Else (*1876), MdNV (SPD), Mitgl. des Bezirksvorstandes Pommern XLIII
- Hörsing, Otto Friedrich (1874–1937), MdNV (SPD), 1919 Regierungs- und Staatskommissar für Schlesien und Westpolen XLIII, 100 f., 137
- Friedensvertrag 92, 107, 109
- zur Militärpolitik 184-186, 191
- Hoffmann, Johannes (1867–1930), MdNV (SPD), 1918/19 Kultusminister im Kabinett Eisner, 1919/20 bayer. Ministerpräsident, Außenminister und Kultusminister XIX, XLIII, 72, 109, 126, 136, 140, 227
- Hofmann, Max Arthur (1863-1944), MdNV (SPD), Buchdrucker XLIII, 23
- Hohenzollern (Vermögensauseinandersetzung) 225
- Holl, Peter (1860-1925), MdNV (SPD), Kaufmann XLIII, 7, 35
- Holzapfel, Friedrich (*1872), MdNV (SPD) ab 30. 9. 1919, Redakteur XLIII
- Hue, Otto (1868-1922), MdNV (SPD), führendes Mitgl. des Bergarbeiterverbandes, 1919 Reichskommissar für das rhein.-westf. Industriegebiet XIII, XIX, XLIII, 41, 80, 126, 220
- Betriebsrätegesetz 149, 153
- Kohle- und Kaliwirtschaft 50, 56 f., 139, 150, 156
- Sozialisierungsfrage 32, 39, 50, 56 f.
- Hülsen, Bernhard von (*1865), Generalmajor 182
- Hülsen, Walter von (*1863), General 182
- Hug, Johann Peter Paul (1857–1934), MdNV (SPD) bis 22. 6. 1919, 1918 Mitgl. des Direktoriums des Freistaates Oldenburg XIX, XXI, XLIII, 23

Insterburg 156

Interfraktionelle Kontakte

- Abgeordnete aus Grenzgebieten 28-30

- Fraktionsführerbesprechungen 30 f., 111, 224
- Frauenabgeordnete XII, 9 f., 22, 72, 143, 163, 223
- wegen Friedensvertrag 89, 91 f., 111, 129
- bei Gesetzen und Sachproblemen 37, 129,
 142, 153, 163, 181, 190, 214, 218, 221
- der Koalitionsparteien s. Koalition; Interfraktioneller Ausschuß
- über Seniorenkonvent s. Nationalversammlung

Interfraktioneller (ständiger) Ausschuß XXV, XXXII, 56, 69, 89, 91 f., 94, 168, 170, 174 f. s. a. Koalition

Internationale Korrespondenz 199

Jäcker, Heinrich (1869–1949), MdNV (SPD), Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf XIII, XLIII, 67, 116 f., 190

Janschek, Alfred (1874–1955), MdNV (SPD), Arbeitersekretär XLIII, 153, 190

Jantzen, Viktor (1875–1956), MdNV (SPD), Angestellter des Zentralverbandes der Zimmerer XLIII

Jasper, Heinrich (1875–1945), MdNV (SPD), 1918/19 Präs. des braunschweigischen Landtages, ab 14. 4. 1919 braunschweigischer Minister XVI, XLIII, 126

Januarunruhen 1919 54, 124, 189, 197-200, 208

Jena 51 f., 69

Jordan, August (1872–1935), MdNV (SPD) 22. 6.–5. 7. 1919 XLIII, 152

Jorns, Karl, Kriegsgerichtsrat 50

Juchacz, Marie (1879–1956), MdNV (SPD), Mitgl. des Parteivorstandes, Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt XII, XXV, XLIII, 7, 22 f., 52, 65, 73

Jungnickel, Max (1868–1932), MdNV (SPD), 1906 Parteisekretär XIII, XLIV, 130, 189

Justizwesen 170

- außerordentl. Gerichtsbarkeit; Sondergerichte 50 f., 54, 105, 120, 211, 220
- ordentl. Gerichtsbarkeit 50, 120, 124, 186, 225
- Rechtsanwälte u. Gerichtsvollzieher 214 s. a. Militärgerichtsbarkeit

Kabinett Bauer 86, 127, 136, 148, 171, 188, 205, 216, 218, 223

Bildung und Programm XX, 95-97,
102-105, 111 f., 114, 132, 144
Ausscheiden Wissells 137-139
Eintritt der DDP XXXVI, 103, 168 f., 190,
193

- Kapp-Putsch und Rücktritt 225-231

Regierungspolitik 190 f., 223
Betriebsrätegesetz 149, 153, 168, 174, 193 f., 222

Friedensvertrag 103, 110-112, 114-116, 216, 224 f.

Militär und Reichswehr 188, 190, 192, 226-229

Wirtschaftspolitik 117, 133 f., 137 f., 215, 224

und SPD XXXV f., 223, 229
"Denkschrift" des Parteivorstandes 190–192, 194, 228

Fraktion – Regierung, Kontakte u. Verhältnis XXV, XXXIV, 110, 144, 148, 153, 165, 169 f., 225, 228

Konflikt um Regierungskurs 190 f., 194, 222 f.

s. a. Bauer; Koalition; Noske; Wissell

Kabinett Max von Baden XXXII, 229

Kabinett Müller XX, XXXVII

Kabinett Scheidemann 30 f., 118

- Bildung u. Programm 5 f., 9, 11, 16 f., 20-22, 32, 36, 38, 49

- und Friedensvertrag XXXIV, 83, 88-92, 94 f., 97-100

- Kontakte SPD-Fraktion/Regierung XXXIII, 52 f., 64, 67 f., 77 f., 88, 90, 98 f.

- Rücktritt 92, 94-97

Kähler, Wilhelmine (*1864), MdNV (SPD), Redakteurin beim Zentralverband der Hausangestellten XVII, XLIV, 73, 85, 109, 129

Käppler, Hermann (1863–1926), MdNV (SPD), 2. Vors. des Verbandes der Brauerei-und Mühlenarbeiter XLIV, 126, 160, 165, 214 – Ausschußtätigkeit 23, 39, 127, 224

Kahmann, Gottfried Hermann (1881–1943), MdNV (SPD), Parteisekretär XLIV, 46,

65 f., 123, 130, 153, 161, 174, 194, 227, 229

Kaliwirtschaft 52, 139, 161

- Gesetz vom April 1919 76, 139

Kapitalflucht 161

s. a. Devisen- und Valutaprobleme; Steuern

Kapp, Wolfgang (1858–1922), Generallandschaftsdirektor, Putschist im März 1920 157, 225–227, 230 f.

Kapp-Lüttwitz-Putsch XXXVII f., 108, 157, 225-231

Katzenstein, Simon (1868–1945), MdNV (SPD), Schriftsteller, Redakteur, zeitweilig Arbeitersekretär XIII, XV, XLIV, 32–34, 59, 134, 141, 161, 187, 192, 224

- Friedensvertrag 83, 93

- Koalitionsbildung 7 f., 17, 21

- Rätefrage 35, 53, 62

- Schulkompromiß 122, 124, 127, 140

- Sklarz-Affare 205, 209, 213

- Steuerfragen 123, 130, 142, 151, 162, 167, 189, 214

Verfassung 23 f., 36, 38, 45 f., 50, 65 f., 76, 85, 120 f., 141, 143, 147

Kaufmann, Heinrich (1864–1928), Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 139

Kaußler, Oberlehrerin aus Gebweiler (Elsaß-Lothringen) 18

Kautsky, Karl (1854–1938), maßgebender sozialistischer Theoretiker, bis 1917 SPD, 1917–1922 USPD 29

Keil, Wilhelm (1870-1968), MdNV (SPD), Präs. der württ. Landesversammlung (1919) und des württ. Landtages (1919-1933) XX, XLIV, 4, 10, 19, 25, 27, 65, 97, 114, 161, 227

- zu Friedensvertrag 110 f.

- zur Koalitionsbildung 6, 9 f., 17

- Plenarreden 18 f., 24 f., 86, 125, 128, 146, 155, 162, 214

- und Schulkompromiß 122, 124

zu Steuergesetzen 86, 123, 125, 128, 130, 151, 158 f., 162, 164, 192, 213 f.

- und Verfassung 23 f., 72

Kempkes, Adolf (1871-1931), MdNV (DVP), Rechtsanwalt 171, 176

Kenngott, Gottlieb (1862–1945), MdNV (SPD), Arbeitersekretär XLIV, 74, 127, 130, 146

Kiel 229

Kinder- u. Jugendschutz 12 f., 172

Kirchen 46 s. a. Religion

Koalition/Koalitionsparteien XXXVIII, 205 – bei Kabinett Bauer XXXIV, 95-97, 99,

102-105, 224 Fintritt der DDP 102 104 168 174 f

Eintritt der DDP 102, 104, 168, 174 f.

- bei Kabinett Scheidemann XXXII-XXXVII,

5-8, 11, 15-17, 20 f., 53 Ämterverteilung 9, 15-17, 20, 22 Aktionsprogramm der SPD 5-8, 10-14, 16, 20, 23

- Kooperation 31, 37, 224, 231 bei Gesetzen XXIX f., 36, 53, 56 f., 168, 172 f., 221 Konflikte 59, 76 f., 168 f., 174 f., 220-22

Konflikte 59, 76 f., 168 f., 174 f., 220-226 - Kritik aus SPD an XXXV-XXXVII, 231 s. a. DDP; Interfraktioneller Ausschuß; SPD; Zentrum

Koalitionsrecht 11-13, 21

Kobelt, Unterstaatssekretär im Reichspostamt bis März 1919 27

Koch(-Weser), Erich (1875-1944), MdNV (DDP), 1919-1921 Reichsminister des Innern, Jurist 31, 69, 92, 99, 168, 174, 193, 226, 230

Koch, Walter Franz (*1870), 1919 sächs. Gesandter beim Reich und Bevollmächtigter im Staatenausschuß und Reichsrat 91

Koenen, Wilhelm (1886–1963), MdNV (USPD), Mitgl. des Parteivorstandes der USPD, ab 1920 KPD 182, 184, 186 König, Max August (1868–1941), MdNV (SPD), Bezirksparteisekretär Dortmund (seit 1906), 1918/19 Stadtrat in Dortmund XLIV, 9, 46, 54, 127, 130, 146

Körsten, Alwin (1856–1924), MdNV (SPD), Gewerkschaftssekretär in Berlin XLIV, 23, 39, 64, 121, 177

Kohle/Kohlewirtschaft 41, 150 f.

- Förderung und Versorgungslage 141, 156, 179

- gesetzliche Regelungen 60, 156, 161

- Reichskohlenrat 60, 76, 161

- Sozialisierung s. dort

Kommunen 11, 28, 48, 179

- Abgeordnete der SPD XIII, XXXIX-XLI

- Kommunalbeamte der SPD XVII, XXV, XXXIX f., XLIV-XLVI, XLVIII f.

 Kommunalisierung/Kommunalbetriebe 86, 118

- Verfassungsbestimmungen 43, 119

Kommunistische Partei Deutschlands/Kommunisten/Spartakisten 7 f., 54, 72, 100, 113, 182, 184 f., 200, 221, 226

Konsumgenossenschaften/-vereine 139

Kopenhagen 207

Kotzur, Theodor (*1883), MdNV (SPD), Vorstandssekretär des Eisenbahnerverbandes XLIV, 109, 129, 178

Krätzig, Hermann (*1871), MdNV (SPD), stellv. Vors. der Reichsstelle für Textilwirtschaft (seit 1918) XXV, XLIV, 5-7, 10, 73, 81, 176, 218, 224

- zu Friedensvertrag 75, 90, 92, 125

- Plenarreden 69, 125, 129, 144, 178, 218

- Steuergesetze 123, 130, 142, 151, 165, 171, 176, 192

und Wirtschaftspolitik 23, 39, 138, 163, 181, 217

Krankenkassen/Krankenversicherung 67, 116 f.

Kraut, Heinrich (1857-1935), MdNV (DNVP), Rechtsanwalt 75

Kriegsabgabe s. Steuern

Kriegsanleihen 85

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene 13 f., 21, 28, 87, 118, 126, 163

- Reichsausschuß 141

Kriegsgefangene 71

- deutsche 9, 14, 19-21, 33, 64, 71, 163

Kriegsgesellschaften 154, 163, 180, 219

Kriegsminister/-ministerien der Länder 39 - preußischer 33, 35 Unterstaatssekretär 35, 84, 88, 181

Kriegsschuldfrage 87, 93, 95 f., 98 f., 112, 145, 160 f.

s. a. Friedensvertrag; Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung und des Reichstages

Kriegs- und Übergangswirtschaft 41

- Bewirtschaftung s. Wirtschaftspolitik

- gesetzliche Sonderregelungen s. Wirtschaftspolitik
 - s. a. Kriegsgesellschaften
- Kröger, Wilhelm (1873-1932), MdNV (SPD) ab 25. 7. 1919, Parteisekretär XLIV, 125, 152
- Kronen, Peter (1881-1960), MdNV (SPD), Feldeisenbahn-Unterassistent XII, XLIV, 81, 109, 129, 142, 187
- Krüger, Franz (1887–1924), MdNV (SPD), Vors. der SPD Groß-Berlin, 1919 Sekretär des Volksbeauftragten Ebert, ab März 1920 Mitgl. des Parteivorstandes XLIV, 23, 31, 67, 69, 129, 134, 173, 191, 215, 218, 221, 230 – und Friedensvertrag 62, 90, 92 f., 113
- Krüger, Hans (*1884), MdNV (SPD), 1919
 Vors. des Staatsministeriums Mecklenburg-Strelitz XIX, XLV, 34 f., 44, 47, 67, 113 f.
- Kubetzko, Josef (1875–1938), MdNV (Zentrum) bis 12. 7. 1919 137
- Kürbis, Heinrich (1873–1951), MdNV (SPD), Bezirksparteisekretär für Schleswig-Holstein, ab 14. 5. 1919 Oberpräsident von Schleswig-Holstein XXII, XLV, 7, 29, 109, 129

Kulturpolitik 63

- Theater und Museen 70, 153, 163 s. a. Reichsverfassung; Schulkompromiß; Schulwesen
- Kunert, Fritz (1850-1931), MdNV (USPD), freier Schriftsteller 67
- Kuntze, Alexander Adalbert (*1861), MdNV (SPD), Lagerist des Konsumvereins Stettin XIII, XLV, 180
- Kurt, Hedwig (*1877), MdNV (SPD) ab 10. 4. 1919, Hutarbeiterin XLV, 74, 84
- Kuttner, Erich (1887-1942, KZ), SPD, "Vorwärts"-Redakteur 197, 199
- Länder 11, 77, 124, 181, 214
- Neugliederungsfrage 45 f., 65 f., 122, 143,
 148
- Regierungen 218
 Regierungsämter der SPD XV, XVIII-XXI, XXVI
- und Reichsverfassung 43-47, 65 f., 122, 143, 148, 218
 - s. a. Föderalismus; Landtage

Landarbeiter 144

Landsberg, Otto (1869–1957), MdNV (SPD), 1918/19 Volksbeauftragter, bis Juni 1919 Reichsjustizminister XVI, XVIII, XLV, 10, 96, 103, 105, 152, 161, 175 f., 180, 191, 194, 198, 214 f.

- und Friedensvertrag 92, 95, 106 f., 109, 126
- Koalitionsfragen 5-9, 196
- Verfassungsfragen 17, 47, 151

Landtage 44, 47, 121

- Abgeordnete der SPD XIII, XIX-XXI, XXXV, XXXIX-LI, 218
- Landtagswahlen 28, 48, 121

Landwirtschaft 10, 12 f., 224

- antirepublikanische Tendenzen 190
- Produkte u. Preise 13, 126-128, 130-132, 181, 193, 219, 224
- Subventionen 181, 219 s. a. Ernährungsverhältnisse
- Lange, Major, Mitgl. der Bundesleitung des Republikanischen Führerbundes 184, 188
- Laverrenz, Wilhelm (1879-1955), MdNV (DNVP), Ingenieur 69
- Ledebour, Georg (1850-1947), MdNV (USPD), Mitbegründer der USPD 152
- Leder/Lederbewirtschaftung 141, 144, 169 f.
- Legien, Carl (1861–1920), MdNV (SPD), Vors. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, bzw. ab 1919 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes XX, XXXIII, XLV, 23, 62, 64, 109, 126, 220, 230
- Leinert, Robert (1873–1937), SPD, Präs. der preuß. Landesversammlung, Vors. des Zentralrates 92
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1870–1924), Führer der Bolschewiki, Vors. des Rates der Volkskommissare in Rußland 207
- Lequis, Arnold (*1861), General 182
- Lesche, Friedrich (1863–1933), MdNV (SPD), ab 1912 geschäftsf. Vorstandsmitglied der Volksfürsorge XIII, XLV, 23, 39, 153
- Lettland 25, 86, 157 f. s. a. Baltikum
- Lettow-Vorbeck, Paul von (1870-1964), Generalmajor 182
- Leuß, Hans (1861–1920), SPD, Präs. der Landesversammlung von Mecklenburg-Strelitz 200
- Leuteritz, Max, SPD-Hamburg, Mitgl. des Parteiausschusses 62
- Lewald, Theodor (1860–1947), Unterstaatssekretär im Reichsinnenministerium 71
- Lichtenstein, USPD, Oberschlesien 137
- Liebig, Hans (*1878), MdNV (SPD), Redakteur XIII, XLV, 126, 180
- Liebknecht, Karl (1871–1919, ermordet), Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD XXXI, 50 f., 204

Litauen 101 s. a. Baltikum

- Lodahl, Gertrud (*1878), MdNV (SPD) ab 12. 2. 1919, Hilfsarbeiterin, Schriftstellerin XLV, 10, 73, 92, 105, 107, 109, 130, 193
- Löbe, Paul (1875–1967), MdNV (SPD), 1919 Vizepräsident der Nationalversammlung, Fraktionsvorsitzender XV, XLIV, 30 f., 57, 145, 156
- als Fraktionsvors. XIII, XXIV f., XXXIII, LV f., 19, 32, 35, 39, 41, 46, 48, 50, 54, 126, 167

 Antragsteller der Fraktion 9, 38, 56, 73, 139, 143, 147, 149, 169 f.

 Kontakte zur Regierung XXXVI f., 51, 73, 88-91, 97, 111, 116, 137 f.

 Leitung der Fraktionssitzungen XXIV, XXX, 9 f., 15, 17, 22-28, 32, 34, 36 f., 40, 42, 50-52, 60, 64, 68 f., 71 f., 74, 79, 82-84, 88-90, 93-97, 99, 102, 104-108, 110 f.

in Parteigremien XIII, XXII, XXXVI, 101, 186
Sprecher im Plenum XXIX, 17, 105, 108, 145, 147, 151 f., 187, 215

155, 159, 164, 167, 189, 219, 225, 229

113-119, 125, 127-129, 133, 138 f., 144, 146.

Mitgliedschaft/Tätigkeit
Interfraktionelle –, Koalitionsbesprechungen
15 f., 25, 79, 89, 91, 93, 111, 115 f., 221
in Parlamentsausschüssen 10, 23, 118, 123, 142, 161
Seniorenkonvent/Arbeitsablauf des Plenums
31, 40, 60, 69–71, 83, 105, 118, 123, 125 f., 131 f., 139

Vizepräsident der Nationalversammlung 119

zu Sachfragen
Baltikumspolitik 101, 156
Friedensvertrag 75, 82, 88-91, 93-97, 99, 102, 104, 107 f., 110-116
Koalitions- und Regierungspolitik 15 f., 94 f., 104, 124, 137 f., 151 f., 187, 229
Sklarz-Affäre 199, 205, 207
Verfassungsfragen 47, 124, 143, 145, 147 f., 150-152

Löffler, Heinrich (1879–1949), MdNV (SPD), Gewerkschaftsfunktionär, Mitgl. des Hauptvorstandes des Bergarbeiterverbandes XLV, 79, 81, 83, 126, 139, 153, 156, 162

Löhne/Lohnbedingungen 12, 156 – in Militärwerkstätten 168

- Löwengard, Josef, Vertreter von Sachsen-Coburg-Gotha im Staatenausschuß 39
- Lohmann, Richard, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer 192
- Loßberg, Friedrich Karl von (1868-1942), Generalmajor 100, 182
- Lübbring, Josef (1876–1931), MdNV (SPD), Gewerkschaftsangestellter XIII, XLV, 80 f., 100 f., 107, 109, 126

- Lüdemann, Hermann (1880–1959), SPD, Mitglied der preuß. Landesversammlung, 1920–1921 preuß. Finanzminister 154
- Lüders, Marie Elisabeth (1878-1966), MdNV (DDP) ab Aug. 1919 223
- Lührs, Frida (1869–1941), MdNV (SPD), Fürsorgerin XLV, 146, 190
- Lüttich, August (*1873), MdNV (SPD), Arbeitersekretär in Leipzig XIII, XLV, 23
- Lüttwitz, Walter von (1859–1942), General, 1920 militärischer Organisator des Kapp-Lüttwitz-Putsches 113, 116, 182 f., 225–227, 230
- Luppe, Hermann (1874–1945), MdNV (DDP), Oberbürgermeister von Nürnberg ab 1920 143
- Luxemburg, Rosa (1871-1919, ermordet), führende sozialistische Theoretikerin, Mitbegründerin des Spartakusbundes und der KPD 50 f.

Maercker, Georg (1865-1924), General 67, 113, 182

Maifeiertag 71, 76 f.

Marine 143, 168, 178

- Gerichtsbarkeit an Bord 148
s. a. Admiralität

Martna, Mihkel (1860-1934), estnischer Sozialdemokrat 25

Marloh, Otto (*1893), Oberleutnant 211, 220, 228

Maschinisten u. Heizer, Verband der 176 f. Matthias, Erich (1921–1983) XVII f., XXIV, LV, LIX

Mauerer, Georg (1868–1957), MdNV (SPD) ab 11. 2. 1919, Sattler, Mitbegründer des Sattlerverbandes XLV, 28, 38, 117, 126

Mausbach, Joseph (*1861), MdNV (Zentrum), Professor für Theologie 122

Max, Prinz von Baden (1867-1929), Reichskanzler Okt./Nov. 1918 XXXII

Mayer, Wilhelm (1874–1923), MdNV (Bayer. Volkspartei), Juni 1919–Jan. 1920 Reichsschatzminister 75, 105, 223

Mecklenburg-Schwerin XIX, XXI, 125 Mecklenburg-Strelitz XIX

- Meerfeld, Johannes (Jean) (1871–1956), MdNV (SPD), Redakteur, seit 1920 Beigeordneter in Köln XLVI, 6, 17, 19, 21, 23, 31, 37, 54, 65 f., 170
- Meier, Richard (1878-1933), MdNV (SPD), Parteisekretär XLVI, 23, 39, 87, 126, 131

Metallarbeiterverband, Deutscher XXI, 177 Metallindustrie 176 f.

Michelsen, Peter Claus (1866-1936), MdNV (SPD), Arbeitersekretär in Flensburg XLVI, 29, 107, 109, 161

Militär 8, 120

Aufbau und Organisation 10, 12-14, 16, 20, 33 f.

Kommandogewalt 34 f., 57

Vertrauensleute 12-14, 16, 20, 34 f.

- Baltikumstruppen 156-158

- Freiwilligenverbände 197, 199 f.

- und Friedensvertrag 100 f.

- Putschgefahr 99-101

- SPD-Kritik an Militär/Militärpolitik 6, 34, 77 f., 87, 101, 219

- Truppeneinsatz im Innern 39, 189, 197, 200, 208, 211, 228 Erschießungen 54, 211, 220

Gewaltanwendung 34, 54, 67, 101 "Schießerlaß" 34

Sicherungsaufgaben 6

Werkstätten und Heeresgut 85, 168
 s. a. Militärgerichtsbarkeit; Reichswehr; Renten und Pensionen

Militärgerichtsbarkeit 13, 50 f., 105, 211, 220, 228

- Aufhebung der 86, 120, 148, 188

Militär-Wochenblatt 182, 184

Miller, Susanne, Historikerin XVI f., XXXIII

Ministerpräsident des Reiches s. unter Reichskanzler

Moellendorff, Wichard von (*1881), Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium 1918/ 19 99

Molkenbuhr, Hermann (1851–1927), MdNV (SPD), einer der Fraktionsvorsitzenden, Mitglied des Parteivorstandes XLVI, 10, 29, 40, 52, 56, 123, 142, 161, 178, 180, 203

- Fraktionsvorsitz XXIII-XXV, 7

- und Friedensvertrag 75, 90

- Sozialisierung 39, 58

Verfassungsfragen 43 f., 47, 65, 85

- Wirtschaftspolitik 23, 32, 39, 127

Monopole/Monopolfrage

- Branntweinmonopol 160

- Zündholzmonopol 146

Müller, August (1873–1946), SPD, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt 1918/19 139

Müller, Hermann (Brandenburg) (*1885), Leutnant, Mitglied des Republikanischen Führerbundes (1919–1921), 1919/20 Gendarmerie-Major in Mecklenburg-Strelitz, 1920/21 Kommandeur der Landespolizei Thüringen LVI, 182, 184–186

Müller, Hermann (Breslau) (1876–1931), MdNV (SPD), einer der Fraktionsvorsitzenden bis

Juni 1919, 1919 Vorsitzender der SPD, 1919/ 20 Reichsaußenminister, März-Juni 1920 Reichskanzler XX, XXIII, XXXVII, XLVI, 10, 17, 23, 29, 40, 51, 54–56, 58, 64, 119

- als Außenminister 96, 103-105, 144 f., 156 f., 216

- Fraktionsvors. XXIV, XXVI, 7, 59, 67, 71, 77, 82, 88 f., 102, 117

- und Friedensvertrag 75, 82-84, 90, 92, 113, 129, 224

- Parteivors. XXIV, 29, 52, 61, 88, 103

- Verfassungsfragen 45, 47, 51, 85

- Waffenstillstandsfragen 31, 33

Müller, Hermann (Potsdam) (1868–1932), Arbeitersekretär, Mitgl. der Kontrollkommission und des Parteiausschusses der SPD XLVI, 23, 153, 161, 190, 221

Müller, Richard (1851–1931), MdNV (Zentrum), Fabrikbesitzer 103

München 72

- SPD-München 106 f., 117

Mutterschutz 118, 121, 153, 156, 172

Nationalfeiertag 71, 76 f.

Nationalversammlung, Verfassunggebende Deutsche 3, 6, 18, 178, 225

- Abgeordnete XIV f.
Diäten 19, 37, 41, 181
Frauen XII, 19 f., 22 f., 72 f.
Immunität 105, 124
Präsenz 25 f., 39, 61, 127, 131, 142, 146, 159, 162, 175, 178
Redezeit 40, 149

- Ausschüsse XXVIII, XXX, 10, 17 f., 41, 117, 124, 137, 153, 161, 175
Auswärtiger Ausschuß 120, 161, 224
Friedensvertrag 73, 75, 79, 83, 161
Haushalts-/Hauptausschuß XXVIII, 17 f., 22 f., 56 f., 59 f., 68, 70, 119, 164, 166, 180
Obleute der SPD-Fraktion XXVIII, 69, 141, 175

Seniorenkonvent 10, 17, 26, 31, 40, 48, 51, 73, 75, 83, 110, 118, 123, 125, 161 f., 167, 180 f., 189 f., 220

1001., 1071., 220

Soziale Angelegenheiten 18, 23, 67, 174 Steuerausschüsse s. Steuern/Steuergesetzgebung Überwachungsausschuß 120

Untersuchungsausschuß s. dort Verfassungsausschuß s. dort

Volkswirtschaftlicher Ausschuß 23, 39, 76, 127, 131 f., 141, 144, 163, 169, 192

Geschäftslage, Geschäftsgang XXIII, 31,
40, 51, 55, 68 f., 71, 73, 75, 83, 118, 123, 125,
128, 152, 167, 180, 189, 218, 220, 222

- Geschäftsordnung 4 f., 26, 40, 55

- Präsidium 4, 40, 110, 213 Präsident 4, 9 f., 15, 17, 19 f., 26, 40, 58, 75, 126, 216

Vizepräsidenten 19, 26, 119

- Tagungsort 3, 15, 75, 79, 220 f., 225

- Wahlen zu XI f., XXXII, 4, 140, 178
- Wahlprüfung 41, 137, 140
- s. a. Fraktion der SPD; Friedensvertrag

Naumann, Friedrich (1860-1919), MdNV (DDP), bis Aug. 1919 Vors. der DDP 5, 21, 30

Neumann, SPD-Mitglied in Berlin

Noske, Gustav (1868-1946), MdNV (SPD), Mitgl. der Regierung der Volksbeauftragten Dez. 1918-Febr. 1919, Reichswehrminister 1919/20 XVIII, XLVI, 21, 35, 46, 54, 96, 102

- Baltikumspolitik 70, 78, 86, 156 f., 187

- und Friedensvertrag 92, 110, 112 f., 116 Militär- und Sicherheitspolitik XXXIV,
- XXXVII, 6, 33 f., 36, 48, 67, 87, 105, 173, 177, 180, 182–189, 191 f., 194, 220, 223 - Rücktritt XIX f., 219, 225-231
- und Sklarz-Affäre 199, 205-209

Notverfassung s. Reichsverfassung, Vorläufige

November-Revolution in Deutschland XI, XV, XVII, XIX, 3 f., 8, 63, 77, 112, 187 f., 202, 229 f.

Oberfohren, Ernst (1881-1933), MdNV (DNVP), Studienrat a.D. 29, 159

Obermeyer, Karl (1874-1955), MdNV (SPD), Gewerkschaftsfunktionär XIII, XLVI, 7, 33, 36, 47, 58, 140, 190, 196

Oberpräsidenten in Preußen XIX, XXII, 108

Oberschlesien 186, 191

- und Friedensvertrag 79, 83, 101 f., 109, 136
- Kommunalwahlen 178 s. a. Schlesien

Oberste Heeresleitung 112, 127, 145, 207

Oehme, Walter, SPD, später KPD, Sekretär in der Reichskanzlei 1918/19 100

Oeser, Rudolf (1858-1926), MdNV (DDP), 1919/20 preuß. Minister für öffentliche Arbeiten 227, 230

Österreich 4, 63, 142, 156, 191

- Anschlußfrage 14, 130 f.
 Hilfsaktion für 191, 193
- Sozialdemokratie 203

Offizierskorps 39, 84, 112 f. – Gesinnung 101, 112–114

- Pensionen/Pensionierung 126, 142 f., 158 s. a. Militär; Reichswehr

Okonsky, Karl (*1880), MdNV (SPD) ab 21. Juli 1919, Redakteur XLVI, 137

Oldenburg XIX, XXI

Oldershausen, Martin von, Generalmajor 182

Osterroth, Nikolaus (1875-1933), MdNV (SPD), Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes XLVI, 23, 58, 106, 134, 139, 162, 179, 223

Ostgebiete/Ostfragen 64, 92, 156 s. a. Baltikum; Oberschlesien; Ostpreußen; Posen; Schlesien; Westpreußen

Ostpreußen

- und Friedensvertrag 80, 99, 101, 109, 129
- Putschgefahr 99 f.

Oven, Ernst von, Generalleutnant 182

Pabst, Waldemar (1880-1970), Hauptmann, Beteiligter am Kapp-Lüttwitz-Putsch 227

Panzer, Johann (1875-1950), MdNV (SPD), Parteisekretär XIII, XLVI, 127, 130, 136

Partzsch, Richard (1881-1953), MdNV (SPD) ab 26. 2. 1920, Gewerkschaftssekretär XLVI

Parvus s. Helphand-Parvus

Payer, Friedrich von (1847-1931), MdNV (DDP), Rechtsanwalt, Nov. 1917-Nov. 1918 Stellvertreter des Reichskanzlers 11, 15 f., 30 f., 56, 73, 77, 222, 227 f.

Personalpolitik 118, 140, 153 s. a. Frauenfrage; Oberpräsidenten; Unterstaatssekretäre

Pfalz 14

Friedensvertrag und Frankreich 81

Pfannkuch, Wilhelm (1841-1923), MdNV (SPD), seit 1894 Mitglied des Parteivorstandes XLVI, 4, 52

Pfeiffer, Maximilian (1875-1926), MdNV (Zentrum), Bibliothekar a.D. 69

Pfülf, Antonie (1877-1933), MdNV (SPD), Lehrerin XII, XLVII, 161, 180

- und Friedensvertrag 109, 113, 126
- zum Schulkompromiß 124, 127
- zu Steuergesetzen 123, 130, 151

Pikart, Eberhard, Historiker XVII f., XXIV,

Pinkau, Karl Johann (1859–1922), MdNV (SPD), Photograph XLVII

Planwirtschaft 12, 130, 141, 217

- Wissellsche Konzeption 133 f., 137 f., 151 s. a. Gemeinwirtschaft; Kriegsgesellschaften; Wirtschaftspolitik

Plebiszitäre Elemente der Weimarer Demokratie 43-45, 65 f., 72, 122, 143, 148

Poetzsch, Br., SPD-Berlin, Mitglied des Parteiausschusses 210

Pokorny, Franz (1874-1923), MdNV (SPD), Sekretär und Redakteur des Bergarbeiterverbandes XLVII, 6, 31, 65, 80, 109, 139

Polen

 Friedensvertrag und Grenzfrage XXII, 71, 80, 95, 100 f.

Polizeiwesen 21

- Polizeipräsidenten der SPD XVIII f., 177

Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von (1845–1932), MdNV (DNVP), Staatssekretär und preuß. Staatsminister a.D. 73, 75

Posener Gebiet 100

- Abtretung an Polen XXI, 14, 63, 81, 129

Preise/Preisbildung/Preiskontrollen 12, 41, 170

 Bekämpfung des Wuchers 118, 169
 s. a. Ernährungsverhältnisse; Landwirtschaft; Wirtschaftspolitik

Preuß, Hugo (1860–1925), Nov. 1918 Staatssekretär des Innern, Febr.–Juni 1919 Reichsminister des Innern 5, 30, 42 f., 46, 54, 91, 102, 138, 151

Preußen 136

- und Friedensvertrag 80 f., 95, 99-101, 106
- Landesversammlung/Landtag 49, 131, 162, 217 f.,
 SPD-Fraktion XX, 66, 81, 84, 88, 131, 136,
- 162, 172, 215, 219, 225

 Regierung 66, 84, 131, 209, 217 f., 221, 225, 227, 230
- SPD-Minister XVIII f., XXI f., 100, 136, 190, 224 f.
- und Reichsverfassung 44-47, 50
- territoriale Neugliederung 45 f., 66, 131
- Verfassung, preußische 47, 50, 66, 131
- Verhältnis zum Reich XXI f., 49 f., 162, 217 f.

Putschgefahr/Umsturzgefahr 99 f., 116, 156, 184 f., 190

s. a. Kapp-Lüttwitz-Putsch

- Quarck, Max (1860-1930), MdNV (SPD), Redakteur, Verfassungsexperte XVI, XIX, XXXIII, XLVII, 25, 27, 57, 138, 161, 226
- XXXIII, XLVII, 25, 27, 57, 138, 161, 226 zum Friedensvertrag 83, 92, 109, 113
- Schulkompromiß 122, 127, 140
- zu Steuergesetzen 123, 130, 142, 214
- und Verfassungsfragen 17, 23 f., 43 f., 46, 65 f., 72, 85, 91, 119 f., 138, 141, 147

Quessel, Ludwig (1872-1931), MdNV (SPD), Staatswissenschaftler, Mitarbeiter der "Sozialistischen Monatshefte" XLVII, 90, 111, 228

Quidde, Ludwig (1858–1941), MdNV (DDP), Privatgelehrter 75

Räte, Rätesystem 49, 102 f.

s. a. Arbeiterräte; Arbeiter- und Soldatenräte; Betriebsräte; Soldatenräte

Rauch, Friedrich (1859-1948), MdNV (SPD), Redakteur XLVII, 17 Reek, Arthur Walter (1878–1933, ermordet), MdNV (SPD), Arbeitersekretär XIII, XLVII, 107, 109

Regierung der Volksbeauftragten XI, XVIII, XXXII, 5, 20 f., 32 f., 160, 197 f., 202, 204, 206 f., 229

Reichsarbeitsministerium (bis Febr. 1919 Reichsarbeitsamt) 9, 68, 102 f., 141, 143, 156, 177

- Besetzung des Ministerposten 102, 105, 137
- Referate 26, 28

Reichsbetriebe 121, 163, 219 f. s. a. Kriegsgesellschaften; Reichspost

Reichsernährungsministerium 224

Reichshaushalt 70, 72 f.

- Nachtragsetat 1918 3, 5, 37 f., 66, 68 f.
- Etat 1919 70, 153, 163 f., 166, 170, 178, 182 f., 186 f.
 Kreditanleihe 164
 Nachtragsetat 216

Reichsjustizministerium 176, 209

- Besetzung des Ministeramtes 96, 103, 168

Reichskanzler/Präsident des Reichsministeriums 9, 16 f., 57, 96

- Etat 170
- Kompetenzen u. Zuständigkeiten 44 f.
 s. a. Bauer; Kabinett Bauer; Kabinett Scheidemann; Reichsverfassung; Scheidemann;

Reichskolonialministerium 105

Reichsminister, Reichsministerium der Finanzen 68, 105, 176

- Besetzung des Ministeramtes 104
- Unterstaatssekretär, Besetzung 25, 27

Reichsminister, Reichsministerium des Innern 170, 176

- Abteilung für Elsaß-Lothringen 26
- Besetzung des Ministeramtes 104, 168
- Etat 70
- Unterstaatssekretär, Besetzung 25, 27, 57, 119

Reichsministerium für Wiederaufbau 168

Reichsminister ohne Portefeuille 16, 97, 103

Reichspost 74, 170

Reichspostministerium 74

- Beigeordnete 27
- Personalfragen 21, 140
- Unterstaatssekretär, Besetzung 21, 25, 27, 57

Reichspräsident 9, 16 f., 20, 112, 116, 148,

- 191, 230

 Befugnisse u. Verfassungsbestimmungen
- 22, 39, 43-45, 47, 66, 99, 125, 148 f., 166, 223 - Etat des 66, 68, 164, 166
- und Friedensvertrag 73, 99 s. a. Ebert; Reichsverfassung

Reichsrat 44, 46 f., 148, 154, 180, 219

Reichsregierung 154, 180, 192, 219

- Haltung zum Parlament 67

- und Interfraktioneller Ausschuß 69

- Kompetenzen 47

- Sondervollmachten für 41, 57, 76

- Verfassungsbestimmungen s. Reichsverfassung

- im Weltkrieg 202, 207

s. a. Kabinett Bauer; Kabinett Max von Baden; Kabinett Müller; Kabinett Scheidemann

Reichsschatzamt/Reichsschatzminister 68, 201, 219

- Beigeordneter 21

- Besetzung des Ministeramtes 103, 105

Reichsschuldenkommission 69

Reichstag

- 1871-1918 XI, 15, 226

Hauptausschuß 145, 226 - 1920-1933 160

Verfassungsbestimmungen s. Reichsverfassung Wahlen 169

Reichstagsfraktion der SPD

– vor 1918 XXX–XXXII, LV–LVII, 3, 226 Geschäftsgewohnheiten XXVII, XXX f., 65, 94 Mitglieder XII-XVII Organe XXIII, 152

Politik im Kriege 145 -1920 - 1933

Mitglieder XIV

Reichs- und Staatskommissare XIX, XXVI, 25, 157, 186, 191, 224

Reichsverfassung, Vorläufige (Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt) 3, 5, 9, 17, 20, 22

Reichsverfassung, Weimarer 58, 148, 151 f., 162

- Beratung der Entwürfe 31, 44 Lesungen in Nationalversammlung 43, 48, 86 f., 91, 118, 121, 123, 125 f., 131, 141, 143, 147 - 150Regierung u. Staatenausschuß 3, 42, 44 SPD-Fraktion 11, 31, 42-48, 85, 87, 91, 119 f., 122 f., 141, 143, 147-152 im Verfassungsausschuß 43, 47 f., 65 f., 85,

87, 91, 120, 125

- Bestimmungen 58, 72, 120, 147 f. Bezeichnung 45, 47, 119 Farben/Flaggenfrage 119, 123 Grundrechte 43, 122, 124, 127, 136, 138, 150 Präsident, Reichsministerium, Reichsrat 43-45, 47, 66, 72, 120, 125, 148, 223 Räteartikel (34a/165) 53 f., 70, 134 Reich-Länder-Komplex 43-47, 65 f., 85, 122, 131, 143, 148 Reichstag 45, 120 f., 161

Schulwesen 43, 46, 91, 119, 121-124, 127, 135, 138-140, 147, 149

Wahlrecht 62, 119-121

s. a. Militärgerichtsbarkeit; Staatsgerichtshof

Reichsverkehrsministerium 105, 178

Die Reichswehr (Zeitschrift) 185

Reichswehr 34 f., 67, 149, 183, 194

- Besoldung 181, 189

- Etat 178, 182 f., 186 f.

- Gesetz v. 6. 3. 1919 33-39, 41

- beim Kapp-Lüttwitz-Putsch 226-229

 Kommandogewalt 33 f., 177 Mannschaften 182 f., 188

Offizierskorps 182–191, 227

Personalpolitik 39, 41, 142 f., 182 f.

- Vertrauensleute 34 f.

Wahlrecht 121 f.

- Zuverlässigkeit/Gesinnung 112 f., 116, 227-229

Anti-Republikanische Tendenzen 182-188, 190, 228

Debatte in SPD-Fraktion Okt. 1919 181 - 189

Denkschrift des Parteivorstandes 190 s. a. Militär; Militärgerichtsbarkeit

Reichswehrminister, -ministerium 39, 177, 184, 191, 208, 223

- Etat 186-188 - Stab 183 f., 186

- Wechsel im Ministeramt 219, 225, 227-231 s. a. Noske; Reichswehr

Reichswirtschaftsminister/-ministerium 76, 154, 178, 224

Besetzung des Ministeramtes 137–139

- Denkschrift zur Wirtschaftspolitik 133

- Verordnungspraxis 41 s. a. Wissell

Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene 33, 64

Reimes, Wilhelm, SPD, Fraktionssekretär der SPD-Fraktion seit 1916 XXVII, LVI

Reinhard, Wilhelm (1869-1955), Oberst, Freikorpsführer 54, 228

Reinhardt, Walther (1872-1930), württ. General, Jan.-Okt. 1919 preuß. Kriegsminister, danach Chef der Heeresleitung bis 1920 33, 78, 86, 116, 157, 228

Reißhaus, Hermann Paul (1855-1921), MdNV (SPD), Kaufmann, Geschäftsführer des Schneider- und Schneiderinnenverbandes XLVII, 10, 23, 126, 192

Reitze, Johanne (1878-1949), MdNV (SPD), Dienstmädchen, Arbeiterin XLVII, 23, 73, 87, 123

Religion/Religionsunterricht 46, 122 f., 135 f.,

s. a. Reichsverfassung, Weimarer; Schulkom-

Renner, Karl (1870-1950), österreichischer Sozialdemokrat, Staatskanzler der Republik Österreich 1918-1920

Renten u. Pensionen 87, 131, 144, 192

- Offiziere u. Mannschaften 87, 118, 126, 131, 158 f.

s. a. Beamte

Republikanischer Führerbund 183-185, 187, 190

Reuter, Oberst 191

Rheinländer, Anton (1866–1928), MdNV (Zentrum), Schulrat 122

Richthofen, Hartmann von (1878-1953), MdNV (DDP), Legationsrat 75, 97

Riedmiller, Lorenz (1880–1960), MdNV (SPD), Parteisekretär XLVII, 21, 38, 45, 65, 123, 130

Rießer, Jakob (1853–1932), MdNV (DVP), Geh. Justizrat 59, 147

Ritter, Gerhard A., Historiker XXXIII

Rodemann, Paul (1887-1963), MdNV (SPD), Böttcher XII, XIV, XLVII, 77 f., 126, 181

Röhl, Elisabeth (1888–1930), MdNV (SPD), Hausangestellte XLVII, 23, 75, 129, 161

Röhle, Paul (1885–1958), MdNV (SPD), Arbeitersekretär XLVII, 52, 54, 75, 123, 130, 142, 146, 151, 170

Ross, Colin (1885–1945), Schriftsteller, Nov. 1918 Mitgl. des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Mitgl. des Zentralrates 187

Rückert, Leopold Ferdinand Robert (1881–1942), MdNV (SPD), badischer Verkehrsminister seit Nov. 1918, April 1919–1921 badischer Arbeitsminister XIX, XLVII, 6, 23, 39, 126, 214

Ruhrgebiet 49, 70

Runkel, Heinrich (1862-1938), MdNV (DVP), Oberschulrat 29

Rusch, Oskar (*1884), Mitgl. des Vollzugsrates zunächst für die SPD, seit Dez. 1918 für die USPD, ab März 1919 Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes in Berlin 177

Rußland 70 f., 201

- deutsche Propaganda 201 f., 207 "russische" Kalender 201 f., 206, 211

- Devisenkontrolle 60

Ryneck, Elfriede (1872-1951), MdNV (SPD), Näherin, ab 1919 im Parteivorstand XLVIII, 72, 161

Saargebiet 14, 31, 65

und Friedensvertrag 63, 80, 83, 108 f.

Sachse, Hermann (1862-1942), MdNV (SPD), Vors. des Verbandes der Bergarbeiter 1902-1920 XXII, XLVIII, 17, 23, 76, 139, 176

Sachsen 219

Abgeordnete der SPD XX

- Regierung XIX, XXI, 74

Sachsen-Coburg-Gotha 39

Sachsen-Weimar-Eisenach XIX, 28

Saenger, Alwin (1881–1929), MdNV (SPD) bis 2. 2. 1919, Rechtsanwalt, bayer. Staatsrat 1919 bzw. Staatssekretär 1919/20 XVI, XXI, XLVIII

Salm, Albert (1882–1950), MdNV (SPD), Schlosser XLVIII

Scapa Flow 216

Schädlich, Ernst Arno (1884-1949), MdNV (SPD), Arbeitersekretär XLVIII, 126, 192

Schäfer, Valentin (1882–1938), MdNV (SPD), Angestellter des Bauarbeiterverbandes XLVIII, 31, 58, 106–108, 126, 151

Schaefer, österreichischer Sozialdemokrat 4

Scheerer, Vikar in Barr (Elsaß-Lothringen) 18

Scheidemann, Philipp (1865–1939), MdNV (SPD), Vors. der SPD 1917–1919, Fraktionsvors. der SPD Sept. 1919/1920, Febr.–Juni 1919 Reichsministerpräsident, 1920–1925 Oberbürgermeister in Kassel XVIII, XXXII, XLVIII, LV f., 7, 161, 178

XLVIII, LV f., 7, 161, 178

- Fraktionsvors. XXIII-XXVI, 117, 151, 167–170, 177 f., 180, 196, 215, 220
Kritiker der Regierungspolitik XXXVII, 173, 175, 182, 187, 190–192, 225–230
zur Militärpolitik 181 f., 185, 187, 190, 226–228

und Friedensfrage 83, 92, 94 f., 98, 112, 126, 145

- als Parteivors. XXIV, 52, 62, 103, 190-192, 200

als Regierungschef XXVI, XXIX, 20, 31, 71, 103
Kontakte zur Fraktion 64, 66-68, 78, 92
Regierungsbildung 5 f., 16 f., 21, 32, 160
Rücktritt 92, 94-97, 103

- Sklarz-Affäre 193, 196-208, 210-213

Scheüch, Heinrich (1864–1946), preuß. General, Okt.-Dez. 1918 preuß. Kriegsminister 18

Schiebertum, Schleichhandel 126, 128, 144, 169

Schiffer, Eugen (1860–1954), MdNV (DDP), Febr.-April 1919 Reichsfinanzminister, Okt. 1919-März 1920 Reichsjustizminister 5, 17, 103, 115, 149, 152, 168, 186, 214, 227

Schilling, Minna Martha (1877-1943), MdNV (SPD), Zigarrenarbeiterin XLVIII, 75, 190

Schlesien 100, 185 f.

und Friedensvertrag 63, 79 f., 129 f.
s. a. Oberschlesien

Schleswig-Holstein

– Oberpräsident XXII

- Schleswig-Frage beim Friedensvertrag 14, 28-30, 63, 109, 129

- Schlicke, Alexander (1863–1940), MdNV (SPD), Vors. des Metallarbeiterverbandes bis Okt. 1919, württ. Arbeitsminister Jan. – Juni 1919, Reichsarbeitsminister Juni 1919 – Juni 1920 XV, XIX, XXII, XLVIII, 126
- als Reichsarbeitsminister 73, 87, 105, 118, 137, 143, 163
- Schlüter, Wilhelm (1871–1930), MdNV (SPD), Zigarrenarbeiter, Bezirksleiter des Tabakarbeiterverbandes in Westfalen XLVIII, 123, 130, 146, 154 f.
- Schmidt, Franz Richard (1871–1945), MdNV (SPD), Redakteur und Arbeitersekretär XLVIII, 7, 10, 137, 140, 213
- Schmidt, Richard (1864–1948), MdNV (SPD), Parteisekretär XLVIII
- Schmidt, Robert (1864–1943), MdNV (SPD), bis 1918 Mitgl. der Generalkommission der Gewerkschaften, ab Febr. 1919 Reichsernährungsminister, Juli 1919–Juni 1920 Wirtschaftsminister XIX, XLVIII, 17, 24, 113
- als Ernährungsminister XXI, 36, 64, 71, 75, 102, 127, 139
- als Wirtschaftsminister 139, 141, 154, 181, 215, 224
- zur Wirtschaftspolitik XXXIV, 117, 132, 215, 217, 219
- Schneider, Alexander (*1882), MdNV (Bayer. Volkspartei), Amtsgerichtssekretär 196
- Schneider, Gustav (1877–1935), MdNV (DDP), Direktor im Verband Deutscher Handlungsgehilfen, ab Nov. 1920 Vors. des Gewerkschaftsbundes der Angestellten 190
- Schoeler, Roderich von, Generalleutnant 182
- Schönfelder, Adolph (1875-1966), SPD-Hamburg XXXV
- Schöpflin, Georg Johann (1869–1954), MdNV (SPD), Redakteur XLVIII, 4, 7, 18, 24, 36, 48, 84, 105, 161, 178
- und Friedensvertrag 83, 92, 109
- Schreck, Carl (1873–1956), MdNV (SPD), Bezirksparteisekretär östliches Westfalen und Lippe IL, 31, 45, 83, 92, 146
- Schroeder, Louise (1887-1957), MdNV (SPD), Sekretärin IL, 23, 39, 73, 109, 153, 156, 161, 178
- Schuch, Clara s. Bohm-Schuch, Clara
- Schücking, Walther (1875–1935), MdNV (DDP), Professor der Rechte 122
- Schuhmacherverband XVIII
- Schulkompromiß XXIX f., XXXVI, 121 f., 124, 127, 130 f., 134-136, 139 f., 147, 149 s. a. Reichsverfassung, Weimarer
- Schultz, Georg (*1860), MdNV (DNVP), Justizrat 115, 218

- Schulwesen 122-124, 135 f., 149, 192
- Forderungen der SPD 11, 122
- Verfassungsbestimmungen 43, 122–124,
 127, 135, 149
 s. a. Schulkompromiß
- Schulz, Heinrich (1872–1932), MdNV (SPD), Mitgl. des Parteivorstandes, Leiter des sozialdemokratischen Bildungswesens, 1919 Unterstaatssekretär im Reichsinnenministerium IL, 23, 31, 54, 77, 104, 153, 185
- Berufung zum Unterstaatssekretär 57, 119
- zum Bildungswesen 63
- Etatreden 67-69
- und Friedensvertrag 83, 92, 98, 109-111, 113 f.
- zur Koalitionsfrage 7, 10, 53, 59
- und Schulkompromiß 121 f., 124, 127, 134 f., 147, 149, 192
- Verfassungsfragen 23 f., 46, 66
- Vizepräs. der Nationalversammlung 19, 26, 119
- Schulz, Hermann (1872–1929), MdNV (SPD), Angestellter des Metallarbeiterverbandes IL, 42, 109
- Schulz, Wilhelm (*1870), MdNV (SPD), Angestellter des Zentralverbandes der Maurer, Mitgl. des Bezirksvorstandes Posen der SPD IL, 55, 81, 107–109
- Schulze-Gaevernitz, Gerhart von (1864–1943), MdNV (DDP), Geheimer Hofrat 130
- Schumann, Oswald (1865–1939), MdNV (SPD), Vors. des Transportarbeiterverbandes XIII, XIX, XXII, IL, 21, 31, 47, 52, 54, 153, 178, 196

Schweden 202

Schweiz 203

- Segitz, Martin (1853-1927), SPD, Nov. 1918 Staatskommissar für Demobilisierung in Bayern, bayer. Innenminister 1919/20 XV
- Selbstbestimmungsrecht 14, 18, 21, 29
- Seniorenkonvent s. Nationalversammlung

Separatismus 80 f., 85

- Severing, Carl (1875–1952), MdNV (SPD), Redakteur, 1919/20 Reichs- und preuß. Staatskommissar für Westfalen, 1920–1926 preuß. Innenminister XIII, XX, XXV f., IL, 7, 10, 17, 23, 47, 105, 190
- und Friedensvertrag 112, 126
- Sicherheitswehren 181, 190 bei Vorfällen am 13. 1. 1920 221
- Sidow, Otto (1857–1927), MdNV (SPD), Verleger, Vors. des SPD-Bezirks Provinz Brandenburg, Mitgl. des Zentralrates IL, 176, 192, 218
- Siedlungsgesetz 126

s. a. Militär

Silberschmidt, Ernst Hermann (1866–1927), MdNV (SPD), Vorstandsmitglied des Bauarbeiterverbandes IL, 7, 23, 39, 47, 129, 139

Simon, Anna (*1862), MdNV (SPD), Angestellte des Textilarbeiterverbandes IL, 7, 71, 123, 130, 146, 190

Simon, Georg (1872-1944), MdNV (SPD), Redakteur IL, 7, 21 f., 54, 123 f., 127, 130, 146

Simon, Joseph (1865–1949), MdNV (USPD), bis 1917 SPD, Vors. des Schuhmacherverbandes XVIII

Singer, Paul (1844-1911), Fraktionsvors. (de facto) der Reichstagsfraktion der SPD bis 1911 XXIII

Sinowjew, Grigorij J. (1883–1936, hingerichtet), sowjetischer Politiker, Generalsekretär der Kommunistischen Internationale 1919–1926 207

Sinzheimer, Hugo (1875-1945), MdNV (SPD), Rechtsanwalt, Arbeitsrechtler XV f., XIX, IL, 58, 77, 134, 142, 170

- und Friedensvertrag 75, 92, 113

- Kandidat für Ministeramt 96, 102, 105

- Koalitionsfrage 7, 21, 124

- Räteproblem 62, 102, 221

- als Verfassungsexperte 23, 103, 147, 150 f.,

Sklarz-Affäre 193 f., 196-214

- Gerichtsverfahren 204 f., 208-214

- Sondierungsgespräche 199 f., 205-208

- Untersuchungsausschuß der SPD 205, 209 f., 212 f.

Sklarz, Georg, Kaufmann, Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes XXXIII, 193, 196–200, 202–209, 211, 214

Sklarz, Heinrich, Leiter eines Agentenbüros im Auftrag der OHL 207

Soldatenräte XIV, 33-35, 181, 188, 229

- Regelung der Befugnisse 16, 33-36, 48 f. s. a. Arbeiter- und Soldatenräte

Sollmann, Wilhelm (1881-1951), MdNV (SPD), Redakteur, Vors. der SPD-Köln XIII, IL, 56, 73, 90, 119, 140, 146, 179

- bei Sklarz-Affäre 205

- und Steuerfragen 123, 130, 153

Sommerzeit XXX, 65, 74

Sonnenfeld, Ernst, Angestellter von Georg Sklarz 198 f., 204 f., 211

Sonnenfeld, Hermann, in die Sklarz-Affäre verwickelt 198 f., 205 f.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 61, 63, 230 f.

Arbeitsgemeinschaften 192

- Bildungswesen 63

- Funktionäre XIV f., XVII-XX, XXIII, XXXVII

Betriebsvertrauensleute 62 Parteisekretäre XIII, XVIII, 63

- Kasse und Finanzen 61, 63, 72, 88, 152

- Kontrollkommission 62-64

- Ortsvereine/Ortsgruppen 6, 51 f., 69, 106 f., 117, 156

Parlamentsfraktionen s. Fraktion der SPD;
 Preußen

Parteiausschuß 61, 63 f., 204 f., 210, 225
 Tagung mit Fraktion 79, 81 f.

– Parteikonferenz März 1919 54, 60-64, 66

- Parteipresse 61, 63

Parteitage 1919 XIII, XX, XXIV,
 XXXIV-XXXVI, 51 f., 54, 64, 69, 87, 103,
 117

1920 XX, XXXIV, 172 - Parteivorsitzende XXIV, 103

Parteivorstand XXIV, 52, 54, 64, 87, 119, 151, 192, 203, 205, 210
"Denkschrift" Nov. 1919 181, 190, 192, 194, 228

und Regierung 78, 86, 101, 190 f.

- Unmut über Regierung und Fraktion
XXXV-XXXVII, 227, 230 f.

Sozialfürsorge/-hilfe 12 f., 43

- Familienfürsorge 12 f., 28, 153, 156, 172 s. a. Mutterschutz; Sozialpolitik

Sozialisierung 12, 32, 37, 44, 51 f., 61, 67, 86,

- allgemeine Rahmengesetzgebung März 1919 XXIX, 49 f., 52 f., 55-59

- von Bergbau und Kohlewirtschaft 12, 32, 39, 49 f., 52 f., 56-58, 60, 62, 151, 156, 176, 186

von Elektrizitätswirtschaft und Energie 12, 32, 49 f., 62, 153, 173, 218

- des Kalibergbaus 52

- des Verkehrswesens 62, 67

- Sozialisierungsbewegung XXXV, 37, 51

- Sozialisierungskommission 32, 37, 39, 86

Sozialistentag, deutscher 88 f.

Sozialistische Internationale 103, 203 – Berner Konferenz Febr. 1919 25, 29 f., 33

Sozialpolitik XXXV, 4, 10, 12 f., 28, 43, 131, 143

- Fürsorge s. Sozialfürsorge

- Krankenversicherung s. Krankenkassen

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene s. dort

- Mutterschutz s. dort

- Renten und Pensionen s. dort

Sozialversicherungen 13

- Arbeitslosenversicherung 13

- Krankenversicherung s. Krankenkassen

- Rentenversicherung s. Renten und Pensionen

Spa, Waffenstillstandsabkommen 51, 71

Spahn, Peter (1846-1925), MdNV (Zentrum), 1917/18 preuß. Justizminister 75, 140, 150

Staatenausschuß 3, 39, 52, 54 f., 66, 76, 86, 126 f., 132, 145

Staatenausschuß Südekum

Beratung des Verfassungsentwurfs 42 f.
 s. a. Reichsrat

Staatsangehörigkeitsrecht 156

Staatsgerichtshof (Errichtung eines) 66, 120, 145, 147, 150, 160, 174 s. a. Kriegsschuldfrage; Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung

Staatssekretäre der SPD XIX

Stahl, Emil Theodor (1879-1956), MdNV (SPD), Gewerkschaftssekretär des Transportarbeiterverbandes IL, 23, 121, 168, 174, 220

Stampfer, Friedrich (1874-1957), Chefredakteur des "Vorwärts" 88, 90, 199

Starosson, Franz (1874-1919), MdNV (SPD) bis 4. 7. 1919, Redakteur, 1918/19 Staatsminister in Mecklenburg-Schwerin XIX, L, 7, 125, 152

Stegerwald, Adam (1874–1945), MdNV (Zentrum), Vors. des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften seit 1919, März 1919–Nov. 1921 preuß. Minister für Volkswohlfahrt 221, 227

Steinkopf, Willy (1885–1953), MdNV (SPD), Postsekretär, vorübergehend Leiter der Oberpostdirektion Königsberg XIII, L, 21, 73 f., 109, 121, 123, 156, 215

- und Sozialpolitik 23, 67, 129, 159

Steinmayer, Otto (1876-1960), MdNV (SPD), Gewerkschaftsangestellter in Stuttgart L, 38, 123, 130

Stelling, Johannes (1877–1933, ermordet), MdNV (SPD), Redakteur, 1919/20 Innenminister in Mecklenburg-Schwerin, Mitgl. des Parteivorstandes seit 1920 L, 7, 21, 23, 44, 47, 123, 126, 130

Steuern, Steuergesetzgebung XXIII, 10, 12 f., 124, 168

direkte Steuern 130, 146, 155, 165
Einkommenssteuern 13 f., 85, 118, 154, 158, 164, 213 f.
Erbschaftssteuer 14, 105, 118, 123, 130, 142, 146, 151, 155, 158 f., 162
Kriegsabgabe 13 f., 85, 105, 118, 123, 130, 151
Reichsnotopfer 154 f., 158, 167, 175, 213 f.
Vermögenssteuern 14, 85, 105, 118, 123,

130, 151

- indirekte Steuern 146, 153-155, 158 f., 164-166

Genußmittelsteuern 123, 130, 146, 153-155,

159 Luxus- und Vergnügungssteuer 123, 130,

146, 153-155, 165, 171 Nahrungsmittelsteuer 123, 130, 146, 165 Umsatzsteuer 153-155, 158 f., 164-166, 171, 176, 192, 218

- kleinere, sonstige Steuern 123, 130, 153-155, 171, 176, 213

- Reichsabgabenordnung 155, 162, 164, 189

- Steuerflucht/Steuerhinterziehung 85, 161, 196, 215

- Steuerreformpaket der Regierung XXXVI, 86, 105, 118, 123, 125, 128 Ausschüsse der Nationalvers. 130, 146, 151, 159, 162, 165 f., 171, 192 Lesungen im Plenum 146, 151, 153-155, 162 Steuerkommissionen der SPD-Fraktion XXVIII, 28, 123, 130, 142, 149 s. a. Finanzverwaltung des Reiches

Stinnes, Hugo (1870–1924), MdNV (DVP), Großindustrieller 30

Stock, Christian (1884–1967), MdNV (SPD), Arbeitersekretär in Heidelberg L, 23, 46, 75, 130, 155, 176, 192, 218

Stoessel, Walther (*1871), MdNV (SPD) bis 2. 2. 1919, Gewerkschaftssekretär L

Stolten, Johannes Ernst Otto (1853–1928), MdNV (SPD), Redakteur, seit 1919 Mitgl. des Hamburger Senats, Mitgl. des Fraktionsvorstandes XXV, L, 7, 36 f., 170, 189, 195, 230

Stolzmann, Paulus von, Generalleutnant 182

Strafrecht, Strafrechtsreform 147, 170

- um Abschaffung der Todesstrafe 147
s. a. Justizwesen

Streikbewegungen/Unruhen XXIII, 101

- Anfang 1919 140

- Frühjahr 1919 49, 51, 53 f., 60, 70, 211, 228

- Metallindustrie Herbst 1919 176 f.

- Streikverbote 177

- im Verkehrswesen Sommer 1919 121 f.

- Vorfälle am 13. 1. 1920 221

Stresemann, Gustav (1878–1929), MdNV (DVP), Mitbegründer und Vors. der DVP 75

Ströbel, Heinrich (1869–1945), SPD bis 1917, USPD 1917–1922, Schriftsteller, Nov. 1918.–Jan. 1919 Mitgl. der preuß. Regierung 89

Struve, Hugo, Mitgl. des Zentralrates 62

Stücklen, Daniel (1869–1945), MdNV (SPD), Redakteur, Vors. der Reichsstelle für Kriegsund Zivilgefangene 1919, dann Reichskommissar für Zivilgefangene L, 10, 23, 129, 161, 178, 181

- und Militärwesen 142, 158 f., 178, 182 f.

Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene
 33

Stumm, Karl Ferdinand von (1836-1901), Industrieller, Eisenhüttenbesitzer 80

Stuttgart 225

Südekum, Albert (1871–1944), SPD, Wirtschaftswissenschaftler, Journalist, preuß. Finanzminister 1918–1920 XV, 162, 217, 225, 227

Taubadel, Paul (*1875), MdNV (SPD), Redakteur, Beigeordneter im Reichspostamt 1918/ 19 L, 129 f., 170, 216

- Beigeordneter im Reichspostamt 21, 25, 27,

Tesch, Johanna (1875-1945), MdNV (SPD), Mitbegründerin des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse L

Technische Nothilfe 176 f.

Teucke, Direktor, seit März 1919 Unterstaatssekretär im Reichspostamt 27, 153

Textilarbeiterverband 138, 218 f.

Textilindustrie 138

Thabor, Johannes (1878-1949), MdNV (SPD), Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes

Thiele, Friedrich Adolf (1853-1925), MdNV (SPD), Redakteur, Gründer des Vereins Arbeiterpresse XXXVI, L, 64, 85, 139 f., 170 - und Friedensvertrag 109, 113, 161

Thöne, Georg (1867-1945), MdNV (SPD), Parteisekretär L, 35, 39, 47, 130, 146, 153, 155

Thurow, Franz (1867-1958), MdNV (SPD) ab 13. 2. 1919, Gewerkschaftsangestellter L

Traub, Gottfried (1869-1956), MdNV (DNVP), ev. Pfarrer, Vorstandsmitgl. der DNVP 75

Trimborn, Karl (1854-1921), MdNV (Zentrum), Jurist, 1920 Vors. der Zentrumspartei 75, 143, 148, 193, 215

Trinks, Oskar (1873-1952), MdNV (SPD), Parteisekretär in Karlsruhe XIII, LI

Trotha, Adolf von (1868-1940), Vizeadmiral, Chef der Admiralität 1919/20 112

Tumultschädengesetz 126, 176, 179

Ulitzka, Carl (1873-1953), MdNV (Zentrum), Pfarrer, Vors. der Zentrumspartei in Oberschlesien 101, 137

Ulmanis, Karl (1877-1941/42), Ministerpräsident in Lettland 157 f.

Ulrich, Carl (1853-1933), MdNV (SPD), 1919-1928 Ministerpräsident in Hessen XIX, LI, 4, 6 f., 44, 113, 126

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) XXXVIII, 18, 40, 180, 185, 191-193, 204 f.

– Abgeordnete in Nationalversammlung XIII f., XVI, XVIII, 124

– Ablehnung einer Regierungsbeteiligung 1919 XXXII, 6-8, 16, 114

- Anhängerschaft 28, 39, 51, 72, 100, 182, 218, 221

und Betriebsrätegesetz 221 f.

– und Friedensvertrag 73 f., 111, 114–116

- Gründung und Kriegszeit XII, XXIV, 189

- zu Militär- und "Noske"-Politik 48, 67, 105, 116, 186, 228

- Parteitag März 1919 22

- in Revolutionsregierung 3 f., 21 f., 160

und Sozialisierung 59
 und Verfassung 47, 91, 119 f., 123, 125, 150

- Verhältnis USPD-SPD 4, 15, 21 f., 48 f., 67, 77, 114, 120, 136, 150, 160, 169 f. Kooperation in Einzelfragen 59, 91, 105, 119, 137, 150, 215

Unterstaatssekretäre 27, 166

Besetzung 21, 57 durch SPD XIX, 21, 25-27, 35, 57, 84, 88, 119, 181

Untersuchungsausschüsse, Rechtsgrundlage und Funktion 120

Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung und des Reichstages zur Kriegsschuldfrage und zum Zusammenbruch 215

- Einsetzung u. Aufgaben 145, 160 f., 167

- Unterausschüsse 167, 173 f.

s. a. Kriegsschuldfrage; Staatsgerichtshof

Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 43 s. a. Wilson

Veidt, Karl Daniel (1879-1946), MdNV (DNVP), ev. Pfarrer 58

Verfassung s. Reichsverfassung

Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung 17 f., 54, 86

- Beratung des Verfassungsentwurfs 43, 47 f., 65, 72, 85, 87, 91, 125, 141

- Besetzung 23, 40, 87, 125

- sonstige Aufgaben 147, 150, 174

Verkehrswesen 44 f., 67

- Eisenbahnen s. dort

- Streiks 121 f.

- Verkehrsbeirat 74, 153, 179 s. a. Reichsverkehrsministerium

Versailles 111

Versailler Vertrag s. Friedensvertrag

Vesper, Otto (1875-1923), MdNV (SPD), tätig als Arbeitersekretär und Redakteur in Osnabrück LI

Völkerbund 14, 21, 63, 77, 95 f., 109

Volksabstimmungen 72

über Grenzfragen 79, 81

Versailler Vertrag 82, 88, 90

- in Weimarer Verfassung s. Reichsverfassung,

Vögler, Albert (1877–1945), MdNV (DVP), Generaldirektor, führend in industriellen Interessenverbänden 30, 58

Vogel, Hans (Johann) (1881-1945), MdNV (SPD), Parteisekretär in Franken XXII, XXXVI, LI, 23, 41 f., 46, 54, 119, 123, 142,

- und Friedensvertrag 75, 109

- zu Koalitionsfragen 6 f.

- zur Sklarz-Affäre 205, 209

- Verfassungsfragen 44, 65

Voigt, Friedrich (1882-1945), MdNV (SPD), Gewerkschaftssekretär, Mitgl. des Zentralrats, 1919/20 Polizeipräsident von Breslau LI, 181

- und Friedensvertrag 79 f., 83, 101, 109, 126

- zur Reichswehr 184, 187

Vollmar, Georg von (1850-1922), MdR (SPD) bis 1918, herausragender Politiker der bayer. SPD XV, 22, 24

Vorwärts 8, 36, 109

Waffenstillstand/Abkommen u. Verhandlungen 71

- Abkommen v. 10. 11. 1918

- Abkommen v. 16. 2. 1919 18, 30 f., 33

- Verhandlungen März 1919 51

- Waffenstillstandskommission 30, 33, 51

- Gemeindewahlen 28, 119 f.

- zur Nationalversammlung s. dort

Wahlrecht/Wahlsystem XIII, XX, 11, 26

- Frauenwahlrecht XI f., 11

- zur Nationalversammlung XI-XIII, 137

- in Verfassung 43, 119-121

- Verhältniswahl XI, XX, 11, 62

Waldstein, Felix (1865-1943), MdNV (DDP), Rechtsanwalt und Notar 17, 129

Watter, Oskar von (1861-1939), Generalleutnant 182

Weber, General 182

Wehrverfassung s. Militär; Reichswehr

Weihnachtsunruhen 1918 198, 204

Weimar 6, 70

- als Tagungsort der Nationalversammlung XXIII, 3, 6, 15, 113

- Weimarer Verfassung s. Reichsverfassung, Weimarer

Weinhausen, Friedrich (1867-1925), MdNV (DDP), Schriftsteller, Redakteur 221 f.

Weisdorf, Offizier 188

Wels, Otto (1873-1939), MdNV (SPD), seit 1913 Mitgl. des Parteivorstandes, ab 1919 Vors. der SPD XVII, XX, XXVI, LI, 17, 35, 54, 106, 117, 119, 161, 203, 220

- Fraktionssprecher 144 f., 178

- und Friedensvertrag 31, 75, 83, 93, 106, 113

- zur Koalitionspolitik 52, 77, 138, 191 f.

- als Parteivors. XXXIV, 29, 33, 52, 72, 103, 190 f., 194, 204, 225

- Sklarz-Affäre 199, 203-205, 207, 210

- Verfassungsfrage 65 f., 85

Weltkrieg 1914-1918 145, 201, 203, 226

Friedensfrage 145, 202Politik der SPD 145, 201

s. a. Kriegsschuldfrage; Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung

Wendel, Hermann (1884-1936), MdR (SPD) 1912-1918, Redakteur und Schriftsteller XV

Wermuth, Adolf (*1855), Oberbürgermeister von Berlin 177

Westpreußen 186

- und Friedensvertrag 63, 80 f., 95, 109, 129

Wetzlich, Johannes Oskar (*1871), MdNV (DNVP), Glasermeister 154

Wieland, Philipp (1863-1949), MdNV (DDP), Fabrikant

Wien 191

Wilhelm II. (1859-1941), Deutscher Kaiser, König von Preußen 1888-1918 228 f.

Wilson, Thomas Woodrow (1865-1924), Präs. der USA 1913-1921 14, 29, 62, 80

Winkelmann, Carl (1865-1924), MdNV (SPD), Vors. des Verbandes der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter LI

Winnig, August (1878–1956), MdNV (SPD) bis 3. 1. 1920, Reichskommissar für Öst- und Westpreußen Jan. 1919, Oberpräsident von Ostpreußen 1919/20, SPD bis 1920 XV, XIX, LI, 9, 192

Baltikumspolitik 25, 78, 80, 101, 128, 158 f.
und Friedensvertrag 83, 92, 125, 128 f.

- Parteiaustritt XXII, 107 f.

Wissell, Rudolf (1869-1962), MdNV (SPD), Volksbeauftragter 1918/19, Febr.-Juli 1919 Reichswirtschaftsminister, danach Sekretär und Vorstandsmitglied des ADGB XVIII f., XXXIV, LI, 46, 71, 102, 161, 194, 224

- und Friedensvertrag 99, 113

- Gemeinwirtschaftspolitik 117 f., 130, 133 f., 137 f., 151, 153, 195, 215, 217, 220

- Rücktritt als Minister 137-139

- Sozialisierungsfrage 32, 51 f., 55, 57 f.

Wirtschaftsdemokratie/wirtschaftliche Demokratie 48 f.

- Arbeiter- und Wirtschaftsräte 53, 62, 70, 134 s. a. Arbeiterräte; Betriebsräte; Betriebsrätegesetz; Sozialisierung

Wirtschaftspolitik 10, 12, 117, 126, 138, 195 f., 214 f., 217, 220

- Bewirtschaftung 141, 144, 154, 169 f., 221, 224

- Diktatorischer Wirtschaftsausschuß 76, 131 t., 141

- Ermächtigungsgesetz für Regierung April 1919 u. Ausführung 41, 76, 132, 192

ordnungspolitische Konzepte 21 Gemeinwirtschaft s. dort Planwirtschaft s. dort

s. a. Kriegsgesellschaften; Landwirtschaft; Preise/Preisbildung; Sozialisierung

Wohnungsbau/Wohnungsfragen 13, 50, 126

Wolff, Theodor (*1875), MdNV (SPD), Parteisekretär LI, 106, 109, 126, 156, 167

Wucher/Wucherbekämpfung 118, 144, 169 s. a. Preise/Preisbildung

Württemberg 124

- Abgeordnete der SPD XX

- Regierung XIX

Wurm, Emanuel (1857-1920), MdNV (USPD), Chemiker, Nov. 1918-Febr.1919 Staatssekretär des Reichsernährungsamtes 160

Zeitungsverbote 173, 180, 186-190

Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 21, 33, 50, 53, 60 f.

Zentrum/Zentrumspartei X, XXXVI, 18, 22, 28, 36 f., 41, 56, 76 f., 112, 137, 141, 153, 156, 163, 181, 217, 223

- Preußenfraktion 136

- Regierungsbeteiligung u. Tätigkeit 99 Entwurf für Regierungsprogramm 20 f. im Kabinett Bauer 102-104, 115, 124 f., 135 f., 171 im Kabinett Scheidemann 5 f., 11, 15-17, 20-22, 38 Koalitionsräson 124 f., 132, 136, 138, 193, 195, 231

in Sachfragen
Beamtenbesoldung
216
Betriebsrätegesetz
168, 174, 189 f., 193, 195 f., 221 f.
Friedensvertrag
XXXVI, 91, 93, 99, 102, 111–115
Schule/Schulkompromiß
XXXVI, 46, 122, 124, 127, 131, 134–136, 138 f., 149
Sozialisierung
59
Steuerpolitik
124, 147, 158, 162, 171, 196, 215
Verfassung
46, 122, 124, 127, 131, 138 f., 149
s. a. Koalition; Interfraktioneller Ausschuß

Zietz, Luise (1865–1922), MdNV (USPD), Vorstandsmitgl. der USPD 48, 144, 180

Zinner, Dr., SPD-Jena 51

Die Zukunft (Hrsg. Maximilian Harden) 200